

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2003

I

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Herbert Mayer</i> : Die internationale Sozialdemokratie im Jahre 1933	4
<i>Hans Coppi</i> : Sowjetische Kriegsgefangene im Konzentrationslager Sachsenhausen	23
<i>Kurt Finker</i> : Der 30. Januar 1933 in Geschichtsschreibung und Geschichtsbild der westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland	41
<i>Günter Krause</i> : Anmerkungen zu Rudolf Hilferding aus historischem Anlaß: 100 Jahre „Zur Geschichte der Werttheorie“	53
 Zur 38. Linzer Konferenz der ITH 2002	
<i>Günter Benser</i> : Arbeiterbewegung und Sexualität. 38. Linzer Konferenz der ITH	66
<i>Christa Uhlig</i> : Sexualreform, Sexualerziehung und Arbeiterbewegung. Diskurse in den Zeitschriften „Die Neue Zeit“ und „Sozialistische Monatshefte“ von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg	72
<i>Mirjam Sachse</i> : Arbeiterinnen pflegen keine Vestalinnen zu sein. Ein Beitrag von Clara Zetkin aus dem Jahr 1896	91
Information über die 39. Linzer Konferenz, 11. bis 14. 09. 2003: Arbeit, Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen im globalisierten Weltsystem	95

Erinnerungen

Erinnerungen von Dr. Zdenka Nedwedová-Nejedlá an das faschistische Frauenkonzentrationslager Ravensbrück (<i>Bärbel Schindler-Saefkow</i>)	98
--	----

Biographische Skizze

<i>Martin Creutzburg</i> : Richard Creutzburg - Der Feuerkopf (1905–1936)	128
---	-----

Dokumente

Max Hoelz (1889-1933): Fragen an die Weimarer Justiz wegen ihrer Rechtslastigkeit. Drei Briefe aus dem Zuchthaus (<i>Volkmar Schöneburg</i>)	149
Otto Buchwitz: Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung (<i>Heinz Niemann</i>)	159

Diskussion

<i>Martin Moll</i> : Zur Historikerkontroverse um den Reichstagsbrand	177
---	-----

Berichte

Internationale Rosa Luxemburg-Konferenz 2002 (<i>Dimitrij Owetschkin</i>)	184
Sozialdemokratische Tradition und Zukunftsgestaltung in Strausberg (<i>Rolf Apel</i>)	189
30 Jahre Grundlagenvertrag. Zu den deutsch-deutschen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren (<i>Harald Lange</i>)	194

Rezensionen

Wieland Zademach (Hrsg.): Reich Gottes für diese Welt – Theologie gegen den Strich. (<i>Dorothea Körner</i>)	198
Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert. (<i>Paul Heider</i>)	200

Wolfram Wette: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden; Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, hrsg. von Wolfram Wette; Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmachtspropaganda 1944/45, hrsg. von Wolfram Wette u.a.; Detlef Bald u.a.: Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege. (<i>Hans G. Helms</i>) 202
Aufbruch. Dokumentation einer Zeitschrift zwischen den Fronten. hrsg. von Susanne Römer und Hans Coppi. (<i>Werner Röhr</i>) 207
Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. (<i>Ulla Plener</i>) 209
Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der "friedlichen" Aggressionen Deutschlands 1938/1939. hrsg. von Werner Röhr, Brigitte Berlekamp, Karl Heinz Roth. (<i>Gerhart Hass</i>) 213
Dieter Schenk: Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen. (<i>Detlef Ziegs</i>) 217
Tod oder Überleben? Neue Forschungen zur Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück. hrsg. von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp. (<i>Sibylle Hinze</i>) 219
Hans-Peter Klausch: Jakob de Jonge. Aus deutschen Konzentrationslagern in den niederländischen Untergrund. (<i>Sigrid Pfeiffer</i>) 226
Kurt Pätzold: Stalingrad und kein Zurück. Wahn und Wirklichkeit. (<i>Werner Stang</i>) 229
Gerd-Rüdiger Stephan, u.a. (Hrsg.): Die Parteien und Massenorganisationen der DDR. Ein Handbuch. (<i>Stefan Bollinger</i>) 232
Christopher Görlich: Die 68er in Berlin. Schauplätze und Ereignisse. (<i>Siegfried Prokop</i>) 234

Annotationen

Fragmente zu internationalen demokratischen Aktivitäten um 1848 (M. Bakunin, F. Engels, F. Mellinet u. a.), hrsg. und bearb. von Helmut Elsner, Jacques Grandjonc, Elisabeth Neu und Hans Pelger. (<i>Helmut Bleiber</i>) 236
Clemens Vollnhals (Hrsg.): Sachsen in der NS-Zeit. (<i>Jürgen Stroech</i>) 236
Friedrich Pospiech: Unbelehrbar auf der Wahrheit beharrende ... Paula und Hans Rueß. Zwei Leben im Widerstand gegen Krieg und Faschismus. (<i>Jürgen Stroech</i>) 237
NachSatz 238
Autorenverzeichnis 239
Impressum 239

Die internationale Sozialdemokratie im Jahre 1933

Herbert Mayer

1. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale in den Monaten nach der „deutschen Katastrophe“

„Die Mobilisierung der indifferenten Massen in Deutschland durch die Hitler-Bewegung und die Ausnützung der Machtergreifung durch alle Methoden des Terrorismus hat nicht nur die deutsche Arbeiterbewegung, sondern auch die ganze internationale Arbeiterbewegung vor eine neue Situation und neue Probleme gestellt. Der Sieg des Faschismus in Deutschland hat die internationale Reaktion mächtig gesteigert und die Arbeiterklasse zunächst in die Defensive gedrängt. Die neue Situation erfordert die gründlichste Nachprüfung der gesamten Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung, erfordert die rücksichtslose Klarlegung der Umstände, die zum Erfolg des Faschismus in Deutschland geführt [haben], und darf nicht zurückschrecken vor der Feststellung der Ursachen, durch die es der Arbeiterbewegung unmöglich wurde, die ihr innewohnenden Kräfte in entscheidenden Stunden zur Geltung zu bringen.“¹ Mit dieser Begründung berief die Exekutive im März 1933 für Sommer eine Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ein.²

Der Machtantritt des faschistischen Regimes im Januar 1933 in Deutschland und der Ausbau seines Herrschaftssystems bildeten eine schwere Niederlage für die deutsche Arbeiterbewegung und für ihre stärksten Parteien, die SPD und KPD. Beide Parteien gehörten zu den tragenden Säulen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) und der Kommunistischen Internationale (KI). Die Entwicklung in Deutschland mußte daher einschneidende Wirkungen für SAI und KI, für ihre Debatten und ihre Schlußfolgerungen über politische Ziele, Mittel und Wege haben. Im folgenden soll an einigen Eckpunkten die Entwicklung in der internationalen Sozialdemokratie skizziert werden.

Die neue internationale Situation und die wachsende Besorgnis darüber, daß mit der bisherigen Linie der sozialdemokratischen Politik Angriffe der Reaktion gegen wichtige demokratische und soziale Errungenschaften nicht abgewehrt werden könnten, führten in der SAI zu Auseinandersetzungen über Grundfragen ihrer Politik und Ideologie. Der Österreicher Oskar Pollak kennzeichnete im Februar die

1 Internationale Konferenz der SAI, in: Internationale Information für Presse Zwecke, hrsg. vom Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (Zürich), (im folgenden: Internationale Information) Nr. 18, 31.3.1933, S.151.

2 Angesichts der Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen war bereits im Herbst 1932 eine Konferenz zu Grundfragen der sozialdemokratischen Politik vorgesehen. Drei Schwerpunkte waren als Tagesordnung vorgeschlagen: 1. „die Haltung der Arbeiterklasse im Kriegsfall“, 2. „der Weg zur Macht“, 3. „die Frage der Einheit der Arbeiterklasse“. Zum damaligen Zeitpunkt gab es sowohl über die zu behandelnden Fragen als auch über die Notwendigkeit einer Konferenz erhebliche Differenzen. So wollte der SPD-Vorstand, namentlich Otto Wels, daß das Thema „Einheit der Arbeiterklasse“ nicht diskutiert werde.

Situation in der internationalen Sozialdemokratie wie folgt: „Unzufriedenheit mit der Führung, verstärktes Bedürfnis nach Diskussion und gesteigertes Verlangen nach Wiederherstellung der Einigkeit des Proletariats.“³

1.1. Die internationale Sozialdemokratie und Deutschland nach dem Machtantritt der Hitlerregierung und die Aktionseinheit mit den Kommunisten

Als die NSDAP am 30. Januar 1933 an die Macht gelangte, war nicht abzuschätzen, wie lange sich ihre Regierung überhaupt halten würde. Auch Ausmaß und Methoden des Terrors durch das Regime waren nicht vorauszusehen. Die SPD-Führung vertrat die Auffassung, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler sei im Rahmen der Weimarer Verfassung erfolgt, seine Regierung sei „verfassungsmäßig“ und „parlamentarisch fundiert“.⁴ Es käme darauf an, so Rudolf Breitscheid am 31. Januar, „für den Augenblick dieses Verfassungsbruchs gerüstet zu sein“, denn „bereit sein ist alles“.⁵ In diesem Sinne hatten SPD-Parteivorstand und Reichstagsfraktion am 30. Januar einen legalistischen Kurs des Abwartens und Stillhaltens begründet. Er fand zunächst die Unterstützung durch die SAI. Am 8. Februar verbreitete das SAI-Sekretariat einen Beitrag, der in der Haltung der SPD die Gewähr sah „daß die Arbeiterklasse ganz Deutschlands die Gefahren der neuen Situation erkennt, alles einsetzt, um sie abzuwehren“.⁶ Verbunden damit waren illusionäre Erwartungen in die Reichstagswahlen am 5. März, die die SAI-Presse zunächst in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung über Deutschland stellte. Sie hoffte: „Vom einfachen Mitglied bis zum bekanntesten Funktionär steht die Gesamtpartei zum entscheidenden Kampfe bereit.“⁷

Am 18./19. Februar 1933 befaßte sich das SAI-Büro mit der internationalen Lage. In der Resolution „An die Arbeiter der ganzen Welt“⁸ nahm die SAI erstmals offiziell zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland Stellung. In diesem „Augenblick höchster Gefahr für die Arbeiterklasse, für Freiheit und Frieden, für die menschliche Kultur“ befürchtete die SAI-Führung, daß die Festigung der faschistischen Macht in Deutschland „das Proletariat in ganz Mitteleuropa in schwerste Gefahr“ bringt und „die Reaktion in der ganzen Welt ermutigt, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse anzugreifen“. Hitler wurde als Verbündeter „der großkapitalistischen und der feudalen Reaktion“ charakterisiert. Die SAI verurteilte den Faschismus wegen seiner Demokratiefeindlichkeit und der von ihm ausgehenden Kriegsgefahr deutlich. Durch das Vordringen des Faschismus kämen nationalistisch-militaristische Kräfte an die Macht, die offenen oder verhüllten faschistischen Diktaturen seien alle bereit, „die Gewalt, auf die sie sich im Innern des Landes stützen, auch nach außen zu kehren und Europa neuerdings in

3 Oskar Pollak: Was tun?, in: Der Kampf (Wien) 1933, H. 2, S.43.

4 Siehe z. B. Vorwärts (Berlin), 2.2., 3.2., 7.2.1933.

5 Rudolf Breitscheid: Bereit sein ist alles. Rede des Genossen Breitscheid, Berlin 1933, S.10.

6 Die deutsche Sozialdemokratie und die Regierung Hitler-Papen, in: Internationale Information, Nr. 5, 8.2.1933, S.54.

7 Vorbereitungen zum deutschen Wahlgang, in: Internationale Information; Nr. 7, 18.2.1933, S.69.

8 An die Arbeiter der ganzen Welt, in: Internationale Information, Nr. 8, 20.2.1933, S.78-80. Zitate ebenda.

ein Schlachtfeld zu verwandeln.“ Weiter hieß es: „Verantwortlich für die furchtbaren Gefahren, die der Freiheit und dem Frieden drohen, sind die herrschenden Klassen aller Länder.“

Das SAI-Büro solidarisierte sich mit der deutschen Arbeiterklasse und forderte die Arbeiter aller Länder auf, diese zu unterstützen. Es betonte ausdrücklich, „daß der Bruderkrieg des Proletariats die tiefste Ursache seiner Schwächung und damit der stärkste Bundesgenosse des Faschismus ist“, daher die „einheitliche Aktion der gesamten Arbeiterklasse auf Grund offener und ehrlicher Verständigung“ notwendig sei. Die Arbeiter Deutschlands und aller Länder wurden angesichts der „tragischen Gefahren“ aufgefordert, „die gegenseitigen Angriffe einzustellen und zusammen gegen den Faschismus zu kämpfen“. Die SAI bekundete damit erstmals in ihrer Geschichte die Bereitschaft, mit der Komintern über eine Aktionsgemeinschaft zu verhandeln und einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Dies war ein Fortschritt in der Politik der SAI, der reale Anknüpfungspunkte für die Aktionseinheit bot.⁹ Zugleich behauptete die SAI, „stets die Überwindung der Spaltung, die Einigung des Proletariats als die entscheidende Voraussetzung der vollen Entfaltung proletarischer Kraft angesehen“ zu haben, was de facto der von ihrer Führung praktizierten Politik widersprach. Zudem wurde die Einheitsfrontpolitik der KI weiterhin als „Manöver“ abgelehnt.

Das Exekutivkomitee der KI (EKKI) antwortete am 5. März 1933 auf den Aufruf der SAI inflexibel und hinsichtlich der deutschen Reichstagswahl, die am gleichen Tag stattfand, zu spät. Das EKKI schlug ultimativ „als letzten Versuch“ eine Zusammenarbeit der Parteien auf Länderebene vor.¹⁰ Die KI berücksichtigte damit zwar die unterschiedliche Lage und unterschiedliche Positionen der sozialdemokratischen Parteien in den einzelnen Ländern und erklärte sich auch bereit, ihre Angriffe auf die Sozialdemokratie einzustellen und einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Doch die von der SAI geforderte Zusammenarbeit zwischen beiden Internationalen lehnte sie ab.¹¹ Zudem unterstellte die KI von vornherein der SAI mangelnde Aufrichtigkeit, ohne die Möglichkeiten des Aufrufs auszuloten.¹²

9 Kontakte zur KI kamen für die Leitungsgremien der SAI bis dahin nicht in Betracht. Sie sahen vielmehr ihre Aufgabe darin, deren Angebote um die Aktionseinheit als „Einheitsfrontschwindel“ aufzudecken. Die sozialdemokratische Auffassung von der Einheit des Proletariats wurde - wie im Memorandum der Exekutive „Über die Einheit der Arbeiterklasse“ von 1926 - als organisatorische Vereinigung unter eigener Oberhoheit verstanden. Fehler in der Einheitsfrontpolitik der Komintern hatten die SAI-Führung in ihrer Position bestärkt.

10 Siehe Für die Einheitsfront des Proletariats. Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel), Nr. 4, 11.3.1933, S.91f.

11 Ein Jahr später, im Oktober 1934, sollten die Rollen vertauscht werden: Die SAI gestand ihren Parteien eine Zusammenarbeit auf nationaler Ebene zu, die Komintern machte hingegen die Aktionseinheit zwischen den Parteien von einer Übereinkunft der beiden Internationalen abhängig.

12 Entsprechend der Empfehlung des EKKI wandten sich unmittelbar nach dem 5. März mehrere kommunistische Parteien, u. a. die Frankreichs, der Schweiz, Polens, Großbritanniens, der Tschechoslowakei, Österreichs, Deutschlands, Spaniens und der USA, zum Teil mehrmals, an die Führungen der sozialdemokratischen Parteien mit dem Vorschlag der Aktionseinheit.

Bereits am 6. März reagierte die Geschäftskommission der SAI auf den Aufruf des EKKI.¹³ Sie erkannte das Verhandlungsangebot der Kommunisten prinzipiell als „einen Schritt vorwärts“ an, da die KI nun erstmals „die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen der Parteien als solcher auf dem Boden der Gleichberechtigung ausspricht“, und auch „die Einstellung der Angriffe gegen die sozialistischen Organisationen ins Auge faßt“. Da die Komintern sich nicht zu Verhandlungen der Internationalen bereit erklärt habe, sah die Kommission in den Vorschlägen der KI „Manöver“, die zur „Vergiftung der Situation“ und zur „Steigerung anstatt zur Verminderung des Mißtrauens in der Arbeiterbewegung“ führen. Die Parteien der SAI wurden aufgefordert, nicht auf Angebote kommunistischer Parteien einzugehen, bevor die Exekutive Stellung genommen habe.

Die Exekutive und das Büro der SAI befaßten sich am 18./19. März bzw. am 27. März mit der Problematik. Die Resolution „Die Einheit der Arbeiterbewegung“¹⁴ verstärkte die abweisende Haltung der Geschäftskommission. Direkte Verhandlungen zwischen beiden Internationalen wurden als Vorbedingung jeglicher gemeinsamer Aktion „zur Verteidigung gegen den Faschismus und die kapitalistische Reaktion“ gestellt. Der KI warf die SAI-Führung vor, auf das Hauptproblem, einen „Nichtangriffspakt“ zwischen SAI und KI, nicht eingegangen zu sein, und - noch bevor es zu Verhandlungen gekommen wäre - „Bedingungen unter der Formulierung von Beschimpfungen der sozialistischen Parteien“ fixiert zu haben. Sie habe auch zu spät, erst am 5. März, reagiert, „in einem Zeitpunkt, da die Entscheidung in Deutschland schon gefallen war“. Exekutive und Büro untersagten den Mitgliedsparteien der SAI, Abkommen mit kommunistischen Parteien zu schließen. Mit Berufung auf diese Beschlüsse lehnten in den folgenden Wochen alle Parteien der SAI mit Ausnahme der britischen Independent Labour Party (ILP), die aber im April den Austritt aus der SAI beschloß, Angebote kommunistischer Parteien zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf ab. Dennoch gehörte die Aktionseinheit zu den Hauptfragen vieler Parteitage sozialdemokratischer Parteien, die im Frühjahr 1933 stattfanden, da ein beträchtlicher Teil der sozialdemokratischen Mitgliedschaft ein Zusammenwirken mit den Kommunisten befürwortete.¹⁵

Einflußreiche Kräfte in der SAI orientierten dagegen in den Monaten nach Errichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland weiterhin darauf, Faschismus und Kommunismus gleichermaßen zu bekämpfen, und machten die Kommunisten für die Spaltung der Arbeiterklasse und für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung verantwortlich. Sie teilten die Auffassung von Friedrich Stampfer,

13 Siehe Zum Aufruf der Kommunistischen Internationale, in: Internationale Information, Nr. 12, 6.3.1933, S.104, Zitate ebenda. Zur Geschäftskommission gehörten der Vorsitzende der SAI, der Belgier Émile Vandervelde, der Sekretär der Exekutive, der Österreicher Friedrich Adler, der Schatzmeister, der Belgier Joseph van Roosbroeck, sowie der Schweizer Robert Grimm (die Exekutive hatte in Zürich ihren Sitz). Die Funktion der Kommission beschränkte sich eigentlich auf organisatorische Aufgaben.

14 Siehe Die Einheit der Arbeiterbewegung, in: Internationale Information, Nr. 18, 31.3.1933, S.150. Die Beschlüsse der Sitzungen von Exekutive und Büro wurden zusammen am 31.3.1933 veröffentlicht; die Exekutive hatte das Büro ermächtigt, ihre Resolutionen zu redigieren.

15 Z.B. erhielt auf dem Parteitag der Belgischen Arbeiterpartei im Mai ein Antrag zur Einheitsfront 30 Prozent der Stimmen.

der in der „Internationalen Information“ schrieb, daß die Politik der Kommunisten ein „einzigster Fehler, ein einziges Verhängnis für die Arbeiterklasse“¹⁶ war. Wiederholt veröffentlichte die sozialdemokratische Presse Stellungnahmen von Parteiführern, die Sozialdemokratie müsse den „Kampf gegen rechts wie gegen links, gegen Faschismus wie gegen Kommunismus“¹⁷ führen. Mit der gleichen Begründung lehnten unter anderem die Führungen der Labour Party und der sozialdemokratischen Parteien Skandinaviens eine Aktionseinheit mit Kommunisten ab. Sektiererische wie dogmatische Positionen der Komintern, insbesondere die Sozialfaschismusthese, begünstigten und reproduzierten solche Frontstellungen.

1.2. *Differenzen zwischen SPD und SAI*

Die Reichstagswahl am 5. März in Deutschland hatte in einer Atmosphäre zunehmenden Terrors nicht nur gegen die KPD, sondern gegen alle Kräfte der Arbeiterbewegung stattgefunden. Dennoch hatten die KPD 81 Mandate - die bald annulliert wurden und die SPD 120 Mandate errungen. Die NSDAP wurde mit 288 Mandaten stärkste Partei, verfügte aber nicht über die absolute Mehrheit. Die SAI-Presse wertete das Ergebnis dahingehend, daß es „keinen Grund zur Mutlosigkeit“ gebe.¹⁸ Die SPD-Führung erwartete von der neuen Regierung: „Sie brauchen nur eine legale Regierung zu sein, dann sind wir ganz selbstverständlich auch eine legale Opposition.“¹⁹ Der Parteivorsitzende Otto Wels appellierte am 23. März, als die 94 anwesenden SPD-Abgeordneten - gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, an Hitler: „Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren.“²⁰ Doch griffen in der SPD seit März/April verstärkt Auflösungserscheinungen um sich, der NS-Terror richtete sich immer stärker gegen sie, sozialdemokratische Abgeordnete waren in Haft, sozialdemokratische Organisationen wurden verboten, die sozialdemokratische Presse durfte nicht erscheinen. Die Verbindung der Mitglieder und unteren Organisationseinheiten zu den übergeordneten Vorständen war zerstört, die innerparteiliche Kommunikation zerriß, das sozialdemokratische Organisationsleben kam zunehmend zum Erliegen. Zur gleichen Zeit verstärkten sich Bestrebungen, die Parteiorganisationen und ihre Arbeit auf die Illegalität vorzubereiten. Das geriet in Widerspruch zur Legalitäts-Linie der SPD-Führung, die weiterhin glaubte, daß der Partei kein Verbot drohe.

Die SAI verurteilte in ihren Publikationen, vor allem in der „Internationalen Information“ und in den „Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen“, in zahlreichen Berichten und Artikeln den Terror in Deutschland und bekundete ihre Solidarität mit der deutschen Arbeiterklasse. Sie rief, auch gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), zur materiellen Hilfe für die Opfer des

16 Friedrich Stampfer: Am Tage zuvor, in: Internationale Information, Nr. 13, 11.3.1933, S.106.

17 Internationale Information, Nr. 20, 8.4.1933, S.159.

18 Es lebe die deutsche Arbeiterklasse, in: Internationale Information, Nr. 12, 6.3.1933, S.103.

19 Friedrich Stampfer: Ein Ruhmestag der Partei. Der 5. März und seine Lehren, in: Internationale Information, Nr. 14, 11.3.1933, S.113.

20 Verhandlungen des Reichstags. VIII. Wahlperiode 1933. Bd. 457, Berlin 1934, S.33.

deutschen Faschismus aufgerufen.²¹ Am 4. März nannte die Geschäftskommission in einem Aufruf, der sich vor allem mit dem Reichstagsbrand und dem folgenden Terror gegen die Arbeiterbewegung befaßte, als „dringendste internationale Pflicht“, die Wahrheit über Deutschland im Ausland zu verbreiten.²² Die Exekutive verabschiedete auf ihrer Sitzung am 18./19. März - an deren Tagung SPD-Vertreter nicht teilnahmen - auch die Resolution „Kampf dem Faschismus. Hoch die internationale Solidarität“, in der sie den Terror des Naziregimes anprangerte und entschieden verurteilte.²³ Unter anderem hieß es: „Über hundert kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete hat die Regierung Hitler vom Reichstag ferngehalten, indem sie sie ins Gefängnis setzte oder durch Drohung terrorisierte. Die ganze kommunistische Wählerschaft, nahezu fünf Millionen Wähler, wurden ihrer Mandatare beraubt. Schon durch diese Tatsache sind die Rechtsgrundlagen des demokratischen Parlamentarismus vergewaltigt.“ Als „Lehre der deutschen Ereignisse“ wurde für die Arbeiter „in den Ländern der Demokratie“ gezogen, „die Freiheitsrechte mit allen Mitteln zu verteidigen“, und überall „dem Nationalismus und dem Faschismus keinerlei Konzessionen zu machen, gegen sie und die durch sie hervorgerufenen Kriegsgefahren“ alle Kräfte zu mobilisieren.

Hatte die SAI-Führung zunächst den Legalitätskurs der SPD-Führung akzeptiert, so geriet die Politik der SPD, durch Anpassung von der Regierung ihre Duldung zu erkaufen, in der Internationale immer mehr in Mißkredit. Nun kam es zum offenen Konflikt. Auf Unverständnis stieß in der SAI, daß Wels in seiner Rede am 23. März - bei der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes - auf Distanz zur kritischen Berichterstattung der ausländischen sozialdemokratischen Presse über die Lage in Deutschland gegangen war. Als Göring erpresserisch als Voraussetzung für die Wiederzulassung der SPD-Presse forderte, daß „die Hetze in den sozialdemokratischen Blättern des Auslands“ aufhöre, intervenierten Ende März führende SPD-Politiker - die Mitglieder des Reichstags Paul Hertz, Emil Kirschmann, Friedrich Stampfer, Otto Wels sowie der Vorwärts-Redakteur Victor Schiff - bei sozialdemokratischen Parteien des Auslands, um auf deren Berichterstattung über Deutschland einzuwirken.²⁴

Das SAI-Büro redigierte am 27. März die Resolutionen der Exekutive entsprechend den Wünschen des SPD-Vorstands, „um in der Form soweit als irgend möglich alles zu vermeiden, was von der Reaktion in Deutschland als Vorwand zu neuen Verfolgungen“ dienen könnte. Am 28. März erschien im Sekretariat der SAI in Zürich der Parteivorsitzende der SPD Otto Wels und erhob „die kategorische Forderung“, die Beschlüsse der Exekutive und des Büros nicht zu veröffentlichen.²⁵ Insbesondere war die SPD-Führung nicht bereit, das Verhandlungsangebot der SAI an die KI zu

21 Siehe z.B. Hilfe für deutsche Arbeiter, in: Internationale Information, Nr. 22, 24.4.1933, S.177.

22 Siehe Die dringendste internationale Pflicht: Verbreitung der Wahrheit über Deutschland, in: Internationale Information, Nr. 11, 4.3.1933, S.101f.

23 Siehe Kampf dem Faschismus. Hoch die internationale Solidarität, in: Internationale Information, Nr. 18, 31.3.1933, S.148f., die folgenden Zitate S.149.

24 Siehe dazu Antwort an Herrn Göring, in: Internationale Information, Nr. 18, 31.3.1933, S.151.

25 An die Mitglieder der Exekutive der SAI, Zirkularschreiben C 44/33, 31.3.1933, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR - Bundesarchiv (Berlin) (SAPMO-BArch), RY 4/I 6/2/51, Bl. 1f., hier Bl. 1.

tolerieren.²⁶ Die zweite Resolution, durch die Wels die SPD gefährdet sah, war die Erklärung „Kampf dem Faschismus“.

Diese Forderungen von Wels waren für die SAI nicht akzeptierbar.²⁷ Sie lehnte es ab, „ihre Presse der Zensur der Herren Hitler und Göring zu unterwerfen. Sie wird weiterhin Taten der Gewalt und Willkür brandmarken, die den Grundlagen jedes zivilisierten Regierungssystems widersprechen.“²⁸ Die SAI sah es als ihre Pflicht an, „mit aller Klarheit die Wahrheit über Deutschland“ zu verbreiten.²⁹ Am 30. März trat Wels daraufhin demonstrativ aus dem Büro der SAI aus.³⁰ Er begründete dies damit, daß Exekutive bzw. Büro der SAI Beschlüsse in Abwesenheit deutscher Vertreter gefaßt hätten. Die SPD wäre „gegen jede wie auch immer geartete Kundgebung in der Einheitsfront mit den Kommunisten“.

Am 26. April 1933 bekräftigte eine Reichskonferenz der SPD in Berlin sowohl die Opposition zum Hitlerregime als auch den Legalitätskurs der Partei: „Durch unerschütterliches Festhalten an ihren Grundsätzen und Ausnutzung der gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten in ihrer Betätigung dient die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der Nation und dem Sozialismus.“³¹ Der neugewählte Vorstand beschloß am 4. Mai, daß sechs seiner Mitglieder eine Auslandsführung aufbauen sollten. Diese forderte von der Fraktion der SPD, nicht an der Reichstagsitzung am 17. Mai teilzunehmen. Als dennoch 63 Abgeordnete - ohne eine eigene Stellungnahme abgeben zu können - an dieser Sitzung teilnahmen und der außenpolitischen Erklärung Hitlers zustimmten, wurden nicht nur Differenzen in der SPD deutlich,³² sondern stieß dies auch in der SAI auf harsche Kritik.³³ „Die Haltung der Reichstagsfraktion vom 17. Mai“, teilte das holländische Büromitglied in einem vertraulichen Bericht über die Bürotagung der SAI vom 18. Mai an seine Partei mit, „hat bei allen Mitgliedern große Bestürzung ausgelöst“.³⁴ Zwar könne die Haltung nicht endgültig beurteilt werden, es wäre „aber nicht zu bezweifeln, daß sie auf die

26 Andere Parteiführungen - z.B. in Dänemark, Schweden oder Großbritannien - die ein Zusammenwirken mit kommunistischen Parteien in ihren Ländern ebenfalls prinzipiell ablehnten, hatten angesichts der Situation innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung und der internationalen Lage das Angebot der SAI an die KI zumindest geduldet und nicht verhindert.

27 An die Mitglieder der Exekutive der SAI, Zirkularschreiben C 44/33, Bl.1f.; Austritt von Wels aus dem Büro der SAI, in: Internationale Information, Nr. 19, 1.4.1933, S.152-154.

28 Antwort an Herrn Göring.

29 Austritt, S.154.

30 Siehe ebenda, S.152-154.

31 Die Verhandlungen der Reichskonferenz der Deutschen Sozialdemokratie, in: Internationale Information, Nr. 24, 6.5.1933, S.197-200, hier S.200.

32 Von 120 gewählten Abgeordneten konnte damit nur etwas mehr als die Hälfte teilnehmen, die anderen waren bereits verhaftet oder mußten emigrieren. Die Vorstandsmitglieder im Ausland waren gegen eine Teilnahme an der Sitzung.

33 Siehe z.B. Die Internationale und das dritte Reich, in: Dokumente und Diskussionen. Archivbeilage der „Internationalen Information“, Nr. 6, 7.6.1933, S.24f.; siehe auch Die Hauptaufgabe, in: Ebenda, Nr. 7, 24.6.1933, S.30. Stampfer hatte in der „Internationalen Information“ am 29. Mai das Verhalten der Abgeordneten zu erklären gesucht, der Artikel war mit dem Titel versehen „Schlagt sie nicht!“ (Internationale Information, Nr. 29, 29.5.1933, S.246f.).

34 Vergaderingen van de SAI op 18,19, 20 en 21 Mai 1933 te Parijs, Kort verslag van J.W. Albarda, in: (ehemals) Komitet Centralny Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej, Centralne Archiwum Warschau (im folgenden: KC PZPR, CA), 150/IV/40, Bl.20-22, hier Bl.20.

Arbeiter der ganzen Welt einen schlechten Eindruck gemacht hat. Verschiedene Mitglieder sprachen von einem zweiten '4. August 1914'.³⁵ Das SAI-Büro erklärte in einem Beschluß, das Verhalten dieses Teils der SPD-Fraktion widerspreche den Prinzipien der SAI, es forderte von allen Parteien, „jede Wiederaufrüstung Deutschlands und die gesamte auswärtige Politik des deutschen Faschismus zu bekämpfen“. Zugleich hoffte es, daß die vorbehaltlose Zustimmung zur Regierungserklärung, „nicht die wahre Überzeugung der deutschen Arbeiterklasse ausdrückt“.³⁶

Wels zog noch am 17. Mai 1933 seinen Austritt aus dem Büro der SAI zurück. Erstaunlich, seine Begründung, die „Periode, wo wir hoffen konnten, durch die Ausschaltung von Vorwänden für Gewaltmaßnahmen etwas zu retten, ist vorüber“³⁷, wurde akzeptiert. Die im Exil wirkende SPD-Führung (SOPADE) beschloß, den Übergang der Partei in die Illegalität vorzubereiten.³⁸ „Wir sind der Überzeugung, daß die Partei nicht länger im Stadium des Zögerns und Stillhaltens verharren darf, wenn sie nicht der Vernichtung ihrer organisatorischen Grundlagen durch den Faschismus ihre politische Abdankung im Bewußtsein der Arbeiter und der Weltöffentlichkeit folgen und den Kampf gegen den Faschismus ausschließlich den Kommunisten überlassen will.“³⁹

Der Konflikt zwischen den in Deutschland verbliebenen Führern der SPD um Paul Löbe und der SOPADE erledigte sich am 22. Juni, als die Partei verboten und - im Prinzip widerstandslos - in die Illegalität gedrängt wurde. Adler wertete am 10. Juni in der „Internationalen Information“ alle Anpassungsversuche in Deutschland als „Wahnsinnstaktik“, die Hitler Hilfestellung leisteten und das Vertrauen der Arbeiter in die SPD erschütterten.⁴⁰ Wenig später beschönigte der Bericht der SAI-Exekutive über die Zeit von Mai 1932 bis August 1933 den Anpassungskurs der SPD mit den Worten: „Die Erkenntnis, daß die Hitlerpartei in ihrem Vernichtungswillen gegen die anderen politischen Parteien und insbesondere gegen die Sozialdemokratie bis ans Ende gehen werde, reifte in Deutschland viel langsamer als bei den

35 Ebenda.

36 Sitzung des Büros der SAI, in: Internationale Information, Nr. 28, 27.5.1933, S.237.

37 Otto Wels an das Büro der SAI, in: Internationale Information, Nr. 32, 10.6.1933, S.282.

38 Sie beschloß am 21. Mai, daß alle Mandate der SPD im Reichstag und im Preussischen Landtag niedergelegt werden, der Vorstand seinen Sitz von Berlin nach Prag verlegt und einen Aufruf gegen die Hitlerregierung veröffentlicht. Die Parteiarbeit in Deutschland sollte unter Leitung von Erich Rinner und Max Westphal neu organisiert werden. Das lehnten die Mitglieder des Vorstands sowie die Landtags- und Reichstagsfraktion in Berlin mehrheitlich ab, wodurch es zum offenen Konflikt zwischen SOPADE und der Berliner Gruppe um Paul Löbe kam. Am 18. Juni gab der Exilvorstand in Prag die erste Nummer des „Neuen Vorwärts“ heraus und veröffentlichte den Aufruf „Zerbrecht die Ketten!“. Die in Berlin verbliebene Gruppe distanzierte sich von den emigrierten Führern und deren Aufruf, sprach dem Prager Vorstand jede Legitimation ab und ließ am 19. Juni einen neuen Parteivorstand wählen. Dieser Vorstand habe die alleinige Führung der Partei, vom Ausland könnten keine Erklärungen für die Partei abgegeben werden.

39 Zitiert nach Memorandum des Prager Parteivorstandes für die Gruppenvertrauensleute im Reich, 3. Juni 1933, in: Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, hrsg. und bearbeitet von Hagen Schulze, Bonn-Bad Godesberg 1975, S.183.

40 Siehe Friedrich Adler: Die Aufgaben der Emigration in vergewaltigter Partei, in: Internationale Information, Nr. 32, 10.6.1933, S.275-280.

sozialistischen Parteien der anderen Länder und bei den deutschen Genossen, die die Ereignisse vom Ausland her beobachten konnten.⁴¹

Das Büro der SAI befaßte sich am 18. Mai des weiteren mit der Aktionseinheit und an den folgenden Tagen - gemeinsam mit dem Büro des IGB - mit einem Wirtschaftsboykott Deutschlands. Zu einem Boykott bestanden in der SAI-Führung unterschiedliche Auffassungen. Johan W. Albarda argumentierte, man dürfe nicht bei Resolutionen verbleiben, sondern müsse zu Taten aufrufen. Er wurde unterstützt von Émile Vandervelde, Frantisek Soukop und William Gillies. Hingegen wandten sich Rafael Abramowitsch, Otto Bauer und Alexandre Bracke gegen einen solchen Boykott, da unter ihm nur die Arbeiterklasse zu leiden hätte und er Hitler eine neue Handhabe gegen die Arbeiterbewegung geben würde. Schließlich einigten sich die Büros darauf, die in einigen Ländern bereits begonnenen Boykottaktionen zu unterstützen, ohne selbst initiativ zu werden.

Auf der Bürositzung der SAI informierte Adler über ein Angebot von Henri Barbusse, Verhandlungen zwischen SAI und KI zu vermitteln. Die meisten SAI-Führer lehnten das ab und vertraten die Auffassung, daß die KI sich direkt an die SAI-Exekutive wenden müsse. Während Albarda sich deutlich vom Februar-Aufruf des Büros distanzierte und verlangte, „mit den Einladungen an Moskau ein Ende zu machen“, vertrat Adler die Auffassung, daß die SAI „nicht apodiktisch eine Annäherung an Moskau ablehnen sollte, da die Ereignisse in Deutschland das Vertrauen in die Demokratie erschüttert haben“.⁴² Zugleich lehnte das Büro eine Teilnahme der SAI am einberufenen internationalen Antifaschistischen Kongreß⁴³ ab und empfahl ihren Parteien; nicht teilzunehmen, da sich dieser Kongreß sich nicht nur gegen den Faschismus richte, sondern auch zu Angriffen auf die Sozialdemokratie diene.⁴⁴

Die führenden Kräfte der SAI prangerten in den Monaten nach dem Januar 1933 den Terror des deutschen Faschismus an und waren bestürzt über den Zusammenbruch der SPD. Zugleich vermochten sie noch nicht, Schlußfolgerungen für ihre Politik zu ziehen. Vielmehr hatten die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und die damit verbundenen Auseinandersetzungen in der SAI zu unterschiedlichen Auffassungen geführt. Die Situation, in der die vorgesehene Konferenz der SAI stattfand, charakterisierte Adler wie folgt: „Nach dem großen Zusammenbruch der Arbeiterbewegung in Deutschland haben wir mit dem größten Ernst zu untersuchen, was in der Zukunft werden soll. Alle Probleme der Arbeiterbewegung sind durch den Sieg des Faschismus in Deutschland neu gestellt. Der Weg, den die Arbeiterklasse zu gehen hat, die Möglichkeiten des proletarischen Klassenkampfes müssen von Grund auf neu untersucht werden.“⁴⁵

41 Bericht des Sekretariats der SAI über die Periode vom 20. Mai 1932 bis Anfang August 1933, in: Dokumente und Diskussionen, Nr. 9, 21.8.1933, S.39.

42 Vergaderingen van de SAI, Bl. 21f.

43 Der Antifaschistische Arbeiterkongreß fand vom 4. bis 6. Juni 1933 im Pariser Pleyel-Saal statt und wurde zum Ausgangspunkt der Amsterdam-Pleyel-Bewegung. Sozialdemokraten aus mehreren Ländern beteiligten sich an nationalen Komitees, am Kongreß selbst nahmen etwa 200 Sozialdemokraten teil.

44 Siehe Sitzung des Büros der SAI, in: Internationale Information, Nr. 28, 27.5.1933, S.238.

45 Adler, Die Aufgaben der Emigration, S.280.

2. Die Pariser Konferenz der SAI und die Debatte um die Konsequenzen aus der deutschen Niederlage

An der Konferenz der SAI vom 21. bis 25. August 1933 in Paris nahmen nach offiziellen Angaben 142 Delegierte von 36 Parteien und Vertreter weiterer sozialdemokratischer Organisationen teil.⁴⁶ Sie hatte einen einzigen Tagesordnungspunkt: „Die Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit der faschistischen Reaktion“.⁴⁷ Im Unterschied zu früheren Kongressen tagte die SAI unter Ausschluß der Öffentlichkeit, auch war die Zahl der Delegierten beschränkt, obwohl einige Persönlichkeiten und Parteien eine möglichst breite Öffentlichkeit und Diskussion gefordert hatten.⁴⁸ Das Hauptreferat hielt der Sekretär der SAI Friedrich Adler. Den Bericht der Resolutionskommission gab gegen Ende der Konferenz der Österreicher Otto Bauer, das Schlußwort hielt der SAI-Vorsitzende Émile Vandervelde. Insgesamt ergriffen 34 Redner von 22 Parteien das Wort. Angesichts der in und zwischen den Parteien bestehenden Differenzen sprachen die meisten Redner nicht im Auftrag ihrer Parteien, sondern nur im eigenen Namen. Selbst Adler betonte, daß er nur seine persönliche Meinung darlege. Die Situation in der internationalen Sozialdemokratie wurde dadurch verdeutlicht, daß der Pole Wiktor Alter, Otto Bauer, der Franzose Léon Blum, der Schweizer Robert Grimm und der Amerikaner Maynard C. Krueger mit Besorgnis von einer tiefen Erschütterung und Schwäche der SAI sprachen, von einer Vertrauenskrise der

46 Vertreten waren Mitgliedsparteien aus Argentinien, Belgien, Bulgarien, China, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Palästina, Polen, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Spanien, der Tschechoslowakei, Ungarn, den USA sowie die Exilparteien aus der Sowjetunion (Menschewiki, Sozialrevolutionäre, aus Armenien, Georgien und der Ukraine). An der Konferenz nahmen des weiteren Delegierte der Sozialistischen Jugend-Internationale und des Internationalen Sozialistischen Frauenkomitees sowie Gastdelegierte der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale, der Sozialistischen Erziehungernationalen, der Arbeiterradio-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes teil. Ein Teil der genannten Organisationen war außerdem durch Gäste vertreten. Der SPD-Vorstand hätte 9 Delegierte entsenden können, delegierte aber nur Siegfried Aufhäuser, Karl Böchel, Erich Ollenhauer, Friedrich Stampfer und Otto Wels. Ohne Delegiertenmandat nahmen als Gäste von seiten der SPD noch Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding teil; zwei Frauen, Maria Juchacz und Tony Sender, waren Delegierte des Internationalen Sozialistischen Frauenkomitees; Erich Ollenhauer verfügte außerdem über ein Mandat der Sozialistischen Jugendinternationale.

47 Zur Konferenz siehe Protokoll. Internationale Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Paris, Maison de la Mutualité, 21.-25. August 1933, o.O.o.J. Dieses Protokoll mit den vollständigen Reden und den zur Abstimmung gestellten bzw. angenommenen Beschlüssen erschien nur hektographiert und in einer beschränkten Anzahl für Archivzwecke (der in den 70er Jahren erstellte Nachdruck „Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Glashütten im Taunus 1976“ stimmt mit dem Original nicht überein). In deutscher Übersetzung hatte die SAI die Reden nur gekürzt in der „Internationalen Information“, 42-49/1933, abgedruckt, die angenommenen Beschlüsse wurden auch im „Bulletin der Sozialistischen Arbeiter-Internationale“, Serie 3, Nr. 5, Zürich 1933, sowie zusammen mit der Rede Bauers in der Broschüre „Nach der deutschen Katastrophe. Die Beschlüsse der Internationalen Konferenz der SAI in Paris, August 1933“, Zürich 1933, veröffentlicht. Im folgenden werden die Reden nach dem (Original-)Protokoll, die gedruckt vorliegenden Beschlüsse nach dem „Bulletin“ und die Rede Bauer nach der Broschüre „Nach der deutschen Katastrophe“ zitiert.

48 Siehe Zirkularschreiben C 68/33, 31.7.1933, in: KC PZPR, CA, 150/IV/37, Bl. 15.

Massen zur Sozialdemokratie und von der Notwendigkeit, neue Wege und Methoden zu beschreiten.⁴⁹

Im Unterschied zu früheren Kongressen trat auf der Konferenz eine oppositionelle linke Minderheit mit einer eigenen Plattform und mit eigenen Resolutionsentwürfen auf.⁵⁰ Die Opposition wurde vor allem durch den polnischen „Bund“, die Mehrheit der Delegation aus den USA, einen Teil der Delegationen aus Frankreich und Italien sowie Delegierte aus Belgien und Estland repräsentiert. Sie zog aus den Ereignissen in Deutschland die Schlußfolgerung, daß die SAI ihre Politik neu orientiere müsse. Konferenzteilnehmer aus Italien, Österreich, Spanien, der Schweiz sowie Karl Böchel und Siegfried Aufhäuser von der SPD standen in Kontakt mit diesen Delegierten, bekundeten Einverständnis mit deren Auffassungen oder bezogen ähnliche Positionen, schlossen sich aber letztlich der von der Konferenzmehrheit befürworteten Resolution an.

Die Konferenzmehrheit, jene Delegierten, die die Hauptresolution unterstützten, bildete keine in sich homogene Gruppe. Ihren Kern stellten die abgestimmt und organisiert vorgehenden Vertreter der britischen, schwedischen, dänischen, tschechoslowakischen und niederländischen Delegation sowie die Gruppe Renaudel-Marquet in der Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO), die Mehrheit der SPD-Delegation und sozialdemokratische Exilgruppen aus der Sowjetunion. Ihre Position war dadurch charakterisiert, daß sie sich entschieden gegen eine Neuorientierung der SAI in Richtung eines gemeinsamen antifaschistischen Kampfes mit den Kommunisten wandten. Zur Konferenzmehrheit zählten auch Delegierte, die versuchten, die Gegensätze in der SAI durch Kompromisse zu glätten. Das betraf insbesondere die österreichische und die belgische Delegation sowie die übrigen Teile der französischen und Schweizer Abordnung. Sie unterzogen die bisherige SAI-Politik teilweise einer kritischeren Wertung und erstrebten bestimmte Korrekturen. Insgesamt zeigten sich auf der Konferenz verschiedene Tendenzen, deren Abgrenzung nicht immer eindeutig war.

Die Auseinandersetzungen über die Ursachen für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung dokumentierten die Schwierigkeit für die SAI, eine gründliche Analyse vorzunehmen und die notwendigen Schlußfolgerungen für den antifaschistischen Kampf zu ziehen. Wels rechtfertigte in seiner Rede die Politik der SPD von 1918 bis 1933, die Ursachen für die „deutsche Katastrophe“ sah er im Versailler Diktat und in der Politik der Westmächte nach dem Weltkrieg, in der Weltwirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen und in der Politik der Kommunisten.⁵¹

49 Siehe z.B. Protokoll, S.7-10, 124, 185. Andere Redner, so Hugh Dalton (Großbritannien), Alsing Andersen (Dänemark) und Allan Vougt (Schweden), brachten gegenteilige Auffassungen zum Ausdruck (siehe Protokoll, S.55-61, 117f., 137).

50 Es handelte sich um Resolutionsentwürfe „zur Frage des Kampfes um die Macht“, „zur Frage der Einigkeit der Arbeiterklasse“ und „zum Krieg“; siehe *Projet de résolution sur la question de la lutte pour le pouvoir*, in: Protokoll, Anhang B, S.I-IV; *Projet de résolution sur l'unité ouvrière*, in: Protokoll, Anhang B, S.IVf.; *Projet de résolution sur la guerre*, in: Protokoll, Anhang B, S.VI. Siehe zum Vorgehen der Opposition auch Henryk Erlich: *The Struggle for Revolutionary Socialism*, New York 1934.

51 Siehe Protokoll, S.69-77.

Die meisten Redner stimmten darin mit Wels überein.⁵² Die Parteiführer aus Schweden, Großbritannien, Dänemark, der Tschechoslowakei und auch anderen Ländern - so Leo Winter (Tschechoslowakei), Alsing Andersen (Dänemark) und Lothar Radaceanu (Rumänien) - interpretierten den Machtantritt des Faschismus in Deutschland als aus „spezifischen“ deutschen Bedingungen hervorgehend. Andere übten teilweise heftig Kritik an einzelnen Seiten der Politik der SPD-Führung, vor allem an der Tolerierungspolitik, der Politik des „kleineren Übels“, an der Passivität und am fehlenden Willen, im entscheidenden Augenblick dem Faschismus aktiv Widerstand zu leisten. Der Italiener Pietro Nenni faßte dies in die Worte: „Die deutsche Sozialdemokratie scheint das Opfer eines wahren Fetischismus der Legalität gewesen zu sein.“⁵³ Im Unterschied zu Wels beurteilte Siegfried Aufhäuser die Politik der SPD kritisch und zog die Schlußfolgerung, daß die „Grenzen und Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie für die Arbeiterbewegung“ aufgezeigt werden müßten, da die Bourgeoisie in Deutschland von der Demokratie abgerückt sei, als sie befürchtete, daß die „Arbeiterklasse die parlamentarische Mehrheit gewinnen könne“.⁵⁴

Wels hatte die Politik der SPD auch damit gerechtfertigt, daß die Kampfkraft der Arbeiter durch ihre Spaltung geschwächt war, die SPD daher „den Bestand der Republik gegen ihre kommunistischen und faschistischen Feinde“ verteidigt habe und „durch den Zwang der Verhältnisse“ nur Objekt der Entwicklung gewesen wäre.⁵⁵ Er wurde u.a. von Winter unterstützt, der ausführte, die deutschen Sozialdemokraten wären zu vielen „Handlungen nicht gezwungen gewesen, wenn sie den Feind nur rechts, nicht aber auch links gehabt“ hätten, die kommunistische Partei wäre „eine der Hauptgründe, welche zu diesem Zusammenbruch der Sozialdemokratie geführt“ habe. Der Georgier Constantin Gvaradjaladze behauptete gar, „die kommunistische Taktik ist für den Erfolg des Faschismus verantwortlich“.⁵⁶

Andere sozialdemokratische Führer richteten, unterschiedlich gewichtet, ihre Kritik sowohl gegen SPD wie auch KPD.⁵⁷ Friedrich Adler meinte z.B.: „Das grundlegende Übel, unter dem die deutsche Arbeiterbewegung gelitten hat, war, daß sie zermalmte wurde zwischen diesen beiden allein seligmachenden Lehren von Moskau einerseits und von der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie andererseits.“⁵⁸ Auch die oppositionelle Minderheit kritisierte, daß in Deutschland „die Kräfte der Arbeiterschaft durch eine tragische Spaltung, die zum großen Teil das Ergebnis der kommunistischen Politik war“, gelähmt waren, stellte aber zugleich heraus: „Andererseits hat sich die reformistische Politik der Sozialdemokratischen Partei, die hoffte, durch die Zusammenarbeit der Klassen auf dauernde Weise die Lage der Arbeiterschaft verbessern und die Machtergreifung vorbereiten zu können, als eine Quelle der Schwäche für das Proletariat in seinem Kampf gegen den Faschismus

52 Siehe dazu und dem folgenden Protokoll, S.78, 91f., 98, 117f., 138f., 141f., 146f.

53 Ebenda, S.31f.

54 Ebenda, S.122.

55 Ebenda, S.75

56 Ebenda, S.93, 143

57 Siehe ebenda, S.33, 63, 78.

58 Ebenda, S.13.

erwiesen. Die Ereignisse in Deutschland besiegeln zugleich den Bankrott der Politik der kommunistischen Spaltung und der Politik des sozialistischen Reformismus.“⁵⁹

Eng verbunden mit der Bewertung der Ursachen für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung war die Einschätzung des Faschismus. In der Hauptresolution hieß es dazu: „In Deutschland haben Großkapital und Großgrundbesitz die Verzweiflung der verelendeten Massen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft benutzt, um die Arbeiterklasse niederzuwerfen und das ganze deutsche Volk einem terroristischen Despotismus zu unterwerfen.“⁶⁰ Als wesentliche Kennzeichen des Faschismus wurden auf der Konferenz totale Unterdrückung durch den staatlichen Machtapparat, Terror, Gewalt, Nationalismus und Chauvinismus sowie Demagogie hervorgehoben. Vorherrschend blieb die Auffassung, die u.a. Rafael Abramowitsch, der Bulgare Janko Sakasoff, der Pole Mieczyslaw Niedzialkowski vertraten, wonach der Faschismus sich auf das Kleinbürgertum stütze und eine über den Klassen fungierende, relativ unabhängige Staatsmacht repräsentiere.⁶¹

Paul Henri Spaak von der Opposition bezeichnete den Faschismus als Mittel der Herrschaft der Bourgeoisie, die überall in der gleichen Weise entschlossen sei, ihre Klassenherrschaft, ihre Privilegien, ihre sozialen und politischen Positionen mit allen Mitteln, wozu auch der Faschismus gehöre, zu verteidigen.⁶² Im Unterschied zur Konferenzmehrheit betrachtete die Opposition den Faschismus nicht so sehr als Ausdruck kleinbürgerlicher Bestrebungen und Interessen, sondern versuchte vielmehr, ihn aus der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus und als Herrschaftsform des Großkapitals zu erklären und zu werten.⁶³

Insgesamt waren auf der Konferenz die Einschätzung des Faschismus und die Gegnerschaft zu ihm oft dadurch überlagert, daß Redner wie Hugh Dalton, Constantin Gvardjaladze und andere den Faschismus und den Kommunismus als undemokratische und terroristische Gewaltherrschaften gleichstellten. So behauptete der Ukrainer Panas Fedenko, daß „der Bolschewismus den Faschisten das Beispiel einer Minderheitsherrschaft über eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gab. Die terroristischen Methoden, die Praxis der Verwaltung, die Methoden der Organisation und der Propaganda hat der Faschismus vom Bolschewismus übernommen[...] Zwei gefährliche Gegner hat der demokratische Sozialismus, einen rechts und einen links.“⁶⁴

Die sozialdemokratischen Führer waren sich durchweg bewußt, daß von faschistischen Regimes, namentlich von Deutschland, die Gefahr eines neuen Krieges

59 *Projet de résolution sur la question de la lutte pour le pouvoir*, S.1f., zitiert nach dem deutschen Text Antrag Alter (Polen) und Genossen zur Frage des Kampfes um die Macht, Zirkularschreiben C 98/33, in: SAPMO-BArch, RY 4/I 6/2/15, Bl. 34.

60 Die Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit der faschistischen Reaktion, in: Bulletin der SAI, Serie 3, Nr. 5, Oktober 1933, S.101f. Im Protokoll wurde nur die französische Fassung des Textes wiedergegeben.

61 Siehe Protokoll, S.79f., 96f., 174f.

62 Siehe ebenda, S.177.

63 Siehe *Projet de résolution sur la question de la lutte pour le pouvoir*, S.II.; siehe auch Protokoll, S.65-67, 177f.

64 Protokoll, S.167; siehe auch S.56, 73, 141-143, 151-153.

ausging.⁶⁵ Die angenommenen Resolutionen⁶⁶ enthielten allerdings keine konkreten Festlegungen für Massenaktionen gegen diese Gefahr. Die SAI hoffte weiterhin, den Frieden durch Appelle an die Regierungen der demokratischen Staaten, die Unterstützung des Völkerbunds und Abrüstungsmaßnahmen sichern zu können. Für den Kriegsfall wurde den Parteien nur die Auflage erteilt, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihrer Aktionen zu bewahren und Beziehungen zur Internationale aufrechtzuerhalten. Die in diesem Fall „als letztes Mittel der Arbeiterklasse“ wieder aufgegriffene scheinradikale Losung des Generalstreiks blieb verbale Proklamation, er sollte zudem erst angewandt werden, „wenn alle Mittel politischer und parlamentarischer Einflußnahme“ versagt hätten. Auch wurde er von der Bestimmung des Angreifers durch ein internationales Schiedsgericht des Völkerbunds abhängig gemacht.

Gegen diese einseitige Ausrichtung trat die Opposition auf. Ihre Vertreter waren der Auffassung, daß die Arbeiterklasse alle zur Verfügung stehenden Mittel anwenden muß, um einen Krieg zu verhindern.⁶⁷ Sie forderten eine selbständige Politik der Arbeiterklasse zur Bewahrung des Friedens. Grenzen der Position der oppositionellen Minderheit lagen darin, daß sie sich nicht vollständig von pazifistischen Tendenzen löste, bei der Einschätzung der Kriegsgefahr nicht klar die faschistischen Mächte als Kriegsherd von den übrigen kapitalistischen Staaten abhob und die unterschiedlichen Ziele der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern nicht genügend beachtete.

Entscheidend für die SAI war, welche Konsequenzen die Konferenz aus der Entwicklung in Deutschland für den Kampf gegen den Faschismus zog. Ein Großteil der Führer der SAI hielt es unter den veränderten Bedingungen nun nicht mehr für zweckmäßig, sich in der Abwehr des Faschismus ausschließlich auf parlamentarische Methoden zu beschränken. Hingegen erblickten sozialdemokratische Führungskräfte aus Nordeuropa und Großbritannien, Dalton, Vougt, und Andersen, für ihre Heimatländer in der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien und in parlamentarischen Formen weiterhin das entscheidende Mittel, um die bürgerliche Demokratie zu erhalten und den Faschismus von der Macht fernzuhalten. Sie traten dagegen auf, nach neuen Wegen und Kampfformen zu suchen.⁶⁸ Ein Teil der Konferenzteilnehmer erklärte hingegen, der antifaschistische Kampf sei mit allen, auch mit revolutionären Mitteln und mit revolutionären Zielen, zu führen.⁶⁹ Nenni und andere Redner der oppositionellen Minderheit betonten, daß es unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich sei, den Kampf gegen den Faschismus nur

65 Z. B. sprachen englische und amerikanischer Delegierte davon, daß die Konferenz im Schatten zweier Ereignisse stehe, der deutschen Niederlage und der Kriegsgefahr. Siehe Protokoll, S.55, 98.

66 Siehe Die Strategie und Taktik, S.104f.; Resolution der Gemeinsamen Abrüstungskommission der SAI und des IGB, in: Bulletin, S.105-107.

67 Siehe *Projet de résolution sur la guerre*; deutscher Text siehe Resolution Alter (Polen) und Genossen, Zirkularschreiben C 104/33, Bl. 39f., in: KC PZPR, CA, 150/IV/18; SAPMO-Barch RY 4/I 6/2/15; Protokoll, S.35f., 130-132.

68 Siehe Protokoll, S.55-61, 117-120, 135-140.

69 Siehe ebenda, S.12, 39, 179-181.

nach parlamentarischen Spielregeln, in „demokratischen“ Formen zu führen.⁷⁰ Die Opposition zog aus der Instabilität der parlamentarischen Demokratie und der Offensive des Faschismus die Schlußfolgerung, es könne nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die kapitalistische Welt zu reformieren, sondern vielmehr, die bürgerliche Gesellschaft zu stürzen und durch die revolutionäre Diktatur eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen.⁷¹

Die Konferenzmehrheit einigte sich auf eine Kompromißformel, die u.a. Adler, Bauer und Blum unterstützt hatten, zunächst aber - vor allem in der Resolutionskommission - auf den Widerstand der britischen und nordeuropäischen Parteien gestoßen war.⁷² In der Resolution wurden entsprechend vorhandener unterschiedlicher Bedingungen und Ziele des antifaschistischen Kampfes eine Korrektur der bisherigen Strategie vorgenommen und drei Gruppen von Ländern unterschieden: 1) „In den Ländern, in denen der Faschismus gesiegt hat“, könne die „faschistische Diktatur nur durch die revolutionäre Erhebung der Volksmassen gestürzt werden“. 2) In „den Ländern, in denen die Demokratie fortbesteht“, sollte diese „mit ganzer Kraft“ verteidigt werden. 3) „In den Ländern, in denen der Faschismus die Demokratie unmittelbar bedroht, muß die Arbeiterklasse zum Kampfe mit allen Mitteln entschlossen sein“.⁷³ Auf wirtschaftlichem Gebiet hoffte man, die Ursachen des Faschismus zu beseitigen, indem die Wirtschaftskrise abgeschwächt würde, dann könnten weitere Staaten vor dem Faschismus geschützt werden und die faschistischen Herde in Europa schrittweise isoliert und reduziert werden.⁷⁴

Entscheidende Bedeutung für die künftige Entwicklung der Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte kam dem Verhältnis zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung zu. Ein Großteil der Redner nahm dazu Stellung. Die in der SAI bestehenden Meinungsverschiedenheiten traten deutlich zutage. Während die Opposition und auch einzelne Vertreter aus der Konferenzmehrheit sich - unter Vorbehalten - für die Aktionseinheit und Kontakte mit der KI und den kommunistischen Parteien aussprachen, lehnten andere Delegierte sie vehement ab.

13 Delegierte der Opposition bekundeten in ihrem Resolutionsentwurf „Zur Frage der Einigkeit der Arbeiterklasse“, daß „trotz der gegenwärtig zwischen der SAI und der Kommunistischen Internationale bestehenden Divergenzen“ gemeinsame Aktionen aller proletarischer Organisationen im „Kampf gegen den Faschismus, gegen den Krieg, für die Verteidigung des sozialistischen Proletariats und der

70 Siehe ebenda, S.25-37, 128-133, 198-201.

71 Siehe dazu ebenda, S.25-37, 128-133, 198-201; siehe auch die drei Resolutionsentwürfe „Alter (Polen) und Genossen“. Die revolutionäre Diktatur sollte einer wirklichen Demokratie den Weg bereiten und war deutlich vom kommunistischen Verständnis und von der Praxis der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, die als „Diktatur über das Proletariat“ bewertet wurde, abgehoben (Siehe Protokoll, S.321-323.)

72 Siehe Nach der deutschen Katastrophe, S.20f.

73 Die Strategie und Taktik, S.102f.

74 Siehe Protokoll, S.106f.

Sowjetunion" notwendig und möglich wären.⁷⁵ Sie forderten von der Konferenz, die Exekutive zu Verhandlungen mit der KI zu beauftragen, um „a) eine gemeinsame Konferenz einzuberufen zur Prüfung der Möglichkeiten und der Modalitäten einer von der Gesamtheit des Proletariats durchzuführenden Aktion; b) gegebenenfalls einen internationalen Kongreß aller antifaschistischen und antikapitalistischen Organisationen einzuberufen“.⁷⁶ Der amerikanische Delegierte Maynard C. Krueger verlangte ausdrücklich, die SAI müsse der KI konkrete Verhandlungen „nicht bloß in Form eines Manifestes an die Presse“ anbieten, sondern sich direkt an sie wenden. Auch müßten KI und SAI gegenseitig anerkennen, „daß weder die Sozialdemokratie noch der Kommunismus der Hauptfeind der Arbeiterklasse sind, sondern der Kapitalismus selbst“.⁷⁷ Für eine Verständigung und Zusammenarbeit mit den Kommunisten traten weitere Redner der Opposition, darunter Nenni, Pivert und Spaak ein.

Für die Aktionsgemeinschaft mit der KI sprachen sich auch Otto Bauer, Léon Blum, Marc Jarblum (Palästina), Jacob Panken (USA) und andere Redner aus. Sie bezogen im wesentlichen eine Position, die den Beschlüssen der SAI von Februar und März entsprach und eine antifaschistische Aktionsgemeinschaft von Kommunisten und Sozialdemokraten von Verhandlungen und einem Nichtangriffspakt zwischen KI und SAI abhängig machte. Blum wandte sich gegen Verhandlungen von Parteien auf Landesebene, trat aber für Verhandlungen und die Aktionseinheit zwischen SAI und KI ein. Er begründete seine Position damit: Wenn „es möglich wäre, die heute zersplitterten Kräfte des Proletariats zusammenzufügen, so wäre das nicht eine einfache Addition, eine Summierung ihrer Zahl, sondern eine Multiplikation, eine Vervielfachung ihrer Kräfte“.⁷⁸

Vornehmlich die Delegierten der sozialdemokratischen Parteien aus Dänemark, den Niederlanden, Schweden, der Tschechoslowakei und der Labour Party Großbritanniens, sekundiert auch von der Mehrheit der SPD-Delegation, widersetzten sich jedem Schritt in Richtung eines gemeinsamen Vorgehens mit den Kommunisten und wandten sich auf der Konferenz und vor allem in der Resolutionskommission heftig gegen Verhandlungen mit der KI. Eine Einheitsfront mit den Kommunisten würde die Kampfkraft der Arbeiterklasse nicht stärken, sondern vielmehr die mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Schichten abstoßen. Nach ihrer Meinung bestand in ihren Ländern keine Notwendigkeit zur Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten, da durch die Stärke der sozialdemokratischen Parteien die Einheit der Arbeiterbewegung im Falle des faschistischen Angriffs gesichert wäre. Wie der Franzose Salomon Grumbach

75 *Projet de résolution sur l'unité ouvrière*, S.V, zitiert nach dem deutschen Text des Antrags Alter („Bund“ Polen) und Genossen. Resolutionsentwurf zur Frage der Einigkeit der Arbeiterklasse, Zirkularschreiben, C 97/33, in: SAPMO-BArch, RY 4/I 6/2/15, Bl. 30. Der Entwurf war unterzeichnet von Wiktor Alter, Henryk Erlich („Bund“, Polen), Nigol Andreesen (Estland), Eugenio Bianco, Alessandro Bocconi, Pietro Nenni, (Italien), David Felix, Maynard Krueger, Edward Levinson, Clarence Senior (USA), Marceau Pivert, Jean Zyromski (Frankreich) und Paul Henri Spaak (Belgien).

76 Ebenda.

77 Ebenda, S.100.

78 Ebenda, S.116.

verstanden sie unter Einheit der Arbeiterklasse in der Regel die organisatorische Einheit durch den Eintritt der Kommunisten in die Parteien der SAI unter sozialdemokratischer Führung.⁷⁹ Auch der Vorsitzende der SPD Otto Wels lehnte die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten vehement ab.

Letztlich war es nur eine Minderheit sozialdemokratischer Führer, die auf der Konferenz für die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten stimmten. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer lehnte alle Vorschläge zu einer Verständigung mit der KI, um gemeinsam der Offensive des Faschismus und der Kriegsgefahr entgegenzutreten, ab.⁸⁰ Mit 291 Stimmen wurde der Resolutionsentwurf⁸¹ „Die Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit der faschistischen Reaktion“ einer Kommission bei 5 Stimmenthaltungen und bei Fehlen einiger Delegationen während der Abstimmung angenommen.⁸² Die ihm gegenübergestellten drei Resolutionsentwürfe der Opposition erhielten nur 18 Stimmen.⁸³ In der Resolution erklärte die SAI: „Angesichts der Erfahrungen in der Geschichte ist die Fortdauer der Spaltung der Arbeiterklasse nicht zu rechtfertigen“, lehnte aber die Aktionseinheit zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien als Einheitsfrontmanöver ab, da sie „nicht der internationalen Einigung, sondern nur dem Kampfe innerhalb der Arbeiterklasse dienen“.⁸⁴ Zyromski hatte zuvor die Resolution namens der Opposition zurückgewiesen, da sie die Aktionseinheit ablehnte und sich „viel zu sehr im Fahrwasser des Reformismus“ bewegte.⁸⁵

Das Abstimmungsergebnis verschleierte die Gegensätze in der SAI, wozu nicht nur die Inkonsequenz mancher Befürworter der Aktionseinheit, sondern auch der Abstimmungsmodus beitrug.⁸⁶ Zugunsten einer Einigung auf eine gemeinsame Plattform waren zur Aktionseinheit bereite Sozialdemokraten vor den Führern zurückgewichen, die diese kategorisch ablehnten. Allerdings war es der SAI

79 Siehe ebenda, S.168.

80 Siehe ebenda S.93, 143, 154f., 162, SAPMO-BArch, RY 4/I 6/2/15.

81 Er war von Otto Bauer, Léon Blum, Camille Huysmans und Allan Vougt ausgearbeitet und von Bauer vor dem Plenum begründet worden.

82 Siehe Protokoll, S.206.

83 Von der Konferenz wurde des weiteren eine „Resolution der gemeinsamen Abrüstungskommission der SAI und des IGB“ mit 273 Stimmen bei 19 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen und eine Entschließung „Gegen die antisemitische Demagogie“ nach Delegiertenmandaten einstimmig verabschiedet. Siehe Protokoll, S.206.

84 Die Strategie und Taktik, S.103.

85 Protokoll, S.200.

86 Es wurde nicht nach Delegierten, sondern nach Kongreßstimmen abgestimmt. Laut Statut der SAI bestand auf Kongressen, Konferenzen und Tagungen der leitenden Organe die Möglichkeit, entweder nach Delegierten- oder nach Kongreßstimmen abzustimmen. Im ersten Fall hatte jeder Delegierte eine Stimme, im zweiten stand jedem Land eine bestimmte Anzahl von Stimmen zur Verfügung. Die Kongreßstimmen waren nach einem Schlüssel, entsprechend Mitgliederzahl, Wählerstimmen und Stärke der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, festgelegt. Auf der Pariser Konferenz hatten z. B. die SPD und die britische Labour Party mit fünf bzw. acht Delegierten jeweils 40 Stimmen, die Polnische Sozialistische Partei mit drei Delegierten zehn Stimmen, der polnische „Bund“ mit zwei Delegierten drei Stimmen. Spaak, der für die Einheitsfront eingetreten war und zum Schluß der Debatte als Generalredner der oppositionellen Minderheit sprach, hatte kein Stimmrecht (siehe Erlich, *The Struggle*, S.32.)

unmöglich geworden, die Frage der Aktionseinheit völlig zu negieren. Deshalb erklärte die Resolution, die SAI sei „festen Willens, alles, was in ihrer Macht ist, zu tun, um die zersplitterten Kräfte der Arbeitermassen zusammenzuführen“.⁸⁷ Diese Formulierung wurde unterschiedlich interpretiert. Vertreter der nordischen Parteien werteten sie als Absage an Verhandlungen mit der KI, Bauer interpretierte sie dahingehend, daß sie diese Möglichkeit offen lasse. Letztlich bedeutete die Resolution eine Zurücknahme der im Februar erklärten Bereitschaft der SAI, mit der KI über eine antifaschistische Aktionsgemeinschaft zu verhandeln.

Bauer, ähnlich auch Vandervelde, konstatierte in seinen Schlußbemerkungen, daß die Debatten gezeigt hätten, „welche tiefen Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Fragen zwischen den einzelnen Parteien und innerhalb der einzelnen Parteien bestehen“. Die Resolution könnte daher nur das feststellen, „was gemeinsame Meinung ist“, und würde daher „niemanden ganz befriedigen“.⁸⁸ Die SAI vermochte es nicht, ihren Anspruch, die Strategie und Taktik zu überprüfen, nicht in eine konsequente Neuorientierung umsetzen. Sie brach nicht mit den Fehlern ihrer Politik und nahm keine konsequente, sich auf den Zusammenschluß aller antifaschistische Kräfte richtende Umorientierung vor. Die ideologischen und politischen Gegensätze zur kommunistischen Bewegung erwiesen sich als zu tief, um sie zurückzustellen und auf das Gemeinsame im Kampf gegen Faschismus und Krieg, bei Sicherung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft zu orientieren.

3. Ausblick

Die Pariser Konferenz war die letzte Delegiertenberatung in der Geschichte der SAI. Bis zu ihrer Auflösung 1940 während des Weltkrieges fanden weder Kongresse noch Konferenzen statt. Nach der Konferenz verstärkten sich die zu Tage getretenen Differenzen innerhalb und zwischen den Parteien der SAI. Insbesondere die sozialdemokratischen Parteien, die wie in Spanien, Frankreich und Österreich mit dem Vormarsch der Reaktion am unmittelbarsten konfrontiert waren, suchten nach wirksamen Mitteln und Wegen, den Faschismus abzuwehren. Der Umdenkungsprozeß in Teilen der internationalen Sozialdemokratie reflektierte sich in unterschiedlichem Grad in allen sozialdemokratischen Parteien. Die Prager SPD-Führung, die SOPADE, sah sich veranlaßt, dem Streben vieler deutscher Sozialdemokraten nach einer Neuorientierung im antifaschistischen Kampf mit dem „Prager Manifest“ (1934) Rechnung zu tragen. Zugleich versuchten in den Wochen und Monaten nach der Konferenz sozialdemokratische Parteiführer vornehmlich in den Ländern, in denen „die Demokratie fortbestand“, Bestrebungen zur Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten gegen die faschistische Gefahr entschieden entgegenzutreten.

In der Sitzung des erweiterten Büros ignorierte die SAI im November 1933 die Frage der Beziehungen zu den Kommunisten völlig. Das Büro befaßte sich vor allem mit der Krise in der französischen Sozialistischen Partei und der internationalen Lage. Zur Kriegsgefahr und Abrüstung verabschiedete es nach einer von Gegensätzen

87 Die Strategie und Taktik, in: Bulletin, S.103.

88 Nach der deutschen Katastrophe, S.4.

geprägten Diskussion eine Resolution, in der Konzessionen an das faschistische Deutschland abgelehnt, Sanktionen des Völkerbundes zur Sicherung des Friedens verlangt und der Abschluß einer internationalen Abrüstungskonvention gefordert wurde.⁸⁹

Seit Ende 1933 propagierten einige sozialdemokratische Parteien verstärkt ein Konzept von Reformen, mit denen die Wirtschaftskrise überwunden, die faschistische Gefahr abgewehrt und die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische auf parlamentarischem Wege möglich werden sollte. Als Vorbild diente der von Hendrik de Man verfaßte und vom Parteitag der Belgischen Arbeiterpartei 1933 beschlossene „Plan der Arbeit“. Mit Verwirklichung dieser Pläne sollten die soziale Basis für die sozialdemokratische Politik erweitert und antifaschistische, nichtproletarische Kräfte mobilisiert werden. Aktions- bzw. Regierungsprogramme ähnlicher Art nahmen dann unter anderem die dänische, holländische, englische, schwedische und tschechoslowakische Partei und von ihnen geführte Gewerkschaften an.

Im November/Dezember 1933 tagte das XIII. Plenum des EKKI. Auch die Komintern vermochte es 1933 nicht, aus den deutschen Ereignissen und der internationalen Entwicklung die notwendigen Konsequenzen für ihre antifaschistische Politik zu ziehen. Die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung in den Monaten seit dem 30. Januar 1933 hatte gezeigt, daß die Diskussion über ein antifaschistisches Bündnis der politischen Arbeiterorganisationen sowohl in der SAI als auch in der KI von letztlich fruchtlosen gegenseitigen Schuldzuweisungen überlagert wurde. Beide Organisationen waren nicht in der Lage, die tiefen Gräben zu überwinden, Defizite und Fehler ihrer Politik klar zu benennen und zu beseitigen und Schlußfolgerungen für einen effektiven Kampf ihrer Parteien in allen Ländern gegen Faschismus und Krieg zu ziehen. Die folgenden Jahre, insbesondere die Februarereignisse 1934 in Österreich und Frankreich, verdeutlichten, daß nur ein Zusammenwirken aller antifaschistischer Kräfte, aller Kräfte der Arbeiterbewegung, unter Zurückstellung vorhandener, auch tiefgreifender politischer Differenzen, eine Chance eröffnen konnte, dem Vormarsch der internationalen Reaktion und der sich verstärkenden Kriegsgefahr erfolgreich zu begegnen.

⁸⁹ Siehe Die Internationale zur politischen Weltlage, in: Internationale Information, Nr. 63, 25.11.1933, S.636.

Sowjetische Kriegsgefangene im Konzentrationslager Sachsenhausen

Hans Coppi

Zur Geschichte des Konzentrationslagers Sachsenhausen

Das Konzentrationslager Sachsenhausen wurde im Sommer 1936 auf staatlichem Forstgelände in der Nähe des Ortsteils Sachsenhausen der 30 km nördlich von Berlin gelegenen Kleinstadt Oranienburg errichtet. Sachsenhausen war die erste Neugründung eines Konzentrationslagers nach der Ernennung des Reichsführers SS zum Chef der Deutschen Polizei, mit der die Zuständigkeit für die Konzentrationslager vollständig auf die SS übergegangen war. Nach einem Diktum Himmlers von 1937 sollte hier „ein vollkommen modernes, vollkommen neuzeitliches, jederzeit erweiterungsfähiges Konzentrationslager“ entstehen, das gewissermaßen den Prototyp für die Entwicklung der Konzentrationslager unter der Verantwortung der SS darstellen sollte.

Die Funktion Sachsenhausens als „idealtypisches Konzentrationslager“ und Modell für zukünftige Lagerneugründungen fand ihren Ausdruck zunächst in der architektonischen Konzeption. Das in Form eines gleichschenkeligen Dreiecks errichtete Schutzhaftlager wurde in einer auf den Sitz der SS-Lagerverwaltung ausgerichteten „Geometrie des totalen Terrors“¹ angelegt und durch strenge Axialität und Symmetrie der Anordnung nicht nur räumlich, sondern auch konzeptionell mit dem Kommandanturbereich und dem anschließenden Truppenlager für die SS-Wachmannschaften zu einer einheitlichen Anlage verbunden, die wiederum durch angrenzende Wohnsiedlungen für das SS-Personal an Wohngebiete der Stadt Oranienburg angeschlossen war.²

Die Bedeutung Sachsenhausens als Modellager wurde dadurch unterstrichen, daß 1938 die Inspektion der Konzentrationslager, die administrative Zentrale des gesamten KZ-Systems, aus Berlin in die unmittelbare Nachbarschaft des KZ Sachsenhausen nach Oranienburg verlegt wurde, wo sie auch verblieb, bis sie im Frühjahr 1942 als Amtsgruppe D in das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt eingegliedert wurde.³ Aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zum

1 Siehe Günter Morsch: Sachsenhausen - auf dem Weg zur Neugestaltung und Neukonzeption der Gedenkstätte, in: Jürgen Dittberner/Antje van Meer (Hrsg.): Gedenkstätten im vereinigten Deutschland, Berlin 1994, S.56f.

2 Siehe zur Baugeschichte: Ulrich Hartung: Zur Baugeschichte des Konzentrationslagers Sachsenhausen, in: Günter Morsch (Hrsg.): Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Berlin 1996, S.26-29; Eduard Führ: Morphologie und Topographie eines Konzentrationslagers, in: ebenda., S.42-58.

3 Siehe Johannes Tuchel: Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der „Inspektion der Konzentrationslager“ 1934-1938, Boppard 1991; ders.: Die „Inspektion der Konzentrationslager“, in: Dietrich Eichholtz/Almuth Püschel (Hrsg.): Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, Berlin 1993, S.273-302; ders.: Die Inspektion der Konzentrationslager 1938-1945. Das System des

Verwaltungszentrum des KZ-Systems blieb Sachsenhausen Muster- und Schulungslager der SS. Wegen der Nähe zur Reichshauptstadt fungierte das KZ Sachsenhausen auch als Vorzeige- und Propagandalager, das seit seiner Gründung regelmäßig von Reichsministern, Lehrgangsteilnehmern von Kriegs- und Finanzakademien sowie in- und ausländischen Journalisten und seit Kriegsbeginn auch von Polizeioffizieren aus neutralen und verbündeten Staaten sowie von internationalen Delegationen besichtigt wurde. Seine geographische Lage war auch der Grund für spezifische Nutzungen des KZ Sachsenhausen durch das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin. Der Zellenbau des Konzentrationslagers fungierte als Hochsicherheitsgefängnis für prominente Polizeihäftlinge wie den Hitler-Attentäter Georg Elser oder einige der Verschwörer des 20. Juli 1944, ein Teil des an das Schutzhaftlager anschließenden Industriedhofes und das 1942 dort erbaute Krematorium wurden vom Reichssicherheitshauptamt als Vernichtungsstätte genutzt, in der seit Kriegsbeginn Wehrdienstverweigerer, von NS-Sondergerichten oder dem Volksgerichtshof lediglich zu Zeitstrafen verurteilte Regimegegner und Kriminelle, Juden und „Plünderer“ erschossen wurden, ohne als Häftlinge des Konzentrationslagers registriert zu werden.

Im KZ Sachsenhausen sollen nach von einer sowjetischen Ermittlungskommission im Jahre 1946 angestellten Erhebungen zwischen 1936 und 1945 über 200.000 Menschen aus mehr als 30 Nationen für lange Zeit weggesperrt gewesen sein, und ab 1940 waren die meisten, ab 1944 sogar 90 Prozent der Häftlinge Ausländer, unter denen Sowjetbürger und Polen die größten Gruppen bildeten.⁴ Die im KZ Sachsenhausen umgebrachten und verstorbenen Häftlinge zählen nach Zehntausenden.⁵ Nachdem die Zahl der an Unterernährung und nach Mißhandlungen durch die SS Umgekommenen schon in den ersten Jahren nach der Gründung des KZ Sachsenhausen von einigen Hundert auf Tausende jährlich gestiegen war, fielen ab 1941/42 außerdem weitere Tausende der „Vernichtung durch Arbeit“ in den SS-eigenen Betrieben und den mehr als 100 in der Nähe von Rüstungsbetrieben errichteten Außenlagern, systematischen Vernichtungsaktionen der SS, so der Erschießung von Tausenden sowjetischer Kriegsgefangener im Herbst 1941, oder medizinischen Experimenten im Krankenrevier zum Opfer, bevor die

Terrors, Berlin 1994.

4 Siehe Zentralarchiv des Sicherheitsdienstes Rußland Moskau, Sachsenhausenprozess 1947 (im folgenden FSB-Archiv Moskau), N 19092, Band 11, Bl. 38-65, Gutachten der Sachverständigenkommission unter Leitung von Prof. Prosorowski vom 26.12.1946.

5 Zuverlässige und quellengestützte Angaben über die Gesamtzahl der Todesopfer des Lagers liegen aufgrund unvollständiger Quellen bisher nicht vor. Die über Jahrzehnte geschätzte und reproduzierte Zahl von „mindestens 100.000“ aus dem sowjetischen Sachsenhausen-Prozess von 1947 kann nicht verifiziert werden und erscheint wesentlich zu hoch gegriffen. Zentraleitung des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR (Hrsg.): Sachsenhausen. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, Berlin 1977, S.25. In den weiteren überarbeiteten Auflagen erscheinen die statistischen Angaben nicht mehr. Sie werden jedoch von Manuela R. Hrdlicka: Alltag im KZ. Das Lager Sachsenhausen bei Berlin, Opladen 1992, S.121, und von Karin Orth: Das System der nationalsozialistischen KZ, Hamburg 2000, S.344, übernommen. Frank Pingel: Häftlinge unter SS-Herrschaft, Hamburg, 1978, S.230, gibt ca. 33.000 Todesopfer nach Einsicht in interne Berichte des Internationalen Suchdienstes des Internationalen Roten Kreuzes Arolsen an.

„Todesmärsche“ bei der Evakuierung des KZ Sachsenhausen und seiner Außenlager im April 1945 noch einmal Hunderte von Toten forderten.

Trotzdem war Sachsenhausen kein Vernichtungslager wie Belzec, Chelmno, Majdanek, Sobibór, Treblinka oder Auschwitz-Birkenau, die ausschließlich zum Zwecke des fabrikmäßig betriebenen Massenmordes angelegt worden waren. Als Schutzhaftlager diente Sachsenhausen zunächst zur dauerhaften Wegsperrung von politischen Gegnern des NS-Regimes wie Kommunisten, Sozialdemokraten, engagierten Christen, Zeugen Jehovas, bis ab 1938 immer mehr Opfer der rassistischen Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik des NS-Regimes wie die sogenannten Asozialen und Berufsverbrecher, Homosexuelle, Juden sowie Sinti und Roma und ab Kriegsbeginn 1939 Kriegsgefangene und Bürger der besetzten Länder Europas eingeliefert wurden. Das KZ Sachsenhausen spielte bei der Organisation des nationalsozialistischen Völkermords an den europäischen Juden aber nicht nur deswegen eine Rolle, weil es für viele jüdische Häftlinge Durchgangsstation auf dem Weg in die Vernichtungslager war. Im KZ Sachsenhausen qualifizierten sich SS-Führer wie der spätere Auschwitz-Kommandant Höß für ihre Aufgaben im Vernichtungsapparat, und im SS-Truppenlager in Oranienburg wurden Polizei-Ersatzbataillone für den Vernichtungskrieg im Osten ausgebildet.⁶

Die Quellenlage

Von Ende August 1941 bis zur Evakuierung des Lagers im April 1945 wurden über 30.000 sowjetische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter in Sachsenhausen zur Liquidierung und zur Zwangsarbeit eingeliefert. Eine genaue Übersicht und nationale Herkunft über die Anzahl der im KZ Sachsenhausen weggesperrten Häftlinge oder eine Untergliederung in unterschiedliche Gefangenenkategorien existiert nicht. Die SS-Lagerkommandantur hatte umfangreiche Lagerdokumentationen mit häftlingsbezogenen Angaben angelegt. Die meisten dieser Unterlagen wurden in den Apriltagen des Jahres 1945 vor der Evakuierung des Lagers durch die SS vernichtet, um die bürokratischen Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen.

Bei der Erforschung des Schicksals sowjetischer Kriegsgefangener im Konzentrationslager Sachsenhausen kann bisher auf eine Überlieferung von nach der Befreiung in verschiedenen Baracken aufgefundenen „Täglichen Veränderungsmeldungen“ der Schreibstube und der Effektenkammer aus den Jahren 1941 bis 1945⁷, auf Erinnerungsberichte überlebender Häftlinge und auf Aussagen in Verfahren gegen SS-Führer wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach 1945 zurückgegriffen werden.⁸

6 Siehe z. B. Rudolf Höß: Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen. Eingeleitet und kommentiert von Martin Broszat, 3. Aufl. Stuttgart 1961, S.69f.

7 Siehe FSB-Archiv Moskau, Sachsenhausenprozess 1947, N 19092, Band 95 bis 101, Tägliche Veränderungsmeldungen der Effektenkammer bzw. der Häftlingsschreibstube für die Jahre 1941, 1942, 1944, 1945.

8 Siehe Uta Gerlant: Findbuch zum Thema „Die sowjetischen Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1941-1945“ für den Archivbestand der Gedenkstätte Sachsenhausen, m.s., Berlin 1996. Das Findbuch befindet sich im Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Obwohl die ersten Transporte sowjetischer Kriegsgefangener Ende August 1941 in Sachsenhausen eintrafen, erschienen sie nicht in der offiziellen Lagerstatistik. Die SS-Lagerkommandantur war sich offensichtlich der Brisanz dieser Angaben bewußt und versuchte, den Nachweis der sowjetischen Kriegsgefangenen von den anderen Häftlingsunterlagen abzukoppeln. Sie waren außerdem in einem von den anderen Häftlingen abgesonderten „Kriegsgefangenenlager“ innerhalb des Konzentrationslagers untergebracht.

Im Sterberegister des Standesamtes Oranienburg sind von Mitte Oktober bis Anfang November 1941 lediglich sechzig verstorbene russische Häftlinge aus dem „Kriegsgefangenenlager“ des Konzentrationslagers ausgewiesen. Die Wehrmachtsauskunftsstelle (WASSt) des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) hatte Ende April 1942 diesen Eintrag in das Sterberegister durch eine schriftliche Anzeige beim Standesamt Oranienburg ausgelöst.

Erste Untersuchungen von Rolf Keller und Reinhard Otto⁹ im russischen Militärarchiv in Podolsk bei Moskau weisen auf bei der WASSt zu sowjetischen Kriegsgefangenen geführten Unterlagen hin, die bis 1945 in Saalfeld und Meiningen lagerten und nach 1945 an sowjetische Stellen übergeben worden sind. Erst die Durcharbeitung der in Podolsk aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang genommenen und dann alphabetisch geordneten Unterlagen zu über 360.000 in Deutschland von 1941 bis 1945 verstorbenen Kriegsgefangenen kann einen Aufschluß über die Namen und die Anzahl der zur Vernichtung in das KZ Sachsenhausen eingewiesenen sowjetischen Kriegsgefangenen ergeben.

Erstmals wurde über die im Spätsommer begonnene Einlieferung und die bis in den Oktober/November 1941¹⁰ andauernde Ermordung von circa 18.000 sowjetischen Kriegsgefangenen berichtet, als das Strafverfahren gegen vierzehn ehemalige Angehörige des SS-Kommandanturstabes und zwei ehemalige Häftlinge vor dem sowjetischen Militärtribunal in Berlin-Pankow im Oktober 1947 stattfand.¹¹ Spätere Darstellungen über sowjetische Kriegsgefangene das KZ Sachsenhausen stützten sich auf Aussagen aus dem sowjetischen Sachsenhausen-Prozess vom Oktober 1947 und auf Erlebnisberichte ehemaliger Häftlinge.¹²

9 Siehe Reinhard Otto: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet, Oldenburg 1999; Rolf Keller/Reinhard Otto: Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Wehrmachtsbürokratie. Unterlagen zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945 in deutschen und russischen Institutionen, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1998, H. 1, S.149-181.

10 Die Aussagen über den Zeitpunkt der Beendigung der Mordaktion an den sowjetischen Kriegsgefangenen gehen auseinander. Emilio Büge und Gustav Sorge gehen von Mitte Oktober 1941 aus. Zu diesem Zeitpunkt wurde das „Kriegsgefangenenarbeitslager“ eingerichtet. Andere Beteiligte nennen Mitte November 1941.

11 Dieser öffentliche Prozeß fand ein großes Interesse in Zeitungen und Rundfunkstationen. Siehe auch Todeslager Sachsenhausen, Berlin 1948. Zum Sachsenhausen-Prozess vor dem sowjetischen Militärtribunal siehe auch Winfried Meyer: Britischer oder sowjetischer Sachsenhausen-Prozess? Zur Vorgeschichte des „Berliner Prozesses“ vom Oktober 1947, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), H. 11, S.965-991; ders.: Stalinistischer Schauprozeß gegen KZ-Verbrecher? Der Berliner Sachsenhausen-Prozeß vom Oktober 1947, in: Dachauer Hefte 13 (1997), S.153-180.

12 Siehe Barbara Kühle (Hrsg.): Stärker als der Tod. Erlebnisse gemeinsamen Widerstandskampfes und internationaler Solidarität mit sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsverschiebten im KZ

In den Ermittlungs- und Strafverfahren gegen die Angehörigen des SS-Kommandanturstabes Gustav Sorge und Wilhelm Schubert im Jahre 1958¹³ sowie Otto Kaiser und weitere neun beteiligte SS-Angehörige im Jahre 1964¹⁴ wurde versucht, die Ereignisse, die zur Ermordung Tausender sowjetischer Kriegsgefangener im Herbst 1941 führten, auf Grundlage von Zeugenaussagen überlebender Häftlinge sowie ehemaliger SS-Angehöriger zu rekonstruieren. Schriftliche Zeugnisse der Verbrechen lagen nicht vor. Sie waren offensichtlich vernichtet worden.

Der ehemalige Arbeitsdienstführer im KZ Sachsenhausen Gustav Sorge gab an, nach Beendigung der Mordaktion Ende Oktober 1941 einen abschließenden Bericht gefertigt zu haben, da er im Oktober zeitweilig als Rapportführer eingesetzt worden war. Ihm lagen die von dem Wehrmachtbegleitkommando übergebenen Transportlisten mit den Namen und Personalien der zur Exekution bestimmten sowjetischen Kriegsgefangenen vor, die im Lager nicht registriert worden waren. Sorge gelangte nach seinen Berechnungen zu dem Ergebnis, daß nicht, wie ursprünglich angekündigt, 18.000, sondern insgesamt höchstens 13.000 russische Kriegsgefangene eingeliefert worden seien. Während der Fertigung des Berichts seien im Laufe eines Monats ca. 700 Russen an Fleckfieber und Hunger gestorben. Weitere 1.300 bis 1.500 Gefangene seien dann wie die anderen Häftlinge registriert worden. Daraufhin folgte Sorge, daß circa 10.800 Russen erschossen worden seien.¹⁵ Der damalige Lagerälteste Harry Naujoks hatte den Auftrag erhalten, aus den Kleidern der erschossenen, im Lager verstorbenen und tot eingelieferten russischen Kriegsgefangenen die Erkennungsmarken herauszusuchen zu lassen und einzusammeln. Er hat 10.034 Erkennungsmarken gesammelt, die er eines Tages abliefern mußte.¹⁶

Harry Naujoks¹⁷ geht in seinen Erinnerungen auch auf die Einlieferung und die Liquidierung der sowjetischen Kriegsgefangenen ein und stützt sich im wesentlichen auf den Bericht des politischen Häftlings Emilio Büge¹⁸, der als Schreiber in der

Sachsenhausen gegen die Vernichtungsstrategie des faschistischen deutschen Imperialismus. Oranienburg 1987. Ferner: Zentraleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR (Hrsg.): *Damals in Sachsenhausen. Solidarität und Widerstand im Konzentrationslager Sachsenhausen*, Berlin 1970, dass.: Sachsenhausen, (siehe Anm. 5).

13 Siehe Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bonn, Strafverfahren (8 Ks 1/58) gegen Gustav Sorge und Wilhelm Schubert wegen Mordes pp. Dokumente aus diesem Prozeß sind veröffentlicht in: Hendrik G. van Dam u. a. (Hrsg.): *KZ-Verbrechen vor deutschen Gerichten*, Frankfurt am Main 1962, S.330f. Die Prozeßakten, aus denen in diesem Artikel zitiert wird, befinden sich in Kopie im Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen.

14 Siehe Staatsanwaltschaft beim Landgericht Köln, Strafverfahren (24 Ks 1/64 (Z)) gegen Otto Kaiser und neun weitere SS-Angehörige wegen Mordes pp.

15 Siehe Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bonn, Strafverfahren (8 Ks 1/58), Untersuchungsrichter II, Fortsetzung der Vernehmung des Beschuldigten Sorge vom 26.4.1957. Diese Zahl ist schon deshalb nicht zuverlässig, weil darin die in Sachsenhausen tot eingelieferten und während der Aktion im Lager verstorbenen Häftlinge nicht berücksichtigt sind.

16 Siehe Staatsanwaltschaft beim Landgericht Köln, Strafverfahren (24 Ks 1/64 (Z)) gegen Otto Kaiser, Urteil vom 28.5.1965, S.273.

17 Siehe Harry Naujoks: *Mein Leben im KZ Sachsenhausen. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten*, Berlin 1989, S.265-287.

18 Siehe Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Emilio Büge: 1470 KZ-

Politischen Abteilung des Konzentrationslagers gearbeitet hatte und bei seiner Entlassung im Jahre 1944 umfangreiche Aufzeichnungen heraus schmuggeln konnte. Büge zählte bis zum 31. Oktober 1941 11.822 eingelieferte sowjetische Kriegsgefangene. Ca. 9.000 seien erschossen worden, ca. 230 waren bereits auf dem Transport oder nach Einlieferung in Sachsenhausen verstorben. Mitte Oktober kamen 2.500 Kriegsgefangene, die zum Arbeitseinsatz bestimmt waren, von denen bis Mitte November bereits 700 an Unterernährung und Flecktyphus verstorben waren.¹⁹

Die Aussonderungsbefehle

Die Behandlung von Kriegsgefangenen war in der Haager Landkriegsordnung „Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ von 1907 geregelt worden. Die deutsche Regierung ratifizierte das nach dem Ersten Weltkrieg in den Genfer Konventionen präzisierte Abkommen „Über die Behandlung von Kriegsgefangenen“ am 21. Februar 1934.²⁰

Nach dem Einfall deutscher Truppen in die Sowjetunion ließ die sowjetische Regierung am 17. Juli 1941 die deutsche Seite wissen, daß sie sich unter den Bedingungen der Gegenseitigkeit an die Vorschriften der Haager Landkriegsordnung halten wolle. Dieses Angebot wurde am 25. August 1941 von der deutschen Seite abgelehnt.

Hitler wollte auf keinerlei völkerrechtliche Abkommen Rücksicht nehmen, ließ er bereits Mitte März 1941 den Chef des OKW Keitel und den Leiter des Wehrmachtsführungsstabes Jodl wissen. Am 30. März konkretisierte Hitler seine Vorstellung von der „Ausrottung des Bolschewismus“. Der Chef des Generalstabes Franz von Halder notierte nach Hitlers Vortrag: „Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander ... Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechen. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf ... Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservieren ... Kampf gegen Rußland: Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz.“²¹

Anfang Juni 1941 erarbeitete das Oberkommando des Heeres mit dem Oberkommando der Wehrmacht den „Kommissarbefehl“, eine Richtlinie für die Behandlung politischer Kommissare: „Sie sind aus den Kriegsgefangenen, d. h. noch auf dem Gefechtsfeld, sofort auszusortieren. Die Kommissare werden nicht als Soldaten anerkannt; der für die Kriegsgefangenen vereinbarte völkerrechtliche Schutz

=Geheimnisse, m.s., o.D., S.164-182.

19 Ebenda, S.175.

20 Siehe Alfred Streim: Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg: Berichte und Dokumente 1941-1945, Heidelberg 1982, S.19. Alfred Streim, Oberstaatsanwalt, war seit 1975 stellvertretender Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, die mit der Aufklärung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit befaßt waren.

21 Siehe Franz Halder: Kriegstagebuch, Bd. II, Stuttgart 1963, S.336f.

findet auf sie keine Anwendung. Sie sind nach durchgeführter Absonderung sofort zu erledigen.“²²

In dem Einsatzbefehl Nr. 8 des Reichssicherheitshauptamtes vom 17. Juli 1941 wurde die Gestapo-Leitstelle Königsberg beauftragt, besondere Einsatzkommandos für die in ihrem Bereich befindlichen Kriegsgefangenenlager (Stalag) abzustellen. Alle sowjetischen Kriegsgefangenen sollten nach präzisierten Aussonderungskategorien überprüft werden. Auszusondern waren alle „Intelligenzler“, Funktionäre der Kommunistischen Partei, alle Personen, die als „Aufwiegler“ oder „fanatische Kommunisten“ denunziert wurden, Juden oder solche, die so aussahen. Auf Drängen der Wehrmacht wurden die „Auszusondernden“ um die Gruppe der „unheilbar Kranken“ erweitert.²³ Im Einsatzbefehl Nr. 9 vom 21. Juli 1941 beauftragte Heydrich als Chef der Sicherheitspolizei und des SD weitere Stapo-Leitstellen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich befindlichen „Russenslager“ nach den Richtlinien des „Einsatzbefehles Nr. 8“ auszusondern.

Die Masse der Kriegsgefangenen, deren Anzahl von 360.000 Anfang Juli auf 2,5 Millionen bis Mitte November 1941 angestiegen war, stellte die Aussonderung vor immer größere organisatorische Probleme.

Gegen die Aussonderung von Kriegsgefangenen durch Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD wandte sich der Chef der militärischen Abwehr, Admiral Wilhelm Canaris. Er verwies auf einen sowjetischen Erlaß zur Behandlung deutscher Kriegsgefangener, der den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts weitgehend entsprach. Keitel entgegnete als williger Vollstrecker von Hitlers Vernichtungsbefehlen: „Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg. Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung. Deshalb billige ich die Maßnahmen und decke sie.“²⁴ Am 8. September 1941 erließ die Abteilung Kriegsgefangenenwesen im OKW die „Anordnung für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener in allen Kriegsgefangenenlagern“, worin der „bolschewistische Soldat jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenwerter Soldat nach dem Genfer Abkommen“ verloren hatte.²⁵ Das Schreiben bezog sich ausdrücklich auf die Einsatzbefehle Nr. 8 und 9 des RSHA.

Die Aussonderungen nahmen Mitarbeiter von SS-Einsatzkommandos in enger Zusammenarbeit mit Wehrmachtsangehörigen in den Stalags vor. Die Ausgesonderten kamen in einen mit Stacheldraht abgetrennten Teil der Lager, von wo sie nach Tagen oder manchmal nach Wochen in ein Konzentrationslager transportiert wurden.

Koordiniert wurden die Vernichtungsmaßnahmen vom Reichssicherheitshauptamt. Beauftragt war dort die Abteilung IV A, zuständig für die Bekämpfung politischer Gegner. Der Gruppe IV A 1, zuständig für Kommunismus und Marxismus, unterstand ein Sachgebiet IV A 1 c, zuständig für Kriegsdelikte sowie Feind-

22 Siehe Streim, *Sowjetische Gefangene*, S.29.

23 Siehe Otto, *Wehrmacht*, S.53.

24 Ebenda, S.57.

25 Siehe Streim, *Sowjetische Gefangene*, S.32.

propaganda unter Leitung des SS-Sturmbannführers und Regierungsrats Franz Thiedecke. Die Berichte der Einsatzkommandos gingen beim Amtschef IV, Heinrich Müller, ein. Nach Abzeichnung wurden diese über den Gruppenleiter IV A Friedrich Panzinger und den Referenten IV A 1 dem Sachgebietsleiter IV A 1 c weiter geleitet. Thiedecke entwarf ein Fernschreiben an das Einsatzkommando, das den Befehl enthielt, die namentlich aufgeführten Kriegsgefangenen „möglichst unauffällig“ in einem nächstgelegenen Konzentrationslager zu exekutieren. Nach Abzeichnung des Entwurfs zeichnete der Gruppenleiter IV A gegen und legte das Schriftstück dem Amtsleiter vor, von dem es direkt an die Fernschreib-Zentrale ging.²⁶

Ein anderes für den Lagerkommandanten des Konzentrationslagers bestimmtes Fernschreiben benannte die in Kürze eintreffenden, namentlich oder nur mit der Nummer der Erkennungsmarke aufgeführten Gefangenen, die dann zu exekutieren waren.

Für die Liquidierung waren die KZ Buchenwald, Groß Rosen, Dachau, Flossenbürg, Mauthausen, Neuengamme, Sachsenhausen und Auschwitz vorgesehen. Eine besondere Tötungsart war nicht vorgeschrieben, aber von Theodor Eicke, dem damaligen Inspekteur der Konzentrationslager, war eine Genickschußanlage in einem gesonderten umschlossenen Raum empfohlen worden.²⁷ In Sachsenhausen wurde die erste Genickschußanlage aufgebaut.

Die Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener im Herbst 1941

Mitte August 1941 hörte der politische Häftling Rudi Wunderlich²⁸, der als „Läufer“ im Konzentrationslager Sachsenhausen eingesetzt war, aus einem Gespräch des 1. Lagerführers Forster mit dem Rapportführer Campe, daß für eine große Zugangsaktion alle vier Baracken der „Strafkompanie-Isolierung“, innerhalb der Lagermauern gelegen, freigemacht werden sollten. Alle Tische und Betten wurden entfernt, die Fenster zugerkalkt, Licht und Wasser abgestellt.²⁹

Nach Aussagen Gustav Sorges, der zu diesem Zeitpunkt Gehilfe des Leiters der Abteilung II der Inspektion der Konzentrationslager (Abwehr) Liebehenschel war³⁰, fand im KZ Sachsenhausen im Juli oder August 1941 eine Besprechung über die Vorbereitungen und den Ablauf der Vernichtungsaktion statt. Daran nahmen teil: SS-Obergruppenführer Eicke, der Inspekteur der Konzentrationslager Glücks, der Leiter der Abteilung II der Inspektion der Konzentrationslager (Abwehr) Liebehenschel, der Kommandant des Konzentrationslagers Sachsenhausen Loritz, die

26 Ebenda, S.53. Siehe auch Landesarchiv Berlin, Brep. 057-01, Nr. Pp 76. Vernehmung von Kurt Lindow, Mitarbeiter im Schutzhaftreferat des RSHA, am 18. April 1950 vor der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main.

27 Ebenda.

28 Siehe Rudi Wunderlich: Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg 1939 bis 1944. Die Aufzeichnungen des KZ-Häftlings Rudolf Wunderlich, hrsg. von Joachim Hohmann und Günther Wieland, Berlin 1998, S.33.

29 Naujoks, Mein Leben, S.266.

30 Siehe Staatsanwaltschaft beim Landgericht Köln, Strafverfahren (24 Ks 1/64), Urteil in der Strafsache gegen den ehemaligen SS-Oberscharführer Otto Kaiser u.a. vom 28.5.1965, S.253f. Die Erschießung der russischen Kriegsgefangenen im Konzentrationslager Sachsenhausen. Hintergründe, Vorbereitung und Ablauf der Vernichtungsaktion.

Schutzhaftlagerführer Suhren und Forster, ferner der Bauleiter des Lagers SS-Untersturmbannführer Alfred Sorge, ein Lagerarzt, der Rapportführer Campe, der Arbeitsdienstführer Gustav Sorge und ein nicht genannter Zivilist.³¹ Eicke gab bekannt, daß etwa 18.000 russische Kriegsgefangene in das Konzentrationslager eingeliefert würden, die als Vergeltung für die Erschießung deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion zu erschießen seien. Hitler habe einen entsprechenden Antrag des OKW genehmigt. Es handele sich um einen Teil der von den Sonderkommandos in den Stalags ausgesonderten Gefangenen.

Der Werkmeister der Lagerzimmerei Strunk wurde daraufhin zum Lagerkommandanten gerufen. Loritz erklärte an Hand einer kleinen Skizze, daß in einer außerhalb des Häftlingslagers im Industriebhof stehenden Baracke Trennwände einzuziehen und die Außenwände zur Schallisierung zu verdoppeln seien. In der Folge wurde eine Baracke, die früher als Wagengarage gedient hatte, unter Strunks Anleitung von Häftlingen umgebaut.

Vor Eintreffen des ersten Transports russischer Kriegsgefangener Ende August 1941 machte Loritz Angehörige des Kommandanturstabs mit der vorgesehenen Tötungsaktion in der Genickschußanlage vertraut. Ungefähr 25 Angehörige des SS-Kommandanturstabes waren an der Mordaktion insgesamt beteiligt, die bis Ende Oktober/Anfang November 1941 angedauert haben soll.

Die Blocks der Isolierung, in denen Häftlinge der Strafkompagnie untergebracht waren, wurden Ende August 1941 ausgeräumt und für die Unterbringung der ankommenden sowjetischen Kriegsgefangenen vorbereitet. Hierbei handelte es sich um vier Baracken, Nr. 11, 12, 6 und 37. Die Durchgänge zwischen den Blocks und die Fenster wurden mit Brettern vernagelt, um die Baracken ein Stacheldrahtverhau gezogen und ein Schild mit der Bezeichnung „Kriegsgefangenen-Arbeitskommando“ angebracht.³²

Am Abend des folgenden Tages begannen die Erschießungen.

Die sowjetischen Kriegsgefangenen kamen in mehreren Transporten unter Wehrmachtbewachung auf dem Bahnweg nach Sachsenhausen. Sie waren äußerst erschöpft und konnten sich kaum selbständig bewegen. Bei jedem Transport starben zahlreiche Kriegsgefangene.³³ Vom Bahnhof mußten sie unter Aufsicht von Angehörigen des Kommandanturstabes in das Konzentrationslager marschieren und wurden in die völlig ausgeräumten Blocks der Isolierung gebracht. Die Gefangenen belegten nur die Hälfte der Baracke. Es war so eng, daß die Gefangenen sich nicht hinlegen, sondern nur sitzen konnten.

Die Kriegsgefangenen befanden sich bei ihrer Ankunft in Sachsenhausen in einem überwiegend erbarmungswürdigen Zustand. Ihre Uniformen waren zumeist

31 Siehe Landgericht Düsseldorf, Strafverfahren gegen Höhn, Vernehmungsprotokoll Gustav Sorge vom 18.6.1956. Bl. 57f. Sorge nimmt an, daß dieser Zivilist Mitarbeiter des kriminal-physikalischen Instituts im Kriminalamt in Berlin gewesen sei.

32 Die nachfolgende Schilderung folgt im wesentlichen den Ausführungen im Urteil des Landgerichtes Köln, Strafverfahren (24 Ks 1/64 (Z)) gegen den ehemaligen SS-Oberscharführer Otto Kaiser und neun weitere SS-Angehörige wegen Mordes pp.

33 Siehe FSB-Archiv Moskau, N-19092, Band 3, Bl. 196; 248. Vernehmungsprotokoll Wilhelm Schubert vom 26.12.1946, Vernehmungsprotokoll Martin Knittler vom 20.12.1946.

zerlumpt. Viele waren so entkräftet, daß sie nicht mehr gehen konnten oder auf dem Marsch vom Bahnhof zum Lager vor Erschöpfung zusammenbrachen. Sie wurden auf bereitstehende LKW geladen. Einige waren bereits während des Transports verstorben. Im Lager starben täglich bis zu etwa 25 Kriegsgefangene. Die Leichen wurden nackt vor die Blocks gelegt und mit Chlorkalk übergossen. Später wurden sie verbrannt. Der Hunger unter den Gefangenen, die anfangs nicht vorhandene und später nur unzureichende Bereitstellung von Lebensmitteln, soll zu Fällen von Kannibalismus geführt haben.

Abends nach dem Zählappell wurde für die übrigen Häftlinge die sogenannte Lagersperre - sie mußten in den Blocks bleiben - angeordnet. Die Gefangenen wurden in Gruppen von jeweils ca. 40 - 50 Mann an dem Tor des Kriegsgefangenenlagers unter Aufsicht des verantwortlichen SS-Blockführers auf einen geschlossenen LKW verladen. Den Kriegsgefangenen war gesagt worden, sie kämen nach vorheriger Untersuchung auf ihre Tauglichkeit zum Arbeitseinsatz oder in ein anderes Lager mit besserer Verpflegung. Die Lastwagen fuhren nach Überqueren des Appellplatzes aus dem Haupttor A heraus, am Kommandanturbereich entlang bis zum Turm B und durch ein Tor in den Industriebereich zu einer Baracke in Höhe des Turms C. Dort wurden sie von SS-Angehörigen in Empfang genommen und in das erste Zimmer geführt, wo sie sich ausziehen, ihre Dokumente sowie Geld abgeben mußten. Anschließend kamen sie in den Warteraum, von wo aus sie einzeln in das „Arztzimmer“ gerufen wurden. Hier erfolgte die „ärztliche Untersuchung“. Die anwesenden SS-Angehörigen trugen weiße Kittel, um bei den Gefangenen den Eindruck zu erwecken, es handele sich um Ärzte. Die SS-Angehörigen achteten aber nur darauf, ob die Gefangenen goldenen oder silbernen Zahnersatz hatten und bezeichneten die betreffenden Gefangenen mit einem blauen Kreuz. Sodann wurden die Gefangenen einzeln in den nächsten Raum geführt. In diesem Raum war an einer Hängewand, hinter der sich ein weiterer, von den Gefangenen nicht einsehbarer Raum befand, eine etwa einen Meter über den Boden beginnende senkrechte Meßlatte von einem Meter Höhe angebracht, auf der Zentimeterabschnitte und entsprechende Zahlen aufgemalt waren. Die Meßlatte hatte einen Längsspalt von etwa drei cm Breite. An dieser Stelle war in der Wand zu dem dahinterliegenden Raum ein Spalt von etwa zwei cm Breite eingeschnitten. In der Meßlatte lief ein mit einer Kopfplatte versehener Schieber, der zum Messen der Körpergröße bewegt werden konnte. In dem Schieber befand sich eine Öffnung. Sie gab beim Messen der Gefangenen deren Nacken durch den Spalt der Wand zu dem dahinterliegenden Raum frei. Die Einrichtung des Raumes mit der Meßlatte erweckte bei den Gefangenen den Eindruck, als ob hier die Untersuchung fortgesetzt werden würde.

In dem Raum befanden sich zwei SS-Angehörige, die abwechselnd den Gefangenen beim linken Arm nahmen, ihn seitwärts vor sich herschoben, damit er nicht den Spalt in der Meßlatte sehen konnte und stellte ihn mit dem Rücken zur Meßskala. Nachdem der Gefangene dicht gegen die Meßlatte gedrückt wurde, gab der SS-Mann das vereinbarte Zeichen - er nannte die Körpergröße und sagte das Wort

„fertig“ und in dem Augenblick gab der SS-Angehörige im dahinter liegenden „Schießraum“ einen Schuß ab.³⁴

Da der Raum hell erleuchtet war, es in dem dahinterliegenden Raum dagegen dunkel war, konnte von dort aus der Nacken des vor der Meßlatte stehenden Gefangenen deutlich gesehen werden. In diesem Nebenraum stand an dem Spalt der als Schütze eingeteilte SS-Angehörige. Er tötete den Gefangenen, sobald sich dieser nichtsahnend vor die Meßlatte gestellt hatte, durch Genickschuß. Zum Schießen wurden Pistolen mit 6,35 mm Einstecklauf benutzt. Die Pistolen wurden mit einem jeweils sechs Schuß fassenden Magazin geladen. Auf der gegenüberliegenden Wand des Raumes mit der Meßlatte waren Stoffetzen als Kugelfang angebracht. In dem Schießraum hielten sich jeweils zwei bis drei SS-Angehörige auf. Sie wechselten sich beim Schießen ab, wenn ein Magazin leer war.

Die durch die Schüsse entstehenden Geräusche wurden durch überstarke Lautsprechermusik von einem in dem Vorzimmer aufgestellten Plattenspieler mit Lautsprecher zu übertönen versucht.

Sobald der Gefangene nach Abgabe des Genickschusses tot zusammenbrach, wurde er von Häftlingen des Krematoriumskommandos durch eine Tür in einen größeren Raum gezogen, dessen Fußboden dick mit Sägemehl bestreut war. Hier wurden die Leichen gestapelt.

Von einzelnen Ausnahmen abgesehen waren die Gefangenen nach Abgabe des Genickschusses sofort tot. Diejenigen, die noch lebten, erhielten von einem der anwesenden SS-Angehörigen sofort den „Fangschuß“. Mittels eines Wasserschlauchs wurde der Raum mit der Meßlatte sofort von Blutspuren gesäubert. Anschließend wurde der nächste Gefangene, der die Tötung seiner vorangegangenen Gefangenen nicht hatte wahrnehmen können, in den Meßlattenraum gerufen und auf gleiche Weise erschossen.

Den mit blauem Kreuz gekennzeichneten Toten brach ein Häftling des Krematoriumskommandos mit seiner Zange den Zahnersatz heraus, der bei der Kommandantur abgeliefert werden mußte.

Neben der Baracke standen im Freien vier fahrbare Krematoriumsöfen. Baracke und Öfen waren durch einen hohen Bretterzaun gegen das übrige Lager abgeschirmt. Die Verbrennungsöfen und das Öl für die Mordaktion wurden vom Oberkommando der Wehrmacht geliefert.³⁵

Die Leichen der russischen Kriegsgefangenen wurden von Häftlingen des Krematoriumskommandos in den Öfen verbrannt. Um die Arbeit schnellstmöglich

34 Siehe FSB-Archiv Moskau, N-19092, Band 3, Bl. 250, Vernehmungsprotokoll Martin Knittler vom 20.12.1946.

35 Siehe FSB-Archiv Moskau, N19092, Bd. 4, Bl. 183, Aussage von Paul Sakowski vom 21.12.1946. Das OKW soll 25.000 RM für Ausgaben zur Verfügung gestellt haben, die sich auf die Erschießung sowjetischer Kriegsgefangener bezogen. Siehe auch Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bonn, Strafverfahren (8 Ks 1/58), Bl. 60, Untersuchungsrichter II, Bl. 186, Fortsetzung der Vernehmung des Beschuldigten Sorge vom 26.4.1957; Bl. 192 Rs, Vernehmungsprotokoll Wilhelm Schubert vom 19.6.1956. Schubert erinnerte sich, daß er ein Schreiben mit der Unterschrift von Keitel gelesen habe, in dem von einer Vernichtungsaktion auf Veranlassung des OKW gegen sowjetische Kommissare die Rede gewesen sei.

zu bewältigen, verbrannte man in einem Ofen bis zu drei oder vier Leichen auf einmal. Die Asche wurde in einer Grube verscharrt.³⁶ Am zweiten Tag beschwerte sich der Häftling Böhm, daß es mit den Öfen nicht möglich sei, 200 Leichen auf einmal zu verbrennen. Anderenfalls würden die Öfen bald entzwei gehen. Daraufhin fanden die Erschießungen nicht mehr an jedem Abend statt. Es wurden nur so viele Gefangene erschossen, daß die Verbrennung der Leichen ohne Stockungen durchgeführt werden konnte. Die Häftlinge des Krematoriumskommandos hatten einen Tag in der Woche Ruhe und erhielten zusätzliches Essen.

Die an einer abendlichen Erschießungsaktion beteiligten SS-Angehörigen versammelten sich nach dem Zählappell an der Blockführerstube im Turm A und marschierten von dort zum Industriebhof. Wer teilzunehmen hatte, entschied der Rapportführer oder sein Stellvertreter. An welchem Abend erschossen wurde, bestimmte der Schutzhaftlagerführer. Nach Abschluß der Erschießungen erhielten die beteiligten SS-Leute Zusatzverpflegung sowie Sonderzuteilungen an Zigaretten und Schnaps. In der Woche fanden mindestens zwei oder drei Erschießungen statt. Die Anzahl der an einem Abend getöteten Gefangenen war unterschiedlich.

Der als Schreiber in der politischen Abteilung der KZ-Kommandantur eingesetzte Häftling Emilio Büge notierte seine Beobachtungen auf winzige Zettel, die er in sein Brillenetui klebte³⁷: „Ende August verbreitete sich im Lager das Gerücht, daß russische Kriegsgefangene eintreffen werden ... Sonntag, den 31. August 41 kommt der erste Transport von 448 Russen vom Stalag 315.³⁸ Es sind Juden und 22 Soldaten, dabei drei Tote, einer davon ist schon seit 12. August auf dem Transport gestorben. Ein Junge von 14 Jahren ist dabei, vier von 15 Jahren, sieben von 16. Die Mehrzahl ist aus der Gegend von Minsk ... Die armen Menschen bleiben ohne Essen, es hagelt Schläge auf ihre ausgemergelten Körper, doch nicht ein einziges Mal höre ich einen Klagelaut. Alle bleiben bei Namensaufruf auf ihrem Block, und es wird ihnen von meinen Kameraden Begge und Janik anbefohlen, kein Fenster aufzumachen. (Die Fenster sind durch weißen Anstrich undurchsichtig.) Draußen bleibt ein Posten mit Gewehr, der angewiesen wird, jeden niederzuschießen, der den Block verlassen würde. Die Leute müssen ohne Decken, wie sie gekommen sind auf dem Fußboden schlafen ...

In der politischen Abteilung wird dann die Aufnahmeliste geschrieben ... 1 Original mit 4 Kopien. Die Bogen werden uns genau zugezählt ... Am 1.9. sind bereits sieben Tote bis mittags zu verzeichnen. Die Leute bekommen dann auf Mittag einen Liter Essen, und abends werden sie in Trupps von etwa 20 im geschlossenen Auto (Nummer SS 19367) abgeholt zum Industriebhof, wo sie in der vorbereiteten Baracke durch Genickschuß umgelegt werden. Damit die Delinquenten nicht gleich merken sollen, um was es geht (Wenn gerade der Knall

36 Siehe FSB-Archiv Moskau, N 19092, Band 11, Bl. 269-275, Major Tschernyschew: Protokoll über die Untersuchung am Krematorium vom 10.4.1946. Die Asche der im Krematorium Verbrannten wurde westlich der Mauer des Lagers in zwei Gruben verbracht. Dort wurden bei einer Aufgrabung im April 1946 Löffel, Messer, Kochgeschirre und andere Gegenstände von ermordeten Rotarmisten gefunden.

37 Siehe Emilio Büge, S. 164f.

38 Das Stalag 315 befand sich in Hammerstein in Pommern.

hörbar wird), spielt ein Radiolautsprecher dazu ... Das ganze Lager ist Zeuge dieser entsetzlichen Tragödie.

Bis nachts um zwei oder drei sind alle Russen tot. Anschließend beginnt die Verbrennung der Leichen in vier fahrbaren Feldöfen zum Leichenverbrennen (Krematorium), die unserer Einsicht durch einen hohen Bretterzaun zwar entzogen, jedoch bekannt ist, denn aus ihren kurzen Schornsteinen schlagen die Ölflammen oft hoch hinaus, und ein penetranter Geruch verbrannten Fleisches verpestet von nun an in Abständen wochen- und monatelang das ganze Lager, da der Wind meistens den Rauch über die vielen Baracken und den Appelplatz hinwegbläst.

Der nächste Transport kommt am 2. September, - 254 Sowjetsoldaten von Stalag X , alles gut aussehende junge Leute, gute Uniform. Alle sind völlig ahnungslos. 203 von ihnen sind auf einem besonderen Schreiben aufgeführt, die restlichen 51 auf einem anderen, auf dem ich lese: „Liste 3 Stalag X in Wietzendorf“³⁹ ... Die oben genannten 51 russischen Kriegsgefangenen sind auf Anordnung der Stapo Hamburg dem KZ Sachsenhausen zwecks Sonderbehandlung zuzuführen. Untersturmführer W. Meyer.“ ... Am nächsten Tag bekommen sie ein Liter Essen und fragen Fickert, ob sie Brot bekommen können gegen ihren Durchfall. Der läßt ihnen sagen „Ja, abends“. Abends beginnt ihre Erschießung. Aber einige merken schließlich doch, wohin es geht, und wollen das Auto nicht verlassen, worauf sie kurzerhand im Auto erschossen werden. Das Abschlichten wird an diesem Abend noch mal unterbrochen durch Fliegeralarm, darum bleiben etwa 50 Mann als Rest für den nächsten Tag aufgehoben. Alle Bekleidungsstücke kommen stets zur Desinfektion in die Entlausung, zuvor werden sie natürlich genau untersucht durch die SS.

Am 8. September sehe ich Hauptscharführer Klein mit fünf Häftlingen, die bei dem grausigen Akt helfen müssen, und nun von ihm ins Bad zur Entlausung geführt werden, wo sie sich reinigen und Zeug wechseln sollen. Die Leute sind kommandiert worden, bei der Beseitigung der Leichen nach dem erhaltenen Schuß sowie bei den Verbrennungen mitzumachen. Einer von ihnen ist ein Bibelforscher, der jedoch nach dem ersten Akt um Ablösung bittet, da er diese Sache nicht mit seiner Glaubensanschauung in Übereinstimmung bringen kann. Er wird daraufhin nicht wieder genommen, muß aber weiterhin im Zellenbau bleiben, damit er niemandem davon erzählen kann, ebenso wie die anderen vier.“⁴⁰ Emilio Büge notierte weitere eintreffende Transporte am 9. September (392), am 19. September (463), am 24. September (203), am 26. September (654), am 3. Oktober (174), am 7. Oktober (206), am 8. Oktober (79), am 10. Oktober (315), am 11. Oktober (600, davon 63 Tote), am 12. Oktober (1238) und am 14. Oktober (565, davon 23 Tote).

Die SS versuchte, die Mordaktion geheim zu halten, aber bald wußten die Häftlinge im Lager um die Erschießungen. Politische Häftlinge, die auf einem Außenkommando arbeiteten, steckten eine handschriftliche Nachricht in eine Flasche, versuchten die Außenwelt zu informieren und warfen sie in einen Fluß: „Heute ist der 19. September 1941: Eben erfahren wir, daß im großen Lager wieder 400 Rotgardisten eingeliefert wurden. Wir stehen alle unter dem erschütternden

39 Das Stalag 310 befand sich in Wietzendorf in der Munster Heide.

40 Siehe Emilio Büge, S.167.

Eindruck dieser Massenmorde, die die Zahl eintausend bereits überschritten hat. Wir sind vorläufig außerstande ihnen zu helfen.“⁴¹

Der Geruch der verbrannten Leichen war nicht nur im Lager, sondern auch in der Stadt Oranienburg wahrzunehmen. Oranienburger Kinder fragten SS-Angehörige und vorbeimarschierende Häftlinge, wann wieder Russen verbrannt werden.⁴² Im Dezember 1941 berief der Lagerkommandant Loritz eine Versammlung ein, in der er die SS-Angehörigen verpflichtete, die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener gegenüber der Oranienburger Bevölkerung zu dementieren.⁴³

Der Inspekteur der Konzentrationslager forderte am 14. November 1941 die Kommandanten der Konzentrationslager auf, baldmöglichst alle an den Exekutionen Beteiligten für das Verdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern einzureichen. Als Begründung war einzutragen: Durchführung von kriegswichtigen Sonderaufgaben. Das Wort Exekutionen durfte auf keinen Fall erscheinen. Der Orden wurde „für besondere Verdienste bei Einsatz unter feindlicher Waffenwirkung oder besondere Verdienste in der militärischen Kriegsführung“ verliehen.⁴⁴ Die an der Exekution beteiligten SS-Angehörigen erhielten 1942 eine vierwöchige Erholungsreise nach Italien.⁴⁵

Das Kriegsgefangenen-Arbeitslager

Am 2. Oktober 1941 hatte die Abteilung Kriegsgefangene beim OKW Richtlinien über die „Abwicklung der 25.000 sowjetischen Kriegsgefangenen zum Arbeitseinsatz in SS-Betrieben im Reichsgebiet“ erarbeitet. Sie sollten auch weiterhin in der karteimäßigen Erfassung der WAST verbleiben. Die SS hatte die Übernahme, Veränderungen usw. auf den von der Wehrmacht verwendeten Karteikarten an die WAST zu melden.⁴⁶

Mitte Oktober 1942 wurde in Sachsenhausen das kleine Schild „Kriegsgefangenen-Arbeits-Kommando“ am Eingang der Isolierung eingezogen und ein neues größeres mit der Aufschrift „Kriegsgefangenen-Arbeits-Lager“ angebracht. Gleichzeitig ließ die SS eine dicke Bretterwand um dieses Sonderlager ziehen. Die am 16. Oktober eintreffenden 700 Kriegsgefangenen vom Stalag 302⁴⁷, notierte Büge, sollten am Leben bleiben und arbeiten. Die Kriegsgefangenen wurden nunmehr regelmäßig gepflegt. Die politischen Häftlinge begannen, Solidaritätsaktionen für die sowjetischen Kriegsgefangenen zu organisieren, und verschafften ihnen zusätzliche Lebensmittel, vor allem Brot.⁴⁸

41 Flaschenpost aus dem KZ Sachsenhausen, abgebildet in: Kühle, Stärker als der Tod, S.41.

42 Siehe Bericht Emil Büge, S.222.

43 Siehe FSB-Archiv Moskau, N-19092, Band 3, Vernehmungsprotokoll Gustav Sorge vom 19.12.1946.

44 Siehe Streim, Sowjetische Gefangene, S.110.

45 Siehe FSB-Archiv Moskau, N-19092, Band 4, Bl. 42, Vernehmungsprotokoll Horst Hempel vom 19.12.1946. Hempel gibt 23 Teilnehmer an der „Russensaktion“ an, die mit einer vierwöchigen Erholungsreise nach Italien ausgezeichnet wurden. Die Hamburger Illustrierte vom 20. Juni 1942 zeigte auf einem Foto SS-Angehörige aus dem KZ Sachsenhausen auf Capri.

46 Reinhard Otto, Wehrmacht, S.188.

47 Das Stalag 302 befand sich in Groß-Born in Pommern.

48 Kühle, Stärker als der Tod, S.19.

Bis Ende Oktober kamen weitere Transporte von Kriegsgefangenen, die nun als Arbeitskräfte eingesetzt werden sollten. Sie befanden sich aber zumeist in einem sehr schlechten gesundheitlichen Zustand, so daß die meisten nicht arbeiten konnten. Von 2500 Russen, die in Arbeitskommandos eingeteilt werden sollten, waren vom 19. Oktober bis 18. November 710 verstorben.⁴⁹

Mitte Oktober suchte eine Gruppe von SS-Angehörigen aus den ankommenden Transporten sowjetischer Kriegsgefangener die körperlich Kräftigsten für einen künftigen Arbeitseinsatz im KZ Sachsenhausen und in den Außenkommandos aus. In der Veränderungsmeldung der Effektenkammer vom 20. Oktober 1941 wurden erstmals 2496 sowjetische Kriegsgefangene als Zugang ausgewiesen. Am 22. Oktober ordnete der Rapportführer an, die „Arbeitsrussen“ von der Lagerstärke abzusetzen und gesondert zu führen.⁵⁰ In der Meldung vom 23. Oktober 1941 wurden daraufhin 2436 Kriegsgefangene vom Lagerbestand wieder in Abzug gebracht, sechzig waren inzwischen verstorben.⁵¹

Von Ende Oktober bis zum 22. März 1942 starben 1594 sowjetische Kriegsgefangene an Krankheit und Entkräftung.⁵² Da die Kriegsgefangenen Fleckfieber eingeschleppt hatten und hieran mehrere SS-Angehörige erkrankt waren, wurde das gesamte Lager am 17.11.1941 unter Quarantäne gestellt.⁵³ Mitte Februar 1942 trafen weitere kleinere Transporte ein. Am 9. März 1942 sollten einige Hundert „Arbeitsrussen“ in den nahegelegenen Heinkelwerken als Arbeitskräfte eingesetzt werden. Sie mußten jedoch aufgrund ihrer körperlichen Schwäche wieder zurückgezogen werden.⁵⁴

Bis zur Befreiung wurden noch Tausende russischer Häftlinge von Gestapostellen in das KZ Sachsenhausen eingewiesen, unter ihnen auch zahlreiche Personen, die aus Kriegsgefangenen- und Arbeitslagern geflohen und wieder aufgegriffen worden waren. Viele von ihnen starben an Krankheit, Unterernährung und infolge von Zwangsarbeit.

Die systematische Liquidierung der sowjetischen Kriegsgefangenen wurde in Sachsenhausen nicht mehr fortgesetzt, wenn auch einzelne Gruppen sowjetischer Kriegsgefangener weiterhin in der im Frühjahr 1942 errichteten „Station Z“ erschossen wurden, eine letzte größere Gruppe sowjetischer Offiziere im Februar 1945.

Einzelne sowjetische Kriegsgefangene erfuhren eine bessere Behandlung, unter ihnen Jakow Dshugashwili. Der Sohn Stalins war am 16. Juli 1941 als Oberleutnant und Batteriechef in Gefangenschaft geraten. Er kam in das vom eigentlichen Lager

49 Siehe Emilio Büge, S.176.

50 Siehe Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen, R 31/19 b. Rudi Wunderlich: Bemerkungen zu den 183 Fotokopien aus der SU – das ehemalige KZ-Lager Sachsenhausen betreffend, 20.1.1978.

51 Siehe Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen, LAG XXI/3, Veränderungsmeldungen der Jahre 1939-1945 nach den vorhandenen Unterlagen; ferner: LAG XXI/2, Bericht von Hellmuth Bock, Walter Engemann, Gustav Schöning vom 10.7.1945.

52 Siehe FSB-Archiv Moskau, N 19092, Band 11, Bl. 375-378, Oberstleutnant Morosow: Prüfungsprotokoll zu täglicher Sterbemeldung vom 30.10.1941 bis 30.3.1942, vom 12.1.1947.

53 Siehe Naujoks, Mein Leben, S.272.

54 Siehe Emilio Büge, S.182.

durch eine drei Meter hohe Mauer abgetrennte Sonderlager für Prominente im KZ Sachsenhausen. Er war in einer Baracke untergebracht, in der sich noch der Neffe von Molotow und vier englische Kriegsgefangene befanden. Im April 1943 soll er nach einem Streit in den Draht gelaufen und von einem SS-Posten erschossen worden sein.⁵⁵

Strafrechtliche Verfolgung

Die an den Mordaktionen beteiligten Angehörigen des SS-Kommandanturstabes Fritz Fickert, Horst Hempel, Martin Knittler, Menne Saathoff, Wilhelm Schubert und Gustav Sorge wurden im Rahmen eines öffentlichen Prozesses des Militärtribunals der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland gegen den letzten Kommandanten des KZ Sachsenhausen Anton Kaindl und zwölf ehemalige Angehörige seines Kommandanturstabes im Oktober 1947 angeklagt, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt⁵⁶ und, soweit sie die Haft überlebt hatten, im Januar 1956 an die Bundesrepublik als „belastete“ Kriegsverbrecher übergeben.

Die meisten von ihnen mußten sich in den folgenden Jahren wegen im KZ Sachsenhausen begangener Verbrechen noch einmal vor bundesdeutschen Gerichten verantworten, darunter auch Schubert, Hempel⁵⁷ und Knittler, der sich im Juli 1958 in der Untersuchungshaft das Leben nahm.

Das Landgericht Köln verurteilte weitere der an der Erschießung sowjetischer Kriegsgefangener beteiligte ehemalige SS-Angehörige in den sechziger Jahren zu Freiheitsstrafen.⁵⁸

In der DDR wurden ehemalige SS-Angehörige wegen ihrer Teilnahme an der Erschießung sowjetischer Kriegsgefangener verurteilt, darunter Paul Brekenfelder und Arnold Zöllner zu lebenslanger Haft und Roland Puhr zum Tode.⁵⁹

Erinnerung und Ehrung der Toten

Lange Zeit wurde davon ausgegangen, daß der von der NS-Führung befohlene und in enger Zusammenarbeit von Wehrmachtsdienststellen und Reichssicherheitshauptamt organisierte Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen keine bürokratischen Spuren hinterlassen hätte.

Die Kriegsgefangenen in den Stalags wurden jedoch karteimäßig erfaßt. Nach geltendem Recht war jeder Todesfall, also auch der eines Kriegsgefangenen, beim

55 Siehe Streim, Sowjetische Gefangene, S.156.

56 Siehe Todeslager Sachsenhausen. Ein Dokumentarbericht vom Sachsenhausen-Prozeß, Berlin 1948; Meyer, Stalinistischer Schauprozeß.

57 Siehe Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bonn, Strafverfahren (8 Ks 1/58) gegen die Blockführer Gustav Sorge und Wilhelm Schubert wegen Mordes pp.

58 Siehe Staatsanwaltschaft beim Landgericht Köln, Strafverfahren (24 Ks 1/64) gegen den Oberscharführer Otto Kaiser und neun weitere SS-Angehörige, Urteil vom 28.5.1965; Staatsanwaltschaft beim Landgericht Köln, Strafverfahren (24 Ks 2/68) gegen den Oberscharführer Otto Kaiser und sieben andere Bewacher des KZ Sachsenhausen wegen Mordes pp., Urteil vom 20.4.1970. Kaiser wurde 1965 zu 15 Jahren Zuchthaus und 1970 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

59 Die Unterlagen der Ermittlungs- und Strafverfahren befinden sich bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Zentraler Untersuchungsvorgang Zöllner (ZUV 4), Brekenfelder (ZUV 18), Puhr (ZUV 42).

örtlichen Standesamt anzuzeigen. Darauf wies das OKW Anfang April 1940 die zuständigen Stellen unter Berufung auf einen Runderlaß des Reichsjustizministeriums vom 4. Oktober 1939 hin. Danach hatte das Stalag für jeden Verstorbenen eine Kriegssterbefallanzeige auszufüllen, auf der neben den persönlichen Daten der Lagerarzt auch die genauen Umstände des Todes zu bescheinigen hatte. Nach deren Eingang sandte die WAST eine Sterbefallanzeige an das zuständige Standesamt mit der Bitte um Beurkundung, ohne die Grabstätte anzugeben. Der Standesbeamte beurkundete daraufhin den Todesfall im Sterbepbuch, stellte den Angehörigen eine Urkunde aus und machte der WAST eine entsprechende Mitteilung.

Die WAST besaß mindestens fünf verschiedene Dokumente über einen Todesfall: Die halbe Erkennungsmarke, die Abgangsliste des Kriegsgefangenenlagers, die Sterbefallanzeige mit der Angabe des Beerdigungsplatzes, außerdem die Personalkarte I und II des Gefangenen.

Die Karteien zu in Deutschland weggesperrten sowjetischen Kriegsgefangenen galten lange Zeit als verschollen. Rolf Keller und Reinhard Otto ist es gelungen, im Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation den nahezu vollständigen, wenn auch aus der ursprünglichen Ordnungsstruktur herausgelöst und neu sortierten Aktenbestand aus der früheren Wehrmachtsauskunftsstelle aufzufinden. Die im Herbst 1941 im KZ Sachsenhausen mehr als 10.000 erschossenen sowjetischen Kriegsgefangenen, deren Tod in den fragmentarisch erhaltenen Unterlagen der Lagerkommandantur nicht überliefert ist, wurden aber mit personenbezogenen Daten an die Wehrmachtsauskunftsstelle gemeldet. Mit der Einsicht in die Karteikarten in Moskau können personenbezogene Angaben zu den in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportierten, dort erschossenen und verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen erschlossen werden. Im Rahmen eines Kooperationsprojektes von Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Bundesarchiv, Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes und Deutscher Dienststelle (Wehrmachtsauskunftsstelle) mit dem Archiv des Russischen Verteidigungsministeriums in Podolsk bei Moskau werden gegenwärtig die in den dortigen Unterlagen enthaltenen Personenangaben der in Deutschland internierten sowjetischen Kriegsgefangenen elektronisch erfaßt.

Damit könnte es künftig möglich sein, das Schicksal aller sowjetischen Kriegsgefangenen im Konzentrationslager Sachsenhausen aufzuklären, den Erschossenen und Verstorbenen endlich wieder ihren Namen zu geben und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu dokumentieren. Es gab kein anonymes Sterben.

An die Verbrechen erinnern nunmehr ein Gedenkstein und eine Ausstellung. Der russische Außenminister Jegor S. Iwanow und sein deutscher Amtskollege Joschka Fischer enthüllten am 22. November 2000 ein von Professor Alexander Welikanow gestaltetes Denkmal für die russischen Häftlinge im ehemaligen Kommandanturbereich der Gedenkstätte Sachsenhausen mit der Inschrift: „1941-1945. Gedenke eines jeden der Tausenden zu Tode gequälten Söhne und Töchter des Vaterlandes. Die Regierung Russlands.“ Am 18. November 2001 wurde im rekonstruierten Neuen Museum der Gedenkstätte Sachsenhausen eine vom Moskauer Obelisk-

Zentrum in Kooperation mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gestaltete Sonderausstellung „Sowjetische Kriegsgefangene im KZ Sachsenhausen 1941-1945“ eröffnet. Im Mittelpunkt der Ausstellung, die seit dem 25. Oktober 2002 in Moskau gezeigt wird, stand die Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Sachsenhausen.

Gegen Vergessen und Verdrängen – Späte Spurensuche.

Ein Projekt mit Zeitzeugen und Zeugen von Zeitzeugen bisher nicht gewürdigter deutscher Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand und NS - Verfolgter in Schlesien 1933-1945

Dieses Bildungsprojekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist Bestandteil der „Werkstatt: Zeitgeschichte und Zeitzeugen“. Es befindet sich noch im Aufbau und steht allen Interessenten zur aktiven Teilnahme offen. Wir möchten v.a. Zeitzeugen und Akteure der Zeitgeschichte und deren Nachkommen, die aus Schlesien stammen, bitten, uns bei unserer Spurensuche zu unterstützen. Hinweise auf bisher kaum bekannte Publikationen oder Archivbestände, private Dokumente, aber auch Gespräche mit Zeitzeugen können uns helfen, Quellen für einen Abschnitt der Zeitgeschichte zu erschließen, der bisher in der linken historischen politischen Bildung kaum Beachtung fand. Insbesondere unseren sehr jungen Adressaten möchten wir mittels generationsübergreifendem Lernen die Möglichkeit geben, sich aktiv mit diesem historischen Thema auseinander zu setzen. In Anbetracht der EU-Osterweiterung scheint es auch sinnvoll, Jugendlichen ein grenzübergreifendes Bildungsangebot zu unterbreiten, das den Vertriebenenverbänden eine linke, demokratische, aber nicht ahistorische Sichtweise entgegenstellt – nicht, um neues Misstrauen zu säen, sondern um mit dem Wissen um das Vergangene Brücken zwischen den Menschen für eine gemeinsame Zukunft zu schlagen.

Dr. Cornelia Domaschke /Bereich Politische Bildung
domaschke@rosaluxemburgstiftung.de

Der 30. Januar 1933 in Geschichtsschreibung und Geschichtsbild der westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland

Kurt Finker

„Hitler war kein Betriebsunfall“ – unter diesem Titel veröffentlichte Emil Carlebach, Publizist und ehemaliger KZ-Häftling, 1978 eine Schrift, in der er sich mit Vorgeschichte und Hintergrund der faschistischen „Machtergreifung“ 1933 befaßte – eine Arbeit, die auch nach 25 Jahren noch aktuell ist.¹ Der 70. Jahrestag dieses Ereignisses gibt Anstoß, erneut darüber nachzudenken und manches zu präzisieren. Inzwischen sind Generationen herangewachsen, in deren Geschichtsverständnis die Zeit des Faschismus nahezu so weit entfernt ist wie der Dreißigjährige Krieg. Darum sollte man politisch relevante Themen immer wieder neu zur Diskussion stellen. Der Frage, was und wie es damals geschah, konnte sich nach Kriegsende und in den Jahren danach kaum ein ernsthafter Politiker, Historiker oder Publizist entziehen, die Antworten waren entsprechend zahlreich und unterschiedlich.² Einen Auftakt besonderer Art gab 1946 Dr. Konrad Adenauer, 1949 Bundeskanzler und 1950 Vorsitzender der 1945/46 gegründeten CDU. Persönlich keineswegs NS-Anhänger, im Gegenteil, 1933 als Kölner

1 Siehe Emil Carlebach: Hitler war kein Betriebsunfall. Hinter den Kulissen der Weimarer Republik: Die vorprogrammierte Diktatur, Frankfurt a. M. 1978.

2 Literaturauswahl (chronologisch): Alexander Abusch: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1946, 3. Auflage 1947; Albert Norden: Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker, Berlin 1947; George W. F. Hallgarten: Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt a. M. 1955; Eberhard Czichon: Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967, 2. Auflage 1971; Karl-Dietrich Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus, Köln – Berlin (West) 1969; Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. – Berlin (West) – Wien 1973, 8. Auflage November 1975; Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933, Berlin 1974, 3. Auflage 1978; Reinhard Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975; Reinhard Kühnl/Gerd Hardach (Hrsg.): Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977, 2. Auflage 1979; Karl Nuß: Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin 1977; Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich, München 1978, 4. Auflage 1991; Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1982; Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982; Hagen Schulze: Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin (West) 1982; Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 192, Bonn 1983; Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik, München 1983, 2., durchgesehene und ergänzte Auflage 1988; Hans-Ulrich Thamer: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, 2., durchgesehene Auflage, Berlin 1986; Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Frankfurt a. M. – Berlin 1990; Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995; Carl Dirks/Karl-Heinz Janßen: Der Krieg der Generale. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht, Berlin 1999.

Oberbürgermeister abgesetzt, 1934 und 1944 kurze Zeit inhaftiert, hatte er jedoch keine Skrupel, in großer Zahl Nazis zur Wiedererrichtung der alten Machtstrukturen in Dienst zu nehmen, wenn sie ihm „kompetent“ erschienen. Er verschleierte die Wurzeln des Faschismus und wies die Schuld den Volksmassen und sogar dem „Marxismus“ zu, so am 24. März 1946 bei einem Auftritt in der Universität Köln: „Es ist nicht richtig, jetzt zu sagen, die Bonzen, die hohen Militärs oder die Großindustriellen tragen allein die Schuld. Gewiß, sie tragen ein volles Maß an Schuld [...]. Aber breite Schichten des Volkes, der Bauern, des Mittelstandes, der Arbeiter, der Intellektuellen, hatten nicht die richtige Geisteshaltung, sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und folgende im deutschen Volk nicht möglich gewesen [...]. Die materialistische Weltauffassung des Marxismus hat zu dieser Entwicklung in sehr großem Umfange beigetragen [...]. Der Nationalsozialismus war nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Mißachtung, ja Verachtung des Wertes des Einzelmenschen.“³ Der Politiker und Historiker Professor Dr. Ferdinand Friedensburg, 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, danach u. a. Regierender Bürgermeister in Westberlin, hatte bereits 1934 eine Geschichte der Weimarer Republik entworfen, die 1946 veröffentlicht wurde.⁴ Er machte vor allem die Kommunisten für das Wiedererstarken des Militärs und damit letztendlich für den Untergang der Republik verantwortlich, kritisierte aber auch die „Nachsicht“ des Staates gegenüber den Rechten: „Die ständige Bedrohung der Demokratie durch die radikale Linke zwang die Regierungen, sich in die Hände der Wehrmacht zu geben und dieser eine unverhältnismäßige und letzten Endes verhängnisvolle Rolle im Staate einzuräumen [...]. Die gleiche Schwächlichkeit und Unentschlossenheit kennzeichnete das Verhalten der Republik auch gegenüber ihren innerpolitischen Gegnern von Rechts.“⁵ Eine weitere Ursache war ihm Reichspräsident Hindenburg: „Die Tatsache, daß an der Spitze einer demokratischen Republik [...] ein populärer General von schroff konservativer und soldatischer Gesinnung trat, mußte von vornherein Spannungen ernstesten Ausmaßes auslösen. [...] Hinter der scheinbaren Gradlinigkeit und Grobflächigkeit des Bildes bargen sich verschlungene Züge, die bei keineswegs geringem Verstand eine recht geschickte und zielbewußte Wahrnehmung der eigenen und der Standesinteressen gestatteten. [...] Jedenfalls begründen alle die Erfahrungen über den auch von persönlicher Eitelkeit und Empfindlichkeit keineswegs freien Mann ein wesentlich anderes Urteil, als der herkömmlichen Auffassung entspricht. Seine Verantwortung für das Gelingen der nationalsozialistischen Revolution [...] ist jedenfalls durchaus nicht nur formal.“⁶ Weitere Ursachen sah er in einer „falschen Geschichtsauffassung“ des Volkes, die

3 Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Im Auftrage der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günther Rüter, Bonn 1989, S.697f.

4 Siehe Ferdinand Friedensburg: Die Weimarer Republik, Hannover/Frankfurt a. M. 1957, Erstauflage 1946. Zitate erfolgen nach der Auflage von 1957, die im wesentlichen mit der von 1946 übereinstimmt.

5 Ebenda, S.257.

6 Ebenda, S.258f.

„viel zu stark auf die tatsächliche oder vermeintliche Leistung von Staatsoberhäuptern eingestellt“ gewesen sei und schließlich in „erheblicher Mitverantwortung“ des Auslandes, insbesondere Frankreichs. „Man erzwang das Abtreten der verantwortlichen Monarchie und behandelte dann die Nachfolger, als wenn sie die gleiche Verantwortung trügen.“⁷ Letzterer Vorwurf, der sich auch bei anderen Autoren findet, war natürlich grundsätzlich berechtigt, diente aber auch oft zur Relativierung der Hauptursachen.

Es gab Aussagen, die weit unterhalb genannter Erkenntnisse lagen. Der katholische Intellektuelle Eugen Kogon, mehrere Jahre Buchenwald-Häftling, schrieb 1945 im Auftrage der amerikanischen Behörden seine Erlebnisse und Gedanken nieder, die 1946 in überarbeiteter und erweiterter Form veröffentlicht wurden.⁸ Kogon analysierte das System, soweit das 1945/46 möglich war, und sprach manche Wahrheiten aus, die heute noch Gültigkeit haben. Andererseits ist man überrascht, wie er den Faschismus mystisch-naiv auf die Person Hitlers und auf das „Böse“ schlechthin reduzierte. „Aus dem bayerisch-österreichischen Innviertel, wo die Überlieferungen des wilden Heerbanns zwischen Weihnacht und Epiphanie noch am lebendigsten sind, kam ein Mann, dem die Niedrigkeit in Form einer schwarzen Haartolle in die Stirn gestrichen und die Lächerlichkeit unter die Nase gewachsen war, ein Mann mit dem stehenden Blick des Gezeichneten. Er trommelte, trommelte über das Land hin – in einem Advent des Hasses sich selbst als Erlöser kündend, bis um die Zeit der Wende sein Sturm brausend sich erhob und Deutschland mitriß. [...] In den Abgrund der Not und der Verkommenheit gestürzt, erwachte schließlich der Rest inmitten von Trümmern und Leichen zur Dumpfheit eines neuen Bewußtseins. Was war geschehen? Wie war es geschehen? Es war nicht möglich! Das alles haben wir gar nicht gewußt! [...] Von einem Hitler verführt, hat das deutsche Volk die mannigfache mahnende Erscheinung des Herrn nicht erkannt [...]“⁹ Solche Art von Erklärung war damals keineswegs Einzelstimme.

Zu den informativsten Veröffentlichungen in den Westzonen gehörte das Buch von Dr. Rudolf Pechel „Deutscher Widerstand“, in dem er versuchte, eine Gesamtgeschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes zu bieten (in dem von den insgesamt 340 Druckseiten sogar etwa 10 Seiten den Kommunisten zugemessen wurden!).¹⁰ Pechel (1882–1961), im Ersten Weltkrieg Marineoffizier, als „Jungkonservativer“ in den 20er Jahren Mitglied des „Juniklubs“ um Arthur Moeller van den Bruck und des „Herrenklubs“, gab seit 1919 die konservativ-nationalistische Zeitschrift „Deutsche Rundschau“ heraus. Von 1942 bis 1945 inhaftiert, zählte er 1945 zu den Mitbegründern der CDU in Berlin und leitete 1945/46 als Chefredakteur die „Neue Zeit“, das Zentralorgan der Partei. Danach widmete er sich in Westdeutschland wieder der „Deutschen Rundschau“. Er äußerte sich über die

7 Ebenda, S.260.

8 Siehe Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1946. Das Buch fand in ganz Deutschland große Beachtung und galt in Westdeutschland lange Zeit als „Standardwerk“ zu diesem Thema. Mehrere Auflagen, u. a. München 1974.

9 Ebenda, S.325.

10 Siehe Rudolf Pechel: Deutscher Widerstand, Erlenbach-Zürich 1947.

Ursachen des Nazierfolges: „Alle Siegermächte tragen eine erhebliche Verantwortung für die Festigung der Hitler-Herrschaft, wodurch freilich die Gesamtverantwortung des deutschen Volkes nicht gemindert wird.“¹¹ Er verurteilte die großindustriellen Naziförderer – doch was er „politische Instinklosigkeit“ und „rein geschäftlich-opportunistische Einstellung“ nannte, war doch wohl vor allem unverhülltes Klasseninteresse: „Hier muß auch auf die Rolle einiger der führenden Großindustriellen besonders aus dem deutschen Westen hingewiesen werden, die durch überreichliche Geldzuwendungen die NSDAP vor dem Bankrott gerettet hatten, wie Kirdorf, Thyssen und viele andere mehr, und durch ihren Einfluß wesentlich dazu beigetragen haben, daß Hitler an die Macht gelangte und sich in ihr halten konnte. Diese Industrieherrn wollten auf ihre in Hitler investierten vielen Millionen nun auch etwas herausbekommen und haben in ihrer geradezu verbrecherischen politischen Instinklosigkeit und rein geschäftlich-opportunistischen Einstellung und dadurch bedingter Machtgier ein gerüttelt und geschüttelt Maß untilgbarer Schuld an Deutschlands Untergang auf sich geladen.“¹² Auch er warf die Frage nach dem Wesen Hitlers und des Nationalsozialismus auf, bei deren Beantwortung sich Einsichten in die Wirklichkeit mit mystischen Erklärungsversuchen mischten: „Der Kampf gegen Hitler war [...] der Kampf gegen das böse Prinzip. Man mag, mit allen Waffen psychologischen und psychiatrischen Wissens ausgerüstet, noch so viele gescheite und weniger gescheite Theorien zur Erklärung der Person Hitlers und seiner Wirkung auf die Menschen aufstellen: es bleibt ein unerklärter Rest. Die Tatsache [...] läßt sich nur ohne Rest begreifen, wenn man die letzte Konsequenz zieht und das Walten dämonischer, ja satanischer Kräfte anerkennt.“¹³

Den deutschen Faschismus primär als Ausdruck des „Unerklärbaren“, einer „Krankheit“ zu charakterisieren, ist heute noch gängig. Christian Graf von Krockow¹⁴ (1927–2002), Professor für Politikwissenschaft in Göttingen, verglich das deutsche Volk mit einem an Krebs erkrankten Menschen, von den Ärzten aufgegeben: „Da erzählen Freunde von einem Wunderheiler, der das Unmögliche möglich macht. Natürlich geht der Verzweifelte zu ihm und bekommt zu hören: ‚Ja, ich kann dich retten, und ich werde dich retten – wenn du an mich glaubst und bedingungslos alles tust, was ich will.‘ Davon, daß der Glaube Berge versetzt, ist schon in der Bibel die Rede. Tatsächlich fühlt der Kranke sich bald besser, seine Schmerzen verschwinden; er scheint wieder gesund zu sein. Verständlich genug, schwört er nun auf den Wunderheiler und verachtet die Fachleute. In der Zeit der Weimarer Republik, von 1918 bis 1933, waren die Deutschen ein krankes Volk [...] Der Wunderheiler hieß Adolf Hitler. Unter der Bedingung, daß man ihm die unumschränkte Macht übergab, leistete er ein doppeltes Versprechen. Erstens sollte es für jeden wieder Arbeit und Brot geben, zweitens das Deutsche Reich in alter oder

11 Ebenda, S.12f.

12 Ebenda, S.23f.

13 Ebenda.

14 Siehe Christian Graf von Krockow: Eine Frage der Ehre. Stauffenberg und das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944, Berlin 2002.

in neuer, noch vermehrter Herrlichkeit auferstehen. [...] 1938, nur fünf Jahre später, war aus der Massenarbeitslosigkeit die Vollbeschäftigung und aus dem Deutschen das Großdeutsche Reich geworden. [...] Wer eigentlich mochte da noch abseits bleiben? Wer nicht in den Jubel einstimmen: ‚Führer befehl, wir folgen?‘¹⁵ Dieser Erklärungsversuch ist zwar recht grobschlächtig, aber bis heute durchaus nicht unpopulär.

Bereits 1946 äußerten sich auch professionelle Historiker. Professor Friedrich Meinecke (1862-1954), seit 1901 Geschichtspräsident in Straßburg, seit 1906 in Freiburg, lehrte von 1914 bis 1932 in Berlin. Er versuchte, den „Geist von Potsdam“ mit dem „Geist von Weimar“ zu verbinden, bekämpfte die revolutionäre Arbeiterbewegung, gehörte aber nicht zu jener Mehrzahl von Professoren, die militant revanchistisch und konterrevolutionär-monarchistisch eingestellt waren. Während des Zweiten Weltkrieges hatte er Kontakt zu Angehörigen der Verschwörung vom 20. Juli 1944, auch zu Generaloberst Beck. Westlich-antikommunistisch geprägt, übernahm nach der Spaltung Berlins 1948 der 86jährige und dreiviertel Blinde 1948 zeitweilig das Rektorat der „Freien Universität“. 1946 trat er mit der Schrift „Die deutsche Katastrophe“ in Erscheinung, in der er die Forderung erhob, das herkömmliche Geschichtsbild einer „gründlichen Revision“ zu unterziehen, wobei auch er ohne Begriffe wie „Rätsel“ und „Schicksal“ nicht auskam.¹⁶ Er zog den Schluß, daß es im preußischen Staate eine „kulturfähige“ und eine „kulturwidrige“ Seite gegeben habe. Der preußische Militarismus sei kulturwidrig geworden und hätte damit seinen Höhepunkt in Hitler erreicht – auf der „kulturfähigen“ Seite dagegen hätten u. a. auch die Verschwörer vom 20. Juli 1944 gestanden. Unter der Überschrift „Wege der Erneuerung“ formulierte er: „Der radikale Bruch mit unserer militaristischen Vergangenheit, den wir jetzt auf uns nehmen müssen, führt uns aber auch vor die Frage, was aus unseren geschichtlichen Traditionen überhaupt nun werden wird. Unmöglich und selbstmörderisch wäre es, sie in Bausch und Bogen ins Feuer zu werfen und uns als Renegaten zu gebärden. Aber unser herkömmliches Geschichtsbild, mit dem wir groß geworden sind, bedarf jetzt allerdings einer gründlichen Revision, um die Werte und Unwerte unserer Geschichte klar voneinander zu unterscheiden.“¹⁷

Weniger selbstkritisch äußerte sich Professor Gerhard Ritter (1888–1967).¹⁸ Von der Weimarer politischen Landschaft her den Deutschnationalen zuzurechnen, gehörte er jedoch zu den wenigen aktiven Nazigegnern innerhalb der deutschen Historikerkunft. Er besaß seit 1924 eine Geschichtspräsidentur in Hamburg, von 1925 bis 1956 in Freiburg. Während des Zweiten Weltkrieges betätigte er sich im „Freiburger Kreis“, einem losen Zusammenschluß bürgerlich-konservativer Nazigegner, arbeitete an Dr. Carl Goerdelers antinazistisch-nationalkonservativer

15 Ebenda, S.7.

16 Siehe Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.

17 Ebenda.

18 Siehe Gerhard Ritter: Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung, Stuttgart 1946, 2. Auflage (11.-15. Tausend) November 1947.

Konzeption mit; befand sich vom Frühherbst 1944 bis zur Befreiung 1945 in Haft. Von 1949 bis 1953 war er Vorsitzender des 1949 gegründeten „Verbandes der Historiker Deutschlands“ und trat aktiv gegen die DDR und ihre Geschichtsschreibung auf. Ritter sah zunächst eine wesentliche Ursache für die Katastrophe in einem falschen Geschichtsbewußtsein des deutschen Volkes bzw. in dem Mißbrauch der Geschichtsschreibung durch die Nazis. Er stand voll in der Tradition des preußisch-deutschen Staates, die für ihn maßgebend blieb. Er forderte die Auseinandersetzung mit der „jüngsten Vergangenheit“, wandte sich aber gegen die – wie er meinte – Pauschalverdammung der ganzen deutschen Geschichte im Rahmen der alliierten Reeducation-Politik. Er klagte: „Gott und den Satan sehen wir heute wieder ganz deutlich miteinander ringen, und es bleibt, soweit unser Blick das Kampffeld zu überschauen vermag, oft recht zweifelhaft, wer von beiden sich als der Stärkere erweist – erst der Endausgang, das Wort rein eschatologisch verstanden, wird dereinst das wahre Machtverhältnis ans Licht bringen. Bis dahin aber scheint die Macht des Bösen und des blinden Zufalls weit größer als die der sittlichen Vernunft.“¹⁹ „Heute ist uns das Auge dafür in ganz neuer Weise geöffnet, nachdem der Geist von Potsdam sich in so unheilvoller Weise in den Geist des Hitlertums verwandelt hat, nachdem die Hoffnung unzähliger Deutscher, die besten Tugenden altpreußischer Männlichkeit, fortlebend im Offizierskorps der Reichswehr, würden sich in der Wehrmacht gegen alle politischen Verführungskünste der Nazis behaupten und deren Gewaltregime eindämmen, vielleicht gar der Tyrannei eines Tages ein Ziel setzen – nachdem diese Hoffnungen so gescheitert sind. [...] Aber das Preußentum, so stark es den Geist des neuen Deutschland bestimmt hat, ist nicht die unmittelbare Vorstufe des Hitlertums. Der Nationalsozialismus ist ja schließlich kein preußisches Originalgewächs, sondern österreichisch-bayerischer Import. [...] An der Entstehungsgeschichte der Hitlerbewegung sind alle deutschen Stämme irgendwie mitbeteiligt gewesen. Sie stellt keine preußische Erfindung dar, sondern eine extreme Entartungsform des neudeutschen Nationalismus überhaupt. Dessen Ursprung aber ist nicht auf den Kasernenhöfen von Potsdam zu suchen, sondern viel eher auf den Schlachtfeldern der Freiheitskriege. In den Kampfliedern Heinrich von Kleists und Ernst Moritz Arndts sowie in den philosophischen Predigten Fichtes hat er seinen ersten publizistischen Ausdruck gefunden.“²⁰ Diese „Entdeckung“ gefiel Ritter so gut, daß er sie in seiner 1948 erschienenen Schrift „Europa und die deutsche Frage“ im Grunde wiederholte und auch in seine Goerdeler-Biographie von 1954 aufnahm, einschließlich aller Nachauflagen.²¹ Den Beginn der Krisis und damit des allgemeinen „Kulturverfalls“ sah er in der französischen Revolution und ihrem „demokratischen Jakobinismus“. Als sich der britische Historiker John W. Wheeler-Bennet in seinem Buch „Nemesis der Macht“ (1954) kritisch mit der Rolle der

19 Ritter, Geschichte, S.24.

20 Ritter, Geschichte, S.37-39.

21 Siehe Konrad Kwiet: Die NS-Zeit in der westdeutschen Forschung 1945-1961, in: Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Ernst Schulin unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 1989, S.187; Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1984 (4. Auflage), S.94.

militärischen Führung bei der Errichtung und Stabilisierung der Nazidiktatur befaßte, wies Ritter ihn zurecht: „Die Zeit der ‚reeducation‘ ist endgültig vorbei“²² und fand damit viel Zustimmung.

Hier noch die Stimme eines oppositionellen Diplomaten, der 1947 ein Buch über die „Außenpolitik des Dritten Reiches“ veröffentlichte.²³ Dr. jur. Erich Kordt (1903-1970) war von 1938 bis 1941 Chef des Ministerbüros des Reichsaußenministers Ribbentrop, dann Gesandter an der deutschen Botschaft in Tokio, hielt sich von 1943 bis 1945 in Schanghai und Nanking auf, kehrte 1946 nach Deutschland zurück. Er distanzierte sich von Hitler als dem Hauptschuldigen, nannte jedoch auch die Alliierten als wesentlich Mitschuldige und bemängelte, daß die Sieger nicht nur Hitler und dessen Helfer, sondern „darüber hinaus das ganze deutsche Volk auch moralisch für das Geschehen verantwortlich“ machten. Kritisch betrachtete er die militärische Führung Deutschlands, sah jedoch in deren Haltung in erster Linie subjektives Versagen Einzelner, nicht aber die grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Hitlerfaschismus: „Der Armeeführung muß der schwere Vorwurf gemacht werden, der unverantwortlichen Politik Hitlers nicht schon lange vor der sudetendeutschen Krise in den Arm gefallen zu sein. [...] Die große Masse der Oppositionellen aber resignierte, nachdem Hitler sein System einmal vollendet hatte und das Ausland keinen Anteil mehr an der deutschen Innenpolitik nahm, ja, Hitler durch die zahlreichen Zugeständnisse auf dem Gebiet der internationalen Politik wesentliche Hilfe leistete. [...] Auch überzeugte Gegner Hitlers wurden irre, als das Ausland sich in steigendem Maße bereit fand, eine gewaltsame Änderung ungerechter Bestimmungen des Versailler Vertrages durch Hitler fast ohne Widerspruch hinzunehmen.“²⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichten mehrere sozialdemokratische Politiker ihre Erinnerungen, in denen sie die Schuld für den 30. Januar 1933 vornehmlich bei den Kommunisten, beim Ausland und in der Unreife des deutschen Volkes suchten – nicht aber bei sich selbst. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun (1872–1955), der sein Exil in Ascona (am Lago Maggiore) verlebte, äußerte: „Auch wird von Politikern des Auslandes oft die Frage an mich gerichtet: wie konnte es in Deutschland nur zu der Hitler-Diktatur kommen? Ich kann immer nur antworten: Versailles und Moskau.“²⁵!

Friedrich Stampfer (1874–1957), ab 1916 Chefredakteur des „Vorwärts“ und Mitglied des Parteivorstandes der SPD, seit 1920 des Reichstages, 1933 Emigration nach Prag, 1938 bis 1940 nach Frankreich, danach in die USA, rühmte in seinem (1936 erstmalig erschienenen) Buch²⁶ die Leistungen der SPD, insbesondere die Schaffung der Republik, erklärte dann die Niederlage von 1932/33 mit dem

22 Gerhard Ritter: *Nemesis der Macht?* Wheeler-Bennets Buch „Über das deutsche Soldatentum 1918-1945“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.4.1955, S.6.

23 Siehe Erich Kordt: *Wahn und Wirklichkeit. Die Außenpolitik des Dritten Reiches. Versuch einer Darstellung*, hrsg. unter Mitwirkung von Karl Heinz Abshagen, Stuttgart 1947 (1. - 25. Tausend).

24 Ebenda, S.113-115.

25 Otto Braun: *Von Weimar zu Hitler*, Hamburg 1949, S.5. 1. deutsche Ausgabe: Zürich 1943, weitere Ausgabe: Hildesheim 1979.

26 Siehe Friedrich Stampfer: *Die vierzehn Jahre der Ersten Deutschen Republik*, Offenbach 1947, 3. Auflage, Gewerkschaftsausgabe, Köln 1953.

Unverständnis der Massen. „Die Rettung der deutschen Ehre durch Adolf Hitler gehört in das Reich der propagandistischen Geschichtslügen. [...] Die Republik befreite [das Volk – K.F.] von dem schweren Druck der Niederlage. Im Innern brachte sie das Ende der politischen Klassenprivilegien, der Gesinnungsklaverei, des Herr-im-Hause-Standpunktes. Sie machte den Arbeiter und die Frau zu gleichberechtigten Staatsbürgern. Sie gab dem deutschen Volk die menschlich-freieste Zeit seiner bisherigen Geschichte. Schöpfer und Träger der Republik war vor allem der Teil der deutschen Arbeiterklasse, der in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei marschierte. Von einem Teil der Klassengenossen verlassen, ohne Mehrheit im Volke, suchte und fand er zeitweilig seine Bundesgenossen bei dem freiheitlich gesinnten Teil des politischen Katholizismus und der bürgerlichen Mittelparteien. Die Republik zerbrach an der Weltwirtschaftskrise. Es fehlte die Kraft, die imstande gewesen wäre, durch Maßnahmen eines praktischen Sozialismus die Krise zu mildern oder zu beseitigen. Es fehlte aber auch bei der Mehrheit des Volkes das Verständnis für den Wert der freiheitlichen Einrichtungen des Staates und der Wille, sie vor den Erschütterungen der Krise zu bewahren. So gewann der fanatische Machtwille einer Minderheit die Oberhand. Die meisten wußten gar nicht, was ihnen geschah. Deutschland schlitterte in die Hitler-Diktatur, wie es 1914 in den Weltkrieg geschlittert war.“²⁷ Es gab innerhalb der SPD-Emigration Meinungsverschiedenheiten, ob und wie man selbstkritisch zur eigenen Geschichte beziehen sollte. Der bayerische Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner veröffentlichte 1977 Erinnerungen,²⁸ die er bereits 1937 dem Verlag der Exil-SPD in der Schweiz vorgelegt hatte. Doch der Verlag lehnte damals die Veröffentlichung mit der Begründung ab, daß die Zeit dafür noch nicht geeignet sei. Es war Hoegner schon 1935 ähnlich ergangen, als der Prager Sopade-Vorstand seine ursprünglich vom Vorstand geförderte Arbeit „Geschichte der deutschen Gegenrevolution“ zurückgewiesen hatte. „Statt die Politik der SPD während der Weimarer Zeit grundsätzlich zu rechtfertigen“, schrieb Wolfgang Jean Stock in seinem „Nachwort“ zu Hoegners Buch, „oder die Entwicklung nachträglich als ‚unabänderlich‘ erscheinen zu lassen wie einige andere Exilschriftsteller, etwa Friedrich Stampfer in seinem von der Prager Exil-SPD (Sopade) verlegten Buch ‚Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik‘, wies Hoegner auf die grundlegenden Versäumnisse der deutschen Arbeiterbewegung seit 1918 hin. Mit einer in der SPD traditionell seltenen Offenheit, mit einem ungewöhnlichen moralischen Rigorismus und mit faszinierender Klarheit geißelte Hoegner die strukturellen Mängel der einst so eindrucksvollen und international als leuchtendes Vorbild betrachteten deutschen Sozialdemokratie. [...] Offensichtlich hatte Hoegner die Mitschuld der SPD am ‚Sieg der Gegenrevolution‘ nach Meinung des Prager Vorstands zu deutlich herausgestellt. Konsequente Selbstkritik, die ohne Beschönigungen auszukommen suchte, war nicht gewünscht. Nach mehreren inhaltenden Briefen nahm die Sopade unter dem

27 Ebenda, S.669-671.

28 Siehe Wilhelm Hoegner: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, mit einem Nachwort von Wolfgang Jean Stock, München 1977, 3. Auflage München 1978.

verschleiern den Hinweis auf ‚Parallelen zu Stampfer‘ von einer Veröffentlichung endgültig Abstand.“²⁹ Es dauerte bis 1977, ehe das Buch von Hoegner erscheinen konnte, hieß es darin doch: „Wir leisteten keinen Widerstand. Wir warfen dem siegreichen politischen Gegner keine Prügel in den Weg. Er sollte freie Bahn haben, seine sagenhaften Künste in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu zeigen, freie Bahn, seine Versprechungen an alle Volkskreise zu halten oder an ihnen, gleich uns, zu scheitern. Wir waren beiseite getreten und wähten uns sicher im Schutz der Gesetze und einer Verfassung, zu der sich der Sieger feierlich bekannt hatte. Daß dieser Schutz versagte, daß beschworene Eide nicht mehr galten, daß die den Deutschen heilige Ordnung des Staatslebens barst und unser häuslicher Herd, unser Eigentum, unsere privaten Stellungen, unsere Sicherheit und Freiheit, ja unser Leben der Willkür bewaffneter Haufen preisgegeben wurden, war anfänglich unfaßbar für uns.“³⁰

Gegen Ende der 40er Jahre meldete sich auch ein „zuständiger“ Vertreter der westlichen Führungsmacht zu Wort, um das Gerangel der Deutschen einzudämmen und sie auf den rechten Weg zu leiten, da man sie in dem sich anbahnenden Ost-West-Gegensatz als Verbündete brauchte: Geheimdienstchef Allen Welsh Dulles persönlich,³¹ nachdem er bereits mit Hilfe seines aus Schlesien stammenden Mitarbeiters Gero von Schulze-Gaevernitz Einfluß auf die deutsche Memoirenliteratur der ersten Jahre genommen hatte.³² Dulles leitete seit November 1942 das Office of Strategic Services (OSS, später CIA = Central Intelligence Agency) in Bern, den amerikanischen Geheimdienst für Europa. Er äußerte Verständnis für die „Irrtümer“, sparte natürlich auch nicht mit Ermahnungen. 1947 legte er in New York sein Buch „Germany's Underground“ vor, dem bereits 1948 die deutsche Übersetzung im Europa Verlag Zürich unter dem Titel „Verschwörung in Deutschland“ folgte. Die zweite deutsche Auflage erschien 1949 in Kassel. Es war eine Zeit großer politischer Veränderungen. Am 12. März 1947 hatte Präsident Truman die Unterstützung der „freien Völker“ im Kampf gegen die „kommunistische Bedrohung“ verkündet, d. h. das „Recht“ der USA auf Einmischung in der Welt, wenn sie ihre Interessen gefährdet sahen. Diese „Truman-Doktrin“ wurde Grundlage des Atlantik-Paktes. „Schon im April/Mai 1947 waren die Kommunisten aus den Regierungen Frankreichs, Italiens und der westdeutschen Länder, sofern dort noch vertreten (wie in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen), hinausgedrängt worden; damit war die Ausrichtung aller Regierungen des westlichen Machtbereichs auf die amerikanische Führungsmacht sichergestellt“, vermerkte der Historiker Andreas Hillgruber.³³ Am 5. Juni 1947 schlug USA-

29 Ebenda, S.267.

30 Ebenda, S.9.

31 Siehe Allen Welsh Dulles: *Verschwörung in Deutschland*, Zürich 1948.

32 Siehe Hans Bernd Gisevius: *Bis zum bitteren Ende*, 2 Bände, Zürich 1946; später weitere Auflagen in der Schweiz und in Deutschland. Siehe auch Fabian von Schlabrendorff: *Offiziere gegen Hitler*, Zürich 1946; weitere Auflagen in der Schweiz und in Deutschland. Beide Verfasser waren über Schulze-Gaevernitz mit Dulles persönlich gut bekannt.

33 Andreas Hillgruber: *Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit (1945-1963)*, 3. Auflage, München 1987, S.46.

Außenminister George C. Marshall den nach „ihm benannten multilateralen, jedoch die führende und kontrollierende Rolle der USA betonenden wirtschaftlichen Aufbauplan für Europa, in den auch – wie wir heute wissen, war dies sogar der Kern des Plans – der Westteil des besiegten Deutschlands einbezogen werden sollte“, vor.³⁴ Am 20. Juni 1948 erfolgte die separate Währungsreform in den Westzonen und Westsektoren, auf die die Sowjetunion mit der Blockade der Land- und Wasserwege von und nach Westberlin von Juni 1948 bis Mai 1949 antwortete. Im September 1948 begann die Arbeit des Parlamentarischen Rates in Bonn unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer, der die Gründung eines Separatstaates vorbereitete, die mit Annahme des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 und Zusammentritt des gewählten Bundestages am 7. September 1949 erfolgte. Die Eingliederung der BRD in das westliche System mußte zwangsläufig auch das Geschichtsbild ändern. Während 1945 und danach „Nationalsozialismus“ und „deutsches Volk“ gleichgesetzt und die Existenz einer deutschen Widerstandsbewegung bestritten wurden, hieß es jetzt bei Dulles: „Es gab eine Widerstandsbewegung in Deutschland, obgleich im allgemeinen das Gegenteil angenommen wird [...] Die Anti-Nazi-Deutschen, die ihr Leben einsetzten, haben es verdient, daß man von ihnen berichtet.“³⁵ Für die in Geschichtsfragen anderer Länder doch recht unbedarften Amerikaner, war dieses Geschichtsbild wichtig, ebenso aber für die Deutschen, die künftigen Bundesgenossen, die sich darin wiedererkennen, Verständnis und Absolution und damit neues Selbstbewußtsein erhalten und auf die antikommunistische Westintegration festgelegt werden sollten. „Man muß verstehen, wie Hitler die Macht über Deutschland bekommen und es zu einem Polizeistaat machen konnte. In dem Jahrzehnt vor dieser Machtergreifung war die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ein Anziehungspunkt für Rechts und Links, für Nationalisten und Arbeiter zugleich. [...] Hitler hatte an der Weltkrise, die nach 1929 einsetzte, profitiert. Aber bei den Wahlen vom November 1932 war die Stimmenzahl der Nazipartei das erste Mal zurückgegangen. Viele Deutsche, die ihr ständiges Anschwellen mit wachsender Besorgnis angesehen hatten, waren der Ansicht, daß die Flut sich nun endlich überschlagen hatte, daß die Gefahr vorbei sei. Aber in diesen selben Wahlen nahmen die Kommunisten in gleichem Maße zu, als die Nazis verloren. Der alte und gebrochene Präsident Hindenburg wurde von seinen reaktionären Ratgebern – besonders seinem Sohn Oskar und seinem Liebling Papen – überzeugt, daß er nunmehr nur noch zwischen Kommunismus und Faschismus wählen könne, und daß bei einer nächsten Wahl die Kommunisten an der Macht seien. In seiner Panik machte er Hitler zum Reichskanzler. [...] Viele der deutschen Industriellen, die den Kommunismus über alles fürchteten, teilten die Ansicht der Konservativen, die Hitler an die Macht geholfen hatten, und gaben der Nazipartei finanzielle Unterstützung.“³⁶

Um die neuen Verbündeten ins rechte Licht zu setzen, teilte Dulles auch Schienbeintritte an Bundesgenossen aus: „Es ist nicht nebensächlich oder boshaft, diejenigen, die heute das Vorkriegs-Deutschland verurteilen, oder erstaunt sind, daß

34 Ebenda, S.45.

35 Dulles, Verschwörung, S.8.

36 Ebenda, S.23f.

Hitler nicht lange vor 1939 von den Deutschen selber beseitigt wurde, daran zu erinnern, was Winston Churchill, ein Erzfeind des deutschen Nationalismus und ein gewitziger Meister der europäischen Politik, im Jahre 1935 in seinem Buch ‚Great Contemporaries‘ schrieb: ‚Wir können noch nicht beurteilen, ob Hitler der Mann sein wird, der noch einmal einen Krieg auf die Welt loslassen wird, der die Zivilisation unwiederbringlich zu Fall bringt, oder ob er in die Geschichte als der Mann eingehen wird, der der großen deutschen Nation Ehre und Befriedigung gebracht hat, damit sie leuchtend, hilfreich und stark ihren Platz in der vordersten Reihe der europäischen Völkerfamilie einnehmen kann‘. [...] Churchill erkannte die Wahrheit bald und wurde zum bedeutendsten britischen Propheten der Nazigefahr. Aber seine Landsleute glaubten ihm erst nach und nach. Im ersten Weißbuch, das die englische Regierung im zweiten Weltkrieg am 20. September 1939 herausgab, hatte der letzte englische Botschafter in Deutschland, Sir Neville Henderson, der im allgemeinen die meisten Manifestationen des Nazisystems verwarf, folgendes über Hitler zu sagen: ‚Es wäre sinnlos, die großen Errungenschaften des Mannes, der der deutschen Nation ihr Selbstvertrauen und ihre disziplinierte Ordnung zurückgab, zu verneinen. Die tyrannischen Methoden, die in Deutschland selber angewandt wurden, um dieses Resultat zu erzielen, waren verabscheuungswürdig, aber sie waren eine Angelegenheit Deutschlands. Manche von Herrn Hitlers sozialen Reformen, obgleich sie jegliche persönliche Freiheit des Denkens, des Wortes oder der Tat beiseite schoben, waren in gewissem Sinne äußerst fortschrittlich und demokratisch. Die ‚Kraft-durch-Freude‘-Bewegung, die sportliche Ertüchtigung der Nation und vor allem die Organisation der Arbeitslager, eine Idee, die, wie mir Hitler einmal sagte, aus Bulgarien stammte, sind typische Beispiele einer wohlwollenden Diktatur. Man darf auch nicht übersehen, daß der Nationalsozialismus mit seinen Schlagworten eine echte Anziehungskraft für die nicht allzu wählerische Jugend hat. Viele der nationalsozialistischen Einrichtungen werden in einer neuen und besseren Welt, in der Deutschlands erstaunliche Organisationsgabe und seine großen Beiträge zur Wissenschaft, Musik und Literatur Bestand haben [bleiben] – wenn die höheren Ziele der Zivilisation und Menschlichkeit wieder eine führende Rolle spielen werden.‘[...] Die Bemerkungen von Churchill und Henderson, die ich zitiert habe und die typisch für das Denken und die Äußerungen mancher anderer Führer in Europa und in den Vereinigten Staaten sind, decken sich in mancher Hinsicht mit der Wirkung, die Hitler auch auf die Deutschen selber hatte. Die Tatsache, daß diese Ausführungen von Ausländern gemacht wurden, sollte dazu beitragen, die geistige Verwirrung der Deutschen unter den Nazi zu verstehen.⁴³⁷ Einmal mehr zeigte sich, daß Dulles außerordentlich bemüht war, „Mitgefühl“ für die Millionen deutscher Nazimitläufer, die neuen Bundesgenossen, zu wecken und ihnen ihre „Sünden“ zu vergeben.

Zusammenfassend läßt sich aus diesem Überblick sagen, daß der Antikommunismus im Geschichtsbild zum 30. Januar 1933 einen bedeutsamen Platz einnahm. Gewiß hatte die mit dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen

Internationale 1928 eingeleitete ultralinke Orientierung eine sehr schädliche Rolle gespielt und den Kampf gegen die faschistische Gefahr wesentlich behindert,³⁸ doch zeugt es von Verblendung, den Kommunisten die Hauptverantwortung für den Sieg des Faschismus in Deutschland zuzuschreiben. Bezeichnend ist ferner, daß viele Publizisten, Historiker und Politiker eine exakte Analyse der gesellschaftlichen Triebkräfte mieden und sich dafür in die Mythen der „Krankheit“, des „Unerklärbaren“, des „Bösen“ oder gar Satans persönlich flüchteten. Haben wir bereits zitiert, daß der Verweis auf den Faschismus als „Krankheit“ auch noch in jüngster Vergangenheit erhalten mußte, so verhält es sich ähnlich mit dem „Bösen“. Nach dem 11. September 2002 erlebte das „Böse“ als vermeintlicher Erklärungsschlüssel eine neue Konjunktur.

Mehrere Autoren verwiesen schon früh auf die Rolle des Großkapitals bei der Errichtung und Stabilisierung der faschistischen Diktatur, eine Frage, um die im bürgerlichen Lager bis heute gestritten wird. Heißt es doch in einer Arbeit von 1988: Es darf „als erwiesen gelten, daß die Großindustrie keinen letztlich entscheidenden materiellen Beitrag zum Aufstieg des Nationalsozialismus und zu den nationalsozialistischen Wahlerfolgen geleistet hat.“³⁹ Selbst wenn dem so wäre, muß eingewendet werden, daß sich der Klassencharakter der deutschen faschistischen Diktatur nicht nur durch das Ausmaß der finanziellen Zuwendungen der Großindustrie definiert. Die Diskussion ist also keineswegs abgeschlossen.

38 Siehe Klaus Kinner: „Die verlorene Zukunft“. Skizzen zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Leipzig 1998.

39 Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik, München 1988 (2., durchgesehene und ergänzte Auflage), S.213f.

Anmerkungen zu Rudolf Hilferding aus historischem Anlaß: 100 Jahre „Zur Geschichte der Werttheorie“

Günter Krause

Vorbemerkung

Vor genau einhundert Jahren publizierte der junge Wiener Kinderarzt und Nationalökonom Rudolf Hilferding (1877-1941) einen kleinen Aufsatz mit dem recht schlichten Titel „Zur Geschichte der Werttheorie“. Der nur wenige Seiten umfassende Beitrag erschien in der Ausgabe Nr. 21/2 (1902/03) der von Karl Kautsky editierten theoretischen Wochenzeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, „Die Neue Zeit“.¹ Das besondere Jubiläum von Hilferdings Publikation sowie sein kürzlicher 125. Geburtstag (11. August 1877–11. August 2002) sind der Anlaß, diesem bescheidenen und weitgehend in Vergessenheit geratenen Artikel erstens einen einigermaßen angemessenen Platz in seinem wissenschaftlichen Werk einzuräumen. Und zweitens geht es um die Bestimmung seines Stellenwertes für die Entwicklung der ökonomischen Ideen von Hilferding.

Über Rudolf Hilferding und seine historische Einordnung

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Beitrages „Zur Geschichte der Werttheorie“ konnte wohl kaum ein Mensch ahnen, daß sich hiermit einer der zweifellos bedeutendsten marxistischen Theoretiker zu Wort meldete, der in den folgenden Jahrzehnten auch zu einem der einflußreichsten sozialdemokratischen Politiker der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung avancieren sollte. Seine theoretische wie politische Arbeit verstand er stets als einen Beitrag zu ihrem großen sozialen Emanzipationsprojekt. Sein wissenschaftliches Denken orientierte sich dabei nicht primär an Logik und Struktur akademischer Disziplinen, sondern vor allem an den Interessen, Bedürfnissen und Herausforderungen einer Politik, die mit diesem Emanzipationsvorhaben eng verbunden waren. Diese Konstellation, Theorie und Politik im Grunde als Einheit zu denken, Theoretisches vor allem unter dem Blickwinkel des Politischen zu betrachten, führt im übrigen aus wissenschaftshistorischer Perspektive zu einer Reihe von Eigenheiten in der theoretischen Arbeit von Rudolf Hilferding. Sie betreffen – dies hier nur erwähnt, aus Platzgründen jedoch nicht weiter ausgeführt – die Komplexität des jeweiligen Erkenntnisobjektes, die Tiefe und Schärfe der Problemaufbereitung, die Berücksichtigung der Vielfalt wirkender Faktoren, den Prozeßcharakter von Phänomenen sowie die historische Dimension der Untersuchungen, Aussagen und Erkenntnisse. Der in Wien in einer jüdischen Familie geborene Rudolf Hilferding

¹ Siehe Rudolf Hilferding: Zur Geschichte der Werttheorie, in: Die Neue Zeit 21/2 (1902/03), S.213-217.

nahm nach dem Abschluß des Gymnasiums im Winter 1894 an der Universität Wien ein Studium der Medizin sowie der Geschichte, Nationalökonomie und Philosophie auf. Nach einer erfolgreichen Promotion zum Dr. med. im Jahre 1901 ist er zunächst in Wien als Kinderarzt tätig. Doch er offenbart zugleich ein sehr reges Interesse an Fragen und Debatten zur sozialistischen Theorie und Politik. Nach der positiven Aufnahme erster Veröffentlichungen zu ökonomischen Fragen sowie im Ergebnis eines intensiven Kontaktes mit Kautsky, dem zu dieser Zeit wohl renommiertesten marxistischen Denker und Politiker der deutschen Sozialdemokratie sowie der II. Internationale, beschließt Hilferding, sich professionell Studien von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu widmen. Er arbeitet fortan vorzugsweise als Publizist und Schriftsteller. Im Sommer 1906 wechselt er dann auf eine Empfehlung von Kautsky als Dozent an die Berliner Parteischule der SPD. Hier profiliert er sich schließlich zu einem prominenten Autor, Herausgeber und leitenden Redakteur bzw. Chefredakteur solch bekannter Zeitschriften bzw. Zeitungen wie „Marx-Studien“, „Die Neue Zeit“, „Der Kampf“, „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Die Gesellschaft“.

Umfangreiches politisches wie publizistisches Engagement während der deutschen Novemberrevolution von 1918, die Übernahme wichtiger politischer Funktionen in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie, eine Tätigkeit als Abgeordneter des deutschen Reichstags gehören ebenso zu den Punkten seiner bemerkenswerten Biographie wie die Mitgliedschaft im Reichswirtschaftsrat und in der unter Leitung von Kautsky stehenden Sozialisierungskommission von 1918 sowie der Eintritt als Finanzminister in die Kabinette von Gustav Stresemann (1923) und Hermann Müller (1928/29).

Nach der Machtergreifung des Faschismus emigriert Rudolf Hilferding noch 1933 in die Schweiz bzw. nach Frankreich. Er verfaßt in wesentlichen Teilen das 1934 veröffentlichte sogenannte Prager Manifest „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“ des emigrierten SPD-Parteivorstands. Im Februar 1941 wird er in Paris verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert. Angesichts der von ihm erwarteten Folter und Pein wählt Hilferding im Pariser Gefängnis den Freitod.

Seinen Ruf als ernsthafter marxistischer Theoretiker und exzellenter Nationalökonom verdiente sich Hilferding insbesondere mit seinem 1904 publizierten Aufsatz „Böhm-Bawerks Marx-Kritik“² sowie natürlich mit seinem im Jahre 1910 veröffentlichten Hauptwerk „Das Finanzkapital“³. Mit dieser fraglos stark beachteten und viel zitierten Untersuchung über die Struktur und Genesis des Finanzkapitals, die – unbeschadet darin enthaltener Irrtümer und Fehler – zu zentralen Kategorien und Problemlagen der ökonomischen Kapitalismusanalyse eine höchst respektable Weiterentwicklung der marxistischen Wirtschaftstheorie bot⁴ sowie mit seinen in

2 Siehe Rudolf Hilferding: Böhm-Bawerks Marx-Kritik, in: Marx-Studien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus, Bd. 1, Wien 1904, S.1-64.

3 Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Wien 1910.

4 Treffend bemerkte Fred Oelfner in seinem Vorwort zu der 1947 erschienenen Neuausgabe des „Finanzkapitals“, daß die „Analyse und Darstellung des neuen Kapitalismus“ der Marx nachfolgenden „Generation marxistischer Ökonomen“ zufiel, und unter „ihnen nimmt Rudolf Hilferding mit seinem

späteren Jahren präsentierten Lehren vom organisierten Kapitalismus und von der Wirtschaftsdemokratie⁵ war Hilferding maßgeblich an der Prägung des ökonomischen Bildes vom modernen Kapitalismus sowie des gesellschafts-konzeptionellen Verständnisses innerhalb der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts beteiligt.

Speziell auf den ökonomischen Sachverstand von Hilferding abstellend, betonte Harold James, daß dieser „was recognized as the Second International’s leading economist“.⁶ Und F. Peter Wagner stellte fest, daß „Hilferding’s contributions to political and social theory, economic and political history, have influenced a wide range of major contemporary debates: on the shape of contemporary capitalism, the make-up of state power, and the past and future of socialism“.⁷

In Kooperation mit seinen einstigen Studienkollegen Otto Bauer, Karl Renner und Max Adler trug Rudolf Hilferding nicht nur zur politischen Profilierung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs bei. Vielmehr etablierten die oben genannten Protagonisten mit ihrer Art und Weise der Interpretation und Anwendung des wissenschaftlichen Forschungsprogramms von Marx den sogenannten Austromarxismus. Er sollte sich zu einer vorübergehend eigenständigen, wirkungsmächtigen wie auch zur recht umstrittenen Schule innerhalb der internationalen marxistischen Theorie- und Forschungstradition entwickeln.

Die historische Einordnung und Interpretation der Persönlichkeit des Sozialdemokraten Rudolf Hilferding, die Relevanz seines theoretischen Werkes und politischen Wirkens für sozialdemokratisch wie kommunistisch orientierte Gruppierungen bzw. Organisationen unterlag in der Vergangenheit den kontrovers verfaßten, stark ideologisch aufgeladenen Deutungsmustern der beiden Strömungen in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Eine der mit der Spaltung der Arbeiterbewegung verbundenen Konsequenzen bestand darin, daß sowohl die sozialdemokratische wie die kommunistische Strömung – gemäß den ritualisierten Mustern des „Lager“-Denkens – jeweils „ihre“ Traditionen und Vordenker hochhielt, deren Rolle für „ihre“ Politik würdigte sowie die der anderen Seite attackierte. Besaßen prominente Akteure bzw. gerade auch marxistische Intellektuelle der Arbeiterbewegung vor deren historischer Spaltung im

„Finanzkapital“ einen hervorragenden Platz ein“ (Fred Oelßner: Vorwort, in: Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Berlin 1947, S.VI).

5 Über die historische Genesis und das inhaltliche Profil der Auffassung von einer Wirtschaftsdemokratie als einer sozialdemokratischen Ur-Idee hat unlängst Ulla Plener eine instruktive und anregende Schrift vorgelegt (Ulla Plener: *Wirtschaften für’s Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit*, Berlin 2001.). Allerdings vermißt man einige Hinweise auf den speziellen Beitrag Hilferdings zur Ausprägung dieser Idee.

6 Harold James: Rudolf Hilferding and the Application of the Political Economy of the Second International, in: *The Historical Journal*, 24 (1981), H.4, S.847-869, hier S.847.

7 F. Peter Wagner: *Rudolf Hilferding – Theory and Politics of Democratic Socialism*, Atlantic Highlands 1996, S.1. Sehr ähnlich ist im übrigen das Urteil von William Smaldone, der den großen Einfluß der theoretischen Leistungen von Hilferding „auf sozialistische Ideen und die politische Praxis sowohl vor als auch nach dem Zweiten Weltkrieg“ unterstreicht (William Smaldone: *Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten*, Bonn 2000, S.7).

Grunde eine gemeinsame Vergangenheit, so wurden in der Regel die jeweils genehmen Aspekte goutiert und die nicht opportunen Züge „entlarvt“.

Natürlich mußte diese Sicht, diese Art der Aneignung von Biographien und individuellen Leistungen zwangsläufig Einseitigkeiten und Verzerrungen bei der Beurteilung von entsprechenden Persönlichkeiten zur Folge haben. Seitens der Sozialdemokraten gearbete sie dann – bewußt zugespitzt formuliert – einen im Prinzip „guten“, seitens der Kommunisten einen weitgehend „bösen“ Rudolf Hilferding. Hier läßt sich mit den von Friedrich Schiller zur Figur von Wallenstein gewählten Worten formulieren: „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte...“⁸ Auf Seiten der kommunistischen Bewegung war das „Charakterbild“ Hilferdings insbesondere von den Wertungen W. I. Lenins, L. Trotzki und K. Radeks sowie den Einschätzungen der Kommunistischen Internationale zur Sozialdemokratie, ihren politischen Führern und theoretischen Köpfen beeinflusst.

Die Gesellschaftswissenschaftler in der DDR, speziell die Vertreter der Geschichts- und Wirtschaftswissenschaft sowie der Philosophie, haben Rudolf Hilferding – wenngleich durchaus mit unterschiedlicher Nuancierung – insbesondere aus der Perspektive der Officialwissenschaft des Marxismus-Leninismus betrachtet.⁹ Danach hatte er sich unbestritten eine Reihe von Verdiensten bei der ökonomischen Analyse und Charakteristik des Finanzkapitals bzw. des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus, der Theorieentwicklung der marxistischen politischen Ökonomie erworben.¹⁰ Doch das Wesen und die Grundqualitäten dieses imperialistischen Stadiums, speziell seine historische Tendenz im Rahmen der von Hilferding entwickelten Theorie des organisierten Kapitalismus galten als nicht adäquat erfaßt.¹¹ Die innerhalb der Lehren vom organisierten Kapitalismus und von der Wirtschaftsdemokratie enthaltenen Einschätzungen sowie präsentierten strategischen Konsequenzen wider den entwickelten Kapitalismus wurden als „reformistisch“ bzw. „revisionistisch“, als nicht das System revolutionär sprengend, beurteilt.¹²

Auffällig an dieser Bewertung der kapitalismustheoretischen und -kritischen Arbeit von Hilferding ist, daß nicht genügend berücksichtigt wurde, daß sich sein Schaffen gerade in einer Periode tiefer historischer Umbrüche vollzog. Zu erleben war der *Beginn* der Ausprägung völlig neuer ökonomischer und politischer Strukturen des Kapitalismus, die *Entstehung* neuer Wirkungsbedingungen für das politische

8 Friedrich Schiller: Wallenstein, in: Schiller: Ein Lesebuch für unsere Zeit. Berlin und Weimar 1964, S.308.

9 Siehe z. B. Fred Oelßner: Vorwort zur Neuauflage, in: Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Berlin 1947; Rolf Sieber: Wirtschaftstheorien, die die Rechtssozialisten verteidigen, Berlin 1962; Werner Krause/Günther Rudolph: Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland, 1848 bis 1945, Berlin 1980, S.214 f.; Werner Krause: Hilferding, Rudolf, in: Ökonomenlexikon. Herausgegeben von Werner Krause/Karl-Heinz Graupner/Rolf Sieber, Berlin 1989, S.213f.; Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933. Lehrbuch der Deutschen Geschichte, Berlin 1982; Heinz Niemann (Hrsg.): Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945, Berlin 1982; Philosophischer Revisionismus. Quellen, Argumente, Funktionen im ideologischen Klassenkampf, Berlin 1977.

10 Siehe z. B. Oelßner, Vorwort, S.VIII u. XII; Krause, Hilferding, S.214/215.

11 Siehe z. B. Oelßner, Vorwort, S.XXII.

12 Siehe z. B. Krause, Hilferding, S.215; Sieber, Wirtschaftstheorien, S.34/35.

Handeln der sozialen Akteure bzw. Klassenkräfte, die *Geburt* notwendig neuer Politikmuster. Speziell die *Neuartigkeit* der Phänomene, das *Stadium des Werdens* (und eben nicht der Reife) beinhaltete, daß die wissenschaftliche Erkenntnis zu jener Zeit nicht von vornherein die *komplette* Gestalt der Dinge, die *vollen* Konsequenzen von historischen Formen und Entwicklungen zu erfassen vermochte, wengleich Ansätze bzw. Tendenzen aufgespürt wurden. Fraglos ist dieser Gesichtspunkt bei der Beurteilung der theoretischen Pionierarbeit von Hilferding nicht angemessen zur Kenntnis genommen worden.

Als weiterer gravierender Frevel Hilferdings wurde schließlich seine erhebliche Distanz zur Theorie und Politik der kommunistischen Bewegung, zur Kommunistischen Internationale und KPD sowie seine massive Ablehnung der Verhältnisse in der Sowjetunion angesehen. Letztere hatte er speziell in seinem 1940 veröffentlichten Artikel „Staatskapitalismus oder totalitäre Staatswirtschaft?“ artikuliert.¹³ Aus vordergründigem politisch-ideologischem Kalkül gab es jedoch zu keinem Zeitpunkt seriöse Bemühungen, die subjektive Haltung von Hilferding ernsthaft wissenschaftlich zu debattieren und dabei insbesondere nach ihren möglichen objektiven Hintergründen zu fragen. Das heißt, Probleme wie etwa die theoretisch und politisch fragwürdigen Einschätzungen zur Genesis und Stabilität des Imperialismus, zu Wesen und Basis des Faschismus oder auch die fehlerhaften Orientierungen in der Strategie und Taktik der KPD und Kommunistischen Internationale gerade gegenüber der Sozialdemokratie blieben als eine mögliche reale Grundlage für diese Haltung außen vor. Ebenso wurden bei der Beurteilung der Position Hilferdings die Wirkungen der Deformationen in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft der zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, der Moskauer Prozesse von 1936-1938 sowie von zutiefst irritierenden politischen Entscheidungen wie etwa der Abschluß des Nichtangriffspakts zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1939 mit all seinen Implikationen ausgespart.

Ist die Rezeption von Hilferding nur eine ideengeschichtliche Reminiszenz?

Die Frage läßt sich eindeutig verneinen. Dabei wird jedoch die eigenständige Berechtigung theorienhistorischer Reflexionen zum Werk von Rudolf Hilferding überhaupt nicht in Frage gestellt, denn schließlich besteht darin der Ausgangspunkt und die Intention dieses Beitrags. Doch dieser spezielle Rückgriff auf ideengeschichtliche Aspekte gehört in einen größeren Kontext, der eben die Referenz an das theoretische Wirken von Hilferding überzeugend legitimiert. Auf drei Momente möchte ich in diesem Zusammenhang hinweisen.

Erstens gilt es einen beachtenswerten wissenschaftsempirischen Sachverhalt zu konstatieren: Es ist doch einigermaßen verblüffend, wie viele Buch- und Zeitschriftenpublikationen im internationalen Rahmen in der jüngeren Vergangenheit immer wieder Rudolf Hilferding gewidmet wurden. Dabei kommt

13 Siehe Rudolf Hilferding: Staatskapitalismus oder totalitäre Staatswirtschaft? Abgedruckt in: Cora Stephan (Hrsg.): Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940, Berlin-Bonn 1982, S.288-296.

seinen ökonomischen und kapitalismusanalytischen Auffassungen eine zentrale Rolle zu. Beispielhaft sei hier auf die Abhandlungen etwa von Kyung-Mi Kim¹⁴, Smaldone¹⁵, Wagner¹⁶, Kurata¹⁷, Zoninsein¹⁸, Euchner¹⁹, Stephan²⁰, James²¹, Vogt²², Hampe²³, Hagelstange²⁴, Krohn²⁵, Schimkowsky²⁶, Pietranera²⁷, Taube²⁸ und Winkler²⁹ verwiesen. Dieser Fakt bzw. dieses Interesse verweist doch recht überzeugend auf wissenschaftliche und politische Herausforderungen, die ganz sicher mit dem Werk und der Persönlichkeit von Hilferding verbunden sind und die – gerade auch aus zeitgenössischem Blickwinkel – wohl offensichtlich immer wieder eines ernsthaften Befragens wert sind.

Zweitens spricht für diese Beschäftigung, daß gerade in jüngerer Zeit eine Reihe neuer Strukturen des Kapitalismus (etwa die Globalisierung des Kapitals, das Aufkommen völlig neuer Finanzmärkte und Finanzprodukte, die Einführung vielschichtiger Verhältnisse einer flexiblen Arbeitswelt), die unübersehbaren Realitäten neuer Kriege sowie neue Phänomene in der politischen Welt von heute

14 Siehe Kyung-Mi Kim: Hilferding und Marx. Geld- und Kredittheorie in Rudolf Hilferdings „Das Finanzkapital“ und im Marxschen „Kapital“, Köln 1999.

15 Siehe Smaldone, Rudolf Hilferding, Tragödie. (Anm. 7)

16 Siehe Wagner, Rudolf Hilferding, Theory. (Anm. 7)

17 Siehe Minoru Kurata: Rudolf Hilferding aus Wien nach Berlin, Tokyo 1993; ders.: Die Entstehung von Hilferdings Finanzkapital, in: Review of the Liberal Arts 62 (1981), S.65-98; ders.: Rudolf Hilferding: Wiener Zeit. Eine Biographie, I-III, in: Economic Review 26 (1975), H.2, S.17-25, 29 (1978), H.2, S.25-35, 30 (1979), H.1, S.54-64.

18 Siehe Jonas Zoninsein: Monopol Capital Theory. Hilferding and Twentieth-Century Capitalism, New-York 1990.

19 Siehe Walter Euchner: Rudolf Hilferding (1877-1941): Kühne Dialektik und verzweifelter Zaudern, in: Peter Lösche et al. (Hrsg.): Vor dem Vergessen Bewahren: Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988.

20 Siehe Cora Stephan: Geld und Staatstheorie in Hilferdings ‚Finanzkapital‘, in: Günther Busch (Hrsg.): Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1978.

21 Siehe James, Rudolf Hilferding and the Application. (Anm. 6)

22 Siehe Martin Vogt: Rudolf Hilferding als Finanzminister im ersten Kabinett Stresemann, in: Otto Busch/Gerald Feldman (Hrsg.): Historische Prozesse der deutschen Inflation, Berlin 1978.

23 Siehe Peter Hampe: Die „ökonomische Imperialismustheorie“. Kritische Untersuchungen, München 1976, div. Stellen.

24 Siehe Thomas Hagelstange: Finanzkapital. Hilferdings Erklärung des modernen Kapitalismus, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 8 (1976), S.52-77.

25 Siehe Claus-Dieter Krohn: Helfferich contra Hilferding. Konservative Geldpolitik und die sozialen Folgen der deutschen Inflation, 1918-1923, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), H.1, S.62-92.

26 Siehe Reinhard Schimkowsky: Zur Marx-Rezeption bei Hilferding. Die Bestimmungen von Konkurrenz und Monopol im „Finanzkapital“, in: Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus. Herausgegeben von Rolf Ebbighausen, Frankfurt a. M. 1974, S.173-211; ders.: Exkurs über Hilferding: Vom Generalkartell zur Konzeption des organisierten Kapitalismus, in: Monopol und Staat, S.279-292.

27 Siehe Giulio Pietranera: R. Hilferding und die ökonomische Theorie der Sozialdemokratie, Berlin 1974.

28 Siehe M. Taube, Rudolf Hilferdings Beitrag zur Wert- und Akkumulationstheorie, Marburg 1994.

29 Siehe Heinrich-August Winkler: Einleitende Bemerkungen zu Rudolf Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus, in: Heinrich-August Winkler (Hrsg.): Organisierte Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974, S.9-18.

(etwa der 11. September 2001 mit all seinen Folgen) die Frage nach der inneren Natur dieser Entwicklungen provozieren – und dabei Begriffe und Vorstellungen von Imperialismus wieder verstärkt in den Sinn und die Debatte kommen. Beispielsweise läuft in den USA ein facettenreicher Diskurs über einen „neuen Imperialismus“, und es wird die Idee eines „amerikanischen Imperiums“ bemüht.³⁰ In diesem Kontext vollzieht sich national wie international auch eine Art Rückbesinnung auf die verschiedenen, in der Theoriegeschichte bereits angebotenen Erklärungsansätze des Phänomens des Imperialismus. Dabei erfreuen sich gerade jene Imperialismuslehren eines wachsenden Interesses, die speziell das Geflecht von Ökonomie, neuen Entwicklungen im Finanzkapital und Machtpolitik thematisieren. Es dürfte einigermaßen unstrittig sein, daß insbesondere Rudolf Hilferding zu diesem Topos gewichtige Analysen und Erkenntnisse präsentieren konnte.

Drittens beinhalten die den Kapitalismus betreffenden analytischen Konzepte von Hilferding – speziell jenes vom organisierten Kapitalismus sowie das von der Wirtschaftsdemokratie – Fragestellungen und Problemlagen, die doch über ihren ursprünglichen geschichtlichen Entstehungszusammenhang hinausweisen. Insofern dokumentieren sie damit ihre Aktualität.

Auf drei relevante Fragen sei – unter inhaltlichem Verweis auf historische Analogien zur Zeit der Theoriebildung bei Hilferding – verwiesen:

a. Inwieweit sind unübersehbar neue Phänomene, Züge und Prozesse eines globalen Kapitalismus der Gegenwart noch kompatibel mit dem bisher vorhandenen und eingesetzten Bestand an wissenschaftlichen Ressourcen der marxistischen Theorie und Analyse? Wo bedarf es substantieller Theorieinnovationen, weil angesichts neuer Entwicklungen bislang verwandte wirtschafts- wie sozialtheoretische Kategorien und Konzepte marxistischer Provenienz differenzierter auszufüllen und gegebenenfalls durch neue zu ersetzen sind?

b. Welche Dimension und Qualität, welche Möglichkeiten und Schranken besitzen die Steuerungspotentiale des heutigen Kapitalismus, um wirksam soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung der Wirtschaft, nachhaltige ökonomische Entwicklung, Frieden und ein selbst bestimmtes Leben für die überwiegende Mehrheit der Menschen dieses Planeten zu erreichen?

c. Welche realen Chancen bietet das politische System des zeitgenössischen Kapitalismus, um notwendige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, in Politik und Umweltschutz sowohl national wie international durchzusetzen? Bieten die tradierten Institutionen des Systems der repräsentativen Demokratie überhaupt genug Raum dafür, und in welchem Verhältnis stehen „kleine“ und „große“ Schritte, parlamentarisch-demokratischer Kampf und außerparlamentarische Aktivitäten von Basiskräften als „Druck von unten“ bei einem Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zueinander?

30 Siehe z. B. Andrew J. Bacevich: *American Empire*, Cambridge 2002; Joseph S. Nye, Jr.: *Ein Imperium?*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 26. September 2002, S.17; Immanuel Wallerstein: *The End of the World as We Know It*, Duluth 2002.

Rudolf Hilferdings Aufsatz „Zur Geschichte der Werttheorie“

Neben innovativen Beiträgen auf dem Gebiet der Geld-, Kredit- und Krisentheorie, der Theorie des Finanzkapitals, der Theorie vom organisierten Kapitalismus sowie der Theorie von der Wirtschaftsdemokratie verdankt die marxistische Wirtschaftslehre Hilferding eine intensive Beschäftigung mit den verschiedensten Wertlehren. Insofern betont Giulio Pietranera durchaus zu Recht, daß die Werttheorie generell „eine der methodologischen Grundlagen der Hilferding’schen Theorie“ ist.³¹

Zur Entstehung

Zum Bestandteil des bedeutsamen werttheoretischen Diskurses von Rudolf Hilferding gehören erstens Reflexionen über die historische Genesis von Wertauffassungen, zweitens eine umfassende, allerdings auch strittige Interpretation von Karl Marx’ Arbeitswertlehre, drittens die engagierte Verteidigung dieser Theorie gegen ihre Kritik seitens verschiedener Protagonisten nichtmarxistischer Ökonomie, namentlich aus den Reihen der Österreichischen Schule der Grenznutzenlehre, sowie viertens der Schutz von Marx’ Wertkonzept vor Fehldeutung, Verflachung oder sukzessiver Auflösung auch durch marxistische Theoretiker und sozialdemokratische Politiker.

Wissenschaftlichen Ausdruck fanden die Gedanken von Hilferding zur obigen Problematik vor allem in den beiden Aufsätzen „Zur Geschichte der Werttheorie“ sowie „Böhm-Bawerks Marx-Kritik“. Letzterer Beitrag widmet sich im übrigen ausführlich der im Jahre 1896 von Eugen v. Böhm-Bawerk – gemeinsam mit Carl Menger und Friedrich v. Wieser führender Repräsentant der Österreichischen Grenznutzenschule – vorgetragenen Kritik an Marx’ politischer Ökonomie im allgemeinen und seiner Werttheorie im besonderen.³² Zu dem Streit Hilferding-Böhm-Bawerk stellte Bernhard Rüter durchaus treffend fest, daß er der „schärfste Gegensatz“ zwischen „den Vertretern der individualistisch-liberalen und denen der sozialistischen Theorie“³³ sei. Er spricht schließlich auch ohne Schnörkel aus, worin denn eigentlich die „tiefere Bedeutung der Beurteilung des Duells Böhm-Hilferding“ liege – vor allem darin, „welche Gesichtspunkte sich für die Beurteilung von Marx selbst gewinnen lassen“³⁴. Insofern besitzt diese Arbeit von Rudolf Hilferding zu Böhm-Bawerk erhebliches Gewicht. So sieht beispielsweise Paul A. Sweezy eine zweifache Bedeutung, die in folgendem besteht: „On the one hand, it was the only full-scale reply to Böhm-Bawerk from the Marxian camp; and on the other hand it is probably the clearest statement we have of the fundamental difference in outlook between Marxian economics and modern orthodox economics.“³⁵ Für

31 Pietranera, R. Hilferding und die ökonomische Theorie, S.20.

32 Siehe Eugen von Böhm-Bawerk: Zum Abschluß des Marx’schen Systems, in: Otto v. Boenigk (Hrsg.): Staatswissenschaftliche Arbeiten: Festgaben für Karl Knies, Berlin 1896.

33 Bernhard Rüter: Die Auseinandersetzung zwischen Böhm-Bawerk und Hilferding über Marx Darstellung und Kritik, Dissertation, Köln 1926, S.5.

34 Rüter, Auseinandersetzung, S.6.

35 Paul M. Sweezy: Editor’s Introduction, in: Karl Marx and the close of his system by Eugen von Böhm-Bawerk & Böhm-Bawerk’s criticism of Marx by Rudolf Hilferding. Edited with an introduction by Paul

Günther Chaloupek ist sie „die ausführlichste und bedeutendste“³⁶ Gegenschrift des Austromarxismus wider die Wertlehre der Österreichischen Schule. Und Pietranera weist darauf, daß diese Publikation von Hilferding „als eine der gelungensten Widerlegungen der österreichischen Werttheorie“³⁷ angesehen wird. Beide Beiträge entstanden annähernd zeitgleich, d.h. im Laufe des Jahres 1902. In diesem Jahr hatte Hilferding nicht nur den Artikel „Zur Geschichte der Werttheorie“ zur baldigen Veröffentlichung an Kautsky übersandt, sondern ihm ebenfalls dieses Manuskript zur Auseinandersetzung mit dem Wiener Nationalökonomem zukommen lassen. In einem Begleitbrief bat er Kautsky um eine Stellungnahme zum eingereichten Text und hoffte, mit seiner Wortmeldung die Debatte um Marx und die Wertlehre etwas vorwärts zu bringen und damit auch seine „Visitenkarte in der Welt, in der man politische Ökonomie treibt, abzugeben“³⁸. Die annähernde Gleichzeitigkeit bei der Produktion beider Aufsätze bedeutet natürlich auch, daß sich Hilferding im Prinzip bereits bei der Abfassung des „kleineren“ Textes auf der Höhe des Problembewußtseins, der Schärfe der ökonomischen und sozialen Fragestellung des „größeren“ Beitrages bewegte.

Die Aufsätze wurden allerdings nicht zeitgleich veröffentlicht. Während „Zur Geschichte der Werttheorie“ eben noch in einer 1902/03-Ausgabe der „Neuen Zeit“ erschien, sollte „Böhm-Bawerks Marx-Kritik“ im Jahre 1904 publiziert werden – und zwar im ersten Band der von Max Adler und Hilferding selbst edierten, in Wien erscheinenden „Marx-Studien“, die im übrigen den Untertitel „Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus“ trugen. Natürlich gehört zum unmittelbaren Kontext der Entstehung von „Zur Geschichte der Werttheorie“, daß gerade nach dem Erscheinen des dritten Bandes des „Kapital“ (1894) die von der bürgerlichen Nationalökonomie getragene Polemik mit Marx' und seiner ökonomischer Theorie an Schärfe zunahm. Und in seinem System der Kritik der politischen Ökonomie stellt bekanntlich die Lehre vom Arbeitswert einen Eckpfeiler dar. Marx selbst betonte stets die Verankerung seines Ansatzes in den verschiedenen Theorien vom objektiven Arbeitswert, die speziell von der klassischen politischen Ökonomie in England und Frankreich entwickelt wurden.

Mit der Publikation nun aller drei Bände des „Kapital“ entbrannte vor allem deshalb eine solch heftige Auseinandersetzung um Marx' Werttheorie, weil diese – entsprechend der Logik seines Systems – zum einen von entscheidender Bedeutung für die wissenschaftliche Erklärung des Mehrwerts und damit natürlich der kapitalistischen Ausbeutung war. Zum anderen ging es Marx im dritten Band des „Kapital“ gerade darum, „die konkreten Formen aufzufinden und darzustellen, welche aus dem Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet, hervorwachsen“, d.h. die „Gestaltungen des Kapitals, wie wir sie in diesem Buch entwickeln, nähern sich also schrittweis der Form, worin sie auf der Oberfläche der

M. Sweezy, New York 1949, S.XIX.

36 Günther Chaloupek: Die Österreichische Schule und der Austromarxismus, in: Wirtschaft und Gesellschaft 13 (1987), H.4, S.469-486.

37 Pietranera, R. Hilferding und die ökonomische Theorie, S.63.

38 Zit. in Cora Stephan (Hrsg.): Zwischen den Stühlen, S.43.

Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz, und im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten selbst auftreten“.³⁹ Im Prozeß der „Wertmodifikation“ werden also speziell die Verwandlung des Mehrwerts in den Profit bzw. des Warenwertes in den Produktionspreis entwickelt.

Nicht zu übersehen war ebenfalls, daß es zudem innerhalb der deutschen und internationalen Sozialdemokratie teilweise Probleme mit der Aneignung und Interpretation, der Darstellung und Einordnung von Marx' Werttheorie gab.⁴⁰ So vertrat beispielsweise Eduard Bernstein im Zuge seiner umfassenden Neuinterpretation des theoretischen Forschungsprogramms von Marx (Stichwort: „Revisionismus“) u.a. die Auffassung, daß in der Frage der Werterklärung die durch die Grenznutzentheorie⁴¹ gebotene subjektiv-psychologische Herleitung des Wertes, seine Bestimmung primär aus der Perspektive des Konsumenten im Grunde etwa die gleiche Berechtigung, den gleichen Rang habe, wie die Bestimmung durch den Arbeitswert bei Marx. Es sei „kaum im Sinne von Marx gesprochen, wenn der Versuch einer wissenschaftlichen Analyse der Nachfrage so schlechtweg abgewiesen wird“⁴², weshalb Bernstein auch bemüht war, Grenznutzen- und Arbeitswertlehre miteinander zu verbinden.⁴³

Auf diesem Hintergrund hielt es also Karl Kautsky, der sich zu diesem Zeitpunkt uneingeschränkt zur Werttheorie von Marx bekannt hatte und gegenüber der Österreichischen Schule um Menger, v. Wieser und v. Böhm-Bawerk eine klar ablehnende Position bezog, für ernsthaft geboten, umgehend Hilferdings kleinen Artikel „Zur Geschichte der Werttheorie“ in der „Neuen Zeit“ abzudrucken. Es galt, in der Zeit intensiver Debatten über die Rezeption des wissenschaftlichen Werkes und Erbes von Marx ein Signal nach „innen“ wie nach „außen“ zu setzen.

Zu Inhalt und Anliegen

Der Form nach teils Besprechung einer Schrift von Wilhelm Liebknecht⁴⁴, einem bekannten Mitbegründer und Führer der deutschen Sozialdemokratie, beinhaltet der Aufsatz von Rudolf Hilferding im Grunde drei Themenkomplexe: Fragen der Theoriegeschichte auf dem Gebiet der Nationalökonomie, die Stellung der Wertlehre innerhalb einer Wirtschaftstheorie sowie Kernbestandteile des Wertkonzepts von Marx.

Eröffnet wird der Beitrag mit prinzipiellen Gedanken über Sinn und Notwendigkeit sowie momentane Probleme einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Dabei gelangt Hilferding zu der betrüblichen Feststellung, daß innerhalb dieser Wissenschaftsdisziplin „noch immer eine auch nur bescheidenen Ansprüchen genügende Geschichte der national-ökonomischen Lehren“ fehle, man sich daher „mit einigen Einzeldarstellungen begnügen“ müsse,

39 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Berlin 1964, S.33.

40 Siehe auch Oelßner, Vorwort, S.XIX.

41 Zur Analyse der Grenznutzenlehre aus marxistischer Perspektive siehe Hermann Lehmann: Grenznutzentheorie, Berlin 1968.

42 Eduard Bernstein: Sozialistische Ökonomie in England, in: Die Neue Zeit 15/1 (1896), S.15.

43 Siehe Smaldone, Rudolf Hilferding, Tragödie, S.27.

44 Siehe Wilhelm Liebknecht: Zur Geschichte der Werttheorie in England, Jena 1902.

„die einzelne Lehren oder einzelne Zeitabschnitte behandeln“.⁴⁵ Dabei benennt er sehr deutlich deren Grenzen: „Ist ein Urteil über die Bedeutung der Einzellehren überhaupt nur im Zusammenhang eines ganzen Systems zu verstehen, bietet somit das Zerreißen dieses Zusammenhangs durch eine Einzeldarstellung schon im vornhinein die Möglichkeit zu willkürlichen oder ungerechtfertigten Einwänden, so gibt eine rein dogmengeschichtliche Studie überhaupt keinen objektiven Maßstab für die Würdigung einer ökonomischen Doktrin.“⁴⁶ Mit Nachdruck plädiert Hilferding daher für eine Analyse und Darstellung der Theorieentwicklung auf Basis einer materialistischen Geschichtsauffassung. Mit ihrer Hilfe können dann „die Ursachen des Entstehens einzelner Lehren“ aufgedeckt und der „Ursprung aus den wirtschaftlichen Verhältnissen“⁴⁷ nachgewiesen werden. Zweifellos spricht er hiermit zutreffend Grundprinzipien marxistischer Theoriengeschichtsschreibung an. Unter Bezugnahme auf Liebknechts Studie arbeitet Hilferding im weiteren heraus, daß die „Grundlage jedes bedeutenden ökonomischen Systems“ fraglos die „Werttheorie“ sei, und da sich Liebknecht damit beschäftige, schildere er „das Charakteristische und Wesentliche jeder Lehre“⁴⁸. Liebknecht präsentiere sich als „Anhänger der Arbeitswerttheorie“ und als ein solcher „mußte er diese Theorie in ihrer vollendetsten Gestalt in seine Darstellung einbeziehen, das heißt es mußte das System von Karl Marx ebenfalls zur Anschauung gebracht werden.“⁴⁹ Im folgenden präsentiert Hilferding Kerngedanken einer an Marx orientierten Arbeitswertlehre. Er behandelt hierbei die Spezifika von Gebrauchswert und Wert, betont mit Nachdruck die Bedeutung der Interpretation des Wertes als „soziale Kategorie“ und unterstreicht weiter, daß hierin die „historische Form“ betrachtet wird, „worin sich die in allen Gesellschaftsformen zur Herstellung des gesellschaftlichen Produkts notwendige proportionale Verteilung der Gesamtarbeit durchsetzt in einer Gesellschaft, die dadurch charakterisiert ist, daß der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als Privataustausch der individuellen Produkte geltend macht“ – und damit wurde in schlüssiger Weise an die Stelle eines rein subjektiven Ausgangspunktes, „der Motivation des wirtschaftenden Individuums, der objektive Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Produktion und Distribution gesetzt“.⁵⁰

Hilferding diskutiert schließlich das Verhältnis der einfachen zur komplizierten Arbeit und hält dabei Liebknechts Ausführungen für „weniger gelungen“, denn dieser fasse „den Begriff der Arbeit als Wertprinzip physiologisch auf mit Berufung auf die bekannte Stelle des ‚Kapital‘“.⁵¹ In kritischer Kommentierung der Position von Liebknecht wird dargelegt, daß bei privater Warenproduktion der Wert einer Ware „einzig und allein ab(hänge) von der Menge der bei seiner Produktion umgesetzten Energie, welche ihrerseits offenbar durch zwei Faktoren bestimmt wird:

45 Hilferding, Zur Geschichte, S.213.

46 Ebenda, S.213.

47 Ebenda, S.213.

48 Ebenda, S.214.

49 Ebenda, S.214.

50 Ebenda, S.214.

51 Ebenda, S.215.

Dauer der Arbeit und Intensität der Arbeit“.⁵² In klarer Kontinuität zu Marx wird aufgezeigt, daß es sich nicht „um eine physiologische Kategorie“ handelt, „wenn die Arbeit als Wertprinzip aufgestellt werden soll, sondern um eine ökonomische“.⁵³ Daher sei es für Hilferding absolut nicht einsehbar, „wie der physiologische Begriff der Arbeit ... irgend eine ökonomische Erscheinung erklären könnte“.⁵⁴ Letztlich schlußfolgert er, daß Arbeit nur als „ökonomische Kategorie“ zum „Ausgangspunkt ökonomischer Betrachtung: Wertprinzip werden“ könne. „Denn nicht als Naturtatsache, sondern als gesellschaftliche Tatsache muß die Produktion und die zu ihr verwandte Arbeit betrachtet werden. Gesellschaftliche und speziell ökonomische Kategorie wird aber die Arbeit nur, wenn die Einzelarbeit in ihrer bestimmten gesellschaftlichen Form, in ihrer gesellschaftlichen Funktion betrachtet wird. Dies geschieht, indem die Gesamtarbeit der Gesellschaft als eine Einheit angesehen wird, von der jede individuelle Arbeit nur den aliquoten Teil darstellt.“⁵⁵

Ungeachtet der Tatsache, daß Hilferding bei der Entwicklung des Verhältnisses von Wertgröße und Werts substanz, d. h. der quantitativen und qualitativen Seite des Wertes, eine präzise Bestimmung dieser bedeutsamen Kategorien in Marx' Theorie vom Arbeitswert vermissen läßt - ein Problem, das er letztlich generell nicht zu meistern vermochte und das ihn in späteren Abhandlungen zu Fragen von Wert, Geld und Krisen auf theoretische Abwege, eben *weg* von Marx' Theorie führen sollte⁵⁶ -, werden also ihre tragenden Teile weitgehend zwingend vorgestellt.

Die Frage nach dem speziellen Anliegen dieses Aufsatzes von Hilferding läßt sich wohl dahingehend beantworten, daß Hilferding generell in die Debatte um die wissenschaftliche Gültigkeit und politische Relevanz von Marx' Werttheorie eingreifen wollte. Er zielte *erstens* auf ein nachhaltiges Problematisieren der subjektiven Wertlehre der Grenznutzenschule, da diese ein klares Verständnis der kapitalistischen Ausbeutung behindere bzw. unmöglich mache. *Zweitens* sollte mit der Betonung der Relevanz der objektiven Arbeitswertlehre eine Verteidigung des Wertkonzeptes von Marx vorgenommen werden. Zugleich ging es ihm um die Akzeptanz der in Marx' Wertlehre eingelagerten materialistischen Methode als probates Instrument der Gesellschaftsanalyse. So schrieb Hilferding in der Böhm-Bawerk-Kritik: „Im bezeichnenden Gegensatz zu Böhm sieht Marx in der Werttheorie nicht das Mittel, um zur Feststellung der Preise zu gelangen, sondern das Mittel, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft zu finden“.⁵⁷ *Drittens* trachtete er danach, innerhalb des Spektrums der Arbeiterbewegung auftretenden Unschärfen bei der Rezeption von Marx' Werttheorie zu begeben.

52 Ebenda, S.215.

53 Ebenda, S.215.

54 Ebenda, S.215.

55 Ebenda, S.216.

56 Siehe auch Smaldone, Rudolf Hilferding, Tragödie, S.29; R. Hilferding und die ökonomische Theorie, S.13f. u. S.20f.; Zoninsein, Monopol Capital Theory, S.11f.; Oelfner, Vorwort, S.XIXf.; Wagner, Rudolf Hilferding, Theory, S.32f.; Kyung-Mi Kim, Hilferding und Marx; James, Rudolf Hilferding, S.852f.

57 Hilferding, Böhm-Bawerks, S.16.

Zur Einordnung

Hilferdings Aufsatz „Zur Geschichte der Werttheorie“ markiert innerhalb eines wirklich facettenreichen wissenschaftlichen Werkes den Beginn seiner theoretischen Profilierung als bedeutender Nationalökonom.

Obwohl vom seitenmäßigen Umfang, von der inhaltlichen Breite und der akademischen Rezeption her nicht mit seinem Aufsatz „Böhm-Bawerks Marx-Kritik“ gleichzusetzen, bringt er doch angesichts fast paralleler Entstehung einen analogen Stil im Denken und in der Methode zum Ausdruck. Insofern bilden beide Artikel im Grunde eine kaum zu trennende Einheit.

Inhalt, Anlage und Konsequenz seiner Argumentation zur Wertproblematik als einer zentralen Frage jedweder Wirtschaftslehre weisen Hilferding nicht nur als einen begabten Ökonomen aus. Sie belegen vielmehr zu diesem Zeitpunkt bereits eine deutliche Prägung seines Denkens im Sinne marxistischer Theorietradition.

Hierzu gehören insbesondere Hilferdings wissenschaftliches Arbeiten mit der materialistischen Geschichtsauffassung, die Erklärung des Ursprungs theoretischer Kategorien und Doktrinen aus den ökonomischen und sozialen Verhältnissen der Gesellschaft, die Bestimmung des Wertes von Waren als soziale Kategorie, die gesellschaftliche Arbeit in bestimmter historischer Form verkörpert, sowie die Interpretation der wertbildenden Arbeit nicht primär unter physiologischem, sondern vor allem unter ökonomischem bzw. gesellschaftlichem Aspekt.

Im ökonomischen Gesamtwerk von Rudolf Hilferding erwies sich „Zur Geschichte der Werttheorie“ gewissermaßen als eine wissenschaftliche Ouvertüre, die den Einstieg in nachfolgende Debatten und Abhandlungen zu Ware und Geld⁵⁸ sowie zu Finanzkapital und Kredit vorbereitete.

58 Siehe z.B. Rudolf Hilferding: Geld und Ware, in: Die Neue Zeit 30/1 (1911/12), S.773-782.

Zur 38. Linzer Konferenz der ITH 2002

Arbeiterbewegung und Sexualität

38. Linzer Konferenz der ITH

Günter Benser

Die ITH (International Conference of Labour and Social History) befaßte sich auf ihrer vom 12. bis 15. September traditionell in Linz durchgeführten Tagung mit dem Thema „Sexualität, Unterschichtenmilieus und ArbeiterInnenbewegung“. Sie begab sich damit auf ein bislang vernachlässigtes Forschungsfeld. Der erstmals über das Internet ergangene Ruf hatte ein beträchtliches Echo gefunden, so daß die von *Paul Pasteur* (Frankreich) geleitete Vorbereitungsgruppe aus einem mehrfach größeren Angebot 25 Referate auswählen konnte. Historiker, Soziologen und Anthropologen aus zwölf Ländern von vier Kontinenten stellten ihre Forschungsergebnisse und Befunde vor. Die Beiträge wurden sieben Themenkomplexen zugeordnet, und zwar Konzepte, Sexualität und organisierte Arbeiterbewegung, Sexuelle Aufklärung/Sexualerziehung, Generativität, Sexualität und Arbeitswelt, Marginalisierte Sexualitäten, Sexualität und Revolution. Unter diesen Komplexen ließen sich natürlich auch Entwicklungen und Probleme abhandeln, die mit Arbeiterbewegung oder sozialen Bewegungen nur indirekt zu tun hatten. Ihren sozialen Bezug und ihre Anbindung an verschiedene Milieus, in diesem Falle an die „Unterschichtenmilieus“, besaßen dennoch auch die in dieser Hinsicht eher peripheren Untersuchungen. Dem Profil des Jahrbuchs entsprechend, wird in diesem Bericht vor allem auf die Beziehungen zwischen Sexualität, sozialer Situation und organisierter Bewegung eingegangen.

Bedauerlicherweise erfolgte der Einstieg in die Thematik nicht mit dem Versuch eines generellen Problemaufrisses. Das Angebot von *Paul Reynolds* (Großbritannien) über Marxismus und die soziale Konstruktion der Sexualität erwies sich hierzu nur bedingt als geeignet, war es doch stark auf Homosexualität abgestellt. Überdies hatten die Marxisten der ersten Generation die Sexualität kaum thematisiert. So wurde zu recht darauf verwiesen, daß sich ihre Theorien und Aktivitäten eigentlich nur im allgemeinen emanzipatorischen Sinne oder als generelle Erfahrung organisierter Bewegungen für die Bestrebungen zur sexuellen Befreiung in Anspruch nehmen lassen. Manche gravierenden Probleme kamen erst in der Diskussion zur Sprache. *Susanne Miller* (Deutschland) rief dazu auf, vor allem über soziale Gruppierungen und deren Umgang mit Sexualität zu sprechen. Zudem hob sie die erheblichen Unterschiede zwischen dem in Geschlechterfragen in bürgerlichen Konventionen verhafteten Marx und dem freier lebenden Engels hervor. *Henryk Skrzypczak* (Deutschland) stellte die berechtigte Frage, ob nicht die heutige Fokussierung auf Sexualität eher systemstabilisierend wirke, indem ihre Überpräsenz

in der Öffentlichkeit von gewichtigen politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Problemen ablenkt.

In verschiedenen Zusammenhängen und mit unterschiedlichen zeitlichen und geographischen Bezügen befaßte sich die Tagung mit sexueller Erziehung und sexueller Aufklärung. Das führte naturgemäß auch zu solchen Themen hin wie Empfängnisverhütung, Geburtenkontrolle, Abtreibung, Kindergeld, Erbrecht u.ä., die später auch unter anderen Aspekten auftauchten. Als sehr aufschlußreich erwies sich hier ein Vortrag von *Karen Hunt/June Hanman* (Großbritannien), die über die britischen sozialistischen Frauen und die Sexualpolitik in den zwanziger Jahren berichteten. Die Frage, ob die Sexualität ein für die Arbeiterbewegung gewichtiges Politikum sei, führte zu einem Spannungsverhältnis zwischen engagierten Sozialistinnen und der Führung der britischen Labourparty. Gleichwohl boten sich mit fortschreitender sexueller Emanzipation den Frauen größere Möglichkeiten, aktiver in der sozialistischen Bewegung aufzutreten. Aus dem Kreise der Sexualaufklärer und Sozialreformer, die der Arbeiterbewegung angehörten oder ihr nahestanden, wurde leider nur Daniel Guérin explizit behandelt. *David Berry* (Großbritannien) stellte Leben und Werk dieses Mannes vor, der als Homosexueller über seine Beziehungen zu jungen Männern in die sozialistische Bewegung kam. In Theorie und Praxis setzte er sich engagiert für die Verbindung von sozialer und sexueller Revolution ein und war ein scharfer Kritiker der auch in der sozialistischen und kommunistischen Bewegung heimischen Homophobie. Ein anschauliches Bild von sexueller Aufklärung und Sexualerziehung, wie sie im Arbeitermilieu stattfanden oder eigentlich nicht stattfanden, entwarf *Stefan Bajobr* (Deutschland). Er hatte unter den zwischen 1890 und 1914 im Herzogtum Braunschweig Geborenen entsprechende Befragungen durchgeführt. Sie belegen, daß in diesem Milieu enorme „Schambarrieren“ und Tabus vorherrschten, so daß die Heranwachsenden auf das heimliche Schmöckern in den „Doktorbüchern“, auf reifere Freunde oder auf Angebote der Jugendorganisationen angewiesen waren. Zurecht erinnerte er daran, wie groß die Furcht vor Geschlechtskrankheiten war. Mancher Konferenzteilnehmer konnte bestätigen, daß diese Befunde auch für die nachfolgende Generation noch zutreffen. Am Beispiel des „roten Wien“ wurde diese Thematik von *Britta McEwen* (USA) aufgegriffen. Auch hier waren es vor allem sozialistische Jugendgruppen und Sozialreformer, die rechtzeitige Gesprächsangebote – orientiert auf 13-15 Jährige – bereithielten und für ein neues Frauenbild und gleichberechtigte Partnerschaften warben. Für Skandinavien erwies sich als eine typische Initiative die von sozialistischen Ärzten gegründete Schwedische Assoziation für Sexualerziehung. Über diese Organisation, die vor allem in den 30er und 40er Jahren über Verhütungspraktiken und den Schutz vor Geschlechtskrankheiten aufklärte, das Recht auf Abtreibung und die Entkriminalisierung der Homosexualität forderte, sprach *Lenna Lennerhed* (Schweden). An diesem Beispiel zeigte sich, was dann anderswo ebenfalls beobachtet wurde: auch der Arbeiterbewegung verbundene Sexualreformer erhoben Forderungen aus dem Arsenal der Eugenik, empfahlen in extremen Fällen Sterilisation und Euthanasie. Wie besorgte Leute, mehr jedoch selbstgerechte Moralisten das Verhalten junger Leute zu steuern suchten, verdeutlichte *Elizabeth*

Perry (USA) anhand der Dance Halls, die in den USA des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts die beliebtesten Freizeiteinrichtungen waren, in denen es recht ungehemmt zugeht. Wer da meinte, rigide Vorhaltungen und Eindämmungsmaßnahmen von oben seien eine Erfindung der Politbürokraten in den Ländern des „Realsozialismus“ gewesen, konnte sich eines anderen belehren lassen.

Natürlich handelt und handelt es sich bei Sexualverhalten, Empfängnisverhütung, Geburtenregelung, Abtreibung, Familiengestaltung nicht in erster Linie um Fragen der Erziehung und der Aufklärung, sondern um Bedingungen und Verhaltensweisen, die primär der sozialökonomischen Lage von Frauen und Männern, ihrer rechtlichen Stellung und ihrem kulturellen Umfeld entspringen. Das bewies *Jutta Schwarzkopf* (Deutschland) mit ihrem Vortrag über die Baumwollweberinnen von Lancashire. Die vergleichsweise frühe annähernde Gleichstellung der Frauen im Produktionsprozeß und in der Entlohnung führte bei ihnen auch zu mehr Selbstbestimmung im Sexual- und Geburtenverhalten. Als Ideal setzte sich die Kleinfamilie durch. Nicht zufällig war hier auch der Anteil der Frauen an der sozialistischen Bewegung überdurchschnittlich hoch. Für das „realsozialistische“ Bulgarien brachte *Anelie Kassabov-Dintcheva* (Bulgarien) eine ähnliche Problematik ins Gespräch, die hier allerdings unter starker Einflußnahme des Staates ablief, der - nicht zuletzt wegen seines Interesses an der Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte - Geburten und Familien förderte. Die Referentin stellte moderne und antimoderne, teils repressive Elemente gegenüber, deren ausgewogene Bewertung erst im internationalen Vergleich möglich sein wird. Es überraschte nicht, daß das Problem der Abtreibung und der Kampf gegen deren Kriminalisierung in den verschiedensten Beiträgen auftauchte. Für die Weimarer Republik untersuchte *Cornelie Osborne* (Großbritannien) das Ringen um die Beseitigung des Paragraphen 218 im kulturellen Bereich, wobei sie sich auf den Inhalt und den Wiederhall des 1926 uraufgeführten Films „Kreuzzug des Weibes“ konzentrierte.

Über die organisierten Bewegungen hinausgreifend, stellte sich verständlicherweise die Frage nach der Sexualität in der Arbeitswelt überhaupt und damit auch nach sexueller Belästigung und sexueller Gewalt in der Arbeitssphäre. *Anne Marie Sohn* (Frankreich) ging in ihrem weitgespannten und damit besonders anregenden Beitrag der Frage nach, was das Spezifische der Sexualität in den Unterschichten Frankreichs im Zeitraum von Mitte des 19. bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts gewesen ist. Sie konstatierte für diese Schichten einen offeneren Umgang mit Sexualität und größere Toleranz gegenüber abweichendem Sexualverhalten, unehelichen Beziehungen, ja selbst Ehebruch, und unehelichen Kindern. Erst danach seien die Arbeiter in dieser Beziehung von Studenten und jüngeren Schülern eingeholt worden und selbst - mit dem Rückzug auf die Familie - „braver“ geworden. Am Beispiel der amerikanischen Autoindustrie machte *Stephen Meyer* (USA) deutlich, wie Macht-, Klassen-, Rassen- und Geschlechterfragen einander durchdringen haben. Vor allem solange Frauen kleine Minderheiten in den Werkstätten waren und die Gewerkschaften noch wenig Einfluß besaßen, sahen sich die weiblichen Arbeitskräfte sexuellen Belästigungen aller Schattierungen ausgesetzt. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz war auch das Thema von *Minjie Zhang*

(China), der sich dabei auf Feldarbeit und Interviews stützte. Ein hoher Prozentsatz von Frauen habe angegeben, ein- oder mehrmals sexuell belästigt worden zu sein. Er verwies auf positive Veränderungen in den letzten Jahren, bemängelte jedoch, daß bei der Novellierung des Strafgesetzbuches der Volksrepublik China zwar empfindliche Strafen für die Herabwürdigung der Frau vorgesehen wurden, aber kein Paragraph zur sexuellen Belästigung aufgenommen wurde. Kenntnis, Haltung und sexuelle Praktiken von Jutearbeitern in Westbengalen untersuchte *Raja Chakraborti* (Indien), was sich angesichts verfestigter Tabus als recht schwierig erwies. Er gelangte zu dem Schluß, daß in dem Lande, das der Menschheit das Kamasutra geschenkt hat, erschreckende Unkenntnis über Geschlechtsverkehr, Geschlechtskrankheiten und Aids, Empfängnis und Empfängnisverhütung, Schwangerschaft und Geburt herrscht. Sein Bericht unterstrich ein weiteres Mal, wie stark Lebensbedingungen, Familien-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse auf das Sexualleben einwirken. Mit der Erziehung von Mädchen indianischer Abstammung oder aus dem Arbeitermilieu in Erziehungsanstalten befaßte sich *Joan Isabel Sangster* (Kanada). In diesen Anstalten sollten den Heranwachsenden vor allem Arbeitsethik, Häuslichkeit und Familienideale des weißen Bürgertums vermittelt werden, um das sexuelle Verhalten der Mädchen zu ändern. Die Resultate solchen Bemühens wurden ambivalent eingeschätzt.

Demgegenüber traten im sechsten Themenkomplex, der mit „Marginalisierte Sexualitäten“ überschrieben war, kaum Bezüge zur Arbeitswelt und gleich gar nicht zur Arbeiterbewegung hervor, was niemanden erstaunen konnte. Spätestens jetzt fiel auf, daß das Programm keinen speziellen Beitrag zur Prostitution vorgesehen hatte. Doch im Verlauf der Tagung war immer wieder angeklungen, wie Sex gegen Geld in andere Befunde hineinspielte. Dabei erweisen sich die Grenzen zwischen Prostitution und anderen Formen sexueller Beziehungen oft als sehr fließend, weil sich soziale Zwänge nicht selten mit dem Bedürfnis nach Absicherung, mit Neigungen und Romanzen vermischen. Dies belegten Ausführungen von *Mustafa Abdel Rahman* (Ägypten) über die sogenannte Dahabheirat, die nur vor einem Notar eingegangen wird und faktisch zu nichts verpflichtet, von *Erami Narges* (USA) über die im nachrevolutionären Iran - oft geheim geschlossene - „Ehe auf Zeit“, von *P. Swarnalatha* (Indien) über die indischen Tanzmädchen auf dem Hintergrund einer Kolonialgesellschaft, von *Jafari Sinclair Allen* (USA) über die - oft von Touristen in Anspruch genommene - afrocubanische maskuline Sexualität, die er nicht als Ausweis einer gescheiterten Revolution interpretiert wissen wollte. Einige Teilnehmerinnen sahen sich in ihrer Meinung bestärkt, daß der Begriff Prostitution besser durch Sexarbeit zu ersetzen sei.

Erst mit dem siebenten und letzten Themenkomplex wurde direkt die Frage nach „Sexualität und Revolution“ auf die Tagesordnung gesetzt, wobei die hier angesiedelten Vorträge in unterschiedlichem Maße auf diese Problematik konzentriert waren. *Ljubov Kusnetsova* (Rußland) entwarf ein Bild des revolutionären Rußlands, in dem die Sowjetmacht den Frauen die juristische Gleichstellung gewährte und die politischen, sozialen und kulturellen Umbrüche auch Sexualverhalten und Sexualauffassungen einschneidend veränderten. An dem in

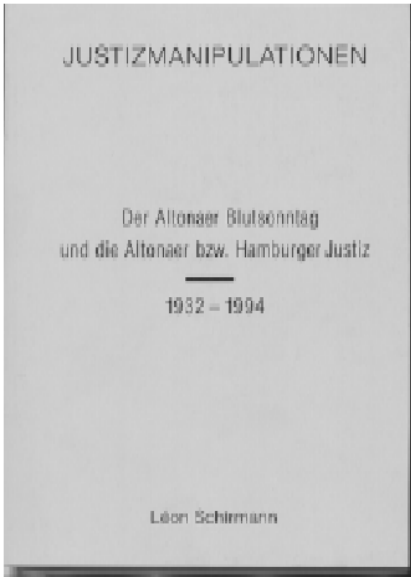
Gang kommenden Diskurs beteiligten sich u.a. Ines Armand, Alexandra Kollontai, Clara Zetkin und W.I. Lenin. Emanzipatorische und totalitäre Tendenzen durchdrangen einander, bis schließlich in der Stalinära nicht nur scharfe Repressionen, sondern auch die Rücknahme revolutionärer Errungenschaften (wie zum Beispiel die Aufhebung der weltweit ersten legalisierten Abtreibung) einsetzte. Wie dann in den dreißiger Jahren die in der KPdSU(B) und über die Partei hinaus praktizierte „Kritik und Selbstkritik“ auch in die Intimsphäre der Parteimitglieder und Sowjetbürger eingriff, welche Moralvorstellungen, welches Familienbild, welche verbindlichen Normen dabei hervortraten und wie diese zu Zeiten der „Säuberungen“ auch instrumentalisiert wurden, analysierte *Berthold Unfried* (Österreich). Die in der anarchistischen Presse Spaniens von 1923 bis 1937 geführten Debatten unterzog *Ruth Gutermann* (Österreich) einer kritischen Betrachtung. Hier wurden Themen wie weibliche Emanzipation, freie Liebe, Reproduktion, Erziehung, Ehe und Familie behandelt, aber auch Fragen der Eugenik und des Neomalthusianismus standen zur Diskussion. Nach Einschätzung der Referentin stellte allein schon die offene Diskussion solcher Probleme ein emanzipatorisches Politikum dar. Im Unterschied zu manchen früheren Tagungen diente diesmal die Entwicklung in Sowjetrußland oder in Ländern des „Realsozialismus“ nicht als bloße negative Kontrastfolie zur reformistisch dominierten Arbeiterbewegung.

Wenngleich es niemand wagte, aus dem Dargebotenen ein verallgemeinerndes Schlußresümee zu ziehen, so ergab sich aus der Summe der Beiträge dennoch ein facettenreicher Überblick, mit dem Zusammenhänge zwischen ökonomischer Lage, Sexualverhalten und ehelichen wie auch außerehelichen Geburten; individuellen Abtreibungspraktiken und staatlichem Interessen an der Regulierung des Bevölkerungswachstum; zwischen ökonomischer oder hierarchischer Abhängigkeit von Frauen und sexueller Gewalt sowie sexuellen Belästigungen durch Männer erkennbar wurden. Der historische Trend führte eindeutig zur Aufhebung von Tabus, zu größerer Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und zur Zurückweisung von Eingriffen in die Intimsphäre, seien diese mit religiösen, moralischen, politischen oder kaderpolitischen Argumenten vorgetragen. Es kann wohl als erwiesen gelten, daß in den kapitalistischen Gesellschaften Tabus zuerst in den unteren Schichten gebrochen und dort am frühesten eine freiere Sexualität gelebt wurde. Es ging allerdings fast unter, daß diese sexuelle Befreiung mit der Säkularisierung einherging und wesentlich als Befreiung von religiösen Dogmen und Bevormundungen seitens der Kirchen stattfand. Von den Konferenzteilnehmern hegte wohl niemand Zweifel, daß Sexualität eine elementare und vielgestaltige, in alle Sphären des individuellen und gesellschaftlichen Lebens eingreifende Erscheinung und Voraussetzung menschlicher Existenz darstellt. Aber es war wohl kein Zufall, daß eine französische Wissenschaftlerin daran erinnerte, daß Sexualität zuvörderst Lust und Pläsier ist oder doch sein sollte.

Die der wissenschaftlichen Tagung vorausgegangene Generalversammlung der ITH bestätigte die Berichte der Geschäftsführerin und des Kassierers. Sie einigte sich für die künftigen Tagungen auf folgende Themen: Arbeiter- und soziale Bewegungen in

einem globalisierten Weltsystem (2003); Geschichte und Zukunft sozialer Sicherungssysteme (2004).

Texte (Abstracts) der 38. Linzer Konferenz können von der Homepage der ITH heruntergeladen werden: <http://www.ith.or.at>



Léon Schirmann

Justizmanipulationen
Der Altonaer Blutsonntag
und die Altonaer
bzw. Hamburger Justiz
1932 - 1994

Eine akribische Arbeit des
bekannten französischen
Forschers, in der die
sechzigjährige Geschichte
eines Justizverbrechens gegen
die Menschlichkeit
dargestellt wird.

280 S., mehrere Illustrationen
ISBN 3-929390-11-6 // 12 Euro

edition
bodoni

Sexualreform, Sexualerziehung und Arbeiterbewegung. Diskurse in den Zeitschriften „Die Neue Zeit“ und „Sozialistische Monatshefte“ von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg¹

Christa Uhlig

1. Der Anteil der Arbeiterbewegung an der Sexualreformdebatte vor dem ersten Weltkrieg

In Geschichtsdarstellungen zur Sexualerziehung sind Hinweise auf die Arbeiterbewegung und ihren Anteil an der Sexualreformbewegung im frühen 20. Jahrhundert nur selten zu finden. Dem steht entgegen, daß die Arbeiterbewegung bereits „zu einem frühen Zeitpunkt, als Ärzte, Pädagogen, und Frauenrechtlerinnen gerade erst begannen, sich für Reformen in der Sexualerziehung auszusprechen“², diesem Thema öffentliche Aufmerksamkeit verschaffte und - aus ureigensten Interessen - dazu beitrug, die „sexuelle Frage“ zu einem Politikum zu machen. „Sexuelle Not“ herrschte unter den autoritär-konservativen Moralverhältnissen des Kaiserreiches in allen Bevölkerungsschichten. In Arbeiterkreisen paarte sie sich mit sozialer Not: repressive Arbeitsverhältnisse, beengte Wohnungen, ungewollter Kinderreichtum, unzureichende Gesundheitsvorsorge, Mangel an Aufklärung und Bildung. Als 1879 August Bebel mit seiner Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ - gegen Zeitgeist und auch in der Arbeiterschaft verbreitete sexuelle Prüderie - sexuelle Fragen in den Kontext der sozialen Emanzipation der Frau stellte, öffnete er gleichsam eine Schleuse. Es war der Druck der sozialen Praxis, der Fragen der Sexualität auf die historische Tagesordnung setzte und zu einem Thema der politischen, propagandistischen und theoretischen Arbeit der Sozialdemokratie machte. Mit der Erweiterung und Etablierung eigenständiger Publikationsmöglichkeiten gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die sexuelle Frage - anfangs zögerlich, bald breiter und intensiver - zu einem ständigen Diskursthema in der sozialdemokratischen Presse.

1 Der Beitrag wurde angeregt durch das Thema „Sexualität, Unterschichtenmilieus und ArbeiterInnenbewegung“ der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) vom 12.-14.9.2002 in Linz, an der die Autorin teilnahm. Er entstand im Rahmen eines von der DFG an der Universität Paderborn geförderten Forschungsprojektes zu „Reformpädagogik und Arbeiterbewegung“.

2 Annette Mühlberg: Arbeiterbewegung und Sexualität im deutschen Kaiserreich, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung (MKF) 1992, H. 31, S.146.

„Die Neue Zeit“ und die „Sozialistischen Monatshefte“ - Spiegel für Emanzipation und Ambivalenz in der Sexualdebatte

Unter welchen Einflüssen, in welchen Widersprüchen und mit welchen Inhalten sich Diskurse um Sexualität und Sexualerziehung vor dem ersten Weltkrieg entwickelten, soll am Beispiel der in dieser Zeit für die deutsche Sozialdemokratie repräsentativen theoretischen Zeitschriften „Die Neue Zeit“ und „Sozialistische Monatshefte“ - mit denen zugleich zwei Richtungen der Arbeiterbewegung zur Sprache kommen³ - untersucht werden.

Beide Zeitschriften erscheinen für die Untersuchung dieser Fragen prädestiniert. Diskurse fanden hier auf einer allgemeineren Ebene statt als beispielsweise in der Frauenzeitschrift „Gleichheit“ mit ihrem spezifischen Klientel. Stärker als monographische Schriften spiegeln sie Entwicklungstrends und Diskussionen der Sexualreformbewegung. Sie waren weniger in tagespolitische Auseinandersetzungen eingebunden als Zeitungen und in geringerem Maße als parteipolitische Verlautbarungen von parteitaktischen Rücksichten geprägt. Vor allem lassen sie erkennen, daß *von einer homogenen Haltung der Arbeiterbewegung zur sexuellen Frage nicht die Rede* sein kann. Im Widerstreit unterschiedlicher, oft konträrer Auffassungen blieb die Erkenntnisentwicklung in ständiger Bewegung, nicht zuletzt deshalb, weil an diesem Prozeß ein nach Provenienz und Interessenlage heterogener Personenkreis beteiligt war.⁴ Aufschluß hierzu geben vor allem die beiden Zeitschriften eigenen umfangreichen Rezensionsteile. Läßt die Rezensionstätigkeit einer Zeitschrift generell Rückschlüsse auf intentionale Zusammenhänge der Wissensproduktion, -tradierung und -kanonisierung zu, so gilt das für die beiden hier untersuchten Zeitschriften besonders. Sie entfalten ein Panorama zeitgenössischer Literatur⁵, das die argumentative Verbindung mit anderen Denkrichtungen und Zeitströmungen, vor allem mit der bürgerlichen Sexualreformbewegung und der Reformpädagogik, zu erkennen gibt und offenbart, woher die Arbeiterbewegung Anregungen empfing, was ihre Kritik auslöste und - nicht zuletzt - was ignoriert wurde. Schon vorab läßt sich dabei eine große Offenheit zur bürgerlichen Sexualreformbewegung konstatieren. Sozialistische Auffassungen wurden als kritisch-konstruktiver Teil dieser Bewegung verstanden und zugleich aus ihr herausgehoben: „Es hat eine Zeit gegeben, in der Sozialisten nichts von Bewegungen wissen wollten,

3 „Die Neue Zeit“ (1883-1923, gegründet von Karl Kautsky und J.H.W. Dietz, Nachf.: „Die Gesellschaft“, 1924-1933) gilt zumindest bis zum ersten Weltkrieg als marxistisches Blatt, während die „Sozialistischen Monatshefte“ (1897-1933, gegründet von Joseph Bloch, Vorg.: Der Sozialistische Akademiker) dem revisionistischen Flügel der Sozialdemokratie zugerechnet werden. 1901 ging „Die Neue Zeit“ in Parteieigentum über. Die „Sozialistischen Monatshefte“ erlangten trotz Bemühens zu keiner Zeit den Status eines offiziellen Parteiorgans. Siehe hierzu Dieter Fricke: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung 1890-1914. Leipzig 1962; Gerhard Eisfeld/Kurt Koszyk: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie. 2. Aufl., Bonn 1980.

4 Siehe Titelauswahl im Anhang. Zitat- und Literaturnachweise aus beiden Zeitschriften beziehen sich im folgenden auf diese Auswahl.

5 Nahezu alle namhaften Sexualtheoretiker fanden in Rezensionen und Annotationen Beachtung, so August Forel, Richard v. Krafft-Ebing, Havelock Ellis, Magnus Hirschfeld, Max Marcuse, Iwan Bloch, Alfred Grotjahn u.a.m. Für die Sexualpädagogik sind besonders die Sammelrezensionen von Franz Lindheimer in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1907) aufschlußreich.

die anderweitig herkamen. Jetzt sind wir, Gott sei Dank, erfahrener und verständiger geworden. ... Ist der Sozialismus der Heerstrom unserer Zeit, so müssen alle Nebenströme in ihn hineinfließen und dürfen von ihm darum freudig und kameradschaftlich begrüßt werden...“⁶

Die Analyse der Zeitschriften läßt zunächst einige allgemeine Erkenntnisse zu:

1) Die Profilierung von Sexualauffassungen in der Arbeiterbewegung vollzog sich nicht isoliert aus sich selbst heraus, sondern in lebendigem Austausch unterschiedlichster sexualreformerischer Denksätze.

2) Beide Zeitschriften präsentieren ein Themenspektrum, wie es in anderen Zeitschriften außerhalb der sexualreformerischen Bewegung so nicht vorkommt. Schon frühzeitig haben sie sich für unverkrampfte sexuelle Aufklärung stark gemacht, Rechte von sexuellen Minderheiten vertreten⁷, sexuelle Selbstbestimmung der Frauen eingefordert und sind von der bürgerlichen Presse dafür immer wieder angegriffen worden.

3) Zugleich spiegeln sie die Widersprüchlichkeit mancher der damaligen Auffassungen, so z.B. in der sogenannten Gebärstreikdebatte 1912/13, in der sich langjährige Kontroversen um die Frage der selbstbestimmten Geburtenkontrolle der Frau spitzten.⁸

4) Signifikante Unterschiede in den Positionen zur sexuellen Frage sind - bis auf Nuancen - zwischen den beiden Zeitschriften in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg nicht festzustellen.

Sexualerziehung als ein zentrales Thema im Diskurs um sexuelle Emanzipation

In der Sexualdebatte um die Jahrhundertwende stellten Fragen der Sexualerziehung und Sexualpädagogik eines der zentralen Themen dar, ein Gebiet, „das heftiger als andere Fragen der Sexuallehre und der Erziehung die Gemüter beschäftigt und erregt hat. Hier waren die inneren und äußeren Widerstände besonders stark. ... Der Widerstand beruht, wo er absolut ist, wesentlich auf dem altherkommenden Druck, den die religiös-christliche Ethik auf unser gesamtes Denken und Empfinden übt.“⁹

Schon Jahre bevor auf Antrag von Heinrich Schulz und Clara Zetkin in Mannheim 1906 Erziehungsfragen und mit ihnen auch solche der sexuellen Aufklärung und Erziehung erstmals offiziell auf einem sozialdemokratischen Parteitag verhandelt

⁶ Adams-Lehmann, Mutterschutz, S.1242.

⁷ Vor allem setzte sich die Sozialdemokratie, unterstützt durch ihre Presse, für die Aufhebung der Strafverfolgung Homosexueller ein. Siehe Titelauswahl; als Sekundärliteratur siehe z.B. Manfred Herzer/James Steakley (Hrsg.): Magnus Hirschfeld: Von einst bis jetzt. Geschichte einer homosexuellen Bewegung 1897-1922, Berlin 1986; Wilfried Wolff: Max Hodann (1894-1946): Sozialist und Sexualreformer, Hamburg 1993; Marita Keilson-Lauritz: Die Geschichte der eigenen Geschichte. Literatur und Literaturkritik in den Anfängen der Schwulenbewegung am Beispiel des Jahrbuches für sexuelle Zwischenstufen und der Zeitschrift Der Eigene, Berlin 1997; Florian Mildnerberger: „... in der Richtung der Homosexualität verdorben“. Psychiater, Kriminalpsychologen und Gerichtsmediziner über männliche Homosexualität 1850-1970, Hamburg 2002; Internet-Ausstellung der Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft Berlin.

⁸ Siehe Mühlberg, Arbeiterbewegung und Sexualität, S.148f.

⁹ Lindheimer, Sexualerziehung, S.972.

wurden¹⁰, waren sie, so zeigen die Zeitschriftendiskurse, in den Blick sozialdemokratischer Politikerinnen und Politiker gerückt. Neben bekannten Erziehungsexpertinnen und -experten, wie Clara Zetkin, Käte Duncker und Heinrich Schulz, die sich des Problems vor allem in der „Gleichheit“ annahmen, oder Otto Rühle, der in seinen eindrucksvollen Analysen proletarischer Kindheit auch das Sexualproblem thematisierte, waren mit Fragen der Sexualaufklärung und -erziehung auch heutzutage weniger populäre Vertreterinnen und Vertreter der Arbeiterbewegung befaßt. In der „Neuen Zeit“ und den „Sozialistischen Monatsheften“ publizierten zu diesem Thema vor allem die Wiener Publizistin und Frauenrechtlerin Therese Schlesinger und ihre Schwester, die Feministin Emma Eckstein, die Journalistin Oda Olberg, die österreichische Ärztin Hope Bridges Adams-Lehmann, die Frauen- und Sozialpolitikerin Henriette Fürth, die Frauenrechtlerin Wally Zepler u.a.m. Die meisten von ihnen schrieben für beide Zeitschriften, die „Sozialistischen Monatshefte“ waren eher der Ort von Henriette Fürth und Wally Zepler; Adams-Lehmann ist häufiger in der „Neuen Zeit“ zu finden. Auch Reformerrinnen und Reformer anderer Provenienz kamen zu Wort, so vorzugsweise in den „Sozialistischen Monatsheften“ die schwedische Frauenrechtlerin und Reformpädagogin Ellen Key, der Münchner Moralpädagoge Friedrich Wilhelm Förster, die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm.

Ging es in den Beiträgen aus den 1890er Jahren vorrangig um Kritik an der sexuellen Heuchelei in Öffentlichkeit und Erziehung, um Entlarvung bürgerlicher Doppelmoral und um Enttabuisierung sexueller Belange im Umfeld der Frauenbewegung¹¹, entstanden nach der Jahrhundertwende zunehmend Konzepte zur Reformierung der sexuellen und pädagogischen Praxis. Wie in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit avancierte Sexualität auch in der sozialistischen Presse zu einem Modethema. Als die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ 1907 in Mannheim einen eigens sexualpädagogischen Themen gewidmeten Kongreß veranstaltete, löste dies in der Sozialdemokratie nicht nur Resonanz und eine Vielzahl eigener Meinungsäußerungen aus, sondern gleichermaßen Kritik: Von „berufenen und unberufenen Füßen“ sei das Thema in den letzten Jahren „glatt und kahl und staubig“ getreten worden.¹² „Es fehlt gewiß nicht an Büchern und Schriften, die sich eingehend mit der Frage der sexuellen Aufklärung beschäftigen. Es ist aber Tatsache, daß die Qualität nur wenig der Quantität entspricht.“¹³ Im Vorfeld des ersten Weltkrieges legte sich dann auch „wieder tiefes Schweigen“ über das Thema Sexualerziehung - auch in der Sozialdemokratie.¹⁴ Erst in der Weimarer Republik erlangte es eine Neubelebung, Weiterentwicklung und partielle Praxisrelevanz, um dann 1933 unter der Nazi-

10 Siehe Quellen zur Geschichte der Erziehung, ausgewählt von Karl-Heinz Günther u.a., 9. Aufl., Berlin 1980, S.349-353.

11 Siehe hierzu Kirsten Reinert: Frauen und Sexualreform 1897-1933, Herbolzheim 2000.

12 Adams-Lehmann, Sexuelle Pädagogik, S.749.

13 Düvell, Dürerbund, S.617.

14 Oehme, Strömungen der modernen Pädagogik, S.628.

Diktatur einen gravierenden Abbruch mit nachhaltigen Folgen für die Nachkriegsentwicklung in beiden Teilen Deutschlands zu erleben.

2. Das Verständnis von Sexualität als Bezugsrahmen für sexualerzieherische Konzepte

Sexuelle Aufklärung wurde in der Arbeiterbewegung nicht nur als spezifischer Inhalt einer umfassenden Sexualreform gesehen, sondern gleichermaßen als Aufgabe einer allgemeinen Bildungs- und Erziehungsreform. Weil Sexualethik und darauf gründende Sexualerziehung nicht besser sein können als die allgemeine Ethik einer Gesellschaft - so eine typische Argumentation -, richteten sich Vorschläge und Appelle nicht zuerst an Schule und Pädagogik, sondern an die Politik, die gesellschaftliche Öffentlichkeit und an die (vor allem proletarischen) Eltern. Im Unterschied zur bürgerlichen Sexualreformbewegung und zur Reformpädagogik ist diese weite gesellschaftliche Perspektive für die Arbeiterbewegung charakteristisch. Da die kapitalistische Gesellschaft „das Individuum nach allen Richtungen hin einengt“, würde „ihm auch die Möglichkeit eines gesunden, menschenwürdigen sexuellen Lebens“ geraubt.¹⁵ Deshalb könne die sexuelle Frage nicht isoliert betrachtet werden, verlange Aufklärung über die sie verursachenden sozialen Widersprüche und lenke auf den Sozialismus. Der Sozialismus bedeute „nicht nur die ökonomische Freiheit, sondern auch deren Zwillingschwester, die individuelle“, er befreie nicht nur von der „Knechtschaft des Geldes“, sondern auch „von der Knechtschaft der Überlieferung in der Liebe“.¹⁶ Wie freilich ein „menschenwürdiges sexuelles Leben“ zu verstehen sei und welchen Anteil dabei Aufklärung und Erziehung haben sollten, fand unterschiedliche Auslegungen. Neben vielen emanzipatorischen Impulsen vermitteln die Diskurse um Sexualität auch einen Eindruck von der Schwierigkeit, die „Knechtschaft der Überlieferung“ abzuschüteln.

Sexualaufklärung und -erziehung folgten weitgehend einem Verständnis von Sexualität des Menschen, wie es sich in der sozialistischen Arbeiterbewegung nach der Jahrhundertwende unter dem Einfluß *naturwissenschaftlich-medizinischer, anthropologischer, sozialetischer* sowie *reformpädagogischer* Erkenntnisse und Zeitströmungen darstellte: 1) *zur Natur des Menschen gehörend*, 2) *von den sozial-kulturellen Verhältnissen abhängig*, 3) *ein Objekt der Versittlichung* und 4) *eine Möglichkeit „positiver Eugenik“*.

In der Frage, ob sexuelle Aufklärung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen notwendig sei, hat sich die Arbeiterbewegung zu allen Zeiten bejahend positioniert. Weniger Klarheit existierte hinsichtlich der Ziele und Inhalte. Hier spiegeln sich Unsicherheiten und Widersprüche, die über das jeweilige historisch-konkrete Sexualverständnis hinaus dem anthropologischen Denken in der Arbeiterbewegung innewohnt und die Konstruktion von Menschenbildern ebenso beeinflussen wie „Bilder“ von der Gesellschaft. Welche Positionen und Probleme in der Diskussion

¹⁵ Schlesinger, Ellen Key, S.542.

¹⁶ Adams-Lehmann, Mutterschutz, S.1242.

um sexuelle Aufklärung und Erziehung besonders zum Tragen kamen, wie nach der einen oder anderen Richtung Akzente gesetzt und welche Ambivalenzen mit den jeweiligen Denkweisen verbunden sind, soll im folgenden - ohne dabei alle Verzweigungen der Auffassungen gebührend berücksichtigen zu können - angedeutet werden.

Sexualität als natürlicher Bestandteil des Menschseins und die „Geschlechtsspezifik der Frau“

Allen Beiträgen zum Thema liegt ein Verständnis von Sexualität als natürliche Gegebenheit, als „Naturtatsache des menschlichen Organismus“¹⁷ und als Naturrecht eines jeden Menschen zugrunde. Die Unterdrückung dieser Naturtatsache berge nicht nur individuelles, sondern auch sozial-kulturelles Konfliktpotential. Als Betroffene der traditionellen Unterdrückung der Sexualität wurden vor allem die Frauen und Mädchen gesehen, und zwar in dreifacher Weise: Ihre eigenen Bedürfnisse als Geschlechtswesen werden so gut wie nicht akzeptiert, sie sind abhängiges Sexualobjekt des Mannes, und sie werden aus der Gesellschaft ausgestoßen, wenn sie (z. B. in der Prostitution, in „wilder Ehe“, mit unehelichen Kindern) ihre Rollenvorschriften mißachten.¹⁸ Die sexuelle Frage wurde daher zuerst als eine Frage der Frauenemanzipation behandelt, die Frau wurde als Geschlechtswesen mit individuellen sexuellen Bedürfnissen „entdeckt“. Diskurse zur „freien Liebe“, zur Prostitution, zur Geburtenregelung, zur Perspektive der Ehe, zum Umgang mit nichtehelichen Kindern u.a.m. entwickelten sich zunächst vor diesem Hintergrund, Adressaten sexueller Aufklärung und Erziehung waren lange Zeit die Frauen und Mädchen. Der Ermunterung zu natürlichem Umgang mit Sexualität und zu sexueller Selbstbestimmung (vor allem durch Eckstein, Adams-Lehmann, Schlesinger, Dohm u.a.) standen dabei allerdings Auffassungen gegenüber, die den Mädchen und Frauen die Hauptlast sexueller Verantwortlichkeit und sexueller Ethik zuwiesen. (z. B. Olberg, Fürth, Fischer, Kampffmeyer) Für die Sexualerziehung hatte dies nachhaltige Folgen. Obgleich Koedukation zu den Grundprinzipien proletarischer Erziehungsauffassungen gehörte, bestanden hinsichtlich der geschlechtlichen Erziehung von Jungen und Mädchen gravierende Unsicherheiten. Explizite Forderungen nach „frühzeitiger Aufklärung“ der Knaben, weil die Gefahr ihrer „Verleitung zum Geschlechtsgenuß [...] unvergleichlich größer als für Mädchen“ sei¹⁹, blieben Ausnahme, ebenso wie Vorschläge, „nicht nur die Frau, sondern auch den Mann für die Ehe“ zu erziehen, „indem man beide Theile einander näher bringt in Fähigkeiten, Denkweise und Gewohnheiten, indem man ihnen gemeinsame Ziele, gemeinsame Arbeit, gemeinsame Freuden gibt“. Adams-Lehmann z.B. hielt einen solchen Erziehungsansatz besonders für Deutschland wichtig, weil - nach ihrer Beobachtung - nirgends „die Frau so niedrig“ stünde und „die Brutalität des Mannes noch so wenig bezähmt [sei], wie hier“.²⁰

17 Fürth, Der Aufklärungsunterricht, S.244.

18 Siehe hierzu Schlesinger, Sexuelle Ethik.

19 Eckstein, Eine wichtige Erziehungsfrage, S.669.

20 Adams-Lehmann, Das Weib, S.744f.

Die Betonung der Natürlichkeit der Sexualität hatte jedoch vor allem auch pädagogische Konsequenzen. Das Schweigen, mit dem die etablierte Pädagogik über sexuelle Fragen hinwegging, und die in der Praxis vorherrschende, auf Angsterzeugung beruhende repressive Sexualerziehung gerieten zunehmend unter Kritik. „Das, was heute als Durchschnittssexualerziehung herumläuft“, sei „nur eine neue Form sexueller Einschüchterung, eine neue gefährliche Form der Erziehung zur Angst“.²¹ Die aus der Arbeiterbewegung kommenden Vorschläge setzten dagegen auf Rationalität, Natur und Vernunft - „ohne Sentimentalität und ohne den süßlichen Kinderkultus, der jetzt Mode ist, fest und ernst, wie man einem jüngeren Gefährten Beistand bietet, von dem man weiß, daß er seine schwersten Kämpfe allein auskämpfen muß“²². Zum Entsetzen der konservativen Pädagogik wurde vor allem im Umgang mit der „Woher-kommen-die Kinder-Frage“ eine offene, wahrhaftige, an der Natur orientierte Vermittlungsstrategie propagiert. Als etwas der Natur entsprechendes sollte sie auch der Naturbeobachtung folgend beantwortet werden - von der Pflanze zum Tier und zum Menschen, frei von Angstphantasien und Storchennmärchen. Naturwissenschaftlicher Bildung wurde in der Arbeiterbewegung generell eine hohe aufklärerische Bedeutung zugeschrieben. Es entsprach somit dem Bildungsverständnis der Arbeiterbewegung, daß sie eine naturwissenschaftlich orientierte Sexualerziehung favorisierte und förderte.

Sexualität als Moment der sozialen Frage

Sexualität schon frühzeitig in sozial-kulturellen Zusammenhängen charakterisiert zu haben, gehört ohne Zweifel zu den Leistungen der Arbeiterbewegung. Mehr oder weniger allen einschlägigen Veröffentlichungen ist eine *explizit sozialkritische Perspektive auf sexuelle Fragen* eigen, und die Unterschätzung der sozialen Determiniertheit des Sexualverhaltens ist einer der häufigsten Kritikpunkte an bürgerlichen Sexualauffassungen. Die Bedeutung „der Einwirkung sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse auf die sexuell-psychische Entwicklung“ sei selbst Befürwortern einer Sexualreform und pädagogischer Sexualaufklärung „nicht ganz klar zu sein“. Sie scheinen nicht zu wissen, „daß die größten Schwierigkeiten, die sich einer wirklich klugen Belehrung und Beratung der Jugend über das Sexualleben entgegenstellen, in den Widersprüchen ihre Wurzel haben, welche die Sexualethik des Bürgertums aufweist und leider auch noch die des Proletariats, das bisher aus seinen besonderen Lebensbedingungen heraus noch keine neue Ethik der Geschlechtsliebe hat und darum gerade nach dieser Richtung hin noch vielfach im Banne kleinbürgerlicher Denkgewohnheiten steht, obwohl seine Praxis sich täglich mehr von der des Bürgertums unterscheidet“.²³ Kritisiert wurde auch, daß in der bürgerlichen sexualreformerischen Literatur proletarische Milieus außer acht gelassen bzw. mit bürgerlichen Maßstäben bewertet wurden. Vehement wendet sich Therese Schlesinger, die der sozialen Erklärung von Sexualität in ihren Beiträgen besonderes Gewicht verlieh, gegen die Annahme, „bei der gebildeten Jugend beiderlei

21 Hausenstein, Rez. Leo Berg, S.1303.

22 Olberg, Die Sexualfrage, S.39.

23 Schlesinger, Rez. Dr. August Kohl, S.829.

Geschlechts“ sei eine „größere Varietät“ sexuellen Fühlens anzutreffen „als bei der Jugend der tieferstehenden sozialen Schichten“. Mangelnde soziale Sensibilität wirft sie jenen Sexualaufklärern vor, die mit abstrakten Moralforderungen an die Arbeiterschaft herantreten. In diesem Sinne setzt sie sich vor allem mit den nach der Jahrhundertwende einflußreichen sexualethischen Ansichten F. W. Försters²⁴ auseinander. Bei allem warmherzigen Mitfühlen „für jeden notleidenden, seelisch bedürftigen und verirrt Menschen“ würde die reale Situation des Proletariats verkannt, wenn Förster den sexuellen wie den sozialen Problemen der Gegenwart durch eine allgemeine Moralerziehung beikommen zu können glaube. Seine Forderungen nach Einhaltung der Monogamie, nach Unantastbarkeit der Ehe, nach sexueller Selbstzucht, seine Ablehnung des Präventivverkehrs und die Verurteilung der unehelichen Mutterschaft hätten in der Realität keine Basis. Das Leben der Proletarier sei ohnedies „so überreich an Gelegenheiten zur Entsagung und Selbstüberwindung“, und längst habe „die Familie in ihrer alten Bedeutung hier vielfach aufgehört zu bestehen“. In proletarischen Milieus, so Schlesinger, hätten unkonventionelle Lebensweisen, wie uneheliche Mutterschaft, schon aufgrund der Verhältnisse längst Akzeptanz. Diese „neuen Zustände“ würden „nach neuen Formen verlangen“, „nicht nach gewaltsamer Aufrechterhaltung der alten“. ²⁵ Hierfür ein Bewußtsein zu entwickeln, wurde als eine wichtige Aufgabe sexueller und zugleich sozialer Aufklärung über die die Sexualität beeinflussenden Umstände verstanden.²⁶

Versittlichung der Sexualität als Versittlichung der Menschen und der Gesellschaft

Aufklärung über Sexualität bedeutete im Verständnis der Arbeiterbewegung immer zugleich Versittlichung des Umgangs mit Sexualität. Dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung wurde die Pflicht zu sittlicher Verantwortung gleichgestellt. Sexuelle Gewalt, Prostitution, Pornographie standen außerhalb der Vorstellungen von menschenwürdiger Sexualität. Bewußt gesteuerte sexuelle Triebbeherrschung galt demnach als sittliches Ziel. Diese von Clara Zetkin favorisierte Denkrichtung bestimmt auch die Zeitschriftendiskurse. In einer Artikelserie in den „Sozialistischen Monatsheften“ plädiert Henriette Fürth dafür, überkommene Moralvorstellungen, den „ganzen Ballast“ von „Erbssünde“ und „Abtötung des Fleisches“ durch eine neue Moral zu ersetzen, die auf Sachwissen, das „weder moralisch noch unmoralisch“ ist, gründet und ihrem Wesen nach die Erziehung des Willens und die Beherrschung der Naturtriebe erstrebt. Eine nach der Jahrhundertwende im öffentlichen Leben zu beobachtende „Hypertrophie“ der Sexualität wurde abgelehnt. Erst das Moralische

24 F. W. Förster (1869-1966) war u.a. Herausgeber der Zeitschrift „Ethische Kultur“ und Mitbegründer der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“. Ab 1914 lehrte er an der Münchener Universität Pädagogik und Philosophie. Wegen seiner ethisch-pazifistischen Gesinnung wurde er mehrfach relegiert und 1933 schließlich ausgebürgert.

25 Schlesinger, Sexuelle Ethik, S.278ff.

26 Die Verknüpfung von sexueller und sozialer Aufklärung ist z. B. auch in Kurz- und Fortsetzungsgeschichten in der proletarischen Presse zu finden, und zwar nach dem Muster: Mann aus der besitzenden Klasse verführt armes Proletariermädchen und läßt es mit Kind sitzen. Aus der Enttäuschung erwächst Klassenbewußtsein und Anschluß an die Arbeiterbewegung.

versetze den Menschen in die Lage, sich über die Natur zu erheben, den „Erdgeruch“ und das „Tierische“ des Geschlechtlichen abzustreifen. „Wir empfinden uns als moralisch, das heißt uns und unsersgleichen verantwortliche Wesen, und es kann nicht fehlen, daß dies immanente moralische Fluidum auch in der Geschlechtssphäre sich geltend macht und seine Einflüsse in die Erziehung hineinspielen läßt.“²⁷ Vor allem mit dem Blick auf die Zukunft wurde der sexualethischen Erziehung Bedeutung zugeschrieben. „Nicht nur eine naturkundliche, auch eine ethische Seite hat die erziehlische Aufklärung über die Dinge des Geschlechtslebens, und diese will mit großer Behutsamkeit und Sorglichkeit behandelt sein. Denn hier wird die Entscheidungsschlacht darüber geschlagen, ob künftige Geschlechter in den Geschlechtvorgängen eine bloße Befriedigung tierischer Sinneslust oder aber ein feines Instrument zur fortpflanzenden Höherentwicklung der Art erblicken werden. Hier wird das Verantwortlichkeitsgefühl für kommende Geschlechter geboren oder unterdrückt, hier der Grund gelegt zu persönlicher Veredlung oder Herabwürdigung.“²⁸ Die Meinungsbildung zur Sexualerziehung stand einerseits unter dem Einfluß der „Neuen Ethik“, wie sie vor allem vom „Bund für Mutterschutz“²⁹ vertreten wurde (sexuelles Selbstbestimmungsrecht der Frau, Gleichberechtigung der Geschlechter, Ehereform u.a.), andererseits der ethischen Ansichten des bereits erwähnten F. W. Förster. Während die „Neue Ethik“ eine Sexualreform und mit dieser auch eine freiere Sexualerziehung ausdrücklich beförderte, lehnte Förster als Vertreter der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ eine Liberalisierung der Sexualvorstellungen ab und setzte dem vermeintlichen Verfall der Moral ein Konzept der Charakter- und Willenserziehung - „Beherrschung der tierischen Natur durch Willen und Geist“³⁰ - entgegen, - ein Konzept, das auch in der Arbeiterbewegung auf Sympathie traf. Was immer an Försters Werk auszusetzen sei, heißt es in einer Rezension seiner Schrift „Lebensführung“ in den „Sozialistischen Monatsheften“, „es bleibt jedenfalls ein Verdienst, dass uns und der jungen Generation die Idee der Selbstdisziplinierung zugeworfen wurde. Disziplinierte Menschen tun uns not“.³¹

Ungeachtet der Divergenzen in den von der Arbeiterbewegung vorzugsweise rezipierten Ethik-Auffassungen³² bleibt ein gemeinsamer Nenner. Ihnen lag die in einer langen historischen Tradition stehende aufklärerische Annahme zugrunde, mittels Erziehung und Aufklärung Einfluß auf die Höherentwicklung der Menschen und über diese auf die Versittlichung der Gesellschaft nehmen zu können. In Variationen galt dieser Denkansatz auch in der Arbeiterbewegung, begründete ihr legendäres Bildungsstreben und beeinflusste nachhaltig das sozialistische

27 Fürth, Der Aufklärungsunterricht, S.244f.

28 Fürth, Sexualpädagogik, S.564.

29 Der „Bund für Mutterschutz“ wurde 1905 in Berlin auf Initiative von Helene Stöcker unter Beteiligung des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung sowie führender Sexualreformer gegründet (ab 1924 „Bund für Mutterschutz und Sexualreform“). Siehe hierzu Petra Rantzsch: Helene Stöcker (1869-1943). Zwischen Pazifismus und Revolution, Berlin 1984.

30 Zitiert nach Karl-Heinz Günther: Über pädagogische Traditionen, Berlin 1988, S.324f.

31 Hausenstein, Rez. F. W. Förster, S.929.

32 Siehe hierzu auch die von Karl Kautsky initiierte Ethik-Debatte in der „Neuen Zeit“ 1900/1901.

Bildungsverständnis. Die Ambivalenz dieses Konzeptes kommt dort zum Ausdruck, wo die Idee vom Menschen den realen Menschen vergißt, und - bezogen auf den vorliegenden Gegenstand - wo Sittlichkeitsansprüche mit der Abwendung von Erscheinungen und Personen, die dem Ideal nicht entsprechen, einhergehen.³³ Welche Konsequenzen daraus der Sexualerziehung erwachsen, wird exemplarisch am Beispiel der Haltung zur Prostitution deutlich. Obwohl soziale Ursachen für Prostitution und die Doppelmoral staatlich-patriarchalischer Repressionen gegenüber Prostituierten gerade von der Arbeiterbewegung erkannt und bloßgelegt wurden, war dieses Engagement indes nicht frei von moralisierenden und biologistischen Vorurteilen. Paul Kampffmeyer schreibt unter dem Titel „Prostitution und Volkserziehung“: „Gerade um die gefährdeten Elemente der weiblichen Jugend vor dem Straucheln in den Prostitutionssumpf zu bewahren, müssen moralisch defekte, krankhaft geschlechtlich erregte, schamlose Mädchen aus der Schule entfernt und in öffentlichen Erziehungsanstalten erzogen werden.“ Freilich stellt er an die „öffentlichen Erziehungsanstalten“ hohe Forderungen. In vollem Umfang staatlich finanziert, modern, „in humanem, sozialpädagogischem Geiste geleitet“, sollen sie die „strauchelnden oder bereits verwahrlosten Mädchen [...] aus der Sphäre des Lasters und der Unsittlichkeit“ entfernen und „in ganz neue gesunde Lebens- und Erziehungsverhältnisse“ stellen.³⁴ Nicht in der Bekämpfung der Prostitution, sondern in der *Unterstellung veranlagter sexueller Unmoral*³⁵, in ihrer *Zuschreibung an die Mädchen* und der diesem Denken immanenten *Tendenz zu sozialer Ausgrenzung* liegt das Problem, das sich auch in dem von Henriette Fürth formulierten Ziel sexualethischer Erziehung andeutet: „Eines aber können und müssen die Kinder schon einsehen, daß es sich hier [in der Sexualität, C.U.] um etwas, obschon ihnen einstweilen Unverständliches, so doch Natürliches, Schönes und Reines handle, zu dem in rechter Weise nur an Leib und Seele gesunde Menschen berufen sind.“³⁶

Die Verknüpfung von Sexualität und Eugenik

In beiden Zeitschriften, stärker jedoch in den „Sozialistischen Monatsheften“, sind Tendenzen vorhanden, Sexualität, Sexualaufklärung und -erziehung in eugenischen und sozialhygienischen Zusammenhängen zu diskutieren. Theorien dieser Art gewannen nach der Jahrhundertwende internationale Popularität und Verbreitung und wurden auch in der Arbeiterbewegung rezipiert. Soziale Verelendungsprozesse vor Augen, beeindruckt vom Fortschritt naturwissenschaftlicher und medizinischer Erkenntnisse und im Banne der Evolutionstheorie³⁷, schien der Gedanke verlockend,

33 Siehe hierzu z. B. Michael Schwartz: „Proletarier“ und „Lumpen“. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte 1994, H. 4, S.537-570; Susanne Zimmermann: Sexualpädagogik in der BRD und in der DDR im Vergleich, Gießen 1999, S.33.

34 Kampffmeyer, Prostitution, S.775f.

35 Siehe hierzu Fischer, Die sexuellen Probleme.

36 Fürth, Aufklärungsunterricht, S.246.

37 Biologie und besonders die Evolutionstheorie wurden im 19. Jahrhundert zu einer Art „Leitwissenschaft“ im System der sich herausbildenden modernen Wissenschaftsdisziplinen und beeinflussten auf vielfältige Weise die Konstruktion von Menschenbildern. „Es ist die Zeit, da die

nicht allein durch Aufklärung und Erziehung, sondern ebenso durch „gute Zeugung“³⁸ regulierend Einfluß auf die Höherentwicklung der Menschen, vorzugsweise der Arbeiterschaft, und so auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse nehmen zu können. Der Traum vom sittlich reifen, aufgeklärten und emanzipierten, seine Sexualität im Zaum haltenden und auf verantwortungsbewußte Familiengründung bedachten „neuen Menschen“ war vom „eugenisch-rassenhygienischen Traum vom genetisch perfekten Menschen“³⁹ nicht so weit entfernt, daß er eugenische Bevölkerungspolitik und Eingriffe in das sexuelle Selbstbestimmungsrecht des Menschen gedanklich ausgeschlossen hätte: „Zugeständnis des Rechtes auf Sexualverkehr unter Ausschließung des Rechts auf Fortpflanzung als ein soziales Sicherheitsventil von nicht zu unterschätzender Bedeutung.“⁴⁰ Der eugenischen Richtung sexueller Aufklärung neigten vor allem Oda Olberg⁴¹, Henriette Fürth und Edmund Fischer zu. Sie alle waren beeindruckt von der schwedischen Reformpädagogin Ellen Key⁴², die besonders mit ihrem Buch „Das Jahrhundert des Kindes“ (1900, deutsch 1902) eugenische Auffassungen sowohl in die Frauenbewegung als auch in die reformpädagogische Bewegung hineintrug. Wie Eugenik in der Sexualerziehung zur Geltung kommen sollte, beschreibt Oda Olberg: „Spätestens bei eintretender Geschlechtsreife“ sei jedem Kind beizubringen, „daß seine Gesundheit und die Integrität seines Körpers nicht sein absolutes Eigentum, mit Recht des Gebrauchs und Mißbrauchs ist, sondern daß es seiner Nachkommenschaft gegenüber eine große Verantwortung übernimmt. Man scheue sich nicht, die Mißgestalt oder Krankhaftigkeit, die Kinder um sich sehen, auf die Erzeuger zurückzuführen, soweit dies nach unserem Wissen gerechtfertigt ist. Dem moralischen Verdammungsurteil, mit dem ja die Jugend schnell zur Hand ist, kann man die Betroffenen entziehen, indem man darauf hinweist, daß ihnen die Folgen ihres Tuns nicht klar waren. Daß die heranwachsende Generation ein bewußtes Weitergeben von Gebrechen als verdammenswert ansieht, halte ich für durchaus wünschenswert. Das ‚alles begreifen – alles verzeihen‘ ist keine Erziehungsmaxime.“⁴³ Eine derart rigide eugenisch ausgerichtete Sexualerziehung wurde von den wenigsten Autorinnen und Autoren der

Psychiatrie Formen der 'Degeneration' in den Vordergrund rückt, die Kriminalanthropologie entwirft Verbrecherbilder; die Soziologie macht biologische (Rassen-)Theorieangebote, Recht und Medizin debattieren über das ‚Recht auf den Tod‘ und die ‚Pflicht zu sterben‘.“ Archim Barsch/Peter M. Hejl (Hrsg.): Menschenbilder. Zur Pluralisierung der Vorstellung von der menschlichen Natur (1850-1914), Frankfurt a.M. 2000, Vorwort.

38 Jensen, Rez. August Forel, S.559.

39 Siehe Stefan Kühl: Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. u.a. 1997; Manfred Kappeler: Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen. Rassenhygiene und Eugenik in der sozialen Arbeit, Marburg 2000; Reinhard Mocek: Biologie und soziale Befreiung. Zur Geschichte des Biologismus und der *Rassenhygiene* in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. u.a. 2002.

40 Fürth, Die soziologische Seite des Geschlechtsproblems. S.1478.

41 Oda Olberg wird von Kappeler als „Theoretikerin des eugenischen Sozialismus“ gesehen. Siehe Kappeler, Der schreckliche Traum, S.291f.

42 Die „Sozialistischen Monatshefte“ informieren ausführlich über alle Publikationen Ellen Keys. Prinzipiell kritisch äußert sich nur Wally Zepler (siehe Rez. Ellen Key).

43 Olberg, Die Sexualfrage, S.38f.

„Neuen Zeit“ und der „Sozialistischen Monatshefte“ vertreten. Mehrheitlich wurden Fragen von Sexualität und Fortpflanzung, Geburtenregulierung und Sexualaufklärung vor dem Hintergrund der Emanzipation der Frau, des Rechts auf selbstbestimmte Familienplanung, der Bedürfnisse der Kinder und des Rechts eines jeden Kindes auf glückliche und sozial sichere Bedingungen diskutiert.⁴⁴ Für Adams-Lehmann bleibt, gleich, welche Haltung in dieser Frage eingenommen wird, ein „gordischer Knoten“: „Den Geschlechtstrieb unterdrücken oder das Kind preisgeben?“ Ersteres hält sie für unnatürlich und deshalb nicht wünschenswert, verantwortungsvolle Elternschaft jedoch für das Recht eines jeden Kindes. „Wir mögen die Rechnung anstellen wie wir wollen, stets bleibt ein Rest, der nicht aufgehen will. Wir kommen nicht über die Tatsache hinweg, daß die Menschen früher zur Liebe reif sind als sie zur Elternschaft reif werden. Und dem gegenüber steht wie ein drohender Berg die Forderung des Kindes: Laßt mich nicht zur Welt kommen, wenn ihr mich nicht erziehen wollt.“⁴⁵ Die Diskussion um Sexualität und Sexualerziehung berührte gerade hier problematische humanitär-ethische Grenzbereiche, deren verhängnisvolle Implikationen auch in der Arbeiterbewegung kaum reflektiert und antizipiert wurden.⁴⁶

3. Sexualerziehung - ohne Freud?

Die Ignoranz der Freudschen Sexualtheorie und der Umgang mit kindlicher Sexualität

Zu den auffälligen Resultaten der Zeitschriftenanalyse gehört, daß in der Reflexion zeitgenössischer sexualtheoretischer Literatur die Sexuallehren Sigmund Freuds fehlen. Freuds 1905 erschienenen, aufsehenerregenden und gerade für die Sexualpädagogik bedeutsamen „Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie“ wurden ebensowenig zur Kenntnis genommen wie vorher oder nachher erschienene Schriften. Daß die führenden Vertreterinnen und Vertreter der Arbeiterbewegung ein gespaltenes Verhältnis zu Freud hatten, ist nicht neu, daß aber selbst die gegenüber modernen Wissenschaftsentwicklungen ansonsten offenen Zeitschriften diese Distanz zeigen, verwundert dann doch - zumal Freud in sozialistischen Intellektuellenkreisen durchaus populär war. Freuds Sexualtheorie geht von einer überragenden Bedeutung der Sexualität und des Sexualtriebes in der gesamten Entwicklung des Menschen aus, das Kind sah er von Geburt an mit Sexualität, mit sexuellen Gefühlen und Bedürfnissen ausgestattet. Diese Auffassung stand im Gegensatz zur Tradition, Sexualität primär von ihrer Reproduktionsfunktion aus zu

44 In der Literatur wird eine solche Sichtweise als „positive Eugenik“ beschrieben, im Unterschied zu „negativer Eugenik“, die das Recht auf Fortpflanzung begrenzt. Siehe Jochen-Christoph Kaiser/Kurt Nowak/Michael Schwartz: Eugenik, Sterilisation, „Euthanasie“. Politische Biologie in Deutschland. 1895-1945. Eine Dokumentation, Berlin 1992, S.XV, XVIII. Hier wird auch begründet, weshalb eine lineare Verbindung zwischen der Eugenik-Diskussion im frühen 20. Jh. und den Euthanasie-Verbrechen der Nazis, wie sie in mancher Literatur anzutreffen ist, der Ambivalenz dieses Problems nicht gerecht wird.

45 Adams-Lehmann, Mutterschutz, S.1245.

46 Um so bedeutsamer ist, daß nun endlich eine historisch-kritische Abhandlung zur Problematik sozialistischer Eugenik und proletarischer Rassenhygiene vorliegt: Mocek, Biologie und soziale Frage, 2002.

bestimmen und somit auf das fortpflanzungsfähige Alter zu begrenzen. Obgleich die Erkenntnis von der natürlichen Sexualität des Menschen und „dem ungeheuren Schaden der Geschlechtsunterdrückung“⁴⁷ auch durch die Arbeiterbewegung Geltung erhielt, reichte sie nicht so weit, Sexualität als Wesenseigenschaft aller Altersstufen zu begreifen bzw. zu akzeptieren. Sexualität im Alter war ebensowenig im Denken wie kindliche Sexualität. „Ob aber das Liebesleben das Zentrale im Leben des einzelnen und der Gesellschaft sei, steht doch in Frage: der großen Bedeutung für die Fortpflanzung steht der Umstand gegenüber, daß es nur während einer relativ kurzen Spanne Zeit im Leben eine Rolle spielt. Von den beiden Kräften, die den Bau der Welt zusammenhalten, wirkt doch die andere, der Hunger, viel nachhaltiger und führt einen weit wuchtigeren Hammer als die Liebe.“⁴⁸

Die Auffassung vom „unschuldigen“ Kind und von Kindheit als Übergangsphase

Die im Unterschied zu Freud begrenzten Vorstellungen von Sexualität korrespondierten mit den um die Jahrhundertwende vorherrschenden und sich zugleich wandelnden Bildern vom Kind und von Kindheit. Im akademischen pädagogischen Denken wie in der herrschenden Erziehungspolitik galt Kindheit im traditionellen Sinn als sozial und pädagogisch geplantes und kontrolliertes Übergangs- und Vorbereitungsstadium auf das Erwachsenensein. In den sozialen und pädagogischen Reformbewegungen indessen entstand eine neue Perspektive. Kinder wurden als eigenständige, unbelastete, reine, unschuldige Subjekte gezeichnet und deshalb als *Träger der werdenden Gesellschaft*, als *Heilsbringer*, als Projektion einer zukünftigen idealen Welt gesehen. Solche Bilder von Kindheit brachten einerseits den Kindern größere Beachtung und Zuwendung, andererseits wurde die Phase des Heranwachsens mit hohen ethischen Erwartungen belastet. Das Kind als Sexualwesen war weder in der einen noch in der anderen Konstruktion von Kindheit vorgesehen. In der Sexualreformbewegung, so auch in der Arbeiterbewegung, wurde dem Kind zwar ein Recht auf Aufklärung zugebilligt (und zunehmend auch errungen), nicht aber ein Recht auf Sexualität. Die Funktion sexueller Erziehung wurde mehrheitlich als Ablenkung von „verfrühter“ Triebhaftigkeit und als Schutz vor den Verführungen der Erwachsenengesellschaft, nicht aber als Aufklärung über die eigenen Sexualbedürfnisse der Heranwachsenden verstanden: „Durch Erziehung will man auch das stärken, was gegen das Gegebene an will, soweit es in der Richtung liegt, in der der Erzieher den Fortschritt vermutet.“⁴⁹ An die Stelle des kritisierten „alten“ (Mädchen)Ideals „keusch, rein, unschuldig - und dumm“⁵⁰ trat gleichsam als „neues“ Ideal „keusch, rein, unschuldig - aber aufgeklärt“. Die pädagogische Strategie des Ablenkens, Vertagens und Moralisierens äußerte sich in unzähligen triebregulierenden („die vorzeitigen Mahnungen des Geschlechts in Schranken“ haltenden) pädagogischen Ratschlägen: „Hygiene“, „kräftige Ernährung“, „geregelter Lebensweise“, „ein gesunder und freudiger Lebensinhalt“. „Eine Beschäftigung, die den

47 Adams-Lehmann, Sexuelle Pädagogik, S.752.

48 Olberg, Rez. Grete Maisel-Heß, S.885.

49 Olberg, Die Sexualfrage, S.36.

50 Adams-Lehmann, Sexuelle Pädagogik, S.757.

Geist in Anspruch nimmt, die zum Nachdenken und Handeln anreizt, die auf neue Wege leitet und neue Aussichten eröffnet, die im Augenblick erfreut und für die Zukunft Hoffnungen erweckt, das ist die wirksamste Gegenwehr. Der Tag ist voll, der Schlaf verdient, über den neuen Tag schon disponiert. Unter diesem Stern siegt mancher, der sonst nicht siegen würde.⁵¹ Ähnliche Auffassungen wurden auch in bürgerlichen Reformbewegungen (Landerziehungsheimen, Sozialpädagogik, Arbeitererziehung, Lebensreform, Nacktkörperkultur u.a.) vertreten und praktiziert⁵². Gerade an diesen Beispielen zeigt sich einmal mehr die Verwurzelung vieler in der Arbeiterbewegung präserter Ideen in den Reformströmungen des frühen 20. Jahrhunderts. Sie weisen aber gleichermaßen auf Unterschiede in der sozialen Problemwahrnehmung. Adams-Lehmann jedenfalls holt ihre sexualpädagogischen Ratschläge sogleich auf den Boden der Realität zurück: „Aber wie viele erfahren je die Bedeutung eines freudigen Lebensinhaltes? Denken wir an den Sohn des Arbeiters, mit vierzehn Jahren ins Joch des Verdienens gezwungen; des Bauern, ohne geistige Anregung; des Gebildeten, in der unsäglich öden Tretmühle des Gymnasiums; an die Töchter sämtlicher Stände, teils mit monotonster Arbeit überlastet, teils mit Kleidern und wieder Kleidern und abermals Kleidern im Kopf! [...] So werden wir immer wieder auf die soziale Frage zurückgeführt, sehen immer deutlicher, wie unmittelbar wir vom Gesellschaftsbau in jeder unserer Bestrebungen abhängen. Wo sind die Eltern mit Mitteln, Bildung und Muße, genügend, um sich der Erziehung, die so innig mit der sexuellen Pädagogik verwachsen ist, zu widmen? Die wenigen müssen der Masse die Bahn langsam eröffnen, welche erst der Sozialismus für alle gangbar machen kann.“ Und sie ist sich der sozial-physisch-psychischen Komplexität sexueller Fragen durchaus bewußt, wenn sie einschränkt: „Aber selbst bei höchster Gunst der Umstände, nachdem alles geschehen ist, was geschehen konnte, sind wir immer noch Stümper neben der Natur und dürfen uns nicht einbilden, mit ihr nun ein für allemal fertig geworden zu sein.“⁵³

Es brauchte noch Jahre und fand einen günstigeren gesellschaftlichen Boden erst in der Weimarer Republik, ehe die persönlichkeitsstärkende und kommunikative Bedeutung der Sexualität stärker Eingang in das Erziehungsdenken fand. Der Arbeiterbewegung nahestehende Sexualreformer und Reformpädagogen, z. B. *Max Hodann*, *Wilhelm Reich*, *Gustav Wynecen*, *Anna Siemsen* oder auch der *Bund entschiedener Schulreformer*, hatten daran - auch und vor allem mit der Rezeption Freuds - maßgeblichen Anteil. Eine „sexualpädagogische Fachtheorie“⁵⁴, die diesen Ansprüchen Rechnung trug, entwickelte sich im System der Erziehungswissenschaften jedoch erst lange nach dem zweiten Weltkrieg.

51 Adams-Lehmann, Sexuelle Pädagogik, S.756f.

52 Siehe z. B. Diethart Kerbs/Jürgen Reulecke (Hrsg.): Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933, Wuppertal 1998; Die Lebensreform. Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900. 2 Bde, hrsg. von Kai Buchholz u.a., Darmstadt 2001.

53 Adams-Lehmann, Sexuelle Pädagogik, S.757.

54 Uwe Sielert: Sexualerziehung/Sexualpädagogik, in: Pädagogik-Lexikon, München u.a. 1999, S.474-478.

Vorleistungen für moderne, emanzipatorische Sexualerziehung

Dennoch sind wesentliche Vorleistungen für eine moderne, emanzipatorische Sexualerziehung gerade durch die Arbeiterbewegung bereits vorher erbracht worden. Dazu gehören die hier angedeuteten Diskurse einschließlich ihrer Irrtümer und Unsicherheiten im Verständnis von Sexualität ebenso wie die allmähliche Herauskristallisierung maßgeblicher *erziehungspolitischer Forderungen*, so

- nach einer wissenschaftlich und ethisch aufklärenden Sexualpädagogik, wobei insbesondere der naturwissenschaftlichen Bildung Bedeutung beigemessen wurde,
- nach Befähigung des Lehrpersonals zu einem wissenschaftlich fundierten Umgang mit der sexuellen Frage,
- nach sexualpädagogischer Aufklärung auch an der vom Großteil der Kinder besuchten Volksschule,
- nach Verbesserung der Bedingungen für familiäre Erziehungsarbeit,
- nach Zusammenarbeit von Elternhaus, Schule und Öffentlichkeit,
- nach unterstützender Arbeit der Schulbehörden und der Jugendfürsorge,
- nach sexualpädagogischer Literatur für Lehrer, Ratgeberliteratur für Eltern und Aufklärungslektüre für Kinder und Jugendliche,
- nach Gleichstellung nichtehelicher Kinder,
- nach Aufhebung des Zölibats generell und für Lehrerinnen besonders,
- nach pädagogischen Umgangsformen auf der Grundlage von Angstfreiheit, Offenheit, Vertrauen, Wahrheit, Konfliktfähigkeit und Verständnis,
- nach gemeinsamer und gleichberechtigter Erziehung der Geschlechter,
- nach gesundheitsfördernden Lebensbedingungen und sinngebender Freizeitgestaltung für alle Kinder.

Das Interesse der Arbeiterbewegung galt verständlicherweise vor allem ihren eigenen, vom öffentlichen Erziehungssystem in vielem benachteiligten Kindern. Für ihre Erziehung etwas zu tun, sie auf einen richtigen Weg zu bringen, rückte Erziehungsfragen nach der Jahrhundertwende zunehmend in den Blick. Die mehr oder weniger theoretische, von einem vergleichsweise kleinen Kreis ausgehende Beschäftigung mit Fragen der sexuellen Aufklärung und Erziehung, wie sie in den Zeitschriftendiskursen zum Ausdruck kommt, war dabei die eine Seite. Auf der anderen Seite entstand, angeregt durch diese Diskurse, eine umfangreiche, vor allem an proletarische Familien gerichtete praktische Ratgeberliteratur⁵⁵, in der die sexuelle Erziehung einen gewichtigen Platz einnimmt und die Generationen von Eltern begleitete.

55 Als Beispiele: Beilagen zur Zeitschrift „Gleichheit“: „Die Mutter als Erzieherin“ und „Für unsere Kinder“ (hrsg. von Clara Zetkin und Käthe Duncker, 1906-1914; Heinrich Schulz: Die Mutter als Erzieherin. Kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Hauserziehung (1907); Otto Rühle: Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge (1908). Hierzu zählen auch die jährlichen Bücherempfehlungen der Volksschullehrervereine, die von der proletarischen Presse meistens übernommen wurden.

4. Zwischen Zeitgeist und Fortschritt - zur Bewertung des Einflusses der Arbeiterbewegung auf Sexualreform und Sexualerziehung

Wie der Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Sexualdebatte und die Sexualreform bewertet wird, ist nicht zuletzt eine Frage der gewählten Perspektiven und Referenzkriterien. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlich herrschenden Umgangs mit Sexualität im wilhelminischen Deutschland - Tabuisierung, Kriminalisierung, Repression, Prüderie und Doppelmoral -, der auch und besonders Pädagogik und Erziehungspolitik dominierte, erscheinen viele Auffassungen der Arbeiterbewegung avantgardistisch und emanzipatorisch. Sie gewannen in dem Maße Gewicht, in dem der politische Einfluß der Sozialdemokratie in Deutschland wuchs. Das gilt um so mehr, als Impulse zur Reform der Sexualerziehung [im Unterschied beispielsweise zur Medizin] nicht vom erziehungswissenschaftlichen Establishment, sondern von pädagogischen Randgruppen und außerpädagogischen Reformbewegungen ausgingen, die allerdings in der Arbeiterbewegung eine maßgebliche Stütze finden konnten. Aus der Perspektive des heutigen sexualpädagogischen Wissens freilich erscheinen der Anteil der Arbeiterbewegung an der Beförderung sexualpädagogischen Fortschritts ambivalenter und sexualreformerische Auffassungen auf vielfältige Weise in Tradition, Zeitgeist und zugleich (natur)wissenschaftlichen Fortschrittsglauben verweben. Mehr oder weniger gilt dies für alle am Prozeß sexueller Emanzipation beteiligten und interessierten Reformbewegungen. Aber es bedarf auch hier der differenzierenden Betrachtung. Sie ist möglich anhand von Kriterien, die sich im Laufe der Geschichte für die Charakterisierung emanzipatorischer Sexualaufklärung als stabil erwiesen haben. Danach versucht ein emanzipatorischer Erziehungsansatz,

- „Angst, Schuldgefühle und Verklebungen zugunsten einer Angstfreiheit des Fühlens, Denkens und Handelns abzubauen“,
- „Fremdbestimmung durch die traditionelle sexualfeindliche Zwangsmoral und [...] Bedürfnismanipulation zugunsten von Ich-Stärke, Autonomie und Selbstbestimmung abzubauen“,
- „der Entstehung seelischer Krankheiten [...] vorzubeugen und das Leiden an der verkrüppelten Sexualität [...] zugunsten seelischer Gesundheit und sexueller Liebes-, Erlebnis- und Genußfähigkeit zu lindern“,
- „die Entstehung von autoritären Persönlichkeitsstrukturen und von undemokratischen Charakterpanzerungen zugunsten demokratischer Charakterstrukturen zu verhindern“,
- „Destruktivität, Antisozialität und Kriminalität zugunsten von Friedensliebe, Gerechtigkeitsgefühl und solidarischer Mitmenschlichkeit zu vermindern“,
- „die Verteufelung sexueller Minderheiten und die Sündenbock-Projektion eigener verdrängter Impulse zugunsten einer wahrhaften Toleranz und Humanität zurückzudrängen“,
- „die Unterprivilegierung der Frau und die extreme Geschlechterpolarität zu beseitigen zugunsten der Emanzipation beider Geschlechter von rigiden, einengenden Geschlechterrollen“,

- „die individuelle Isolierung der Menschen aufzulösen, indem tabuisierte sexuelle Verhaltensweisen [...] in den öffentlichen Kommunikationszusammenhang eingebracht werden“.⁵⁶

Legt man diese Kriterien den Diskursen um Sexualität und Sexualerziehung in der Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg zugrunde, zeigt sich gleichsam von selbst, wie nah und wie fern die damaligen Auffassungen einem befreienden und menschenwürdigen Umgang mit Sexualität standen. Sie zeigen aber auch, wie weit der Weg, an dem die Arbeiterbewegung maßgeblich mit gebaut hat, noch immer ist.

Anhang: Thematische Titelauswahl (chronologisch) aus den Zeitschriften

„Die Neue Zeit“ (NZ):

L. Engell-Günther: Die Erziehung des weiblichen Geschlechts, in: NZ 1883, H.5, S.214-223.

Eduard Bernstein: Zur Frage der Geschlechtercharaktere bei den Menschen. (Rezension von Ellis Havelock: Mann und Weib, eine Studie über die sekundären Geschlechtscharaktere bei den Menschen/ The Evolution of Woman. An Inquiry into the Dogma of her Inferiority to Man), in: NZ 1893/94, H.38, S.356-360.

Simon Katzenstein: Kritische Bemerkungen zu Bebels Buch: „Die Frau und der Sozialismus“, in: NZ 1896/97, H.10, S.293-303.

Hope Bridges Adams-Lehmann: Das Weib in seiner Geschlechtsindividualität, in: NZ 1896/97, H.24, S.741-750.

Hope Bridges Adams-Lehmann: Zur Psychologie der Frau. (Auseinandersetzung mit der gleichnamigen Schrift von Laura Marholm), in: NZ 1896/97, H.45, S.591-596.

Hope Bridges Adams-Lehmann: Die Frau vor der Wissenschaft (Auseinandersetzung mit der gleichnamigen Schrift von Jaques Lourbet), in: NZ 1897/98, H.34, S.251-253.

Helene Simon: Zwei Bücher zur Psychologie des Weibes. (Arne Garborgs „Bei Mama“ und Gabriele Reuter „Aus guter Familie“), in: NZ 1897/98, H.12, S.367-372.

Wilhelm Herzberg (Rez.): Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen unter besonderer Berücksichtigung der Homosexualität, in: NZ 1899/00, H.1, S.123-124.

Emma Eckstein: Eine wichtige Erziehungsfrage, in: NZ 1899/1900, H.48, S. 666-669.

W.(ilhelm) H.[ausenstein] (Rez.): Was muß das Volk vom dritten Geschlecht wissen? Eine Aufklärungsschrift, hrsg. v. wissenschaftlich-humanitären Komitee, in: NZ 1901/02, H.3, S. 89.

E.[mma] E.[ckstein] (Rez.): Dr. med. Marie v. Thilo: Was sollen unsere erwachsenen Töchter von der Ehe wissen?/ E. Stiehle: Eine Mutterpflicht. Beitrag zur sexuellen Pädagogik, in: NZ 1902/03, H.25, S.768.

Therese Schlesinger-Eckstein (Rez.): Edward Carpenter: Wenn die Menschen reif zur Liebe werden, in: NZ 1902/03, H.33, S.222-223.

Ernst Kreowski: Bericht über Dr. Magnus Hirschfeld, in: NZ 1902/03, H.50, S.802-805.

K. (Rez.): H. L. Köster: Das Geschlechtliche im Unterricht und in der Jugendlektüre, in: NZ 1903/04, H.13, S.416.

56 Handbuch zur Sozialarbeit und Sozialpädagogik, hrsg. von Hanns Eyferth/Hans-Uwe Otto/Hans Tiersch, Neuwied u.a. 1984, S.911; siehe auch Friedrich Koch: Sexualität, Erziehung und Gesellschaft. Von der geschlechtlichen Unterweisung zur emanzipatorischen Sexualpädagogik, Frankfurt a.M. u.a. 2000.

- Hans Fuchs-Stadthagen (Rez.): Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen unter besonderer Berücksichtigung der Homosexualität, hrsg. von Magnus Hirschfeld, in: NZ 1903/04, H.40, S.448.
- Sj. Tr. (Sammelrezension): Das Geschlechtliche in der Jugendlektüre, in: NZ 1903/04, H.19, S.615-616.
- P. I. Proudhon: George Sand, in: NZ 1903/04, H.40, S.473-477.
- Therese Schlesinger-Eckstein (Rez.): Ellen Key: Über Liebe und Ehe, in: NZ 1903/04, H.47, S.668-670.
- Oda Olberg: Die Sexualfrage in der Erziehung, in: NZ 1905/06, H.1, S.36-39.
- Ernst Lange (Rez.): Robby Koßmann: Züchtungspolitik, in: NZ 1905/06, H.26, S.864.
- Karl Kautsky: Über den Ursprung der Moral, in: NZ 1906/07, H.7, S.213-227.
- Fritz Düvell (Rez.): Dürerbund. Am Lebensquell. Ein Hausbuch zur geschlechtlichen Erziehung, in: NZ 1908/09, H.44, S.617-619.
- Therese Schlesinger: Sexuelle Ethik, in: NZ 1909/10, H.8, S.278-282.
- August Bebel: Die Frau und der Sozialismus. Zur 50. Aufl., in: NZ 1909/10, Feuilleton Nr. 23/24, S.442.
- Oda Olberg (Rez.): Grete Maisel-Heß: Die sexuelle Krise, in: NZ 1909/10, H.50, S.883-886.
- Oda Olberg (Rez.): Ellis Havelock: Geschlecht und Gesellschaft. Grundzüge der Soziologie des Geschlechtslebens, in: NZ 1910/11, H.49, S.835-837.
- Therese Schlesinger (Rez.): Dr. August Kohl: Pubertät und Sexualität. Untersuchungen zur Psychologie des Entwicklungsalters, in: NZ 1911/12, H.2, Nr. 23, S.829.
- Karl Kautsky: Der Gebärstreik, in: NZ 1912/13, H.50, S.904-909.
- Oda Olberg: Zur Stellung der Partei zum Gebärstreik, in: NZ 1913/14, H.2, S.47-55.
- D. Jenssen (Rez.): August Forel: Die sexuelle Frage, in: NZ 1913/14, H.15, S.558-560.
- Sp. (Rez.): Dr. M. Vaerting: Der Männermangel nach dem Kriege, seine Gefahren und seine Bekämpfung, in: NZ 1916/17, H.7, S.167-168.
- Lipschütz (Rez.): Magnus Hirschfeld: Sexualpathologie. 1. Teil, in: NZ 1917/18, H.10, S.239-240.

„Sozialistische Monatshefte“ (SM):

- Wally Zepler (Rez.): Ellen Key: Missbrauchte Frauenkraft, in: SM 1898, H.9, S.417-422.
- Therese Schlesinger-Eckstein: Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung, in: SM 1898, H.10, S.459-466.
- Ida Häny-Lux (Rez.): Ellen Key: Essays, in: SM 1898, H.10, S.543-544.
- Therese Schlesinger-Eckstein (Rez.): Ellen Key: Die Wenigen und die Vielen. Neue Essays, in: SM 1898, H.7, S.566-567.
- Therese Schlesinger-Eckstein (Rez.): Charles Albert: L' amour libre, in: SM 1899, H.10, S.542-543.
- Therese Schlesinger-Eckstein (Rez.): Ellen Key: Essays, in: SM 1899, H.10, S.543-544.
- Ellen Key: Die Jugend und die soziale Frage, in: SM 1900, H.5, S.286-289.
- Ida Häny-Lux (Rez.): Wilhelm Bölsche: Das Liebesleben in der Natur. Eine Entwicklungsgeschichte der Liebe, in: SM 1903, H.2, S.167-168.
- Willy Hellpach: Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten, in: SM 1903, H.3, S.196-206.
- Lily Braun: Mutterschaftsversicherungen und Krankencassen, in: SM 1903, H.4, S.265-277.
- Oda Olberg: Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. Eine Entgegnung, in: SM 1903, H.4, S.277-280.
- Wally Zepler (Rez.): Ellen Key: Das Jahrhundert des Kindes, in: SM 1903, H.4, S.281-284.

- Alfred Blaschko (Rez.): Dr. G. Zepler: Über die Notwendigkeit einer Krankenunterstützung für Prostituierte/Arthur Kahn: Schutz gegen die Geschlechtskrankheiten. Ein Wort der Aufklärung, in: SM 1903, H.5, S.391.
- Wally Zepler: Probleme des Frauenlebens, in: SM 1904, H.6, S.454-463.
- Ida Häny-Lux (Rez.): Ellen Key: Über Liebe und Ehe, in: SM 1904, H.8, S.682-684.
- Oda Olberg: Polemisches über Frauenfrage und Sozialismus, in: SM 1905, H.4, S.301-310.
- Anton Fendrich: Zur Sexualfrage in der Erziehung, in: SM 1905, H.11, S.951-954.
- Paul Kampffmeyer: Über Prostitution und Volkserziehung, in: SM 1906, H.9, S.770-776.
- Hope Bridges Adams-Lehmann: Sexuelle Pädagogik, in: SM 1907, H.9, S.749-760.
- Franz Lindheimer (Sammelrezension): Sexualerziehung, in: SM 1907, H.11, S.972-974/H.12, S.1050-1052.
- Henriette Fürth: Der Aufklärungsunterricht. Ein Beitrag zur Sexualpädagogik, in: SM 1908, H.4, S.243-246.
- Franz Lindheimer (Rez.): Adele Schreiber: Das Buch vom Kinde, in: SM 1908, H.4, S.258f.
- Henriette Fürth: Sexualpädagogik und Sexualethik, in: SM 1908, H.9, S.564-568.
- Wilhelm Hausenstein (Rez.): Friedrich Paulsen: Moderne Erziehung und geschlechtliche Sittlichkeit, in: SM 1908, H.18/19, S.1218.
- Henriette Fürth: Neue Ethik? in: SM 1908, H.25, S.1612-1615.
- Wilhelm Hausenstein: Literaturbericht zur sexuellen Erziehung, in: SM 1909, H.4, S. 258f.
- Hedwig Dohm: Ehemotive und Liebe, in: SM 1909, H.6, S.356-361.
- Hedwig Dohm: Gesichtspunkte für die Erziehung zur Ehe, in: SM 1909, H.10, S.639-645.
- Wilhelm Hausenstein (Rez.): F.W. Foerster: Lebensführung, in: SM 1909, H.14, S.928-929.
- Edmund Fischer: Die sexuellen Probleme, in: SM 1909, H.15, S.959-966.
- Wilhelm Hausenstein (Rez.): Leo Berg: Sexuelle Jugenderziehung, in: SM 1909, H.20, S.1303-1305.
- Adolf Thiele: Die Homosexualität in der Gesetzgebung, in: SM 1909, H.23, S.1486-1493.
- Hedwig Dohm: Von der biologischen Liebe, in: SM 1909, H.23, S.1493-1495.
- Adolf Thiele: Kann Homosexualität strafbar sein? in: SM 1909, H.24, S.1560-1567.
- Wally Zepler (Rez.): Ellen Key: Die Frauenbewegung, in: SM 1910, H.1, S.71.
- Wally Zepler: Individuum und Gemeinschaft, in: SM 1910, H.13, S.817-825.
- Hans Fehlinger: Über Rassenhygiene, in: SM 1910, H.15, S.965-970.
- Benno Chajes: Eugenik. Bericht über eine Konferenz der Neomalthusianischen Liga, in: SM 1910, H.3, S.209-210.
- Hans Fehlinger: Natürliche Auslese und wahllose Vernichtung, in: SM 1911, H.8, S.507-512.
- Wally Zepler: Koedukation, in: SM 1911, H.13, S.861-863.
- Hope Bridges Adams-Lehmann: Mutterschutz, in: SM 1911, H.18-20, S.1242-1245.
- Henriette Fürth: Die soziologische Seite des Geschlechtsproblems, in: SM 1911, H.23, S.1473-1778.
- Henriette Fürth: Der Neomalthusianismus und die Soziologie, in: SM 1911, H.26, S.1665-1672.
- Hedwig Dohm: Das Recht der Ungeborenen, in: SM 1912, H.12, S.746-748.
- Thea Berg: Entwicklungsperspektiven des Geschlechtslebens, in: SM 1912, H.21, S.1309-1315.
- Walter Oehme: Strömungen der modernen Pädagogik, in: SM 1914, H.10, S.622-630.
- Wally Zepler: Der Krieg und die Frau, in: SM 1914, H.19, S.1184-1190.

„Arbeiterinnen pflegen keine Vestalinnen zu sein“. Ein Beitrag von Clara Zetkin aus dem Jahr 1896

Mirjam Sachse

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die sexuelle Aufklärung in jeder Frauenbewegung ein Thema, in der bürgerlichen wie in der proletarischen, in Deutschland ebenso wie international. Der folgende Artikel ist der proletarischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ (1891-1923) entnommen. Sie wurde von der Sozialdemokratischen Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1878-1890) herausgegeben, zu einer Zeit, da die Frauen kein Wahlrecht hatten und es ihnen in den meisten deutschen Staaten bis 1908 gesetzlich verboten war, einer politischen Vereinssitzung beizuwohnen oder gar registriertes Parteimitglied zu sein. „Die Gleichheit“ wurde zu einem Dreh- und Angelpunkt frauenspezifischer Organisationsstrukturen der Sozialdemokratie, und sie vermittelte theoretische Erkenntnisse von Marx und Engels, denen die Partei damals folgte. Sie war ein Organ für die politische Bildung deutscher Arbeiterinnen, für ihre Schulung in Theorie und Klassenkampf. Für diese Schwerpunkte setzte sich besonders Clara Zetkin (1857-1933) ein, die die Zeitschrift von 1891 bis 1917 leitete - bis sie wegen ihrer revolutionären Haltung vom Vorstand der SPD aus der Redaktion entlassen wurde. Auch die Themen Sexualität, Prostitution, Geschlechtskrankheiten wurden zu jener Zeit in der „Gleichheit“ behandelt, und zwar als Auswüchse der kapitalistischen Gesellschaft, also als Teilproblem des proletarischen Klassenkampfes. Zugleich wurde den Mädchen und Frauen das Recht eingeräumt, ihr Gefühlsleben zu befriedigen. Nach dem Ausscheiden Zetkins änderte sich in der „Gleichheit“ diese Herangehensweise - die sexuelle Aufklärung büßte die systemkritische Qualität ein und war gespickt mit Stereotypen damaliger Moralvorstellungen vom „anständigen Mädchen“ u. ä. (so z. B. in einem Artikel von Anna Mosegaard „Ein Wort an unsere Mütter“ in der „Gleichheit“, Nr. 1 vom 1.1.1921).

Zetkins Artikel, der die Positionen der damaligen proletarischen Frauenbewegung zu Fragen der Sexualität wiedergibt, wird hier ungekürzt abgedruckt. Die alte Schreibweise wurde beibehalten.

*Arbeiterinnen pflegen keine Vestalinnen zu sein
von Clara Zetkin*

Ein Wort ist kürzlich gefallen – an berufener Stelle und aus berufenem Munde – welches blitzschnell, scharf umrissen die Denkweise der herrschenden über die beherrschte Klasse offenbart. „Die Arbeiterinnen pflegen – Ausnahmen abgerechnet – ja keine Vestalinnen zu sein“, dies die Begründung, mit welcher Herr Justizrath

von Simon vor Gericht Widerspruch dagegen erhob, daß in Wahrung berechtigter Interessen der nachweisliche geschlechtliche Mißbrauch von Arbeiterinnen der Patronenrahmenfabrik von Berthold und Manfred Weiß in Berlin durch die Werkmeister von einem Arbeiter in öffentlicher Versammlung gebrandmarkt worden war.

Wir wollen mit dem Herrn Justizrath nicht über die Richtigkeit seiner Behauptung streiten. Daß es Ausnahmen von den proletarischen Nichtvestalinnen gibt, anerkennt gnädigst auch er, wie groß oder klein die Zahl dieser Ausnahmen ist, das soll dahin gestellt bleiben. Aber zugegeben: die Arbeiterinnen pflegen keine Vestalinnen zu sein. Warum?

Weil viele Tausende der Arbeiterinnen keine Vestalinnen sein können.

Was lehrt denn bezüglich der Lohn- und Lebensverhältnisse der Wäsche- und Konfektionsarbeiterinnen die in jüngster Zeit so angezogene, 1887 veröffentlichte Enquete der Bundesregierungen? Daß sehr viele dieser Arbeiterinnen trotz ehrlicher Arbeit, trotz übermäßiger Arbeit bei Weitem nicht genug verdienen, um ihre Existenz auch bei den bescheidenen Bedürfnissen fristen zu können, daß sie dem Laster verfallen, weil sie der Noth preisgegeben sind. Und ihr Geschick ist kein vereinzelt. Der konservative Sozialpolitiker Kuno Frankenstein gelangt auf Grund sorgfältiger Forschungen zu dem Schlusse, daß eine beträchtliche Zahl der großstädtischen Arbeiterinnen in die Zwangslage versetzt ist, wählen zu müssen zwischen bitteren Entbehrungen, trostlosem Verkümmern, oder aber der Prostitution.

Die Unternehmerklasse opfert ihrem Profit skrupellos das Vestalinenthum der Arbeiterinnen. Sie spekuliert auf deren Geschlecht als auf eine „Konjunktur“, welche die weibliche Arbeitskraft verbilligt. In dem Weibsein der Proletarierin erblickt sie „ein Kapitel, das nicht falliren kann und darf“, und durch Hungerlöhne zwingt sie ihre Lohnsklavinnen, mit diesem Kapitel zu wuchern, entweder in der Ehe, in der Familie oder auf dem Markte der Prostitution. Denn die Löhne der weiblichen Arbeiter sind im Allgemeinen so karg bemessen, daß sie die Führung einer zeitgemäßen, kulturgemäßen Existenz nicht ermöglichen und sicherstellen. Und mehr und mehr schrumpft in unseren Zeitläufen, wo der Mittelstand wirtschaftlich zu Grunde geht, die Triumphe der Technik die menschliche Arbeitskraft entbehrlich und werthloser machen, die Menge der Familien zusammen, welche ihre Töchter in den Tagen der Not durch wirtschaftlichen Schutz vor dem sittlichen Verfall zu bewahren vermögen.

Zahlreich sind dagegen die Umstände, welche den sittlichen Verfall vorbereiten, erleichtern und beschleunigen. Nicht bloß der Vater, auch die Mutter des proletarischen Kindes frohndet in der Fabrik und wird erst Abends abgespannt, schlaff, überreizt, ruhebedürftig den Ihren zurückgegeben. Die Straße, der Zufall üben eine hervorragende „Erzieherrolle“ und dies in einem Milieu, wo das Elend einen üppigen Nährboden schafft für Trunksucht, Rohheit, Lasterhaftigkeit. Die schlechten, zum Theil entsetzlichen Wohnungsverhältnisse tragen das Ihre dazu bei, das geschlechtliche Zartgefühl zu ertöden, die sinnliche Begierde frühzeitig zu

wecken, zu reizen und oft krankhaft zu entwickeln. Die Armut der Eltern stößt das halbwüchsige Mädchen unerzogen, schutzlos, sich selbst überlassen „hinaus in feindliche Leben“. Und hier lockt die Verführung um so machtvoller, als sie einen Ausblick auf Lebensfreude, Lebensgenuß aufleuchten läßt, während rings um die Umworbene grau in grau düsteres Elend starrt. Dazu kommt, daß dort, wo die Lockung wirkungsvoll abprallt, nicht selten die Sittenstrenge der Gewalt sich beugen muß. Wer zählt die Dienstmädchen, dener der Herr oder sein Sohn das *jus primae noctis* abrang? Wer die Fälle, wo Fabrikanten, Kaufherren, Geschäftsführer und Werkmeister sich das Recht anmaßten, die Lohnsklavinnen auch als Lustsklavinnen auszunutzen? Die kapitalistische Ordnung führt ein stattliches Heer von Proletarierinnen aus dem Tempel der Vesta in das Freudenhaus, sie raubt vielen den priesterlichen Schleier und zwingt sie, als Bacchantinnen zu tanzen. Gewiß, die Arbeiterinnen können zum großem Teil keine Vestalinnen sein!

Aber manche Arbeiterinnen wollen auch keine Vestalinnen sein.

Sie geben sich dem Manne, der ihre Neigung gewann, ohne des Priesters Segen, ohne des Standesbeamten Formeln. In einem „Verhältnis“ suchen sie Befriedigung ihres Gefühlslebens, Geschlechtsgenuß und den wirtschaftlichen Rückhalt, den die kapitalistisch ausgebeutete Frau so schwer enträth. In den meisten derartigen Fällen erfolgt die Legitimierung der Ehe erst dann, wenn das erste oder zweite Kind „unterwegs“ oder geboren ist. Ist das unsittlich? Wir sagen nein.

Wohl verstößt das Thun der Arbeiterin gegen das Herkommen, es verstößt gegen die Form der Sittlichkeit im Geschlechtsverkehr, aber nicht gegen ihr Wesen. Solange das „Verhältnis“ der Arbeiterin auf gegenseitiger Achtung und Sympathie beruht, ist es unbeschadet seiner anderen Form sittlich, es ist sittlicher und reinlicher als die gebührend registrierte Ehe einer Wohlgeborenen oder Hochwohlgeborenen, die den Geldsack ihres Mannes erheirathete oder seinen Rang und Stand, seinen gesellschaftlichen Einfluss.

Setzt sich die Arbeiterin vielleicht lediglich aus Leichtsinn über das Herkommen hinweg, zertrümmert sie nur in blinder, ungezügelter Leidenschaft die gang und gäbe Form der Ehe? Die bürgerliche Welt erklärt dies, und sie, deren Unsittlichkeit, deren moralischer Verfall bergehoch sich thürmt, deutet mit heuchlerischem Augenverdrehen, sittlich entrüstet auf das „ehrvergessene Geschöpf“. Unsere Wertung der Dinge ist eine andere. Die Arbeiterin ist vielfach keine Vestalin mehr, sie setzt sich in ihrem Geschlechtsverkehr häufig über Herkommen und Form hinweg, weil für sie die wirtschaftlichen Gründe nicht mehr zwingend in Kraft sind, welche unter anderen Verhältnissen Herkommen und Form zeugten.

Engels hat überzeugend klar und scharf nachgewiesen, daß unsere jetzige Eheform nicht aus dem Sittlichkeitsbegriff hervorgewachsen ist. Sie verdankt vielmehr dem Wunsche des Mannes ihre Entstehung, sein Privateigentum auf seine Kinder zu vererben. Die heutige Eheform entwickelte sich als wirtschaftliche Einheit. Sie hatte u. A. zur Voraussetzung das Wirken der Frau in der Familie und für die Familie, die wirtschaftliche Unselbstständigkeit der Frau, ihre Abhängigkeit vom Manne.

Wie kann aber dort die Rücksicht auf Erbgut für die Eheschließung bestimmend sein, wo es in der Regel nichts zu vererben giebt als einen durch Überarbeit und

Entbehrungen geschwächten und herabgekommenen Organismus? Was treibt in Kreisen zur Gründung eines eigenen Herdes, wo der Herd zertrümmert ist, wo die Frau den lieben langen Tag außerhalb des Hauses dem Brote nachgehen oder als Berufsarbeiterin das Heim in eine Werkstätte verwandeln muß? Und die erwerbstätige Proletarierin, für welche die Ehe nicht die einzige Versorgungsanstalt ist, hat nicht das Interesse, durch ihre Hingabe sich den Lebensunterhalt für alle Zeit zu kaufen. Die bürgerlichen Damen, für welche die Ehe in vielen Fällen ein schmutziges Geschäft ist, die Händlerinnen und Tauschobjekte zugleich sind, müssen an ihrer Keuschheit festhalten – die übrigens durch die zahllosen Annoncen „Rath und Hilfe in diskreten Fällen“ lieblich beleuchtet wird – als an einer Eigenschaft, die ihren Marktpreis auf dem Heiratsmarkte erhöht. Die Arbeiterinnen, welche diesen Rücksichten enthoben sind, geben sich nicht selten vor der Ehe preis. Sie brauchen keine Vestalinnen zu sein, sie wollen keine Vestalinnen sein.

Allein wenn die Arbeiterin keine Vestalin ist, wenn sie sich dem Mann ihrer Neigung giebt, ist denn damit gesagt, daß sie freiwillig, roh unterschiedslos Jedem gehört, der Luft heischend ihr naht? Darf aus dem Nichtvestalinenthum ein Werkmeister das Recht herleiten, Geschlechtsgenuß von den ihm unterstellten Mädchen zu fordern? Ist der erste Beste berechtigt, die Umarmung der Proletarierin zu erzwingen, weil sie die des Geliebten duldet?

Nur die protzige Herrenmoral kann bejahend schlußfolgern, nur eine Moral, kraft deren der wirtschaftlich Starke und Herrschende der wirtschaftlich Schwachen und Beherrschten erklärt: „Ich bin der Herr Dein Gott? Mein Deine Arbeitskraft, die Stärke Deines Arms, das Vermögen Deines Hirns; mein Deine Person, Deine Ueberzeugung und Ehre; mein auch Deine Jugendfrische und Anmuth, wenn sie zufällig mein Begehren reizt.“ Nur diese Herrenmoral kann dort von freiwilliger Hingabe reden, wo die Furcht vor Entlassung, das Grauen vor dem Hunger den physischen und moralischen Widerstand gründlicher lähmt, als brutale Gewalt. Ihr entspricht es, daß der Arbeitsherr oder sein Vertreter nicht blos den Tribut von der Arbeitskraft der Proletarierin nimmt, sondern auch von ihrem Geschlecht, eine erkaufte Ware die eine wie das andere für ihn.

Ganz gleich, wie die bürgerliche Welt der Arbeiterinnen Menschenthum und Sitlichkeit werthet. Die Arbeiterinnen schätzen beides hoch genug, um mit aller Entschiedenheit gegen die gekennzeichnete Herrenmoral zu protestieren, sie tiefer zu hängen. Die Nichtvestalinnen weisen es zurück, die Galeerensklavinnen der Luft für die geile Begier des ersten besten Wüstlings zu sein, der die kapitalistische Hungerpeitsche über ihnen schwingt.

Die Gleichheit, Stuttgart, 6. Jg., Nr. 6, 18.3.1896, S.41-42.

Information über die 39. Linzer Konferenz: 11. bis 14.

September 2003. Thema:

„Arbeit, Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen im globalisierten Weltsystem“

Wer vom Weltmarkt spricht, sollte von der Arbeit und dem Protest nicht schweigen. „Globalisierung“ ist zu einem mehrdeutigen Modewort geworden. Es soll den Eindruck vermitteln, als fände zur Zeit ein großer Neuanfang in Ökonomie und Politik statt. Es ist aber auch darauf hingewiesen worden, daß die „Globalisierung“ kein wirklich neues Phänomen sei. Die internationalen Verflechtungen der Wirtschaft hätten schon vor 1914 ein vergleichbares Ausmaß erreicht, wird argumentiert.

Die Linzer Konferenz 2003 möchte diese Auffassungen in historischer Perspektive hinterfragen. Das soll der Ausgangspunkt für eine historische Analyse des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und „Globalisierung“ in der Praxis von Politik, Organisation und Lebenskultur sein.

Welche Phasen lassen sich im Verhältnis von politischer Bewegung und freiem Kapitalverkehr ausmachen? Wie situiert sich die Arbeiterbewegung in diesen Konjunkturen nationaler Gebundenheit und internationaler Orientierung?

Was ist - aus der Sicht der ArbeiterInnengeschichte - wirklich qualitativ „neu“ an der „Globalisierung“ unserer Zeit? Und was bedeutet die Globalisierung für die weltweite Entwicklung der Arbeitsverhältnisse, der ArbeiterInnenbewegungen und der sozialen Proteste?

„Globalisierung“ wird heute vielfach als weltweiter Prozess der Befreiung der Marktwirtschaft von sozialen und politischen Einschränkungen gesehen, als Prozess der weltweiten Durchsetzung des Kapital-Arbeit-Verhältnisses und eines möglichst durch außerökonomische Eingriffe unreglementierten Weltmarkts. Gewerkschaften und die Sozialgesetzgebung gelten in dieser Sicht, wie jeder staatliche Eingriff, als Beschränkung und Verzerrung des freien Arbeitsmarkts.

Ein Phänomen der „Globalisierung“ ist zweifellos das Schwinden der Kontrollmöglichkeiten des Staates über die Wirtschaft.

Sind die Organisationen der Arbeiterbewegung in Europa (insbesondere in Mittel- und Osteuropa) nicht im Zuge der Ausbildung von Nationalstaaten entstanden? Brauchte die Arbeiterbewegung nicht immer den Arm des (National-)Staates, um dem Kapital politische Schranken zu setzen? Ist nicht der eigentliche Aktionsrahmen der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung, innerhalb derer sie ihren Einfluß ausüben konnten, immer der Nationalstaat geblieben?

Nach 1945 ist er in Europa zum Wohlfahrtsstaat weiterentwickelt worden, was seine territoriale Bindung noch verstärkt hat. Wird nicht die internationale Mobilität zum Pol „Kapital“ hin größer und zum Pol „Arbeit“ hin die territoriale, nationale Gebundenheit?

Auf der anderen Seite hat sich die Arbeiterbewegung immer als internationale, global agierende Bewegung verstanden. Ausdruck dieses Anspruchs waren ihre internationalen Organisationsversuche. Diese Organisationsversuche waren aber

ohne konkrete Machtmittel ausgestattet, um einen internationalen Anspruch auch materiell durchzusetzen. Auch haben Gewerkschaften nie die internationale kulturelle Praxis in Organisationsstruktur und Lebensstilen entwickelt wie sie global agierenden Unternehmen eigen ist. Auf Seiten der Arbeit haben sich keine etwa dem Management transnationaler Unternehmen vergleichbare transnationale Schichten ausgebildet. Sollten die Arbeitnehmervertretungen weniger „globalisierbar“ sein in Organisation, in Auftreten und im Lebensstil als die Leitung eines transnationalen Unternehmens wie „McDonald's“?

Heute scheinen die Organisationen der Arbeiterbewegung in den Zentren des Weltsystems zu den am wenigsten „global“ agierenden Kräften zu gehören. Sie scheinen vielmehr an den sozial möglichst homogenen Nationalstaat in seiner Ausformung als Wohlfahrtsstaat gebunden. Die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die man unter dem Begriff „Globalisierung“ zusammenfaßt, schwächen die klassische Arbeiterbewegung wie den Sozialstaat in den Zentren und lösen sie in manchen Zusammenhängen tendenziell auf.

Läuft das Kapital der Kontrolle des Staats und der in ihm verwobenen Organisationen der Arbeiterbewegung in den Zentren davon oder gibt es Bereiche, in denen Organisationen der Arbeiterbewegung nicht nur reaktiv, sondern als Akteure im Prozeß der „Globalisierung“ auftreten? In den neuen Industriestaaten, den so genannten „Schwellenländern“ wächst - ebenfalls Phänomen der „Globalisierung“ - eine neue Arbeiterklasse heran. Hier ist von einer Krise der Arbeiterbewegung nicht die Rede. Wie stellen sich diese Bewegungen zu den Phänomenen der „Globalisierung“?

Neben den Gewerkschaften haben sich neue Organisationen entwickelt, die auf globaler Ebene ein politisches Gegengewicht gegen die „Globalisierung“ als Prozeß des Heraustretens des Kapitals aus sozialen und politischen Schranken bilden wollen. Viele dieser mit einem wenig trennscharfen Begriff als „Nichtregierungsorganisationen“ („Non-Governmental Organizations“, NGOs) bezeichneten Organisationen haben sich als transnationale Netzwerke konstituiert.

Wo können diese Ansätze global agierender Organisationen auf der Ebene von multinationalen Konzernen oder von multilateralen Organisationen wie Weltbank die Seite der „Arbeit“ vertreten?

Die ITH-Konferenz 2003 möchte versuchen, Forschungsergebnisse aus allen Kontinenten auszuwerten. Die Debatte soll sich um drei große Themenbereiche drehen:

1. Globalisierung der Arbeitsverhältnisse (Weltmarktfabriken, Export Processing Zones, transkontinentale Arbeitsmigration, weltweit konkurrierende Arbeitsmärkte, „mcdonaldisierte“ Beschäftigungsformen). Was ist daran neu? Was bedeutet diese Entwicklung für unseren im nordatlantisch-europäischen Kontext entstandenen Kernbegriff „Arbeiterklasse“? Welche Entwicklungstendenzen gibt es weltweit in der ArbeiterInnenklasse?

2. Gewerkschaften. Die internationale Gewerkschaftsbewegung (IBFG, WVA) ist im nordatlantischen Raum entstanden und wird noch immer von den Gewerkschaften der OECD-Länder dominiert. Wie verhält sich diese „alte“ Bewe-

gung zu den neuen Arbeiterbewegungen in Brasilien, Südkorea, Südafrika, Indien? Sind gewerkschaftliche Organisationsformen an bestimmte historische Ausformungen der Arbeitsverhältnisse gebunden und verschwinden mit diesen? Welche organisatorischen und Strukturprobleme müssten gelöst werden, um Entwicklungen der „Globalisierung“ nicht passiv ausgesetzt zu sein, sondern sie mitzugestalten? Was lässt sich dabei aus der Umwälzung der internationalen Gewerkschaftsbewegung im 19. Jahrhundert (Übergang von sub-nationaler zu nationaler Organisationsform der angeschlossenen Gewerkschaften) lernen?

3. Soziale Bewegungen. Diese Bewegungen haben z. T. neuartige Aktions- und Organisationsformen entwickelt. Teilweise haben die neuen Organisationen heftige Debatten über ihr Auftreten ausgelöst: können die NGOs z.B. nicht auch als von den Metropolen finanzierte und daher deren Interessen verpflichtete Apparate gesehen werden, welche die endogenen Sozialbewegungen ihrer Vordenker und FührerInnen berauben? Hierher gehört auch das Problem der Absorbierung lokaler Eliten durch multilaterale Organisationen im Zusammenhang von Entwicklungsprogrammen. Welche Zusammenhänge zwischen NGOs und Gewerkschaften in den Zentren und in der Peripherie des Weltsystems und welche Beispiele von Zusammenarbeit zwischen neuen Sozialbewegungen/NGOs mit Gewerkschaften gibt es?

Die konkreten Referatsthemen sollen aus diesen drei großen Themenbereichen entwickelt werden. Jeder Themenbereich soll mit einem Hauptreferat und zwei Kommentaren vorgestellt werden. Daran schließt sich eine Podiumsdiskussion, die versuchen soll, die drei Aspekte zu integrieren.

Informationen über christine.schindler@doew.at

Erinnerungen

Erinnerungen von Dr. Zdenka Nedwedová-Nejedlá an das faschistische Frauenkonzentrationslager Ravensbrück

Die nachfolgenden Erinnerungen wurden in tschechischer Sprache von Zdenka Nedwedová am 15. Januar 1979 handschriftlich unterschrieben, bevor sie das Manuskript nach Warschau sandte. Sie erfüllte mit diesem Manuskript die Bitte polnischer Historikerinnen, die um ihre Erinnerungen an die Arbeit im Revier - so wurde die Krankenstation in Ravensbrück genannt - gebeten hatten. Das hier zugrunde liegende Manuskript befindet sich neben einem hochschätzenden Dankschreiben polnischer ehemaliger Häftlingsfrauen, die ebenfalls in Ravensbrück medizinisch tätig gewesen waren, heute beim schriftlichen Nachlass von Wanda Kiedrzyńska und Felicia Panak in der Handschriftenabteilung der polnischen Nationalbibliothek in Warschau. Dort liegen eine tschechische und eine polnische Variante, die von der Editorin für die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück als Kopie erworben wurden. Der Text wurde von Dr. Peter Lewerenz aus dem Tschechischen ins Deutsche übertragen. Die Autorin der Erinnerungen war als Zeugin in mehreren Prozessen der Nachkriegszeit eine der wichtigsten Belastungszeuginnen gegen die SS. Sie nimmt in diesen sehr persönlichen Erinnerungen zu den Hauptverbrechen in Ravensbrück und zu Ereignissen der Nachkriegszeit in diesem Zusammenhang Stellung und teilt viele eindrucksvolle Einzelheiten mit.

Zdenka Nejedlá wurde am 20.8.1908 in Prag geboren. Ihr Vater - Zdenek Nejedl - war ein bekannter Musikforscher und Professor an der philosophischen Fakultät der Karlsuniversität. Ihre Mutter war Hausfrau. Nach der Beendigung des Gymnasiums nahm Zdenka ein Medizinstudium auf. 1932 schloß sie sich der kommunistischen Partei an. 1933 heiratete sie Milos Nedwed und bekam 1934 ihre Tochter Hanka. Ab 1938 arbeitete sie als Kinderärztin in einer eigenen Praxis, die zu einem Treffpunkt der illegalen Arbeit gegen die Nazis wurde. 1942 wurde zuerst ihr Mann verhaftet, später sie und ihre Schwiegermutter. Gemeinsam erlebten sie erst Theresienstadt und dann Auschwitz, wo Zdenka als Häftlingsärztin arbeitete. In Auschwitz starb ihr Mann, und sie wurde am 20.8.1943 Ravensbrück „überstellt“. Auch hier wurde sie eine der wichtigsten Häftlingsärztinnen, betreute Infektionsabteilungen und arbeitete als Internistin und Kinderärztin. In den Tagen nach der Befreiung gaben die überlebenden Häftlinge ihr den Namen „unsere Sonne“ wegen ihrer aufopferungsvollen Tätigkeit zur Rettung der Kranken.

Am 31. Mai 1945 kehrte sie mit einem Krankentransport aus Ravensbrück in ihre Heimatstadt zurück, wo sie ab Juni 1945 wieder als Kinderärztin tätig wurde. 1946/47 sagte sie in den Prozessen gegen die Lagerleitung des KZ Ravensbrück in

Hamburg aus. Sie legte unter anderem das von ihr gerettete Geburtenbuch als Beweisdokument vor. 1949 heiratete sie Jaroslav Kojzar, einen engen Mitarbeiter ihres bekannten Vaters, welcher u.a. stellvertretender Ministerpräsident geworden war. Zdenka wurde Vorsitzende der Gemeinschaft der Tschechoslowakischen Ravensbrückerinnen und Mitglied im Internationalen Komitee Ravensbrück. 1968 wandte sie sich mit Appellen gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in Prag. In den folgenden Jahren wurde sie aus vielen Ämtern entlassen, trat aus der Kommunistischen Partei aus und lebte bis zu ihrem Tode weitgehend zurückgezogen. Sie starb am 14.6.1998 in Prag.

Bärbel Schindler-Saefkow

*Zdenka Nedwedová-Nejedlá
Ravensbrück*

In Ravensbrück kamen wir am 20. August 1943 durch das Städtchen Fürstenberg auf der Eisenbahnrampe an, gerade an meinem 35. Geburtstag. Wir stiegen mehr tot als lebendig aus den Güterwagen aus. Es erwarteten uns Aufseherinnen mit Hunden. Die Aufseherinnen schrieten, die Hunde bellten, wir zitterten, und in Fünferreihen machten wir uns auf den Marsch ins Lager. Wieder ein neues Tor, ein weiteres - das dritte - Konzentrationslager!

Wir treten mit Befürchtungen ein und sehen mit Überraschung saubere, ebenerdige Holzbaracken mit normalen Fenstern, davor Rasen und sogar rote Salvienblüten und Laubbäume. Über der Mauer, „verziert“ durch Emailleschilder mit Totenkopf und Knochen und dem warnenden „Achtung!“, und über den Stacheldrähten schwanken im Wind die malerischen Wipfel von Nadelbäumen auf den nahen Hügeln. Welch ein Unterschied im Vergleich mit dem kahlen Auschwitz! Ich atmete auf: das ist kein Lager, das ist ein Sanatorium. Im Aufnahmebad mit warmen Duschen nahm man uns wieder alles außer dem Toilettenbedarf weg, und liebe, fürsorgliche Häftlinge gaben uns saubere Wäsche (genähte Hemden und blaugestreifte Kniehosen mit einem Bindegurt), blauweiß melierte Sommerkleider mit kurzem Ärmel und dunkle Küchenschürzen. Sogar die SS-Aufseherinnen schauten stumm zu, erschüttert von unserem Aussehen. Abgemagert, kahlgeschoren, mit riesigen erschrockenen und abwesenden Augen nach dem durchgemachten Typhus. Dann führte man uns in den Block 13. Hier nahm uns die Stubenälteste Maria Bortnowska, eine polnische Adlige, freundlich auf. Sie war die Schwägerin eines hingerichteten Generals und die Vorsitzende des Polnischen Roten Kreuzes. Während der ganzen dreiwöchigen Quarantänezeit hat sie sich sorgsam um uns gekümmert. Die Quarantäne war sehr streng, denn vor dem Flecktyphus hatten die SS-Leute große Angst. Zu uns kam nur der SS-Oberarzt des Lagers, Dr. Percy Treite - seine Mutter war Engländerin! - und die SS-Schwester Martha. Wir waren alle so heruntergekommen, daß wir beispielsweise den ganzen Tag auf den Feldbetten liegen durften. Diese waren nur zweistöckig, die Kopfkissen und Decken sauber, bezogen mit blauweiß kariertem, grobem Leinen, die Strohsäcke bedeckt mit weißen

Kalikolaken. Vom Liegen konnten wir gar nicht genug haben, ebenso vom Waschraum. Es floß zwar nur kaltes Wasser, aber immer in unbegrenzter Menge.

Das Essen, das wir mit kultivierten Bestecken im Tagesraum an Tischen einnahmen, war auch unvergleichlich besser, und die Mengen waren „protektionsmäßig“ groß. Wir bekamen nämlich regelmäßig zwei Kessel mehr: einen erbettelte Maria für uns, und der zweite kam von den Tschechinnen aus dem Block 8, die ihn für uns hergaben, nachdem sie uns durch die Fenster gesehen hatten. Wir durften nur auf den Rasen rund um den Block, aber unser Aussehen hatte sie zu Tränen gerührt. Viele Bekannte erkannten uns gar nicht, so hatten wir uns in unserem Äußeren verändert. Nach drei Wochen „Urlaub“, in denen wir die Möglichkeit hatten, uns etwas zu erholen und neue Kraft zu schöpfen, wurden wir zur Arbeit eingeteilt. Natürlich mußten wir wieder zur „Untersuchung“ durch SS-Ärzte und -Schwestern, aber auch durch einfache SS-Leute antreten, völlig nackt, und mußten uns ihre Bemerkungen gefallen lassen, die wir aber zum Glück nicht verstanden. So weit reichten unsere Deutschkenntnisse nicht. Aber das geile Lachen und der Ton ihrer Reden jagte uns das Blut ins Gesicht. Wir konnten nicht begreifen, daß dieses Theater, das sich bei jedem Transport im Lager abspielte, sie noch unterhalten konnte. Viele von uns fuhren zur Arbeit in Fabriken außerhalb des Lagers - meistens in Rüstungswerke - und damit in schlimmere Verhältnisse als im Zentrallager (Neubrandenburg, Barth, Neu Rohlau u.a.). Diejenigen, die im Lager blieben, gingen zur Arbeit bei Siemens, der Fabrik beim Lager, oder in die Nähstube der Aufseherin Massar, wo sie Militäruniformen bearbeiteten, die ohne Reinigung vom Schlachtfeld kamen und in denen sie sogar abgerissene Gliedmaßen fanden. Sie sabotierten, indem sie gute Uniformen statt der zerrissenen zerschnitten. Sie nähten auch neue Uniformen und vor allem weiße Tarnmäntel. Dabei schnitten sie immer den Gummizug in der Taille so ein, daß er die Kontrolle passierte, aber beim Tragen riss und den Mantel unbrauchbar machte. Andere Frauen arbeiteten in der Gartenkolonne als Gärtnerinnen, in der „Scheißkolonne“ als Straßenkehrer, in der Leichenkolonne beim Abtransport von Toten, bei den Angorakaninchen, im Frisörsalon und im Modosalon für die SS-Frauen. Ältere Frauen, die „Strickerinnen“, strickten graue Wollsocken auf ihren Blöcken. Die Tschechinnen waren auf Block 8, der ein rein tschechischer Block war. Viele Tschechinnen waren, weil sie gebildet waren und deutsch konnten, zur Zentralen Lagerregistratur oder zum Revier eingeteilt, dem Häftlingskrankenhaus.

Ich wurde von Dr. Treite in der Infektionsbettenabteilung eingesetzt, was der letzte, also der dritte Krankenblock war. Hier regierte „Mutti“ Vika Cernocká, eine polnische Volksdeutsche, fremder Herkunft, aber deutscher Staatsangehörigkeit, die sich mit den Deutschen gut stand, uns aber nichts antat. Die Ärztin Zosa Adamská arbeitete hier schon vor mir. Treite hatte mich für diese Arbeit ausgewählt, weil ich in Auschwitz die Gelegenheit gehabt hatte, den Flecktyphus kennen zu lernen und so schon die ersten Anzeichen von Flecktyphus, der durch die Kleiderlaus übertragen wird, erkennen konnte, wovor, wie ich schon sagte, die SS eine panische Angst hatte. Deshalb wurde im Lager auf strenge Sauberkeit geachtet. Bettwäsche und Unterwäsche wurden gewechselt, jede Frau hatte die Möglichkeit, sich täglich zu

waschen, wenn auch nur mit kaltem Wasser. Nur wir, die Reviermitarbeiterinnen, hatten einen Waschraum mit heißem Wasser zur Verfügung.

Die Block-Sanitätshelferinnen hatten die Pflicht, die persönliche Sauberkeit und die Sauberkeit der Tages- und Waschräume zu kontrollieren. Deshalb wurde Ravensbrück von infizierten Kleiderläusen und damit auch vom Typhus verschont, bis zum Herbst 1944, als sie dennoch mit einem Transport aus den evakuierten Lagern im Osten eingeschleppt wurden.

Mit dem Waschen mit kaltem Wasser erlebte ich eine komische Situation, die ich Marie Pujmannová erzählt habe. Sie hat sie geschickt in ihrem Buch „Das Leben besiegt den Tod“ verwendet. Ab Herbst 1944 schliefen wir Revierarbeiterinnen nicht mehr im Krankenhaus, sondern auf Block 3 bei Reza Kozderová, weil das Krankenhaus überfüllt war. Einmal abends wusch ich mich mit einer Bürste im kalten Wasser. Am Fensterchen tauchten Französinnen auf, die in der „Freistunde“ - der Zeit zwischen Arbeit und Schlaf - frei auf der Lagerstraße (der Straße zwischen den Blöcken) spazieren gingen. Sie sahen, wie ich dampfte. Mit dem Geschrei „warmes Wasser“ stürmten sie in den Waschraum, warfen schnell die Kleider ab und drehten das Wasser an. Aber das Wasser war kalt! Sie sprangen raus, schrieten und liefen davon.... Die Tschechinnen, Jugoslawinnen und Polinnen waren von allen die saubersten und sahen auch am besten aus. Wir bemühten uns nämlich, nicht unsere menschliche Würde zu verlieren, und dazu gehörte auch ein sauberes Äußeres. Wir trugen bei der Arbeit im Revier dunkelblaue Kleidung, weißmeliert, mit kurzen Ärmeln, die Ärztinnen weiße Mäntel, die Schwestern weiße Schwesternschürzen.

Draußen, beim Appell, mußten wir über die Kleidung dunkle Küchenschürzen anziehen. Im Winter trugen wir noch „Jacken“, graublaue kurze Mäntel mit Gürteln. Auf den linken Ärmel zogen wir eine gelbe Binde mit der roten Aufschrift „Revier“, die uns die Bewegung im ganzen Lager zu jeder Tages- und Nachtzeit erlaubte. Auf dem linken Ärmel mußten wir wie alle Häftlinge ein Dreieck mit den Initialen der Nationalität aufnähen: wir Tschechinnen ein T. Das Dreieck war bei den politischen Häftlingen rot, bei den Kriminellen grün, bei den Asozialen schwarz und bei den Zeugen Jehovas violett. Unter dem Dreieck war auf einem weißen Band in schwarz unsere Nummer aufgedruckt. Im Revier waren wir alle rote, bis auf unsere hervorragende Geburtshelferin, die Österreicherin Josefine Pöllinger, die ein grünes Dreieck hatte, weil sie einer verzweifelten Frau bei einer illegalen Abtreibung geholfen hatte. Einmal nähte ich mir ein weißes Krägelchen aus irgendeinem Lappen an mein Kleid. Meine große „Gönnerin“, die Oberschwester Elisabeth Marschall, die mich von allen slawischen Häftlingen vielleicht am meisten haßte (die Deutschen, auch ausgesprochene Huren, wurden von ihr protegiert und mit Vitaminen gefüttert), erblickte mich, lief rot an und schrie: „No ja, die Stenka muß immer die eleganteste sein.“ Und das Kräglein mußte runter, begleitet vom ironischen Lachen Dr. Treites. Das war kein Snobismus bei mir gewesen, sondern das innere Bedürfnis, ein bißchen wie „in Zivil“ auszusehen.

Wir achteten darauf, sauber und ordentlich auszusehen. Das war ein Mittel, sich die menschliche Würde zu erhalten trotz ständiger Erniedrigung und Schikanierung durch unsere Kerkermeister. Wenn eine von uns nachließ, war das ein ernstes

Zeichen, daß sie aufgibt, daß es für sie der Anfang vom Ende ist. Unsere Menschenwürde versuchten wir auch durch Kultur zu bewahren. Im Lager gab es z.B. eine ständige politische Schulung der Kommunistinnen aller Nationalitäten, in kleinen Gruppen, meist am Abend beim Spaziergang auf der Lagerstraße. Das Schulungsmaterial brachten die Neuzugänge mit. Eine der Französisinnen brachte die komplette „Geschichte der KPdSU(B)“ mit, eingnäht in Pantoffeln, und zwar Martha Desrumeaux, die bei der Aufnahme von Neuzugängen im „Bad“ arbeitete; sie versteckte die Pantoffel und rettete so das Material. Für die Tschechinnen wurden die Schulungen von Bozka Holecková und Jarka Gerlichová veranstaltet. Ich konnte aber nur selten teilnehmen - meine Arbeit nahm nie ein Ende. Auf den Blöcken wartete immer eine Menge Patientinnen auf mich, die nicht in die Ambulanz gebracht wurden oder Angst davor hatten.

Den jungen Frauen erklärte Prof. Dr. Klára Cervinková die Geschichte, ein zierliches Persönchen, die uns nach der Befreiung des Lagers verstorben ist. Die Polinnen waren bewundernswert beim Organisieren der Bildung ihrer Mädchen. Viele durchliefen direkt im Lager eine Mittelschulbildung und konnten nach der Befreiung das Abitur ablegen und auf die Hochschule gehen. Am Sonntagnachmittag freuten wir uns am meisten auf Vlasta Faberová, die uns aus ihrem reichen Programm rezitierte, hauptsächlich aus der tschechischen Poesie. Am meisten ergriff uns Srámeks „Die Heimkehr des Soldaten“. Wir konnten uns in seine Gefühle versetzen und sehnten uns nach der Heimat. Durch Tanzen und bildnerische Darstellungen lebte sich Nina Jirsiková aus, die Primaballerina vom „Theater E.F.Burian“. Ihre zwei komischen „Doktor“-Zeichnungen, die sie mir widmete, habe ich dem Museum in Ravensbrück übergeben. Nina studierte auch Máchas „Mai“ ein. Anicka Kvapilová brachte uns zu einem Chor zusammen. Wir sangen hauptsächlich unsere Volkslieder, heimlich zwischen den Blöcken. Am Heiligabend 1944, als der „Oberschwester“ plötzlich einfiel, eine Feier unter dem Weihnachtsbaum in der Halle des Reviers zu veranstalten, sangen wir schon offiziell. Am meisten Erfolg hatte das slowakische Liedchen „Kleine Barbara, was hast Du denn...“, vor allem wegen des Refrains.

Die Mädchen wußten, daß ich ernste Musik liebe und so bekam ich z. B. zum Geburtstag - den feierten wir immer fröhlich zusammen - von Francka Peterková (Hrubá) einen Gutschein, d.h. ein Stückchen Papier, auf eine Schallplatte mit Beethovens Neunter Sinfonie. Ich erinnere mich, daß ich zum gleichen Geburtstag außer gestickten Taschentüchern von Gusta Kosutová eine Terrakottaschachtel für Briefe mit einer künstlerischen Tuschzeichnung und einem Monogramm bekommen habe; von Lis Londonová ein spanisches Püppchen mit echten Haaren (beides befindet sich im Museum in Ravensbrück); schließlich von Ilsa Machová, geb. Kreibichová, eine Zeichnung von einem luxuriösen Haus für mich, sogar mit Arztpraxisräumen. Marenka Pavlacká, unsere Wirtschafterin, zauberte aus Brot, Margarine und Marmelade eine „Torte“, und so verstand es unsere Lagerfamilie - Ilsa, Marenka, Milka Skrbková, die russische Ärztin Maria Klugmann und ich - auch im Lager festliche Augenblicke zu begehen. Ebenso fröhlich begrüßten wir Päckchen aus der Heimat, sei es von der Familie Pavlacký, Skrbek oder von meiner Tante und

meinem Onkel Pohanovi (bei denen sich meine Hanusa befand und nach ihrer Entlassung aus Terezin auch die Großmutter Nedvedová), mit Aufstehen und Hochrufen auf die jeweilige Familie. Ein Päckchen war selbstverständlich immer für uns alle fünf. Ich bekam kleine Päckchen, aber von hoher Qualität und so sorgfältig gepackt, daß auch die Aufseherin es bewunderte. Ich bekam z .B. einen Becher mit ausgelassener Butter, bedeckt von einer Schicht Zuteilungshonigbutter, Butterkekse mit Zuckerfüllung und Vitamin C, harte Wurst, Speck, Zwiebeln und Knoblauch usw. Milka bekam hauptsächlich Buchteln und heimisches Gebäck, Marenka auch gutes Brot. Mit all dem wirtschaftete gewöhnlich unser kleines Marenka-Entchen.

Über Musik unterhielt ich mich immer am besten mit Lenka Neumannová, Professorin für Klavier am Prager Konservatorium. Aber einmal haben wir unser Musikinteresse teuer bezahlen müssen. Lenka arbeitete als Gesundheitshelferin im Industriebauhof, einer benachbarten Abteilung des Lagers mit Werkstätten, und nach dem Morgenappell kam sie zu mir, damit ich mir noch vor der Ambulanz eine Patientin von ihr anschaute. Es war ein wunderschöner rosiger Morgen, wir gingen flott die Lagerstraße entlang und unterhielten uns über verschiedene Aufführungen von Smetanas „Mein Vaterland“. Wir waren so vertieft, daß wir die entgegenkommende Oberaufseherin Binz nicht bemerkten. Sie schrie uns an, wir erstarrten in Achtungshaltung und machten Meldung. Sie ließ uns gehen, und wir flüsterten uns zu, wie schnell wir doch aus den Höhen der Musik ins Lager heruntergeholt worden sind, und lachten. Das aber gefiel der engelhaft blonden Juno nicht. Sie rief uns zurück und bedachte uns mit Ohrfeigen auf beide Wangen. Ihr geübtes, rasantes Einschreiten ließ unsere Augen tränen und die Gesichter wie Rosen rot anlaufen. Das war also wieder das Lager. Später bemerkte Treite mein gerötetes Gesicht und fragte, was passiert sei. Ich bekannte ihm die Wahrheit. Es war interessant, wie er sich empörte, was sich die Frau Oberaufseherin Binz erlaubt, seine Revierarbeiterin zu schlagen. Und daß er das mit ihr klären wird. So konnten wir uns überzeugen, daß jeder der SS-Leute auf sein Prestige achtete.

An die Literatur und das linke Kulturleben in Prag erinnerten wir uns mit der intelligenten, gebildeten und freundlichen Milena Jesenská. Sie war oft krank, und so begegneten wir uns ständig im Revier. Auch daß wir beide zu Hause etwa gleich alte Töchterchen hatten, ließ uns einander näherkommen. Ich hatte sie von Herzen lieb, auch wenn es zwischen uns politische Differenzen gab, und ich habe ihr Ableben nur schwer ertragen. Weitere Einzelheiten zur Erinnerung an sie und für das Mahnmal für Literatur lege ich bei. - Sie verstand es, trotz ihrer schwachen Gesundheit fröhlich zu sein, und am meisten lachte sie, wenn ich über ihre Behauptung schmolzte, das einzige, was im Lager wirklich schön sei, das seien meine Beine. - In dieser Zeit arbeitete ich in der Ambulanz und nicht mehr in der Infektionsabteilung. Treite hatte mich als seine Internistin ausgesucht, nachdem er sich überzeugt hatte, daß ich mich in der Medizin etwas auskenne. Er nahm mich zu den schweren Operationen mit und vertraute mir die internistische Nachsorge für seine Patienten nach den Operationen an. Er hatte selbstverständlich kein Interesse an der Genesung der Frauen, sondern maß den Erfolg seiner Operationen daran, daß die Frauen seinen Eingriff überlebten und sich erholten. Er war Gynäkologe, aber er wagte sich

auch an Operationen der Schilddrüse, des Magens oder der Nieren heran. Viele Operationen gingen allerdings schlecht aus, trotz meiner intensiven postoperativen Fürsorge. Einmal starben auf dem Operationstisch drei Schilddrüsen-Patientinnen nacheinander, weil die SS-Apotheke eine zehnfach stärkere Lösung zur örtlichen Betäubung hergestellt hatte.

Treite kam oft in den Operationssaal und verkündete, daß er Lust zum Operieren habe. Am nächsten waren ihm die Frauen, die im benachbarten Kreißsaal auf die Geburt warteten. Deshalb nahm er meistens ohne Indikation Kaiserschnitte, hohe Zangen und andere Geburtseingriffe vor. Die Häufigkeit der Operationen habe ich ins „Geburtenheft“ eingetragen, das ich bewahrt und nach Hause gebracht habe. Die Fotokopien befinden sich im Institut für Geschichte der KPTsch in Prag, das Original habe ich - nach Beratung mit dem damaligen Leiter des Instituts für Geschichte der KPTsch, Jindrich Veselý - dem Museum in Ravensbrück übergeben. In dem Heft war nämlich keine einzige Geburt eines tschechischen Kindes verzeichnet. Es gab hier Polinnen, Ukrainerinnen und auch zwei Französisinnen. Ein französischer Junge hat überlebt, er nahm mit seiner Mutter an einer Feier in Ravensbrück teil, und dort sind wir uns wieder begegnet. Die Kinder kamen erstaunlicherweise schön und gesund auf die Welt, soweit man sie ab Mitte 1944 am Leben gelassen hat. Vorher wurden sie nach der Geburt in einen Kübel geworfen und zum Verbrennen gebracht. Der Mutter wurde gesagt, daß es eine Totgeburt gewesen ist. - Es mag unmenschlich erscheinen, wenn ich zu sagen wage, daß dies ein humaneres Verhalten gegenüber den Neugeborenen war als später, als die Kinder wegen Mangel an Muttermilch spätestens nach sechs Wochen verhungerten. Zu meiner täglichen Arbeit in der Ambulanz, in der chirurgischen, inneren und Typhusabteilung kam die Aufsicht über den Block für Mütter und Neugeborene hinzu. Das war für mich, eine Kinderärztin, die schlimmste Aufgabe. Die Mütter verloren begreiflicherweise ihre Milch, auch wenn es uns gelang, Zuschläge aus der Revierküche zu bekommen. Die Oberschwester gab mir aus den Paketen des Roten Kreuzes, die wir niemals erhielten, Trockenmilch, Flocken und Zucker, aber so wenig, daß es, auch wenn ich selber kochte und einteilte, nicht für alle Säuglinge reichte. Und hier befand ich mich in einer ähnlichen Lage wie in Auschwitz, daß ich die Kinder aussuchen mußte, denen ich die Zusatznahrung gab. Hier waren natürlich alle politischen Gesichtspunkte vergeblich. Wenn ich mit der Kanne Milch in den Block trat, wand sich vor mir ein Knäuel von Müttern mit verhungerten Kindern auf dem Arm, deren Köpfchen kraftlos herabhangen, und klagte und bettelte um Nahrung. Ich wußte, daß ich diese nicht für alle habe. Alle meine Bitten um eine größere Zuteilung von Nahrungsmitteln aus unseren Päckchen waren bei der Oberschwester und auch bei Dr. Treite vergeblich. Am liebsten wäre ich davongelaufen, aber ich mußte die Milch denjenigen Kindern zuteilen, die noch eine Hoffnung auf Rettung hatten. Die Klagen und Flüche der anderen Mütter werde ich nie aus den Ohren verlieren. - Außer einigen Kindern von entlassenen Müttern sind alle gestorben. Nur etwa dreißig zuletzt geborene, die den Abgang der Deutschen überlebten, blieben am Leben. Wir begannen nämlich sofort, alle Kinder aus den Paketen des Roten Kreuzes zu füttern, die wir nach dem Weggang der Deutschen im

Lager gefunden hatten. Da habe ich das Kochen und Verteilen aber schon an die Schwestern im Block abgetreten (Eliska Valentová, Hendrychová, die Holländerin Christje, die Französin Marie-Jo Chambart, die Jugoslawin Berka u.a.).

Ich habe in Auschwitz Berge von Leichen gesehen; später habe ich in Ravensbrück, als wir nach dem Abzug der Deutschen die Toten nicht verbrennen konnten und als wir wenigen Gesunden nicht die Kraft hatten, sie zu begraben, Leichen gesehen, die von Ratten angefressen waren. Das alles habe ich ertragen. Aber als ich einmal in den Kinderblock kam und die Schwestern die Decke von zwölf blauen kleinen Körperchen wegzogen, die nebeneinander auf einer Trage lagen, taumelte ich und war einer Ohnmacht nahe. Hysterisch schrie ich: „Polinnen, wie kann Euer Gott das zulassen, was konnten die Kinder Böses auf der Welt getan haben? Euer Gott muß ja ein Untier sein, wenn er zuläßt, daß unschuldige Kinder so gequält werden.“ Aber Gott hatte nichts zugelassen. Die armen Schwestern wollten für die Kinder und Mütter den Ofen heizen. Sie verbrannten allerlei Abfälle, der Ofen zog nicht, und so wurden die schwächsten Kinder einfach vergiftet.

Wir waren alle verzweifelt, die Mütter, die Schwestern und ich.

Wir Revierarbeiterinnen hatten bestimmte materielle Vorteile: zum Appell vor dem Block wurden wir von den „Polizistinnen“ erst im letzten Augenblick gerufen, denn wir mußten frühmorgens die Räume und die Kranken säubern. Deshalb standen und froren wir nicht 2 bis 3 Stunden früh im Dunkeln und abends nach der Arbeit. Wir arbeiteten in geheizten Räumen mit Zentralheizung, schliefen auf sauberen Feldbetten, bis auf die Wanzen, die uns in der Nacht plagten und die wir nicht loswerden konnten. Wir hatten einen Waschraum mit warmem Wasser zur Verfügung, einen netten eigenen Speiseraum und einen kleinen Garten, wo wir uns im Sommer am Sonntag nackt sonnen konnten. Das waren unsere lustigsten Augenblicke.

Andererseits kamen aber im Revier alles körperliche und seelische Leid, Krankheit und Tod zusammen. Unser seelisches und gefühlmäßiges Leiden war oftmals schlimmer und erschöpfte mehr als das physische Ungemach der schwer Arbeitenden. Auch litten wir unter Schlafmangel, denn es gab keine eingeteilten Nachtdienste, und wir, die wir im Revier wohnten (Dr. Ilse Kurt, ein deutsches Mannsweib und Ärztin, die Revierverwalterin Fina, die Köchin Greta, beide auch Deutsche, und ich), hatten ständigen Dienst bei den Kranken außer bei den Infektionen und beim Kreißaal. Einmal brachten mir die Frauen aus dem Block auf der Trage eine Kranke, die angeblich Krämpfe hatte und schrie. Ich schaute sie an, untersuchte sie gründlich und schlug ihr zum Erstaunen aller, die meine Fürsorglichkeit kannten, ins Gesicht und schrie sie an, sie solle aufhören mit dem Theaterspiel, aufstehen und die Trage in den Block zurückbringen. Und der Anfall war vorbei. Hysterische Anfälle gab es im Lager erstaunlicherweise nicht viele, aber es war nötig, streng durchzugreifen. Man brachte mir aus dem Block die 16jährige Helenka Trojácková mit starken Bauchschmerzen. Ihre Mutter war im Lager gestorben. Ich legte sie aufs Bett und stellte eine Blinddarmentzündung fest. Aber ihr Zustand verschlechterte sich rapide. Ich wagte eine unerhörte Sache: ich bat die einzige menschliche SS-Schwester Gerda, die zum Glück Nachtdienst hatte, sie

möchte Dr. Treite rufen, weil man sofort operieren müßte. Viel habe ich mir davon nicht versprochen, aber es war Herbst 1944 und unsere Peiniger waren etwas weicher geworden, und so kam Treite tatsächlich, und wir haben Helenka noch in der Nacht operiert. Es ging gut, und Helenka ist nach Hause nach Mähren zurückgekehrt. Und für diesen nächtlichen Eingriff gönnte ich Dr. Treite, daß er dem Galgen, zu dem ihn ein britisches Militärgericht in Hamburg auf der Grundlage unserer Zeugenaussagen verurteilt hatte, durch Selbstmord mit Gift entgangen war.

Sehr schlimm waren die Transporte kranker und verletzter Frauen aus den Fabriken. Die Kranken brachte man uns gewöhnlich in einem äußerst erbärmlichen, oftmals hoffnungslosen Zustand ins Lager zurück. Am traurigsten waren diese Transporte nach Luftangriffen auf die Fabriken. Die Verletzten mußten meist sofort auf den Operationstisch, einige brachte man schon tot vom Bahnhof, und oftmals waren unter ihnen welche, denen die Schrecken der Luftangriffe den Verstand geraubt hatten. Die Wahnsinnigen isolierten wir zunächst im so genannten „Stübchen“ im Revier, wo sich in einem kleinen Raum meist ihrer sechs befanden. Die Frauen waren meist unruhig und aggressiv, und so war dies keine leichte Aufgabe. Ich brauchte immer zwei Schwestern zur Hilfe. Zuerst einmal mußten wir die Wahnsinnigen einfangen, in dem hölzernen Raum mit Balken kletterten sie auch auf Wände, Fenster und Türen, dann sie festhalten und sehr langsam Evipan in die Adern spritzen. Dabei bedrohten uns oftmals die Irren, die noch herumliefen und unsere Mühen zunichte machten. Geistige Verwirrung war keine häufige Erscheinung im Lager, trotz der nervenraubenden Umstände; die Mehrzahl der Frauen wurde außerhalb des Lagers bei Luftangriffen verrückt.

Später nahmen die Fälle von Wahnsinn zu, und so wurde im Tuberkuloseblock 10 eine Abteilung eingerichtet, wo die Schweizerin Carmen Mory herrschte, eine Gefangene, die sich aber der großen Gunst von Ramdohr, dem Gestapoverantwortlichen im Lager, erfreute. Sie war völlig rücksichtslos, schlug die Kranken, verabreichte tödliche Tabletten. Als noch mehr Wahnsinnige zusammenkamen, wurden sie ins Gas geführt. Carmen haben wir in Hamburg zusammen mit den SS-Leuten abgeurteilt, und sie wurde zum Tode verurteilt. Sie hat sich aber im Gefängnis angeblich die Pulsadern aufgeschnitten, ehe es zur Hinrichtung kam.

Viele Frauen sind in meinen Armen gestorben. Vielen habe ich helfen können. Meine Hilfe war einerseits fachlich medizinisch, andererseits psychologisch. Fachlich konnte ich eingreifen, wenn ich die erforderlichen Medikamente in entsprechender Menge zur Verfügung hatte. Die Mittel bekamen wir offiziell aus unserer Revierapotheke, geleitet von der SS-Schwester Erika, aber in völlig unzureichender Menge. In der Apotheke arbeitete zum Glück unsere tschechische Magisterin der Pharmazie Bozenka Sirotková (Boudová), die es meisterhaft verstand, die SS-Schwwestern zu betrogen, und die mir immer viel mehr abgab. Ich selbst trug unter dem Kleid Kniehosen mit Gummiabschluß und dorthinein „organisierte“ ich mir in der Apotheke heimlich alles, was zur Hand war. Auch bekam ich heimlich Medikamente aus dem „Bad“, wo die Neuzugänge aufgenommen wurden, die meist irgendwelche Medikamente oder Vitamine bei sich hatten. Die Häftlinge sollten ihnen die Medikamente eigentlich abnehmen und abgeben, aber wenn es nur irgend

ging, versteckten sie sie und gaben sie im Revier für die Kranken ab. - Kürzlich bekam ich einen Brief von einer Tschechin, die sich noch nach Jahren schämte, daß sie es zur Bedingung gemacht hatte, daß die ihr abgenommenen Medikamente nur eine tschechische Patientin bekommen dürfe. - Im Lager pflegten wir keinen Nationalismus, sondern internationale Solidarität, und so habe ich ihr damals angeblich zugesichert, daß die Medizin diejenige bekommt, die sie am meisten braucht. Aus all diesen Quellen richtete ich so etwas wie eine Häftlingsapothek ein, die wir an verschiedenen Stellen versteckten und aus der wir bei Bedarf Medikamente entnahmen und die wir mit den offiziellen Zuteilungen auffüllten. Wir verstanden es, die große Angst der SS-Mediziner vor Infektionskrankheiten auszunutzen. Deshalb bekam ich bei einer Diphtherieepidemie tatsächlich in ausreichender Menge Antidiphtherieserum. Die Fälle waren meist sehr schwer mit anschließenden Lähmungen. Es gelang mir sogar, Strychnininjektionen zu bekommen, so daß die Diphtheriefälle mit Lähmungen auch geheilt wurden.

Die Angst vor dem sich ausbreitenden Flecktyphus im Jahre 1945 brachte die SS-Ärzte dazu, Impfstoffe mit Originalvignetten vom Staatlichen Hygieneinstitut in Berlin zu beschaffen. Den Stoff probierte ich zuerst an mir aus, denn ich hatte Typhus in Auschwitz durchgemacht, und dann im Revier an den Mitarbeiterinnen. Der Stoff war unschädlich. Es begann eine Massenimpfung. Geimpft haben wir Häftlingsärztinnen sowie die SS-Schwestern Tag und Nacht. Nach einigen Tagen stellte ich fest, daß stark unterernährte Frauen nach der Injektion echten Flecktyphus bekamen und meist starben. Ich machte Dr. Treite darauf aufmerksam, daß die geschwächten Frauen keine Kraft zur Bildung von Antikörpern haben und auf die Injektion mit dem abgeschwächten Antigen mit tödlicher Erkrankung reagieren. Trotz meiner Hinweise wurde die Impfung bei allen ohne Rücksicht auf ihren Gesamtzustand fortgesetzt. Ich erläuterte den Häftlingsärztinnen und -schwestern, daß wir uns bemühen müssen, soviel wie möglich selbst zu spritzen und dabei differenzieren: Frauen mit gutem Gesamtzustand die Injektion geben, geschwächte Frauen nur leicht anstechen und den Impfstoff beim Wechsel der Nadel wegspritzen. Danach erkrankten nach der Impfung nur Frauen, die von den SS-Schwestern geimpft worden waren. Zum Glück ärgerten sich diese Schwestern bald darüber, überließen das Impfen uns und führten nur die Aufsicht. Wir setzten die Impfung auf differenzierte Weise also erfolgreich fort, und die Schwestern merkten nichts. Beim Prozeß in Hamburg beschuldigte ich Treite, daß er die Todesrate durch Flecktyphus durch das Impfen ungeeigneter Frauen erhöht hat, obwohl ich ihn darauf aufmerksam gemacht hatte. Die britischen Richter hielten das aber für eine rein fachliche ärztliche Ansicht, und gaben Treite keine Schuld.

Oftmals gab es aber nicht die erforderlichen Medikamente, und dann mußte meine Psychotherapie einsetzen. Mit ernstem Gesicht und tiefer Überzeugung verordnete ich z. B. bei Lungenentzündung gewöhnliches Aspirin, manchmal sogar nur ein halbes, mit dem entsprechenden Hinweis, daß es eine seltene Arznei sei, die ich für sie aufgetrieben habe und daß sie genau so und so einzunehmen ist. Und der Erfolg stellte sich meist ein, denn die Frauen glaubten mir und damit an ihre Genesung. Der Wille zum Leben und das menschliche Verständnis waren das, was den Frauen

zu überleben half. Es gelang mir, das Vertrauen von Frauen aller Nationalitäten zu gewinnen, und die Bezeichnung „Lagersonne“ geht mir über alle offiziellen Auszeichnungen.

Die Arbeit der Häftlingsärztinnen und -schwestern in den Bettenabteilungen war sehr schwer, aber verhältnismäßig ruhig. Bettenabteilungen im Revier und in den Blöcken gab es mehrere: chirurgische Abteilung, innere Abteilung, Infektionsabteilung direkt im Revier, Krankenblock 11 (Innere), Block 5 und 6 für Magen/Darmerkrankungen, Block 10 für TBC und Psychiatrie. Die Arbeit in der Ambulanz hingegen, wo ich die meiste Zeit verbrachte, war dramatisch, und wir alle standen dabei immer mit einem Bein im Bunker. Es handelte sich nämlich um eine hervorragend organisierte Sabotagegruppe. Die Gesundheitspflege im Lager war so organisiert: Kranke mußten sich bei ihrer Block- oder Stubenältesten melden und wurden von denen in die Ambulanz gebracht. Zuerst kamen die Frauen zum so genannten Wägelchen, was wirklich ein kleiner Wagen mit den nötigsten Medikamenten und Verbandsmaterialien war. Hier herrschte gewöhnlich, unter Aufsicht der SS-Schwester, die Pharmazeutin Bozka Sirotková, die kleine Verletzungen behandelte und die Temperatur maß. Die wurde grundsätzlich im After gemessen. Zur Behandlung durch den Arzt durften praktisch nur Frauen mit Fieber, und so hatte Bozenka zwei Thermometer, mit denen sie vor den Augen der SS-Schwester Fieber „herbeizaubern“ konnte. Die kranken Frauen gingen in Zweierreihen über einen langen Gang mit weißen Fliesen zum Behandlungsraum. Hier saß eine weitere SS-Schwester, manchmal auch die Oberschwester, am Behandlungstisch, und neben ihr stand unsere Zauberin-Dolmetscherin Hanka Housková. Sie kannte alle Sprachen, die im Lager gesprochen wurden - außer Ungarisch - sogar Spanisch hatte sie etwas gelernt. Sie ließ die Gefangene sagen, worüber sie klagt, aber übersetzte „ganz frei“, d.h. sie sagte das, wovon sie wußte, daß es ihr zur ärztlichen Untersuchung verhalf. Wenn es der Schwester nicht so vorkam, daß die Patientin Fieber hat, mußte Hanka erneut die Temperatur messen. Es wiederholte sich die Täuschung mit den Thermometern, und die Patientin hatte wirklich „Fieber“ und wurde zu mir auf die Innere zur Untersuchung in den nebenliegenden kleinen Raum geschickt. Wenn es der SS-Schwester aber nicht gefiel, schmiß sie die Patientin mit Fieber und einigen Tabletten gegen Fieber oder Durchfall raus. So wurden die wirklich kranken Frauen behandelt und betreut; oftmals waren sie aber nur erschöpft oder mußten aus einem Transport raus. Das war dann wirklich ein sehr gefährliches Unternehmen. Ich erinnere mich an eine Französin - ihren Namen kenne ich nicht, darauf kam es uns überhaupt nicht an. Sie sollte auf Transport gehen, und es war nötig (Entscheidung des internationalen Komitees), sie im Lager zu behalten. Man brachte sie direkt in den Behandlungsraum der Aufseherin, sie sei bewußtlos geworden, als der Transport schon angetreten war. Die SS-Schwester befahl Hanka, die Temperatur zu messen, und Hanka „zauberte“ mit ihrem vorbereiteten Thermometer 39,4°C herbei. Sie wurde also zu mir zur Untersuchung geschickt. Es fehlte ihr nichts, aber es war nötig, sich etwas Ernstes und dabei mit geringen Symptomen auszudenken. Ich belehrte sie und schrieb eine Diagnose: Rippenfellentzündung, was im Lager

immerhin Aufnahme ins Krankenhaus bedeutete. Aber die Aufseherin vom Transport wollte die Krankheit nicht anerkennen und rief Treite. Wir Eingeweihten erstarren alle, und der Puls beschleunigte sich bei allen, nicht nur bei der Kranken. Dank diesem Umstand zählte Treite bei der Französin 120/min. und ließ die Temperatur noch einmal messen. Die souveräne Hanka maß unter Aufsicht des SS-Arztes und der SS-Schwester erneut 39,4°C. Uns fiel ein erster Stein vom Herzen. Treite aber befahl der Frau sich auszuziehen und holte sein Phonendoskop (ärztliches Abhörinstrument). Ich wußte zwar, daß er sich als Gynäkologe in der Inneren nicht so auskennt, aber eine Rippenfellentzündung ist schon durch Abklopfen zu erkennen. Ich stand hinter ihm, als ich ihm meinen „Befund“ ausführlich schilderte, und redete im Geiste wiederholt auf ihn ein: Du Hund wirst sie nicht untersuchen, Du Hund wirst sie nicht untersuchen... Plötzlich wandte er sich widerwillig von dem abgemagerten Rücken ab und verkündete: „Geben Sie ihr Revieraufnahme“, d.h. verlegt sie ins Krankenhaus. - Auch wenn das nicht der einzige Vorfall war, ist er mir wegen seiner Dramatik in Erinnerung geblieben, und ich habe ihn auch der Pujmannová erzählt, die ihn in ihrem Buch „Das Leben besiegt den Tod“ verwendet hat. - Wenn die Sache nicht gelungen wäre, wären wir alle in den „Bunker“ (Kerker) gegangen und hätten eventuell 25 Schläge bekommen, was zu 90% den Tod bedeutet hätte. Aber es ging nicht nur um uns, sondern um die Zerschlagung eines eingespielten Kollektivs vom Wägelchen zum Behandlungsraum und weiter zum Labor und zum Röntgen. Im Laboratorium durch Fr. Peterková (Hrubá), Inka Katnarová, Vera Bobková, Jana Michová, eine Rotarmistin und die Sanitäterin Milka Skrbková zauberte man eine hohe Anzahl weißer Blutkörperchen herbei, krankhafte Ablagerungsmengen im Urin usw., je nach der Diagnose, die ich mir ausgedacht hatte. Sie mussten allerdings immer Proben zum Vorzeigen bereit haben, falls Treite zur Kontrolle kam. Ebenso war es beim Röntgen, wo hauptsächlich Marenka Pavlacká immer Aufnahmen mit falschen Namen zum Vorzeigen hatte. Und so zauberten wir alles Mögliche, damit sich die Frauen im Krankenhaus eine Weile von der entkräftenden Arbeit erholen konnten.

Manchmal ist uns aber auch etwas nicht gelungen. Ich erinnere mich lebhaft an Bozka Svobodová (zufällig die Amme meines Bruders Vitek). Sie war nicht die Jüngste und brauchte etwas Erholung, und so hatte ich mir Ischias ausgedacht. Sie war von mir so gut instruiert, daß Treite beschloß, den Nerv mit Alkohol anzuspitzen. Ich arbeitete in der Ambulanz, und da kam eine der Revierarbeiterinnen hineingestürzt, daß sie Bozenka in den Saal fahren. Sie war ja „so krank“, daß sie nicht mal gehen konnte! Ich fliege in den Saal, und sehe was sich tut. Ich sehe vor mir die wunderschönen, dunkel glänzenden Augen auf mich gerichtet mit der Bitte um Hilfe. Es war dies allerdings eine eher komische als tragische Situation. Und so flüsterte ich ihr zu: „Meine Liebe, jetzt läßt sich nichts mehr machen, den Stich in den Hintern wirst Du vielleicht aushalten, und dafür bleibst Du länger im Krankenhaus“. Und sie hielt durch und lachte, als Treite feststellte, daß sich ihr Zustand nach seinem Eingriff schnell „besserte“, weil Bozka Angst hatte vor einer weiteren schmerzhaften Spritze und sie sich doch allgemein etwas erholt hatte. Wir hatten überhaupt Glück, daß die SS-Ärzte im Allgemeinen nichts verstanden und

sich umso leichter täuschen ließen. Der größte Idiot war Orendi. Den habe ich das Abklopfen und Abhorchen gelehrt, allerdings mit gehörigem Abstand. Pletich wußte vielleicht ein bißchen mehr. Dr. Lukas war der Freund der SS-Schwester Gerda, und diese beiden waren die einzigen, die sich menschlich uns gegenüber verhielten, ja uns sogar halfen. Beide kamen allerdings erst im Jahre 1944. Dr. Lukas brachte z. B. persönlich ein bestimmtes Medikament (Antidotum) in den Block 10 gegen die zum Tode führenden Tabletten der „Oberschwester“. Er lehnte es ab, Selektionen irgendwelcher Art durchzuführen. Er verschwand etwa im März 1945. Man sagte, er mußte wegen Befehlsverweigerung an die Front. In den sechziger Jahren wurde ihm in der DDR der Prozeß gemacht - er wurde wegen Durchführung von Selektionen an der Rampe in Auschwitz angeklagt. Aber in Ravensbrück verhielt er sich wirklich menschlich, wie dies auch die deutschen Häftlinge in ihrem ersten Buch in der DDR anführten.

Schwester Gerda war eine gebildete Frau und scheute sich nicht, während ihrer Sonntagsdienste mit uns über Literatur und Musik zu sprechen. Am meisten half sie uns aber bei der Sterilisierung der Zigeunermädchen. Irgendeiner der Ärzte wollte die in Auschwitz praktizierte Clauberg-Methode der Sterilisation auch in Ravensbrück ausprobieren. Sie bestand darin, daß in die Gebärmutter unter Druck eine Lösung von Silbernitrat und Röntgenkontraststoff gespritzt wurde. Das geschah alles unter dem Röntgenschild und der Erfolg stellte sich ein, wenn die Lösung in die Eileiter gelangte. Dort provozierte sie eine sterile Entzündung, die zu einer Verklebung der Eileiterwände und damit zur Unfruchtbarkeit führte.

Um für die Versuche Menschenmaterial zu bekommen, redete man dem Zigeunertransport ein, daß die Frauen entlassen werden, wenn sie sich sterilisieren ließen. Die Frauen stimmten für diesen Preis zu. Es wurden etwa 160 Frauen sterilisiert. Alles geschah heimlich sonntags im Röntgenraum. Am letzten Sonntag suchte man etwa 10 Mädchen zwischen 10 und 12 Jahren aus. Auch einem Laien ist klar, um was für einen barbarischen Eingriff in den noch nicht erwachsenen Organismus es da geht. Die Kinder im Röntgenraum klagten und schrieten, und wir Mediziner wußten, worum es geht, auch wenn an den Versuchen kein Häftling teilnehmen durfte. Sonntagsdienst hatte damals Schwester Gerda. Wir flehten sie an, den Kindern wenigstens eine leichte Narkose zu geben. Das Klagen hörte auf, dafür warfen sie uns die Kinder bewußtlos aus dem Röntgenraum heraus. Wir breiteten mit Hanka einige Decken auf dem Boden im kleinen Behandlungsraum aus, und dorthin legten wir die Kinder, die aus den Gebärorganen bluteten und wieder klagten und sich nach der Narkose übergaben, und betreuten sie den ganzen Tag und die Nacht durch. Die armen kleinen weiblichen Körper boten einen erschütternden Anblick. Erst vor der Morgensirene trugen wir die Kinder in die entsprechenden Blocks. Auch die SS-Schwester Gerda war erschüttert und legte uns nichts in den Weg. Zwei dieser kleinen Märtyrerinnen sind dennoch gestorben. Nach den Röntgenaufnahmen war bei ihnen die Lösung nicht in die Eileiter gelangt, und die Sterilisation war also nicht gelungen. Treite ließ sich zur Durchführung einer Bauchoperation herbei, und beide Kinder sind nach weiteren Leiden an einer eitrigen Bauchfellentzündung gestorben. Bis heute kann ich den deutschen Ärzten

diese abscheulichen Versuche nicht vergessen, die schon bei erwachsenen Frauen riskant, bei Kindern aber sträflich waren. In diesem Sinne habe ich auch vor dem Nürnberger Gericht ausgesagt.

Schwester Gerda befreundete sich sehr mit der norwegischen Gefangenen Sylvia Salvesen, der Frau des Arztes der königlichen Familie in Oslo und Freundin der norwegischen Königin. Gerda ermöglichte Sylvia briefliche Verbindung mit Lord Bernadotte, dem Vorsitzenden des Schwedischen und des Internationalen Roten Kreuzes, und der organisierte noch vor Ende des Krieges den Abtransport der Norwegerinnen nach Norwegen und einiger Polinnen aus dem Lager nach Schweden. Unter ihnen war auch Sylvia. Nach dem Krieg holte sie Schwester Gerda zu sich und schützte sie mit ihrer großen Autorität.

Eine völlige Bestie war Winkelmann, der im letzten Winter ins Lager kam. Ich bin überzeugt, daß er nicht mal ein Arzt war, und ich habe ihm im Hamburger Prozess von 1946 auch keinen Arzttitel zuerkannt, weil er im Lager nie etwas anderes gemacht hat als Selektionen zur Vernichtung von Frauen. Wenn ich schon bei den SS-Ärzten bin, erinnere ich mich daran, was für eine „wissenschaftliche“ Arbeit ich für sie gemacht habe. Treite wußte, daß ich lange in einer Klinik gearbeitet habe, und so wandte man sich vertrauensvoll an mich. Zunächst machten wir Versuche mit einer Lösung aus „Kakerlaken“ (Küchenschaben), die sich nachts zu tausenden in der Häftlingsküche tummelten. Pletich ordnete an, ich solle sie kochen, die Lösung filtern und dreimal täglich Kranken mit geschwellenen Beinen geben und die Wirkungen genau verzeichnen. Am schlimmsten für mich war, sie zu fangen und zu kochen. Das mußte ich tun, denn Fina, eine deutsche Gefangene, beobachtete mich. So habe ich das gefiltert und heimlich weggegossen. Es war zum Glück eine farblose Lösung und ließ sich also durch Wasser ersetzen. Das „Medikament“ habe ich genauestens dreimal täglich verabreicht, habe die Urinmenge verfolgt und alles farbig in Fieberkurven verzeichnet. Ich habe das sehr gern getan, denn die Frauen durften sich lange im Bett erholen und durch die Ruhe im Bett wurden sie die geschwellenen Beine, Herzschwäche usw. los. Auch das Essen war im Revier besser. Pletich war zufrieden mit seinem „Versuch“, verfolgte meine Aufzeichnungen und nahm sie dann mit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er die günstigen Auswirkungen seiner „Kakerlaken-Kur“ irgendwo publiziert hat.

Eine weitere „wissenschaftliche“ Arbeit machte ich für Dr. Trommer. Das war der Chefarzt für mehrere Lager, und unsere Ärzte waren ihm unterstellt. Klein, zierlich, mit schwarzen Haaren und herrischem Auftreten, kam er manchmal, wahrscheinlich aus Berlin, zu uns. Er trug mir gemeinsam mit Treite auf, den Urin der schwangeren Frauen zu sammeln und ihn täglich einem Teil der Bauchtyphuskranken in den Mastdarm zu spritzen. Diesen Kranken durfte ich überhaupt keine Medikamente geben, auch nicht gegen Fieber oder zur Anregung der Herzstätigkeit. Schnell hatte ich alles im Kopf überschlagen und die Aufgabe angenommen. Selbstverständlich mußte alles zugunsten einer möglichst großen Zahl von Gefangenen organisiert werden. Ich überzeugte Dr. Treite, daß wir fünf schwangere Frauen im Krankenhaus aufnehmen müssen, um von ihnen zuverlässig Urin zu gewinnen. Die Schwangeren

waren im Warmen und in Ruhe, bekamen die Krankenkost, die zwar eintönig, aber besser war als im Block. Dafür mußten sie nur ins Glas urinieren.

In der Typhusabteilung unterteilte ich die Kranken in etwa 20 „Versuchs-“ und 20 Kontrollfrauen, wie es die wirkliche wissenschaftliche Arbeit erfordert. Die Kontrollfrauen bekam die übliche Behandlung: Antipyretika, Kardiaka und in der Krise Kampferinjektionen oder intravenös Strophantin mit Glukose - nach der Ernsthaftigkeit des Zustandes. Alles habe ich sorgfältig aufgezeichnet und habe Verzeichnisse, wirklich wie in einer Klinik, geführt. Die „Versuchs“-Frauen bekamen entsprechend der Aufzeichnung morgens den Urin der Schwangeren in den Mastdarm und dann gar nichts mehr. Die Wirklichkeit sah allerdings ganz anders aus. Morgens führte ich zwar ein Afterröhrchen ein - die Mehrzahl der Frauen hatte Durchfall - aber in den Darm habe ich nichts gespritzt. Dieses kleine Theater war nötig, denn nicht alle Frauen waren so intelligent, daß sie mich nicht doch unwissentlich verraten hätten. Ansonsten bekam diese Gruppe natürlich die gleichen Medikamente wie die Kontrollgruppe, mit dem Unterschied, daß ich sie nicht aufschrieb. Auf dem Fieberblatt wurde sorgfältig mit einem gelben Stift die Menge verabreichten Urins neben der üblichen Fieberkurve und der Pulsmessung aufgemalt. Trommel kam von Zeit zu Zeit, um die Aufzeichnungen anzusehen. Zu den Kranken ist er nie gegangen, diese Kontrolle übertrug er Treite - und es schien, daß er mit meinen Aufzeichnungen zufrieden war. Und so waren wir alle zufrieden: die SS-Ärzte, die Schwangeren, die Kranken und ich, bis zur Katastrophe. Ich arbeitete in der Ambulanz, als sie aus der Infektion zu mir gelaufen kamen und sagten, daß eine der Typhuskranken einen kritischen Kollaps hat. Ich lasse alles liegen und laufe zu der Kranken. Es war eine der „Versuchs“-Frauen, aber Strophantin mit Glukose in die Vene war nötig. Ich gebe auf dem oberen Bett mit Hilfe der Schwester langsam die intravenöse Injektion, als Treite an der Tür erscheint. Er wußte leider gut, wo die „Versuchs“-Fälle liegen und wo die Kontrollgruppe. Er brüllte mich ziemlich ungewöhnlich an - im Allgemeinen verhielt er sich höflich zu mir -, was ich da mache. Mein Herz bebte zwar, aber die Injektion gab ich zu Ende, dann kletterte ich runter, und in sein Geschrei hinein erklärte ich stolz, ich sei Absolventin der Karlsuniversität und hätte bei der Promotion geschworen, niemals die Sorge um die Kranken zu vernachlässigen. Hier sei es um eine schwere Herzkrise gegangen, die ohne Eingriff bestimmt den Tod bedeutet hätte.

Treite brüllte weiter, daß ich in den Bunker (Lagergefängnis) komme, daß ich 25 (Schläge) bekomme, daß er mich aus der Arbeit im Revier rausschmeißt. Ich antwortete ruhig, daß ich durch die Arbeit im Revier schon sehr müde bin. Ich mußte mit ihm zur Oberschwester, und die schrie doppelt so laut ihr „immer dieselbe“. Als sie sich ausgesprochen hatten, ging ich zu den Patienten zurück und wartete, was mit mir wird. Und ich wunderte mich über die Welt: Es passierte mit mir nichts. Ich arbeitete wie früher und setzte sogar die „wissenschaftliche“ Arbeit fort, obgleich Treite doch klar sein mußte, wie ich vorgegangen war und daß alles für die Katz ist. Wahrscheinlich hat er Trommer überhaupt nichts gesagt und der hat angeblich mit dieser Arbeit in Berlin habilitiert.

Das war vermutlich der Grund, warum mein Disziplinverstoß ohne Folgen abging. Gleichzeitig spürte ich aber, daß ich Treite mit meiner Unerschrockenheit imponiert hatte. Ähnlich wie den Kommissar Friedrich bei der Gestapo in Prag. Nur Stolz - bis Frechheit - zählte für sie. Er sympathisierte nicht mit mir, ich hatte ihn nur mit meiner Haltung beeindruckt, sonst wäre er nach dem großen Luftangriff auf Prag im Februar 1945 nicht so gemein zu mir gewesen. Im Operationssaal sagte er schadenfroh zu mir: „Stenka, Prag wurde bombardiert“. Er wußte, daß ich ein Kind dort habe. Ich darauf ruhig - auch wenn ich große Angst hatte, was mit den Unsrigen in Prag passiert: „Ich weiß“. Er schaute mich enttäuscht an, daß er mich nicht beunruhigen konnte und sagte: „Aber Prag wurde stark bombardiert!“ Das gab mir den Rest, und weil wir allein waren und ich wußte, daß er nicht privat mit mir reden durfte und daß er sich also nicht über mich beschweren konnte, setzte ich kühn hinzu: „Wir werden uns Prag wieder aufbauen, aber die Menschen werden nicht zurückkommen!“ und ging weg. - Wenn er seine SS-Mütze nicht auf dem Kopf hatte, war mit ihm sogar zu reden: über Prag, wo er einen Kurs in Militärchirurgie im beschlagnahmten Sanatorium in Podolí absolviert hatte und wo es ihm gefallen hatte. Er machte oft Bemerkungen über die Dummheit seiner Vorgesetzten, aber dabei fürchtete er sich, vor allem vor der Oberschwester. Er ließ sich sogar zu Selektionen herab, wenngleich er das mit großer Unlust tat.

Nach der offiziellen Arbeit in der Ambulanz-„Revierstunde“, wenn die übrigen Häftlinge außer den Revierarbeiterinnen frei hatten („Freistunde“), rannte ich zu den Blöcken der älteren kranken Frauen, die Angst hatten, sich im Revier zu zeigen, um nicht auf Transport zur Vernichtung geschickt zu werden. Aus dem gleichen Grund operierte ich mit Hanka in den Mittagsstunden, wenn die SS-Leute zu Tisch gingen, große eitrige Erkrankungen z. B. Klara Cervinková. Das gleiche geschah an den Sonntagen, so daß ich für mich kaum einen kleinen Augenblick zur Erholung hatte. Wenn nicht meine Marenka Pavlacká gewesen wäre, die immer aufopferungsvoll mit dem vorbereiteten Essen im Tagesraum auf mich wartete, hätte ich abends oftmals gar nichts gegessen.

Ich muß noch die Arbeit der Revierarbeiterinnen mit der Blutabnahme für die Wassermann-Reaktion zur Feststellung von Lues und mit den Abstrichen zur Feststellung von Tripper bei allen Zugängen erwähnen. Außerdem wurde Blut vor allem den besser ernährten Küchenarbeiterinnen für deutsche Soldaten abgenommen. Sie bekamen dafür arbeitsfrei. Für die Mädchen aus dem Revier bedeutete dies einen Ausflug zu Fuß mit dem abgenommenen Blut nach Fürstenberg. Ich kam leider niemals an die Reihe, ich hatte zuviel Arbeit, aber ansonsten wechselten sich die Mädchen in dieser angenehmen Arbeit ab. Das Revier wählte auch aus und „verbesserte“ das Aussehen der freiwilligen „Liebedienerinnen“ für die Lagerbordelle. Für diese Arbeit konnte man nur deutsche Asoziale gewinnen, die wahrscheinlich schon vor der Inhaftierung das gleiche gemacht hatten. Sie wurden immer von der Oberschwester ausgewählt. Sie wurden ärztlich untersucht - vor allem wurde erneut das Blut auf Lues untersucht -, bekamen zusätzliches Essen und Vitamine, brauchten nicht zu arbeiten, badeten sich und sonnten sich unter der

Höhensonne. So „veredelt“ führen sie mit der Zusage guten Lebens und der Entlassung in die Freiheit nach einem Jahr Wirken ab....

Im September oder Oktober 1943 erinnerte man sich in der Lagerleitung der Revierarbeiterinnen und wollte einige von ihnen für ihre Arbeit mit Prämien auszeichnen: mit Anweisungen an die Kantine, wo sie sich zusätzliches Essen kaufen konnten. U.a. wurden zur Auszeichnung vorgeschlagen Ilsa Machová-Kreibichová (Dolanská) und die sowjetische Ärztin Maria Klugmann. Beide lehnten die Auszeichnung mit der Begründung ab, daß sie ihren Mitgefangenen helfen und daß sie dafür nicht ausgezeichnet werden möchten. Beide wurden sofort aus dem Revier rausgeworfen. Ilsa ging in der Weberei im Industriebhof arbeiten, und Maria wurde als Ärztin nach Barth zum Kommando der im Werk Beschäftigten geschickt. Ilsa war mit ihrer neuen Arbeit sehr zufrieden, weil für sie die „Revieraufregungen“ entfielen, aber Maria, eine Fachchirurgin, lebte im Kommando sehr primitiv und konnte ihr Fachwissen nicht anwenden.

Für uns wenige, die wir lebend aus dem Lager von Auschwitz entkommen waren, war es schrecklich zu beobachten, wie sich das reine Arbeitslager in ein Vernichtungslager verwandelte. Das begann mit dem riesigen Zustrom von Gefangenen aus den evakuierten östlichen Lagern, die nach und nach von der Roten Armee besetzt wurden. Vor Weihnachten 1944 kamen viele uns bekannte Frauen aus Auschwitz. Unter ihnen waren einige, die zur Vernichtung weggeschickt worden waren, meist nach Lublin. Unter den wie ein Wunder geretteten Frauen war auch Anna Bartlová, eine tschechoslowakische Staatsangehörige rumänischer Herkunft. Sie war ungefähr 60 Jahr alt, als sie mit unserem Transport aus Auschwitz in Ravensbrück ankam. Sie sprach perfekt deutsch - sie hatte einen Handschuhladen in Karlovy Vary und einen in Prag, Na Mustku, - aber für die Verwaltungsarbeit im Lager war sie schon zu alt. Deshalb wurde sie den älteren Strickerinnen zugeordnet. Bei einem Fall brach sie sich den Schenkelhalsknochen und kam zu mir ins Krankenhaus. Ein operativer Eingriff (Nageln) kam nicht in Erwägung, und deshalb improvisierte ich eine Extension mit Hilfe von Pflaster, Binden und Gewichten (Ziegeln). - Im Lager war es überhaupt erforderlich, sich mit dem zu behelfen, was erreichbar war und was den durch Hunger, Kälte und Leiden geschwächten Organismus nicht übermäßig erschöpfte. Ich hatte auch eine verhältnismäßig große Anzahl von Frauen mit eitrigen Pleuritiden - Brustfellentzündung mit Ausfluß - zu behandeln. Eine Rippenresektion war ein zu anspruchsvoller Eingriff, und die postoperative Betreuung war nicht gewährleistet. Deshalb habe ich mir dank meiner Kenntnisse aus der Kinderheilkunde selbst einen Bülhavov-Drainageapparat mit permanentem Abfluß des Eiters und der täglichen Möglichkeit von Spülungen mit Rivanol konstruiert. Dieses Vorgehen hat sich tatsächlich bewährt.

Treite lachte über meine „Erfindungen“, aber er verbot sie nicht. Meine Patientin mit der Extension reichte er in einen Transport zur Vernichtung in Lublin ein. Ich konnte nicht mehr helfen. Im Geiste hatte ich schon Abschied von ihr genommen, aber zu meiner größten Überraschung kam sie mit einem östlichen Transport zurück und hinkte nicht einmal. Sie fuhr dann mit uns nach Prag, fand in ihrer früheren Wohnung eine große Summe Geld versteckt, erhielt die tschechoslowakische

Entschädigung für erlittene Leiden. Die Tochter mit dem Enkel kehrte aus Japan zurück, und erst jetzt wurde mir klar, daß sie Juden sind. Im Lager hatte sie das verheimlicht, und das hatte sie gerettet. Ihre Tochter war bald gestorben, und Anna ist danach mit dem Enkel und all ihrem Eigentum nach Israel ausgewandert. Auch hier bekam sie eine Entschädigung, genauso wie in Westdeutschland, wohin sie aus Israel übersiedelte. Sie starb mit etwa 90 Jahren in der Schweiz, wo sie die letzten Jahre mit ihrem Partner lebte, weil sie sich mit dem Enkel und dessen Frau in Deutschland nicht verstand. Ich verbreite mich so über ihr Schicksal, weil es eine außergewöhnliche Vitalität zeigt, die ein schweres Schicksal überwindet.

Ein besonders schweres, aber ebenfalls siegreiches Schicksal hatte unsere teure Miluska Sámalová, Doktor der Naturwissenschaften und unglückliche Frau und Schwiegertochter der hingerichteten Sámals, eine Mutter von zwei kleinen Kindern. Nach der Hinrichtung des Ehegatten wurde sie nach Terezín geschickt und von dort sofort nach Auschwitz-Birkenau. Sie und Vlasta Kladvivová (Kuprychová) begrüßten uns in Birkenau. Sie hatte eine schwere Beinverletzung durch einen Metallkarren und machte dennoch die schwere Arbeit weiter, um sich den Kindern zu erhalten. In Ravensbrück wurde sie für die Fabrik ausgesucht und kehrte erst gegen Ende ins Lager zurück. Einmal kam sie abends zu mir ins Revier und fragte mich aus, was ich über ihre Kinder weiß und daß sie von mir wüßte, ich würde immer die Wahrheit sagen und sie also darauf vertraue. Es war schrecklich für mich, weil ich wußte, daß die Deutschen die Kinder weggeholt haben, und dabei war mir klar, wenn ich ihr die Wahrheit sage, dann bekommen wir sie nicht lebend nach Hause. Ich entschloß mich also zu einer „heiligen Lüge“. Als sie mir sagte, daß ein Neuzugang, eine tschechische Lehrerin aus dem Block 8, ihr erzählt habe, daß die Deutschen sich der Kinder bemächtigt haben und niemand weiß, wo sie sind, habe ich mich furchtbar aufgeregt und überzeugend bewiesen, daß viel geredet würde und daß sie doch in erster Linie ihren Eltern glauben müsse, bei denen die Kinder sind. Daß sie doch dafür Beweise hätte, weil ihr die Kinder selber schrieben. Sie war noch immer voller Ungewissheit und Angst, aber schließlich gelang es mir, sie zu beruhigen. Ich begleitete sie in ihren Block und brachte sie ins Bett, dann lief ich zum Block 8. Voller Zorn flog ich in den Schlafrum und fragte nach dem Neuzugang. Es kletterte so ein nichtsnutziges Persönchen herunter, und ich ging in der lapidaren Lagerumgangssprache auf sie los: „Du dämliche Kuh, was hast Du Miluska über die Kinder vorgequatscht? Woher weißt Du das, was tritts Du hier Gerüchte breit? Sie wird doch wohl wissen, daß ihre Kinder bei den Eltern in Mnisek sind, wenn sie ihr schreiben. Wir fragen uns hier gegenseitig zur Sicherheit nicht einmal danach, warum wir hier sind, und Du wirst uns hier solche Gerüchte verbreiten. Schäm Dich! Weißt Du, wie Du sie verletzt hast?“ - Es war tödliche Stille, denn viele Frauen wußten, daß die Lehrerin Recht hatte. Aber die Lagersolidarität und das Vertrauen zu mir sagten ihnen deutlich, daß es richtig ist, zu lügen wie ich. Wenn sie nach Hause kommt und die Wahrheit erfährt, dann ist sie schon bei ihren Eltern - der Vater ist Arzt - und beim Bruder und die werden sich schon zu helfen wissen. - Letztendlich haben sich die Kinder nach dem Krieg glücklich wieder eingefunden

und heute ist Miluska eine glückliche, 70jährige, immer noch hübsche und liebe Großmutter.

Ein tragisches Ende nahm Milena Jesenská, die nach der operativen Entfernung der Niere durch Dr. Treite starb. Der Eingriff war angezeigt, und der postoperative Zustand war befriedigend bis zu dem Augenblick, da Dr. Treite eine erneute Blut-Transfusion durchführte, gegen das Milena schon Antikörper entwickelt hatte. Das war keine Absicht, sondern tiefe internistische Unkenntnis von Treite. Trotz meiner ärztlichen und unser aller menschlichen Fürsorge war es nicht gelungen, sie zu retten. Sie starb in Hankas und meinen Armen, und noch in der Nacht legten wir sie gemeinsam pietätvoll in einen Sarg aus einfachen Brettern und belegten ihn mit allem Grün, das wir im Revier auftreiben konnten. Deshalb hat uns der Vorwurf von Grete Buber-Neumann schwer getroffen, die in ihrem in Westdeutschland erschienenen Buch die tschechischen Kommunistinnen verurteilt, weil diese sich angeblich nicht um Milena gekümmert hätten.

Nach der Befreiung des Lagers starb auch die alte Professorin der Geschichtswissenschaft Klára Cervinková, die wir die ganze Zeit wegen ihres erstaunlich intelligenten und schönen menschlichen Profils behütet hatten. Nach einer Krebsoperation starb in meinen Armen Lilka Federová, Kulturschaffende und Dichterin, sie hatte einen Gedichtband herausgegeben. Überaus schwer verabschiedeten wir uns von der lieben und geduldigen Emilka Beranová, die mit uns aus Auschwitz hergekommen war. Das bösartige Kreuzbeingeschwulst ließ sich nicht operieren oder heilen und so konnten wir nur für eine Linderung ihrer Schmerzen sorgen. Sie vertraute mir vor ihrem Tode eine Botschaft und ein Geschenk für ihr Töchterchen und ihren Mann an. Mit Schmerzen habe ich ihren letzten Willen nach meiner Heimkehr erfüllt.

Neben dem großen Frauenlager für etwa 12.000, später 40.000 Frauen gab es hinter dem Wald ein kleines Männerlager. Hier waren hauptsächlich Handwerker Gefangene, die Reparaturarbeiten nicht nur im Lager, sondern auch in den hübschen am See im Wald verstreuten Villen der SS-Leute durchführten. Die Männer hatten ihren Häftlingsarzt Dr. Frantisek Sil, der immer am Mittwochnachmittag Häftlinge zur Röntgenuntersuchung herbrachte. In unserem Operationssaal führte er notwendige Operationen an den Männern durch. Es stellte sich heraus, daß Franta aus Nový Jicín in Mähren ein entfernter Verwandter meines Míla ist, und erst hier lernten wir uns kennen. Den Männern reichte natürlich die Frauenverpflegung noch weniger als uns, und so haben wir für sie Brot gesammelt. Die Jungens aller Nationalitäten waren lieb und kamen gern zu uns. Von den Tschechen erkannten wir auch Jindra Veselý, von dem ich bis heute ein Paar schöner Lederschuhe habe, die er mir auf dem Marsch nach Hause „organisiert“ hat. Die Jungens haben uns versprochen, wenn das Ende da ist, brauchten wir keine Angst zu haben, sie würden uns beschützen. Es ist aber ganz anders ausgegangen, denn die SS hat zuerst sie nach Westen evakuiert, bevor sie die Frauen 'rausgejagt hat. Trotzdem haben zwei Jungens ihr Wort gehalten, daß sie sich bei Kriegsende um uns kümmern würden. Franta Bures und Jirsík kamen ins Lager zurück, als es schon von der Roten Armee

befreit war, und boten ihre Hilfe an. - Aber dazu später, wenn ich von unserer Befreiung und Heimkehr erzählen werde.

Ich sagte schon, daß der Schrecken von Auschwitz uns im Lager Ravensbrück einholte. Im Winter 1944/45 war das Lager zum Bersten überfüllt. Es reichten weder neue Baracken „hinter Draht“, noch die Kanalisation oder die Wasserversorgung, und so entstand auch hier anstelle eines Arbeitslagers ein Vernichtungslager. Auf den Strohsäcken, schon ohne Bezug, schliefen bis zu drei Frauen. Am Ende wurde sogar nur ein großes Zelt aufgebaut, ohne Fußboden, in das die Neuzugänge aus dem Osten, meist aus den evakuierten Lagern, hineingepfercht wurden. Selbstverständlich wuchs die Zahl der Erkrankten, es trat auch der befürchtete Flecktyphus auf, und die Sterberate ging steil nach oben. Transporte nach Belsen-Belsen - selbst Mütter mit Säuglingen waren darunter - lösten die Situation nicht, und so entschlossen sich unsere SS-Herren für die Gaskammer. Am 4. März 1945 standen wir zu einem außerordentlichen Appell auf der Lagerstraße, und vor unseren Augen fuhr man halbnackte Frauen aus den Krankenblocks auf LKW weg. - So ging die gebildete Literatin, unsere fröhliche Milena Balcarová-Fischerová, Mutter zweier Kinder, die TBC hatte, in die Gaskammer. Wir standen machtlos und voller Schrecken auf der Lagerstraße. Die abgeführten Frauen schrieten und kämpften in Vorahnung des schlimmsten Schicksals. Es waren Schüsse zu hören. Diese Transporte aus den Krankenblocks wiederholten sich, und es wurde auch im Wald in Spezialautos vergast, die wir nach dem Abzug der Deutschen fanden.

Die Vernichtung ging der SS aber zu langsam, und so fing sie auch in den Häftlingsblocks mit Selektionen an. Grauhaarige, Alte, mit geschwollenen Beinen oder körperlichen Schäden, wurden beim Appell ausgesucht und in die Übergangsstation zum Tod, ins so genannte Jugendlager gebracht. Das war ein Lager ganz nahe dem unsrigen. Früher wurden dort deutsche Mädchen „umerzogen“, die nicht arbeiten wollten. Diese Mädchen kamen, wenn sie krank waren, zur Behandlung zu uns ins Revier. Sie wurden hier nach Bedarf auch hospitalisiert. Die Oberschwester war ihnen günstig gesonnen, steckte ihnen Essen zu und gab ihnen Vitamine. Einige Mädchen waren ganz lieb und lustig. Mir gefiel eine kahlgeschorene Lachtaube, der ich den Spitznamen „Holzkopf“ gab - ich weiß nicht mehr warum. Ihr gefiel das, und auch als ihre Blasenentzündung ausgeheilt war, kam sie zur „Urinkontrolle“, um mich zu sehen.

Diese Mädchen hatten ein sehr schweres Leben, und deshalb bemühten sie sich, zu uns ins Krankenhaus zu kommen, um sich ein bißchen zu erholen wie unsere Häftlinge. Die Mädchen aus dem Jugendlager wurden Anfang 1945 entlassen oder abtransportiert, und es entstand ein angeschlossenes Vernichtungslager. Es herrschte hier eine Sudetendeutsche, die junge, schöne Vera Salvequard. Sie verteilte tödliche Tabletten und Injektionen und begleitete die Frauen in die Gaskammer.

Hier konnten wir nicht mehr helfen, und so mußte dafür gesorgt werden, daß möglichst wenig Frauen ins Jugendlager kamen. Deshalb haben wir den grauhaarigen Frauen sonntags am Vormittag im Revier die Haare gefärbt. Die Farbe wurde anfangs von der Tschechin Ruzenka Ertlová gebracht, die im Frisörsalon für die Aufseherinnen und die Frauen der SS-Männer arbeitete, danach wurde

massenweise mit tierischer Kohle gefärbt. Mit den geschwollenen Beinen war es schlimmer. Es ging nicht nur im Kardialödeme, die sich etwas beeinflussen ließen, sondern auch um Schwellungen wegen des ständigen Hungers. Wer beim Appell für das Jugendlager ausgesucht wurde, war praktisch verloren. Einmal kam unsere aufopferungsvolle Polizistin Veruska Diskantová mit der Nachricht ins Revier gelaufen, daß Mama Zápotocká und Jozka Dusková, ihre Freundin, für das Jugendlager herausgesucht worden seien und vor dem polnischen Block stünden. Einzig die Lagerpolizistinnen und wir, die Revierarbeiterinnen, konnten sich frei im Lager bewegen, und so waren wir stets bemüht, daß diese Funktionen nur die besten und mutigsten Frauen bekamen. - Viele Frauen hatten Angst, Polizistinnen zu werden, sie fürchteten sich davor, was ihre Angehörigen sagen würden, wenn sie heimkehrten. Wir aus dem Internationalen Komitee haben ihnen garantiert, daß wir immer bezeugen werden, welche wichtige Rolle sie bei der Rettung von Häftlingen gespielt haben. - Und das war nach dem Krieg wirklich erforderlich: ich mußte z. B. für Libuse Nachtmanová für deren Arbeitsstelle eine Bestätigung ausstellen, wie die Polizistinnen den Gefangenen geholfen haben.

Als also Veruska mit dieser Hiobsbotschaft zu mir kam, lief ich zu der Blockältesten des polnischen Blocks und bat sie, das Fenster im Block zu öffnen und „nichts zu sehen“, wenn sich unsere beiden Tschechinnen dort versteckten. Die Polin versprach das und hat ihr Versprechen gehalten. Veruska brachte die Nachricht zu Mama - was für sie nicht ohne Risiko war -, und nun lag es an den beiden, ob sie sich zur Flucht entschließen. Die beiden mutigen Frauen trauten sich, da sie gut wußten, daß es ums Leben geht. In der Mittagspause lief ich zu Vilma Locherová, der Blockältesten eines der primitiven Blocks „hinter Draht“, und forderte sie auf, abends die beiden Tschechinnen zu übernehmen. In Zeiten der Ruhe wäre das ausgeschlossen gewesen, denn die Aufseherinnen kontrollierten nicht nur, sondern kannten die Gefangenen meist auch persönlich. In Zeiten der Überfüllung und des Chaos hatten sie schon den Überblick verloren, und so konnte man im Lager in der Illegalität leben. Dazu war es nötig, einen neuen Krankenausweis auszustellen, die so genannte „Revierkarte“, die eine Art Personalausweis war, mit Namen und Häftlingsnummer. Aus der Verstorbenenkartei entnahmen die Häftlinge im Krankenhausbüro - von den unsrigen arbeiteten dort Lída Hoblíková, Emicka Karafiátová und Jarmila Novotná - die erforderliche Anzahl Karteikarten und stellten neue Legitimationen aus, als wenn die Frauen von den Toten auferstanden wären. Nach diesen Legitimationen druckten andere Häftlinge die Nummern auf dem Ärmel. Bis zum Nachmittag stellte die mit uns eingespielte Gruppe die Legitimationen für Zápotocká und Dusková aus, andere druckten neue Nummern, und ich konnte während der Abendfreizeit, wenn man auf die Lagerstraße durfte, zu meinen Geretteten gehen. Die polnische Blockälteste sagte mir, daß sie sich im Schlafraum versteckten. Ich gehe hinein und rufe: „Weiberchen, wo seid Ihr?“ Im Lager gab es nämlich nur „Mädchen“ so bis 40 Jahre - und danach „Weiber“. Kein Laut. Ich rufe erneut: „Hier ist Zdenka, kommt raus, ich bin euretwegen hier!“ Und erst jetzt krabbelten unter einem niedrigen Bettgestell in der hinteren Ecke des Raumes zwei erschrockene Frauen hervor, die den ganzen Tag nichts gegessen und getrunken

hatten, mit ihren Beuteln, in denen sie ihren ganzen Lagerreichtum aufbewahrten, und fingen langsam, ganz langsam an zu lachen und mich zu umarmen. Die Beutel ließen wir im Block, damit ich sie wie zwei Kranke ins Revier führen konnte. Später brachte unsere Polizistin Veruska sie ihnen, und wir gingen ganz langsam zum Block. Ich glaube, es war Block 32. Vilma nahm uns ganz selbstverständlich und mit der ihr eigenen Freundlichkeit auf, ohne zu fragen, was sich abgespielt hat. Für die meisten von uns war es eine Selbstverständlichkeit, Hilfe - auch unter Risiko - zu leisten. Unsere beiden lieben, immer lustigen und nie mürrischen Weiberchen beendeten auch sehr originell ihren Aufenthalt im Lager. Bei der chaotischen Evakuierung des Lagers wandten sie sich wieder vertrauensvoll ans Revier. Den Todesmarsch hätten sie bestimmt nicht überlebt. Wir legten sie, schön zugedeckt, in das Entbindungszimmer, wo sie den Abmarsch der Deutschen abwarteten.

Das Vergasen dauerte noch bis Karfreitag, als eine Gruppe von Frauen aus Lidice als letzte umkam. Sie sollen sehr standhaft in den Tod gegangen sein und die Nationalhymne gesungen haben. Gleich danach wurde die Gaskammer abgerissen und plattgemacht, denn zu Ostern kam eine große Kontrolle des Internationalen Roten Kreuzes. Und so starben die Frauen bis zur Befreiung des Lagers nur noch „normal“, durch Hunger und Krankheit. Der Hunger war wirklich groß: wir bekamen nur eine Scheibe Brot aus Sägespänen am Tag, etwas Suppe aus muffigem Mehl und Futterrüben, so genannten Kaffee und nur von Zeit zu Zeit ein Stückchen Margarine und Marmelade. Der Eingang von Paketen aus der Heimat hörte auf, genauso wie der von Briefen, weil der Vormarsch der siegreichen Armeen die Verbindungen abschnitt. In dieser Zeit hielten wir den Hunger schon gerne aus, weil uns klar war, daß der Krieg zu Ende geht und der Sieg der Alliierten sicher ist. Daß die Befreiung naht und daß man von uns weiß, das bewies uns die Ankunft einiger Autos vom Roten Kreuz im Lager. Sie kamen wegen der Norwegerinnen. Erst nach dem Krieg habe ich erfahren, daß Sylvia Salvesen mit Hilfe der SS-Schwester Gerda das eingeleitet hatte. Die Norwegerinnen kamen ins Revier, um sich von uns zu verabschieden. Bei dieser Gelegenheit bot Sylvia, die als Sonderhäftling im Revier arbeitete, auch der SS-Oberschwester Marshall die Hand zur Versöhnung an. Ich war dabei und habe ihr diese Haltung einer „Gläubigen und alles Verzeihenden“ übel genommen. Die Marshall lachte aber nur ironisch und nahm die Hand nicht an. Das war wie eine Ohrfeige. Ich mußte sogar die Haltung der verhaßten SS-Schwester bewundern, die gut wußte, daß der Krieg verloren ist, und die doch auf ihrer Unversöhnlichkeit beharrte.

Zur gleichen Zeit ging auch ein „Nacht- und Nebeltransport“ ab. Es handelte sich um prominente Frauen, die meisten zum Tode verurteilt, und es wurde ihnen gesagt, daß sie als Geiseln gegen deutsche Gefangene ausgetauscht werden. Wir hatten mit den Transporten und ihrem Schicksal schon unsere Erfahrungen und hatten deshalb Angst um die Frauen. Die Gräfin Lanckoronská, eine Polin, versprach mir beim Abschied, sie werde meinem Vater eine Nachricht nach Moskau senden, daß ich in Ravensbrück lebe. Der Transport kam wirklich in Frankreich an, und die Lanckoronská hat meinem Vater die Nachricht geschickt. Er hat sie aber erst auf dem Weg nach Prag in Kosice zusammen mit der Nachricht von Vilma

Locherová erhalten. Wir glaubten fest, daß wir von der Roten Armee befreit werden, auf die sich alle unsere Hoffnung richtete - und das nicht nur bei den Kommunistinnen. Aber bis zur Befreiung mußten wir noch eine schwere Zeit durchmachen. An einem Tag im April ließ Treite uns, die Lagerärztinnen, zu sich rufen und fragte uns einzeln, ob wir mit den Schwerkranken im Lager bleiben wollen oder ob wir die gesundheitliche Fürsorge während der Evakuierung sichern wollen. Ohne zu überlegen antwortete ich, daß ich mit den Kranken im Lager bleiben will, daß ich das für meine Pflicht halte. Treite lachte mich aus, wie schon einige Male, daß ich „an meinem Herzen sterben werde“. Das war teils bildlich gesprochen, teils aber auch medizinisch, denn ich hatte einige Angina-Pectoris-Anfälle während des letzten, besonders schweren halben Jahres. Und daß er mich mit der Leitung des Sanitätsdienstes bei der Evakuierung beauftragte. Ich konnte nicht ablehnen, aber ich war entschlossen, nicht zu gehorchen. Mit Jarmila Novotná, die eine hervorragende Organisatorin war, bereiteten wir die Erste-Hilfe-Päckchen vor und bestimmten die Revierarbeiterinnen für den Sanitätsdienst. Jarmila war bereit, die Leitung zu übernehmen; sie wusste, daß ich entschlossen bin zu bleiben. Die Evakuierung erfaßte auch die normalen Blöcke, und die Frauen fragten mich um Rat, ob sie lieber das Lager verlassen oder hier bleiben sollten. Ich lehnte es diesmal ab, einen Rat zu geben, mit dem Hinweis, daß es wirklich ums Leben gehe und daß ich ihnen nur eines sagen kann, daß ich nämlich lieber als politische Gefangene im Lager umkomme denn als deutscher „Flüchtling“ auf der Straße.

Das Chaos im Lager steigerte sich. Die SS-Männer, vor allem Pflaum vom Arbeitseinsatz, jagten auch schwache und kranke Frauen aus den Blocks. Auf der Lagerstraße wurde geschossen, und die Hunde nahmen an der Jagd auf die Frauen teil, die sich weigerten, das Lager zu verlassen. Es kamen wieder einige Autos des Roten Kreuzes, diesmal angeblich wegen der Polinnen, aber sie fuhren unverrichteter Dinge leer wieder ab. Die SS-Leute gaben keine Frauen heraus. Einige Frauen - darunter Gusta Fuciková - konnten wir als Kranke im Revier aufnehmen, damit sie im Lager bleiben konnten. Das war möglich, weil den SS-Ärzten und -Schwestern schon alles egal war und sie nur noch hofften, nach Westen zu entkommen. Unsere Arbeit im Krankenhaus ging allerdings weiter, die Kranken brauchten uns, aber wir waren schon selbständig.

Es kam der letzte Tag, etwa der 27. April. Vormittags kam Treite mit dem Rad bis auf den Gang des Reviers und fragte mich verlegen, ob ich zur Evakuierung fertig bin. Ich bejahte, aber ich schaute ihm so in die Augen, daß er wissen mußte: ich bleibe. Ich weiß nicht, ob er versucht hat, mich aus dem Lager zu bringen, um mich zu liquidieren oder um mich zu retten, denn er mußte wissen, daß das Lager in die Luft gesprengt werden sollte. Für die erste Alternative würde eine Aussage von SS-Schwester Marta sprechen (was Milka oder Francka im Labor erzählt hat), die Gestapo aus Prag habe sich nach mir erkundigt und sich gewundert, daß ich noch lebe. Sie erklärte, wenn jemand nicht nach Hause zurückkehrte, dann sei ich das. Mich zur Erschießung „nach vorn“, zur Kommandantur vor dem Tor, zu rufen, wäre ergebnislos, denn genau wie einige Frauen vor mir würde ich nicht gehen, sondern in der Illegalität verschwinden. Es wäre auch doppelt riskant, weil mich

unangenehm viele Leute kannten. Auf dem Marsch außerhalb des Lagers könnten sie mich leicht liquidieren. Für die zweite Alternative würde die Bitte Dr. Treites um einen Besuch bei ihm sprechen, die mir durch seinen Anwalt beim Hamburger Prozess 1946 übermittelt wurde. Diese Bitte habe ich mit der Begründung abgelehnt, daß ich mit Treite nichts zu besprechen habe. So werde ich nie erfahren, was „Kollege“ Treite eigentlich gewollt hat.

Das Lager leerte sich, es trat eine ungewohnte Stille und Leere ein. Nachmittags schickte der Lagerkommandant Suhren nach mir, um mir im Küchenlager 2 Sack Salz, einige Säcke muffiges Mehl und ein Gestell mit Brotlaiben zu übergeben. Damit sollten wir 1500 Frauen ernähren, die bis zur Ankunft der Roten Armee im Lager blieben. Plötzlich stürzte eine Aufseherin herein und rief aufgeregt: „Schnell, schnell, in einer halben Stunde geht das Lager in die Luft“, und lief mit dem Kommandanten weg. Als ich aus dem Lager rauskam, sah ich Soldaten mit gefleckten Tarnmänteln, die rund um den gemauerten Bunker und um die Küche gruben. Am Tor stand noch die Wache. Rund ums Lager flackerten Brände und waren Kanonenschüsse zu hören. An diesem Abend ging ich im Revier bei Hanka Housková schlafen, die sich von einer Herzmuskelentzündung erholte. Ermüdet von den Ereignissen schliefen wir in der Überzeugung ein, daß dies unsere letzte Nacht sein wird. Falls nämlich die unterminierten steinernen Gebäude in die Luft flögen, zerfielen die hölzernen Baracken wie ein Kartenhaus. Warum die Vermingung versagt hat, blieb unaufgeklärt. Die SS hat sicher mit der Vernichtung gerechnet, denn in der Kommandantur hatten sie etwa 8 Kisten mit Kaderunterlagen der SS-Beschäftigten des Lagers zurückgelassen, die wir dort später gefunden und den Sowjets übergeben haben. Das Schicksal dieser Kisten ist uns nicht bekannt. Das Material wäre sehr nützlich gewesen beim Hamburger Prozess, den das britische Militärgericht gegen die SS-Leute von Ravensbrück geführt hat. Als einzige tschechoslowakische Zeugin habe ich vor der Abreise nach Hamburg im Oktober 1946 persönlich den damaligen sowjetischen Botschafter in Prag, Valerian Sorin, über die Übergabe der Kisten mit dem so wichtigen Inhalt informiert. Nach Hamburg sind aber weder die Kisten noch eine einzige sowjetische Zeugin gekommen.

Wir sind also wie durch ein Wunder am Leben geblieben und ohne unsere Kerkermeister. Das Lagertor stand offen! Jede von uns mußte sich irgendwie abreagieren. Ich ging in den Raum der Oberschwester, die mich am meisten erniedrigt hatte, setzte mich an ihren Schreibtisch und erfaßte erst jetzt, daß ich wieder ein freier Mensch bin! Für uns begann eine überschwere Arbeit! Für uns, die etwa 30 Gesunden mit 1.500 Schwerkranken. Das Revier wurde automatisch zu einer Art Lagerstab, und damit wurde ich eigentlich zum zeitweiligen Kommandanten. Wir brauchten jede Hand, und so gaben wir die Losung aus: Essen bekommt nur, wer sich an der Arbeit beteiligt. So haben wir auch ohne Waffen einige asoziale Elemente beherrscht, die sich in den Blocks versteckt hatten. Überall wurde gearbeitet. Es herrschte absolute Ruhe. Der elektrische Strom war abgeschaltet. Vermutlich deshalb hatte die Zeitzündung der Sprengung versagt und so hörte auch die Wasserversorgung auf. Gusta Fuciková und einige weitere Frauen

begannen, das Wasser in Kesseln auf Handwagen aus der nahen Quelle in die Küche und in die Krankenblocks zu schaffen. Nur so wurde die Versorgung der Kranken ermöglicht. Die Schwestern trugen sie in die saubersten Blocks, entfernten die oberen Betten, trugen saubere Wäsche herbei - persönliche und Bettwäsche - und die Blocks begannen, wie ein Krankenhaus auszusehen. Andere Frauen entdeckten die Pakete vom Roten Kreuz. Es waren schmale, längliche Kartons mit Trockenmilch, Haferflocken, Zucker, Keksen, Dosen mit künstlicher Butter und Wurst. Die amerikanischen Zigaretten bewirkten, daß wir zur Beruhigung fast alle anfangen zu rauchen. Die Kartons verteilten wir an alle Beschäftigten und Kranken, allerdings mit der Warnung, langsam und vorsichtig zu essen. Aus den übrigen Kartons entnahm ich für die 30 Säuglinge Trockenmilch, Haferflocken und Zucker und zeigte den Schwestern, die die Säuglinge betreuten, wie man daraus Säuglingsnahrung kocht. Soweit ich weiß, ist nach der Befreiung kein einziger Säugling mehr gestorben. Die verbleibenden Kartons kamen in die Küche und wurden die Grundlage fürs Kochen. Die Küchengruppe wurde von Bozka Svobodová geleitet, später von Jarka Taussigová, als Bozka bereits mit Hilfe der Sowjets begann, die Diätahrung zu kochen. Marenka Pavlacká habe ich die Verteilung des Brots anvertraut. Wir hatten für drei Tage je einen Kanten Brot. Aus der SS-Apotheke trugen wir in Körben die Medikamente herbei und konnten Kranke besser versorgen. Trotzdem sind auch an diesen Tagen viele Frauen gestorben. Ihre Körper gingen nicht mehr in die Leichenkammer hinein und wurden draußen gestapelt. Für eine Beerdigung hatten wir wegen der Sorge um die Lebenden weder Zeit noch Kräfte.

An diesem ersten Tag stolperte ein langer, abgemagerter französischer Arzt, Maurice Mittelstedt, ins Revier und teilte uns mit, daß in der Nähe im Wald in einer Baracke 600 Männer verschiedener Nationalitäten in einem absolut erbärmlichen Zustand liegen, und bat um Hilfe. Wir konnten nicht mehr versprechen als warmes Essen. Die Männer waren nicht imstande uns zu helfen, weder mit Kohle noch mit Wasser, und sogar die Kessel mit Essen mußten ihnen die Frauen hinschaffen. Weitere Fürsorge konnten wir ihnen erst mit Hilfe der sowjetischen Soldaten angedeihen lassen.

Trotz des Arbeitsanfalls gingen wir nachsehen vor das Tor, ins Krematorium, wo wir in den Öfen die verbrannten Reste von Körpern fanden und daneben die abgerissene „Gaskammer“. Wir wußten, daß sie über Ostern vor der Ankunft der Kommission des Roten Kreuzes zerstört worden war, aber wir wußten nicht, wie sie aussah. Wir fanden ein kleines Häuschen mit zerstörtem Dach, zugemauerten Fenstern und Resten irgendwelcher Isoliermatten. Das Häuschen stank durch und durch nach Chemikalien, und rundherum lagen Blechdosen von Zyklon herum. Das war wahrscheinlich durch den Kamin in die zugemauerten Räume eingelassen worden. Später fanden wir im Wald in der Nähe des Jugendlagers verlassene Autos - so ähnlich wie Umzugswagen -, die nach dem Anlassen des Motors und durch Einleiten der Auspuffgase ins Innere des Autos ebenfalls zur Vergasung genutzt wurden.

Die Front näherte sich. Das Schießen riss nicht mehr ab. Einige sowjetische Mädchen - Kriegsgefangene - und unsere Slávka Jonášová entschlossen sich am Morgen des 29. April, auf Erkundung zu gehen. Sie kamen, mir das zu melden, und wollten einen Beutel Salz haben. Sie erklärten mir, daß sie das Salz zur Selbstverteidigung den deutschen Soldaten in die Augen werfen wollten, falls sie auf welche stoßen sollten. Ich habe sie nur ungern in die Gefahr gelassen und ungeduldig ihre Rückkehr erwartet. Salz bekamen sie, soviel sie wollten, wir hatten es im Überfluß. Inzwischen bereiteten wir in der chirurgischen Abteilung des Reviers einen Raum mit sauberen Betten sowie den Operationssaal für verwundete sowjetische Soldaten vor. Die Mädchen kamen strahlend und verheult zurück, daß die sowjetischen Soldaten schon heute kommen werden, und schmückten das Tor zu ihrer Begrüßung mit Girlanden. Sie kamen auf Rädern durch das hintere, nicht geschmückte Tor, einfach und selbstverständlich, etwas erstaunt über die Äußerungen von Freude und Dankbarkeit der Frauen, die nicht gerade hübsch waren, aber vor Glück strahlten. Den Kommandeur der Aufklärungseinheit setzten wir symbolisch auf Winkelmanns Sessel. Er zeigte uns seine Gefechtsmappe, wo unser Lager genau eingezeichnet war, und lehnte die vorbereiteten Betten und den Operationssaal ab: „Ich danke Ihnen, wir haben keine Verwundeten, wir gehen bereits ohne Kampf vorwärts. In zwei Stunden kommt eine Einheit, die das Lager besetzt. Wir müssen weiter. Kümmern Sie sich weiter wie bisher um die Kranken, und wir werden Ihnen helfen. In keinem Lager haben wir so eine Ordnung und Ruhe vorgefunden wie bei Ihnen.“

Am gleichen Tag begrüßten wir bei Sonnenuntergang unseren ersten Kommandeur, einen jugendlichen Offizier, Viktor. Er kam auf einem weißen Pferd mit einer Pelzmütze auf goldenen Haaren, und mit ihm kamen seine Soldaten. Er quartierte sich auf unsere Einladung hin vorübergehend im Revier ein, die Soldaten vor dem Tor in der Kommandantur. Das Lagertor wurde wieder geschlossen, wieder stand ein Soldat davor, aber unser Soldat, ein Befreier, der aufpaßt, daß uns niemand mehr zu nahe tritt. In dieser Atmosphäre sah uns der 1. Mai 1945. Er erwachte in einer Flut von Sonne und Fahnen aller Nationen, deren Angehörige im Lager waren. Wie durch ein Wunder schmückten unsere Frauen über Nacht die Blocks mit Fahnen, die sie unter Einsatz ihres Lebens schon vor der Befreiung genäht hatten. Es überwog die rote Farbe. Ein Fahnenmeer im Konzentrationslager, am Ort des Leidens, des Schreckens und des Todes, und das am Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen in aller Welt! Die Frauen begrüßten sich und liefen aus dem Lager in den Wald und die Gärten und brachten Armvoll Grün und Blumen. Alle unsere Kranken sollten sich freuen und spüren, daß wir freie Menschen sind: Wir verstehen uns alle, lachen, leben auf vor Freude. Und Freude war für uns, die ehemaligen Häftlinge, das wichtigste. Auch unsere Seelen erholten sich.

In dieser Zeit veranstalteten unsere Befreier für die Krankenhausmitarbeiterinnen eine Art Fest. Wir saßen am langen Tisch im „Untersuchungszimmer“. Es gab auch eine einfache Bewirtung. Den Alkohol, der in die unterschiedlichsten Gefäße gegossen wurde, konnten wir Häftlinge nicht trinken. Er erinnerte an Spiritus, in dem irgendeine Farbe aufgelöst war. Die Stimmung war aber auch so eine

freundschaftliche und fröhliche. Das Lager als Infektionskrankenhaus bekam nach einigen Tagen einen neuen Kommandanten, den Leningrader Arzt Major Sergej Michailowitsch Bulanow. Er kam etwa am 2. Mai und ließ sich von mir durch das ganze Lager führen. Seit der Zeit sagte er „mein Hauptmann“ zu mir. Er quartierte sich innerhalb der Lagermauern im Büro der Baracke der ehemaligen Oberaufseherin Binz ein. Im halben der Politoffizier Major Lwow und der Wirtschaftler Hauptmann Chrennikow. Ganz schnell bekamen wir alles, was wir brauchten, wir Frauen und auch die Männer. Die wurden mit Hilfe unserer Schwestern in die sauberen Unterkünfte der SS-Leute verlegt. Für die groben Arbeiten wurden Frauen aus Fürstenberg herangezogen.

Nach sorgfältiger Untersuchung und Demontage der Verminung wurde der elektrische Strom wieder zugeschaltet, und so wurde ein reibungsloser Betrieb in der Küche, der Wäscherei und den hygienischen Einrichtungen in den Blocks ermöglicht. Wir bekamen die erforderlichen Medikamente und Blutkonserven von sowjetischen Menschen zur Rettung unserer Kranken. Das Bedeutsamste für uns war die Fürsorge unseres Doktors Bulanow. Er hatte großes Verständnis für uns, als er z. B. trotz Mangel an elektrischem Strom jeder Nationalität erlaubte, ihren Rundfunk zu hören und auf diese Weise wieder mit dem Weltgeschehen verbunden zu sein. Er öffnete für uns die reichen Lager an Waren, die die Deutschen aus den Ostgebieten herangeschafft hatten, damit wir uns zivil einkleiden konnten. Ich erinnere mich, wie er mich einmal in der Lagerjacke antraf, die ich mir gedankenlos über die Kleidung gezogen hatte, weil mir kalt war. Er wurde wirklich zornig, und ich mußte zurückgehen, um mir etwas Ziviles zu holen. Er war mit aller Kraft bestrebt zu erreichen, daß wir vergessen, was gewesen ist, und wieder normale Menschen werden. Zur Oberärztin bestimmte er Antonina Nikiforowa, eine Fachärztin für pathologische Anatomie aus Leningrad. Es gab immer noch viel Arbeit zur Rettung der kranken Frauen und Männer. Bulanow wünschte, daß ich mich als sein „Hauptmann“ im Offiziersspeiseraum verpflegte. Ich lehnte aber ab. Ich wollte keine Vorteile gegenüber unseren übrigen Frauen. Als Kinderärztin wurde ich Diätärztin. Täglich mußte ich eine Speisekarte mit Kalorienwerten für 4 verschiedene Diätarten vorlegen, die wir in der Küche zubereiteten. Die erste war für die gesunden Mitarbeiterinnen. Dr. Bulanow kam alles zu wenig vor, und erst als ich ihm drohte, wir könnten auch durch zuviel Essen erkranken, stimmte er den Restriktionen zu. Die zweite war eine Magendiät, leichte Kost, alles gemahlen. Die dritte, eine salzlose, war für Nieren- und Herzkranke. Die vierte war für die mit Durchfall und Hungerödemen am schwersten Betroffenen. Sie beinhaltete eine größere Menge Eiweißstoffe in leicht verdaulicher Form: Brühe, Molke, Quark usw.

Jeden Tag kontrollierte ich direkt bei den Patienten - einen Tag bei den Frauen im Lager, den anderen Tag bei den Männern hinter dem Wald - wie zufrieden sie sind. Ich werde nicht die erstaunten Gesichter vergessen, als sie eines Tages Reisbrei mit Schokolade bekamen. Es gab natürlich auch Unzufriedene, überwiegend Männer, die auf ein fetteres Essen drängten und vor allem auf Eier, angeblich zur Erneuerung ihrer Manneskraft. Einige Male liefen Männer aus dem Krankenhaus weg, griffen freilaufende Ferkel, brien sie im Wald und aßen sie - und kamen bußfertig wieder

ins Krankenhaus, schwer erkrankt. Auch die Disziplin bei den Männern war schwach. Der französische, der dänische und der polnische Arzt konnten sie nicht beherrschen, und schließlich mußte erst die französische Ärztin Hautval kommen, damit bei den Männern die Ordnung eingehalten wurde und die gesünderen ihren schwerkranken Kameraden halfen. Hier gab es die schwerste Arbeit für die Sanitäterinnen, die mutige Mirka Stropová, die Jugoslawin Ankica Horvat u.a.

In unsere erfolgreiche, freudige Arbeit drang aber aus dem Radio der Ruf: Prag ruft um Hilfe! Unsere Nächsten sind erneut in Gefahr. Mit Spannung erwarteten wir weitere Nachrichten, und nur die Arbeit mit den Kranken half uns, die neue Aufregung auszuhalten. „Ich beglückwünsche Sie zur Befreiung von Prag. Ich grüße Sie am Tag unseres gemeinsamen Sieges“, rief mir Dr. Bulanow am Vormittag des 9. Mai auf der Lagerstraße zu. Wir umarmten uns und drückten uns alle die Hände. Wir stellten eine Delegation zusammen, die dem Kommandanten des Lagers offiziell für die Befreiung der Tschechoslowakei danken sollte durch den Mund von Gusta Fuciková, die von uns allen am besten russisch sprach. Er war sehr ergriffen, und nach dem Krieg hat er sich gern an diese unsere Rede erinnert.

Auf der abendlichen Feier in der SS-Kantine sprach unser Politoffizier Hauptmann Lwow, wir sangen unsere Hymnen und dann die Internationale. Lwow wollte, daß wir lieber die sowjetische Hymne singen sollten, aber wir kannten die neue Hymne nicht, da waren wir schon im Gefängnis. Die Internationale erklang in allen Sprachen aus der SS-Kantine, was symbolisch war. Auch die schwerkranken Frauen kamen aus den Blocks, um sie zu hören! Unser Dienst am Rundfunkempfänger meldete nacheinander die Bildung unserer neuen Regierung, die Rede von Zdenek Nejedlý auf dem Altstädter Ring sowie seinen Gruß an uns in Ravensbrück. Kurz nach der Befreiung meldeten sich bei uns die ehemaligen Häftlinge aus dem Männerlager von Ravensbrück, Frantisek Bures und Jirsík, die vom Todesmarsch zu uns zurückgekommen waren, um ihre Hilfe anzubieten. Ich versicherte ihnen, daß für uns gesorgt wird, daß wir sie nicht brauchen, aber daß wir es begrüßen würden, wenn sie schnell nach Prag kommen, und zwar mit einem Verzeichnis der tschechischen Frauen im Lager, das wir zusammengestellt hatten. Dr. Bulanow erlaubte mir, die Männer mit Konserven und Brot für die Reise zu versorgen.

Ins Lager kam ein kleiner Lastwagen, und die Besatzung suchte irgendeine Tschechin. Ich versicherte ihnen, daß sie sie schwerlich finden werden und daß es uns darauf ankommt, schleunigst unsere jungen Tbc-kranken Frauen zur Heilung nach Hause zu schaffen. Sie gingen darauf ein und waren glücklich in Prag angekommen. Später hatten wir die Möglichkeit, auf die gleiche Weise unsere alten Frauen heimzuschicken, unter ihnen Marie Zápotocká, Jozka Dusková und die älteste von allen, Großmutter Paterová aus Kladno. Sie brachte uns alle damit zum Lachen, daß sie ihrem Enkel als Geschenk aus dem Lager eine Geige mitnahm, die sie irgendwo gefunden hatte. - Wir Gesunden waren hier immer noch vonnöten.

Diesem glücklichen Zeitabschnitt trübten zwei unangenehme Ereignisse, allerdings von solcher Bedeutung, daß ich sie anführen muß. Eines Tages stellte mir Dr. Bulanow auf der Lagerstraße einen jungen schwarzhaarigen sowjetischen Offizier vor und teilte mir mit, daß dieser etwas mit mir besprechen wolle. Der Offizier führte

mich weit am See entlang zu einer der SS-Villen. Er setzte sich an einen Schreibtisch, mit dem Rücken zum Fenster, und begann mich zu vernehmen, wer von den sowjetischen Ärztinnen tödliche Injektionen verabreicht habe. Ich lachte ihn aus und sagte, wenn ich eine solche gekannt hätte, dann hätte ich es schon lange dem Leiter gemeldet. Er hielt mich den ganzen Tag fest und immer mit der gleichen Frage. Er gab mir Mittagessen aus den Termophoren in der Küche, aber auch beim Essen wurde er nicht menschlicher. Ich war schon ganz verzweifelt wegen seiner Unnachgiebigkeit und sagte ihm, ich käme mir vor wie bei der Gestapo. Er zuckte nicht mit der Wimper und fragte erneut. Ich hörte auf zu sprechen, und da zog er aus der Schublade siegessicher eine Ampulle Evipan. Ich mußte wieder lachen und setzte ihm auseinander, daß das ein leichtes Narkosemittel ist, das bei kurzzeitigen chirurgischen Eingriffen verwendet wird, und daß alle Ärztinnen bei uns es laufend eingesetzt haben. Er schien nicht zufrieden zu sein, hielt mich bis gegen 22 Uhr fest und ließ mich dann unterschreiben, ich würde nicht weitersagen, daß ich zu einem Verhör war und was er mich gefragt hat. Ich unterschrieb, zermürbt von der Ermittlungsmethode und hauptsächlich davon, daß er mir nicht vertraute, mir, einem Mitglied der Kommunistischen Partei, das für seine antifaschistische Tätigkeit durch die Hölle der Gefangenschaft gegangen war! Das war für mich eine Lebensenttäuschung.

Als ich ins Lager zurückkehrte, begrüßten mich die Mädchen, mit denen ich zusammenwohnte, mit Jubel, weil sie Angst um mich gehabt hatten. Ich redete mich irgendwie dumm heraus, ich weiß nicht mehr womit, um das Unterschriebene einzuhalten.

Nach dem Tod der vom Stalin-Regime verfolgten und eingekerkerten sowjetischen Ärztin Marie Klugmann haben wir erfahren, daß es eine Anzeige gegen sie gegeben hat, und zwar von Vera B., der wir so vertraut hatten...

Auch das zweite ernste Ereignis kann ich nicht vergessen. Eines Nachts kam zu mir eine Frau aus dem Block der Frauen mit Säuglingen gelaufen und schrie, einige Soldaten hätten sich in diesem Block einschließen lassen und versuchten, die Frauen zu vergewaltigen. Das war ein außergewöhnlicher Vorfall, denn niemand von den Männern war uns Frauen zu nahe getreten. Ich lief mit der Bitte zu Dr. Bulanow, er möge einschreiten. Nach kurzer Zeit hörten wir Schüsse, und morgens erfuhren wir, daß die Soldaten, die sich im Lager versteckt und die Frauen bedroht hatten, erschossen worden sind. Es schien uns damals, daß diese Strafe vielleicht doch zu hart war.

Um die Hungerödeme zu studieren, kam der Dozent der Moskauer Universität, Dr. Rudoj, ins Lager, mit dem wir uns sehr anfreundeten. Ende Mai kam die ganze Besatzung einer belorussischen Infektionsklinik an, um sich der Kranken anzunehmen. Deshalb konnten wir alle mit ruhigem Gewissen, außer Dr. Mlada Taufrová, die sich entschlossen hatte zu bleiben, mit einer Wagenkolonne abfahren, die man für uns aus Prag geschickt hatte. Es kam auch Bures, noch in Lagerkleidung, Jirsík in der Uniform der revolutionären Garde und der sowjetische Major Tugarskij, zu dem wir „lebendes Aktenstück“ sagten, so glatt führte er uns durch das besetzte Deutschland. Ich erhielt die Erlaubnis, alle tschechischen Frauen wegzubringen,

auch die Typhuskranken. Ich durfte für die Kranken alles mitnehmen, was ich brauchte.

Es kam der letzte Abend im Lager. Wir veranstalteten ein politisches Meeting, auf dem auch Antonín Zápotocký sprach, der gekommen war, um seine Frau zu suchen, und den wir mit nach Prag nahmen. Wir verneigten uns vor unseren toten Gefährtinnen, die von den sowjetischen Soldaten begraben worden waren (in den Öfen wurde nicht mehr verbrannt), und stellten auf die Gräber rote Gebinde mit einem fünfzackigen Stern, wie man es bei gefallenen Soldaten machte. Morgens wurden die bettlägerigen Patientinnen in die Lastwagen getragen, die mit Matratzen gepolstert und mit Teekesseln versorgt waren. Die gesunden Frauen fuhren mit Omnibussen, in denen es ebenfalls Essensvorräte für alle Frauen für drei Tage gab. Das Tor ging auf, die Autos und Omnibusse fuhren auf die Fürstenberger Chaussee. Nach ihnen fuhren wir mit einem PKW, nachdem ich unterschrieben hatte, daß ich die Typhusfrauen in Prag in einem Krankenhaus unterbringe, und nachdem ich mich ergriffen von unserem Kommandanten verabschiedet hatte. Jirsík steuerte den Wagen, neben ihm Bures in der Lagerkleidung. Hinten saß ich mit dem sowjetischen „lebenden Aktenstück“ Major Tugarskij und mit Genossen Zápotocký.

Ich werde niemals den berausenden Augenblick vergessen, als wir aus dem Lagertor in die Baumallee einbogen: Ich lebe, ich habe gesiegt, und ich bringe alle tschechischen Frauen mit. Wir fuhren durch die Ruinen des zerstörten Deutschlands, sowjetische Mädchen mit Fähnchen wiesen uns den Weg, und wenn sie sahen, daß wir aus einem Konzentrationslager kamen, winkten sie freudig mit den Händen.

Ergriffen betraten wir tschechischen Boden - wir, die wir lange damit rechnen mußten, daß wir nicht wieder nach Hause kommen. Am Stadtrand von Prag hielten wir an und baten in den Häuschen, ob wir uns etwas waschen könnten, bevor wir die Stadt betreten. Während wir uns zurechtmachten, schmückten die Bewohner die Wagen mit Flieder und Blumen, und so fuhren wir siegreich in die Sokolská ulice, wo die Quarantänezentrale für die heimkehrenden Gefangenen eingerichtet war. Bevor ich meine Familie begrüßen konnte, die hier auf mich wartete, sorgte ich natürlich für die sofortige Aufnahme der infektiösen Frauen ins Krankenhaus, wie ich mich in Ravensbrück verpflichtet hatte. So begann das neue Leben nach der Befreiung.

Biographische Skizze

Richard Creutzburg: Der Feuerkopf (1905–1936)

Martin Creutzburg

Richard Christian Creutzburg gehört zu den vielen jungen Idealisten, die in der Weimarer Republik für soziale Gerechtigkeit und ein besseres Leben der Arbeiterschaft kämpften und deren Biographien keiner kennt. Er stammt aus einer Familie, die seit mehr als neun Generationen im und vom Thüringer Wald lebte, alle Vorfahren waren Schreiner, Dielenschneider, Zimmerleute. Er wuchs in der Gegend um Tabarz auf, in der der Name Creutzburg keine Seltenheit ist.

Er wurde am 21. Januar 1905 in Tabarz bei Gotha als neuntes und vorletztes Kind des Schreinermeisters Alfred Creutzburg und seiner Frau Karoline, einer Zimmermannstochter, geboren.

Die Familie war bis 1907 auf zehn Kinder angewachsen: Wilhelm, Friedrich, August, Minna, Karl, Paul, Ernst, Otto, Richard und Friedel. Sie mußten, um einigermaßen existieren zu können, schon frühzeitig durch Heimarbeit zum Lebensunterhalt beitragen: durch Knopf- und Spielzeugfertigung, Heimmontagen für die Elektroindustrie, Brot ausfahren, Zeitungen austragen u.a.m.

Hinzu kam, daß der Vater infolge seiner politischen Einstellung - er war Mitglied der Sozialdemokratie, hatte an den Parteitag der SPD in Eisenach und Gotha teilgenommen und war außerdem noch Gewerkschaftsfunktionär - fast überall gemäßregelt wurde. So blieb es nicht aus, daß die Familie verhältnismäßig oft den Wohnort wechseln mußte. Wenn der Vater eine neue Arbeit gefunden hatte, zog die Familie hinterher: 1909 von Tabarz nach Remstädt, Kreis Gotha, 1911 von Remstädt nach Sättelstädt, Kreis Gotha, 1913 von Sättelstädt nach Ruhla, Kreis Eisenach. Das war für die kontinuierliche schulische Bildung der Kinder nicht günstig, förderte andererseits aber schnelles Eingewöhnen in eine andere Umgebung und neue soziale Kontakte.

Unter welcher erbärmlichen Bedingungen die Kinder aufwuchsen, ist heutigen Generationen nur schwer zu vermitteln. Die Kinder schliefen zu dritt in einem Bett, die Betten standen auf dem Dachboden, der natürlich nicht beheizbar, im Winter eisig kalt und im Sommer brütend warm war. Die Sorge der Eltern war, das Überleben der Kinder einigermaßen zu sichern. Alles in allem war es eine äußerst ärmliche Kindheit, so daß alle Kinder, sobald sie volljährig waren, möglichst rasch aus der Enge der elterlichen Wohnung entfliehen wollten.

Richard war noch ein Kind, als nach dem Attentat von Sarajevo und dem Ultimatum von Österreich-Ungarn an Serbien am 1. August 1914 der Erste

Weltkrieg begann, an dem 65 Millionen Soldaten teilnahmen, von denen 20 Millionen verwundet und zehn Millionen getötet wurden. Wilhelm Creutzburg, der älteste Bruder, fiel 1916 mit 28 Jahren „für Kaiser Wilhelm und das deutsche Vaterland“. Auch die älteren Brüder Friedrich, Karl und Paul mußten in den Krieg ziehen.

1916 versuchten die Eltern, durch Umzug ins Rheinland der täglichen Misere des Kampfes um die Existenz zu entkommen, und siedelten sich in Wiesdorf/Leverkusen an, in der Hoffnung, bei der Farbenfabrik Friedrich Bayer & Co. eine bessere Grundlage für das Leben der Familie zu finden. Infolge des Krieges, in dem die männliche Jugend verheizt wurde, suchte die Industrie dringend Arbeitskräfte. Die älteren Geschwister Friedrich, August, Minna und Karl hatten ihre Wurzeln schon in der Thüringer Heimat geschlagen, und so trennte sich die Familie in einen thüringischen und einen rheinischen Zweig.

Richard konnte nach Abschluß der Volksschule in Wiesdorf keinen Beruf erlernen, weil das von ihm verdiente Geld zum Lebenserhalt der Familie benötigt wurde. Ein Jahr nach der Übersiedlung ins Rheinland starb am 25. September 1917 die Mutter. Das Familienleben wurde noch schwieriger.

Im Jahre 1918 heiratete Vater Alfred ein zweites Mal, um für die im Hause verbliebenen fünf Kinder Paul (20), Ernst (18), Otto (16), Richard (13) und Friedel (11) eine Mutter zu haben. So konnte auch die Tradition der Hausmusik im Hause Creutzburg, Montanusstraße 8, fortgesetzt werden. Doch starb Emma Creutzburg schon nach etwas über einjähriger Ehe. Als der Vater daraufhin nach kurzer Zeit ein drittes Mal heiratete, diesmal eine wesentlich jüngere Frau, Laura, war das Familienleben zu Ende. Die Kinder verließen das Haus, sogar die Jüngste, Friedel, zog zu ihrer Schwester Minna nach Ruhla, um dort die Schule abzuschließen.

Der Weg in die KPD

Richard begann zu dieser Zeit, als einfacher Fabrikarbeiter in Wiesdorf/Leverkusen bei der Farbenfabrik Bayer zu arbeiten. Das politische Engagement des Vaters und die von ihm übernommene Idee, der Sache der sozialen Gerechtigkeit zu dienen, die ärmlichen Lebensumstände der Familie und das Vorbild der älteren Geschwister hatten die politische Entwicklung der jüngeren Familienmitglieder wesentlich beeinflusst: Fast alle wurden im entsprechenden Alter Mitglied der SPD, USPD und KPD.

Bruder Fritz war seit 1908 Mitglied der Gewerkschaft und seit 1913 Gewerkschaftsfunktionär im Verband der Zimmerer, später Betriebsrat bei Carl Zeiss in Jena; seit 1909 Mitglied der SPD, danach der USPD und mit der Vereinigung von USPD und KPD 1920 Mitglied der KPD, später Mitglied der Bezirksleitung Großthüringen der KPD und viele Jahre bis 1933 Stadtrat in Jena. Bruder August, seit 1909 in der Gewerkschaft und in der SPD, war ebenso ab 1917 in der USPD und ab 1920 in der KPD. Ab Ende März 1924 war er Politischer Sekretär in den Bezirksleitungen der KPD Magdeburg-Anhalt, Wasserkante, Niederrhein, Saargebiet, Pfalz und ab Juni 1929 Leiter der Organisationsabteilung des ZK der KPD. Sein Bruder Otto war im Dezember 1918 dem Deutschen

Metallarbeiterverband beigetreten, wurde im Frühjahr 1919 Mitglied der Jugendorganisation der SPD, der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), die damals in Wiesdorf gegründet worden war.

Schon als Lehrling wurde Richard wegen seiner Antikriegspropaganda gemäßigelt und mußte die Lehre aufgeben. Beim Streik in der Farbenfabrik 1921 wurde er gemeinsam mit seinen Brüdern Otto, Ernst, Paul und dem Vater Alfred Creutzburg als Rädelführer entlassen. So kam er schon früh auf schwarze Listen der Arbeitgeber. Er engagierte sich sehr aktiv in der kommunistischen Jugendbewegung in Köln. Bereits 1923, mit 18 Jahren, war er Mitglied in der Landagitationskommission der KPD Mittelrhein. Am 26. August 1923 wurde er in der Bezirksleitungssitzung der KPD Ruhrgebiet als Jugendleiter gewählt. Als Sekretär der Kommunistischen Jugend des KPD-Bezirks Mittelrhein wirkte er vor allem im Unterbezirk Köln. Im April 1923 hatte man ihn in die Plenarzentrale [entsprach dem Zentralkomitee in der KPD] der Kommunistischen Jugend Deutschlands gewählt. Im Protokoll der Zentrale vom 8. April wird er als aufmüpfiger Diskutant zitiert: „Die SAJ-Führer haben ihre Mitgliedschaft fest in der Hand. ...Deshalb ist die vorgeschlagene Taktik falsch...Wir müssen in die Parteidiskussion schon jetzt eingreifen und nicht erst warten, bis die Partei sie erledigt hat. Aufgabe der Zentrale ist es, die Arbeit in den Bezirken nicht nur zu beobachten, sondern auch [in sie] einzugreifen.“¹ Die Sozialistische Arbeiterjugend, die erst im Juni 1919 durch Beschluß des Weimarer Parteitags der SPD zustande kam, wurde offensichtlich besser geführt als die Kommunistische Jugend Deutschlands, die schon im Oktober 1918 als Freie Sozialistische Jugend gegründet worden war und sich am 11./12. September 1920 in Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) umbenannt hatte.

1923/1924 wurde die Kommunistische Jugend Deutschlands von Heinrich Pütz geleitet. An der Tagung der Plenarzentrale am 11. August 1923 nahmen unter anderem teil: Pütz, Rudolf, Reinhard, Grunert, Kuhn, Graeser, Schneider, Leibbrand, Kress, Auer, Creutzburg, Häbich, Wiedmaier, Pfothenhauer, Blenkle, Seidler. Im Protokoll dieser Sitzung hieß es: „Beschwerde des Büros über den Genossen Creutzburg: In die Kommission zur Prüfung der Beschwerde werden gewählt - die Genossen Auer, Wiedmaier, Häbich. Die Genossen vertreten nach Prüfung des Materials folgenden Standpunkt: Der Gen. Creutzburg hat Recht, daß ein Teil der Materials viel zu spät in seine Hände geraten und dadurch die Arbeit erschwert worden ist. Zu verurteilen ist der Ton, den der Gen. Creutzburg sich im schriftlichen Verkehr mit dem Büro erlaubt. Dadurch wird das Ansehen und die Autorität des Büros untergraben und eine erfolgreiche Arbeit unmöglich gemacht. Der Genosse Creutzburg erklärt, in Zukunft einen anderen Ton anschlagen zu wollen; die sachlichen Beschwerden müsse er aufrecht erhalten.“² Als einfacher Arbeiterjunge, der erst 18 Jahre alt war, hatte er noch keine Erfahrungen mit solchen „Büros“. Das sollte sich bald ändern.

1 Protokolle der Plenarzentrale der KJD April 1922, Mai 1923, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), RY 1/I 4/ 1/ 19, Bl. 139.

2 Protokolle der Plenarzentrale der KJD 1923, SAPMO, RY 1/I 4/ 1/ 21, Bl. 72.

Das Jahr 1923 war für die Entwicklung in Deutschland ein überaus geschichtsträchtiges Jahr. Die Inflation strebte in Deutschland dem Höhepunkt entgegen und trieb zahllose Menschen in den Ruin. Das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung sank. Die politische Situation verschärfte sich schlagartig, als am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschierten. Das Ruhrgebiet wurde durch Zollschranken vom übrigen Deutschland getrennt. Anlaß zu dieser Okkupation waren rückständige Reparationsleistungen Deutschlands, die sich aus dem Vertrag von Versailles ergeben hatten. Im Mai kam es zum Streik von 380.000 Berg- und Hüttenarbeitern im Ruhrgebiet. Auch in Schlesien und Berlin kam es zu Streiks. Am 12. August 1923 wurde die Regierung Cuno durch einen Generalstreik gestürzt und unter Einbeziehung der SPD die Regierung Stresemann gebildet.

Die Führung der durch die Vereinigung von KPD und USPD entstandenen VKPD überschätzte durch die erreichte Mitgliederstärke den wirklichen Einfluß der Partei, verkannte die reale politische Lage und wollte auf der Basis der von August Thalheimer, Paul Frölich und Wilhelm Koenen entwickelten „Offensivtheorie“ die Offensive ergreifen. Dazu trug außerdem in erheblichem Maße das Einwirken der Kommunistischen Internationale bei. So plante man in Moskau, in 2000 km Entfernung, einen „Deutschen Oktober“.

Anfang Oktober 1923 wurden in Sachsen und Thüringen linke Koalitionsregierungen aus SPD und KPD gebildet. Am 20. Oktober beschloß die Zentrale der KPD, immer noch der „Offensivtheorie“ anhängend und in Verkennung der realen Kräfteverhältnisse, den Aufruf zum sofortigen Generalstreik in Deutschland und anschließenden bewaffneten Aufstand.

Die von den sächsischen Landesministern Heckert (KPD), Böttcher (KPD) und Graupe (SPD) für den 21. Oktober nach Chemnitz einberufene Konferenz der Vertreter der proletarischen Kontrollausschüsse, der Betriebsräte, Konsumgenossenschaften, Erwerbslosen und Gewerkschaften zeigte aber, daß die Losung - sofortiger Beginn des Generalstreiks - nicht real war. Daraufhin wurde zwar der Beschluß der KPD-Zentrale vom 20.10.1923 einen Tag später, am 21.10.1923, rückgängig gemacht, aber in Unkenntnis dieser Kehrtwendung begann am 23. Oktober der „Hamburger Aufstand“, der am 25. Oktober abgebrochen werden mußte, weil es keine weitere Unterstützung gab.

Am 21. Oktober marschierte die Reichswehr in Sachsen ein, dabei gab es in Freiberg 42 Tote. Der Reichskanzler Gustav Stresemann als ehemaliger Syndikus des Verbandes der sächsischen Industrie hatte für die Klagen der sächsischen Industriellen über die „kommunistische Gefahr“ in Sachsen ein offenes Ohr und setzte am 29. Oktober die linke Koalitionsregierung Erich Zeigners ab. Als dieser sich weigerte zurückzutreten, wurde wie 1920 in Sachsen-Gotha die Reichsexekution erklärt, Reichspräsident Ebert (SPD) entthob den SPD-Ministerpräsidenten Dr. Zeigner rechtswidrig seines Amtes und setzte Heinze von der Deutschen Volkspartei Partei (DVP), der Partei der deutschen Großindustrie, als Reichskommissar ein. Die bayrischen konservativen und faschistischen Putschisten in der „Ordnungszelle Bayern“ hingegen ließ man gewähren.

Eine Woche später marschierte die Reichswehr auch in Thüringen ein, und am 5. November wurde die Thüringische linke Koalitionsregierung abgesetzt.³ Die Ereignisse boten nunmehr den Anlaß, die KPD am 23.11.1923 zu verbieten. Erst am 1. März 1924 wurde das Verbot wieder aufgehoben.

In der KPD und in der Komintern wurden nach der Oktober-Niederlage 1923 in Deutschland Schuldige gesucht. Die Sündenböcke fand man rasch – Heinrich Brandler und August Thalheimer, die führenden Köpfe der KPD bis zu ihrer Abberufung nach Moskau. Dort nahm man sie in die KPdSU⁴ auf und untersagte ihnen anschließend per Beschluß des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) und des Politbüros der KPdSU, sich in die Angelegenheiten der KPD einzumischen. So waren beide jahrelang sozusagen „kominterniert“. Trotz formeller Aufhebung dieses Beschlusses Ende 1926 wurde ein Hin und Her zwischen dem ZK der KPdSU und dem ZK der KPD organisiert, das bis 1929 anhielt, um beide auch weiter als „Rechte“ erbittert zu bekämpfen, wie man aus einem Schreiben von Brandler und Thalheimer vom 19. Dezember 1928 an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und an das Politbüro der KPdSU entnehmen kann: „...Seit einigen Jahren werden wir mehr oder weniger systematisch an der politischen Betätigung innerhalb der Partei, die wir mitbegründet haben, innerhalb der KPD, gehindert.“⁵

Aber zurück zu Richard Creutzburg. Am 22./23.1.1924 fand in Berlin eine Plenartagung der KJD statt, an der er teilnahm. Hier wurde die politische Lage und die Situation in der Partei [nach dem Verbot], der Bericht des „Kopfes“ über die nächsten Aufgaben [in der Jugendorganisation], die Lage des Verbandes und die Aufgaben seiner Umorganisation sowie Verschiedenes, darunter der Text der Resolution zu den o.g. Themen, debattiert und festgestellt, daß es Differenzen in der KPD gäbe, die eine Spaltung brächten. Der Zentralauschuß sei ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Richtungen in der Partei gewesen. Nach dem Verbot hätte die KPD halt- und direktivlos dagestanden. Es seien viele Fehler gemacht worden, und nun müsse der Kurs nach links führen, die Partei müsse sich klar nach rechts abgrenzen. Eine ernste Krise gäbe es auch in der russischen Partei. Die Entwicklung der Genossen Trotzki und Radek sei sehr gefährlich und würde von der Parteimitte abgelehnt. Die Einstellung der KPD auf die Illegalität sei nur organisatorisch erfolgt. Es zeige sich ein großes Unvermögen, illegal tätig zu sein. Es gäbe nur schwache Verbindung zu den Betrieben. Ein starker Mitgliederrückgang um 50 % sei zu verzeichnen. Die Umstellung auf Betriebszellen sei schwierig, es seien fast alle Zellen verloren gegangen. Der größte Teil der Mitglieder sei

3 Siehe Klaus Kinner: *Der deutsche Kommunismus*, Band 1, Berlin 1999; Josef Schwarz: *Die linkssozialistische Regierung Frölich in Thüringen 1923, Hoffnungen und Scheitern*, Schkeuditz 2000.

4 Die mehrfach wechselnde Abkürzung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion lautete bis 1925 RKP(B), 1925-1952 VKP(B), nach 1952 KPSS; im vorliegenden Text wird durchgängig – ausgenommen sind Zitate – die seit 1925 in deutschsprachigen Dokumenten der Komintern geläufige Abkürzung KPdSU verwendet.

5 Grundsatzfragen; Auseinandersetzung mit oppositionellen und parteifeindlichen Kräften und Gruppierungen in der Partei; Fraktion der Rechten und Versöhnler 1928, SAPMO, RY 1/I 2/ 3/ 69, Bl. 411-414; siehe dazu auch Jens Becker/Theodor Bergmann/Alexander Watlin (Hrsg.): *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*, Mainz 1993.

erwerbslos. Es wäre falsch zu sagen, daß die SPD der politische Feind der Arbeiterschaft sei, und deshalb Verhandlungen abgelehnt würden. Die Formulierung von Thalheimer sei falsch, da man nicht vom Sieg des Faschismus über die November-Demokratie sprechen könne.

Zu jener Zeit hatte die KJD aus dem Kreise der Plenarzentrale einen „Kopf“ bestimmt, der etwa dem Politbüro der KPD entsprach, also die Arbeit zwischen den Tagungen der Plenarzentrale leiten sollte. Ihm gehörten anfangs etwa fünf bis sechs Personen an, ab 1924 umfaßte er acht bis elf Mitglieder. In der Diskussion über die Resolution zur Lage in der Partei, die vom „Kopf“ vorgelegt worden war, wurden die Thesen von Sinowjew zur „Oktoberniederlage“, die Thesen Trotzki und Radeks und die Formulierungen Brandlers/Thalheimers erwähnt.

„Auf dem Boden der von Brandler und Thalheimer vorgelegten Thesen“

Auf dem IV. Weltkongreß der KI im November/Dezember 1922, dem letzten, an dem Lenin noch teilgenommen hatte, waren als Hauptmittel des Kampfes gegen den Faschismus die Taktik der Einheitsfront und, um die Einheitsfront herzustellen, die Losung der Arbeiterregierung aufgestellt worden. Diese Thesen hatten Brandler und Thalheimer als richtig erkannt und unterstützt.

Sinowjew hatte diese Thesen nunmehr „modifiziert“, indem er die Arbeiterregierung als Pseudonym für die Diktatur des Proletariats, d. h. lediglich als agitatorische Finte, und die Einheitsfront ebenfalls als Methode der Agitation und Mobilisierung der Massen gegen die Sozialdemokratie erklärte. Vom Sieg des Faschismus über die Novemberdemokratie, wie Thalheimer formulierte, könne man nicht sprechen, da die Sozialdemokratie noch mit an der Regierung sei. Deshalb würde die Sozialdemokratie mehr oder weniger sozialfaschistischen Charakter annehmen.

In der Diskussion auf der Plenartagung zur oben genannten Resolution der KJD äußerte Richard: „...Wir müssen uns erst klar werden und können infolgedessen eine Festlegung auf eine bestimmte These nicht durchführen. Infolgedessen müssen wir die Abstimmung ablehnen. Man kann unsere Stellungnahme zur Abstimmung nicht als Feigheit bezeichnen. Man hätte uns die Thesen rechtzeitig vorlegen sollen. Ich erkläre für meine Person, daß ich mit dem Genossen Brandler übereinstimme.“⁶

Der junge Richard wollte also erst in Ruhe die Thesen des „Kopfes“ der Plenarzentrale lesen, sich eine Meinung bilden und erst danach abstimmen. Er wollte nicht einfach, dem „Kopf“ folgend, seine Hand heben, aber damit blieb er in der Minderheit. Die Abstimmung ergab zwölf Stimmen für die Thesen des „Kopfes“, drei dagegen, zwei Enthaltungen. Auch in der weiteren Diskussion erklärte der junge Richard: „...Ich stehe auf dem Boden der von Brandler und Thalheimer vorgelegten Thesen.“⁷ Eine solche unangepaßte eigenständige Denk- und Handlungsweise sollte für ihn unangenehme Folgen haben.

Brandler und Thalheimer hatten in ihrer Erklärung zur Oktoberniederlage darauf verwiesen, daß deren Hauptursachen objektiver Natur gewesen seien. Erstens habe

⁶ Protokolle der Plenarzentrale der KJD 1924, SAPMO, RY 1/I 4/ 1/ 22, Bl. 35.

⁷ Ebenda, Bl. 36.

die Partei keine feste Mehrheit hinter sich gehabt, und sie sei zweitens nicht stark genug gewesen, um die schwankenden Stimmungen der Arbeiterschaft und deren Sympathien zusammenzufassen. Außerdem verwies sie auf revolutionshemmende Faktoren wie Übermacht des Klassengegners, Kapitulation der SPD und des ADGB vor der Reichswehr, Konsolidierung der Staatsgewalt, pazifizierende Wirkung der Lebensmittelpreissenkungen. Die Thesen des „Kopfes“ entsprachen denen des EKKI und der KPD-Zentrale und stellten als Hauptursache der Oktoberniederlage das subjektive Versagen der KPD-Führer Brandler und Thalheimer und deren Berater Radek und Pjatakow fest, die man zu Rechtsopportunisten erklärte.⁸

In der Plenarzentrale der KJD am 14. Februar 1924 wurde die Frage aufgeworfen, was mit den „Rechten“ in den Leitungen der Organisationen geschehen sollte? Die Abwahl des Genossen Richard Creutzburg durch den Bezirksausschuß Mittelrhein Ende Januar 1924 wurde anerkannt. Das bedeutete, daß man Richard zwischenzeitlich als „Rechten“ „entlarvt“ hatte. Im übrigen wurde die Frage nicht grundsätzlich entschieden. Eine neue Stellungnahme sei notwendig, da es eine neue Sachlage gäbe.⁹ Zu vermuten ist, daß seine Wahl als Delegierter zum Bezirksparteitag die erwähnte neue Sachlage war. Richard war Delegierter zum Mittelrheinischen Bezirksparteitag der KPD in Köln 1924, der am 23./24. Februar stattfand. Von der Zentrale waren Thälmann und Stoecker anwesend. Der rücksichtslose Kampf gegen die „Rechten“ wurde propagiert und besonders gegen die Unterstützung der russischen Opposition durch die „rechte Gruppe“ vom Leder gezogen. In dem Bericht über den Bezirksparteitag der KPD Mittelrhein am 23. und 24. Februar hieß es unter anderem: „...In der Diskussion zu den politischen Referaten sprach u.a. der Genosse Creutzburg [Richard], Leiter der Jugend Köln. Die Bezirksleitung stellte fest, der Genosse Creutzburg steht in den taktischen Fragen noch weiter rechts wie Brandler, was er auch offen zum Ausdruck brachte.“¹⁰ In die neue Bezirksleitung wurden gewählt: Eugen Eppstein zum Politleiter; Wilhelm Florin zum Orgleiter; Jean Winterich zum Gewerkschaftssekretär. Richard Creutzburg wurde nicht wieder zum Jugendleiter gewählt.

Unter der Flagge der Bekämpfung der „Rechten“ um Brandler und Thalheimer wurde mit der Entfernung von Andersdenkenden und Mißliebigen aus allen Gremien und Leitungsorganen der Partei begonnen. Der Schwenk nach „links“ bedeutete Ablehnung der Gewerkschaftsarbeit, parlamentarische Arbeit lediglich zur „Entlarvung“ der SPD, Ablehnung der Zusammenarbeit mit der SPD, da die KPD die „einzige Arbeiterpartei“ Deutschlands sei.

Die KPD war in der Komintern nach der KPdSU die größte Partei, so daß die Stalinsche Fraktion nach der Oktober-Niederlage 1923 bei der Suche nach den Schuldigen die Chance erkannte, die bisherige relative Eigenständigkeit der KPD zu brechen, indem man Brandler und Thalheimer für vier Jahre nach Moskau berief, um sie von der KPD zu trennen. In der KPD hatten sich drei Gruppen, die um die

8 Siehe Die Internationale, Jg.7, 1924, Sonderheft zum Reichsparteitag 1924; siehe dazu auch Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001.

9 Siehe KJD Protokolle der Kopsitzungen 1923-1925, SAPMO, RY 1/I 4/ 1/ 32, Bl. 11.

10 Bezirksparteitage Mittelrhein 1924/1925, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 2, Bl. 1.

Macht kämpften gebildet, die „Rechten“: Brandler, Thalheimer, Jacob Walcher; die „Mittelgruppe“: Hugo Eberlein, Hermann Remmele, Ernst Meyer, Wilhelm Koenen; und die „Linken“: Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem, Iwan Katz, Ernst Thälmann.

Auf dem illegalen 9. Parteitag der KPD vom 7.-10. April 1924 in Offenbach und Frankfurt/Main wurde eine neue Führung unter Ruth Fischer, Werner Scholem und Arkadij Maslow gewählt. Auch Ernst Thälmann kam als „Linker“ mit in die neue Führung. Die Mittelgruppe (Remmele, Eberlein, Ewert, Koenen, Pieck, Ulbricht) konnte sich mit ihren Vorschlägen zur Arbeit in den Gewerkschaften und zur Organisationsarbeit nicht durchsetzen. Trotzdem kamen Hugo Eberlein, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und Ernst Schneller als Vertreter dieser Gruppe in die Zentrale. Alle übrigen waren Kandidaten der „Linken“: Ruth Fischer, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Iwan Katz, Arthur König, Arkadij Maslow, Arthur Rosenberg, Paul Schlecht, Werner Scholem, Max Schütz, Ernst Thälmann.

Dazu kam, daß sich in der Komintern und in der KPD mit dem wachsenden Einfluß Stalins das Prinzip der kritiklosen Ergebenheit der Mitglieder gegenüber der jeweiligen Parteilinie und Führung zum Kern der Parteidisziplin durchsetzte. Damit verbunden waren Gesinnungsschnüffelei und Hinausdrängen alternativen marxistischen Denkens, die als Mittel zur „Säuberung“ und „Stärkung der Einheit der Partei“ galten, wodurch die demokratischen Möglichkeiten mehr und mehr eingeengt wurden.

Der V. Weltkongreß der Komintern im Juni/Juli 1924, der erste nach Lenins Tod, begann mit der „Verurteilung des Trotzismus“ und der Feststellung, daß die „Bolschewisierung“ das Hauptkettenglied der weiteren Arbeit“ für alle kommunistischen Parteien sei. Das war der Weg in den Stalinismus. Er bestätigte die Thesen von Sinowjew, der eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung mit der Diktatur des Proletariats gleichgesetzt und zur Sozialdemokratie erklärt hatte, daß sie „mehr oder weniger sozialfaschistischen Charakter annehme“. Zwar wurde die Ablehnung des Kampfes um die internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung noch verurteilt, aber die Einheitsfront sollte nur von „unten“ hergestellt werden. Verhandlungen mit den Führungen sozialdemokratischer Parteien und Organisationen waren damit unmöglich gemacht worden.

Die Plenarzentrale der KJD mußte am 26.10.24 im Referat zur politischen Lage feststellen: „...Mittelrhein ist der schlechteste Bezirk. Er liegt organisatorisch und politisch darnieder: Unsere Ortsgruppe Köln, die 1.800 Mitglieder hatte, zählt noch 200, während die SAJ, die 200 Mitglieder zählte, jetzt 1000 hat.“¹¹ Solchermaßen machte sich die „Reinigung“ von „rechten Opportunisten“ bemerkbar.

Am 13. Februar 1925 äußerte der Vertreter aus Solingen in der Sitzung der Bezirksleitung der KPD Niederrhein: „...ich glaube bestimmt, daß der Genosse Creutzburg Beziehungen zu rechten Genossen im Reich hat. Wir haben allerdings keine Beweise dafür.“¹² Die Überlegung, die zu diesem Schluß führte, war simpel: Richard Creutzburg hatte in Wiesdorf, das zum unteren Kreis Solingen gehörte,

11 Protokolle der Plenarzentrale der KJD 1924, SAPMO, RY 1/I 4/ 1/ 22, Bl. 99.

12 Sitzungen der Bezirksleitung Niederrhein 1921; 1923-1925, SAPMO, RY 1/I 3/ 20/ 8, Bl. 24.

gegen die Resolution der Bezirksleitung gestimmt, so daß eine Diskussion zustande kam; deshalb mußte der jüngste der Gebrüder Creutzburg ein „Rechter“ sein. Das genügte den „Kämpfern für die Reinheit der Partei“ für weitere Verdächtigungen.

Auf dem Mittelrheinischen Bezirksparteitag der KPD am 13./14. Juni 1925 konnte immerhin festgestellt werden, daß sich der Mitgliederstand konsolidiert hatte und die Erwerbslosigkeit von 80% auf 50% zurückgegangen war. Richard Creutzburg erklärte hier: „Man soll nicht von einer neuen Taktik reden. Es ist nur die Anwendung des Bolschewismus auf Deutschland. In den Betrieben und Gewerkschaften wird sich die Taktik bald von selbst durchsetzen. Die Arbeit in den Parlamenten muß in engster Verbindung mit der Arbeiterschaft erfolgen. Man muß die gemachten Fehler diskutieren und den Genossen mit Rat und Tat zur Seite stehen.“¹³

Der 10. Parteitag der KPD vom 12. bis 17. Juli 1925 in Berlin brachte die organisatorische Gleichschaltung mit der KPdSU, indem ein Politbüro, ein Zentralkomitee, ein Orgbüro und ein Sekretariat installiert wurden. Damit wurde der durch den V. Kominternkongreß vom Juni/Juli 1924 beschlossenen „Bolschewisierung als Hauptkettenglied der weiteren Arbeit“ entsprochen. Die Auseinandersetzungen um die Arbeit in den Gewerkschaften und den Parlamenten wurden verschärft weiter geführt. Die Betriebszelle wurde zum Fundament der Parteiorganisation erklärt.

Als Folge des Linkskurses in der Politik schwand der Einfluß der KPD. Dies ist auch an der sinkenden Mitgliederzahl der KPD ablesbar. Hatte die KPD im Januar 1923 noch 218.555 Mitglieder, waren es im Juli 1925 nur noch 114.204.¹⁴ Damit war die KPD an einem Tiefpunkt angelangt.

Das EKKI versandte im August 1925 an alle Organisationen und Mitglieder der KPD einen „Offenen Brief“, in dem die Fehler der KPD unter der Führung der Gruppe Fischer-Maslow angeprangert und ein Kurswechsel verlangt wurde. In der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wiesdorf wurde am 19. September 1925 die Resolution zum EKKI- Brief vom August 1925 behandelt. Richard Creutzburg hatte eine Gegenresolution eingebracht, die gegen sechs Stimmen abgelehnt wurde. In dieser Resolution hieß es: „Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wiesdorf begrüßt den Offenen Brief der Exekutive als einen ersten Schritt zur Gesundung der Partei und zur Stärkung ihres Einflusses. Sie billigt ihn vollständig und ist bereit, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, damit die darin geforderten Maßnahmen restlos verwirklicht werden.“

1. Die Wiesdorfer Mitglieder erblicken in der Resolution der Unterbezirksleitung Solingen und in der Resolution der Bezirksleitung Niederrhein keine ernst zunehmende Zustimmung zum Brief der Exekutive...Eine passive oder unvollständige Durchführung des offenen Briefs ist einer offenen Ablehnung gleich, ja noch gefährlicher.

13 Bezirk Mittelrhein; Bezirksparteitage 1924/1925, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 2, Bl. 8; Sozialistische Republik, Köln, Nr. 137, 15.6.1925.

14 Siehe Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands, Berlin 1969, Band 1, S.257, Band 2, S.25.

2...Die Mitgliederversammlung betrachtet es als einen Akt politischer Unehrllichkeit, wenn solche oberen Funktionäre innerhalb 24 Stunden ihre Gesinnung wechseln oder vorgeben, sie gewechselt zu haben. Derartige obere Funktionäre können nicht länger verantwortungsvolle Funktionäre bleiben. Die Mitgliederversammlung ist der Ansicht, daß dieselben im Interesse der Partei durch andere ersetzt werden müssen.

...Die fraktionelle Machtpolitik muß gebrochen werden, wenn die Partei gesunden soll. Die Wiesdorfer Mitglieder verlangen nach Abschluss der Diskussion eine Unterbezirks-Konferenz, auf der zum ersten Mal seit Frankfurt [9. Parteitag der KPD, April 1924] die Wählbarkeit der Sekretäre durchgeführt werden soll.

Gez. Richard Creutzburg, Emil Kuckelsberg, Peter Guldenberg.¹⁵

Als Redakteur für KPD-Zeitungen

Welche Hoffnungen es in der KPD in Verbindung mit diesem Kurswechsel gab, den die KPD nach der Kritik des EKKI vollzog, zeigen Ausschnitte aus einem Artikel, den Richard Creutzburg in der Zeitung „Sozialistische Republik“, Köln, publizierte.

Richard war zwischenzeitlich Redakteur dieser KPD-Zeitung des Bezirks Mittelrhein geworden, möglicherweise durch Unterstützung seines Bruders August Creutzburg, der seit September 1925 Politsekretär des KPD-Bezirks Niederrhein in Düsseldorf war. Richard veröffentlichte in der Nr. 255 vom 30. Oktober 1925 einen Artikel „Für die Linie der Komintern“ mit Fortsetzungen in Nr. 256 vom 31. Oktober 1925, Nr. 257 vom 2. November 1925 und Nr. 258 vom 3. November 1925. Weitere Fortsetzungen waren angekündigt, wurden aber nicht mehr veröffentlicht. Schon in der Nr. 256 war die Antwort der Bezirksleitung enthalten, in der der 20jährige Richard als „Rechtsabweichler“ und „Opportunist gemeinsam mit Brandler, Thalheimer, Ernst Meyer und Georg Schumann“ „entlarvt“ wurde. In seinem Artikel hieß es unter anderem:

„...Das mechanische Bejahen des offenen Briefs [der Komintern], ohne gründliches Studium der Fehler und der künftigen Aufgaben ist keine Diskussion, sondern ein Täuschungsmanöver. ...Leider muß man feststellen, daß die alten fraktionellen Phrasen von „rechter“, „linker“ und „mittlerer“ Politik noch immer aufrecht erhalten werden. Einige Genossen machen das bewußt, um die Verwischung der fraktionellen Grenzen zu verhindern, was zur Gesundung der Partei unbedingt erforderlich ist.

...Unbolschewistisch war die Absetzung und Maßregelung von 600 Funktionären, Genossen, die schon jahrelang in der Partei tätig waren und die es ablehnten, die fraktionelle Politik der Fischer-Maslow-Gruppe gegen die Komintern mitzumachen.

...Unbolschewistisch war die Unterbindung der Kritik und die Bekämpfung der Opponenten mit administrativen Maßnahmen.

...Unbolschewistisch war die Abschaffung der Parteidemokratie, das Zusammenschieben von Unterbezirkskonferenzen, Bezirksparteitagen, ja selbst des Reichsparteitages.

15 Bezirk Niederrhein; Unterbezirks-Konferenzen und Resolutionen 1921-1932, SAPMO, RY 1/I 3/ 20/20, Bl. 226/227.

Das alles hat zur Vergiftung der Partei und zur Herausbildung einer Bürokratie in der Partei geführt, die sich der Kontrolle der Mitglieder entzog. Die Partei wurde zum Exerzierplatz einiger Führer, die Manöver zur Erhaltung ihres „Prestiges“ und ihrer „Autorität“ durchführten...

...Und nun müssen wir unsre Arbeit beginnen. Nicht mehr lächerliche Entlarvungsmanöver, sondern wirkliche Einheitsfronttaktik. Mobilisierung der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter für Tagesforderungen und Teillosungen.

Nicht Leugnung des Alltags, sondern Anknüpfung an die Alltagsnöte der Massen.

Nicht pseudolinke Phrasen, sondern konkrete Tagespolitik in den Betrieben, Gewerkschaften usw.¹⁶

Den Schluß des Artikels, Teil III: „Der falsche Kurs im Bezirk Mittelrhein“, fand der Autor dieser Zeilen bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) in einer Mappe mit dem Titel – „Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1921-1929, 1932“. Darin setzte sich Richard Creutzburg mit dem falschen Kurs der KPD im Bezirk Mittelrhein auseinander und zeigte, daß sich der Anteil der Stimmen für die KPD bei den Wahlen ab Mai 1924 ständig verringert hatte, während die SPD Zugewinne verzeichnen konnte. Er kritisierte die unzureichende Gewerkschaftsarbeit, die verkehrte Parlamentstätigkeit, die einseitig nur auf „Entlarvung“ der SPD ausgerichtet war, die ungenügende Kommunalpolitik, den falschen Ton gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern und die unzureichende Arbeit auf dem Lande. Insbesondere setzte er sich mit der innerparteilichen Situation im Bezirk Mittelrhein auseinander. Er erklärte: „...Ernst Meyer, Paul Frölich und Karl Becker sind keine Rechten. Sie alle haben die Fehler Brandlers erkannt und sich nur dagegen gewehrt, daß man mit dem Brandlerismus auch die Grundlagen der Komintern beseitigen wollte.“¹⁷ Er zeigte die schwankende, doppelzüngige Haltung des Politleiters des Bezirks Mittelrhein Jean Winterich, der formal den EKKI-Brief anerkannte, aber weiterhin die direkte Wahl der Sekretäre, Leitungen und Delegierten zur Bezirkskonferenz unmittelbar durch die Mitglieder verhinderte.

Auf der Bezirksparteikonferenz Mittelrhein am 8. November 1925 in Köln-Nippes konnte Richard Creutzburg immerhin nochmals in der Diskussion zu seinem Artikel sprechen und ausführen, daß die Einwände gegen den Artikel dieselben seien, mit denen man seit 1 ½ Jahren jede Kritik abgelehnt hätte. Er wiederholte seine Kritik an der Bezirksleitung und insbesondere an dem Politsekretär Winterich. Philipp Dengel verlangte als Instrukteur der Zentrale in seinem Schlußwort von Richard, daß er sich scharf von Brandler abgrenzt und zunächst seine eigenen Fehler eingesteht, statt in persönlicher Form gegen die Bezirksleitung zu operieren.¹⁸

Mit der 1. Berliner Parteikonferenz der KPD Ende Oktober – Anfang November 1925 wurde die Auseinandersetzung um den „Offenen Brief des EKKI an alle

16 Sozialistische Republik, Köln, Nr. 255, 30.10.1925; Nr. 256, 31.10.1925; Nr. 258, 3.11.1925.

17 Bezirk Berlin-Brandenburg; Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1921-1929; 1932, SAPMO, RY 1/I 3/ 1-2/ 64, Bl. 316-325.

18 Siehe Sozialistische Republik, Köln, Nr. 263, 9.11.1925.

Organisationen und Mitglieder der KPD“ für beendet erklärt, und Ernst Thälmann wurde anstelle von Ruth Fischer zum Vorsitzenden der KPD gewählt.

In den Unterlagen der Bezirksleitung Niederrhein der KPD fand sich folgender, aufgrund des Berichts des Gen. Frisch, Mitglied der Bezirksleitung und Zellengruppenleiter Köln-Nippes formulierter Antrag vom 29. Dezember 1925, über ein Schreiben des Genossen Creutzburg zu den Zuständen in der Zellengruppe Köln-Nippes:

„1. Die Zellengruppenmitglieder weisen die Stellungnahme des Gen. Creutzburg entschieden zurück, weil erstens es nicht der Wahrheit entspricht, daß der Gen. Creutzburg sich wiederholt um Übertragung einer Funktion an die frühere Distrikts- bzw. an die jetzige Zellengruppenleitung gewandt hat. Tatsache ist, daß der Gen. Creutzburg einmal eine Versammlung in unserem Distrikt besucht hat und auch nur dann, um als Korreferent gegen Winterich aufzutreten.

2. Aus diesem Grunde muß es verurteilt werden, daß Gen. Creutzburg es versucht, die Arbeit betreffs Umorganisation der Partei unseren Genossen als Mogelei dahinzustellen.

3. Die Behauptung des Gen. Creutzburg über die Methode der Umorganisation unserer Zellengruppe Nippes ist eine direkte Lüge.

Die Mitgliederversammlung der in unserer Zellengruppe vereinigten Betriebs- und Straßenzellen verlangt von der Bezirksleitung und der Zentrale der Partei, daß sie endlich einmal solchen Genossen wie dem Gen. Creutzburg das Handwerk legt, die durch solche demagogischen Mittel und Unwahrheiten die Arbeit der Genossen sabotieren.

Zellengruppenversammlung war von 50 Genossen besucht.

Der Gen. Creutzburg war zu dieser Versammlung besonders eingeladen, ist aber nicht erschienen.“¹⁹

Die Bezirksleitung hatte offensichtlich ihr Mitglied Frisch beauftragt, gegen Creutzburg etwas zu unternehmen, ihn zu diskreditieren, ihn als Lügner und Saboteur zur Strecke zu bringen, um so nicht über die eigentlichen, inhaltlichen, politischen Differenzen diskutieren zu müssen. So wurde Richard endgültig von politischen Leitungsfunktionen auf die journalistische Tätigkeit, zu der er offensichtlich nicht untalentierte war, festgelegt.

Der Einsatz von Redakteuren an den Zeitungen der KPD wurde durch die Zentrale in Berlin gesteuert. Wahrscheinlich wiederum durch Vermittlung seines Bruders August kam Richard 1926 als Redakteur in das Saargebiet und die Pfalz. Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD schrieb am 1. Dezember 1926 an die Bezirksleitung Saargebiet: „Inhaber dieses Schreibens, Genosse Richard Creutzburg ist der Euch für 3 Monate zur Verfügung gestellte Redakteur.“²⁰ Am 14. Dezember 1926 schrieb jedoch das Sekretariat an die Bezirksleitung Pfalz: „Die Kopfblatt-Redakteur-Frage für die Pfalz ist jetzt gelöst worden. Der Gen. Creutzburg wird der

19 Bezirk Mittelrhein; Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1923-1929, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 22, Bl. 8, 9.

20 Sekretariat der KPD; Schriftverkehr mit Bezirksleitungen Hessen-Frankfurt, Saargebiet und Pfalz 1925-1932, SAPMO, RY 1/I 2/ 5/ 29b, Bl. 693.

Redaktion der Arbeiterzeitung für das Kopfblatt zur Verfügung gestellt.“²¹ Das Sekretariat hatte es sich mit dem Einsatz von Richard inzwischen offenbar anders überlegt, und nun mußte es die Bezirksleitung Saargebiet mahnen, weil man Richard im Saargebiet behalten wollte. Denn am 20. Dezember 1926 schrieb das Sekretariat des ZK an die Bezirksleitung Saargebiet: „...Der Genosse Creutzburg muß aber unter allen Umständen sofort nach Mannheim fahren.“²²

Richard arbeitete nun seit Dezember 1926 in der „Arbeiterzeitung“ Pfalz. Die Pfalz galt seit den Aktivitäten von Hans Weber als Bezirkssekretär 1924/25 in der Zentrale als ein Hort der Ultralinken, um so mehr als die Linksopposition in der Pfalz sich der „Weddinger Opposition“ um Ruth Fischer und Arkadij Maslow angeschlossen hatte. Der Hinauswurf von Ruth Fischer und Arkadij Maslow aus dem ZK 1925 und aus der KPD 1926 war auch dem Umstand geschuldet, daß die „Linken“ um Fischer, Maslow, Scholem, Rosenberg, Katz und Korsch größere Unabhängigkeit von Moskau erlangen wollten. Dies wurde als Feindschaft zur Sowjetunion deklariert. Die neu etablierte Führung unter Thälmann war de facto von der Komintern/KPdSU installiert, was die Mitglieder der KPD so nicht erkennen konnten, da man den „Proletarier“ Thälmann den „Intelligenzlern“ um Fischer und Maslow gegenüberstellte und so die Grundlage für den Führerkult um Thälmann schuf, der dem Kult um Stalin folgte.

Am 22. Februar 1927 erschien ein Artikel von Richard Creutzburg unter der Überschrift „Verwirrungsmanöver, Opportunismus und Konfusion“; Untertitel: „Zur Resolution der Bezirksleitung Pfalz zur Tagung der VII. Erweiterten Exekutive“. Kurz vor dem Essener Parteitag der KPD, der vom 2. bis 7. März 1927 stattfand, geht er darin auf die „Weddinger Opposition“ ein, die zum Parteitag eine eigene Plattform einbringen wolle. Ähnliches sei auch im Bezirk Pfalz zu verzeichnen, wo man eine eigene Plattform zur internationalen Lage habe. Er kritisierte verschiedene im Resolutionsentwurf der Bezirksleitung enthaltene Thesen als „revolutionäre Phraseologie“, die über die „opportunistisch-sozialdemokratische Praxis“ der Verfasser hinwegtäuschen sollen.²³ Inhaltlich ging es um die Frage der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und den daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen für die Tätigkeit der KPD, wobei Richard sich gegen die These von Maslow wandte, der Entscheidungskampf gegen das Kapital werde durch die eingetretene Stabilisierung des Kapitalismus erst nach Jahrzehnten ausgefochten werden können. Das Tempo der Entwicklung, meinte Richard, sei von der revolutionären Tätigkeit der Partei abhängig, von jener Tätigkeit, die die Gewinnung der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter ermögliche. Die Kritik an den russischen Fragen der Resolutionsverfasser (Entartung der Sowjetmacht, Kulakisierung der Sowjetunion) wies er als sozialdemokratische Praxis zurück, um das Vertrauen der kommunistischen Arbeiter zur Sowjetunion zu untergraben. Dies entsprach der Thälmann/Komintern-Linie: Die Verteidigung der

21 Ebenda, Bl. 701.

22 Ebenda, Bl. 704.

23 Siehe Arbeiterzeitung Pfalz 22.2.1927, in: Sitzungen der Bezirksleitung Baden Pfalz 1921, Jan.–Sept. 1923, 1926, 1927, 1928, 1929, Jan.–Sept. 1930, SAPMO, RY 1/1 3/ 25/ 5, Bl. 43.

Sowjetunion als ersten proletarischen Staat sei die Pflicht eines jeden klassenbewußten Proletariers.

Zur Schulung nach Moskau und zurück

1927 arbeitete Richard Creutzburg als Redakteur in der „Roten Fahne“. Im gleichen Jahr heiratete er am 15. Oktober in Köln-Nippes Maria Bingen aus Köln-Merheim. Am 16. Februar 1928 wurde das erste Kind geboren, sein Sohn Rudolf.

Anfang 1928 wurde er an die Westuniversität nach Moskau delegiert, wahrscheinlich nicht ganz ohne die Mithilfe seines Bruders August Creutzburg. In einem Schreiben vom 12. Januar 1928 wollte das Sekretariat der KPD in Berlin von der deutschen Vertretung beim EKKI wissen, ob die Aufnahme von Richard befürwortet worden sei.²⁴ So reiste Richard „auf Beschluß der Partei“ nach Moskau, und seine Frau mußte ohne ihren Mann zurechtkommen. Das Familienleben eines Kommunisten war gewissermaßen seine Privatsache, die erst nach allen Anforderungen der Partei einzuordnen war. Die für die Familie zur Verfügung stehende Zeit war also äußerst knapp.

Ein gutes Dreivierteljahr nach Richards Abreise gelangte mit Datum vom 23. November 1928 der Brief eines deutschen Lenin-Schülers aus Moskau an das Sekretariat des ZK der KPD. Darin hieß es: „...Noch eine kurze Mitteilung über ein Vorkommnis an der Westuniversität. Vor zwei Tagen erhielt ich einen Brief von Gen. Wagner und Urban mit folgender Mitteilung: Der dort studierende Genosse Kreutzburg [Richard], mit dem unsere dort studierenden Genossen auf Grund seines Standpunkts, den er zu Fragen der deutschen Partei einnimmt, in der letzten Zeit des öfteren ziemlich erregte persönliche Diskussionen gehabt haben, hat sich dazu hinreißen lassen, dem Gen. Urban einen Backenstreich zu geben und zwar im Speisesaal der Schule vor der gesamten Studentenschaft. ‚Hinreißen lassen‘ ist eigentlich nicht zutreffend, denn wie mir die genannten Genossen mitteilten, geschah es nach einigen Stunden solch einer persönlichen Auseinandersetzung und mit voller Überlegung. Die Ursache war folgende (ich berichte immer nach dem, was mir die Gen. Urban und Wagner mitteilten): Schon mehrmals hat der Gen. Kreutzburg in solchen privaten Gesprächen einen Standpunkt eingenommen, der auf eine völlig offene Solidarisierung mit den Rechten hinauslief. Z.B. billigte er absolut die Bildung oder die beabsichtigte Bildung einer neuen Partei durch die Gen. Brandler und Thalheimer, bezeichnete mehrmals das deutsche ZK und dessen Mitglieder als Mamelucken, spricht ständig von einer Schweinerei Thälmanns usw. Dieser letzte Ausdruck „Schweinerei von Thälmann“ veranlaßte an dem betreffenden Tage den Gen. Urban, ihm gegenüber zu sagen, daß er (Kreutzburg) sich mal an seine eigene Nase fassen soll. Von Kreutzburg ersucht, etwas näheres darüber zu sagen, lehnte Gen. Urban dies ab. Einige Stunden später stellte Kreutzburg ihn erneut deswegen zur Rede, und als auch diesmal der Gen. Urban es ablehnte, ihm Aufklärung zu geben, ereignete sich der von mir erwähnte Fall von Tätlichkeit. Der Gen. Urban setzte sich nicht zur Wehr, was ihm ohne Frage ein Plus vor den

24 Siehe Kommunistische Internationale, Exekutivkomitee/Deutsche Sektion; Korrespondenz des ZK mit der deutschen Vertretung beim EKKI in Moskau 1928, SAPMO, RY 5/1 6/ 3/ 166, Bl. 1.

kommenden Verhandlungen im Zellenbüro und Kontrollkommission von vornherein verschaffen wird. Die gesamte Angelegenheit ist an diese Körperschaften schon übergeben. Mit seinem Ausdruck „fass Du Dich mal selbst an Deine eigene Nase“, zielte der Gen. Urban hin auf ein Vorkommnis aus dem Jahre 1923 oder 1924, was sich ereignet haben soll im Bezirk Niederrhein, wo Creutzburg Jugendleiter war und wovon Urban und Wagner Kenntnis haben durch eine Mitteilung des jetzigen Landtagsabgeordneten Gen. Ferlemann. Ich will nicht diese gewesene Sache berühren, solltet Ihr die Möglichkeit haben, mit dem Gen. Ferlemann darüber einmal zu sprechen, könnt Ihr das ja tun. Jedenfalls habe ich den Genossen geraten, daß sie diese Angelegenheit aus dem Kreis ihrer Anklage gegen Creutzburg hinaus lassen sollen, auch die „Schelle“ wegen mir, und daß sie nur die Fragen politisch stellen sollen. Wie mir auch andere Genossen mitteilten, ist dieser Creutzburg politisch ein ganz gemeiner Kerl, nebenbei gesagt, hat er Kontakt mit dem an unserer Schule befindlichen Gen. Monden; ist überhaupt eigenartig, wie diese Leute sich immer sehr schnell zusammen finden. Ich teile Euch diese Angelegenheit nur zu Eurer Information mit.

Mit kommunistischem Gruss im Namen aller deutschen Lenin-Schüler, d.h. nur der, die auf dem Boden der Mehrheit der Partei stehen

Esche (Schulname Palm).²⁵

Als „rechter“ Abweichter kam Richard Creutzburg am 19. Januar 1929 zurück nach Deutschland, wie aus nachfolgendem Schreiben hervorgeht, das Walter Ulbricht mit Datum vom 16. Januar 1929 an das Sekretariat der KPD Berlin schickte. Darin hieß es über den Ausschluß von Creutzburg [Richard]: „...Auf Antrag der Zellenleitung der Westuniversität wurde Creutzburg von der Rayonkommission aus der KPSU ausgeschlossen. Die Begründung habe ich noch nicht in den Händen, aber sie wird ungefähr folgende Punkte enthalten. 1. Ablehnung wesentlicher Teile des Programms. 2. Nichtanerkennung der Parteidisziplin. 3. Solidarisierung mit den rechten Fraktionsmachern. Der Beschluß erfolgte aufgrund einer Diskussion über meinen Bericht in einer Versammlung der Westuniversität. Aufgrund des Ausschlusses aus der Partei lag selbstverständlich kein Anlaß vor, ihn noch weiter hier in Moskau zu halten. Wir haben ihm eine Fahrkarte Moskau–Berlin verschafft. Er wird Donnerstag hier abfahren und am Sonnabend die rechte Fraktion in Deutschland durch seine Kraft verstärken. Mit bestem Gruß Walter (Ulbricht).“²⁶

Dem Schreiben der Organisationsabteilung Mittelrhein vom 26. Januar 1929, gez. M. Sommer, an das Sekretariat des ZK der KPD ist zu entnehmen: „...Am Freitag, den 25.1.1929 vormittags, kam zu unserem größten Erstaunen Gen. Richard Creutzburg auf unser Büro. Wir waren deshalb erstaunt, weil dieser Genosse in

25 Grundsatzfragen; Auseinandersetzung mit oppositionellen und parteifeindlichen Kräften und Gruppierungen in der Partei; Fraktion der Rechten und Versöhnler 1928, SAPMO, RY 1/I 2/ 3/ 69, Bl. 421,422. Den Hintergrund der hier geschilderten Vorfälle bildete die bekannte „Wittorf-Affäre“. Siehe dazu Kinner, Der deutsche Kommunismus, S.129.

26 Kommunistische Internationale, Exekutivkomitee/Deutsche Sektion; Schriftwechsel der deutschen Vertretung beim EKKI mit dem Sekretariat der KPD Berlin; 1929, SAPMO, RY 5/I 6/3/189, Bl. 4.

Moskau an der Leninschule war, aber schon 2 Tage seines Hierseins beweisen uns, was Creutzburg in den nächsten Tagen und Wochen treiben wird. Er wird mit gesteigerter Intensität die Fraktionsarbeit der Rechten in unserem Bezirk und insbesondere in Köln aufnehmen. Bereits ein Teil Genossen haben uns davon Mitteilung gemacht, daß Creutzburg beabsichtigt, in den nächsten Tagen eine unverbindliche Besprechung zu organisieren, in der er wichtige Ausführungen über die Lage in der SU im allgemeinen und in der RKP im besonderen machen wird. Wir werden natürlich alle uns als erforderlich erscheinenden Maßnahmen ergreifen, um dem Treiben des Genossen Creutzburg Einhalt zu gebieten. Sobald wir konkrete Beweise haben, daß Creutzburg mit der ihm eigenen Frivolität parteizersetzend wirken wird, werden wir auch unter Umständen vor organisatorischen Maßnahmen nicht zurückschrecken können...²⁷

Die „Rechten“ wurden fleißig beobachtet, und darüber wurde den entsprechenden Parteileitungen der KPD berichtet. In einem Bericht über eine Fraktionssitzung der „Rechten“ mit Paul Frölich am 23. November 1928 in Köln–Lilienthal wird Frölich zitiert mit den Sätzen: „...In der KPD findet ein systematischer Kampf der Thälmann-Gruppe gegen das Mitglied des Polbüro Ewert statt. In der Partei ist es Mode geworden, umzufallen nach jeder x-beliebigen Richtung, und jene Genossen, die auf den Pfiff aus Moskau hin immer wieder parieren, sind auch noch stolz darauf und sagen ja, wir haben einen Fehler gemacht, aber wir haben uns ja wieder revidiert, und jetzt sind wir wieder reine Kerle. Unweigerlich würde jeder Genosse fliegen, der es wagte, in der KPD eine andere Meinung zu haben als die der herrschenden Führerclique. Das EKKI läßt sich nur von Gesichtspunkten des innerparteilichen Kampfes der KPSU leiten, und diese werden schematisch auf andere Länder übertragen.“²⁸

In der Kölner „Sozialistischen Republik“ wurde in Nr. 66 vom 19. März 1929 zweimal vor Richard Creutzburg gewarnt: „Warnung! Die Partei warnt hiermit alle Parteigenossen vor dem früheren Parteigenossen Richard Creutzburg. Derselbe besucht Genossen in ihrer Wohnung unter dem Vorwand, ihnen Geheimnisse über die Sowjetunion zu erzählen. Creutzburg wurde von der KPD an die Westuniversität nach Moskau gesandt, um dort den Marxismus-Leninismus zu studieren. Das Vertrauen der Partei und die Gastfreundschaft des proletarischen Staates benutzte er dazu, um an einer Geheimorganisation teilzunehmen, die sich als Ziel den Kampf gegen die Sowjetunion und die KPSU gesetzt hatte. Als diese Organisation entdeckt wurde, wurde Creutzburg von der GPU an die Grenze transportiert und aus dem proletarischen Staat ausgewiesen. Dies zur Kenntnis der Genossen, damit sie ihm energisch die Türe zeigen.“²⁹ An anderer Stelle der gleichen Nummer hieß es: „Unsere rechten Liquidatoren haben ein neues Arbeitsfeld gefunden. Nachdem sie innerhalb der Partei mit ihrem Latein am Ende sind, gehen die Creutzburg, Sander, Schömann und Beier an die Freidenker heran, weil dort die Kölner Reformisten

27 Bezirk Mittelrhein; Kaderfragen 1922-1930, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 23, Bl. 68.

28 Bezirk Mittelrhein; Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1923-1929, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 22, Bl. 31.

29 Sozialistische Republik, Köln, Nr. 66, 19.3.1929.

augenblicklich am meisten der Stütze bedürfen.“³⁰ Nach langem Hin und Her mußte sich die Redaktion bequemen, eine Berichtigung aufzunehmen, aus der hervorging, daß an der Behauptung, Richard Creutzburg habe an Geheimorganisationen teilgenommen, die sich den Kampf gegen die KPdSU und die Sowjetunion zum Ziel setze, kein wahres Wort war. Aus dem kläglichen Kommentar der Redaktion ging hervor, daß die Bezirksleitung sich die ganze Geschichte aus den Fingern gesogen hatte, um Richard zu „erledigen“. Man versuchte, sich damit herauszureden, unter „Geheimorganisation“ sei Fraktionsbildung verstanden worden. Dem stand jedoch die Feststellung der Rayonkommission der KPdSU gegenüber, daß man Genossen Creutzburg keinen Disziplinbruch und keine Fraktionsarbeit vorwerfen könne, daß er lediglich wegen seiner Einstellung zu Fragen der KPD ausgeschlossen wurde.

Nach seiner Rückkehr aus Moskau hatte Richard offensichtlich seinen Vater Alfred Creutzburg und die Stiefmutter Laura sowie seinen Bruder Ernst und dessen Frau Gerda in Wiesdorf/Leverkusen besucht und über seine Moskauer Erlebnisse und Erkenntnisse berichtet. Von Köln nach Wiesdorf, auf die andere Rheinseite, war es nicht weit. Alfred Creutzburg war eine Zeit lang Abgeordneter der KPD im Stadtparlament von Wiesdorf gewesen und hatte sich dort mit dem Nazi Robert Ley manches Rededuell geliefert.

Richards Bruder Ernst war Politleiter der Ortsgruppe Wiesdorf der KPD und wurde im April 1928 als Kommunist aus dem Baugewerksbund [der Gewerkschaft der Bauarbeiter] ausgeschlossen.³¹ Ernst hatte noch Anfang März 1929 die Festveranstaltung der KPD-Ortsgruppe als deren Politleiter zum Internationalen Frauentag geleitet. Er wurde in der „Bergischen Arbeiterstimme“, der Zeitung der KPD für den Kreis Solingen, am 12. März 1929 noch lobend erwähnt, weil er bei der Ortsausschußsitzung des ADGB in Wiesdorf zusammen mit anderen Kollegen scharf gegen die Vertreter der Betriebsleitung polemisierte. Aber danach war in der „Bergischen Arbeiterstimme“ zu lesen: Die Außerordentliche Bezirkskonferenz der Roten Hilfe Niederrhein habe beschlossen, den mit der Brandlergruppe in engster Verbindung stehenden und durch seine zersetzende Tätigkeit in der I.A.H. bekannten Albert Knöpfle sowie den unter seinem Einfluß stehenden Ernst Creutzburg aus der Roten Hilfe auszuschließen.³² Mit diesem Beschluß wurden neben dem Vater die Stiefmutter und die Frau des Bruders Ernst, die bei der Wahl von Ernst zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Wiesdorf der RH für ihn gestimmt hatten, und weitere sechs Genossen ausgeschlossen und so ein „Nest der Opposition liquidiert“. Albert Knöpfle aus Wiesdorf war zur gleichen Zeit wie Richard Creutzburg in Moskau gewesen. Kurz vor Richards Hinauswurf hatte man am 3. September 1928 Monden und Knöpfle als „Rechte“ von der Leninschule abberufen.

Wie es in der Wahlbekanntmachung zur Wahl der Stadtverordneten von Wiesdorf hieß, haben der Schornsteinfeger Albert Knöpfle und der Bauarbeiter Ernst Creutzburg zur Stadtverordnetenwahl von Wiesdorf am 17. November 1929 im Wahlvorschlag Nr. 22, Kommunistische Opposition, kandidiert. In der KPD-

30 Ebenda.

31 Siehe Bergische Arbeiterstimme, Solingen, Nr. 98, 26.4.1928.

32 Siehe Bergische Arbeiterstimme, Solingen, Nr. 108, 10.5.1929.

Zeitung für den Kreis Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ wurden beide ständig angegriffen und als „Renegaten“, die mit Schimpf und Schande aus der KPD ausgeschlossen worden seien, verunglimpft.

Aktiv in der KPD-O

Nach seinem Ausschluß aus der KPD wurde Richard Mitglied der KPD-Opposition. Im Jahre 1929 publizierte Richard zwei Artikel in der Zeitung der KPD-O „Gegen den Strom“ unter dem Pseudonym Richard. In Nr. 23 vom 8. Juni 1929 ging es um „Die Lehren der englischen Wahlen“ und in der Sonderbeilage Nr. 8 vom Juli 1929 um „Die Grundlagen des Konflikts zwischen China und der Sowjet-Union“.

Im Artikel über die Lehren der englischen Wahlen, die mit einem Sieg der Labourparty geendet hatten, zeigte er, daß die Einschätzung der Weltlage durch den VI. Kongreß der Komintern falsch war (dort war von einem in allernächster Zukunft ausbrechenden Krieg die Rede). Er prognostizierte, daß die Labourregierung die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wieder aufnehmen, die Annäherung an die USA und Deutschland suchen und von Frankreich abrücken werde. Die wichtigste Lehre sei jedoch, daß die Komintern die Situation falsch eingeschätzt habe. Der KI habe man zwei Jahre lang vorgegaukelt, wie rapid der Einfluß der KP Englands gewachsen sei, die Kommunistische Partei Englands sei jedoch noch sehr weit davon entfernt, eine Massenpartei zu sein. Diese Fehler gelte es zu korrigieren.

Im Artikel zum Konflikt China – Sowjetunion erläuterte er die Hintergründe, die Tschiang-Kai-shek veranlaßten, die Mandschurische Eisenbahn zu beschlagnahmen, und zum Konflikt mit der Sowjetunion führten, in der Hoffnung, die USA, England und Japan würden ihn gegen den „Roten Imperialismus“ unterstützen. Tschiang hatte den 1924 mit der Sowjetunion darüber geschlossenen Vertrag zu einem ungleichen imperialistischen Knebelvertrag erklären lassen. Das war letztlich das Ergebnis des Bruchs, den Tschiang am 15. Juli 1927 mit der KP Chinas und der Sowjetunion herbeiführte, die ihn nach dem Tode Sun-Yat-Sens (12.3.1925) unterstützt hatten. Zehntausende Kommunisten hatte er töten lassen und erklärte, nunmehr sei der Hauptpunkt seiner Regierung nicht mehr der Kampf gegen die imperialistische Fremdherrschaft (weißer Imperialismus), sondern für eine starke zentrale Regierung, die dem Land Frieden und Wohlstand bringen solle. Richard entlarvte auch die plötzlich entbrannte Liebe der SPD zu Tschiang, die sie erst entdeckte, als Tschiang sich gegen die KP Chinas und die Sowjetunion wandte.

Aus einem Bericht an die Bezirksleitung der KPD Mittelrhein wissen wir: „...8.11.1929 Bericht von der Versammlung der Brandlergruppe in Köln am 23. Oktober 1929: Creutzburg [Richard], der in Köln der Hauptorganisator der Brandlergruppe ist, wurde für die Reichsleitung bestimmt.“³³ Der berichtende Genosse hatte gut aufgefaßt. Tatsächlich wurde Richard auf der 2. Reichskonferenz der KPD-Opposition am 19./20. Oktober 1929 in Weimar mit in die 19-köpfige Reichsleitung gewählt, gehörte aber nicht dem engeren Kreis der elf Führenden an.

33 Bezirk Mittelrhein; Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1923-1929, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 22, Bl. 35.

Dies waren Heinrich Brandler, August Thalheimer, Jacob Walcher, Paul Frölich, Albert Schreiner, August Enderle, Erich Hausen, Werner Jurr, Paul Böttcher, Hans Tittel und Erna Halbe.

In der Zeitung der KPD-Opposition „Klassenkampf“, Düsseldorf, hat Richard im Juni 1930 einen weiteren Artikel über „Die Lehren der englischen Wahlen“ veröffentlicht. Darin kam er zu dem Ergebnis, die wichtigste Lehre der englischen Wahlen sei, daß die KI nicht nur die internationale, sondern auch die englische Lage falsch eingeschätzt hatte. Die isolierte Lage der KP Englands sei durch die Wahl bewiesen worden, da die 25 Kandidaten der KP von den 22 Millionen Stimmen ganze 50.000 bekommen hatten. Wenn die KP Englands weiter nach den Beschlüssen des 6. Kongresses der KI und des 4. Kongresses der Profintern handelte, werde sie sich weiter von den Massen isolieren. Eine falsche Einschätzung der Situation führe zu falscher Taktik, die die kommunistische Bewegung in allen Ländern zu Grunde richte. Eine intelligente internationale Führung sei nicht möglich, wenn die geringste Andeutung unabhängigen Denkens verboten werde, und diejenigen, die den Mut zu einer eigenen Überzeugung haben, beseitigt würden. Die Taktik, die zur Bildung von neuen Gewerkschaften führe, sei in jedem der alten kapitalistischen Länder katastrophal.³⁴

Mit seinen Freunden Erich Sander und Hans Schoemann traf er sich in einem gepachteten Eisenbahnwaggon an der Agger, der bis 1930 als Büro, Aufenthaltsraum, Treffpunkt und Zufluchtsstätte genutzt wurde. Sander und Schoemann hatte man schon vor Richard, am 3. Januar 1928, aus der KPD ausgeschlossen.³⁵

Mit der Einstellung der verschiedenen regionalen Zeitungen der KPD-O, wie z. B. „Der Klassenkampf“ in Düsseldorf, zugunsten der Tageszeitung „Arbeiterpolitik“ wurde es für Richard schwieriger, den Unterhalt für die Familie zu verdienen.

Der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ war immer unzufriedener mit der Politik der SPD-Koalitionsregierung Müller geworden, die seine Forderungen nach Lohnabbau, Reduzierung der Sozialversicherung, Senkung der hohen, Erhöhung der niederen Steuern und der Verbrauchersteuern nicht erfüllt hatte. So wurde der Ruf nach Ersetzung der Demokratie durch ein unternehmerfreundliches, parlamentfreies Verordnungsregime immer lauter und im März 1930 mit dem ersten Brüningkabinett realisiert. Die Wahlen am 14. September 1930 waren ein weiterer Schritt auf dem Weg zum faschistischen Staat. Im Hauptausschuß des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ hatte Fritz Thyssen am 27. November 1930 für eine Einbeziehung „aller nationalen Kreise“ angesichts des von ihm begrüßten Nazi-Wahlerfolgs plädiert. Dort war zum ersten Mal ein Reichskanzler,

34 Siehe Klassenkampf, Düsseldorf, Organ der KPD (Opposition), 2.6.1930, Ausgabe Nr. 6.

35 Erich Sander, Sohn des bekannten Fotografen August Sander, wurde von der Gestapo verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte antifaschistische Flugblätter vervielfältigt. Im Zuchthaus Siegburg starb Erich Sander 1944 an einem Blinddarmdurchbruch. Der SS-Gefängnisarzt behandelte ihn nicht und ließ Sander elend sterben.

Brüning, aufgetreten und hatte damit deutlich gemacht, wo sich seine Regierungsbasis befand.³⁶

Bei den Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930 gelang der KPD zwar ein Stimmenzuwachs, sie erreichte 4 590 160 Stimmen, das entsprach 13,1 %, sie wurde aber von der NSDAP auf den dritten Rang verdrängt. Die Nazis erhielten 6 379 672 Stimmen, das entsprach 18,3%, damit wurden sie die zweitstärkste Partei im Reichstag mit 107 Abgeordneten. Im Jahre 1928 hatten sie lediglich zwölf Abgeordnete. Die faschistischen Parolen zeigten auf dem Boden der wachsenden Verunsicherung breiter Schichten des kleinen und mittleren Bürgertums Wirkung. Man strapazierte den Revolutionsbegriff, den auch die Nazis als „Nationale Revolution“ ausgiebig gebrauchten, proklamierte gegen die Weimarer Republik die Ablehnung der „Inflationsbourgeoisie“ und der „Novemberverbrecher“, die „kaiserlose, schreckliche Zeit“ sowie die gegenwärtigen „Errungenschaften der äußeren Knechtschaft und der inneren Mißwirtschaft“. Natürlich spielte die wachsende Arbeitslosigkeit eine entscheidende Rolle, die mit sechs Millionen Arbeitslosen im Jahre 1932 einen traurigen Rekord erreichte. Nicht zu vergessen die seit Mitte der zwanziger Jahre der NSDAP reichlich zufließenden Gelder aus dem Fonds des „Bergbaulichen Vereins“ und der Gruppe Eisen „Nord-West“, initiiert von Kirdorf und Thyssen.

Die KPD-O äußerte sich zu den Wahlen im September 1930 wie folgt: Der Wahlerfolg der KPD am 14. September 1930 sei keineswegs ein Beweis für die Richtigkeit der taktischen Linie. Der Wahlerfolg der KPD werde weit überflügelt von dem des Faschismus. ...Bei richtiger Politik hätte die KPD die Sozialdemokratie vernichtend schlagen und den Aufschwung nehmen müssen, den die Faschisten genommen haben. Der Aktionsradius der KPD sei weit kleiner als ihr Wählerkreis.

Bei verschiedenen Wahlen nach dem 14. September hatte die KPD Stimmenverluste im Vergleich zu den Ergebnissen der Reichstagswahl erlitten, während die Nationalsozialisten zum Teil weitere Gewinne aufwiesen (Gemeindewahlen in Baden, Bürgerschaftswahl Bremen). Der ultralinke Kurs sei in letzter Zeit weiter verschärft worden, insbesondere durch die Wirkung der Illusion, als ob die Wahlen die Richtigkeit der taktischen Linie der Parteiführung bestätigt hätten. Dies komme zum Ausdruck a) in der nunmehr offen betriebenen Gründung eigener Gewerkschaften und der Fortführung der Spaltungspolitik in den anderen proletarischen Massenorganisationen, b) in der nationalbolschewistischen Agitation, c) in dem Führerkultus und der weiteren Einschränkung der Rechte der Mitglieder, d) in der Kommunalpolitik (Parole des Steuerstreiks, Helferdienste für die bürgerliche Reaktion usw.).³⁷

Nach der Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 10. April 1932 und der Bildung der Regierung Papen im Juni 1932 beschleunigte sich die Entwicklung zur Diktatur. Die Reichswehrführung, seit der Republikgründung Staat im Staate, hatte die politischen Schlüsselstellungen unterwandert und die Republik zu ihrem

36 Siehe Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1971 (5. Auflage), S.339.

37 Siehe Gegen den Strom, Nr. 49, 6.12.1930.

Appendix mit dem Papen/Schleicher-Kabinett degradiert. Mit der präsidentialen Notverordnung vom 20. Juli 1932, nach § 48 der Weimarer Verfassung, wurden die „Reichsexekution“ gegen Preußen und die Einsetzung des Reichskanzlers Papen als Reichskommissar und damit der Staatsstreich im größten deutschen Lande vollzogen. Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 brachte der NSDAP 37,8 % der Stimmen und damit 230 Mandate im Reichstag. Die SPD mußte Verluste hinnehmen, ihr Anteil sank auf 36,5 % der Stimmen, während die KPD ihren Stimmenanteil auf 14,6 % steigern konnte.

Die deutsche Wirtschaft hatte ihre Forderungen für die Regierungsumbildung in eine Denkschrift an den greisen Hindenburg gefaßt; ein wirtschaftspolitisches Programm von absoluter Einseitigkeit, das vor allem auf die Ersetzung parteimäßig bestimmter Beamter durch „sachverständige Kräfte“, auf eine Revision der Tarifverträge anstelle „bolschewistischer Gleichmacherei“, auf einen weitgehenden Abbau der Sozialversicherung, auf Senkung der Zinssätze und Revision der Osthilfe, auf Rettung der Währung durch „Herabminderung der Unkosten in Löhnen, Steuern, sozialen Lasten usw.“ abzielte.³⁸ Der Ruck nach rechts führte über die Regierung Schleicher direkt zur Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 und damit zur faschistischen Diktatur.

Richard fand seit 1932 als Redakteur keine Arbeit mehr, war ständig arbeitslos, fand lediglich ab und an eine Gelegenheitsarbeit und war mit seiner Frau Maria oft am Verhungern. Seine materielle Lage war ab 1933 hoffnungslos.

Er wurde am 8. August 1936 von den Nazis ermordet und von der Mülheimer Rheinbrücke in den Rhein gestürzt.³⁹ In Düsseldorf, wo man ihn fand, wurde er beigesetzt und der Vorfall als Selbstmord deklariert. Die faschistische Polizei war an der Aufklärung der Tatsache, wie ein ausgezeichnete Schwimmer ertrinken konnte, nicht interessiert, um so mehr, da es sich um einen bekannten Kommunisten handelte. Er hat zwei Söhne, Rudolf (geb. 16.2.1928) und Erwin (geb. 22.10.1936) und eine Tochter Leni (geb. 13.10.1934) hinterlassen.

„Der Internationale Klassenkampf“ - Zeitschrift der oppositionellen kommunistischen Parteien -, schrieb in seinem Nachruf im November 1936: Auch Richard Creutzburg sei ein Opfer des Hitlerfaschismus, auch wenn er nicht direkt von der Gestapo ermordet wurde...

38 Siehe Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S.387.

39 Nach Auskunft von Gerda Creutzburg, Köln, einer Schwiegertochter von Richard Creutzburg, die diese Information von ihrer 1999 verstorbenen Schwiegermutter Maria Creutzburg erhielt.

Dokumente

Max Hoelz (1889-1933): Fragen an die Weimarer Justiz wegen ihrer Rechtslastigkeit. Drei Briefe aus dem Zuchthaus

Volkmar Schöneburg

Am 13. Juni 1921, früh um 7.00 Uhr, wurde vor dem Außerordentlichen Gericht beim Landgericht I Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsrates Braun einer der spektakulärsten politischen Prozesse der Weimarer Republik eröffnet. Der Angeklagte, dem u.a. Hochverrat, Mord, Landfriedensbruch, Raub, Brandstiftung zur Last gelegt wurden, polarisierte wie kaum ein anderer in jener Zeit. Für die einen war Max Hoelz ein moderner Karl Moor oder Robin Hood, ein „Gefühlskommunist“, für andere ein primitiver Gewaltverbrecher. Noch 1955 schwärmte George Grosz (1893-1959) von Hoelz als dem „Freund der Unterdrückten“, dem „Feind der Tyrannen“ sowie „Liebling der Frauen“.¹ In dem hier abgedruckten Brief an den Reichsamnestie-Ausschuß gibt Max Hoelz² u.a. einen kurzen Abriss seines Lebensweges bis 1918. Seine Begegnung mit Georg Schumann (1886-1945), Mitglied der Gruppe „Internationale“ und später der Spartakusgruppe, Ende 1917 an der Ostfront ist der Ausgangspunkt für sein Engagement in der Arbeiterbewegung. Im November 1918 wurde er in den Arbeiter- und Soldatenrat in Falkenstein/Vogtland gewählt. 1919 avancierte Max Hoelz, mittlerweile Mitglied der KPD, zum Vorsitzenden des Falkensteiner Arbeitslosenrates. In jener Funktion ließ er beispielsweise Kohlen und Nahrungsmittel bei den Privilegierten beschlagnahmen und zwang die Forstverwaltung zu Holzabgaben zu äußerst niedrigen Preisen an die arme Bevölkerung. Als die Truppen des Sozialdemokraten Gustav Noske (1868-1946) in Falkenstein einmarschierten, mußte Max Hoelz, auf den von nun an ein Kopfgeld ausgesetzt war, fliehen. In den nächsten Monaten führte er ein abenteuerliches Leben, wirkte als Agitator, hörte bei Otto Rühle (1874-1941) wissenschaftliche Vorträge, wurde verhaftet und wieder befreit. Beim Kapp-Putsch 1920 kehrte er ins Vogtland zurück, stellte sich an die Spitze der Gegenbewegung, sammelte bis zu 300 Rotgardisten hinter sich und rief die letzte auf deutschem Boden gegründete Räterepublik aus. Als über 40.000 Reichwehrsoldaten das Vogtland besetzten, löste er seine „Rote Garde“ auf und setzte sich in die CSR ab. Die KPD schloß ihn am 6. April 1920 wegen Verstoßes gegen die Parteidisziplin aus ihren Reihen aus. Im

1 Siehe George Grosz: Ein kleines Ja und ein großes Nein, Hamburg 1955.

2 Siehe zum Leben von Max Hoelz Manfred Gebhardt: Max Hoelz, Wege und Irrwege eines Revolutionärs, Berlin 1989; Peter Giersich/Bernd Kramer (Hrsg.): Max Hoelz. Sein Leben und sein Kampf, Berlin 2000; Max Hoelz: Vom „Weißen Kreuz“ zur roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse (1929), Halle-Leipzig 1984.

November 1920 reiste er wieder illegal nach Deutschland und suchte die Nähe zur KAPD. Als die VKPD im März 1921 die Entsendung von Polizei in das mitteldeutsche Industriegebiet durch den Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing (1874-1937), und den preußischen Innenminister, Carl Severing (1875-1952), beide SPD, zum Anlaß nahm, auf der Basis ihrer ultralinken und verfehlten „Offensivtheorie“ den unzureichend vorbereiteten Aufstand zu beginnen, war auch Max Hoelz zur Stelle. Als „roter General“ führte er in den Kämpfen bewaffnete Arbeitereinheiten. Der Märzaufruch wurde militärisch niedergeschlagen und endete am 29. März 1921 mit der Kapitulation der Leunawerke.³ Noch am gleichen Tag erließ Reichspräsident Friedrich Ebert (1871-1925, SPD) auf der Grundlage des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung eine „Verordnung über die Bildung außerordentlicher Gerichte“ (RGBl. S.371) zur Aburteilung der Aufständischen. Gegen die Urteile jener Ausnahmegerichte gab es kein Rechtsmittel. Allein das Sondergericht Halle fällte mehr als 4000 „ungeheuerlich strenge“ Urteile.⁴ Am 15. April 1921 wurde auch Max Hoelz verhaftet und am 22. Juni von einem solchen außerordentlichen Gericht zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Man muß nicht unbedingt Erich Mühsams (1878-1934) Auffassung teilen – wenngleich sie nicht ohne Reiz ist –, daß die Hoelz vorgeworfenen Taten gerechtfertigte Bürgerkriegshandlungen gewesen seien⁵, um das Urteil zu kritisieren. Dabei waren es nicht die Vorwürfe des Hochverrats, des Landfriedensbruchs und diverser Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz, die auf wackligen juristischen Füßen standen. Jene Handlungen hatte Hoelz, der von James Broh (KAPD, geb. 1867), Victor Fraenkl (KPD, geb. 1869) und Ernst Hegewisch (KPD, 1881-1952) verteidigt wurde⁶, ohne Wenn und Aber eingeräumt.⁷ Nein, es ist die Hoelz zugerechnete vorsätzliche Tötung eines Rittergutsbesitzers, der sich geweigert hatte, Mäntel an die Aufständischen herauszugeben, die das Urteil zu einem Fehlurteil werden ließ. Der Staatsanwalt gründete darauf seine Forderung nach der Todesstrafe wegen Mordes (§211 StGB verlangte damals für Mord vorsätzliche Tötung mit Überlegung). Aber schon zum Zeitpunkt des Prozesses wurde deutlich, daß die Beweise hierfür konstruiert und die Täterschaft des Hoelz nicht eindeutig nachweisbar war. Erkennbar wird das auch daran, daß das Gericht sich nicht zu einem Schuldspruch wegen Mordes durchringen konnte. Da aber ein Freispruch von dem Tötungsdelikt in dubio pro reo in jener Situation undenkbar erschien, sah es

3 Siehe: Stefan Weber: Ein kommunistischer Putsch? - Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin 1991; Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1982.

4 So Gustav Radbruch am 5. Juli 1921 im Reichstag, siehe Gustav Radbruch: Gesamtausgabe (GRGA), Bd. 19, Heidelberg 1998, S.79.

5 Siehe Erich Mühsam: Streitschriften. Literarischer Nachlass, Berlin 1984, S.554f (Gerechtigkeit für Max Hoelz, 1926).

6 Siehe zu den Anwälten Heinz-Jürgen Schneider u. a.: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands, Bonn 2002.

7 Siehe in diesem Zusammenhang die bemerkenswerte Verteidigungsrede, die Hoelz als Anklage der bürgerlichen Gesellschaft konzipiert hatte: Hölz' Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft. Gehalten vor dem Moabiter Sondergericht am 22. Juni 1921 in Berlin, Leipzig/Berlin 1921.

den Ausweg in der Vermittlung durch die Verurteilung wegen Totschlags.⁸ Die Folge war, daß Max Hoelz in den nächsten Jahren weder begnadigt noch amnestiert wurde. Bereits am 4. Juni 1921 hatte nämlich der Reichstag beschlossen, die Urteile der Ausnahmegerichte im Hinblick auf eine mögliche Begnadigung zu überprüfen. Und im Juli 1922 brachte der sozialdemokratische Reichsjustizminister Gustav Radbruch (1878-1949), für den Amnestien „Meilensteine am Wege der Revolution“ waren⁹, ein Straffreiheitsgesetz für die Märzkämpfer im Reichstag ein (RGBl. I S. 595). Aber Verbrechen gegen das Leben waren eben von der Amnestie ausgenommen, so daß der Antrag des Verteidigers von Hoelz, auf den sich der erste der im folgenden abgedruckten Briefe bezieht, negativ beschieden wurde. Im Juli 1921 begann Max Hoelz - wieder Mitglied der KPD - seinen Weg durch die Zuchthäuser der Weimarer Republik: Münster, Breslau, Groß-Strelitz und Sonnenburg hießen die Stationen. Felix Halle (1884-1937) und der renommierte Strafverteidiger Alfred Apfel (1882-1940), die mittlerweile seine juristische Vertretung übernommen hatten, trugen in der Zwischenzeit weiteres Entlastungsmaterial zusammen. 1924 und 1926 zogen zwei Belastungszeugen ihre Aussagen zurück. Der wirkliche Täter, der Bergmann Friche, gestand außergerichtlich, die Schüsse auf den Rittergutsbesitzer abgefeuert zu haben. Trotzdem wurde eine Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt. Der zuständige Staatsanwalt beantragte vielmehr, Friche trotz des Geständnisses und weiterer Zeugenaussagen außer Verfolgung zu setzen. Die Justiz entsprach dem Antrag.

Hoelz avancierte dadurch zur Symbolfigur der linken politischen Gefangenen in der Weimarer Republik. Er stand namentlich für das, was in jener Zeit unter der Überschrift „Vertrauenskrise der Justiz“ diskutiert wurde.¹⁰ Der Rechtspflege wurde vorgeworfen, politisch mit zweierlei Maß zu messen. Nicht ohne Grund wurden in den Justizdebatten immer wieder von Jagow oder Hitler auf der einen und Hoelz auf der anderen Seite benannt.¹¹ Die Strafverfahren gegen erstere dokumentieren, daß es mehrheitlich der einem antidemokratischen Weltbild anhängenden Justiz an der Bereitschaft fehlte, die Republik gegen antidemokratische Attacken von rechts wirksam zu verteidigen. Ein Umstand, der zum Scheitern von Weimar beitrug. Jagow wurde bekanntlich als einziger Kappist rechtskräftig verurteilt. Denn auch die 775 am Putsch beteiligten Offiziere sind nicht bestraft worden. Ursächlich dafür ist die Auslegung des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 (RGBl. S. 1478) durch das Reichsgericht. Nach dem Gesetz sollten „Urheber“ und „Führer“ des Umsturzversuchs nicht unter die Amnestie fallen. Das Reichsgericht legte die Begriffe gegen die Intentionen des Gesetzgebers so weit aus, daß letztlich nur von Jagow als

8 Siehe zum Prozess Wolfgang Schild: Berühmte Berliner Kriminalprozesse der Zwanziger Jahre, in: Friedrich Ebel/Albrecht Randelzhofer: Rechtsentwicklungen in Berlin, Berlin/New York 1988, S.127-137; Volkmar Schöneburg: Die kriminalpolitische Bedeutung des Falles Hoelz, in: Staat und Recht, 12/1989, S.1016-1020.

9 Siehe GRDA, Bd. 19, S.34.

10 Siehe Robert Kuhn: Die Vertrauenskrise der Justiz (1916-1928), Köln 1983; GRGA, Bd. 14, Heidelberg 2002, S.163f. Anderer Auffassung ist Schild (FN 8).

11 Siehe GRGA, Bd. 19, S.75f.

„Führer“ und „Urheber“ übrig blieb.¹² Bereits nach 2 Jahren verbüßter Festungshaft befürwortete der Oberreichsanwalt ein Gnadengesuch v. Jagows, da diesen „ein hoher sittlicher Standpunkt“ auszeichne.¹³ Am 12. Dezember 1924 erfolgte die Begnadigung. Vier Jahre später verurteilte das Reichsgericht den preußischen Staat, dem Putschisten seine Ruhegehälter als ehemaliger königlich-preußischer Regierungspräsident vom 1. Januar 1922 an auszuzahlen. Später blieben die Fememorde von Angehörigen der „Schwarzen Reichswehr“, weitere Verbote der nazifaschistischen Bewegung, unter dem Gesichtspunkt eines angeblichen „Staatsnotstandes“ mehrfach straflos. Weitere Beispiele ließen sich problemlos anführen.

Demgegenüber symbolisiert Max Hoelz das harte Vorgehen der Justiz gegen linke Revolutionäre, aber auch gegen Kritiker undemokratischer Entwicklungen. Denn neben der Sondergerichtsbarkeit gegen die bayrischen Räterepublikaner¹⁴, die Akteure von 1920 und 1921 praktizierten der Strafgerichtshof zum Schutze der Republik und das Reichsgericht eine extensive Auslegung der Straftatbestände der „Vorbereitung zum Hochverrat“ und des „Landesverrats“, die u. a. die bloße revolutionäre Gesinnung zu strafbaren Tatbeständen umprägte. An diese Rechtsprechungslinie konnte u. a. der Volksgerichtshof der Nazifaschisten problemlos anknüpfen.¹⁵ In den beiden Briefen von Max Hoelz an den Justizminister Frenken wird der Sachverhalt noch einmal deutlich: Die Weimarer Justiz legte in einer Vielzahl von Ermittlungsverfahren, Prozessen und Urteilen eine die Grenze der Rechtsbeugung oft überschreitende Einseitigkeit im Umgang mit politischen Delikten an den Tag.¹⁶

Jene Einseitigkeit mobilisierte im Falle Hoelz wiederum eine breite Öffentlichkeit. Erich Mühsam publizierte 1926 seine Kampfschrift „Gerechtigkeit für Max Hoelz“, die mit einer Gesamtauflagenhöhe von 65.000 Exemplaren Mühsams größter Bucherfolg überhaupt war. Egon Erwin Kisch (1885-1948) edierte 1927 die „Briefe aus dem Zuchthaus“ von Hoelz. Paul Schlesinger (1878-1928), der berühmte „Sling“, schrieb in der „Vossischen Zeitung“ für Hoelz. Ständig erschienen Beiträge in der „Weltbühne“. Im April 1927 konstituierte sich ein „Neutrales Komitee für Max Hoelz“, dem u. a. Albert Einstein, die Gebrüder Mann, Stefan Zweig, Otto Dix, Bertolt Brecht und Lion Feuchtwanger angehörten. Halle und Apfel forcierten die juristische Arbeit. Halle besprach den Fall mit Oberreichsanwalt Karl Werner

12 Siehe GRGA, Bd. 19, S.78f., S.182.

13 Die Rekonstruktion des Falles Jagow aus den Akten des Reichsjustizministeriums findet sich bei Friedrich Karl Kaul: Imperialistische Gesinnungsverfolgung und Gesinnungsbegünstigung, Berlin 1981, S.63-79.

14 Nach einer amtlichen Auskunft des bayrischen Bevollmächtigten im Rechtsausschuss des Reichstags wurden wegen Beteiligung an der Rätebewegung in Bayern 2209 Personen strafrechtlich verurteilt. Siehe Erich Kuttner: Warum versagt die Justiz? Berlin 1921, S.61.

15 Siehe zur Kontinuität Klaus Marxen: Die Rechtsprechung des Volksgerichtshofs, in: Franz Jürgen Säcker (Hrsg.): Recht und Rechtslehren im Nationalsozialismus, Baden-Baden 1992, S.208f; Ingo Müller: Furchtbare Juristen, München 1989, S.31f.

16 Siehe Klaus Schönhoven: Republik ohne Rechtsschutz. Politische Justiz in der Weimarer Republik, in: Franz-Josef Hutter/Carsten Tessler (Hrsg.): Die Menschenrechte in Deutschland, München 1997, S.74. Zu den Ursachen siehe Ernst Fraenkel: Zur Soziologie der Klassenjustiz, Berlin 1927; Ralph Angermund: Deutsche Richterschaft 1919-1945, Frankfurt/M. 1990.

(1876-1970). Beide Verteidiger trafen sich mit dem preußischen Justizminister, an den Hoelz gleichlautende Briefe wie an Frenken sandte, und veröffentlichten 1928 ihren im Auftrag der Roten Hilfe Deutschlands erarbeiteten Wiederaufnahmeantrag nebst einer Eingabe an den Reichstag. Der Druck von „unten“ erzielte Wirkung: Am 18. Juli 1928 ordnete das Reichsgericht auf Grund des Wiederaufnahmeantrags und des Amnestiegesetzes vom 14. Juli 1928 die Unterbrechung der Strafvollstreckung an. Zwar bezog auch das Amnestiegesetz aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten Hindenburg (1847-1934) Verbrechen gegen das Leben nicht ein, wandelte aber die für Mord oder Totschlag verhängte lebenslange Zuchthausstrafe in 7 1/2 Jahre Gefängnis um. Nach seiner Haftentlassung engagierte sich Hoelz politisch für die KPD und die Befreiung politischer Gefangener, schrieb seine Memoiren und besuchte 1929 die Sowjetunion. Nachdem er in einer Auseinandersetzung mit Faschisten in Bad Elster schwer verletzt wurde, reiste er 1930 wiederum in die Sowjetunion. Hier geriet der unangepaßte Max Hoelz fast zwangsläufig in Konflikt mit der politischen Führung, was letztlich zu seinem gewaltsamen Tod im September 1933 führte.¹⁷

*Dokument 1*¹⁸

Zuchthaus Breslau, 18.12.1922

An den Reichsamnestie-Ausschuß, Berlin W 9, Voss Straße 4

Aus einer Zuschrift meines Anwalts Justizrat Fraenkl-Berlin¹⁹ ersehe ich, daß derselbe einen Antrag für mich beim Amnestie-Ausschuß gestellt hat. Nach Lage der Dinge kann ich auf einen Erfolg des Antrags kaum rechnen. Trotzdem halte ich es für angebracht, ein Paar Tatsachen hier auszuführen, die bei der Beurteilung meines **Wollens** nicht unwichtig sein dürften.

Ein großer Teil der öffentlichen Meinung erklärt mich für einen „Räuber“, „Mordbuben“, „Brandstifter“ und dergleichen mehr, aber nur die allerwenigsten Menschen halten es überhaupt für notwendig, auch nur die Frage nach den Beweggründen meines Handelns aufzuwerfen.

Ein Verbrechen im Sinn des Wortes nenne ich das, wenn ein Mensch bewußt, mit vorgefaßter Absicht eine Handlung oder Unterlassung begeht zu dem bestimmten Zweck, sich dadurch persönliche Vorteile zu verschaffen. Solche oder ähnliche Motive kann meinen Handlungen kein Mensch unterschieben. Ich habe mich bei **allem** nur von dem Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den notleidenden Massen leiten lassen.

17 Siehe Giersich/Kramer, Max Hoelz, S.94.

18 Die Dokumente wurden von Ulla Plener erschlossen in: Bundesarchiv Berlin, Akten des Reichsjustizministeriums R 3001 (alt St 1) 107, Bd. 4 (August 1921 bis Februar 1925), Bl. 31-33 (Dokument 1), Bl. 86/87 (Dokument 2), Bl. 91/92 (Dokument 3). Alle Briefe handschriftlich und von Max Hoelz eigenhändig unterschrieben.

19 Victor Fraenkl (geb. 1869), Dr. jur., KPD, Rechtsanwalt in Berlin, 1925 in das Zentralkomitee der Roten Hilfe Deutschlands gewählt, verteidigte Hoelz vor dem Moabiter Sondergericht.

Ich habe bis zum 16. Lebensjahr auf dem Dorfe gelebt und während meiner 8jährigen Schulzeit kaum 3 Mal meine Schularbeiten machen können, weil ich in der schulischen Zeit immer arbeiten mußte. Die Arbeiten sind mir nie lästig geworden, und es wird heute wohl nicht allzu viele Familien geben, in denen das "ora et labora" so zur unbedingten Regel und zum innersten Bedürfnis geworden ist, wie das in meinem Elternhause der Fall war.

Nach meiner Schulentlassung ging ich auf 2 Jahre als Tagelöhner zu dem Gutsbesitzer Klotsche in Lentewitz b. Riesa a. (d.) Elbe. Ich hätte herzlich gern ein Handwerk erlernt, aber dazu hatten meine Eltern keine Mittel. Als Tagelöhner konnte ich nie daran denken, meinen Eltern jemals eine Stütze zu sein. Wenn ein Kind jahrelang mit ansehen muß, wie beide Eltern sich abmühen und abquälen, nur um sich und ihren Nachwuchs rechtschaffen durchs Leben zu (schleusen), so empfindet es instinktiv der Mensch, seinen Eltern den Lebensabend einmal leicht zu machen. Dieser brennende Wunsch trieb mich vom Dorfe in die Stadt. Ich wollte aus eigener Kraft vorwärts kommen, einen Beruf lernen, um später meinen Eltern helfen zu können.

Wie schwer und hart dieses Ringen, ohne jede Hilfe, für mich werden **mußte**, kann sich wohl jeder denkende Mensch vorstellen. Ich habe mich bis zum Eisenbahntechniker durchgekämpft und fand als solcher Anstellung bei der Firma Artur-Koppel-AG-Berlin, die später mit Orenstein u. Koppel fusionierte. Von dort ging ich zur Eisenbahnaufirma Herrmann Bachstein Berlin, Großbeeren Str.

Meine theoretischen Kenntnisse waren den an mich gestellten Anforderungen nicht gewachsen. Ich wollte noch ein paar Semester auf einer technischen Schule durchmachen. Dazu gehörten wieder Mittel, die ich nicht besaß. Ich nahm deshalb Beschäftigung als Vorführer in einem Lichtspielhaus, dadurch wurde es mir möglich, tagsüber eine Schule zu besuchen. Am abend dann 4 Stunden (Sonntags 10 Stunden) in einem engen, heißen Raum, nachher anschließend Schulaufgaben, und als Ziel dieses Ringens nur der eine brennende Wunsch, vorwärts zu kommen, um den Eltern helfen zu können. Ich habe Ehrgeiz nie gekannt. Meine ganze Welt war mein Gefühlsleben, das sich nur um meine Eltern und Geschwister bewegte.

Dann 1914. Ich war Ersatzreservist und meldete mich freiwillig. Nicht aus Kriegsbegeisterung, ich haßte den Krieg, instinktiv, vielleicht auch aus meinem starken religiösen Empfinden heraus, das mich 1914 noch beherrschte. Aber ich hätte mich geschämt, daheim zu bleiben, wo andere Tausende draußen kämpften.

14-18, diese 4 Jahre, die ich ununterbrochen an den Fronten verbrachte, haben meine Weltanschauung zertrümmert. Der religiöse Glaube schwankte. Ich wußte heute kaum zu sagen, ob damals die inneren Kämpfe oder die äußeren Kämpfe schwerer waren. Sie waren für mich beide bitter hart und blutig ernst. Es bildet nicht das den Menschen, was er erlebt, sondern wie er das **empfindet**, was er erlebt. Da noch an die Allmacht eines Schöpfers glauben, wo **alles** mordet, und Völker rasen; wo das grausamste Morden höchste Tugend, edelste Menschenliebe sein soll?

Was mir vordem meine Eltern, Geschwister, Religion waren, wurde mir jetzt die ganze Menschheit. Ohne die Zusammenhänge, die Kausalität des Seins und Geschehens zu erkennen, zu verstehen, warf mich das Gefühl auf die Seite der arbei-

tenden Massen. Sie waren es, die durch den Wahnsinn des jahrelangen Mordens am schwersten an Leib und Seele gelitten hatten. Nun ging das Gefühl mit dem Verstande durch. Der **erste** Schritt, den ich ins politische Leben tat, die **ersten** Worte, die ich zu den Massen sprach, brachten mich mit dem bürgerl. Gesetz in Konflikt, weil ich den Worten sofort die Tathandlung folgen ließ. Seit dem **ersten** Tag meiner polit. Tätigkeit (Anfang 1919) wurde ich steckbrieflich verfolgt. Ununterbrochen gehetzt, von Ort zu Ort. Immer von dem Gedanken erfüllt, daß die Masse selbst ihr Schicksal in die Hände nehmen muß. Krieg dem Kriege, Krieg der Unterdrückung, und diesen Kampf führen mit allen Mitteln, das erschien mir als das allein richtige. Ich wähnte, weil ich **so** dachte, **so** wollte, **so** kämpfte, **müßten** die anderen dasselbe tun.

Erst **während** der Märzkämpfe 1921 ist mir mit aller Deutlichkeit zu Bewußtsein gekommen, daß die Methoden meines Kampfes der Sache nicht dienen. Das Gute an mir war das Wollen, das Schlechte das Können; die Gedanken fügten sich nicht den Tatsachen. Das eine Hirn stieß sich an hundert harten Tatsachen wund, und wieder ging ein Glaube in Trümmer.

Ich stehe heute zur proletarischen Sache fester als je zuvor, und ich werde in diesem Sinne stets meine Pflicht erfüllen. Aber ich habe aus der in bitteren Erfahrungen gewonnenen Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen gezogen. Ich habe mich innerlich und äußerlich losgelöst von meinen bisherigen Methoden.

Nicht erst die Haft hat mich zur Erkenntnis meiner Fehler gebracht, die Sie als Verbrechen bezeichnen. Die Haft ist weit eher geeignet, das Gegenteil zu bewirken. Ich hätte auch ohne lebenslängliche Haft andere Wege beschritten.

Daß ich den Sonderrichtern mit aller Schärfe entgegentrat, war meine Pflicht. Ich durfte ihnen kein Zugeständnis machen, das den Eindruck erweckte, ich wolle von Taten kneifen.

Man legt mir die Erschießung des Gutsbesitzers Heß zur Last. Heute glaubt kein Mensch mehr daran, daß ich an dieser Erschießung in irgendeiner Weise beteiligt bin. Aus dem vorhandenen Material ist klar ersichtlich, daß ich damit nichts zu tun habe. Wäre ich an der Erschießung des Heß irgendwie beteiligt, so würde ich mich dazu bekennen, wie ich mich stets rückhaltlos zu **allen** meinen Taten und Handlungen bekannt habe.

Alle die Beschimpfungen, die sich gegen mich richten, sind nicht imstande, mir die innerste Gewißheit aus der Seele zu reißen, daß ich **alles**, was ich materiell und ideell besaß, geopfert habe mit der festen Überzeugung, dadurch meine Pflicht zu tun, um den Unterdrückten zu helfen.

Daß die Wege, die ich einschlug, die Methoden, die ich anwandte, nicht immer die richtigen waren, weiß kein Mensch besser als ich selbst. Ich habe mich immer **bemüht**, das Richtige zu tun und aus meinen Fehlern zu lernen. Sie werden mir aber nie nachsagen können, daß ich persönliche Vorteile erstrebt habe, ich habe im Gegenteil **mehr** geopfert, als Sie jemals zu erkennen vermögen.

Ich bitte den Ausschuß dringend um Mitteilung, ob ihm meine Akten vorliegen und wie lange das Verfahren vor dem Ausschuß währen kann. Um diese Auskunft bitte ich deshalb, weil die Akten auch an anderer Stelle gebraucht werden.

Mein heutiges Schreiben betrachte ich als Anlage zum dem Antrag meines Anwalts Justizrat Fraenkl vom 29. 11.

Achtungsvoll Max Hoelz

Dokument 2

Breslau, am 22. Januar 25

Herrn Reichsjustizminister Dr. Frenken-Berlin²⁰

Herr Minister!

Die Hitler²¹, Jagow²² und Genossen sind in Freiheit gesetzt.

Ludendorff²³ war angeklagt, aber **freigesprochen**, obgleich er selbst - wie er vor dem Gericht angab - sich dieses seltsamen und unbegreiflichen Freispruches schämte, und obgleich das Gericht bei ihm Hochverrat feststellte.

Arco²⁴, der mit Vorbedacht und nach peinlichster Vorbereitung einen Minister ermordete, ist in Freiheit gesetzt. Nachdem er ein paar Jahre Festung erlebt hatte, die die gesamte Öffentlichkeit als Sommerfrische bezeichnete.

Anlock²⁵, der - **wie gerichtsnotorisch feststeht** - hier in Breslau 1920 mehrere Menschen in der grausamsten Weise zu Tode folterte und ermordete, ist seit Jahren in Freiheit gesetzt.

20 Joseph Frenken (1854-1945) gehörte zwar nicht formell dem Zentrum an, wurde aber von der Partei für das Amt des Justizministers im Kabinett Luther vorgeschlagen, Reichsjustizminister vom 15.01.1925 bis 21.11.1925.

21 Vom 26.2. bis 1.4.1924 wurde vor dem Volksgericht München I die Hochverratsklage wegen des Hitlerputsches vom 8./9. November 1923 verhandelt. Angeklagt waren neben Hitler Erich Ludendorff, Ernst Pöhner, Wilhelm Frick, Friedrich Weber, Ernst Röhm, Hermann Kriebel, Wilhelm Brückner, Robert Wagner und Heinz Pernet. Gegen Hitler, Pöhner, Kriebel und Weber erkannte das Gericht auf 5 Jahre Festungshaft wegen Hochverrats. Ludendorff wurde freigesprochen, während das Gericht die anderen Angeklagten wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilte. Allen Tätern billigte das Urteil mildernde Umstände zu. Daher erhielten die wegen Beihilfe Verurteilten Bewährungsfrist. Den vier Hochverrätern wurde ein Reststrafenerlass nach 6 Monaten in Aussicht gestellt. Hitler und Kriebel entließ man als letzte am 20.12.1924 aus der Haft.

22 Traugott von Jagow (1865-1941), Dr. jur., Oberregierungsrat, 1906-16 Polizeipräsident von Berlin, dann bis 1918 Regierungspräsident von Breslau; einer der Führer des Kapp-Putsches, Reichsinnenminister in der Kapp-Regierung. Jagow, einziger bestrafte Putschist überhaupt, wurde am 21.12.1921 vom Reichsgericht wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt und am 12. Dezember 1924 u. a. wegen „vorzüglicher Führung“ begnadigt.

23 Erich Ludendorff (1865-1937), General, Mitglied der Obersten Heeresleitung im 1. Weltkrieg; war als konservativer Nationalist sowohl am Kapp-Putsch als auch am Hitler-Putsch beteiligt. Siehe auch Anm. 21.

24 Anton Graf von Arco auf Valley (1897-1945), erschöß am 21.2.1919 den bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD); 1920 wegen Mordes zum Tode verurteilt; wurde wegen seiner „ehrenhaften Gesinnung“ zu Festungshaft begnadigt und 1925 aus der Haft entlassen.

25 Richtig muß es lauten Aulock. Während des Kapp-Putsches kam es in Breslau durch Angehörige des unter Führung des Oberleutnants v. Aulock stehenden Freikorps zu Tötungen und schwersten Mißhandlungen von Arbeitern. Die 2. Breslauer Strafkammer verurteilte 3 beteiligte Soldaten zu 2 1/2 bis 4 Jahren Gefängnis. Das Reichsgericht hat das Urteil am 18.6.1921 aufgehoben, da die Täter unter das Amnestiegesetz vom 4.8.1920 („Kapp-Amnestie“) fielen. Selbst in bürgerlichen Kreisen stieß diese Entscheidung auf Unverständnis. Siehe Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918-1933, Bornheim-Merten 1987, S.95-97.

Demgegenüber werden eine Reihe meiner Mitkämpfer und ich selbst, die wir 1921 für die Befreiung der unterdrückten Arbeiter kämpften, noch immer in den Zuchthäusern festgehalten.

Ich richte deshalb heute die Frage an Sie, Herr Minister, wie wir eingekerkerten Arbeiter es fertigbringen sollten, uns mit diesem offensichtlich **zweierlei Maß** der deutschen Justiz - die doch den Anspruch erhebt, unparteiisch und gerecht zu sein **ohne Ansehen der Person** - abzufinden?

D. h., **wie** sollen wir politischen Gefangenen von links bei solchem zweierlei Maß eine jahrelange Einkerkерung mit der von Ihren Vollzugsorganen verlangten Einordnung in vorgeschriebene Regeln auf uns nehmen?

Hochachtungsvoll

Max Hoelz

Dokument 3

Breslau, am 3. Febr. 25

Herrn Reichsjustizminister Dr. Frenken-Berlin

Herr Minister!

Zu meinem Schreiben an Sie vom 22. Jan. 25 bemerke ich ergänzend heute noch folgendes.

Meine im vorigen Schreiben an Sie gerichtete Fragestellung kann möglicherweise bei Ihnen die Gegenfrage auslösen: Wieso ich die mir zur Last gelegten Tathandlungen identifiziere mit **den** Delikten, die Jagow, Hitler, Luddendorff und Co. zur Last gelegt sind.

Hierauf entgegne ich:

Der **einzige** tatsächliche Unterschied, der zwischen **meinen** Tathandlungen und denjenigen von Jagow, Hitler und Luddendorff besteht, ist folgender.

Die vorgenannten Rechtsputschisten und ihre engeren angeklagten Freunde hüteten sich wohl, die bei ihren Unternehmungen erforderlichen Tathandlungen wie Sprengungen, Beschlagnahmungen, Geiselfestsetzungen u. a. etwa gar selbst und **eigenhändig** vorzunehmen.

Für solche niederen Funktionen hatten die Jagow, Hitler usw. stets ihre hörigen, in Ehrfurcht ersterbenden Werkzeuge.

Diese besorgten mit oder „ohne“ Befehl derartige Funktionen, wissend, daß sie damit stets die Billigung ihrer geistigen Initiatoren fanden.

Demgegenüber habe ich die, im Interesse des revol. Kampfzieles als unbedingt notwendig erscheinenden, wichtigsten, **schwierigsten** und gefährlichsten Sprengungen und andere Tathandlungen meist **selbst** ausgeführt.

Und zwar aus folgenden Gründen.

Es widerstrebte meinem moralischen und politischen Verantwortlichkeitsgefühl, meinen Mitkämpfern die Ausführung von Tathandlungen zu befehlen oder sie von ihnen zu verlangen, bei denen sie offensichtlich ihr Leben aufs Spiel setzten, während der „Führer“ vom sicheren Port aus das Gelingen oder Mißlingen abwartet.

Das ist der Unterschied zwischen meinen Handlungen und zwischen den „Taten“ der Jagow, Hitler usw.

Ein weiterer Unterschied besteht schließlich noch darin, daß die Hitler, Jagow usw. **besoldete** Putschisten und Hochverräter sind²⁶; indessen ich meine materielle Existenz opferte, und **ohne Bezahlung** der revolutionären Sache diene.

Ich frage Sie nun, Herr Minister, mit **welcher** dialektischen Begründung bezeichnen Ihre juristischen Organe **absolut gleiche Tathandlungen** mit ganz verschiedenen Benennungen und Paragraphen???

In **allen** bisherigen Prozessen gegen Rechtsputschisten bezeichnen Ihre Richter und Staatsanwälte gewisse Handlungen als: Beschlagnahmungen, Requisitionen usw. Genau die gleichen Handlungen bezeichnen Ihre Organe in allen Prozessen gegen revol. Arbeiter mit Erpressung(!), Raub usw.

Der Paragraph spricht: „Vor dem Gesetz sind alle gleich!“²⁷

Ihre Richter und Staatsanwälte handeln: „Wenn zwei das Gleiche tun, so ist es längst nicht das Gleiche.“

Max Hoelz

26 Siehe zu den Ruhegehältern die Ausführungen in der Einleitung. Neben Jagow klagte auch General von Lüttwitz (1859-1942), einer der Führer des Kapp-Putsches, erfolgreich auf Nachzahlung seiner Pension und seines Offiziergehalts (siehe GRGA, Bd. 19, S.182).

27 Artikel 109, Satz 1 der Weimarer Reichsverfassung lautet: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich.“

Otto Buchwitz: Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung

Heinz Niemann

Man kann aus der Geschichte nichts lernen. Diesen Kernsatz findet man meist bei jenen Vertretern der Historikerzunft, die dem Geschichtsprozeß jegliche Logik, jegliche Gerichtetheit absprechen, oft mit der unschwer erkennbaren Absicht, den gegenwärtigen Gesellschaftszustand als alternativlos darzustellen. Aber auch jene Theoretiker, die neuerlich die ‚Offenheit der Geschichte‘ beschwören, als sei dies eine sensationell neue Entdeckung, meinen damit nicht selten eine Offenheit des Ungewissen, des nicht Gestaltbaren. Allein der Eintritt des Unerwarteten, Überraschenden und Zufälligen wird als Ausdruck dieser Offenheit gewertet. So scheint man aus der Geschichte nur lernen zu können, daß die Menschen nichts lernen.

Historische Verläufe haben im Nachhinein aber wiederum die suggestive Kraft des Faktischen, sich als so und nicht anders möglich darzustellen. Die meisten Memoirenschreiber aus abgetretenen Politikergenerationen bestärken ihre Leser darin, daß alles so kommen mußte, im positiven Fall aufgrund ihres eigenen verdienstvollen Wirkens, im negativen, weil alles unausweichlich so kommen mußte. Zwei Seiten von Eschatologie.

Marxistische Geschichtsauffassung geht davon aus, daß die Menschen ihre Geschichte zwar unter vorgefundenen Verhältnissen machen müssen, nicht aus freien Stücken, daß sie sie aber selbst machen. Ihre Praxis, die Wahl ihres Weges hängt somit nicht nur von den objektiven Umständen (Charakter und Reife der Produktionsweise, Machtverhältnisse u.a.) sowie davon ab, von welchen Bedürfnissen und Interessen, sondern auch von welchen Erkenntnissen sich Menschen leiten lassen. In welchem Maße Erkenntnisse gesellschaftlich wirksam werden, wird von verschiedenen Faktoren bestimmt: von der Qualität der Erkenntnisse, der Organisiertheit der Träger derselben, von den die jeweiligen historischen (konkurrierenden oder kooperierenden) Subjekte leitenden Werten und moralischen Normen, den Medien, einzelnen Persönlichkeiten, der Lage und den aktuellen Erfahrungen und dadurch von der Bereitschaft der Massen, wem sie zu folgen bereit sind u.a.; stets aber auch durch Art und Tiefe der Verarbeitung relevanter historischer Erkenntnisse bei der bewußten Wahl eines von mehreren alternativen Wegen, und sei es vorab auch nur in programmatischer Form. Die Anerkennung der Wechselwirkung von Spontaneität und Bewußtheit, die jeden historischen Prozeß charakterisieren, muß zwar das Eintreten des Unerwarteten einkalkulieren, zwingt jedoch in keiner Weise auf eine bewußte Gestaltung von Politik (als gegenwärtige Geschichte) und den Versuch einer Prognose, was geschehen sollte, zu verzichten. Die menschliche Praxis ist stets in diesem oder jenem Grade eine bewußte. Ein solches Verständnis von historischer Gesetzmäßigkeit ist das Gegenteil von Teleologie.

Das vorgestellte Dokument ist eine klassische Illustration eines naiven dialektisch-materialistischen Geschichtsverständnisses und Spiegelbild eines konkret-historischen Geschichtsbildes. Der Verfasser, Otto Buchwitz (1879-1964), hat ohne Zweifel zum nicht-reformistischen, klassenkämpferischen und deshalb in mancher Hinsicht kritischen Flügel in der SPD gehört, obwohl oder trotzdem er ihr ein treuer und für sie engagierter Funktionär bis zum Schluß geblieben ist. Daß er damit - als ‚nützlicher Idiot‘ - zugleich den Einfluß der opportunistischen Führung stabilisiert hat, vermochte er lange nicht einzusehen. Es bleibt auch bei ihm bis zu seinem Entschluß zur Zusammenarbeit in der Emigration und schließlich zur Vereinigung mit der KPD 1945/46 bei jenem Widerspruch zwischen früher Erkenntnis und spätem, manchmal zu spätem Handeln. Sein Tod hat es ihm erspart, vielleicht erneut vor einem solchen Widerspruch und einem ganz anderen Entschluß zu stehen.

Das abgedruckte Dokument ist ein durchaus typisches Beispiel dafür, wie ein sich mitverantwortlich fühlender Politiker bemüht war, aus den Erfahrungen einer historischen Niederlage Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen, aus der Geschichte zu lernen. Wer mit seiner Biografie vertraut ist, kann nachvollziehen, wie sich Buchwitz nach 1945 in seinem ganzen noch verbleibenden politischen Leben von den damals von ihm erarbeiteten Lehren leiten ließ. Warum es erst so gravierender Erfahrungen und veränderter Umstände bedurfte (bei ihm wie bei Hunderttausenden anderer Mitstreiter), um die richtige Konsequenz daraus zu ziehen, bleibt eine offene Frage.

Die nicht datierte und offenbar noch nicht für veröffentlichungsreif angesehene zwanzig Schreibmaschinenseiten umfassende Ausarbeitung dürfte im Herbst/Winter 1933, also relativ bald nach seiner dringlichen Flucht am 3. August 1933 nach Dänemark, mit der er sich der drohenden Verhaftung entzog, entstanden sein. In seiner Handschrift steht unter der Überschrift: *Otto Buchwitz - Görlitz, z.Z. Kopenhagen*.

Buchwitz erinnerte sich zwar an die von dänischen Genossen ergangene Anregung für ein Exposé über die „Ursachen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik“, glaubte jedoch, es sei nie zustande gekommen. In der Kopenhagener Gruppe von etwa 60 sozialdemokratischen Emigranten hatte es anfänglich eine lebhaftere Debatte zu den Ursachen der Niederlage gegeben, in die sich der ehemalige Bezirkssekretär von Niederschlesien und Reichstagsabgeordnete (1924-1933) aktiv und kritisch einschaltete, deren Niveau er jedoch als „jämmerlich“ empfand, weshalb er sich bald davon zurückzog. Zuvor dürfte das Manuskript jedoch zumindest als Redevorlage gedient haben und so in die Hand des Prager Parteivorstand beauftragten Leiters der dänischen Gruppe der sozialdemokratischen Emigranten, Richard Hansen, geraten sein. Mit dem war es zu direkt feindseligen Auseinandersetzungen gekommen, da „der mit seinem Stab ... rücksichtslos den Standpunkt der absoluten Richtigkeit der SPD-Politik (vertrat).“¹ Dieser dürfte dann das Manuskript nach Prag gesandt haben, da es sich in dem Bestand „Emigration SOPADE“ des Archivs

1 Otto Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1949, S.154.

der sozialen Demokratie² befunden hat. Diese Umstände dürften erklären, daß Buchwitz sich nicht an die Ausarbeitung erinnerte, obwohl er in seinem Erinnerungsbuch „50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung“, welches aus Anlaß seines 70. Geburtstags mit einem Grußwort von Wilhelm Pieck erschien, noch dem gleichen Argumentationsschema zur genannten Thematik gefolgt ist. Eine unter Umständen naheliegende Vermutung, der Verfasser habe aus Gründen der politischen Opportunität angesichts der z.T. heftigen Kritik an der KPD das Dokument später lieber der Vergessenheit anheim fallen lassen, läßt sich zumindest teilweise entkräften, da er in dem 1949 erschienenen Buch dabei geblieben ist, „daß gerade den Einheitsfreunden in der SPD der Kampf um die Einheitsfront dadurch erschwert wurde, daß noch immer (1932 - H.N.) viele Funktionäre der KPD in der SPD den Hauptfeind sahen, was die SPD-Arbeiter erbitterte“.³

Der einführende Teil mit seiner argumentativen Teilentlastung der Führer war wahrscheinlich kaum als Selbstverteidigung gedacht. Er wird durch die dann folgende scharfe Kritik an der eigenen Führung von ihm selbst konterkariert. Auch deshalb hatte er sich finanziell vom dem mit der Parteikasse in Prag sitzenden eigenen Emigrationsvorstand unabhängig gemacht, so daß die anfängliche Teilentlastung der Führung wohl mehr eine Verbeugung vor dem Vorstand der Gastgeberpartei sein sollte.

Eine aus der Sicht von 70 Jahren danach versuchte Wertung muß als erstes Respekt vor dem Bemühen um eine historische Analyse bekunden, hatte der Verfasser doch keinerlei nennenswerte interne oder wissenschaftliche Quellen zur Verfügung. Es dürfte keine untypische Widerspiegelung des Geschichtsbildes einer ganzen Gruppe von Sozialdemokraten gewesen sein, die nach 1945 in großer Zahl wie Buchwitz praktische Schlußfolgerungen zogen. Insofern relativiert dieses Dokument viele im allgemeinen richtige Vorbehalte gegen den Zeitzeugen als historische Quelle, da es zeigt, wie mit einem angemessenen methodischen Instrumentarium dauerhafte Erkenntnisse gewonnen werden können, auch wenn nur radikal-demokratische Sozialisten seinen Schlußfolgerungen und Forderungen heute noch uneingeschränkt zustimmen dürften.

Es bleiben natürlich einige kritische Anmerkungen mit dem heutigen Wissensstand der Geschichtsforschung und einem halben Jahrhundert neuer Erfahrungen, darunter der Untergang des von Buchwitz so leidenschaftlich gewollten und real versuchten Sozialismus auf deutschem Boden.

Die Anfangspassage widerspiegelt - mal abgesehen davon, daß sich jüngere Forschung darin einig geworden ist, den Belastungen des Versailler Vertrages nicht mehr diesen hohen Stellenwert für das Scheitern der Weimarer Republik zuzuerkennen, wie es damals und lange Zeit auch in der historischen Literatur Konsens war, - die Illusion, daß es linken oppositionellen Kräften je gelingen könnte, eine hierarchisch-bürokratisch abgesicherte Parteiführung zu stürzen oder zu einem prinzipiell anderen Kurs zu zwingen. (Der Sturz des SED-Politbüros 1989 ist da wie so vieles im 41. Jahr der DDR ein Unikat, um nicht Unikum zu sagen.)

2 Archiv der Sozialen Demokratie bei der FES, Bonn-Bad Godesberg, Emigration SOPADE, Mappe 25.

3 Buchwitz, 50 Jahre, S.126.

So richtig seine Kritik an linkssektiererischen Fehlern der KPD und dem gegenseitig betriebenen Bruderkwitz war, die Hoffnung, ein stärkerer oppositioneller Flügel hätte mehr als verbale Zugeständnisse bei jenen Führern erreicht, die schon immer bereit waren (und es immer noch sind), „alles zu unterschreiben, nur um an der Spitze der Bewegung zu bleiben“ (Lenin), war illusionär. Wesentlicher scheint jedoch die unausgesprochene Auffassung, daß sich das Fiasko von 1933 nicht zuletzt daraus erklärt, weil scheinbar jeweils realpolitisch zwingend erscheinende, politisch-pragmatische Kompromisse und theoretische Zugeständnisse sich zu einer Kette von Fehlentscheidungen und Selbsttäuschungen gefügt haben, wodurch entgegen anderen politischen Einsichten und theoretischen Analysen mögliche Alternativen vergeben wurden. Seiner zentralen These von der entscheidenden Rolle der Spaltung der organisierten Arbeiterbewegung ist sicherlich zuzustimmen, aber nur, wenn man - wie Buchwitz - schlicht voraussetzt, daß dadurch eine klassenkämpferische, an sozialistische Programmatik gebundene Strategie und Taktik verfolgt worden wäre. Dem widerspricht er selbst, wenn er das Ausbleiben radikaler Sozialisierungsschritte als Ursache der Spaltung benennt, zugleich die Siegermächte und wenig später die eigene Führung dafür schuldig spricht. Die banale Tatsache, daß die Führungsschicht der Partei durch ganz persönliche Interessen immer stärker in das herrschende System eingebunden worden war (ohne auch nur annähernd schon das Maß an Korruption wie heute erreicht zu haben), blieb ihm verschlossen.

Die manchmal bedrückende Aktualität des siebzig Jahre alten Textes spricht im übrigen auch für die Auffassung, daß man durchaus aus der Geschichte lernen kann, wenn man nur will.

*Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung
und der Sieg des Faschismus*

*Von Otto Buchwitz - Görlitz, z.Z. Kopenhagen**

Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt debattiert man den Sieg des F a s c h i s m u s. Dies ist auch kein Wunder, denn der Faschismus in Deutschland, im Herzen Europas gelegen, bedroht den Frieden in der Welt. Von Deutschland aus ist der Frieden der ganzen Welt bedroht. Zu katastrophal war die Niederlage der stolzen und mächtigen Arbeiterorganisationen, als daß man schweigend diese Katastrophe hinnehmen könnte.

Viele Menschen sind in ihrem Urteil über Ursachen der Niederlage der Arbeiterklasse in Deutschland schnell fertig. Ihr Urteil lautet: Die Führer sind schuld! Das Urteil mag Dummen und Denkfaulen genügen, vor der Geschichte hält ein solches Urteil nicht stand.

Ich bin durchaus der Meinung, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht nur die Pflicht, sondern das wohlverdiente Recht hat, bei der Untersuchung der Ursachen

* Offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert, Abkürzungen ergänzt, die Schreibweise der modernen Rechtschreibung angepaßt. In wenigen Fällen erfolgte eine stilistische Glättung. Der Leitung des Archivs der Sozialen Demokratie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung danken wir für die Erlaubnis des Abdrucks.

und Fehlerquellen auf keine Personen Rücksicht zu nehmen, ganz gleich welche Stellung sie auch bekleideten.

Ich selbst sehe diese Fehler sehr wohl und gehe auch auf diese ein. Vor allen Dingen sehe ich mein Leben lang die unsagbare Feigheit, die sich in der obersten Führungsschicht im letzten Stadium der Katastrophe zeigte. Es war geradezu der Gipfel an Erbärmlichkeit und Feigheit, was sich da zeigte. Erst eine spätere Untersuchung wird und muß feststellen, ob die Schuld, daß die Arbeiterschaft (sich) so erbärmlich mußte abschlagen lassen, an der Führung der Partei oder an den Gewerkschaften oder an den Staatsmännern lag.

Trotz dieser meiner Auffassung bin ich der Meinung, daß es falsch ist, die Alleinschuld der Führung zuzuschieben. Es ist absolut falsch zu sagen, daß das entscheidende Versagen der Organisationsführer am 20. Juli 1932 und am 5. März 1933 gewesen sei. Das Unglück der deutschen / (S.1) Arbeiterklasse bereitete sich schon viel früher vor. Die Lawine der Konterrevolution nahm ihren Anfang schon in der Geburtsstunde der Republik.

Untersuchen wir daher, jeder zu seinem Teil, die wirklichen Ursachen der Katastrophe, denn nur dann kann die deutsche Arbeiterklasse aus der Vergangenheit lernen. Nur dann kann auch das Weltproletariat aus dem deutschen Schicksal seine Lehren ziehen.

Es sei deshalb nochmals gesagt: Die Schuld nur auf die Führung zu schieben ist falsch und feig. Man bedenke doch auch, daß immerhin in der deutschen Sozialdemokratie ein starkes Maß an Demokratie regierte, die Arbeiter wählten ihre Führer selbst, also träfe auch sie die Schuld. Oberflächliche Beurteilung führt zu falschen und gefährlichen Schlüssen. Falsch deshalb, weil eine solche Auffassung zu unverdient schlechter Beurteilung des Kampfgeistes der deutschen Arbeiterklasse führt, andererseits die tatsächlichen Fehler der Führung unnötig übertreibt.

Gefährlich ist jene Auffassung deshalb, weil aus einer solch leichtfertigen Darstellung die Arbeiterschaft der Welt aus den Vorgängen in Deutschland nichts lernen kann. Im Gegenteil, schiebt man die Schuld der Führung zu, dann entsteht die Gefahr, daß allzu schnell auch in anderen Bruderorganisationen Mißtrauen zwischen Führung und Gefolgschaft gesät wird. Das aber könnte sich eines Tags - bei der internationalen Gefahr des Faschismus - furchtbar rächen. Richtig ist vielmehr, daß der 20. Juli und der 5. März nur Schlußpunkte unter eine verhängnisvolle Entwicklung unter eine Kette von politischen Fehlern waren, die ihren Ausgang schon im Jahre 1918 nahmen.

Die Revolution von 1918 sowie deren Krönung, der Staat von Weimar, trugen schon in der Geburtsstunde den Keim der Konterrevolution in sich. Das große Unglück der deutschen Revolution von 1918 war, daß jene geschichtliche Stunde eine völlig uneinige und zerrissene Arbeiterschaft vorfand. In drei Teile zerrissen - Kommunisten, Unabhängige und Mehrheitssozialdemokraten, bekämpften sich die Arbeiter als die / (S.2) Träger der Revolution aufs erbitterteste. Auch die Regierung der Volksbeauftragten, welche sich aus Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten zusammensetzte, war schon beim Zusammentritt zum Tode verurteilt. Entscheidend hierfür waren nicht einmal so sehr die grundsätzlich verschiedenen

Auffassungen über die Durchführung der Revolution, sondern das alte Erbübel der Deutschen zeigte sich damals wie heute als Haupthindernis einer ersprießlichen Zusammenarbeit: Es fehlte jegliche Duldsamkeit gegeneinander, jeglicher Gemeinschaftsgeist, also alle Voraussetzungen für eine gemeinsame Arbeit. Vielmehr bekämpften sich die Führer der Regierungsparteien aufs heftigste in ihrer Presse und in Versammlungen. Damals wie heute spielte in den Versammlungen eine wichtige Rolle: Soll die Demokratie oder die Diktatur die Regierungsform sein? Die Massen kamen in Verwirrung. Viele alte Kämpfer wandten sich, angewidert von diesem häßlichen Streit, von jeder politischen Betätigung ab, die Partei wurde vielen verekelt.

Durch diesen unseligen Bruderkampf bekamen die Träger der Konterrevolution ihre erste Atempause von dem Schreck über den militärischen Zusammenbruch und die Revolution.

Während eine einige Arbeiterschaft auch nach den demokratischen Grundsätzen den neuen Staat gesichert und die alte Herrschaftsform in ihren Urzellen vernichtet hätte, konnte angesichts des Bruderkampfes der Arbeiter die Konterrevolution geruhsam anfangen, sich vorzubereiten. Während die Gewehre der Träger der Revolution gegeneinander knallten, konnte schon der gegenwärtige Arbeitsminister Hitlers, Herr Seldte, seine reaktionäre Stahlhelmorganisation aufziehen. Von gescheiterten monarchistischen Offizieren der alten Armee wurden zahllose vaterländische Vereine als Freischaren für die energisch betriebene Konterrevolution gegründet. Die Arbeiterschaft sah die Gefahr, man schrieb und redete dagegen, aber lernte nichts daraus; eine Richtung schob der anderen die Schuld an diesen Zuständen zu, im übrigen hielt man den Bruderkampf für wichtiger. Die Träger der Konterrevolution schwiegen und arbeiteten und rüsteten weiter./(S.3)

Die Unabhängigen zogen sehr bald ihre Volksbeauftragten aus der Regierung zurück. Das geschah weniger aus grundsätzlichen Erwägungen als aus Rechnungsträgerei an die Kommunisten sowie an ihren eigenen kommunistischen Flügel. Die Unabhängigen glaubten dadurch die Spaltung ihrer Partei vermeiden zu können, die 1920⁴ als Folge der Unklarheit ihrer Politik doch erfolgte. Der Austritt der Unabhängigen aus der Regierung bedeutete eine neue Schwächung der Arbeiterklasse und Stärkung der Konterrevolution, der konterrevolutionären Kräfte. In der Spaltung der Arbeiterklasse liegt zweifellos die Hauptursache der Niederlage der deutschen Sozialdemokratie. Dieses Verbrechen Moskaus muß in der Geschichte festgehalten werden. Durch die Trennung der Arbeiterklasse in drei Heersäulen verlor die alte sozialdemokratische Partei ihren radikalen Flügel und somit den Stachel des Ansporns durch sachlich aufbauende Kritik an ihren Handlungen, an ihrer Politik. Keine Partei kann aber - nicht ohne in die Gefahr der Erstarrung zu kommen - auf Dauer sachlicher Kritik entraten. Die reformistische Richtung - welche auch den Parteiapparat vollständig beherrschte - bekam dadurch die Partei völlig in die Hand. Der oppositionelle Flügel in der Partei wurde unbedeutend.

4 Irrtümlich im Text: 1921.

Eine wesentliche Rolle in der Entwicklung der deutschen Zustände spielte zu jener Zeit die Reichswehr. Daß diese kein Instrument des neuen Staates wurde, ist als Hauptschuld der Arbeiterschaft selbst anzukreiden. Genosse Noske als Reichswehrminister forderte in hunderten Aufrufen in der gesamten demokratischen Presse die Arbeiter auf, ihre Söhne der neuen Wehrmacht zuzuführen. Wütend wurde dies von den Kommunisten und Unabhängigen bekämpft. Aber auch in Gewerkschaften und Partei wurde Noske der heftigste Widerstand entgegengesetzt. Wer zur Reichswehr ging wurde verfeimt. In den Mitgliederversammlungen drohten unsere eigenen Mitglieder mit der Abbestellung unserer Zeitung, wenn sie die Werbeinserate Noskes weiter bringen würde. Sofort erkannte die Reaktion ihre neue Chance. Die alten monarchistischen Offiziere witterten Morgenluft; in Verbindung mit den /S.4) Schwerindustriellen und Junkern ging man eifrig ans Werk, aus der Reichswehr ein Instrument für die kommende Konterrevolution zu machen.

Daß dies mit Erfolg geschah wurde in jeder gefährlichen Lage der Republik bewiesen. Alte, durch den Krieg entwurzelte Landsknechte und die Söhne der reaktionären Bauern wurden das Material, aus welchem die Reichswehr gebildet wurde. Die Arbeiter schimpften auf die republikfeindliche Reichswehr, aber der Giftstachel steckte nun einmal im Körper der Weimarer Republik. Dieses Trauerspiel wurde erleichtert durch die ungeheure Vertrauensseligkeit, welche Ebert und Noske den alten kaiserlichen Offizieren entgegenbrachten. Naiv wurde den falschen Eiden dieser gerissenen Reaktionäre geglaubt. Den wenigen Sozialisten, welche zur Reichswehr gingen, wurde die Freude am Dienst für die Republik auch nicht gerade gefördert. Von den eigenen Klassengenossen verhöhnt und verachtet, von der Regierung in ihren Rechten immer mehr beeinträchtigt, verließ bald enttäuscht der letzte Sozialist die Wehrmacht. So mußte es kommen, daß aus der Wehrmacht des neuen Staates ein Instrument der Konterrevolution und der monarchistischen Restauration wurde.

Es sind der Ursachen viele, welche den Sieg der Nationalsozialisten erklären. Das Ausland, welches sich heute mit Entsetzen und Abscheu von dem blutbesudelten Hitlerdeutschland abwendet, ist an seinem Werden wahrlich nicht unschuldig. Der Haupttummelplatz für nationalsozialistische Agitation war der Versailler Friedensvertrag. Heute kann wohl kein Mensch mehr leugnen, daß die übermütigen Sieger von 1918 den am Kriege unschuldigen Vertretern Deutschlands, des neuen Deutschlands, einen geradezu ungeheuerlichen Friedensvertrag aufgezwungen haben. Noch keinem Volk der Erde wurde eine solche Last aufgelegt wie damals dem deutschen Volk. Einem in einem viereinhalbjährigen Krieg völlig ausgeblutetem Volk wurde eine Last auferlegt, unter welcher es zusammenbrechen mußte.

Der Versailler Vertrag wurde zum ewig sprudelndem Quell, aus welchem sich das Elend des arbeitenden Volkes ständig erneuerte und vergrößerte. /S.5)

Dieser Friedensvertrag trug die Unterschrift eines Sozialdemokraten. Es nutzte nichts, daß immer wieder erklärt wurde: Wir wurden zur Anerkennung gezwungen, sonst wäre Deutschland als Reich zerschlagen worden. Hinzu kam, daß ein Diktat der Entente das andere jagte. Die deutsche Nation wurde zu einem Sklavenvolk, welches die Reparationen für die gesamte Welt unentgeltlich erarbeiten mußte. Auf

internationalen Konferenzen nahm (man) auf das neue Deutschland keinerlei Rücksicht. Es war wirklich zu keiner Zeit etwas davon zu merken, daß die Welt, vor allem die Siegerstaaten, ein Interesse dafür gezeigt hätten, das Werden einer friedliebenden deutschen Republik unter Führung der Sozialdemokratie zu fördern. Es muß noch heute jeden Sozialdemokraten mit Bitternis erfüllen, wenn man sich die Tatsache vor Augen führt, daß die Siegermächte einer von dem bürgerlichen Kanzler Stresemann geführten Regierung mehr Entgegenkommen zeigten als einer Regierung unter sozialdemokratischer Leitung. Unser verstorbener Genosse Hermann Müller wurde als Kanzler der deutschen Republik bei den Genfer Verhandlungen ziemlich demütigend behandelt. An dieser Behandlung beteiligte sich auch die damalige sozialistische Regierung Englands. Unter diesem maßlosen Druck des Auslands, unter den geradezu sadistischen Bemühungen der Siegerstaaten, das Deutschland von Weimar auf Generationen hinaus als gedemütigten Besiegten zu behandeln, auf Erfüllung eines undurchführbaren Friedensvertrages zu bestehen, an welchem man sich selbst nicht gebunden fühlte, wuchs in Deutschland die nationalistische Sturmflut. So half die Welt das friedliebende Deutschland zu vernichten. Heute graust der Welt vor der augenblicklichen großen Kriegsgefahr, welche durch das wiedererstandene Deutschland von Potsdam unter Hitler entstanden ist. Vielleicht müssen in nicht allzu langer Zeit in einem neuen Weltkrieg Millionen Proletarier diese Sündenschuld und Kurzsichtigkeit kapitalistischer Regierungen mit ihrem Leben bezahlen. Vielleicht untersucht man einmal, ob zu jener Zeit in der Vergangenheit das friedliebende Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie die notwendige Unterstützung durch die Sozialistische-Arbeiter-Internationale bekommen hat. Ich bestreite das.

Der Versailler Vertrag förderte durch seine unsinnigen Tributlasten und / (S.6) sonstigen Ungerechtigkeiten den deutschen Faschismus, er machte es den Volksbeauftragten 1918 unmöglich, durch einige sozialistische Maßnahmen die arbeitenden Menschen an den neuen Staat zu binden. (Er) machte es auch unmöglich, durch einige politische Handlungen die Träger der späteren Konterrevolution für immer zu entmachten und die Geldquellen der Konterrevolution trocken zu legen.

Der Versailler Vertrag hinderte die Volksbeauftragten an erfolgreichen Sozialisierungsmaßnahmen. Die geschulte deutsche Arbeiterklasse verlangte 1918/19 - wenigstens in ihrer überwältigenden Mehrheit - durchaus nicht die Nachahmung des russischen Beispiels. Wohl aber erwartete man sichtbare Maßnahmen für das Fundament eines sozialistischen Staates. Das Ausbleiben solcher Maßnahmen förderte die Spaltung der Arbeiterklasse und schuf Millionen enttäuschter Anhänger der Sozialdemokratischen Partei. Die Republik wäre für alle Zeit gesichert gewesen, wenn man 1918 wenigstens folgende Maßnahmen ergriffen hätte:

- 1) Enteignung des Großgrundbesitzes zum Zwecke der Siedlung von Landarbeitern und Vergrößerung des Lebensraumes der Kleinbauern.
- 2) Sozialisierung der Bodenschätze, Kohle, Eisen u.s.w.
- 3) Verstaatlichung der Banken.

- 4) Ausweisung aller Mitglieder ehemals regierender Häuser aus Deutschland für ewige Zeit.
- 5) Beseitigung der Unabsetzbarkeit der Richter und Beseitigung aller Beamtenvorrechte.
- 6) Beschlagnahme der Vermögen der ehemals regierenden Häuser.

Diese Forderungen wurden damals nicht nur von den unabhängigen Sozialisten erhoben, sondern auch von einer starken Minderheit in der unteren Führerschaft der SPD.

Hier beginnen die ersten Fehler in der Führung der Partei und der Staatspolitik. Wegen der Nichtdurchführung der ersten drei Punkte darf man weder der Partei noch der Staatsführung einen Vorwurf machen. Schuld war die Unersättlichkeit der Sieger. Wäre damals sozialisiert worden, hätten sicher die kapitalistischen Regierungen der Siegerstaaten die sozialisierten Werte für */(S.7)* Reparationen beschlagnahmt. Vor dem Privateigentum hatten diese kapitalistischen Regierungen noch Respekt, dies aus recht durchsichtigen Gründen. Hätten jene Maßnahmen durchgeführt werden können, dann hätte der neue Staat die Kommandobrücke über die gesamte deutsche Wirtschaft in Händen gehabt. Die Geschichte zeigt, daß auf jede Revolution die Konterrevolution folgt, wenn die Träger der Revolution nicht neben der politischen Macht auch die wirtschaftliche erobern.

Für die Nichtdurchführung der Punkte 4, 5, 6 trägt die Partei die Verantwortung. Mitschuldig sind natürlich die Kommunisten und Unabhängigen, welche durch Spaltung und Fahnenflucht den linken Flügel der Partei schwächten. Heute sind die Folgen jener Sünden deutlich sichtbar. Die Nichtbeschlagnahme der Vermögen der ehemaligen regierenden Häuser wurde nicht nur Ursache zu immerwährender Kritik an der Partei, aus jenem Vermögen und dem der Junker und Schwerindustrie flossen später ununterbrochen die riesigen Summen für Hitlers Privatarmee. Die Justiz soll der stärkste tragende Pfeiler jedes Staates sein. In der Weimarer Republik entwickelte sie sich zum stärksten Helfer der Konterrevolution. Unter Hitler zeigt die deutsche Justiz ihr wahres Gesicht, sie macht aus dem Land der Dichter und Denker das Land der Richter und Henker. Nicht viel anders ist es mit den Beamten. Um die Beamten begann ein förmlicher Wettlauf aller Parteien. Wie fühlten sich diese Herren?!

Die Republik von Weimar machte aus diesen Menschen, die bisher nur Untertanen waren, freie Menschen. Wie aber dankten sie es der Republik? Die Ministerialbürokratie wurde bei den vielen Regierungswechseln allmächtig. Durch Sabotage und eigenmächtige Handlungen wurde die Republik systematisch untergraben und der Konterrevolution in die Hände gearbeitet. Heute stehen die Herrschaften sicher zu 90% auf dem Boden der neuen Tatsachen, immer bereit, sich erneut umzustellen, wenn es der persönliche Vorteil erfordert.

Die Verfassung von Weimar nannte man die freieste Verfassung der Welt. Viele höhnten darüber. Leider war sie es. Wie wurde diese freieste Verfassung bekämpft. Aber von Millionen, die sie bekämpften, wurde sie nicht gekannt, man hatte sie nicht gelesen. In der Abfassung der Weimarer Verfassung kommt die Zerrissenheit */(S.8)* der Arbeiterschaft zum Ausdruck. Die SPD mußte mit den bürgerlichen

Parteien der Mitte diese Verfassung machen. Es wurde daher kein Werk von einheitlichem sozialistischen Guß. Auf kulturellem Gebiet ist der Einfluß des Zentrums zu sehen. Auf staatsrechtlichem Gebiet bekam der liberalistische Kapitalismus seine Konzessionen. Die SPD baute vor allen Dingen in die Verfassung neben sozialen Gesetzen ihre alten Forderungen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten hinein. Diese Verfassung wurde durch die von ihr gewährte Freiheit und Demokratie zur Kulisse für die Reaktion, hinter welcher sie staatlich geschützt die Konterrevolution vorbereiten konnte.

Durch diese bitteren Erfahrungen wenden sich in Deutschland hunderttausende Sozialisten von der Demokratie ab, rufen nach der Diktatur des Proletariats nach russischem Muster. Nach meiner Auffassung zu Unrecht. Wenn ein Mensch auf einem Klavier nicht spielen kann, hat er noch lange kein Recht, dieses zu zerschlagen. Er muß das Spielen erst lernen. Genauso ist es mit der Demokratie.

Man hätte bei Schaffung der Weimarer Verfassung bedenken müssen, daß das deutsche Volk seit Jahrhunderten von einer Herrenkaste regiert wurde und sich nie selbst regierte. Millionen Menschen in Deutschland, z.B. Frauen, Jugend, Beamte waren politisch nicht reif für die Demokratie. Es hätte also zuerst die politische Erziehung dieser Schichten von Staats wegen einsetzen müssen, ehe man diesen Teilen des Volkes die volle Demokratie zubilligte. Jede Verfassung wird solange ein toter Buchstabe bleiben, solange nicht eine Mehrheit freier Staatsbürger diesen toten Buchstaben zu lebendigen Geist entfaltet. Am Mangel dieser Voraussetzung ging die Weimarer Republik zugrunde und wird und darf in alter Form nie mehr entstehen. Regieren will gelernt sein. Wir lernten es nicht. Wieviel bittere Enttäuschung erlebten unsere Staatsmänner. Nie lernten sie daraus und wurden nicht hart. Drei Putsche - Kapp-, Küstriner- und Hitlerputsch - erschütterten die Republik in ihren Grundfesten. Die Morde an Erzberger und Rathenau ließen nochmals die Empörung aller Sozialisten und ehrlichen Republikaner hell auflodern. Niemals griff man bzw. die Staatsführung gegen das nationalistische Mordbrennertum und (die) Putschisten durch. Milde Festungs- und Gefängnisstrafen (wurden) gegen die Mordbrenner und Putschisten (verhängt). / (S.9)

Den Führern in jenen Putschen wurden sogar ihre Pensionen weiter gezahlt. Man fing an, sich lustig zu machen über die Republik. Ich glaube, daß anlässlich des Mordes an Rathenau die letzte Chance zur endgültigen Ausrottung der Konterrevolution verpaßt wurde. In jener Zeit begann die Vertrauenskrise zur Partei ernsthaftere Formen anzunehmen.

In Erkennung der furchtbaren Gefahr, in welcher die Republik schwebte, wurde 1924 das Reichsbanner gegründet. Wer daran beteiligt war, kennt die ungeheuren Schwierigkeiten, welche den Gründern bereiteten wurden. Man schien in großen Kreisen der Arbeiterbewegung blind zu sein gegenüber der drohenden Gefahr. Die ersten Reichsbannerformationen wurden verhöhnt und verspottet. Den Kameraden, welche sich zum Schutze der Republik zur Verfügung stellten, wurde jede Freude an ihrer Aufgabe vereckelt. Die Schwierigkeiten des Reichsbanners, seine Organisation zu einer kampffähigen Truppe zu machen, waren besonders in den ersten Tagen nach der Gründung bei der Jugend zu suchen. In der Jugend war ein Abscheu gegen

alles militärische und disziplinierte groß gezogen worden. Die Jugend war keineswegs für den Staat von Weimar begeistert, sie war leicht geneigt, den kommunistischen Beschimpfungen des neuen Staats Glauben zu schenken. Das hatte natürlich gewisse Ursachen. Die Jugend war in den neuen Staat hineingeboren, wußte nichts von den Kämpfen der Alten. Wußte nicht, daß in sozialer Hinsicht und (hinsichtlich der) Freiheit der Einzelperson der neue Staat turmhoch über dem alten kaiserlichen Deutschland stand. Die Jugend nahm das Neue als (etwas) Selbstverständliches, aber als ungenügendes entgegen. Dies kam oft auf Festen unserer Jugend dadurch zum Ausdruck, daß man in Festzügen Schilder trug mit der Aufschrift: Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel! Obwohl der letzte Satz zweifellos richtig ist, wurde dadurch doch der Jugend die ernste Verteidigung des neuen Deutschland nicht gerade begeistert ans Herz gelegt. Heute denkt sicher jener Teil der Jugend anders über das Deutschland von Weimar.

Heute wird besonders die Koalitionspolitik der Partei für die Niederlage verantwortlich gemacht. Ich glaube, daß lange Jahre diese Koalitionspolitik die einzig mögliche und richtige Politik gewesen ist. Es darf unter keinen (S.10) Umständen vergessen werden, daß trotz der Koalitionspolitik, trotz des Krieges und seiner verheerenden Folgen für Deutschland, in Deutschland die beste soziale Gesetzgebung der Welt aufgebaut wurde. Ich glaube aber, daß die Partei den richtigen Zeitpunkt zum Absprung von dieser Politik verpaßt hat. Daß wir zeitweilig Koalitionspolitik aus Gründen der Außenpolitik und des Weltfriedens betreiben mußten, wird wohl kein Mensch in der Internationale bestreiten wollen, denn ich erinnere mich, daß wir oft genug in der Reichstagsfraktion bei Beratungen zusammen saßen, um zu entscheiden, ob wir uns weiter an der Regierung beteiligen sollen. Bei diesen Beratungen wurden uns oft inständige Bitten ausländischer Bruderparteien unterbreitet, im Interesse des Friedens in der Regierung zu bleiben. Gerade auf Grund solcher Ermahnungen stellten manche Abgeordnete ihre eigene entgegengesetzte Auffassung zurück.

Bis 1929 konnten wir sozialpolitisch von Erfolg zu Erfolg schreiten. Wir konnten also durch Erfolge den Arbeitern auch die Richtigkeit unserer Koalitionspolitik vor Augen führen. Gewiß wurden oftmals unsere Erfolge mit Konzessionen an die mitregierenden bürgerlichen Parteien bezahlt. Doch wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß unsere Partei in einer Koalitionsregierung durchaus keine rein sozialistische Politik machen könne, noch viel weniger ein sozialistisches Deutschland schaffen könne. Eine Gefahr barg allerdings jene Politik in sich. Indem (sich) die Partei fast nur auf außenpolitischem Gebiet, innenpolitisch nur für die Sozialpolitik energisch einsetzte, beherrschte die sog. reale Gewerkschaftspolitik die Reichstagsfraktion und der revolutionäre Charakter der Partei verflachte. Diese verhängnisvolle Begleiterscheinung, die Verwässerung alter sozialistischer Ideale rächte sich in der späteren Zeit außerordentlich.

1929 brach die Weltwirtschaftskrise ... in Begleitung einer internationalen Agrarkrise in allen Ländern der Welt aus. In Deutschland, dem Lande, welches durch die unsinnigsten Reparationen ausgeblutet war, wirkte diese Krise schwerer als in anderen Ländern. Die Arbeitslosigkeit stieg rapide. Dadurch gingen die

Staatseinnahmen zurück, die Staatsausgaben aber stiegen in dem selben Maße. Denn die Arbeitslosen mußten vor dem ärgsten Elend geschützt werden. Natürlich /(S.11) setzte die bürgerliche Mehrheit in der Koalition durch, daß bei den nun einsetzenden Sparmaßnahmen zuerst bei den Renten und der Arbeitslosenunterstützung gespart werden müßte. Die Staatseinnahmen wurden dadurch gefördert, daß man durch Steuern und Zölle dem arbeitenden Volk neue Lasten auflud. Die Erbitterung und Unzufriedenheit in den Massen stieg von Monat zu Monat. Hinzu kam, daß trotz dieser Not die Ausgaben für Militär und Flotte unsinnig gesteigert wurden. Eine herrliche Zeit für die demagogische Agitation der Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Trommelfeuer starker Angriffe gegen die Sozialdemokratie setzte ein. Links und rechts stieg die Welle der Verführten. Selbst in unserem eigenen Lager stieg die Verzweiflung und Unzufriedenheit ins Ungemessene. Dies wäre die Zeit des Absprungs von der Koalitionspolitik gewesen, jetzt hätte die Parteileitung die Reichs- und (die) Landtagsfraktionen in eine entschiedene Oppositionsstellung führen müssen. Wohl traten wir endlich aus der Reichsregierung aus, jetzt aber wurde unter Hinweis auf die drohend gewordene Gefahr des Faschismus die Reichstagsfraktion in die Tolerierung der Brüningregierung mit ihren verhängnisvollen Ermächtigungsgesetzen hinein manövriert. Natürlich wurde nun auch die Partei für alle Handlungen dieser Regierung mitverantwortlich gemacht.

Diese Politik war insofern unsinnig und verhängnisvoll, als Brüning die Voraussetzungen für unsere Unterstützung nicht erfüllte, nämlich: energischer Kampf gegen den Faschismus. Übrigens nutzte uns auch die bescheidenste Opposition im Reich solange herzlich wenig, als wir im großen Preußen die Verantwortung trugen. Dadurch mußten wir für die Reichspolitik immer mitverantwortlich sein. Unsere Beteiligung, ja sogar Führung in der Preußenregierung unter Genossen Braun und Severing ist ein besonders trübes Kapitel. Diese Politik wurde - besonders in den letzten Jahren - immer damit verteidigt, daß die Partei jederzeit durch die Machtmittel in Preußen die Machtergreifung des Faschismus im Reich verhindern würde. Dieser Glaube wurzelte tief in den Führern und Massen. Dieser Glaube veranlaßte manchen Genossen, seine Unzufriedenheit mit der Politik der Reichstagsfraktion zu unterdrücken. Auch die unglaublichsten Belastungen der Partei durch die Reichspolitik wurde unter /(S.12) Hinweis auf die Machtstellung in Preußen hingenommen.

Die Genossen Braun und Severing sorgten durch viele Reden innerhalb und außerhalb des Parlaments dafür, daß bei Freund und Feind der Glaube wuchs, jene Männer haben mit der preuß(ischen) Polizei und dem riesigen Verwaltungsapparat das Heft in Händen. Diese Auffassung wurde durch die nachfolgenden Ereignisse grausam zerstört. Severing hatte auch führenden Genossen aus der Provinz, welche die drohende Gefahr des Faschismus kommen sahen und mit ihren Sorgen und Bedenken (bei) Severing intervenierten, versprochen, bei offenem Ausbruch der Konterrevolution das Reichsbanner zu bewaffnen und der preuß(ischen) Polizei anzugliedern. Diese Auffassung des parteigenössischen Polizeiministers wurde den

Funktionären übermittelt. Im blinden Vertrauen auf diese Versprechungen harnten nunmehr die Massen auf die unfehlbar kommende Auseinandersetzung. Die Arbeiter waren schlecht bewaffnet. Wohl hatten tausende Arbeiter einen Revolver und Munition. Es war direkt rührend immer wieder zu sehen, wie selbst Arbeitslose sich und ihren Familien das Geld zur Anschaffung einer Waffe abdarbten.

Mit diesen primitiven Waffen allein waren die Arbeiter unter keinen Umständen einer Auseinandersetzung mit den Faschisten gewachsen. Allzumal mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen war, daß die Reichswehr gegen die Arbeiter gehen würde und die Nazis selbst außerordentlich gut mit modernen Waffen ausgerüstet waren. Der Kampf hatte also nur Aussicht auf Erfolg für die Arbeiter, wenn ihnen die Machtmittel Preußens zur Verfügung standen und die Gewerkschaften bereit waren, die Waffe des Generalstreiks anzuwenden. Da(ss) diese Voraussetzungen nicht eintreten würden, konnten sich jene Genossen denken, welche seit Jahren Gelegenheit hatten, tiefer in die preuß(ische) Politik hineinzusehen. Mit großem Bangen sahen seit Jahren diese Genossen in die Zukunft. Immer und immer wieder ergingen mündliche und schriftliche Warnungsrufe und förmliche Bitten um Eingreifen und Zupacken an Braun und Severing und an die nachgeordneten Stellen. Alles vergeblich. Selbstsicher wurde darauf hingewiesen, daß die Polizei fest in den Händen der parteigenössischen Staatsmänner sei. Das Erwachen war fürchtbar und jene Genossen, welche die Gefahr kommen / (S.13) sahen und als Warner auftraten, werden ihr Leben lang nicht über den Schlag hinweg kommen, welcher der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung dadurch versetzt wurde. Mit der Macht in Preußen hätte tatsächlich das Reich beherrscht werden können. Dazu gehört(e) aber:

- 1) Klare und rechtzeitige Erkenntnis der faschistischen Gefahr.
- 2) Der unbedingte Wille von Partei, Gewerkschaften und preuß(ischer) Staatsführung, der Konterrevolution mit Gewalt zu begegnen.
- 3) Partei, Gewerkschaften u(nd) preuß(ische) Staatsführung mußten sich den Zeitpunkt des Losschlagens nicht vorschreiben lassen, sondern die Führerpersönlichkeiten mußten ihn bestimmen.

In dieser Hinsicht ist ein geradezu klägliches Versagen aller Instanzen festzustellen.

Preußen umfaßt 2/3 des gesamten Reiches. Von 64 Millionen Menschen wohnen 44 Millionen in Preußen. Den 100.000 Mann Reichswehr kann Preußen 70.000 Mann Polizei entgegenstellen. Der Geist der Polizeimannschaften war in unserem Sinn durchaus gut. Preußen besitzt zum Kampf gegen die Konterrevolution in seinem riesigen Verwaltungsapparat entscheidende Kommandostellen. Ein ungeheurer Machtfaktor hätte also der Konterrevolution entgegengestellt werden können. Daß man es nicht tat, wird vor der Geschichte nie bestehen können. Aus der Geschichte der preuß(ischen) Politik können die Arbeiter der Welt viel lernen. Auch hier liegen die Ursachen des völligen Versagens der sozialistischen Minister gegen die Reaktion in schweren Fehlern der Vergangenheit. In der Beamtenpolitik wurde die SPD geradezu schamlos hinter die bürgerlichen Parteien zurückgesetzt. Präsentierten die politischen Sekretäre der einzelnen Bezirke den sozialistischen Ministern für wichtige politische Beamtenposten einen Parteigenossen, dann war derselbe in den

meisten Fällen in den Augen der Minister ungeeignet. War er ein Außenseiter, dann mußte auf die anderen Koalitionspartner Rücksicht genommen werden. Aber das nicht allein. Obwohl die SPD fast 14 Jahre ununterbrochen die preuß(ische) Regierung führte, saßen ungestört in hohen Kommandostellen der Verwaltung offene Reaktionäre, ja offene Konterrevolutionäre, die sich an früheren Putschten beteiligt hatten. In den letzten Jahren war es geradezu unmöglich, die Regierung zu veranlassen, irgendeinen Beamten deshalb zu entlassen, (obwohl) er sich offen zu den Faschisten bekannte. Auf Verordnungen und Erlasse (S.14) der Regierung, daß den Beamten verboten sei, republikfeindlichen Organisationen anzugehören, piffen die Beamten.

Noch schlimmer war das Versagen der preuß(ischen) Regierung gegenüber der illegalen, dem Versailler Vertrag widersprechenden Bewaffnung der Reaktion und der illegalen Militärorganisationen. Auf diesem Gebiet trifft eine Riesenschuld die parteigenössischen Minister der Reichs- und Preußenregierung, aber auch die Parteileitung, welche nie den Mut fand, als politische Leitung ein Machtwort zu sprechen gegen unsere Minister. Den Ministerpräsidenten Braun zu kritisieren war schon zu einem unerhörten Parteiverbrechen geworden.

In Deutschland, besonders in Preußen, befanden sich riesige illegale Waffenlager seit dem Jahre 1918. Die Regierung half, diese Waffen vor den Augen der Entente zu verbergen. Das hätte dann noch einen Sinn gehabt, wenn die republikanisch-sozialistische Regierung dafür gesorgt hätte, daß diese Waffen in absolut zuverlässigen Händen gewesen wären. So aber mußten die Parteifunktionäre mit Zähneknirschen sehen, wie diese Waffen bei reaktionären Junkern eingelagert waren. Bezirkssekretäre erlebten manchmal folgende beschämende Episoden:

Es wurden bei einem besonders reaktionären Junker festgestellt, daß ihm ein großes Waffenlager anvertraut wurde. Dem Sekretär war bekannt, daß der Kerl ganz offen gegen den neuen Staat arbeitete und Verbindung mit den nationalistischen Verbänden hielt. Nun forderte dieser Sekretär energisch von seinem parteigenössischen Minister, daß diese Waffen schleunigst diesem Junker genommen wurden. Selten trug man solcher Forderung Rechnung. Geschah es aber, dann holte die Reichswehr die Waffen ab und brachte sie zur Kaserne, dort wurden sie abgeladen und in derselben Nacht wieder demselben Junker (zurück)gebracht.

In den Augen sozialistischer Reichs- und Landesminister genossen anscheinend die Reaktionäre mehr Vertrauen als Treuhänder für illegale Waffen als die eigenen Parteigenossen. Ja, es kam so weit, wenn Bezirkssekretäre der Partei von ihrem Oberpräsidenten wissen wollten, wo jene Waffen lagerten, um im Falle der Gefahr zuzupacken, daß ihnen das nicht gesagt wurde.

Die arme Republik mußte sich noch viel mehr gefallen lassen. Zielbewußt arbeitete seit Jahren die Konterrevolution auf ihr Ziel los, wohlwollend (S.15) wurde sie von der Reichswehr unterstützt. Es galt nur, den richtigen Dreh zu finden, um den Hitlerbanden die illegalen Waffen auf legalem Wege in die Hände zu spielen. Es galt weiter, die Soldaten der Konterrevolution militärisch für den Umsturz vorzubereiten, zugleich aber der SPD den Mund zu stopfen, irgend etwas über diese Dinge zu schreiben oder zu sagen. Prompt gaben sich auch hierzu sozialistische Reichs- und

Landesminister her. Man hielt mit staatlicher Autorität (die Hand) über die Konterrevolution und ihre umstürzlerischen Vorbereitungen. Ich muß leider feststellen, daß auch der Parteivorstand nachfolgende Dinge nicht nur kannte, sondern duldete und nicht den Mut fand, gegen die parteigenössischen Minister und die skandalösen Zustände ein Machtwort zu sprechen. Dies hätte um so mehr geschehen müssen, als der Parteivorstand unzählige Mal von seinen Außensekretären aus der Provinz um scharfes Eingreifen gebeten wurde. Dieser Akt der Tragödie der Weimarer Republik spielte sich unter sozial(istischen) Ministern wie folgt ab:

Ein Vorwand mußte gefunden werden, um der Konterrevolution die offene Bewaffnung zu ermöglichen und die militärische Ausbildung zu gestatten. Man wollte nicht mehr warten, die Reaktion wollte endlich der verhaßten Republik mit ihrer sozialen Gesetzgebung den Garaus machen. Der Vorwand zur Ausführung des Planes wurde bald gefunden. Geheimnisvoll und drohend zugleich wurde den Behörden mitgeteilt, daß Deutschlands Grenzen bedroht seien. Der böse Pole und Tscheche stehe angeblich auf dem Sprunge, Deutschland zu überfallen. Daher der Befehl, umgehend aus zuverlässigen nationalen Männern einen Grenzschutz zu bilden. Beschleunigt wurde dieser Befehl ausgeführt und nicht nur die Bewaffnung des Grenzschutzes, sondern selbstverständlich auch die militärische Ausbildung durch Reichswehroffiziere vorgenommen. Als national zuverlässig wurden natürlich nur die Angehörigen des Stahlhelms und die Hitlerbanditen betrachtet. Wohl hat Severing angeordnet, daß Nationalsozialisten zum Grenzschutz nicht zugelassen werden sollten. Die Reichswehr pfiff auf die Verordnung, später wurde sie auch offiziell derart gelockert, daß die SA- und SS-Leute ganz offen in den Grenzschutz einbezogen wurden. Die SPD-Sekretäre in den Grenzgebieten (S.16) waren entsetzt. Sie wurden von ihren Funktionären bestürmt und gebeten, diesem gefährlichen Spuk ein Ende zu bereiten. Sie baten flehentlich und drohten. Sie schilderten die kommende Gefahr. Es half nichts. Die Minister erklärten: Die Sache muß durchgeführt werden, sonst scheidet die Koalitionsregierung. Severing meinte sogar, daß nach seiner Auffassung die Polen- und Tschechengefahr Unsinn sei, die ganze Militärspielerei sei Blödsinn, doch eingeschritten wurde nicht. Die Reichswehr bestand im Auftrag der Reaktion auf ihrer Forderung. Severing forderte uns nur auf, zuverlässige Reichsbannerleute in den Grenzschutz zu delegieren, um immer orientiert zu sein. Enttäuscht und verbittert fuhren die Sekretäre in die Heimat zurück und organisierten als letztes Gegengewicht den Eintritt in den Grenzschutz. Doch auch hier kam es, wie die Sekretäre es prophezeit hatten. Widerwillig und unter 100 Vorwänden wurde unseren Leuten der Eintritt in den Grenzschutz erschwert. Man wollte und mußte unter sich bleiben. Die wirklich zugelassenen Kameraden wurden schikaniert, man ließ sie an belanglosen theoretischen Unterrichtsstunden teilnehmen und in kurzer Zeit war der letzte Reichsbannermann aus dem Grenzschutz hinausgegrault.

Nun arbeitete die Reaktion fieberhaft an den letzten Vorbereitungen der „nationalen Erhebung“. Fuhren wir nachts zu Versammlungen, dann konnten wir die nächtlichen Felddienstübungen beobachten, die Nazis und Stahlhelmer ausführten, sehr oft in Verbindung mit der Reichswehr. Nicht lange dauerte es und

man scheute auch das Tageslicht nicht mehr bei den Vorbereitungen zum Staatsstreich. Auf den Exerzierplätzen der Reichswehr bildeten ganz ungeniert Unteroffiziere und Offiziere die braune Armee im Waffengebrauch aus. Schamlos wurde unserer Presse der Mund gestopft, daß über diese drohende Gefahr nichts geschrieben werden durfte. Es wurde einfach verordnet, daß wer über diese Dinge schreibe oder rede, wird wegen Hochverrats ins Zuchthaus geschickt. Auch hierzu schwiegen Parteileitung und Minister. Die Konterrevolution war am Ziel.

Der Feind hatte die Arbeiterklasse mit ihren stolzen Organisationen völlig eingekreist. Als treue Schildknappen hatten dabei Partei und sozialistische Minister Wache gestanden. Der letzte Akt der Tragödie konnte nun über die Bühne / (S.17) laufen. Der 20. Juli (1932) und der 13. März 1933 waren nunmehr die Schlußpunkte unter eine, hier kurz geschilderte furchtbare Entwicklung. Von 1930 - 1933 versuchte die Arbeiterklasse in heldenhaftem Kampf den eisernen Ring zu sprengen, welche die Konterrevolution um sie zog. Die Provinzsekretäre der Partei und des Reichsbanners kamen kaum noch zum Atemholen. Eine Wahl jagte die andere. Jeden Abend Versammlungen. Die Versammlungskämpfe mit den Nazis wurden immer nervenzerrüttender. Die Kommunisten leisteten den Nazis getreue Hilfe gegen die SPD. Im indischen Dschungel ist es gewiß sicherer als in den letzten Jahren auf dem Lande in Deutschland gewesen, eine Versammlung der SPD abzuhalten. Menschen fielen opferbereit. Treue, gute und tapfere Menschen waren bereit, das letzte zu geben, um die Umklammerung des Feindes zu sprengen. Sehnsüchtig sahen Millionen Arbeiter nach der höchsten Kommandobrücke in Partei, Gewerkschaften und preuß(ischen) Staat und horchten auf ein Kommando zum Kampfe. Zu hören war nur die Mahnung: Ruhe, Ruhe, Ruhe!

Am 20. Juli 1932 entthob Papen die preuß(ische) Regierung ihrer Ämter. Noch einmal horchte die Arbeiterschaft auf, kommt jetzt der Ruf zum Kampf? Nein, es war aus. Als korrekte Staatsbürger wandten sich die Minister einer revolutionären Partei an den Staatsgerichtshof. Man suchte Recht bei einer Zelle der Konterrevolution. Noch ließ der famose höchste Gerichtshof die Maske nicht ganz fallen. Man traute der Arbeiterschaft doch noch ein Losschlagen zu und konnte nicht wissen, wie es kommen könnte. Man billigte der alten Preußenregierung ‚gewisse Rechte‘ zu. Es kam die Zeit, wo jeder aufrechte Sozialdemokrat vor Scham vergehen konnte. Witzblätter machten sich lustig über preuß(ische) Minister. Man ließ der rechtmäßigen preuß(ischen) Regierung kaum genügend Toiletten in ihrem Ministerium. Nun kam es wie es kommen mußte. Die Partei verlor alle Werbekraft bei den folgenden Wahlen. Die alte Garde stand - wenn auch maßlos enttäuscht und erbittert - wie aus Granit gehauen zur Partei. Verbissen tat jeder seine Pflicht. Die Reaktion, welche vorher getestet hatte, wie die Arbeiterorganisationen auf ihre Gemeinheiten reagieren würden, drosselte nunmehr die letzten Möglichkeiten zum politischen Leben ab. Der verbrecherische Reichstagsbrand war der Vorwand dazu, vor den Wahlen vom 5. März jede politische Tätigkeit der SPD zu unterbinden. / (S.18)

Im Bürgertum entstand eine Panik. Allenthalben entstand der Eindruck, die Faschisten haben in Deutschland keinen politischen Gegner mehr, also rette sich wer

kann! Alles strömte zu den Nazis. Hitler konnte am 6. März 17,2 Mill. Stimmen verbuchen. Unnötigerweise leistete der preuß(ische) Ministerpräsident Otto Braun noch seinem Sieg Vorschub, indem er am Tage vor der Wahl Deutschland verließ und in die Schweiz ging. Die Nazis nutzten dies am Wahltage weidlich aus und man übertreibt nicht, wenn man sagt, diese unüberlegte Handlung kostete der Partei vielleicht mehr als eine Mill(ion) Stimmen.

Jetzt hätte jeder in der Partei klar sehen müssen. Leider gab es noch immer Leute, welche sich an einen Strohalm klammerten. Die Konturen der Konzentrationslager zeichneten sich aber schon am politischen Horizont ab. Jetzt wurde für die Partei und (die) Gewerkschaften sowie für das Reichsbanner die Frage akut: Wollen wir ruhmlos untergehen oder wollen wir den Kampf wagen, dann aber wenigstens einen ehrenvollen Untergang?! Fast schien es so, als wollte man sich zu einem entscheidenden Kampf aufraffen. In einer Sitzung der Reichstagsfraktion nach der Wahl vom 5. März saßen sich in einer Fraktionsitzung ernst und sorgenvoll die neu gewählten Abgeordneten der Partei gegenüber. Es gab viel Wille zum Kampf. Die Parteileitung wurde gefragt, ob und was sie getan habe zur Vorbereitung des Kampfes. Gen(osse) Wels erklärte: Der Parteivorstand habe Nächte lang mit der Reichskampfleitung (der Eisernen Front) zusammen gesessen und alles vorbereitet. (An) Gen(ossen) Graßmann wurde appelliert, was die Gewerkschaften zu tun gedächten. Er antwortete: Der Bundesvorstand habe gleichfalls alles vorbereitet und man brauche nur auf den Knopf zu drücken und der Apparat laufe. So gingen wir in unsere Heimat und bereiteten das Letzte für den Augenblick vor, wo der Ruf ertönen würde: Klar zum Kampf!

Der Ruf kam nicht. Was aber kam, war furchtbar. Unsere Funktionäre wurden einzeln festgenommen; man fand die Waffen und andere Abwehrmittel. Arme Burschen, wie teuer mußtet ihr dafür bezahlen, daß euer Generalstab versagte. Noch nie ist eine politische Bewegung so kläglich von der politischen Bühne abgetreten wie die deutsche Sozialdemokratie. Hunderte, vielleicht tausende Genossen sind ermordet oder nahmen sich auch aus Not, Verzweiflung / (S.19) und Scham das Leben. Weitere Tausende werden diesen Winter folgen. Viele Zehntausende befinden sich in der Hölle der Konzentrationslager. Weitere Tausend irren heimatlos in der Welt umher. Möge der Arbeiterschaft anderer Länder diese entsetzliche Heimsuchung erspart bleiben. In Deutschland ging eine Herrschaftsform zugrunde, weil sie nicht den Mut und die Tatkraft fand, sich selbst zu verteidigen.

Nach meiner Auffassung kann und muß die Arbeiterschaft der Welt folgende Lehren aus der deutschen Begebenheit ziehen:

- 1) Bei revolutionären Umwälzungen kann und muß die Arbeiterschaft neben der politischen Macht auch die wirtschaftliche erobern.
- 2) Trotz Notwendigkeit der Demokratie müssen Sicherungen gegen die niedergeschlagene Herrscherkaste geschaffen werden.
- 3) Bei Machtübernahme durch die Arbeiterschaft müssen alle politischen Verwaltungsstellen durch zuverlässige Sozialisten besetzt werden.
- 4) In Ländern, wo Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien unvermeidlich sind, muß ein Mindestprogramm der Arbeiterschaft Bedingung sein.

- 5) Jede konterrevolutionäre Regung muß im Keime zermalmt werden.
 6) Die Wehrmacht des Landes muß fest in der Hand der revolutionären Regierung sein.
 7) Schützt die Leitung eurer Organisation vor Überalterung. Entschlußlosigkeit in der Stunde der Gefahr ist der Tod jeder Bewegung.
 8) Die Arbeiterschaft darf niemals den Glauben in sich groß werden lassen, daß die legalen Machtmittel des Staates genügen, um in der Stunde der Gefahr die Arbeiterschaft und ihre eroberten Rechte zu schützen. Die Arbeiterschaft muß vielmehr stündlich vorbereitet sein, um ihre Errungenschaften mit Gewalt zu verteidigen.

ROT UN BE IRR BAR

Zeugen und Zeugnisse
einer Familie



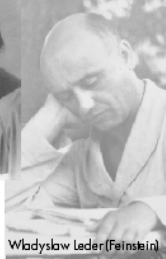
Minna
Hirschfeld



Rosa
Feinstein



Lilly
Hirschfeld



Wladyslaw Leder (Feinstein)



Jak
Schüler



Michaelina
Feinstein



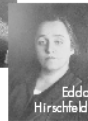
Artur
Hirschfeld



Jan
Teinbaum



Anna
Hirschfeld



Edda
Hirschfeld

Eineinhalb Jahrhunderte Familiensaga

Erzählt und ausgewählt
von Stefan und Witold Leder

+ soeben erschienen + herausgegeben von gerd kaiser +
 + eine große familie in einem großen format +
 + zwei jahrhunderte gespiegelt in einer familie + viele abbildungen +
 + 26 euro + 374 seiten + bei edition bodoni + im buchhandel erhältlich +

Diskussion

Zur Historikerkontroverse um den Reichstagsbrand

Martin Moll

Bestenfalls eine Handvoll Personen ist heute noch im Stande, die Forschungs- und Quellenlage zu jenem Komplex halbwegs zu überblicken, der sich mit dem Begriff "Reichstagsbrand" verbindet, jenem zweifellos von Menschenhand gelegten Feuer, dem in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 große Teile des Berliner Reichstagsgebäudes zum Opfer fielen. Die Debatten über Täter, Anstifter und Nutznießer, die praktisch schon in der Brandnacht einsetzten und bis heute nicht abgeklungen sind, konzentrieren sich auf zwei große Themenfelder. Zum einen geht es um die Frage, ob der am Tatort verhaftete, Ende 1933 als Brandstifter zum Tode verurteilte und Anfang 1934 hingerichtete holländische Anarchosyndikalist Marinus van der Lubbe allein oder mit Helfershelfern gehandelt hatte, bejahendenfalls, welchem politischen Lager diese zuzurechnen seien. Zum zweiten wird der Stellenwert des Ereignisses im Prozeß der am 30. Januar 1933 begonnenen nationalsozialistischen "Machtergreifung" erörtert. Hier gibt es, anders als bei der ersten Frage, wenigstens einen minimalen Konsens. Von niemandem wird ernsthaft bestritten, daß der Brand dem Hitler-Regime überaus gelegen kam und es ihm ermöglichte, unter dem Vorwand einer kommunistisch gesteuerten Brandstiftung, die als "Fanal" für einen allgemeinen Aufstand geplant gewesen sei, schärfste Unterdrückungsmaßnahmen gegen die KPD ins Werk zu setzen. Strittig ist nach wie vor, ob die braunen Machthaber die Gunst des Augenblicks ergriffen und – obgleich selbst vom Brand überrascht – sofort und rücksichtslos die mit ihm eröffneten Chancen nutzten, oder ob sie den Anlaß für den Ausnahmezustand selbst inszeniert hatten.

Bevor auf einen neuen Beitrag zu dieser Kontroverse näher eingegangen werden kann, ist der bisherige Verlauf der Forschungsdiskussion in groben Strichen nachzuzeichnen.¹ Dieser Diskurs füllt nämlich mittlerweile nicht nur ganze Bibliotheken, er weist auch einige Besonderheiten auf, deren Kenntnis unerlässlich ist. Ungewöhnlich war zunächst, daß die ersten Deutungen bald nach 1945 von unmittelbar am Geschehen Beteiligten aufgebracht und in die damalige Forschung übernommen wurden. Erstaunlich ist ferner, daß das Urteil von Fachwelt und Öffentlichkeit lange Zeit relativ geschlossen wirkte, allerdings bei abrupten Schwankungen von einem Extrem ins andere fiel. So hatte man schon 1933 außerhalb Deutschlands an der Urheberschaft des NS-Regimes keine Zweifel. Diese Ansicht setzte sich

¹ Immer noch lesenswert, weil von einem am Streit nicht Beteiligten verfaßt, Ulrich von Hehl: Die Kontroverse um den Reichstagsbrand, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 36, 1988, S.259-280.

nach dem Ende des "Dritten Reiches" auch in Deutschland durch, und zwar in beiden Staaten, bis sie in der BRD um 1960 von der These der Alleintäterschaft van der Lubbes abgelöst wurde. Diese von dem "Amateuhistoriker" Fritz Tobias entwickelte Theorie² war im Prinzip nicht neu; sie trat aber nun mit wissenschaftlichem Anspruch auf den Plan, gestützt auf Quellen, fand Unterstützung in der Fachwelt³ und bewirkte so einen Paradigmenwechsel. Dieser gelang freilich nie vollständig. Ein "Internationales Komitee Luxemburg" um den Schweizer Historiker Walther Hofer leistete zähen, wenn auch anscheinend schwächer werdenden Widerstand.⁴ 1986 schien es durch einen von der mittlerweile erheblich ausgeweiteten Tobias-Gemeinde vorgelegten Sammelband endgültig gelungen, die Hofer-Gruppe ins Abseits zu drängen.⁵

Sieht man einmal davon ab, daß es dem Außenseiter Tobias, der nie Geschichte studiert hatte, gelungen war, große Teile der "Zunft" hinter sich zu scharen, so könnte nach dem bisher Gesagten der Eindruck entstehen, es handle sich um einen normalen wissenschaftlichen Disput, der mit der Dominanz einer Richtung seinen weitgehenden Abschluß gefunden habe. Doch an dieser Kontroverse war so gut wie nichts normal. Da ist zunächst die Leidenschaft, die dem Streit sein Gepräge gab. Sachliche Argumente traten immer mehr hinter Polemiken und persönlichen Diffamierungen bis hin zu gegenseitigen Fälschungsvorwürfen zurück. Zahlreiche Prozesse bezweckten Widerruf und Unterlassung von Behauptungen der Gegenseite. Mit welchen Methoden auf diesem Feld gearbeitet wurde, ist unlängst erneut bestätigt worden. Tobias-Mitstreiter Hans Mommsen, damals beim Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ) tätig, setzte 1962 namens seines Dienstgebers alle Hebel in Bewegung, um die Publikation eines Tobias-kritischen Manuskripts unmöglich zu machen, was ihm auch gelang. Die dabei von Mommsen vorgeschlagenen Methoden (Druck auf den Dienstgeber des Verfassers, juristische Bluffs, Materialentzug) bezeichnete die Leitung des IfZ unlängst als "unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten völlig inakzeptabel"⁶. Wie sehr Mommsen in dieser Debatte inzwischen ins Abseits geraten ist, mag man auch daraus ersehen, daß die "in Verbindung" mit ihm vom IfZ herausgegebenen "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" in einer ihrer letzten Nummern einen Artikel abdruckten, der nur als schallende Ohrfeige für Mommsen und die seinerzeitige

2 Zuerst in einer Serie im *Spiegel* Ende 1959/Anfang 1960, bald darauf in Buchform. Fritz Tobias: *Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit*, Rastatt 1962.

3 Am wirkungsvollsten war die Schützenhilfe Hans Mommsens in dessen Beitrag: *Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen*, in: *VfZ* 12, 1964, S.351-413.

4 Siehe insbesondere die von Hofer und anderen in mehreren Auflagen und Bänden herausgegebene Dokumentation "Der Reichstagsbrand" (erstmalig 1972).

5 Uwe Backes, Karl-Heinz Janßen, Eckhard Jesse, Henning Köhler, Hans Mommsen und Fritz Tobias: *Reichstagsbrand – Aufklärung einer historischen Legende*, (erstmalig) München 1986. Den Eindruck einer Niederlage der Hofer-Gruppe vermittelt auch der abgewogene Forschungsbericht von Hehls, siehe von Hehl, *Kontroverse*

6 Notiz (ohne Unterschrift, deklariert als Stellungnahme der Institutsleitung): *Zur Kontroverse über den Reichstagsbrand*, in: *VfZ* 49, 2001, S.555.

Institutsleitung bezeichnet werden kann.⁷ Mommsen vermied in seiner wutschnaubenden, aber inhaltlich schwachen Replik auf das Buch⁸ von Alexander Bahar und Wilfried Kugel, auf das im folgenden näher eingegangen wird, selbst die leiseste Erwiderung auf den im Raum stehenden Vorwurf der Unterdrückung unliebsamer Auffassungen.⁹

Abgesehen von den letzten Entwicklungen kann man weitere GustostückerIn über den Stil dieser zum Glaubenskrieg mutierten Kontroverse im Schlußkapitel von Bahar und Kugel nachlesen, welches der Historiographie zum Reichstagsbrand gewidmet ist. So sehr einem die Belegstellen die Haare zu Berge stehen lassen, so sind doch die Autoren selbst nicht ganz frei von persönlichen Angriffen (S.799: " ... der alkoholisiert wirkende Mommsen ..."). Nicht der sachlichen Auseinandersetzung, sondern der personenbezogenen Anschwärzung dient ferner ein eigener Abschnitt "Wer ist Fritz Tobias?" (S.778ff.), in dem u.a. dessen angebliche Zugehörigkeit zur Geheimen Feldpolizei in den Raum gestellt wird. Zu kurz kommt auch, daß das Hofer-Komitee bei der Anwendung unlauterer Mittel ebenfalls nie zimperlich vorging. Zu Recht wird allerdings kritisiert, daß Tobias sich nach seinen ersten Erfolgen Anfang der 60er Jahre immer mehr in die Rolle eines Papstes der Reichstagsbrandforschung hineinsteigerte, jeden Kritiker unbarmherzig mundtot zu machen trachtete und sich vor allem weigerte, seine Quellen offen zu legen. Aufschlußreich sind die Nachweise für das unermüdliche Engagement, das der *Spiegel* und sein kürzlich verstorbener Herausgeber Rudolf Augstein seit einem halben Jahrhundert als Sprachrohr der Alleintäterthese an den Tag legen.¹⁰ Noch spannender sind die Kehrtwendungen der *Zeit* und insbesondere Mommsens, der noch 1962 das Tobias-Buch wegen seiner handwerklichen Mängel auf das Schärfste kritisiert hatte (S.796f.). Als Erklärung für diese Wandlung vom Saulus zum Paulus bietet sich die Vermutung an, daß Mommsen in den 60er Jahren seine "Chaostheorie" vom NS-Regime und seinem "schwachen" Diktator zu entwickeln begann. Eine Deutung des Brandes à la Tobias paßte in dieses Szenario, die Gegenthese der zielstrebigten Herbeiführung und Ausnutzung des Feuers durch die Nationalsozialisten hingegen nicht.

Vor einigen Jahren konnte man den Eindruck gewinnen, daß die meisten Zeithistoriker dieses endlosen, mit abstoßenden Methoden geführten und offenkundig fruchtlosen Streites müde waren. 1987 wurde gar die Frage gestellt, was eigentlich mit den deutschen Historikern los sei, wenn nicht einmal die im Raum stehenden massiven Fälschungsvorwürfe nennenswerte Reaktionen auslösten.¹¹ Die Angehörigen der Zunft mieden eine Beteiligung

7 Hersch Fischler und Gerhard Brack: Zur Kontroverse über den Reichstagsbrand. Stellungnahme zu der in der Julinumnummer der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte publizierten Notiz, in: VfZ 50, 2002, S. 329-334. Ebenda S.334 eine Nachbemerkung der Institutsleitung, wonach alle relevanten Akten frei zugänglich seien.

8 Siehe Alexander Bahar/Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird, Berlin 2001

9 Hans Mommsen: Nichts Neues in der Reichstagsbrandkontroverse. Anmerkungen zu einer Donquichotterie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49, 2001, S. 352-357.

10 Siehe zuletzt, als – vergleichsweise (!) faire – Auseinandersetzung mit dem Buch von Bahar und Kugel, siehe den Artikel "Flammendes Fanal", in: Der Spiegel Nr. 15/2001, S.38-58.

11 Peter Haungs: Was ist mit den deutschen Historikern los? Oder: Ist Quellen-Fälschung ein

an der Kontroverse um so mehr, als diese längst auf andere Disziplinen übergegriffen hatte und die Historiker angesichts der kriminalistischen, chemischen, thermodynamischen etc. Fachgutachten ratlos zurückließ. Wie stark, nebenbei bemerkt, dieser Streit die Naturwissenschaften einbezieht, zeigt Bahars und Kugels Forderung, den Leichnam van der Lubbes exhumieren und gerichtsmedizinisch auf Spuren verabreichter Drogen untersuchen zu lassen (S.21). Das Interesse der Fachwelt wurde erst wieder geweckt, als Anfang der 90er Jahre in den übernommenen Archiven der DDR umfangreiche Aktenbestände auftauchten, die zuvor für verschollen galten. In erster Linie handelt es sich hierbei um die (weitgehend vollständigen) Akten der polizeilichen und gerichtlichen Voruntersuchung sowie die kompletten Niederschriften der 57 Verhandlungstage jenes Prozesses, der vor dem Reichsgericht gegen "van der Lubbe und Genossen" geführt worden war. Tobias hatte seinerzeit nur einen Bruchteil dieser Protokolle verwenden können. Aufgefunden wurden schließlich mehrere Sachverständigengutachten, die das Gericht zur Klärung von Brandentstehung und -verlauf in Auftrag gegeben hatte.

Den Ausgangspunkt des Buches von Bahar und Kugel bildet die schon vom Reichsgericht und den Sachverständigen vertretene Auffassung, es sei vollkommen ausgeschlossen, daß der ortsunkundige, stark sehbehinderte van der Lubbe innerhalb weniger Minuten mit den ihm verfügbaren primitivsten Mitteln ein derart großes Gebäude wie den Reichstag allein habe in Brand stecken können. Die Gutachter stimmten darin überein, daß der Plenarsaal mit selbstentzündlichen oder leicht brennbaren Materialien vorpräpariert gewesen sein mußte. Die Schilderungen des Holländers waren zudem ungenau, widersprüchlich, unglaubwürdig und mit den örtlichen Gegebenheiten vielfach nicht in Einklang zu bringen. In einem ersten langen Kapitel wird daher der Weg van der Lubbes durch das Gebäude anhand der Ermittlungsakten rekonstruiert. Dabei begehen die Autoren jedoch den Fehler, die Zeitangaben der Zeugen bis auf die Minute genau wörtlich zu nehmen und selbst aus kleinsten Diskrepanzen weitreichende Schlüsse zu ziehen. Es liegt hingegen auf der Hand, daß die ersten am Brandort eintreffenden Personen verständlicherweise höchst aufgeregt und mit der Suche nach den Brandstiftern, der Löschung des Feuers etc. vollauf beschäftigt waren und keine Muße hatten, ihre Beobachtungen sekundengenau zu protokollieren. Dieser Einwand ändert aber nichts an der richtigen Erkenntnis, daß der von dem Holländer behauptete Hergang so nicht stimmen konnte und es zumindestens mehrere Mittäter gegeben haben mußte.

Dies war, wie dargelegt, die 1933 vorherrschende Sicht, nur vermutete man die Helfer in jeweils entgegengesetzten politischen Lagern. Seltsamerweise widmen sich Bahar und Kugel in weiterer Folge dem umständlichen Nachweis, daß es nicht die Kommunisten waren, schon gar nicht die mitangeklagten Bulgaren Dimitroff, Popoff und Taneff oder der Fraktionschef der KPD im Reichstag, Ernst Torgler. Mit der Widerlegung der seinerzeitigen Behauptung der Hitler-Regierung, die Kommunisten seien für den Brand verantwortlich, tragen Bahar und Kugel Eulen nach Athen. Sicher, das Reichsgericht nahm in seinem Urteil die Existenz

kommunistischer Hintermänner an, sprach jedoch die vier Mitangeklagten van der Lubbes frei. Folgt man den Verfassern, so war der Freispruch Torglers von vorn herein geplant, ja mit dessen Verteidiger abgesprochen. In der Tat legen die Autoren einige diese Theorie stützende Dokumente vor; sie geben jedoch keinen Hinweis auf die Motive, aus denen heraus das NS-Regime freiwillig die Blamage eines Freispruchs für den wortreich der Mitverantwortung bezichtigten Torgler, von den drei Bulgaren ganz zu schweigen, auf sich genommen haben sollte. Es müssen schon sehr überzeugende Motive gewesen sein, denn die Desavouierung der NS-Propaganda durch das Urteil lag vor aller Augen. Rätselhaft bleibt, warum sich Bahar und Kugel derart auf die Person Torglers einschießen und des langen und breiten dessen (bereits bekannte) Kollaboration mit dem Propagandaministerium in späteren Jahren abhandeln, die mit dem Reichstagsbrand in keinem erkennbaren Zusammenhang steht.

Durchaus lesenswert sind die umfangreichen Kapitel über den Prozeßverlauf sowie – erst nach der Schilderung der Hinrichtung eingeschoben – der Lebenslauf van der Lubbes. Erst in weiterer Folge kommen Bahar und Kugel eigentlich zur Sache: Wer waren die wirklichen Brandstifter, wenn es der Holländer nicht oder nicht allein war? Rechnet man das historiographische Schlußkapitel sowie den erwähnten Exkurs über Torgler ab, so bleibt für die zentrale Frage nur ungefähr ein Drittel des Umfangs übrig. Wegen der Vielzahl an Spuren und – teilweise untereinander nicht verbundener – Theorien kann hier nur die Grundtendenz zusammengefaßt werden: Göring und Goebbels hatten den Brandplan ausgeheckt (möglicherweise schon geraume Zeit vor der "Machtergreifung") und dessen Ausführung dem Berliner SA-Chef Ernst übertragen, der hierfür ein kleines, maximal zehn Mann starkes Spezialkommando der SA mit einigen pyrotechnischen Experten zusammenstellte. Das entzündliche Material wurde durch einen Verbindungsgang zwischen dem Reichstag und dem Reichstagspräsidentenpalais, in dem Göring residierte und Rücken-deckung gab, in den Plenarsaal geschafft. Auf demselben Weg verschwanden die Täter unbemerkt. Van der Lubbe hatte vermutlich während seines rund zehntägigen Berlin-Aufenthalts vor seiner Verhaftung Kontakt zu Nationalsozialisten, die ihn – ohne sich zu erkennen zu geben – zu seiner Tat aufstachelten. Eventuell hypnotisiert durch den bekannten (noch im März 1933 ermordeten) Hellseher Hanussen wurde er in den Reichstag geschafft, wo er einige kleinere, harmlose Brände legen durfte, während zeitgleich der präparierte Plenarsaal durch selbstentzündliche Materialien aufflammte. Mit van der Lubbes Festnahme wurde ein Sündenbock gefunden; während des Prozesses stellte man ihn mit Drogen ruhig. Lästige Mitwisser wurden in den folgenden Jahren zielstrebig liquidiert.

Die vorgelegten Indizien – einen unwiderlegbaren Beweis behaupten Bahar und Kugel nicht gefunden zu haben – stimmen in ihrer Fülle nachdenklich. Zugleich verwirren sie den unvoreingenommenen Betrachter, da sie in einer das Verständnis nicht gerade erleichternden Reihenfolge und häufig ohne explizite Bezüge zueinander präsentiert werden. Was man besonders vermißt, ist eine Bilanz, welche die Masse des Materials geordnet, gewichtet und zu einer klar ausformulierten Gedankenkette zusammenfassen würde. Dies scheinen auch die beiden Verfasser letztlich gespürt zu haben, weil sie anstatt eines Resümees den ungewöhnlichen Weg beschreiten, ihre Sichtweise auf einer dem Buch vorangestellten

einzigsten Textseite zu präsentieren. Damit ist dem Leser wenig geholfen. Dabei ist durchaus anzuerkennen, daß die Autoren ein schier unglaubliches Quellenmaterial zusammengetragen haben und selbst dem kleinsten Hinweis nachgegangen sind. In ihrem Eifer übersehen sie dabei manchmal, daß die eine oder andere Spur in einer Sackgasse endet bzw. vom Gegenstand so weit wegführt, daß der Konnex kaum mehr erkennbar ist. So viel Interessantes hier auch geboten wird, so erschlägt die Anhäufung nicht weiterführender Details den Leser immer aufs Neue. Für den Forscherfleiß der Verfasser und ihre Akribie beim Aufgreifen winzigster Spuren kann man nur Bewunderung aufbringen. Die Gabe der stringenten, verständlichen Präsentation ihrer Resultate ist ihnen leider nicht im selben Umfang gegeben.

Natürlich kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Problematik nicht zum mindesten der Komplexität des Gegenstandes und der riesigen Masse des verfügbaren Quellenbestandes geschuldet ist. Mommsens Gegenargument, "Wie häufig in der Geschichtswissenschaft ist die einfachste Problemlösung auch die wahrscheinlichste", teilt der Autor dieser Zeilen ausdrücklich nicht.¹² Man stellt sich jedoch die bange Frage, wie die Forschung mit dem hier ausgebreiteten Material umgehen und weiter verfahren, sprich: recherchieren soll, was Bahar und Kugel mehrfach einfordern. Zu erwarten ist (leider), daß sich die Debatte in eine Unzahl von Einzelgefechten aufsplintern wird. Vermutlich werden die Vertreter der Tobias-Schule jede einzelne Quelle, jedes einzelne Indiz und die an ihnen aufgehängten Schlußfolgerungen unter Beschuß nehmen, was auch durchaus möglich ist. Man muß kein Tobias-Adept sein, um sich an vielen Stellen des Buches zu denken, daß die Interpretation auch anders lauten, daß es auch eine *simpliciter* Erklärung geben könnte. Die Strategie der Verfasser beruht eben, wie schon gesagt, nicht auf der Überzeugungskraft weniger Schlüsseldokumente, sondern auf einer endlosen Indizienkette und einem ausgefeilten Hypothesengebäude, das mit seiner Masse, nicht durch seine Einzelbestandteile wirken soll. Dabei fällt freilich auf, daß die Fundamente dieses Gebäudes nicht an allen Stellen gleich stark sind. Dicht und überzeugend belegt wirken die ersten Teile, die bei der Exekution von der Lubbe enden. Sobald es um die wirklichen Täter geht, werden die Quellen spärlicher und vor allem auch fragwürdiger, wie Bahar und Kugel ehrlicherweise selbst einräumen. Mitunter ist kaum erkennbar, welche Zeugenaussagen auf eigener unmittelbarer Wahrnehmung beruhen und welche auf Hörensagen.

Zwei Besonderheiten der Beweisführung dieses Buches sind noch anzumerken. Vermieden wird eine Argumentation, die von den offensichtlichen Nutznießern des Brandes ausgeht und von dieser Warte aus auf die Urheber rückschließt. Auf die Vorgeschichte der am 28. Februar 1933 erlassenen Reichstagsbrandverordnung geht die Arbeit nur insoweit ein, als sie die z.T. frappierende Übereinstimmung mit älteren Vorbildern als Argument gegen die Spontaneität des Handelns der Hitler-Regierung ins Treffen führt.¹³ Gleiches gilt für die unmittelbar vor dem Brand getroffenen Maßnahmen zur Einleitung von Massenverhaftungen

12 Mommsen, *Nichts Neues*, S.357.

13 Neuere Forschungen bestätigen diese Einschätzung. Siehe Thomas Raithel und Irene Strenge: *Die Reichstagsbrandverordnung. Grundlegung der Diktatur mit den Instrumenten des Weimarer Ausnahmestands*, in: VfZ 48, 2000, S.413-460.

kommunistischer Funktionäre. Die zweite Eigentümlichkeit der Beweiskette betrifft den Umstand, daß sich diese sehr stark auf die gewaltsame Beseitigung all jener Mitwisser stützt, die den Drahtziehern um Göring und Goebbels hätten gefährlich werden können – und sei es nur wegen notorischer Geschwätzigkeit. Mehrere Abschnitte behandeln mysteriöse Todesfälle und auch offenkundige Morde; der Fall Hanussen wurde bereits erwähnt. Die Überzeugungskraft dieser Passagen ist höchst unterschiedlich. Wie so oft in diesem Buch wäre weniger mehr gewesen, da so die Autoren den Vorwurf des Spekulierens vermieden hätten. So kann man ihnen beispielsweise absolut nicht mehr folgen, wenn sie noch den Tod des 1957 (!) bei einem Jagdunfall ums Leben gekommenen ersten Chefs der preußischen Gestapo, Rudolf Diels, mit dem Reichstagsbrand in Verbindung zu bringen suchen (S.742ff.). Solche Entgleisungen bleiben jedoch die Ausnahme. Sie mindern die Bedeutung dieses Buches kaum. In Summe kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Reichstagsbrandforschung einen riesigen Schritt nach vorn gemacht hat. Dafür bürgt allein die schier unglaubliche Fülle neuer Quellen, die von den Autoren erschlossen, zusammengetragen und ausgewertet wurden. Man staunt immer wieder, was sich mit detektivischem Gespür und Hartnäckigkeit heute noch ermitteln läßt. Man mag hinsichtlich einzelner Argumentationsstränge anderer Meinung sein, ja sogar damit rechnen, daß manche Schlussfolgerungen einer kritischen Nachprüfung nicht standhalten werden. Ob damit das gesamte Gebäude, die auf eine direkte NS-Täterschaft hinweisende Kernthese, zum Einsturz kommen wird, bleibt abzuwarten und erscheint als unwahrscheinlich. Die Alleintäterthese Tobias' und seiner Jünger muß als nachhaltig erschüttert gelten. Ihre Verfechter bleiben diskreditiert zurück, da ihnen Bahar und Kugel anhand unzähliger Beispiele haarsträubende Manipulationen, Verdrehungen und sinnentstellende Weglassungen bei den von ihnen zitierten Quellen nachweisen können. Ein neuerlicher Paradigmenwechsel zeichnete sich schon ab, als 1999 die renommierte *Historische Zeitschrift* eine Vorveröffentlichung zu diesem Buch abdruckte.¹⁴ Darin hatten die Autoren noch dafür plädiert, die Lösung des Rätsels offen zu halten. Dies sei das Mindeste, für das man sorgen müsse, da es vielleicht nie endgültig zu entschlüsseln sei.¹⁵ An diesem Urteil ändert sich auch durch die nun vorliegenden mehr als 800 Textseiten des Buches nichts Grundlegendes. Deutlich wird immerhin, daß und in welche Richtung beim heutigen Forschungsstand weitergearbeitet werden muß. Der zeitweilig entschieden geglaubte Streit ist keineswegs zu Ende, sondern geht in eine neue Runde. Die mehr als 40 Jahre alten Publikationen des Amateurs Tobias, mögen seine Anhänger auch heftige Rückzugsgefechte liefern, kann man ruhigen Gewissens als überholt bezeichnen.

14 Jürgen Schmädke, Alexander Bahar und Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand im neuen Licht, in: *Historische Zeitschrift* 269, 1999, S.603-651.

15 Ebenda, S.650.

Berichte

Internationale Rosa Luxemburg-Konferenz 2002

Dimitrij Owetschkin

Vom 6. bis 7. September 2002 veranstaltete das Institut für soziale Bewegungen zusammen mit der Internationalen Rosa Luxemburg-Gesellschaft eine internationale Rosa Luxemburg-Konferenz im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum. Die Tagung, an der namhafte Wissenschaftler aus Europa und Asien teilgenommen haben, wurde durch die Fritz-Thyssen-Stiftung und den Verein zur Förderung der Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung gefördert.

Den Eröffnungsvortrag „Rosa Luxemburg zwischen Ost und West: Instrumentalisierungen im Kalten Krieg bis 1990“ hielt *Hermann Weber*. Er ging auf die Formen der Instrumentalisierung Rosa Luxemburgs in der Bundesrepublik und der DDR ein und konstatierte, daß Rosa Luxemburg im Westen bis in die 1960er Jahre hinein weitgehend unbekannt geblieben sei. Dagegen sei sie im Osten zu einem Teil der herrschenden Ideologie geworden, wobei man Person und Werk getrennt habe. Im Zuge der Studentenbewegung seit Ende der 60er Jahre wurde Rosa Luxemburg im Westen neu entdeckt. Die Analyse der Luxemburg-Rezeption in der BRD und in der DDR zeigt, daß Rosa Luxemburg in beiden Fällen verkürzt rezipiert und dementsprechend instrumentalisiert wurde. Abschließend hob Weber hervor, daß nach dem Ende des Kalten Krieges Rosa Luxemburg und ihr Werk wieder zu historisieren seien. Luxemburg bleibe weiterhin umstritten, habe aber einen festen Platz in der Tradition der Linken.

Die erste Sektion der Konferenz war Rosa Luxemburgs Rezeption in der Welt gewidmet. Sie wurde von *Narihiko Ito* geleitet. *Jie-Hyun Lim* aus Südkorea zeichnete in seinem Beitrag „postmarxistische Perspektiven“ in Bezug auf das Werk von Rosa Luxemburg. Reflexionen über den Sozialismus im 20. Jahrhundert führen ihm zufolge zu dem Schluß, daß wesentliche Aspekte des Sexismus, Rassismus, Imperialismus und der anderen Formen der Unterdrückung auch nach einer sozialistischen Revolution unberührt bleiben würden. Rosa Luxemburgs Spontaneitätstheorie, die vom „Proletariat für sich“ ausging, zeugte aus seiner Sicht von einer Überschätzung des revolutionären Potentials des Proletariats und einer Unterschätzung der nationalistischen, patriarchalischen und anderen Tendenzen in der Arbeiterklasse. Im Zusammenhang mit dem rein proletarischen Charakter des Sozialismus bei Luxemburg hob Lim auf die Mehrdimensionalität der Herrschaftsverhältnisse ab. Außerdem berührte er den Eurozentrismus von Luxemburgs

Konzeption der kapitalistischen Modernisierung und die damit verbundene weitgehende Ausklammerung der nationalen Minderheiten und Bauern.

Yoshiki Ota sprach über neue Entwicklungen in der Rosa Luxemburg-Forschung in Japan nach 1988. Seit dieser Zeit gibt es in Japan einen „Luxemburg-Boom“. Es erscheinen zahlreiche Bücher, Übersetzungen und Bibliographien. Im Mittelpunkt des Interesses der japanischen Forscher stehen u.a. Rosa Luxemburgs Beitrag zur Imperialismustheorie, ihre Stellung zur nationalen Frage und zur russischen Revolution sowie ihr Verhältnis zum Feminismus. Es gibt auch vergleichende Studien über Rosa Luxemburg und japanische Denker. Die Luxemburg-Forschung in Japan wird hauptsächlich in zwei Richtungen betrieben. Zum einen wird ihr Werk im historischen Kontext untersucht und zum anderen aus der Sicht der aktuellen Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft beleuchtet. Einen wichtigen Beitrag zur internationalen Luxemburg-Forschung stellt die in Tokyo erscheinende 16-bändige Ausgabe der „Gesammelten Werke“ von Rosa Luxemburg in deutscher und polnischer Sprache dar.

Hu Wenjian berichtete über den Stand der Luxemburg-Forschung in China seit 2000. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes, der fortschreitenden Globalisierung und der weitgehenden Öffnung Chinas stellte er eine „Belebung“ der Luxemburg-Forschung in den letzten zwei Jahren fest. Im Rahmen der Übersetzungen von großen Werken der westlichen Geisteswissenschaften sind erneut die „Russische Revolution“ und Briefe von Rosa Luxemburg herausgegeben worden. Das Interesse der Forschung richtet sich nicht nur auf Rosa Luxemburg als Theoretikerin, sondern auch auf Rosa Luxemburg als Mensch. Eine besondere Aufmerksamkeit findet die Kontroverse zwischen Luxemburg und Lenin über Demokratie und Zentralismus, die für die politische Entwicklung Chinas eine aktuelle Bedeutung hat. Nachdem eine internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz 1994 bereits in Peking stattgefunden hat, wird die nächste Tagung der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft im Jahre 2004 ebenfalls in China (Guangzhou) stattfinden.

Janos Jemnitz ging in seinem Referat auf die Rezeption Rosa Luxemburgs in Ungarn vor 1914 ein. Er wies darauf hin, daß bisher in Ungarn keine Bibliographie der Schriften von und über Rosa Luxemburg existiere. Erste ungarische Einschätzungen Rosa Luxemburgs und ihrer Rolle in der deutschen Sozialdemokratie stammen, wie Jemnitz herausgearbeitet hat, von Erwin Szabo. Szabo nannte sie „die militanteste Vertreterin des orthodoxen Marxismus“ und bezog ihre Position in den Kontext der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD ein. Obwohl die ungarische Sozialdemokratie der SPD nahestand und in ihrer Presse über Parteitage der deutschen Sozialdemokratie berichtete, wurde die Rolle Luxemburgs in der SPD keiner wissenschaftlichen Analyse unterzogen. Der Standpunkt von Luxemburg galt nicht als offizielle Linie der deutschen Partei. Jemnitz erwähnte auch die Rezeption Luxemburgs in Ungarn nach 1945 und thematisierte die Relevanz ihres Werkes vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Debatten über die Demokratie in Osteuropa.

Feliks Tych berichtete in einem kurzen Referat über die Luxemburg-Forschung in Polen unter dem „real existierenden Sozialismus“. Die politische Dimension des Werkes von Rosa Luxemburg sei wegen ihrer Haltung in der nationalen Frage weitgehend ausgeklammert worden. Man habe sie nur als Ökonomin wahrgenommen und erforscht. Allerdings fand in Polen Tych zufolge im Unterschied zur DDR keine Instrumentalisierung Luxemburgs statt.

Die zweite Sektion „Rosa Luxemburg und die internationale Demokratie“ wurde von *Günter Brakelmann* geleitet. Im Beitrag von *Erhard Hexelschneider* über Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer jeweiligen Einschätzungen der russischen Revolution von 1917 herausgearbeitet. Die Werke des bekannten russischen Schriftstellers Korolenko wurden von Luxemburg ins Deutsche übersetzt, die beiden traten aber nie in Kontakt. Während Luxemburg die Revolution aus der Ferne beobachtete, war Korolenko mitten im Geschehen, wenn auch nicht als aktiver Kämpfer. Die Urteile Luxemburgs und Korolenkos über die Revolution waren auf der einen Seite deckungsgleich, so etwa in der Kritik am Terror und der Feststellung der Unmöglichkeit eines Sozialismus ohne Freiheit. Auf der anderen Seite trat Korolenko für eine Demokratie nach westlichem Muster, ohne Zaren, aber auch ohne Bolschewiki ein. Hingegen hielt Luxemburg an der Notwendigkeit des Sozialismus und einer proletarischen Regierung fest.

Die Ausführungen *Manfred Scharers* über Demokratie und Diktatur bei Rosa Luxemburg wurden kontrovers diskutiert. Scharer hob den Widerspruch in der Haltung Luxemburgs zur russischen Revolution von 1917 hervor. Luxemburg habe für eine liberale parlamentarische Mehrparteiendemokratie bei gleichzeitiger Begeisterung für eine revolutionäre Diktatur plädiert. Nach ihrer Entlassung aus der Haft 1918 sei sie zu einer radikalen Kritikerin der Nationalversammlung geworden und habe damit eine Wende in Richtung der Befürwortung der proletarischen Diktatur vollzogen. Ihre Haltung um die Jahreswende 1918/1919 widerspreche der Interpretation Luxemburgs als demokratische Sozialistin. Klaus Kinner wendete darauf ein, daß die Entscheidung für die Nationalversammlung nicht mit der Entscheidung für die Demokratie und das Eintreten für die Räterepublik nicht mit einer per se antidemokratischen Einstellung gleichgesetzt werden könnten. Eine solche Sicht berücksichtige nicht die Vielfalt der Demokratiemodelle. Auch Hermann Weber hielt die Identifizierung der Nationalversammlung mit der heutigen parlamentarischen Demokratie für problematisch.

Heiner Jestrabek beleuchtete das Thema „Rosa Luxemburg und die Geistesfreiheit: Marxistische Philosophie, Religions- und Kirchenkritik bei Rosa Luxemburg“. Er charakterisierte kurz die Quellen des philosophischen Denkens von Rosa Luxemburg sowie ihre dialektische Methode und hob den maßgebenden Einfluß des Freidenkers Jacob Stern auf die sozialdemokratische Religionskritik hervor. Die antiklerikalen Positionen von Rosa Luxemburg, die für die Trennung von Kirche und Staat eintrat, ließen sie, so Jestrabek, als eine „Freidenkerin des Sozialismus“ erscheinen. Gegenüber dieser These äußerte Günter Brakelmann Zweifel, ob man eine dezidierte

Marxistin und Anhängerin des historischen Materialismus als „Freidenkerin“ bezeichnen könne.

In einem Referat über die Demokratisierung in Rußland im Licht des Nachlasses von Rosa Luxemburg skizzierte *Robert Evzerov* die Entwicklung der russischen Demokratie seit 1990. Er ging auf die Auffassungen demokratischer Kräfte über die Wege der Demokratisierung Rußlands ein und betonte die Rolle der Initiative von unten, die bereits in Rosa Luxemburgs Kritik am Bürokratismus zur Geltung gekommen war.

Wang Xuedong aus China behandelte das Thema „Rosa Luxemburg und sozialistische Demokratie“. Rosa Luxemburg habe die sozialistische Demokratie als eine geschichtliche Aufgabe des Proletariats betrachtet und sei der Meinung gewesen, daß auch die sozialistische Demokratie von den Formen der bürgerlichen Demokratie profitieren könne. Die Diktatur des Proletariats sei bei Luxemburg als eine Demokratie des Sozialismus erschienen, ebenso wie demokratische Kontrolle und freie Kritik als Garantien gegen bürokratische Gefahr.

Nach einer Einführung von Karsten Rudolph hielt *Bernd Faulenbach*, Vorsitzender der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, den öffentlichen Vortrag „Rosa Luxemburg als Mythos? Zur Bedeutung der historischen Rosa Luxemburg für die heutige Sozialdemokratie“. Darin wurde die Bedeutung der Geschichte für die politischen Parteien hervorgehoben. Die Historische Kommission, so Faulenbach, habe für die Sozialdemokratie nur eine Korrektivfunktion gegenüber Mythen und Legenden und vermittele kein verbindliches Geschichtsbild. Die Bestimmung der Bedeutung Rosa Luxemburgs für die Gegenwart soll ihm zufolge in erster Linie durch eine Rehistorisierung erfolgen, um nicht zu einer neuen Mythenbildung beizutragen. Faulenbach umriß Prozesse der Mythisierung und Ritualisierung Rosa Luxemburgs in der DDR, Veränderungen des Luxemburg-Bildes in der BRD seit Ende der 1960er Jahre sowie die Neuentdeckung Luxemburgs durch die PDS in den 1990er Jahren. Im Kontext der Zeit erweise sich das Denken Luxemburgs als widersprüchlich. Ansätze für einen „dritten Weg“ seien darin nicht vorhanden. Sie sei keine Anhängerin der Demokratie im gegenwärtigen Sinne gewesen, habe aber für die Solidarität mit allen Unterdrückten gestanden. Die Aktualität Luxemburgs schließe auch die Ambivalenz ihrer Position mit ein.

Die dritte Sektion „Rosa Luxemburg und die Arbeiter“ wurde von *Klaus Tenfelde* geleitet. Sie wurde mit dem Referat von *Tanja Ünlüdag* über „Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und die Frauen“ eröffnet. Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen stand das Verhältnis von Luxemburg und Zetkin zur Frauenbewegung und zu den Arbeiterinnen. Ünlüdag arbeitete heraus, daß Zetkin und Luxemburg keine Feministinnen gewesen seien und die Emanzipation der Frauen nur als einen integrativen Teil der Emanzipation des Proletariats betrachtet hätten. Am Beispiel der ablehnenden Haltung von Zetkin und Luxemburg zur Geburtenkontrolle stellte sie eine lebensweltliche Distanz zwischen den beiden und den Arbeiterinnen fest.

Till Schelz-Brandenburg befaßte sich mit dem Bild des Arbeiters bei Kautsky und Luxemburg. Die jeweiligen Quellen dieses Bildes waren unterschiedlich. Während Luxemburg als Agitatorin auf zahlreichen Versammlungen auftrat und dadurch in

den Kontakt mit der Arbeiterschaft kam, gewann Kautsky sein Arbeiterbild vorwiegend auf dem theoretischen Weg. Auf dieser theoretischen Ebene habe Kautsky, so Schelz-Brandenburg, eine besondere Rolle den Intellektuellen beigemessen, die das revolutionäre Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinbringen sollten. Für Luxemburg habe dagegen weitgehend eine Identität zwischen Bewegung und Bewußtsein des Proletariats bestanden.

Ottokar Luban behandelte Rosa Luxemburgs Verbindung zu den Massen vom August 1914 bis Januar 1919. Kurz vor dem Krieg sei die Isolierung Luxemburgs in der Partei überwunden worden. Am Anfang des Krieges habe sie zwar keine direkte Verbindung zum Proletariat gehabt, aber enge Kontakte zu den Parteimitgliedern unterhalten. Nach ihrer Entlassung aus der Haft 1916 sei sie gegen Versuche aufgetreten, eine neue Partei zu gründen, um die Gruppe „Internationale“ nicht von den Massen zu isolieren. Das revolutionäre Potential der Massen sei von ihr jedoch überschätzt worden. Wie Luban gezeigt hat, führte diese Überschätzung letzten Endes dazu, daß Luxemburg während der Revolution und insbesondere im Januar 1919 mit ihrer Agitation nur einen verschwindend kleinen Teil der Arbeiterschaft erreichte und somit den Kontakt zu den Massen verlor.

Horst Hensel referierte über das Thema „Rosa Luxemburg und das Ruhrgebiet“. Gestützt auf verschiedenartige Quellen, rekonstruierte er den Ablauf einer Versammlung im April 1910 in Kamen, auf der Rosa Luxemburg eine Rede hielt. Bemerkenswert ist, daß Luxemburg bei dieser Gelegenheit zusammen mit dem gemäßigten Vertreter der Bochumer SPD, dem Bergarbeiterführer Fritz Husemann, auftrat. Hensel ging des Weiteren auf die Reaktionen der Presse auf die Kamener Versammlung ein.

Im Referat von *Dimitrij Owtschkin* über Rosa Luxemburg und den Bergarbeiterverband im Streit um die Rolle der Gewerkschaften wurden Probleme der gewerkschaftlichen Neutralität, der Spontaneität im Massenstreik und der Stellung der Theorie in den Gewerkschaften behandelt. Die Funktionäre des Bergarbeiterverbandes griffen Luxemburg wegen ihrer angeblichen antigewerkschaftlichen Haltung an. Dabei war die Position von Luxemburg differenzierter. Die „Sisyphusarbeit“ der Gewerkschaften war für sie nicht „nutzlos“, sondern sogar unentbehrlich. Die Auffassung Luxemburgs, der Massenstreik entstehe spontan, teilten auch die Gewerkschaften. Im Gegensatz zu ihr versuchten sie aber, die Diskussion des Massenstreiks zu unterbinden. In der Kritik der Gewerkschaften an Rosa Luxemburg äußerte sich die Aversion der gewerkschaftlichen „Praktiker“ gegenüber den „Theoretikern“, die nichts von der Praxis verstünden.

Der Leiter der Sektion Klaus Tenfelde wies in seiner Zusammenfassung auf die Relevanz neuer Ansätze, wie etwa des Konstruktivismus, für die Erforschung des Verhältnisses zwischen den theoretischen Konzeptionen und der Realität, zwischen den Vorstellungen der Theoretiker vom kollektiven Subjekt und dem empirischen Handeln dieses Subjekts hin.

Die Konferenz im Ganzen hat die Mehrdimensionalität des Werkes von Rosa Luxemburg zum Ausdruck gebracht und zu dessen besserer Erfassung aus theoretischer, historischer und politischer Sicht beigetragen.

Sozialdemokratische Tradition und Zukunftsgestaltung in Strausberg* (Bericht über eine Diskussionsveranstaltung)

Rolf Apel

Zum Jahresbeginn 2002 hat die seit 1994 bestehende und überparteilich wirkende „Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V.“ eine weitere Forschungsarbeit zum Thema „Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887-1997“ vorlegen können. Damit erhielt die bereits im Jahr 1997 aus Anlaß des 110jährigen Parteijubiläums der Strausberger Sozialdemokraten herausgegebene Begleitbroschüre zur gleichnamigen Sonderausstellung im städtischen Heimatmuseum eine wertvolle Fortsetzung und Ergänzung. Sie ist ein wertvoller Beitrag, sozialdemokratische Traditionen und Erfahrungen sowie Wertevorstellungen sichtbar zu machen. Natürlich ist damit zugleich die Frage verknüpft, wie soll die heutige Sozialdemokratie damit umgehen? Läßt das Verhaften in Traditionen eine optimale Zukunftsgestaltung zu? Ist sozialdemokratisches Traditions- und Werteverständnis in der heutigen und künftigen Kommunal- und Landespolitik anwendbar?

Ein Vortrags- und Diskussionsabend zum Thema „Sozialdemokratische Traditionen und Zukunftsgestaltung in Strausberg“ hat den Versuch unternommen, Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden. Er wurde als gemeinsame Veranstaltung der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg, am 4. April 2002 in Strausberg durchgeführt.

Als Diskutanten standen den 40 anwesenden Gästen aus der Region Strausberg und Berlin Frau Prof. Dr. habil. *Beatrix Bouvier*, Historikerin aus Bonn und Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, *Gunter Fritsch*, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Brandenburg, sowie der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, Dr. sc. *Horst Klein*, Rede und Antwort.

Dr. *Peter Gerold*, der als Moderator wirkte, hob einleitend hervor, daß das Ziel des Abends die Diskussion geschichtswissenschaftlicher Aspekte sei, die von Anfang an das Hauptfeld der Forschungs- und Veranstaltungstätigkeit der Interessengemeinschaft gewesen ist. Er erinnerte daran, daß neben der vorliegenden Arbeit zur Sozialdemokratie auch ein umfassendes Bild der Kommunistischen Partei in Strausberg gezeichnet werden konnte. Darüber hinaus entstanden interessante Beiträge zur Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt, zur Rolle der Kirche und zum 17. Juni 1953.

* Die Thesen dazu werden demnächst im Jahrbuch veröffentlicht.

Als ein Diskussionsschwerpunkt der Veranstaltung wurde zunächst die Frage nach dem Umgang mit der Geschichte und den Traditionen aufgeworfen. Was bleibt heute noch von Traditionen in der SPD und was sollte davon erhalten bleiben? Wovon sollte sich die SPD auch trennen?

Frau Prof. Bouvier relativierte gleich zu Beginn ihre Ausführungen dadurch, daß sie sich nicht berufen fühle, für die SPD insgesamt zu sprechen. Sie habe allerdings den Eindruck, daß ein Zurückschauen auf Traditionen in der SPD im Moment wenig gefragt sei. In der SPD sei oft die Rede davon, daß man den Weg in die Moderne beschreite, wobei die Referentin dessen genaue Beschreibung schuldig blieb. Nur hin und wieder sei die Rede von Traditionen, aber die würden eher nur als Ballast empfunden, von dem man sich trennen sollte. Als Historikerin müsse sie dagegensprechen. Es sei ohne Zweifel erforderlich, Ballast abzuwerfen, das habe die SPD in ihrer langen Geschichte auch immer wieder getan. Für eine Partei, die auf 150 traditionsreiche Jahre zurückblicken kann, sei es durchaus angebracht, zurückzuschauen und zu fragen, "Ist das wirklich alles nur Ballast?" Auch eine Partei brauche so etwas wie ein kollektives Gedächtnis, die Erinnerung daran, wo sie hergekommen ist, was sie geprägt und verwandelt hat. Natürlich gäbe es dabei Traditionsbestände, die nicht mehr für alles gebraucht werden. So würde in mancher Beziehung das Verhalten der SPD unter dem Sozialistengesetz nicht mehr als Tradition benötigt, um heute in der Demokratie bestehen zu können; aber das Wissen darum könne auch heute noch helfen, Identitätsdebatten zu bestehen.

Zum Kernbestand der Traditionen in der SPD zählte Prof. Bouvier die Grundwerte, für die es heute kaum noch formulierte Inhalte gäbe. Solche Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität würden relativ wenig ausgefüllt. Es habe in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie durchaus Zeitstränge gegeben, wo diese Grundwerte mit Inhalten versehen waren. Es würde sich lohnen, darauf zurückzuschauen und auch heute mit Leben zu erfüllen. Genau so verlange die heutige Zeit mit ihren neuen Herausforderungen, sich mit dem Begriff Demokratie auseinanderzusetzen. Hierbei könne die Tradition einer demokratischen Partei durchaus zeigen, daß es unter schwierigen Bedingungen in der Konsequenz immer wieder gelungen ist, sie neu zu definieren. Als Fazit formulierte Beatrix Bouvier: "Wenn man über Grundwerte streitet und versucht, sie immer wieder in der Gegenwart mit neuen Inhalten zu füllen, hat man eine Chance, die eigene Identität zu definieren. Ohne Identität läßt sich keine Zukunft gestalten."

Für viele Zuhörer überraschend waren ihre Ausführungen zum Begriff „demokratischer Sozialismus“. Sie erkannte dieses Modell durchaus als Traditionsbestand an, wobei sie sich auf ein Zitat von Willy Brandt: „Demokratischer Sozialismus ist Freiheit, Humanismus, Rechtsstaat und soziale Gerechtigkeit“ berief, gab aber gleichzeitig zu verstehen, sich von diesem Begriff trennen zu wollen. Er sei bekanntlich als Gegenmodell zur kommunistischen Version des Sozialismus im 20. Jahrhundert entwickelt worden mit dem Inhalt, wie ihn Willy Brandt definiert habe. Da in diesem Sinne Sozialismus konsequente Demokratie bedeute, sei der Begriff „demokratischer Sozialismus“ überflüssig. Darauf angesprochen, daß die PDS aber diesen Begriff noch heute beansprucht, führte sie aus, wenn die PDS diesen Begriff

für sich in Anspruch nehme, dann müsste es ihre Sache sein zu definieren, was sie unter demokratischem Sozialismus versteht.

Wie zu erwarten, blieb diese Aussage nicht unwidersprochen.

Dr. Klein setzte sich zunächst mit der Aussage von Prof. Bouvier zum demokratischen Sozialismus auseinander. Für ihn seien Inhalt und Begriff stets Sachverhalte, die zusammengehören. Der Inhalt müsse auf den Begriff gebracht werden. Nach seiner Meinung habe man in der Sozialdemokratie seit den 20er Jahren auch den Begriff der sozialen Demokratie geprägt. Dieser Begriff werde als Synonym des demokratischen Sozialismus oder für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen benutzt und sei stark an das soeben besprochene Wertesystem gebunden, aber gleichzeitig würde der Begriff der sozialen Demokratie, wie im Berliner Programm der SPD nachzulesen sei, inhaltlich als eine klassenlose Gesellschaft verstanden. Es käme jetzt darauf an, im Unterschied zur politischen Demokratie, die derzeit als rechtsstaatliche Demokratie bestünde, den nächsten Schritt zur Vollendung der Demokratie zu gehen. Nachdenken über den demokratischen Sozialismus bedeute, immer die gesellschaftliche Perspektive, die Zukunft der Menschheit überhaupt im Auge zu haben. In dem Maße, wie die PDS es ernst meine mit einer demokratisch-sozialistischen Gestaltung, mit einem Wertesystem der Entwicklung und Vervollkommnung der Demokratie, der Mitbestimmung der Bürger und der Mitgestaltung der Gesellschaft werde sie den Weg der Demokratie gehen und irgendwo gäbe es ein Zusammentreffen. Das sei jedoch ein Entwicklungsprozess, der Zeit erfordere.

Dr. Klein skizzierte sodann das soziale Milieu des Strausberger SPD-Ortsvereins von dessen Gründung bis in die Gegenwart. Schärfer als Prof. Bouvier betonte er den Unterschied zwischen Traditionspflege und Traditionalismus. Die Beschäftigung mit der Parteigeschichte könne auch für Sozialdemokraten nicht *nur* eine Nische der politischen Legitimation sein, sondern sollte Erfahrungen und Impulse für die Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung erschließen. Im Unterschied zu anderen Parteien habe die SPD von vornherein nicht auf die Konservierung ihres Milieus, sondern auf die Milieu- und Eigenveränderung gesetzt. Aus dieser Sicht sei es nicht gerechtfertigt, von einem Verlust des Milieus zu sprechen. Das soziale Milieu, als das lebensweltliche Geflecht der Strausberger Sozialdemokratie, sei historisch in vier Entwicklungsabschnitte einzuordnen.

Die Partei sei mit ihrer Gründung 1887 sozial in der Arbeiterschaft und deren Organisationen involviert gewesen. Kultur, Sport, Gewerkschaften und Arbeiterbildung hätten bereits unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes (1878-1890) eine illegale Vernetzung erfahren. Mit der von Handwerksmeistern bzw. Vertretern der Mittelschicht erfolgten Gründung des Ortsvereins habe die Politisierung der Arbeitervereine eine überzeugende Zielrichtung bekommen. Neben dem Kampf um die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft habe vor allem der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht im Vordergrund gestanden. Aus den sozialen Verhältnissen der Arbeiterschaft ergab sich auch zwangsläufig ein hoher

Stellenwert der Arbeiterbildungsarbeit. Diese sei nicht allein auf politische, sondern grundsätzlich auf Allgemeinbildung orientiert gewesen.

Nach der Novemberrevolution 1918 bzw. in den Jahren der Weimarer Republik habe sich das soziale Milieu der Sozialdemokratie erheblich zu deren Gunsten verändert. Dazu gehörten vor allem das allgemeine, freie und direkte Wahlrecht für Frauen und Männer sowie die Vereinsfreiheit und die erkämpften demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. In der politischen Bildungsarbeit des Ortsvereins hätten zu der Zeit Fragen nach den Weltkriegsursachen und Kriegsfolgen, der Demokratie und der Spaltung der Arbeiterbewegung und deren Überwindung besondere Aufmerksamkeit gefunden. Die Vernetzung der sozialdemokratisch beeinflussten Vereine, wie die Arbeiterwohlfahrt, das Gewerkschafts- und Arbeiter-Sport-Kartell sowie die Sozialistische Kulturgemeinschaft, hätten eine relativ umfangreiche politische Bildung und Organisiertheit der Arbeiterschaft ermöglicht, wobei die familiären und solidarischen Beziehungen an Festigkeit gewonnen haben. Dies habe sich auch in der Zeit der NS-Herrschaft im menschlichen Miteinander bewährt.

Nach 1945 habe das soziale Milieu der hiesigen Sozialdemokratie aufleben und sich verjüngen können. Die Zwangsvereinigung habe zwar der SPD ihre organisatorische Eigenständigkeit nehmen können, indessen sei das sozialdemokratische Demokratie- und Werteverständnis sowie Menschenbild noch bis in die 50er Jahre spürbar geblieben und auch bis zum Zusammenbruch der SED immer wieder aufgelebt. Ein Beweis dafür sei der permanente Kampf der SED gegen Revisionismus und Sozialdemokratismus gewesen. Die Präsenz des sozialdemokratischen Gedankengutes in der SED sei eine Konsequenz der Zwangsvereinigung, mit der der antagonistische Gegensatz von stalinistischem Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung fortwirkte. Als hilfreich bezeichnete er den in den 80er Jahren zwischen SPD und SED geführten politischen Dialog und das 1987 gemeinsam verfaßte Papier über die Kultur des Umgangs miteinander. Während der demokratischen Revolution 1989/90 sei dieser Zusammenhang allerdings zum Nachteil der SPD unbeachtet geblieben.

Dessen ungeachtet habe der Wiederaufbau des hiesigen Ortsvereins ganz objektiv sehr schwierige Prozesse durchlaufen müssen. Die wenigen Mitglieder hatten kaum einen geschichtlich vorbereiteten Zugang zur Partei finden können. Die sozialdemokratischen Wurzeln waren über Jahrzehnte tief gekappt. Eine wichtige Orientierungshilfe sei das Berliner Programm der SPD gewesen, aber von einem sozialdemokratischen Milieu habe man damals nicht mehr sprechen können. Die Mitglieder waren sich zunächst einmal fremd, mentale Probleme haben das solidarische Zusammenwachsen des Ortsvereins und dessen öffentliche Wirkung sowie den Lernprozeß beträchtlich erschwert. Aus der Geschichte heraus sollten das sozialdemokratische Werte- und Demokratieverständnis sowie die von Vertrauen und Ehrlichkeit geprägte lebendige politische Arbeit mit den Wählern Bestand haben. Der Ortsverein sollte sich stärker als politische Partei profilieren und vor allem ein solidarisches bzw. positives Erscheinungsbild in die Öffentlichkeit tragen.

Damit war der Landespolitiker der SPD, *Gunter Fritsch*, angesprochen. Er fand zunächst lobende Worte dafür, daß sich in einer Stadt wie Strausberg, eine solche

Gesprächsrunde zusammengefunden habe, wo man sachlich diskutieren und manchmal auch böse Wahrheiten aussprechen könne. Das sei eine politische Kultur, die man für die Zukunft sehr pflegen sollte. Auf die Frage eingehend, was uns Traditionen und Vergangenheit der „alten Dame SPD“ heute noch zu sagen haben, wandte er sich gegen Auffassungen, eine so alte Partei müsse zwangsläufig unter Verschleißerscheinungen leiden. Er gab aber gleichzeitig zu verstehen, daß das heutige Selbstverständnis der Sozialdemokratie ihm Probleme bereite, weil das Milieu nicht mehr stimme. Auch er vermied ausführliche Darlegungen zur SPD als „Partei der Neuen Mitte“ und zeigte sich pragmatisch: „Wenn ich die Bedürfnisse aller Bürger nehme, oben die der Millionäre und unten die der Aussteiger und bedürfnislosen Eremiten abschneide und mich auf die Mitte orientiere und dabei noch der Aufforderung folge, die Willy Brandt einst den Brandenburgischen Sozialdemokraten ans Herz legte, die soziale Demokratie in dem Namen der Partei ernst zu nehmen, habe ich doch inhaltliche Vorgaben für sozialdemokratische Politik.“

Fritsch begrüßte ausdrücklich die große Meinungsvielfalt in der SPD, die bewußt auf eine Parteischule verzichte. Die SPD sei keine Einheitspartei, sie pflege den Meinungs austausch und das Streitgespräch. Allerdings sollte in der Kommunalpolitik eine wichtige Lehre aus der SPD-Geschichte besonders berücksichtigt werden: Die Partei ist dann stark, wenn sie gemeinsam ein Ziel vor Augen hat, gemeinsam argumentiert. Die letzten Ergebnisse der Kommunalwahlen hätten gezeigt, daß dort, wo innerparteiliche Flügelkämpfe ausgetragen werden, Stimmen verloren gehen. Geschlossenheit sei sicher eine der Lehren aus der Vergangenheit, die auch in Zukunft benötigt werde. Genau so verhalte es sich mit den Grundwerten Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie. Das seien durchaus Maßstäbe für die praktische Politik von Mandatsträgern der SPD.

Am Ende der Veranstaltung konnte ohne Zweifel als positiv die sachliche und konstruktive Diskussion hervorgehoben werden. Dennoch blieb ein gewisser Widerspruch zwischen den von den Referenten dargelegten Traditionslinien und Grundwerten der SPD und ihre praktische Umsetzung in der Politik unverkennbar. Durchweg wurde zwar anerkannt, daß das Wissen um die Vergangenheit mit ihren positiven, aber auch negativen Strängen, die Klarheit über Fakten der Geschichte durchaus helfen können, sich zu einer Identität zu bekennen und Unterschiede zwischen den Parteien sichtbar zu machen. In der Politik sind sie jedoch kaum erkennbar. So mußte auch Prof. Bouvier letztendlich Tendenzen konstatieren, die das Erbe und die Identität im politischen Kampf unausgesprochen lassen. Nach ihrer Meinung lasse das vordergründige Aufgreifen von Wählerbedürfnissen Traditionslinien besonders für junge Wähler im Moment als völlig irrelevant erscheinen. Und dennoch, so ihr Ausblick, werde auch für die jüngere Generation der Zeitpunkt kommen, wo der Einzelne zurückschaut und fragt: „Wo stehe ich eigentlich, was habe ich zu verantworten und was holt mich irgendwann ein? Will ich dieses Erbe antreten oder nicht?“

30 Jahre Grundlagenvertrag. Zu den deutsch-deutschen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren

Harald Lange

Das 6. Potsdamer Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zur Außen- und Deutschlandpolitik am 14. und 15. November 2002 in der Spielstätte Reithalle des Hans-Otto-Theaters war gut besucht. Sicher hatte in erster Linie Egon Bahr viele Zuhörer angezogen; doch auch am zweiten Tag des Kolloquiums – ohne Bahr – blieb das Publikumsinteresse ungeschwächt. Die Besucher wurden nicht enttäuscht; von Bahr ohnehin nicht, aber auch die am zweiten Tag auftretenden ehemaligen Politiker, Wissenschaftler und Journalisten wußten differenzierte Gedanken und fundierte Anregungen zu vermitteln. Das Thema, so wurde verschiedentlich argumentiert, sei zwar vorrangig für Historiker interessant, es könne jedoch auch deshalb von Bedeutung sein, weil seinerzeit gefundene Methoden der Konfliktbewältigung beispielhaft bei gegenwärtigen und zukünftigen Problemlösungen anwendbar seien.

Nach einer Einführung von Detlev Nakath und einem Filmzuschnitt von einer Pressekonferenz in Kassel (1969) und vom „Treffpunkt Berlin“ des DDR-Fernsehens vom 12.8.1970 beantwortete *Egon Bahr* zwei Stunden lang zahlreiche Fragen, die ihm zu den Verträgen der BRD mit der UdSSR und der DDR gestellt wurden. Er tat das mit gewohnter Souveränität. Man spürte seinen Stolz auf den Erfolg der in jenen Jahren maßgeblich von ihm konzipierten und dann in Regierungsfunktionen exekutierten Ostpolitik. Neben den speziellen Fragen, die sich auf Einzelheiten der Verhandlungen bezogen, kamen auch prinzipielle Dinge ins Gespräch. Auf das Verhältnis von Macht und Moral angesprochen, erwiderte Bahr, daß es Situationen gebe, in denen man eigene Überzeugungen zurückstellen müsse, wenn es um das Interesse des eigenen Landes gehe. Sich auf Moltke berufend, meinte er: Alles, was man sagt, muß wahr sein, aber man muß nicht alles sagen, was wahr ist. Mit Christa Wolf habe er sich verabredet, ein Gespräch darüber zu führen, wie eine Balance zwischen Macht und Moral gefunden werden könne. Auf das Ergebnis dieses Gesprächs darf man gespannt sein. Was den Prozeß der Vereinigung der DDR mit der BRD angeht, so bekräftigte Bahr seine wiederholt geäußerte Meinung, daß dieser Vorgang „außenpolitisch fehlerlos“, innenpolitisch jedoch „vergeigt“ worden sei. Er räumte ein, damals – 1989/90 – selbst einen „Kernfehler“ gemacht zu haben, indem er die tiefgreifenden Mentalitätsunterschiede zwischen Ost und West unterschätzte. Die Unterschiede der Deutschen in Ost und West müßten nicht nur respektiert werden, man müsse auch bewußt damit leben. Nicht nur Toleranz, auch Akzeptanz sei notwendig. Optimistisch meinte er, daß die jungen Menschen allmählich die innere Einheit vollziehen würden.

Auf aktuelle europäische Probleme gelenkt, bedauerte Bahr das Auseinanderfallen der UdSSR. Er könne hierin keinen Fortschritt sehen. Jelzin habe nach dem Putsch in Moskau die Chance wahrgenommen, die durch Gorbatschow erlittenen Demütigungen zurückzuzahlen und habe den schon fertigen und allseits akzeptierten neuen Föderationsvertrag torpediert. Die gesamte Region sei dadurch in eine gefährliche Lage geraten. Die USA würden dies natürlich anders sehen. Ihnen erscheine die Situation günstig, nunmehr auch die osteuropäisch/asiatische Region dominieren zu können. Über die Stärke und Macht der USA – so Bahr weiter – solle man nicht jammern, sondern die Schwäche Europas bedauern. Europa müsse seine eigenen Stärken entwickeln, um aus der Rolle eines sicherheitspolitischen Protektorats der USA herauszuwachsen. Wer allerdings einen „Bruch“ mit den USA fordere, vernachlässige die machtpolitischen Gegebenheiten. Es gelte, „genügend Unterstützung für gute Ideen bei Freunden zu finden, um nicht auf Dauer Protektorat bleiben zu müssen“. Diese salomonische Formulierung ergänzte Bahr ganz konkret mit der klar geäußerten Meinung, daß die Deutschen nein sagen müßten, wenn die USA demnächst neue Abwehrraketen in Deutschland stationieren wollten. Allerdings sei anzunehmen, daß dafür Polen „eine begeisterte Zusage“ erteilen werde. Und wenn die USA auf die Widerständigkeit der Deutschen dann mit dem Abzug ihrer Truppen aus der BRD drohten, würden wiederum die Franzosen damit nicht einverstanden sein. Dies alles sei ein sehr komplexes Problem. Dennoch sollte sich Europa bemühen, seine künftige eigene Armee „nicht als Schwert der USA, sondern als Schild Europas“ zu schaffen. In 20 Jahren – meinte Bahr – werde es drei wichtige Währungen geben: die chinesische, den Dollar und den Euro. China werde sich eine atomare Zweitschlagskapazität zulegen, während die USA – die diese Entwicklung auch so kommen sähen – sich schon jetzt militärisch in Asien festsetzen würden. Noch einmal auf die deutschen Probleme angesprochen, sagte Bahr, daß man bei allen berechtigten Vorwürfen hinsichtlich eines Überrollens der DDR durch die damalige BRD stets daran erinnern solle, daß der überhastete Einigungsprozeß nicht vom Bundestag, sondern von der Volkskammer gewollt war. Einen „Königsweg“ zur Einheit hätte es nicht gegeben; das „System“ habe das nicht zugelassen. Nun verschlinge der „gnadenlose Prozeß des Kapitalismus“ – so fügte Bahr philosophisch/resigniert hinzu – „einen Teil der Seele“.

In der ersten Diskussionsrunde am zweiten Tag des Kolloquiums äußerten sich *Werner Baumgärtel*, ehemals stellv. Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, *Klaus Schütz*, ehemaliger Regierender Bürgermeister in Westberlin, *Karl Seidel*, langjähriger Leiter der Abteilung BRD im DDR-Außenministerium, und *Ernst Günter Stern*, der seinerzeit Leiter einer Abteilung im Bundeskanzleramt war, zum Grundlagenvertrag und zur Deutschlandpolitik beider deutscher Staaten. Aus der Vielfalt der Fragen und Antworten seien hier nur einige wenige herausgegriffen. Seidel wandte sich wiederholt gegen die Legende, die SED-Führung sei es gewesen, von der hauptsächlich eine Blockade gegenüber der Vertragspolitik der BRD ausgegangen wäre. Es sei vielmehr die Moskauer Führung gewesen, die nicht zulassen wollte, daß die DDR eine Vorreiterrolle in der damals beginnenden Entspannungspolitik spielte. Während die SED-Führung in den Verhandlungen

schon bereit gewesen sei, die Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung seitens der BRD fallen zu lassen, habe Moskau die DDR noch zu einem Zeitpunkt auf die Aufrechterhaltung dieser Forderung gedrängt, als Bahr schon in Moskau bedeutet worden war, daß die Verhandlungen an dieser Frage nicht scheitern würden. Walter Ulbricht habe gleich nach dem Zustandekommen der SPD/FDP-Koalition in Bonn Verhandlungen aufnehmen wollen; es habe sogar schon einen Entwurf über einen Vertrag zwischen „zwei Staaten deutscher Nation“ gegeben, der zu einem Austausch von „Missionen“ führen sollte. Dies alles scheiterte an der Bremsenrolle der UdSSR. Erst die in Oreanda zwischen Breshnew und Brandt begründete „Männerfreundschaft“ habe den Weg für konkrete Vereinbarungen freigemacht, die dann – wie Seidel formulierte – mit dem Grundlagenvertrag zu einer „gelungenen Quadratur des Kreises“ führten.

Während Schütz die große Rolle Brandts hervorhob, die dieser durch seine „Orientierung auf die Hilfe für Menschen, und nicht vorrangig auf die Vereinigung“ gespielt habe, wies Seidel auf die Verdienste der FDP und Walter Scheels bei der Durchsetzung der neuen Ostpolitik hin. Baumgärtel sprach über die praktische Arbeit, die in der Ständigen Vertretung in Bonn zu leisten war, und über die Kunst der diplomatischen Manöver, die erforderlich war, um dem Mißtrauen z. B. Frankreichs gegenüber einem „deutschen Sonderweg“ zu begegnen.

Mit den Auswirkungen der Deutschlandpolitik auf die innenpolitische Situation in der DDR und in der BRD befaßte sich eine zweite Gesprächsrunde, in der *Peter Bender*, der als Journalist und Buchautor die Ostpolitik der BRD über Jahrzehnte begleitet hat, *Dietmar Keller*, einer der stellvertretenden Kulturminister der DDR kurz vor deren Ende, *Rolf Reißig*, ehemals Institutsdirektor in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, und *Peter Jochen Winters* von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu Wort kamen. Während sich Reißig besonders mit den Wirkungen des Dialogpapiers von SED und SPD aus dem Jahr 1987 befasste und nachdrücklich darauf aufmerksam machte, wie wichtig es seinerzeit gewesen sei, daß hiermit erstmals die gesellschaftliche, statt der staatlichen Debatte in den Mittelpunkt rückte, verwies Winters auf jene Seiten der Deutschlandpolitik, die für die BRD wenig ergiebig gewesen seien. Das betreffe die Erhöhung des Zwangsumtausches, Einschränkungen für die Tätigkeit der Journalisten, Hinauszögerung des Kulturabkommens etc. Trotzdem, betonte er, sei die Grundlinie der Ost- und Deutschlandpolitik richtig gewesen. Auf seinerzeitige eigene Fehleinschätzungen eingehend, sagte Keller, daß er an die Möglichkeit für eine liberalere Politik in der DDR geglaubt und angenommen habe, mit dem Grundlagenvertrag sei die DDR zu einer „stabilen internationalen Größe“ geworden. Reißig meinte, er und andere mit ihm hätten die Reformfähigkeit der DDR überschätzt und die Abwendung der Bürger von der DDR unterschätzt. Keller wies mit Bitterkeit darauf hin, daß auch die BRD – noch nach dem Kulturabkommen von 1986 – stets ein nahezu ausschließliches Interesse an den „arrivierten Künstlern der DDR“ gezeigt habe. Die nicht Anerkannten seien vor der Tür geblieben. Nach 1989 seien die bis dahin heiß Umworbenen dann als sogenannte Staatskünstler „vom Fenster weg“ gewesen. Bender kam leider zu wenig zu Wort. Er beschränkte sich im wesentlichen

auf Hinweise zur Bedeutung der Bündnistreue auf beiden Seiten sowie darauf, daß die DDR sich die Entspannung nur bei gleichzeitiger Abschottung hatte leisten können.

Das interessante und von lebhafter Diskussion gekennzeichnete Kolloquium wurde mit einem Vortrag von Botschafter a. D. (der DDR) *Hans Voß* über die deutsch-deutschen Beziehungen und die europäische Sicherheit abgeschlossen.

Rezensionen

Wieland Zademach (Hrsg.): Reich Gottes für diese Welt – Theologie gegen den Strich. Erbe der Väter: Auftrag für heute – Hoffnung für morgen. Leonhard Ragaz, Hans Joachim Iwand, Martin Buber, Josef Lukl Hromádka, Helmut Gollwitzer, Pierre Teilhard de Chardin, Verlag Hartmut Spinner, Waltrop 2001. 355 S.

Wer in den 50er, 60er oder 70er Jahren evangelische Theologie studierte, begegnete fast zwangsläufig dem Gedankengut jener theologischen "Väter", die in diesem Buch vorgestellt werden. Sie halfen in einer Zeit, als Europa in zwei Lager gespalten war, die sich unerbittlich bekämpften, eine politische Position zu beziehen, die kritisch-produktiv war, sich nicht vereinnahmen ließ und auch nach 1989 noch Gültigkeit besaß. Sie befähigten junge Menschen, die aus christlichen Familien kamen, zum selbstverständlichen, angstlosen Umgang mit dem Atheismus in der DDR bzw. der fortschreitenden Säkularisierung heute. Sie lehrten Theologiestudenten, die mit dem traditionellen Christentum nichts mehr anfangen konnten, in neuen Kategorien zu denken. Sie erschlossen die Kraft und den Reichtum der jüdischen bzw. christlichen Religion, indem sie deren Diesseitigkeit wiederentdeckten, ihre politische und sozialkritische Dimension, die Verbindlichkeit des jüdischen bzw. christlichen Glaubens im öffentlichen Leben einer Gesellschaft und im Umgang zwischen den Völkern.

Sie alle waren leidenschaftliche Kritiker ihrer Kirchen, häufig umstritten, wenn nicht gar innerhalb der eigenen Reihen angefein-

det (Teilhard de Chardin durfte sein Hauptwerk zu Lebzeiten nicht publizieren, der Vatikan gestattete es nicht). Sie setzten sich mit den philosophischen Denkmustern seit der Aufklärung auseinander, entdeckten die geistige und politische Krise, in der sich die westliche Zivilisation bereits vor dem Ersten Weltkrieg befand; eine Krise, die in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts führte und heute zu neuer Aktualität aufläuft. Und sie fragten angesichts eines entleerten Liberalismus um 1900, der Hochstimmung des deutschen Nationalismus nach 1933 oder der Restaurationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 nach dem Kriterium für das Menschliche, nach dem Ausgangspunkt für humanes Denken.

Ihre Antworten entwickelten sie aus ihren jeweiligen religiösen Traditionen, da rein säkulares Denken ihnen keine verlässlichen Maßstäbe bot. So wurzelt Buber im Chassidismus des Ostjudentums, Hromádka in der hussitischen Tradition in Verbindung mit slawischer Mentalität und Geisteswelt, Iwand entdeckt den jungen Luther neu, Teilhard de Chardin die Gedankenwelt des Thomas von Aquin. Der jüdischen bzw. christlichen Bibel existentiell verpflichtet, wird Buber zum Entdecker der dialogischen Existenz des Menschen, zum Erneuerer der jüdischen Religiosität im 20. Jahrhundert und zum Initiator des christlich-jüdischen Gesprächs, Hromádka zur prophetischen Gestalt in der Ökumene nach 1945, zum Begründer der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), zum Brückenbauer zwischen Ost und West, der Jesuit und große Paläontologe Teilhard de Chardin zum naturphilosophischen Neuerer, der in der Notwendigkeit, heute verantwortlich mit den Ressourcen der Erde umzugehen, eine Welt-Innenpolitik zum Vorteil aller Völker zu

betreiben, den - vorläufig - letzten Akt der Evolution bzw. der Schöpfung Gottes sieht, die Entstehung nicht nur physiologischen und geistigen Lebens aus der Materie, sondern auch deren Hervorbringen von Verantwortung, Ethik, dem Liebesgebot der Bergpredigt verpflichtet.

Das Gemeinsame dieser zwischen 1869 und 1908 geborenen sechs Theologen scheint deren Neuentdeckung der dialektischen Einheit von Transzendenz und Immanenz im Verständnis unserer Welt zu sein, der Gültigkeit des göttlichen Gebots (zum Beispiel der Bergpredigt) in Politik und säkularer Geschichte, der Biographie Jesu als Paradigma für gelungene bzw. verlorene Humanität, der Verbindlichkeit des Reiches Gottes, des "Schalom", für das Leben auf der Erde. Fast alle haben von Marx bzw. der sozialistischen Arbeiterbewegung gelernt, sich mit ihr auseinandergesetzt und die verhängnisvolle - bürgerliche - Spaltung der Welt in einen diesseitigen und einen jenseitigen, einen öffentlichen und einen privaten, einen säkularen und einen religiösen Bereich mit jeweils eigenen Gesetzen überwunden. Indem sie sich gezwungen sahen, in krisenhaften Zeiten nach ihrer "theologischen Existenz heute" zu fragen, wandelten sie eine privatisierte, gesellschaftliches Geschehen lediglich verbrämende Religion, die mehr oder weniger zum "Opium" des Volkes degeneriert war, wieder in "Dynamit". Damit stießen sie natürlich auf Widerstand in Gesellschaft, Politik und Kirche. Iwand war während des "Dritten Reiches" zeitweise inhaftiert, und Gollwitzer erhielt damals Redeverbot. Gollwitzers Solidarität mit den Studenten der 68er Bewegung, seine seelsorgerliche Begleitung von Ulrike Meinhof wurden in der Bundesrepublik heftig angegriffen; Hromadka, der

den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR 1968 scharf verurteilte und sich deshalb zeitweise verstecken mußte, starb an der Enttäuschung über die Politik der Sowjetunion, auch über die opportunistische Haltung der CFK, und sah das sozialistische Experiment damit für lange Zeit als gescheitert an.

Unter den politisch relevanten Theologen, die hier vorgestellt werden, vermißt man vor allem Dorothee Sölle, die eine ganz eigene Farbe in das Spektrum eingebracht hätte (von den vielleicht allzu bekannten "Klassikern" Bonhoeffer und Karl Barth einmal abgesehen). Die Auswahl erscheint mir also nicht ganz stringent, was man dem Buch aber gern nachsieht, da gerade Buber und Teilhard de Chardin außerordentlich interessante Denker sind und den Horizont philosophisch und ökumenisch weiten.

Die Autoren der jeweiligen Beiträge zeichnen sich durch langjährige Beschäftigung mit ihren Favoriten aus. Überzeugend ist die Verknüpfung von Biographie und Werk bzw. die Darstellung der einzelnen Denk- und Erkenntnisschritte. Weiterführend ist dabei auch die philosophische Einordnung der theologischen Antworten, die diese Denker gegeben haben (so besonders bei Iwand und Teilhard), während mir bei Gollwitzer die Darstellung seiner Theologie und der theologischen Auseinandersetzungen etwas zu kurz kam.

Insgesamt ist das Buch jedem zu empfehlen, der sich - auch als Außenstehender - mit der neueren Theologie befassen möchte bzw. sich dafür interessiert, was Kirche eigentlich sein sollte und zu Zeiten punktuell auch ist. Die Sprache und die Denkschemata gleiten nur selten in innerkirchliche Vorstellungen ab, die von Außenstehenden schwer nachzuvollziehen sind. Der

Leser sollte sie dann in das eigene Sprach- und Denkmuster übersetzen.

Dorothea Körner

Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): **Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert**, Primus Verlag, Darmstadt 2001, 589 S.

In einer Zeit, in der Krieg als legitimes Mittel des Kampfes gegen den Terror eingesetzt wird, in der Schläge mit High-Tech-Waffen gegen zivile Objekte als Kollateralschäden bagatellisiert und gerechtfertigt werden, Präventivkriegsdrohungen an der Tagesordnung sind und der Internationale Gerichtshof durch die einzig verbliebene Supermacht blockiert wird, ist es dringend geboten, das Umfeld von Kriegsverbrechen im gerade zu Ende gegangenen Jahrhundert auszuleuchten. Das Manfred Messerschmidt, dem Senior der kritischen Militärgeschichtsschreibung der Bundesrepublik, zu seinem 75. Geburtstag gewidmete Buch ist ein Gemeinschaftswerk von 43 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus vielen Ländern. Die meisten von ihnen sind Historiker, speziell Militärgeschichtler, es sind aber auch Juristen sowie Sozial-, Literatur- und Politikwissenschaftler darunter.

Der Begriff Kriegsverbrechen wird im Buch auch als völkerrechtliches Phänomen, jedoch vor allem in seiner umgangssprachlichen Bedeutung und somit in einem breiten historisch-politischen Sinne verwendet, denn: "Historiker dürfen sich bei ihren Forschungen und Darstellungen nicht durch juristische Definitionen einschränken lassen" (S.112). Dieser Maxime der Herausgeber ist unbedingt zuzustimmen, weil der Historiker einen ganzen Komplex von Fragen macht-, staats- und gesellschaftspolitischer Art sowie internationaler Beziehun-

gen und Spannungen, die Kriegsverbrechen hervorbringen oder in deren Rahmen sie geschehen, zu untersuchen hat.

In einem einführenden Beitrag, der Probleme der Ahndung völkerrechtswidriger Staatsverbrechen im 20. Jahrhundert zum Inhalt hat, bildet das schon von Emanuel Kant in seiner Schrift "Zum ewigen Frieden" konstatierte Mißverhältnis zwischen dem Ausmaß der Staatsverbrechen und ihrer gerichtlichen Ahndung den Ausgangspunkt der Überlegungen. Der Autor Joachim Perels, Jurist und Politikwissenschaftler, macht Grundlinien des Verhaltens von Staaten sichtbar, die sich in Vergangenheit und Gegenwart als Schranken bei der Ahndung genannter Verbrechen erwiesen. Eine solche Grundlinie sei neben anderen die Elitenkontinuität, die beispielsweise die Bestrafung völkerrechtswidriger Verbrechen des NS-Regimes in der früheren Bundesrepublik Deutschland blockierte oder zumindest beträchtlich verzögerte. Verwiesen wird besonders auf außenpolitische Machtinteressen, die in der Werteskala der Großmächte eindeutig vor völkerrechtlichen Normen rangieren, nicht selten auch tangiert vom innenpolitischen Kräfte-messen verschiedener Pressuregroups, wie in unserer Zeit etwa in den USA. Eben wegen solcher Konstellationen sei die Funktionsfähigkeit eines Internationalen Strafgerichtshofes, der "ein zivilisatorischer Fortschritt" wäre, "der noch über die vergleichbare normative Bändigung der öffentlichen Gewalt durch den modernen Rechtsstaat hinausginge" (S.18), keineswegs gesichert. Unter setzt werden die grundsätzlichen Überlegungen durch verschiedene Beiträge im ersten Teil des Werkes, die die Entwicklung des Kriegsvölkerrechts seit Beginn des 20. Jahrhun-

derts bis zum Zweiten Weltkrieg zum Inhalt haben.

Im zweiten, dem eigentlichen Hauptteil des Buches werden in 16 Beiträgen deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg geschildert. Neben bekannten Vorgängen wie verbrecherische Befehle, Kriegsverbrechen und Judenvernichtung in Serbien, Rekrutierung von Zwangsarbeitern in den besetzten sowjetischen Gebieten, die dem neuesten Forschungsstand gemäß geschildert werden, gehen einige Beiträge auf bisher weniger beachtete Aspekte bestimmter Ereignisse ein. So gilt ein spezieller Beitrag der Verantwortung der Wehrmacht für Verbrechen während des Krieges in Polen. Ein anderer untersucht das Verwischen der Spuren des zehntausendfachen Judenmordes in Babij Jar (Ukraine) 1941, wobei das Vertuschen von Mitwisserschaft, Mitverantwortung und partieller Mittäterschaft der Wehrmacht besonders thematisiert wird. Bislang weniger bekannt war, wie NKWD-Verbrechen in Lviv (Lemberg) 1941 für den Judenmord des deutschen Vernichtungskrieges im Osten instrumentalisiert worden sind. Andere, teils ausländische Autoren behandeln deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland, in Norwegen und Dänemark, in den besetzten Niederlanden, in Frankreich sowie gegenüber Italienern. Eine vergleichende Untersuchung wendet sich dem Schicksal deutscher und sowjetischer Kriegsgefangener zu. Die Summe der hier aufgeführten Beiträge macht deutlich, daß "die Vorstellung von einer verbrecherischen Kriegführung im Osten und einem mehr oder weniger völkerrechtskonformen Kampf im Westen und Norden kaum haltbar ist" (S.14). Auch die weit verbreitete Annahme, die im Landkrieg eingesetzten Heeresgruppen und Armeen und deren Verbände seien in

Kriegsverbrechen "verstrickt" gewesen, weil ihnen vom Gegner eine besondere Härte aufgezwungen worden sei, Luftwaffe und Kriegsmarine hingegen wären "sauber" geblieben, wird in Frage gestellt. Drei Beiträge behandeln die Rolle der Luftwaffe und der Kriegsmarine in Verbindung mit Kriegsverbrechen.

Im Mittelpunkt des dritten Teiles stehen Kriegsverbrechen anderer Staaten, die hier nicht im einzelnen aufgezählt werden sollen. Nur auf einige sei verwiesen. In zwei Beiträgen werden japanische Kriegsverbrechen untersucht, so in China 1931 bis 1945, darunter in Nanking 1937/38. Ein Beitrag beschäftigt sich mit sowjetischen Kriegsverbrechen gegenüber Polen (Katyn 1940), andere haben Tötungs- und Vergewaltigungsverbrechen unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten beziehungsweise die der Roten Armee auf deutschem Boden 1944/45 zum Inhalt. Ein Beitrag beschäftigt sich mit den Terrorangriffen der US-Army Air Force und der britischen Royal Air Force am 13. Februar 1945 auf Dresden. Auch die flächendeckenden Bombardements amerikanischer Bomberverbände gegen japanische Städte kommen zur Sprache. Interessant der Hinweis des amerikanischen Autors James Corum, eines ausgewiesenen Luftkriegshistorikers, daß Kläger und Richter des Nürnberger Prozesses die verbrecherische Luftkriegsführung der Deutschen wohlweislich ausklammerten, da auf Grund der Tatsachen "weder die Briten noch die Amerikaner in der Position (waren), die deutschen Bombenangriffe als Kriegsverbrechen zu verurteilen" (S.295). Zwei weitere Beiträge beschäftigen sich mit Kriegsverbrechen der niederländischen Kolonialzeit in Indonesien 1945 bis 1949 und mit amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam.

In dem bemerkenswerten Artikel "Hiroshima 1945: Ein Exempel der Realpolitik" hebt Detlef Bald hervor, Hiroshima sei "die Metapher für den politischen Willen", "eine Massenvernichtung ungeheuren Ausmaßes mit militärischen Mitteln zu organisieren, aber auch die Metapher für die Gefahr, durch den Einsatz von Atomwaffen die Menschheit auszulöschen und das Leben auf der Erde insgesamt zu bedrohen" (S.433). Und diese Gefahr ist noch immer nicht gebannt, wie nicht zuletzt die zurückweisenden Reaktionen der USA und der NATO auf den Spruch des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 8. Juli 1996 zeigen, wonach die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich gegen die Regeln und Prinzipien des Völkerrechts verstoßen.

Im letzten Teil des Bandes geht es um die Verarbeitung von Kriegsverbrechen nach 1945, so unter anderem um die vielschichtigen Reaktionen der Deutschen auf den Nürnberger Prozeß oder um die Rolle der deutschen Justiz bei der Ahndung - besser: Nichtahndung - von Kriegsverbrechen.

Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette haben dem Band eine Würdigung Manfred Messerschmidts vorangestellt, mit dessen Namen "sich in Deutschland der endgültige Durchbruch einer kritischen Militärgeschichte (verbindet), die sich der historischen Wahrheit verpflichtet weiß" (S.179). Ralph Giordano würdigt in einer Art Laudatio die verdienstvollen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Leistungen Manfred Messerschmidts, die die Legenden über eine angeblich saubere Wehrmacht zerstörten, und seinen fundierten wissenschaftlichen Nachweis der Rolle der Wehrmachtjustiz als Stabilisator und Verlängerer der Nazi-Herrschaft.

Den Schluß des Bandes bilden eine Auswahlbibliographie zur Strafverfolgung von Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert und ein zehn Druckseiten umfassendes Verzeichnis der Schriften von Manfred Messerschmidt.

Paul Heider

Wolfram Wette: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2002, 376 S.
Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, hrsg. von Wolfram Wette, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 2002, 247 S.

Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmachtspropaganda 1944/45, hrsg. von Wolfram Wette, Ricarda Bremer und Detlef Vogel, Klartext-Verlag, Essen 2001, 449 S.

Detlef Bald, Johannes Klotz, Wolfram Wette: Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2001, 211 S.

"Daß aus dem in der deutschen Gesellschaft vorhandenen Rußlandbild das Feindbild ‚jüdischer Bolschewismus‘ wurde, ist nicht nur den Nationalsozialisten zuzuschreiben. Reichswehr, Teile des Bildungsbürgertums, schließlich auch kirchliche Stimmen trugen dazu bei. Der Anteil der Wehrmacht am Holocaust hat hier seine Wurzeln. Ihre Mitwirkung an der Realisierung der Kriegsziele Hitlers im Osten mußte nicht erzwungen werden. Die Generale sind nicht ‚verführt‘ worden. Wette zeigt den Zusammenhang von politikmächtigen Ideologien mit Handlungsabläufen und mit Entscheidungen militärischer Führer auf verschiedenen Ebenen der Hierarchie, die die Wehrmacht neben den speziellen Organen der Vernich-

tungsarbeit zum arbeitsteiligen Täter werden ließen" (S.11¹).

Mit diesen Sätzen umreißt im Vorwort Manfred Messerschmidt, der ehemalige Leiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, den heutigen Stand der kritischen Wehrmachtsforschung, wie ihn Wolfram Wette, sein einstiger Mitarbeiter, nun an der Universität Freiburg lehrend, in seinem neuen Werk „Die Wehrmacht – Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden“ ebenso detailliert wie differenziert darlegt. Bis ins 19. Jahrhundert zurückgehend, zeichnet Wette den aus religiösen, sozialen, ökonomischen und ideologischen Quellen gespeisten fortschreitenden Antisemitismus in der preußischen Armee und in der Reichswehr nach und die parallele Entwicklung von Desinformation und Illusionen über den „töneren Koloß“ Rußland, der dem „deutschen Drang nach Osten, der kriegerischen Landnahme im Osten, auf Kosten Rußlands,“ (S.23) im Wege stand.

Die längst vorherrschenden antisemitischen und antirussischen Ressentiments verschmolz Hitler zu einem mörderischen rassistischen Amalgam. Nach der Naziideologie „hatte man nicht nur in den Juden beziehungsweise den ‚jüdischen Bolschewisten‘, sondern auch in den Slawen ‚Untermenschen‘ zu sehen, [die es nicht] verdienten [...], gemäß den Regeln des Völkerrechts behandelt zu werden. Im künftigen [...] ‚Großdeutschen Germanischen Reich‘ [...] war den Slawen die Rolle von Arbeitsklaven zugeordnet, die den deutschen ‚Herrenmenschen‘ zu dienen hatten“ (S.26). Offenbar so, wie polnische und russische Kriegsgefangene und Zivilisten im zweiten Weltkrieg von den „Herrenmenschen“ geschunden wurden, soweit sie sie nicht verhungern ließen. Diesem „diffusen Feindbildkomplex“

schreibt Wette die Funktion zu, „die deutschen Soldaten, die Angehörigen der SS sowie das übrige in Rußland eingesetzte Besatzungspersonal mental in die Lage [zu] versetzen, das rassenideologische Programm des Nationalsozialismus, dessen Kernstücke die ‚Endlösung‘ und das deutsche Ostimperium waren, zu exekutieren“ (S.27).

Zu Kaisers Zeiten trug der Antisemitismus mildere Züge. Juden waren der preußischen Armee als Kanonenfutter hoch willkommen; als Reserveoffiziere wurden sie nur akzeptiert, wenn sie getauft waren. Im ersten Weltkrieg diente von insgesamt 500000 deutschen Juden jeder Fünfte in der Armee. „12000 deutsche jüdische Soldaten sind [...] gefallen. 35000 [...] wurden mit militärischen Orden ausgezeichnet, bis [...] zum Pour le Merite“ (S.44). Dennoch diffamierte man sie als „Feiglinge“, „Drückeberger“ und „Kriegsgewinnler“. Das preußische Kriegsministerium verfügte 1916 eine denunziatorische „Judenanzählung“ in der Armee, die wider Erwarten derart positiv ausfiel, daß man sie geheimhielt. Da das Ergebnis unbekannt blieb, schürte es Gerüchte und den Antisemitismus. (S.45f.)

„In bestimmten Offizierskreisen war bereits während der deutschen Novemberrevolution 1918 das Schlagwort ‚jüdischer Bolschewismus‘ verbreitet“ (S.51). Es mutet wie Satire an, daß ausgerechnet der „Bluthund“ und Kommunistenfresser Gustav Noske²,

1 Zitate aus dem Buch von Wolfram Wette, *Die Wehrmacht... sowie Quellenverweise darauf* werden nur mit der Seitenangabe angegeben, die anderen Bücher werden mit den Siglen *Retter*, *Stimmungsberichte*, *Mythos* und *Seitenangabe* zitiert.

2 Siehe Wolfram Wette: *Einer muß der Bluthund sein*, in: *Schlagwörter und Schlachtrufe*. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, hrsg. Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker, Band 1, Militzke Verlag, Leipzig 2002, S.167-172.

der Volksbeauftragte für die Reichswehr, "alle Truppenführer [verpflichtete], jeder Art von antisemitischer Propaganda und Pogromhetze bei der Truppe mit allem Nachdruck entgegenzutreten" (S.55). Eben jener Noske, der die in Freikorps organisierten antisemitischen Marineoffiziere zur Ermordung der "jüdischen Bolschewiken" aufbot. Neben vielen revolutionären Soldaten meuchelten sie auch Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Hugo Haase und Walther Rathenau (S.52-68).

"Die antisemitische Grundeinstellung blieb auch im Offizierkorps der Reichswehr [...] erhalten" (S.73). Schon 1924 führte der Frontsoldatenverband "Stahlhelm" einen "Arierparagraphen" ein: "Juden können nicht in den Stahlhelm aufgenommen werden" (S.69).

Mehr als ein Jahr vor dem antisemitischen Wehrgesetz von 1935 heftete Reichswehrminister von Blomberg aus eigenem Antrieb das Hakenkreuz auf die Uniformärmel (S.74). Sich an das im April 1933 erlassene Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums anlehnend, dessen Paragraph 3 alle Juden aus den öffentlichen Ämtern vertrieb, ordnete Blomberg "in einem [weiteren] Akt vorausseilenden Gehorsams [im] Februar 1934 die sinngemäße Anwendung dieses sogenannten Arierparagraphen auf die [...] Reichswehr an. Blomberg befahl den Disziplinarvorgesetzten, die ‚Nachprüfung der arischen Abstammung‘ ihrer Untergebenen durchzuführen" (S.75). Mit der "Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht" kraft des Wehrgesetzes vom Mai 1935, das ein Jahr später noch eine rassistische Verschärfung erfuhr, "wurden in den folgenden zehn Jahren etwa 18 Millionen Männer dem zivilen Arbeitsleben entzogen und zwangsweise zur Wehrmacht

einberufen" (S.83). Auf Grund des Göring zugesprochenen Diktums: "Wer arisch ist, bestimme ich!" (S.86) durften sich Tausende unersetzliche "Voll-, Halb- und Vierteljuden" bis hinauf zum Rang eines Generalfeldmarschalls (S.85f.) an den Verbrechen der Wehrmacht aktiv beteiligen. Mit welchen Empfindungen sie das taten, ist bislang unerforscht, vielleicht unerforschlich. Zur Wehrtüchtigung der deutschen Soldateska trug die antisemitische und eroberrungspolitische "Indoktrination [im] national-politischen Unterricht [und ab] 1939 [durch die] ‚Schulungshefte‘ des Oberkommandos der Wehrmacht" bei (S.90).

Offizierkorps und Generalität bedurften, wie Wette nachweist, keiner Indoktrination. Seit dem Überfall auf Polen hatten sie sich als zuverlässige Exekutoren von Hitlers rassistischen Vernichtungswünschen erwiesen. Deshalb hege ich Zweifel, wenn Wette den "Schulterschluss der Generäle mit Hitler" erst auf den 30. März 1941 datiert, auf "die Hitlersche Geheimrede in der Reichskanzlei [...] vor etwa 250 Generälen, die wenig später das [...] Ostheer im ‚Unternehmen Barbarossa‘ befehligen sollten. [...] Hitler [wiederholte] in aller Offenheit seine rassenideologischen Vorstellungen und seine Vernichtungsabsichten" (S.95f.).

Schon in Serbien gehorchte die Wehrmacht nicht bloß "verbrecherischen Befehlen" zur "Ermordung der Juden". "Sie plante deren Vernichtung selbst [...]. Getarnt als ‚Geislerschießungen‘, exekutierte sie seit Herbst 1941 Tausende Juden, und zwar ohne eine ausdrückliche Weisung ‚von oben‘" (S.107). Die von Wette ausgewählten und beschriebenen Wehrmachtsverbrechen in der Sowjetunion müssen hier nicht referiert werden. Dank der alten und neuen Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehr-

macht 1941-1944“ sind sie hinlänglich bekannt. Erst jetzt ist erforscht worden, daß sich die Generalität für ihre Untaten von Hitler üppig hat beschenken lassen³ (S.154f.). Einer sorgsamem Erforschung harret noch das Faktum, „daß es wohl einige Dutzend, vielleicht sogar um die hundert Angehörige der Wehrmacht gegeben haben mag, die Kriegsgefangenen, Juden und anderen politisch oder rassistisch Verfolgten geholfen haben“ (*Retter*, S.16), ein paar Dutzend human handelnde Menschen unter 18 Millionen Wehrmachtangehörigen. In dem von Wolfram Wette herausgegebenen Band „Retter in Uniform“ haben verschiedene Autoren das Leben und Handeln von zwölf Unteroffizieren und Offizieren dargestellt, denen ein paar hundert Juden ihr Überleben verdanken.

Der österreichische Feldwebel Anton Schmid, über den Arno Lustiger berichtet, hatte schon „1938 einigen jüdischen Bekannten zur Flucht“ verholfen. „Im Spätsommer 1941 [wurde er] Leiter der Versprengten-Sammelstelle“ in Wilna. „Er transportierte mit seinen Wehrmachts-Lastwagen [und selbst ausgestellten] Marschbefehlen [...] über dreihundert Juden aus Wilna“ heraus, außerdem „Waffen“ und „jüdische Widerstandskämpfer“. „Schmids Wohnung war Treffpunkt des jüdischen Widerstandes.“ Sein „engster Mitarbeiter in der Versprengtenstelle war der [Jude] Max Salinger“, Schmid hatte ihn zum „Gefreiten Hupert ‘arisiert““. Schmids Hilfs- und Widerstandsaktionen wurden „unter Folter“ verraten. Er wurde verhaftet, zum Tode verurteilt und im April 1942 erschossen (*Ret-*

ter, S.47-62). Die meisten „Retter“ kamen mit Strafversetzungen davon. Wie Anton Schmid waren sie fast alle „tief religiöse“ Menschen, zumeist Katholiken (*Retter*, passim).

„Anders als die Propaganda des Goebbels-Ministeriums [hatte die Wehrmacht gegen Kriegsende] kaum etwas von ihrer Glaubwürdigkeit eingebüßt“ (*Stimmungsberichte*, S.17f.). Deshalb wurde die Erkundung der Volksseele durch den SD im Verlaufe des Jahrs 1944 von der „streng geheimen Mundpropaganda-Aktion“ der Wehrmacht abgelöst. Ob die handverlesenen Propagandasoldaten mit ihren Durchhalteparolen geholfen haben, den Krieg zu verlängern, sagen die Dokumente nicht aus, die Wolfram Wette, Ricarda Bremer und Detlef Vogel unter dem Titel „Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmacht 1944/45“ erstmals publiziert haben. Was die Zweiertams - je einer in Uniform, einer in Zivil - in Kneipen, Restaurants, Kinos, auf der Straße, in der Straßenbahn oder vor Rüstungsbetrieben aufgeschnappt haben, scheint zu belegen: Der Antisemitismus floriert ungebrochen (*Stimmungsberichte*, S.172ff.). Die Volksgenossen betrachten russische Sklavenarbeiter weiterhin als „Untermenschen“ (*Stimmungsberichte*, S.190) „Deserteure [können] nicht streng genug bestraft werden“. In Rüstungsbetrieben wird aus Materialmangel gefeiert (*Stimmungsberichte*, S. 277). Trotzdem setzt das Volk der Mitläufer bis zum Februar 1945 auf den durchschlagenden Erfolg der Vergeltungswaffen (*Stimmungsberichte*, S.149). Danach erst ist in den Berliner „Stimmungsberichten“ die Rede davon, daß „die Sorge um einen guten Ausgang des Krieges steigt“ (*Stimmungsberichte*, S.273).

Angesichts dieser bis in die Gegenwart nach-

3 Vgl. hierzu ausführlich Gerd R Ueberschär/Winfried Vogel: Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten. 2. Aufl. S Fischer Verlag, Frankfurt/M 1999, S. 146-182.

wirkenden faschistischen Indoktrination und Verblendung des deutschen Volks in seiner Mehrheit ist dem "zweiten großen Thema" in Wolfram Wettes „Die Wehrmacht“ zur Zeit der Kriegseinsätze der Bundeswehr besondere Bedeutung beizumessen, urteilt Manfred Messerschmidt im Vorwort: der "Geschichte des Umgangs mit der Rolle der Wehrmacht, die zugleich eine Geschichte der Verdeckung, der Verharmlosung und der Verfälschung war, deren Folgen bis heute nicht beseitigt sind. Hier hat es sich um eine national-konservative ‚Gesamtleistung‘ gehandelt, begünstigt vom ‚Kalten Krieg‘, maßgeblich gefördert von Militär, Justiz und dem politischen Interesse an der Aufrüstung“ (S.12).

Dieser für Volk und Bundeswehr folgenreichen Legendenbildung hat Wolfram Wette gemeinsam mit Detlef Bald und Johannes Klotz den Band „Mythos Wehrmacht“ gewidmet. Die Autoren untersuchen u.a. das Zusammenwirken der Nazigenerale mit den NS-Ministern und -Staatssekretären in den ersten Regierungen der Bundesrepublik und mit den US-Besatzern. Detlef Bald erinnert an die bis heute auf deutsch unveröffentlichte "Denkschrift" der "obersten Generale und Feldmarschälle [...] für das ‚Internationale Nürnberger Militärtribunal“, "über 1000 Manuskripte mit ungefähr 34000 Seiten", in denen sie sich vehement von "Partei und SS" distanzieren und frech behaupten, "nahezu alle wichtigen Entscheidungen Hitlers mißbilligt und gegen Kriegsverbrechen opponiert" zu haben (*Mythos*, S.20). "1947 verlagerte sich das Interesse der amerikanischen Auftraggeber [...] auf die Erarbeitung von Studien über die Sowjetunion" (S.226).

Das Zentralorgan der Mythenbildung wurde die von den USA gegründete "Historical

Division", in der 15 Jahre lang, also bis zum Vietnam-Krieg, 250 deutsche Kriegsverbrecher im Generalsrang den zweiten Weltkrieg befehlsgemäß umdeuteten: "Siege der Wehrmacht wurden ‚erschrieben‘, ihr Erfolg und ihre Effizienz hervorgehoben und ihr Mythos bekräftigt. [...] Die Elemente der Kriegführung, die vom völkerrechtswidrigen und rassistischen Vernichtungsdenken geprägt waren, [...] wurden ausgeblendet, weggelassen, übersehen, beschönigt" (*Mythos*, S.21). Die "Historical Division" lieferte hervorragende Lehrstücke für die Wirtschaftskriege der USA. Die ersten Befehlshaber der auf Druck der USA 1955 in diesem Geist gegründeten Bundeswehr waren ausnahmslos Kriegsverbrecher (S.235), die freilich schon 1949 durch die "Bundesamnestie" sozusagen "freigesprochen" worden waren (S.236). Im Januar 1951 gab der NATO-Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower eine Ehrenerklärung ab: "Ich für meinen Teil glaube nicht, daß der deutsche Soldat als solcher seine Ehre verloren hat. [Ich bin] zu der Überzeugung gekommen, daß ein wirklicher Unterschied zwischen deutschen Soldaten und Offizieren als solchen und Hitler und seiner kriminellen Gruppe besteht" (S.233).

In der Einleitung zum „Mythos Wehrmacht“ äußern Bald, Klose und Wette die Befürchtung, "daß bei den Planungen und Vorbereitungen vermeintlich ‚gerechter Kriege‘ die Wahrheit das erste Opfer bleibt [...]. Das gilt [...] in besonderer Weise für die Zeit nach 1990" (*Mythos*, S.12). Die Autoren denken dabei an den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, den sie jedoch der allgemeinen Desinformation und der militärischen Lügenpropaganda folgend, zum "Kosovo-Krieg" minimieren (*Mythos*, S.12). Nirgends in diesen vier Büchern analysiert

Wette den Zusammenhang zwischen den Verbrechen der Wehrmacht und denen der Rüstungsindustrie und der Banken. Und nirgends wird verdeutlicht, daß die aktuellen Hauptkriegsverbrecher, die diversen US-Regierungen und ihr Militär-Wissenschafts-Industrie-Komplex im Interesse des US-Großkapitals exakt jene rassistischen Vernichtungskriege führen, deren Methoden und Strategien sie von der darin erfahrenen Wehrmachtsgeneralität gelernt haben. NATO und Bundeswehr dürfen dabei Hilfsdienste leisten. *Hans G. Helms*

Aufbruch. Dokumentation einer Zeitschrift zwischen den Fronten. Hrsg. von Susanne Römer und Hans Coppi, mit Vorworten von Peter Steinbach und Susanne Römer, einführender Kommentar von Hans Coppi, Namenregister von Susanne Römer, Verlag Dietmar Fölbach, Koblenz 2001, 384 S.

Die Ausgabe bietet zweierlei: Zum einen handelt es sich um eine Reprintausgabe der drei Jahrgänge des *Aufbruch* vom Juli 1931 bis Januar 1933 mit insgesamt 12 Heften. Sie ist als Quellendokumentation unverzichtbar und daher verdienstvoll. Für das Verständnis der Politik des heutigen imperialistischen Deutschland, das erneut Kriege führt und sie zum legitimen Mittel erklärt, "deutsche Interessen" auch militärisch weltweit durchsetzen, macht diese bemerkenswerte, doch heute nur wenigen bekannte Zeitschrift deutlich, wo manche Wurzeln dieser Kriegspolitik liegen und wie aktuell nicht wenige der damals in ihren Spalten diskutierten Fragen sind. Zum anderen enthält der Band eine ausführliche Analyse der Genese und der Ent-

wicklung des *Aufbruch* von Hans Coppi. Die Zeitschrift war vor allem gegen die Nazi-bewegung gerichtet. Das *Aufbruch*-Projekt war 1930-1933 Teil des Kampfes der KPD gegen den Faschismus. Mit *Aufbruch*-Arbeitskreisen wurde versucht, aus dem Lager der Nazis und aus den Reihen deutscher Nationalisten Mitstreiter zu gewinnen. Die Autoren des *Aufbruch* waren größtenteils ehemalige Mitglieder der NSDAP wie der namengebende Leutnant a.D. Richard Scheringer, der wegen seiner Tätigkeit für die NSDAP in der Reichswehr angeklagt war und im Gefängnis auf die Seite der Kommunisten übertrat, oder ehemalige Mitglieder der Freikorps wie der spätere Schriftleiter des *Aufbruch* und Widerstandskämpfer Dr. Josef (Beppo) Römer, der das "Freikorps Oberland" geführt hatte, sowie ehemalige Polizisten und Militärs. Kommunistische Autoren kamen im *Aufbruch* selten zu Wort. Allerdings wurden militärpolitische und militärhistorische Artikel von Friedrich Engels und Wladimir Lenin nachgedruckt.

Der *Aufbruch* verstand sich, verstärkt unter der Redaktion von Beppo Römer, als Zeitschrift für Wehrpolitik und Rüstungsprobleme, Fragen des Krieges und des Kampfes gegen den Faschismus. Auf dem Titelblatt stand: "Gegen Versailler System und imperialistische Unterdrückung, für die nationale und soziale Befreiung der Werktätigen Deutschlands, für die Verteidigung der Sowjetunion". In einem von Bruno von Salomon, Dr. Beppo Römer, Bodo Uhse, Arnold Vieth von Golßenau (Ludwig Renn) und anderen Autoren des *Aufbruch* im Juliheft 1932 veröffentlichten "Appell an unsere Kameraden" hieß es: "Klare Fronten! Das ist das Gebot der Stunde! Es darf nur die Front der nationalen und sozialen Re-

volution gegen die Front der Ausbeutung durch den Faschismus geben. Wir verachten die ‚Sozialisten‘, deren Sozialismus eine Tarnkappe des Finanzkapitals ist (...) Wir hassen die Lauen und Halben, die sich zwischen den Fronten herumtreiben; sie werden zerrieben werden (...) Wir bekämpfen die Parolen von ‚Volksgemeinschaft‘ und ‚Fronterlebnis‘. Es gibt keine Gemeinschaft mit den Unterdrückern (...) Es gibt keine nationale Befreiung ohne soziale Befreiung! Schluß mit der doppelten Moral, die ‚das Volk‘ auf den Schlachtfeldern kämpfen und bluten läßt, um mit schmutzigen Händen Kriegsgewinne zu raffen. – Zum Teufel mit diesem Nationalismus.“

Der *Aufbruch* hatte eine monatliche Auflage von 10000 Exemplaren. Er bewegte sich im Spektrum jener sog. nationalrevolutionären Zeitschriften wie *Widerstand*, *Gegner*, *Der Vorkämpfer* oder *Der Umsturz*, die allesamt deutsche Nationalisten für den Kampf gegen den Hitlerfaschismus zu mobilisieren unternahmen. Sie alle richteten sich an die Kriegs- und Nachkriegsgeneration, sie versuchten, unzufriedene Aktivisten der Nazibewegung bei ihrer nationalen Ehre zu packen und appellierten an die „ehrlichen Nationalsozialisten“. Der *Aufbruch* teilte mit manchen anderen die Parteinahme für die Sowjetunion als Hoffnungsträger der sozialen Befreiung. Er appellierte an die „gefühlsmäßigen Sozialisten“ unter den Nazi-Anhängern und bot ihnen eine konsequent antikapitalistische Orientierung. Er empfahl den Bürgersöhnen den Schulteranschlag mit den Industrie- und Landarbeitern. Der *Aufbruch* war im Spektrum der genannten Zeitschriften, die sich an Parteigänger des nationalistischen Lagers richteten, die einzige, die dem Nationalismus den Krieg erklärte, ohne jedoch seine Grundlage wirklich ver-

lassen zu können. Wo andere noch Kompromisse mit dem Hitlerfaschismus suchten, forderte der *Aufbruch* den mutigen, konsequenten und entschiedenen Kampf gegen ihn. Dies war und bleibt sein wichtigstes Vermächtnis. Die Zeitschrift wurde im Februar 1933 verboten. Sie hatte Radikalität und Konsequenz im Kampf gegen den Faschismus nicht nur publizistisch eingefordert, ihre Vertreter lebten sie. Mit einer Ausnahme paßten sich *Aufbruch*-Autoren dem gewaltsam durchgesetzten Zeitgeist nicht an, viele wirkten bald darauf im Widerstandskampf an vielen Fronten, im Exil, im nationalrevolutionären Befreiungskampf in Spanien, in Deutschland. Beppo Römer saß bis Juli 1939 jahrelang im Konzentrationslager, nach seiner Entlassung baute er eine weitverzweigte Widerstandsorganisation auf, die zuletzt mit den Gruppen um Robert Uhrig bzw. Walter Budeus kooperierte. Römer und seine Kampfgefährten wurden 1944 hingerichtet.

Hans Coppi umreißt in seiner ausführlichen Würdigung des *Aufbruch* zunächst die Politik der KPD in der nationalen Frage und skizziert die zahlreichen Wandlungen des Akzents im Kampf gegen den Faschismus. Dabei verweist er darauf, wie ambivalent für diese Partei ihr „Scheringer-Kurs“ war. Zu Recht warnte Carl von Ossietzky die KPD vor jeglichem Flirt mit dem Nationalismus. Die Zeitschrift entsprang einer Idee von Hans Kippenberger, seit 1925 Leiter des Nachrichtendienstes der KPD, der 1937 im sowjetischen Exil als angeblicher Agent der Reichswehr erschossen wurde. Er benutzte den *Aufbruch* als Medium des militärpolitischen Apparates der KPD. Coppi gibt drei ausführliche biographische Exkurse zu Richard Scheringer, Hans Kippenberger und Beppo Römer,

deren aufklärerische Bedeutung alles Lob verdient.

Obwohl Scheringers öffentlicher Übertritt von den Nazis zu den Kommunisten politisch eine Sensation war, fanden der *Aufbruch* und die ihn umgebenden Arbeitskreise in der Öffentlichkeit eher eine geringe Resonanz. Die bei Teilen der KPD-Führung mit diesem Projekt zeitweilig verbundene Hoffnung, größere Teile des Massenanhangs der Nazibewegung auf die eigene Seite herüberziehen zu können, hat sich nicht erfüllt. Es waren stets nur kleine Gruppen oder Einzelpersonlichkeiten, die diesen Aufbruch wagten. Hatten manche Anhänger des "Scheringer-Kurses" die SA als proletarische Hoffnungsträger gesehen und das Auftreten von sog. Scheringer-Staffeln in der SA als Erfolgssymptom bewertet, so erwies sich diese Zielstellung als illusionär. Der bestialische Antikommunismus der faschistischen Mordkommandos war ein unüberwindliches Hindernis: Weder die proletarische Herkunft zahlreicher SA-Stürme noch deren "ehrlicher Nationalsozialismus" hinderten sie daran, mit brutalem Terror die Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung auszuschalten.

Werner Röhr

Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, (Bd. 12 der "Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts", hrsg. von Gerhard A. Ritter) Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1999, 1184 S.

Mit dem vorliegenden Band ist dem Autor die beabsichtigte "Gesamtdarstellung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Spannungsfeld von Integration, Anpassung

und Widerstand" (S.19) in den Vorkriegsjahren 1933-1939 der Nazi-Herrschaft in Deutschland in hervorragender Weise gelungen. Nachdem er differenziert auf das Verhalten verschiedener Teile der Arbeiterbewegung und ihrer Führungen am Beginn der Naziherrschaft eingeht und beschreibt, wie die Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933 zerschlagen wurde (Kapitel I), konzentriert er die Analyse auf drei Schwerpunkte:

(1) das Handeln der Naziführung gegenüber Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung, das geprägt war sowohl von Umwerben durch Propaganda und soziale Maßnahmen, als auch von Unterdrückung durch Gewalt und Terror, durch die alles bestimmende Ideologie des Rassenwahns, durch Unterordnung allen Lebens (Wirtschaft, Kultur, Ernährung u. a. m.) der Rüstung und der Vorbereitung auf den Aggressionskrieg (Kapitel II);

(2) die Folgen dieser Politik für die Arbeiterschaft, ihre Lebensverhältnisse in Betrieb, Haushalt, Freizeit als Basis für Stimmungen und verschiedene Verhaltensweisen in ihr, wobei neben dem sozialgeschichtlichen Zugriff alltags- (im Ansatz auch lebens-)geschichtliche Fragestellungen und Methoden zum Zuge kommen (Kapitel III);

(3) die Politik der Arbeiterbewegung - der Kommunisten, Sozialdemokraten, linken Gruppen zwischen diesen, der Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine - in der Illegalität und im Exil, ihre Bemühungen um Neuformierung der Organisation im Untergrund, um programmatisch-politische Erneuerung, um Mobilisierung zum Widerstand (Kapitel IV).

So ist die Untersuchung ein fundierter Beitrag zur Geschichte des Arbeiterlebens, zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur

Geschichte Deutschlands in der Zeit der Naziherrschaft.

Dabei erschließt der Autor ein umfangreiches empirisches Material und greift zugleich eine Vielzahl von Fragestellungen in der überaus umfangreichen Literatur zum Thema auf (das Literaturverzeichnis beansprucht 32 Seiten), so etwa zum 1. Schwerpunkt: Ob die Naziherrschaft eine "soziale Revolution" vollzogen, ob sie einen Beitrag zur "Modernisierung" der Gesellschaft geleistet, ob die Gesellschaftsordnung des "Dritten Reiches" eine egalitäre "Volksgemeinschaft" verwirklicht habe. Seine überzeugenden Antworten: Es wurde wohl eine "Revolution" angestrebt - die Abkehr von Demokratie und Pluralismus, die Androhung von Gewalt gegen alle zu "Volksfeinden" Gebrandmarkten, aber keine soziale Revolution: die Klassenverhältnisse - Eigentumsordnung, Besitzverhältnisse, Einkommensverteilung - wurden nicht angetastet (S.773-775); die Klassenstruktur - "die Trennung zwischen Besitzern von Produktionsmitteln und Lohnabhängigen" - blieb ungeschmälert erhalten (S.775); das auf Terror und Beseitigung aller demokratischen Rechte gegründete Regime leistete auch keinen Beitrag zur gesellschaftlichen Modernisierung (S.776-782).

Das Ergebnis der Analyse zum 2. Schwerpunkt, die vor allem der Einbindung "der" Arbeiterschaft in die von den Nazis etablierte gesellschaftliche Ordnung nachging, lautet kurzgefaßt: "Die" Stellung "der" Arbeiterschaft sei weder eindeutig von Konsens, von Zustimmung oder Einvernehmen, noch klar von Dissens, von Ablehnung und Vorbehalten geprägt gewesen. Auch die pauschale Apostrophierung als "resistent" gegen Verlockungen und/oder Zwang der Nazipolitik werde der Realität mit ihren

Gemengelagen von Zustimmung und Ablehnung nicht gerecht (S.1082). Im Hinblick auf die Kerne der sozialdemokratischen bzw. kommunistischen und katholischen Arbeitermilieus sei hingegen eine (relative) Resistenz gegen die vollkommene Einbindung in die Naziordnung festzustellen (S.1083). Doch sei der politische Widerstand nicht naturwüchsig aus den Milieustrukturen entstanden - "er war und blieb immer eine individuelle Entscheidung" (S.1084). Wichtig ist dem Autor festzuhalten: Die Arbeiterschaft war unter der Naziherrschaft kein Subjekt ihrer eigenen Geschichte; sie verfügte nicht über regime-unabhängige kollektive Äußerungs-, Organisations- und Aktionsformen, um Politik beeinflussen zu können (S.1089). Und doch seien in der zweiten Hälfte der 30er Jahre verstärkt Zeichen von Widerwillen und Verweigerung in weiten Kreisen der Arbeiterschaft aufgetaucht, die zeigten, daß es den Nazis "nicht gelungen war, eine aus Überzeugung geschlossen agierende 'Volksgemeinschaft' zu schaffen" (S. 1091). Es könne nicht die Rede davon sein, daß die Nazis "die" Arbeiterschaft vollständig für sich gewonnen hätten (S.1086).

Umfassend und differenziert analysiert und beurteilt der Autor den Widerstand verschiedener Teile der Arbeiterbewegung im Lande und im Exil, seine Inhalte und Formen und deren Wandel.

Beeindruckend der durchgehend sachlich-kritische und würdigende Umgang mit dem kommunistischen Widerstand, dem ein hoher Stellenwert von Aktion und Bewegung bescheinigt wird (u. a. S.791f., 902f., 987f.). Ohne Zweifel hätten die Kommunisten die meisten Opfer zu beklagen, und es gehöre zu den "großen Leistungen der KPD im Widerstand, daß sie (...) bereits

kurze Zeit nach Verhaftungswellen in der Lage war, die Lücken in der Organisation wieder zu schließen“; auch verdient Engagement, persönlicher (Opfer-)Mut und Unbeirrbarkeit kommunistischer Aktivisten und Aktivistinnen im Widerstand Respekt. Fraglich sei, ob das gleichermaßen für die Parteiführung gelte, die ihre Kader nicht geschont habe, sie immer wieder aufs Neue in die risikoreiche und erkennbar aussichtslose Widerstandsarbeit schickte und zugleich rücksichtslos gegen die „Abweichler“ vorgeing, am deutlichsten im Zuge der stalinistischen „Säuberungen“, was das Bild des kommunistischen Widerstands verdunkelte (S.1064).

Der sozialdemokratische Widerstand wird mit den Stichworten gekennzeichnet: solidarischer Zusammenhalt („überwintern“), gezielte Informationsarbeit, Reduzierung der Aktivitäten nach den Verhaftungen Mitte der 30er Jahre. Nur eine Minderheit habe sich in der illegalen politischen Arbeit engagiert (S.814). Die „Anleitung“ des Widerstands seitens der Auslandsführung sei „recht zurückhaltend“, die verbissenen Flügelkämpfe der Bedrohungssituation nicht angemessen gewesen (S.1065). Andererseits hätten die Konflikte der 30er Jahre das Profil der Sozialdemokratie geschärft: „(...) In den Vordergrund der Politik rückte die Betonung des antiautoritären Grundkonsenses(...), zu dem auch der Verzicht auf einen revolutionär-gewaltsamen Weg zum Sozialismus gehörte“ (ebenda). Den gewerkschaftlichen Widerstand beschreibt der Autor als „Netzwerke“, „persönliche Kontakte“, „Gruppenbildung“ (S.841f., S.1023f.); es sei nicht gelungen, den gewerkschaftlichen Widerstand in den Betrieben zu verankern (S.1066).

Durchgehend wird das Agieren sozialistischer und kommunistischer Zwischengruppen gewürdigt: SAP, ISK, Neu Beginn, Sozialistische Front, Roter Stoßtrupp, Rote Kämpfer, KPDO, trotzkistische Opposition, Anarcho-Syndikalisten (S.824-841), deren Anteil am Widerstand im Land und im Exil ihre zahlenmäßige Größe bei weitem überstiegen habe (S.1066). Nicht vergessen wurden die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine, die sich in kleinen Zirkeln behaupteten (S.950, 1029). Hervorzuheben sind die Ausführungen über den Anteil der Frauen am Widerstand, der von der überwiegend organisationsorientierten historischen Forschung lange Zeit als relativ gering eingestuft wurde und nunmehr vom Autor in seinen verschiedenen Facetten gewürdigt wird (S.1070-1073).

In einem gesonderten Abschnitt geht es um Ansätze (und Grenzen) der Zusammenarbeit von Vertretern verschiedener Richtungen im Widerstand: im Alltag, an der „Basis“, in der Haft, bei den Richtungsgewerkschaften, zwischen Kommunisten und Katholiken, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten (u. a. im „Saarkampf“) (S.955ff.).

Ein Abschnitt ist den Bemühungen im Ausland um die Einheits- und Volksfront gewidmet (S.1030-1059), denen die „tiefgreifenden Unterschiede im Weltbild und politischer Konzeption“ sowie die gegenseitigen Beschimpfungen, die die Kämpfe zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Weimarer Zeit geprägt hatten, im Wege standen. Nach 1933 kamen Meinungsverschiedenheiten in den Führungsgremien der KPD und der SPD sowie beiderseitige Führungsansprüche hinzu, ab 1936 - als gravierendstes Hindernis - Nachrichten über

„Säuberungen“, Prozesse und Massenterror in der Sowjetunion (S.1045, 1051). Zur „Volksfront in Aktion“ (S.1051) kam es dann während des Spanischen Bürgerkriegs. Auch der innerdeutsche Widerstand engagierte sich für die Republik: Sozialdemokratische wie kommunistische Gruppen sammelten Geld, warben Freiwillige für ihre Verteidigung (S.1052). „Doch auch in Spanien blieb letztlich die tiefe Kluft zwischen Kommunisten, Anarchisten und Sozialdemokraten erhalten. Jede politische Gruppierung blieb im Grunde für sich, organisierte ihre Mitglieder in eigenen ‚Büros‘, ‚Komitees‘ und Truppeneinheiten.“ Bis nach Spanien reichten die stalinistischen „Säuberungen“, versuchten Kommunisten auch hier, ihren Führungsanspruch durchzusetzen (S.1055). Den endgültigen Todesstoß versetzte den Bemühungen um die Einheits- und Volksfront der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 (S.1057).

Ungewöhnlich für die Gesamtdarstellung eines relativ kurzen historischen Abschnitts ist die Einbeziehung von Einzelschicksalen, die der Autor im IV. Kapitel mehrfach vorstellt: sozialdemokratische (S.822-824, 836f., 885f., 949f., 1017f., 1028); kommunistische (S.810f., 927, 1003); aus der ISK (S.834f.), christliche (S.954f.), aus der SAP (S.960f.) - ein begrüßenswertes Novum. Nicht ganz nachvollziehbar sind die Kriterien für die Auswahl der Schicksale, insbesondere der kommunistischen: Von den vorgestellten sieben Personen sind zwei „in der Normalität des ‚Dritten Reiches‘“ Angepaßte, drei in der Sowjetunion Verhaftete, ein von den Nazis Hingerichteter und ein von diesen zu 15 Jahre Zuchthaus Verurteilter, was wohl der oben wiedergegebenen Gesamteinschätzung des opferreichen kommunistischen Widerstands nicht entspricht.

Der vom Autor einleitend erläuterten Begrifflichkeit kann die Rezensentin folgen – mit der ausdrücklichen Ausnahme des Begriffs „Nationalsozialismus“, zumal ausufernd als „nationalsozialistische Gesellschaftsordnung“ oder „... Gesellschaft“ bzw. „... Staat“ usw. gebraucht. Die dafür angeführte Begründung (andere Begriffe, so auch „Faschismus“, enthielten die „große Gefahr“, „sie bei der Zusammenfassung von Forschungsergebnissen zur Reduktion der komplexen und vielfach in sich widersprüchlichen Realität zu gebrauchen und damit für - auch aktuell-politisch verwertbare - Generalisierungen zu instrumentalisieren“, S.21f.) überzeugt nicht. Gibt etwa der vom Autor gebrauchte Begriff die Realität während der Naziherrschaft wieder? Wird er nicht, auch aktuell-politisch, für Instrumentalisierungen mißbraucht (man denke nur an den Umgang mit der DDR-Elite nach 1990 im Vergleich zum Umgang mit Nazis an Hochschulen, in Justiz, Polizei, Verwaltung nach 1949 in der ehemaligen und heutigen Bundesrepublik)? (Nebenbei: Schneiders analytische Darstellung der Ziele und Praxis der Naziherrschaft machen deren abgrundtiefen Gegensatz zu den Abläufen in der DDR, trotz mancher äußeren Ähnlichkeit, deutlich.) Da hält es die Rezensentin mit Kurt Schumacher, der den Begriff „Nationalsozialismus“ ablehnte und ihn statt dessen von „Nazis“, „Nazismus“ oder „Faschismus“ sprach, was er gleich in seiner ersten großen öffentlichen Rede am 5. Mai 1945 begründete: Durch die Benennung „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ sei „die Idee des Sozialismus schändlich befleckt worden. Wir können bei ihr nicht von ‚Sozialismus‘ sprechen, sondern nur von ‚Nazis‘ und ‚Nazismus‘, denn sie ist aus der Feindschaft gegen die arbei-

tenden Klassen und als Instrument des Kampfes gegen ihre Emanzipation entstanden, da man sie anders in der Demokratie nicht mehr beherrschen zu können vermeinte.“ Die von Schneider vermittelte Schlußerkennnis seiner Darstellung lautet: Die sozialdemokratische und die kommunistische Arbeiterbewegung waren von der Nazi-Diktatur in die Illegalität und ins Exil gedrängt, aber letztlich nicht auf Dauer zerschlagen worden. Die Übernahme der Macht durch die Nazis, die Entkoppelung von innerdeutschem Widerstand und Widerstand im Exil als Folge des Krieges markierten nicht das Ende der Arbeiterbewegung (S.1091).

Neben dem schon erwähnten Literaturverzeichnis ist der Band mit einem Personen-, einem Orts- und einem sehr ausführlichen Sachverzeichnis ausgestattet. In Verbindung mit dem dargebotenen weitgespannten Inhalt macht das Letztere (22 zweispaltig bedruckte Seiten!) den vorliegenden Band für die am Gegenstand und der Zeit Interessierten zugleich zu einem überaus informativen Handbuch bzw. Nachschlagewerk. Mit Sicherheit ist und bleibt er das Standardwerk für das angezeigte Thema in der angegebenen Zeit. *Ulla Plener*

Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der "friedlichen" Aggressionen Deutschlands 1938/1939. Hrsg. von Werner Röhr, Brigitte Berlekamp, Karl Heinz Roth, VSA-Verlag, Hamburg 2001, 397 S.

Beim Betrachten des Titels vorliegenden Sammelbands über die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges fragt sich der Leser: Gibt es bisher unbekannte Fakten oder Erkenntnisse, die Zusammenhänge auf neue Art interpretieren? Als die "Berliner Gesellschaft

für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V." im September 1999, anlässlich des 60. Jahrestags des Beginns des zweiten Weltkrieges, zu einem zweitägigen Colloquium einlud, dessen Thema zum Titel vorliegenden Buches wurde, war sie sich bewußt, daß in den sechs Nachkriegsjahrzehnten zu dieser Problematik eine kaum überschaubare Menge von Büchern und Artikeln unterschiedlicher wissenschaftlicher Qualität, sowie noch mehr Propagandaschriften, Politikerreden, Resolutionen verschiedener politischer Richtungen publiziert worden sind. Die Überlegung der Veranstalter, daß infolge der weltgeschichtlich bedeutenden Ereignisse seit 1989/90 die Zeit für einen ersten Versuch reif sei, bisherige Erkenntnisse und Thesen zu überdenken, spricht für das erneute Beschäftigen mit dem Thema. Eine erste Bilanz der Publikationen des letzten Jahrzehnts zeigt jedoch, daß die Zeit seit dem Aufhören des Kalten Krieges, dessen erhebliche Nachwehen noch anhalten, bisher der Wissenschaft nicht ausreichte, um den immensen ideologischen Ballast aus einem halben Jahrhundert weltweiten Lagerkampfes abzuwerfen, um entkrampft Entstehung und Verlauf des zweiten Weltkrieges zu untersuchen und viele Darstellungen aus dem vergangenen halben Jahrhundert kritisch zu überdenken. Schon drohen aber neue weltumspannende ökonomische, politische, ethnische und religiöse Konflikte, neue "Lager" zu schaffen. Die Historikerzunft gerät in Gefahr, wie während des gesamten 20. Jahrhunderts, durch Parteinahme für die eine oder andere Seite der Forderung nach Objektivität nicht mehr nachkommen zu können. Schließlich haben alle heutigen Konflikte viele Wurzeln im zweiten Weltkrieg und im Umgang mit seinen Ergebnissen. Das trifft für die Kämpfe auf

dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten und in anderen Teilen der Welt, aber auch auf die Gegensätze zwischen den "Industriationen" zu. Selbst die mörderischen Anschläge schwer definierbarer und ebenso schwer politisch-historisch einzuordnender terroristischer Zentren einerseits und die "Gegenschläge", Wellen von "Vergeltungs- und Racheakten" andererseits fußen zumeist in der Vergangenheit. In einer solchen Situation ist der Historiker, der das Geschehen der letzten 60 Jahre erneut abwägt, zwar gefordert, Vergleiche anzustellen und Schlußfolgerungen anzubieten. Zugleich wird er von dem Zweifel geplagt, ob die Menschheit - national, gesellschaftlich und kulturell sehr unterschiedlich in vielen Staaten organisiert - wirklich "Lehren aus der Geschichte" zu ziehen vermag. Die Beiträge des vorliegenden Bandes bieten dem Leser viele Möglichkeiten, Wissen über das Werden des zweiten Weltkrieges zu erwerben. Sie bieten Anhaltspunkte, mit dem Blick auf das Heute einen Versuch zu wagen, das historische Geschehen für das Verstehen derzeitigen Geschehens zu nutzen. Allerdings verweist Werner Röhr in der Einleitung mit Blick auf die gegenwärtige deutsche Wissenschaftspolitik darauf, "daß Weltkriegsforschung für den Frieden und die Völkerverständigung nicht hoch im Kurs" steht (S.28). Wie notwendig diese Forschung dennoch ist, erklärt sein einleitender Satz zu dem "Neue deutsche, 'Normalität' und historische Weltkriegsforschung" überschriebenen Schlußabsatz der Einleitung: "Die Verknüpfung von wirtschaftlicher Expansion, imperialistischer Erpressung und militärischer Drohung, wie sie für den untersuchten Zeitraum praktiziert wurde, steht heute auch dann Pate, wenn der Krieg nicht mehr Krieg, sondern ,humani-

täre Intervention' genannt und als ,polizeiliche Ordnungsaktion' legitimiert wird" (S.26).

Trotz aller Unwägbarkeiten der durch Kriegs- und Konfliktherde gekennzeichneten Weltlage ist zweifelsohne hervorzuheben, daß die Autoren und Referenten der Konferenz aus der ehemaligen DDR und Volkspolen durch das Ende eines weitestgehend von "Partei und Staat" vorgegebenen und gesteuerten Geschichtsbilds auch begünstigt worden sind. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, daß im Sammelband unterschiedliche Auffassungen zu den Sachthemen geäußert werden. Ein Gewinn für alle Autoren ist ebenfalls, daß die in vielen Staaten bestehende Frist von 50 Jahren für den Zugang zu zeitgeschichtlichen Akten abgelaufen ist und in Rußland sowie anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion der selektive Archivzugang für Historiker weitestgehend aufgehört hat. Eine große Menge Publikationen der letzten zehn Jahre konnte ausgewertet werden. Insgesamt haben sich im Vergleich zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns, als sich einige der auch in vorliegendem Band vertretenen Historiker in dem von Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold herausgegebenen Studienband zur Geschichte der Vorkriegsjahre "Der Weg in den Krieg" (Akademie-Verlag, Berlin 1989) mit der Kriegsentstehung beschäftigten, die objektiven Voraussetzungen für die Forschungsarbeit verbessert. Jedoch wurde durch "Evaluierung", Arbeitsplatzverweise und Liquidation von ganzen Forschungseinrichtungen den meisten Historikern aus der DDR die materielle Basis für die Fortsetzung ihrer Untersuchungen und das Veranlassen von Tagungen zu deren Diskussion stark geschmälert, meistens völlig entzogen.

Dank großen persönlichen Einsatzes und der Unterstützung durch Sponsoren gelang es, sowohl das wissenschaftliche Colloquium zu veranstalten als auch zwölf Beiträge in vorliegendem Sammelband zu veröffentlichen. Das viel beschworene "Zusammenwachsen" von Deutschen aus den beiden deutschen Staaten ist bisher in der Geschichtswissenschaft nur selten und sehr vereinzelt erkennbar. Doch sind in dem Band neben sieben aus der DDR kommenden Autoren auch Hans-Rüdiger Minow (Friesenhof bei Köln), Karl Heinz Roth (Bremen) und Manfred Messerschmidt (Freiburg i. Br.) als Autoren vertreten. In der Diskussion auf der Konferenz waren weitere Redner aus den ehemals beiden deutschen Staaten zu Wort gekommen. Mit den Texten von Martin Moll (Graz) und Ryszard Nazarewicz (Warschau) kommen zwei kompetente Experten aus Nachbarländern zu Wort. Da es über den Inhalt der Referate und die Diskussion auf der Konferenz einen ausführlichen Bericht von Brigitte Berlekamp und Werner Röhr im "Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung" (Heft 14, S. 111–123, Berlin 2000) gibt und sich wesentliche Teile mit den Einschätzungen des Verfassers decken, kann auf deren Wiederholung im folgenden verzichtet werden.

Der vorliegende Band ist kein Protokoll der Konferenz. Aus vielerlei Gründen, wurden nicht alle Beiträge der Konferenz aufgenommen, einige sind bereits anderweitig publiziert, andere nicht eingereicht, was teilweise bedauerlich ist. Der Band ist in die Komplexe "Innere Kriegsursachen", "Von der Kriegsdrohung zum Kriegseinsatz", "Zum außenpolitischen Kontext" und "Historische und aktuelle Aspekte deutscher Kriegsentscheidungen im 20. Jahrhundert" unter-

gliedert. Den ersten Komplex leitet der Beitrag von Roth "Von der Rüstungskonjunktur zum Raubkrieg: Die Ursachen der deutschen Aggressionspolitik 1938/39" ein. Auf 68 Seiten mit 192 Anmerkungen handelt es sich um eine umfassende Analyse der seit Jahrzehnten unterschiedlich beantworteten Frage nach den "inneren Ursachen des Krieges vor dem Kriege" (S.33). Dabei geht es um die Zusammenhänge von Rüstungskonjunktur, Rüstungskrise und Wirtschaftszyklus, den Vierjahresplan, die Außenwirtschafts- und Zahlungsbilanzkrise Deutschlands sowie weitere Fragenkomplexe, die sich auf die Situation der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik sowie die Rückwirkungen auf die Lage der Arbeiter, Bauern und Angestellten beziehen.

Obwohl Eichholtz und Roth in der Darlegung der Wirtschaftsentwicklung in vielem übereinstimmen, gehen ihre Schlußfolgerungen über die Bedeutung der insgesamt krisenhaften Entwicklung für die Entscheidung zur äußeren Aggression auseinander. Der Ansicht Roths, die Hochrüstungspolitik sei 1937/38 an "die objektiven Grenzen der militärischen Machtpotenzierung" gelangt, weshalb der Ausweg nur noch in einem kurzfristigen "Übergang zu äußeren und inneren raubwirtschaftlichen Operationen" bestand (S.96f.), stellt Eichholtz seine Auffassung entgegen: Die Jahre der mächtigen Aufrüstung seien zwar bedeutungsvoll, jedoch sei der generelle Entschluß zum Krieg nicht erst durch das Erkennen der Grenzen der deutschen Kriegswirtschaft 1937/38 gereift. Vielmehr habe seit der Niederlage im ersten Weltkrieg und dem rigorosen Vertrag von Versailles "ein allgemeiner Konsens unter den deutschen Eliten über die imperialistischen Expansions- und Kriegsziele" bestanden (S.116f.). Revanche- und Erober-

rungsziele bedingten nicht zuletzt die Errichtung der faschistischen Diktatur als wichtigstem Instrument zur Schaffung der innenpolitischen Voraussetzungen, einschließlich des militärischen Potentials, für den Krieg um die Vorherrschaft in Europa. Mit den Beiträgen von Roth und Eichholtz sowie der Studie von Martin Seckendorf über die Planungen und ersten Aktionen zur Durchdringung Südosteuropas, bei denen die Führung dem *Mitteleuropäischen Wirtschaftstag* zu fiel (S.118-140), sind Forschungsschwerpunkte aufgezeigt und Thesen unterbreitet worden, die es ermöglichen, über den gegenwärtigen Erkenntnisstand hinauszugelangen.

Dafür bieten auch die Beiträge der anderen Komplexe Beispiele. "Wege in den zweiten Weltkrieg" von Manfred Messerschmidt (S.141-155) macht deutlich, daß das Beschränken der "inneren" Kriegsursachen auf die Ökonomik diese zu sehr einengt. Der Verfasser geht auf die Problemkomplexe Reichswehr und Wehrmacht zwischen 1918/19 und 1939, auf die Planspiele der Reichswehr und den schon 1924 verwandten Begriff "Krieg der Zukunft" sowie auf die gesellschaftliche Militarisierung knapp ein (S.141-143) und schlägt mit beweiskräftigen Fakten den Bogen zu dem Zustand, der ab 1938 in der Auffassung der deutschen Führung gipfelte, jede günstige Gelegenheit zum Losschlagen zu nutzen, notfalls sie auch herbeizuführen. Dafür wurde die "militärische Überraschung" in den Rang eines militärisch-politischen Siegesfaktors erhoben (S.152). Als "Cowboy-Rezept" bezeichnet Messerschmidt diese Strategie, die spätestens in den Schlachten um Smolensk und vor Moskau im Herbst 1941 die deutschen Soldaten in die Massengräber brachte. Schließlich verweist der Schluß-

satz des Beitrages "Kriegführung und Ideologie ergänzten sich" (S.155) auf den unzweifelhaft auch zu den inneren Kriegsursachen gehörenden Komplex der ideologischen Kriegsvorbereitung, des Aufbaus von Feindbildern.

Mit einer der im letzten Jahrzehnt am meisten diskutierten Fragen, die sowohl zur Ideologie als auch zur Ökonomie gehören, beschäftigt sich Kurt Pätzolds "Judenverfolgung auf dem Kriegspfad. Vom Pogrom zum Kriegsbeginn" (S.188-208). Richtungweisend für den historischen Platz des Völkermords stellt Pätzold als Credo voran: "Wer bei der Erforschung des Holocaust nicht auf halbem Wege stehen bleiben will, muß vom Krieg des faschistisch geprägten deutschen Imperialismus und dessen Kriegszielen reden, wer seine Vorgeschichte zu enthüllen versucht, hat von den Vorbereitungen auf diesen Krieg zu handeln. (...) Wer den Platz des Pogroms vom November 1938 verstehen will, kommt nicht weit, wenn er versucht, in den haßgeladenen Hirnen derer zu kramen, die Synagogen anzündeten, Geschäfte demolierten und jüdische Menschen umbrachten, er muß versuchen, sich den geschichtlichen Punkt klarzumachen, bis zu dem die zivilen und militärischen Führer des Faschismus auf ihrem Weg in den Krieg gelangt waren, und sich ein Bild davon machen, auf was für einen Krieg sie ausgingen" (S.191f.). Pätzold ist es gelungen, bei der Darstellung der Verfolgung der Juden, ihrer Vertreibung aus Deutschland, des ökonomischen Nutzens des Staates durch diese Maßnahmen immer seine Absicht durchzuhalten, den Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung deutlich zu machen.

Auch die abschließenden Beiträge des Bandes "Deutsche Ethnopolitik" (Hans-Rüdiger

Minow) und "Die ökonomische Expansion Deutschlands und ihre Rolle in den Weltkriegen" (Berthold Puchert) ordnen ihre Themen in einen großen, bis in die Gegenwart reichenden Zusammenhang ein. Für einen Band über die Vorgeschichte des Krieges geradezu unerlässlich sind die hier nur genannten Beiträge zum konkreten Geschehen der Jahre 1938/39: "Der Griff nach Österreich im März 1938 - erster Schritt in den Krieg? Offene Fragen zu einem scheinbar eindeutigen Sachverhalt" (Martin Moll); "Die Lunte am Pulverfaß. Danzigs Rolle beim Überfall auf Polen - Im Spiegel seiner Presse" (Winfried Höhn); "Imperialistische Erpressungspolitik. Zu den Konsequenzen des Münchener Diktats 1938" (Werner Röhr); "Die Beschwichtigungspolitik Großbritanniens - Ursachen und Motive" (Siegfried Bünger); "Der Überfall auf Polen 1939: Diplomatische Hintergründe" (Ryszard Nazarewicz).

Es bleibt letztlich der Wunsch, daß die zahlreichen neuen Gedanken und Tatsachen, die von den Autoren des Bandes zur Diskussion gestellt werden, die Fachkollegen und eine interessierte Leserschaft erreichen und zur Stellungnahme ermuntern. Abschließend sei hervorgehoben, daß der übersichtliche, vom Schriftgrad her gut lesbare Band mit ausreichend beweiskräftigen Quellen- und Literaturangaben sowie Registern für Personen, Firmen, Institutionen, Organisationen und geographische Begriffe versehen ist, was das parallele Studium von Vorgängen und Zusammenhängen in den verschiedenen Beiträgen erleichtert und an die gewohnte Qualität wissenschaftlicher Publikationen in der DDR erinnert.

Gerhart Hass

Dieter Schenk: Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2000, 351 S.

Der Autor dieses bemerkenswerten Bandes skizziert sachlich und detailliert den politischen Werdegang Forsters vom Sympathisanten und Anhänger der Nazibewegung zum einflußreichen, dem engeren Führungskreis in der Hierarchie des deutschen Faschismus angehörenden Sachwalter des Systems bis zu dessen Hinrichtung für die von ihm zu verantwortenden Verbrechen. Die politische Biographie Forsters erhält eine sinnvolle Ergänzung durch die umfangreiche Darstellung der Nazi-Barbarei in Danzig-Westpreußen, bei namentlicher Nennung der dafür hauptverantwortlichen Täter, der Organisationen und deren spezifischen Aufgaben im verbrecherischen Netzwerk faschistischer Herrschaftsausübung im konkreten regionalen Bereich.

Als ausgesprochen aufschlußreich, wenn gleich vom generellen Sachverhalt durchaus bekannt - was dem Autor jedoch keinesfalls kritisch anzulasten ist -, erweist sich als defacto dritter Schwerpunkt des Buches die Beurteilung der Geschehnisse in Danzig-Westpreußen während des Naziregimes und vor allem dessen Protagonisten durch die westdeutsche Nachkriegsjustiz bis in die 1980er Jahre. Wohl völlig zu Recht kommt Schenk zu dem Schluß, daß die "massenhaften staatsanwaltlichen Einstellungen von Verfahren und die freisprechenden Urteile" skandalös waren" (S.160) und daß in tausenden derartiger Fälle "nicht schlechte Juristen, sondern gute Nazis" (S.235) für solcherart Fehlurteile verantwortlich zeichnen.

Einen wichtigen Beitrag leistet der Autor mit

der Darstellung eines spezifischen Teils Danziger Geschichte in der Zeit von 1930 bis 1945, die ansonsten eher marginale Erwähnung erfährt und selten genug wissenschaftlichen Ansprüchen genügt.

Albert Forster, 1902 im fränkischen Fürth als Sohn eines Gefängnisverwalters geboren, avancierte schnell - zunächst dank der Protektion Streichers, später Hitlers und vor allem Görings sowie seines Engagements als Redner, eifriger Werber und bedingungsloser Gefolgsmann der Nazibewegung - vom "einfachen" SA-Mann zum NSDAP-Betriebsleiter für Mittelfranken und zum Mitglied des Reichstages nach den Septemberwahlen des Jahres 1930. Bereits im Oktober 1930 trat der spätere Gauleiter Forster, auf Vorschlag Görings und bevollmächtigt durch Hitler, seine Funktion als kommissarischer Gauleiter der NSDAP für das Gebiet des Freistaates Danzig an. Der Autor schildert kenntnisreich, wie Forster rücksichts- und skrupellos, mit organisatorischem Geschick, sich zugleich der Unterstützung einflussreicher Nazigrößen des Reiches sicher, seine innerparteilichen Widersacher ausschaltet, seine Führungsposition festigt und ab 1933 die Interessen des faschistischen Deutschlands Schritt für Schritt in Danzig durchzusetzen versucht. Leider versäumt es der Autor weitgehend, diejenigen Kräfte und Personen zu benennen, die Forster außerhalb der NSDAP und anderer Naziorganisationen auf diesem Weg hilfreich begleiteten oder sich ihm widersetzen. Unverständlich bleibt auch, weshalb der Vf. für die Darstellung von Forsters Wirken in Danzig auf sozialdemokratische u.a. oppositionelle Presseorgane, solange diese erscheinen konnten, völlig verzichtet und stattdessen häufig auf Arbeiten W. Löbsacks zurückgreift, die er richtig als Auf-

tragswerke Forsters an seinen Gauschulungsleiter charakterisiert (S.297), was deren Wert und Aussagekraft zum Ausdruck bringt. Vermutlich ist der teilweise prononcierte Rückgriff auf Löbsacks Forster-"Biographien" eine Ursache dafür, daß Schenk, zweifellos ungewollt, einige Vokabeln der Nazidiktion unkommentiert übernommen hat (u.a. S.47, 89).

Als besonders aufschlußreich, da partiell die Befindlichkeiten einiger Nazigrößen zueinander reflektierend, erweist sich die Darstellung des Verhältnisses Forsters zu Göring und Goebbels, die seine Förderer waren, ebenso wie die der kaum verhüllten Aversionen gegenüber Himmler und dessen Vertrauten, vor allem nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Das Gleiche gilt für die Charakterisierung der Rolle Forsters im Zusammenspiel mit der offiziellen Außenpolitik des faschistischen Deutschlands, bei der Gestaltung der Beziehungen zum Völkerbund und dessen jeweiligen Kommissaren für Danzig sowie zu Polen.

Bedeutsam, nicht zuletzt aus aktueller Sicht, sind die detaillierten Darlegungen des Autors hinsichtlich der repressiven und verbrecherischen Maßnahmen der Nazis gegenüber der polnischen Bevölkerung in Danzig-Westpreußen. Über die schrittweise Einschränkung von Bürgerrechten, Umsiedlung und Vertreibung, Rekrutierung von Zwangsarbeitern, gezielte Mordaktionen an polnischen Intellektuellen, vor allem an Lehrern und Priestern, führte der Weg politisch engagierter Polen nicht selten in verschiedene Lager, das in unmittelbarer Nähe zu Danzig gelegene Konzentrationslager Stutthof eingeschlossen. Die Nennung der - neben Forster - Hauptverantwortlichen für diverse Einsatzgruppen, Kommandos, Lager etc. und deren weiteren Werdegang

nach der Zerschlagung des faschistischen deutschen Regimes gehört zweifellos zu den Vorzügen des Bandes. Der Vf. nutzt die Beschreibung der letzten Lebensjahre Forsters, von seiner Auslieferung durch die britische Militäradministration an Polen im August 1946 bis zu seiner Hinrichtung im Februar 1952, um diesen stärker als Person und nicht nur als politischen Akteur zu skizzieren. Mögen ausreichend fundierte Quellen über diesen Lebensabschnitt Forsters das Vorhaben erschwert haben, so überdecken doch teilweise Klischees und Mutmaßungen die dennoch weiterhin um Sachlichkeit bemühte lesens- und empfehlenswerte Darstellung.

Einer Neuauflage des Bandes wäre ein informativerer Anmerkungsapparat zu wünschen, der das für den Leser wenig hilfreiche Literatur- und Archivquellenverzeichnis ergänzen sollte.

Mit dem vorliegenden Buch hat Schenk einen beachtlichen Beitrag zur weiteren Erforschung des deutschen Faschismus und seiner Protagonisten geleistet sowie Historikern und historisch Interessierten eine bemerkenswerte und zugleich aufschlußreiche Studie in die Hand gegeben.

Detlef Zieg

Tod oder Überleben? Neue Forschungen zur Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück. Hrsg. von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp, (Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Beiheft 1), Edition Organon, Berlin 2001, 265 S.

Mit diesem Beiheft liegt erstmals ein die Halbjahreszeitschrift "Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung" ergänzender wissenschaftlicher Sammelband vor. In

diesem Band werden eine Auswahl aktueller Forschungsergebnisse sowie offener Probleme und ihrer Quellenlage über das Konzentrationslager Ravensbrück vorgestellt. Insbesondere befassen sich die Beiträge mit Problemen des Lagers als Mikrokosmos, erforschen seine Binnenstruktur (die Zwangsgesellschaft und ihre innere Differenzierung im Konzentrationslager), sowie die Rüstungsgüterfertigung und die Zwangsarbeit der Häftlinge. Zugleich ordnen sich die Beiträge ein in zeitgeschichtliche Forschungsdiskussionen zur Geschichte der Konzentrationslager, indem sie z.B. die Tätigkeit der Funktionshäftlinge untersuchen und umstrittene Fragen ihrer heutigen Bewertung erörtern.

Das Beiheft enthält fünf Abhandlungen, die zum Teil den Problemgehalt von Dissertationen bilanzieren und die in der Mehrzahl als Forschungsprojekte an der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück erarbeitet wurden:

Susanne Willems stellt ihre Untersuchungsergebnisse zur "Sklavenarbeit für Siemens in Ravensbrück" vor. Mit dem Thema wird ein Desiderat in der Aufklärungsarbeit bei den Gedenkstätten aufgeheilt. Die Autorin gibt einen Überblick über die verschiedenen Arten von industrieller Fertigung, bei der die im Konzentrationslager Ravensbrück gefangenen Frauen von 1939 bis 1940 Sklavenarbeit leisten mußten. Trotz nur begrenzter Zugänglichkeit der Firmenarchive gelang es Susanne Willems insbesondere, ein Bild vom Wirken des Siemens-Konzerns im Lager zu zeichnen. Die während des zweiten Weltkrieges zum größten europäischen Elektrokonzern expandierende Siemes & Halske AG war nach der IG Farben-Industrie (Auschwitz) das erste privatwirtschaftliche Unternehmen, das sich 1942 für die

Errichtung eigener Produktionsstätten in einem Konzentrationslager entschied. Ihr Experiment, modernste Fertigung mit unfreier Arbeit unter Konzentrationslagerbedingungen zu optimieren, erwies sich als äußerst profitabel, weshalb die Produktionsstätten im Lager immer weiter expandierten und immer mehr Gefangene einbezogen wurden. Immerhin konnten sich die Unternehmen auf diese Weise binnen weniger Wochen oder Monate tendenziell die Lebensarbeitszeit von Menschen aneignen. Dabei ist eine unmittelbare Zusammenarbeit der Siemens-Angestellten mit der SS bis hin zur Auswahl arbeitsfähiger und damit zur Selektion als nichtarbeitsfähig eingestufte Häftlinge (d.h. der bewußten Aussortierung zu deren Ermordung) festzustellen. Die Zulässigkeit des kurzfristigen Verschleißes der Arbeiterinnen und der unbegrenzt gedachte Ersatz durch arbeitsfähige KZ-Arbeiterinnen war geradezu Voraussetzung des unternehmerischen Erfolges. An dem Beispiel der Zwangsarbeit für die Rüstungsgüterproduktion verdeutlicht die Autorin zugleich, auf welche Weise es den zur unfreien Arbeit gezwungenen Frauen gelang, auf diffizile Weise Produktions sabotage zu leisten.

Annette Neumann beschäftigt sich mit dem heute sehr umstrittenen, gleichwohl bisher wenig erforschten Thema "Funktionshäftlinge im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück". Die Autorin benennt neben dem allgegenwärtigen Terror als ein Herrschaftsmittel der SS in den Konzentrationslagern die Spaltung der Häftlingsgesellschaft, die Ausspielung der Gruppen gegeneinander sowie die Übertragung unmittelbarer Aufsichts- und Kontrollbefugnisse in Gestalt von Verwaltungsarbeiten an einzelne Häftlinge. Die Tatsache, daß Auf-

traggeber dieser Arbeiten die SS war und die Funktionshäftlinge nur Ordnungsmacht nach unten hatten, macht bereits ihre diffizile und widersprüchliche Position deutlich. Ausgehend von der bisherigen wissenschaftlichen Diskussion zur Frage der Funktionshäftlinge, insbesondere den Anschuldigungen gegen die kommunistischen Funktionshäftlinge im Lager Buchenwald, werden in der vorliegenden Arbeit einige der wichtigsten Häftlingsfunktionen ausführlicher vorgestellt. Dabei wird untersucht, wie namentlich benannte Frauen von 1939 bis 1945 als Lagerälteste, Lagerläuferinnen, Lagerpolizistinnen, Blockälteste und im Schreibbüro gewirkt haben. Es wird aufgezeigt, mit welchen Problemen und Widersprüchen sie konfrontiert waren. Annette Neumann stellt fest, daß die These von Lutz Niethammer, die deutschen Kommunisten hätten "Opfer getauscht", um eigene Leute zu schonen, nicht durch Tatsachen aus dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück bestätigt werden kann (S.74f.). Resümee der Darstellung ist, daß die Wahrnehmung solcher Funktionen im Konzentrationslager eine schwierige Gradwanderung war und höchste Anforderungen an die persönliche Integrität dieser Frauen, an ihr Einschätzungsvermögen, ihren Mut und ihr taktisches Geschick im Umgang mit dem Bewachungspersonal stellte. Unter denen, die diese Aufgabe bewältigten, als auch unter denen, die sie nicht bewältigten, waren sowohl sogenannte "politische" als auch "kriminelle" Häftlinge.

Christa Schikorra untersucht die Problematik "Asoziale" Häftlinge im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück – die Spezifik einer Häftlingsgruppe". Sie wendet sich damit einer Gruppe von Verfolgten des Nationalsozialismus zu, die erst in den neun-

ziger Jahren in der Forschung wahrgenommen wurde, wenngleich das Literaturangebot zur Verfolgungspraxis und zur Situation "Asozialer" ("Schwarzwinkliger") im Konzentrationslager weiterhin gering bleibt. Die Autorin geht von der Position aus und belegt diese am Beispiel des Konzentrationslagers Ravensbrück, daß die Stigmatisierung als "asozial" in einem größeren und längerfristigen kulturhistorischen Kontext von Einordnung und Ausgrenzung anzusiedeln ist, und immer den Versuch einer Gesellschaft darstellt, soziale Armut in ihrer äußeren Erscheinungsform zu beseitigen, ohne ihre sozialen Wurzeln anzurühren. Der faschistische Staat ließ rigide, willkürlich und terroristisch diejenigen, die von ihm festgelegte Normen des alltäglichen Sozialverhaltens verletzt, durch soziale und gesundheitspolitische Institutionen erfassen und von der Polizei überwachen, verhaften und mit dem Ziel, sie "auszumerzen", in die Konzentrationslager bringen.

Einleitend werden die juristischen Grundlagen für Verfolgung und Konzentrationslager-Einweisung sogenannter Asozialer dargestellt. In Auswertung von Akten der Kriminalpolizei wird untersucht, warum die Frauen mit dem schwarzen Winkel ins Konzentrationslager gebracht worden waren. Es zeigte sich, daß erstrangig "sexuelle Vergehen" (Prostitution und Verdacht auf "gewerbliche Unzucht"), zweitrangig "verbrecherische" Delikte (Kleinkriminalität oder Anschluß an absolvierte Zuchthausstrafen) sowie schließlich auch Jugendliche im Anschluß an eine Unterbringung in Fürsorgeeinrichtungen ins Konzentrationslager Ravensbrück kamen. Die Mehrzahl dieser deutschen und österreichischen Frauen waren Hausangestellte oder Arbeiterinnen und jünger als 30 Jahre. Sie mußten schwere kör-

perliche Arbeit leisten und stellten wahrscheinlich das Leichen- bzw. Krematoriumskommando sowie das "Bordell-Kommando".

Bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen den Häftlingsgruppen macht sich das vollständige Fehlen von Erinnerungsberichten aus dieser Gruppe oder ähnlichen anderen Quellen bemerkbar. Christa Schikorra stellt die These auf, daß für die Mehrheit der Häftlinge die Zwangsgesellschaft im Konzentrationslager von Mißtrauen, Auseinandersetzungen und Feindschaften geprägt war, was besonders deutlich in den Verhaltensweisen werde, die andere Häftlinge den "Asozialen" in ihren Erinnerungen zuschrieben. Unterstützung und Solidarität konnte nur in der eigenen Gruppe gefunden werden. Aber über das Innenleben in der Gruppe der "Asozialen" gibt es keine Berichte und in den Berichten der "Politischen" ist nur Ablehnung der "Schwarzwinkligen" enthalten. Das Gleiche trifft auch für die Positionen der "Schwarzwinkligen" in der sogenannten Häftlingsselbstverwaltung zu. Bis 1941 kamen die Block- und Stubenältesten aus schwarz- und grünwinkligen ("kriminellen") Reihen. Die Urteile über sie in den Überlieferungen sind spärlich, aber negativ und vorurteilsbeladen. Seit dem Frühjahr 1942 wurden asoziale Häftlinge von der Justiz an Himmler abgegeben und in Konzentrationslager überführt. Zu diesem Zeitpunkt dienten die Konzentrationslager im Reichsgebiet nicht mehr nur als Orte politisch und rassistisch begründeter Verfolgung, sondern auch als "Zwangsarbeiterreservoir der deutschen Industrie". Dazu entstanden zahlreiche Außenlager in der Nähe von Rüstungsbetrieben. In solchen Außenlagern befand sich Anfang 1945 die Hälfte der Ravensbrücker

Häftlinge, während das Hauptlager Durchgangs-, Kranken- und Vernichtungslager war.

Bärbel Schindler-Saefkow berichtet über die "Todestransporte aus Ravensbrück". Während der Begriff "Todestransport" in der Regel die Tatsache bezeichnet, daß die SS Transporte zusammenstellte, mit denen sie Menschen zu Stätten ihrer sofortigen oder zeitlich verzögerten Vernichtung brachte (Transporte der europäischen Juden nach Auschwitz oder Treblinka), waren die Häftlinge, die auf einen Todestransport aus dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück kamen, bereits vor dem Transport Gefangene im Konzentrationslager. Das Frauenlager Ravensbrück war als Arbeitslager konzipiert und die dort zur Vernichtung selektierten Gefangenen wurden zur Verschleierung der fabrikmäßigen Tötung an andere Orte gebracht, jedenfalls bis zum Einsatz einer lager-eigenen Gaskammer. Deshalb gibt es im Archiv der Mahn- und Gedenkstätte auch keine Liste von solch einem Todestransport. Die Existenz solcher Transporte ist jedoch in Erinnerungen und in der wissenschaftlichen Literatur nachgewiesen. Schindler-Saefkow untersucht einige dieser Transporte näher und benennt neue, inzwischen aufgefundene, Beweise. Beschrieben werden Todestransporte ab 1942 nach Bernburg, Auschwitz, Lublin/Majdanek, Hartheim/Linz, Mauthausen, Bergen-Belsen und "Mittwerda/Schlesien". Letzteres war der Tarnname für die Gaskammer in Ravensbrück. Diese Transporte wurden systematisch verschleiert. Ein hoher Anteil der Opfer waren Juden, arbeitsunfähige geistig oder körperlich Kranke, Schwache und Alte (über 40 Jahre), von der SS besonders verfolgte unbequeme Häftlinge, im Jahre 1942 Zeuginnen Jehovas – Frauen, Kinder und

Männer - verschiedener Nationalitäten. Der Beitrag verdeutlicht, daß die Todestransporte einen festen Platz im System der Konzentrationslager hatten und auf Befehl der SS-Lagerführung erfolgten, auch wenn kein Todestransport bisher als völlig aufgeklärt gelten kann und Beweisdokumente nur für Teile vorliegen.

Simone Erpel behandelt "Die Ravensbrücker Todesmärsche 1945". Da, bis auf einzelne in den 50er bis 70er Jahren erstellte und unveröffentlichte Dokumente, die Ravensbrücker Todesmärsche bis 1995 unerforscht blieben, untersucht die Autorin die Befehlswege, die zur Räumung des Konzentrationslagers Ravensbrück führten, und Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zu Todesmärschen anderer Lager, insbesondere, unter welchen Umständen bei diesen Märschen Erschießungen stattfanden. Die Bezeichnung "Todesmarsch" wurde von den betroffenen Häftlingen zu Recht gewählt, weil diese von der SS erzwungenen Evakuierungsmärsche der körperlich geschwächten Häftlinge, die von einer panisch reagierenden SS-Bewachung vorangetrieben wurden und die zusätzlich den unmittelbaren Kriegsgefahren ausgesetzt waren, zu einer extrem hohen Zahl von Todesopfern führten.

Im historischen Kontext weist Simone Erpel darauf hin, daß Todesmärsche, dem erzwungenen Rückzug der Wehrmacht folgend, in drei Phasen einteilbar sind. In der ersten Phase (Mitte des Jahres 1944) erfolgte die Räumung von Konzentrationslagern in Polen (Majdanek), Frankreich (Natzweiler) und den Niederlanden (Herzogenbusch). Hier ist als vorrangiges Ziel der faschistischen Herrscher zu erkennen, die Arbeitskraft der Häftlinge für die Kriegsproduktion zu erhalten. Die zweite Phase begann im

Januar 1945 mit der Räumung von Auschwitz, Groß-Rosen, Plaszow und Stutthof. In der dritten Phase wurden im April und Mai 1945 die großen Konzentrationslager in Deutschland evakuiert. Insbesondere für die Transporte der letzten Phase gab es keinen Zielpunkt mehr. Die Häftlinge von Ravensbrück wurden zwischen der westlichen und östlichen Frontlinie kurz vor der militärischen Kapitulation der Wehrmacht in nordwestliche Richtung getrieben. Als einzige Erklärung dafür, daß Tausende von Konzentrationslagerhäftlingen bis in die letzten Kriegswochen und -tage auf diese Todesmärsche getrieben wurden, bleibt der Versuch der Zeugenbeseitigung und der möglichst langen Hinauszögerung der Befreiung.

Die Evakuierung des Konzentrationslagers Ravensbrück erfolgte sukzessive, und zu ihrer Vorbereitung gehörten systematische Häftlingsmorde. Der größte Teil der Häftlinge wurde wenige Tage vor der Befreiung des Lagers am 30. April 1945 in mehreren Kolonnen in Richtung Schwerin in Marsch gesetzt. Auch wenn die weiblichen Häftlinge von weniger Wachpersonal - und zwar von Männern und Frauen - begleitet wurden als die männlichen, war das Wachpersonal doch angewiesen, daß ein Nachkommando sich der "schlechten Marschierer" anzunehmen habe, was zwingend dazu aufforderte, "Gehunfähige" zu erschießen. Bis zur letzten Minute vor ihrer Befreiung waren die Häftlinge der willkürlichen und mörderischen Gewalt ihrer Bewacher ausgesetzt. Trotzdem ergaben sich für die weiblichen Häftlinge möglicherweise bessere Chancen zu flüchten.

Das Beiheft stellt des weiteren einen Projektbericht der Leiterin des Projektes "Gedenkbuch Ravensbrück" an der Mahn- und Ge-

denkstätte vor. *Bärbel Schindler-Saefkow* zieht darin die "Zwischenbilanz eines Forschungs- und Editionsprojektes". Wie an anderen großen Gedenkstätten für die Opfer des deutschen Faschismus, so wird auch an der Gedenkstätte Ravensbrück an einer Opferdatenbank als Voraussetzung für die Erstellung eines Gedenkbuches für die Todesopfer des Lagers gearbeitet. Ziel dieser Arbeit ist es, die Gesamtzahl der Todesopfer zu verifizieren, festzustellen, wer die Opfer waren (Frauen oder Männer, Grund der Inhaftierung, Nationalität, Alter), woher sie wann kamen und welches Schicksal sie hatten. Das Gedenkbuch soll den anonymisierten Opfern die Würde ihres Namens zurückzugeben, sollten die nur noch als Nummer geführten Häftlinge doch ihrer Biographie, Individualität und Identität beraubt werden.

Bisher lagen nur sehr lückenhafte Quellen für das Lager Ravensbrück und über die in ihm inhaftierten Häftlinge vor. Durch das Projekt wurde eine umfangreiche neue Quellengrundlage erarbeitet, indem Archive in Moskau, Minsk, Warschau, Brüssel, Paris, Besançon, Jerusalem, Arolsen, Berlin und Ravensbrück nach Namenslisten durchforstet, mit Hilfe von Datenbankspezialisten Doppelungen ausgeschlossen und Auswertungen vorgenommen wurden. Zum Zeitpunkt der Zwischenbilanz lagen Datensätze von über 85000 Häftlingen des Lagers vor, die zwar kein umfassendes, jedoch ein wesentlich verbessertes Bild der Gesamtheit der Häftlinge abgeben. Die Daten erlauben differenziertere Aussagen über das Geschlecht, das Alter, die offiziellen Haftgründe und die Nationalität dieser Häftlinge. Ziel des Projektes ist es, eine Gesamtliste der Todesopfer vorzulegen. Bevor eine solche vorgelegt werden kann, wur-

den bisher als Zwischenergebnisse und Diskussionsgrundlage für die weitere Forschung die Gedenkbücher Ravensbrück für die Opfer in Bernburg, für die Opfer aus Frankreich, Polen und Deutschland sowie die Opfer der Gaskammer von Ravensbrück vorgelegt. Wann eine umfassende Datenbank mit allen überlieferten Namen von Häftlingen für Auskunfts- und Forschungszwecke sowie ein Gedenkbuch mit den Namen der Ravensbrücker Todesopfer aus vielen Ländern Europas zur Verfügung stehen wird, ist gegenwärtig noch nicht absehbar. Des Weiteren stellt das Beiheft *Bärbel Schindler-Saefkows* Dokumentation "Zeugenaussagen ehemaliger sowjetischer Häftlinge über das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück und das Außenlager Barth" vor. In dieser Dokumentation kommt eine Häftlingsgruppe zu Wort, die in der bisherigen Forschung nur marginale Aufmerksamkeit fand. Es handelt sich vorrangig um kriegsgefangene weibliche Angehörige der Roten Armee, darunter viele Ärztinnen und Feldscherinnen. Diese Frauen, deren Besonderheit war, zu einem hohen Anteil Hochschulbildung zu besitzen, traten in den Erinnerungen der anderen Häftlinge stets als geschlossene und disziplinierte Gruppe auf. Ihre Einlieferung in ein Konzentrationslager stellte einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar und erfolgte, nachdem sie sich geweigert hatten, sich freiwillig nach Deutschland zur Arbeit zu melden. Mehrere der überlebenden kriegsgefangenen Rotarmistinnen haben nach dem Krieg ihre Erinnerungen aufgeschrieben und damit einen wichtigen Beitrag zur erstmaligen Gestaltung des Museums von Ravensbrück 1959 geleistet, andere haben in den 60er Jahren vor sowjetischen Untersuchungsrichtern bzw. Staatsanwälten als Zeugen für in

der DDR bzw. in der BRD laufende Ermittlungsverfahren gegen ehemaliges Lagerpersonal ausgesagt. Diese Berichte wurden bisher nirgendwo auf deutsch publiziert, obwohl sie von großem Interesse für die Geschichte des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück sind, Einzelheiten darlegen, die bisher nicht schriftlich festgehalten, und Verbrechen aufdecken, die bisher niemals juristisch aufgearbeitet wurden. Für die Dokumentation wurden 13 Aussagen ausgewählt, zusammengestellt und - sinnwährend gekürzt - in deutscher Übersetzung veröffentlicht.

Im Kapitel "Publikationen" gibt *Werner Röhr* eine Literaturübersicht und leistet zugleich einen das Heft abrundenden Beitrag: "Absolute oder abgeleitete Macht? Funktionshäftlinge im Konzentrationslager zwischen Kollaboration und Widerstand". Er stellt die Edition "Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland" als eine für alle zum Gegenstand Forschenden, Gedenkstättenbetreuenden und Projektmitarbeiter unverzichtbare historiographisch anspruchsvolle Schriftenreihe vor. Jedes der fünf bis dato erschienenen Hefte war einem speziellen thematischen Schwerpunkt gewidmet.

Der Band I von 1994 stand unter dem Thema "Rassismus in Deutschland". Die Beiträge dieses Heftes untersuchen, wie der Rassismus praktisch wirkte, bzw. praktiziert wurde und zwar im Konzentrationslager Neuengamme durch die SS und in der Häftlingszwangsgesellschaft selbst, durch die Wehrmacht und die Bevölkerung Norddeutschlands gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen und schließlich durch die Stadtverwaltung von Hannover bei der Behandlung der "Judenhäuser".

Dem Thema "Kriegsende und Befreiung"

widmete sich 1995 der zweite Band. Darin wird die "Aktion Bernadotte" und das "Skandinavierlager" in Neuengamme vorgestellt, werden die Befreiung sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Lager Wesuwe, die Todesmärsche der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück sowie die Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen durch britische Soldaten dokumentiert. Dargestellt wird die unmittelbare Nachkriegssituation der befreiten Konzentrationslagerhäftlinge, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter als *displaced persons* (DP) im Emsland. In einem Beitrag wird die spätere Selbststilisierung des Hamburger NSDAP-Gauleiters Kaufmann zum "Retter Hamburgs" zwar destruiert, seine tatsächliche Rolle in den letzten Kriegstagen aber nur eingeschränkt dargestellt.

Der bisher umfangreichste Band behandelte 1997 "Die frühen Nachkriegsprozesse" aus den 40er Jahren gegen Verbrecher aus den Konzentrationslagern Bergen-Belsen, Neuengamme und Fuhlsbüttel sowie dem Arbeitererziehungslager Liebenau. Im Heft wird anschaulich, wie viele SS-Angehörige in den Lagern tätig waren und wie wenige tatsächlich in der BRD vor Gericht standen. Der Artikel über Ravensbrück leistet leider keinerlei Vergleiche zu Umfang und Intensität der Ermittlungen in der DDR. Angeregt von einem Beitrag über die Aktualität der Nürnberger Prozesse legt Röhr dar, wie in der DDR mit den Nürnberger Prozessen umgegangen wurde.

Der 1998 erschienene Band "Abgeleitete Macht – Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration" wird als der wissenschaftlich bedeutendste und politisch wichtigste der bisher erschienenen Bände eingeschätzt und am ausführlichsten besprochen. Besonders hier wird der Bogen zu den

Artikeln gespannt. Dieser Abschnitt ist mehr als eine Buchbesprechung, er nimmt das Angebot der Autoren des Bandes zur wissenschaftlich vertiefenden Diskussion auf und ist selbst ein Beitrag zu ihr. Im Band werden Themenkreise für künftige Forschungen zur Binnenstruktur der Konzentrationslager benannt. Im Heft wird das Funktionssystem im Lager im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die SS u.a. am Beispiel des Konzentrationslagers Neuengamme untersucht und dabei die 1984 von Johannes Tuchel publizierte These, bezüglich der Konzentrationslager sei der Begriff "Widerstand" unangemessen, entschieden abgelehnt. Die Autoren untersuchen, wie Widerstand im Konzentrationslager geleistet wurde, wie Funktionshäftlinge ihre Handlungsspielräume nutzten. Zur Hilfe durch Austausch, die heute mit pseudo-moralischen Pathos damaligen kommunistischen Funktionshäftlingen als Verbrechen vorgehalten wird, wird für Neuengamme vermerkt, daß die zielstrebige Rettung der eigenen Kader für viele Inhaftierte damals selbstverständlich war. Untersucht und verglichen werden die Spezifik der Funktionshäftlinge in den Konzentrationslagern Ravensbrück, Buchenwald und Dora-Mittelbau.

Einen eigenen Abschnitt widmete der Band der seit 1993 inszenierten Debatte um die kommunistischen Funktionshäftlinge im Konzentrationslager Buchenwald. Die Diskussion über die "roten Kapos" von Buchenwald wird selbst zum Gegenstand einer Analyse, die Niethammers These ablehnt und die Forderung stellt, der Komplexität der Rolle der Funktionshäftlinge Rechnung zu tragen. Röhr kritisiert allerdings die kritiklose Berufung aller Kontrahenten auf die Thesen Wolfgang Sofkys.

Der 1999 erschienene fünfte Band wandte sich der bisher wenig erforschten "Verfolgung von Homosexuellen im Nationalsozialismus" zu, ein Thema, zu dem es noch immer keine "Forschungsnormalität" gibt. Die Mehrheit der Beiträge befaßt sich mit der Situation homosexueller Männer in Neuengamme, Ravensbrück, Bergen-Belsen, den Emslandlagern, im Zuchthaus Celle sowie der fortgesetzten Ausgrenzung verfolgter Homosexueller in Berlin 1945-1949. Die Quellen über die Situation homosexueller Frauen im Konzentrationslager sind sehr spärlich, dessenungeachtet wird ihre Nachzeichnung für Ravensbrück und Auschwitz versucht. Aus den Beiträgen wird deutlich, daß die als homosexuell inhaftierten Männer nach den Juden die höchste Todesrate aufweisen und daß jüngere Männer unter ihnen überproportional stark vertreten waren.

Das vorliegende erste Beiheft wird seiner selbst gestellten Aufgabe in überzeugender Weise gerecht, eine Plattform für Analyse, Kritik und Polemik zu sein. Insofern darf man gespannt auf die nachfolgenden sein.

Sibylle Hinze

Hans-Peter Klausch: Jakob de Jonge. Aus deutschen Konzentrationslagern in den niederländischen Untergrund.- Hrsg. vom Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager Papenburg, Edition Temmen, Bremen 2002.

Der vorliegende Band 12 der Schriften aus dem Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager ist mehr als eine Biografie. Mit akribischer Genauigkeit zeichnet Hans-Peter Klausch fast den gesamten Lebensweg Jakob de Jonges auf der

Basis einer Vielzahl von Quellen vollständig nach. Der Leser bzw. die Leserin gewinnt den Eindruck, daß absolut keine Möglichkeit der Quellenbeschaffung ausgelassen wurde, ja daß jeder sich nur andeutenden Spur gewissenhaft nachgegangen wurde. Besonders lebendig wird das Schicksal Jakob de Jonges durch die im Text verarbeiteten Schilderungen seines heute noch in den Niederlanden lebenden jüngsten Sohnes Joachim Max de Jonge. Der Lebens- und Leidensweg Jakob de Jonges steht für unzählige Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland und Europa. Nur ein Bruchteil von ihnen hat wie Jakob de Jonge die Zeit von 1933 bis 1945 überlebt.

Als erstes Kind der jüdischen Eheleute Heinrich und Rieke de Jonge wurde Jakob am 21. April 1874 in dem 3.000 Einwohner zählenden Flecken Weener nahe der niederländischen Grenze geboren. Jakob de Jonge wurde schon frühzeitig in den Geschäftsbetrieb seines Vaters, eine "Manufakturwarenhandlung" einbezogen. Er durfte zu Messen und Fachausstellungen mitfahren und wurde mit den Möglichkeiten des technischen Fortschritts konfrontiert. Bei Überlandfahrten mit dem damals aufkommenden Fahrrad zu den Kunden seines Vaters hatte er festgestellt, daß die schwere Landarbeit häufig noch mit Muskelkraft bewältigt wurde, während andernorts schon Maschinen eingesetzt wurden. Bald nach dem Abitur hatte er die glückliche Geschäftsidee, eine Maschinenhandlung zu gründen. Das Geschäft florierte, 1912 heiratete er, und 1914 hielt er es für seine patriotische Pflicht, sich freiwillig an die Front zu melden, von wo er erst 1919 zurückkehrte.

Antisemitische Machenschaften flackerten auch im Rheiderland auf, betrafen aber bis Ende der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts

die Familie de Jonge nicht ernsthaft. Die Fäden vieler antisemitischer Bünde, Vereine und Parteien, wie sie auch in der Umgebung von Weener agierten, "liefen auf direktem oder indirektem Wege beim 1890/91 gegründeten, extrem reaktionären und chauvinistischen Alldeutschen Verband (ADV) zusammen, als dessen Vater jener Alfred Hugenberg gilt, der in späteren Jahren dem Krupp-Konzern als Generaldirektor vorstand (1909-1918) und der in der Weimarer Republik als Besitzer eines seinerzeit einzigartigen Medien-Imperiums zu den wichtigsten ideologischen Wegbereitern der Nazi-Diktatur zählen sollte", stellt der Autor fest. Jahrhundertalter christlicher Antijudaismus paarte sich mit pseudowissenschaftlichen rassistischen und sozialdarwinistischen Theorien. Aus dem ADV heraus forderte Konstantin Freiherr von Gebattel seine Gesinnungsgenossen auf, die Juden als Blitzableiter für erlittenes Unrecht im ersten Weltkrieg zu benutzen. Eine Ortsgruppe des zu diesem Zweck 1919 gegründeten antisemitischen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DSTB) trieb auch in Weener ihr Unwesen. Viele spätere Nazi-Funktionsträger begannen im DSTB ihre Karriere.

Im Kapitel 3 und 4 erfaßt der Autor viele Details über erlittene Folter und die Folterknechte im Konzentrationslager Börgermoor und im Konzentrationslager Lichtenburg. Als eines der ersten Opfer der Nazi-Diktatur wurde Jakob de Jonge mit fadenscheinigen Anklagen schon im August 1933 in das eilends errichtete KZ Börgermoor verschleppt. Der Autor weist an mehreren Stellen darauf hin, daß in der ersten Zeit nach der Machtübertragung an die NSDAP das politische Hauptziel der deutschen Faschisten eher in der Zerschlagung der Ar-

beiterbewegung bestand. Erste Opfer waren die Kommunisten, gefolgt von Sozialdemokraten und anderen Hitlergegnern. Jakob de Jonge hatte auf Grund seines geschäftlichen Erfolges viele Neider. Klausch zitiert Wolfgang Langhoff aus seinem 1935 geschriebenen Buch "Die Moorsoldaten". Langhoff war Mithäftling de Jonges und berichtet hier über eine sogar gerichtlich ausgetragene Differenz de Jonges mit dem Hauptnazi seines Ortes vor dem nazistischen Umsturz. Dieser hatte ganz einfach ein bei de Jonge erworbenes Fahrrad nicht wie vereinbart abbezahlt. Folgerichtig behauptete der Nazi 1933, de Jonge hätte den "Roten" umsonst Fahrräder und Motorräder gegeben. Ein entsprechender Vermerk in den Schutzhaftpapieren in der Kombination "Jude/Kommunist" bedeutete für jüdische Inhaftierte doppelte Schikane und Mißhandlung. Davon war de Jonge nun betroffen und wurde von Anfang an schikaniert und entsetzlich mißhandelt.

Wie sich weitere Menschen aus der Gegend des Kreises Leer verhielten, beschreibt folgende Episode: Auf Grund von "Bestechungsversuchen an zwei SS-Männern in der Schutzhaft", die der Landrat des Kreises Leer, Hermann Conring (ab 1937 NSDAP-Mitglied), bezeugte, wurde Jakob de Jonge in verschärften Arrest genommen. Klausch weist darauf hin, daß Conring erneut Landrat des Kreises Leer wurde und 1953 für die CDU in den Bundestag einzog, dem er bis 1969 angehörte. Überdies erhielt er 1965 das Große Bundesverdienstkreuz. Der Hauptpeiniger Jakob de Jonges aus dem KZ Börgermoor, SS-Scharführer Johann Peter Kern, beging 1949 Selbstmord.

In das KZ Lichtenburg bei Merseburg wurde Jakob de Jonge mit einem sogenannten

“Bonzen- und Judentransport” am 18. Oktober 1933 verbracht. Im gleichen Transport befanden sich Friedrich Ebert und Alfred Kantorowicz. Die Nazis hatten ekelerregenden Spaß daran, die sogenannten “Prominenten” besonders bestialisch zu quälen. Zu den “Prominenten” zählten auch die jüdischen Häftlinge. Jakob de Jonge stand eine qualvolle Zeit durch. Seine plötzliche Entlassung am 27. Juni 1934 war mit Auflagen verbunden. Er mußte sich wöchentlich bei der Polizeibehörde Weener melden und unterschrieb, daß er “auf irgendwelche Schadenersatzansprüche wegen erlittener Haft” verzichtete.

Ständigen Anfeindungen und Repressalien ausgesetzt, lebte die Familie 1934 bis 1938 in Aurich und Oldenburg (Kapitel 5 und 6). Die de Jonges dachten an Auswanderung. Doch lediglich der älteste Sohn Heinrich emigrierte im August 1937 in die Niederlande. Dem Vater war es gelungen, einen Teil seines Vermögens in die Niederlande zu transferieren. Nach mehreren Übergriffen von Polizei und SA auf verschiedene Wohnungen erlebte Jakob de Jonge am 10. November 1938 die Pogromnacht in Oldenburg. Wie viele andere jüdische Männer wurde er festgenommen und in das ab 1936 errichtete Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Schon im April 1938 war eine Verordnung zur Anmeldung jüdischen Vermögens erlassen worden. Das war die Grundlage, um im KZ festgehaltenen vermögenden Juden sogenannte “Arisierungsverhandlungen” aufzuzwingen. Viele wurden gezwungen, ihr Vermögen zu verschleudern. Der weitaus größte Teil der erfaßten jüdischen Vermögenswerte (8,5 Mrd. Reichsmark) fiel in die Hände des Staates. Aus der von Hermann Göring 1938 verkündeten “Judenvermögensabgabe” er-

zielte der NS-Staat eine Milliarde Reichsmark, aus der “Reichsfluchtsteuer” bei Auswanderung weitere 642 Mio. Reichsmark. Jakob de Jonge kam infolge eines Blitzfernschreibens vom 16. November 1938 vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, frei. Danach sollten über 60 Jahre alte Juden sofort entlassen werden. Man nahm an, daß für die Älteren die bis dahin im KZ erlittenen Qualen ausreichten, um die Ziele der Vertreibung bzw. “Arisierung” ihres Besitzes zu erreichen. Da die Vorbereitungen für den Krieg auf Hochtouren liefen, sollte die Bevölkerung nicht mit Schreckensmeldungen überfordert werden. Jakob de Jonge wurde drei Wochen im KZ Sachsenhausen gepeinigt. Nach eigenen Aussagen hätte er eine weitere Woche dort nicht überlebt.

Ende 1938 waren eine Vielzahl weiterer antijüdischer Verordnungen in Kraft getreten. Jakob de Jonge und seine Frau entschlossen sich endlich, ihren Besitz zu veräußern und in die Niederlande zu emigrieren (Kapitel 8). Unter dem Druck der Verhältnisse verloren sie einen erheblichen Teil ihres Vermögens.

Aber auch in den Niederlanden erlebten sie trotz vieler Sympathisanten und Helfer nur ein Jahr der relativen Ruhe. Am 10. Mai 1940 überfiel die deutsche Wehrmacht die Niederlande (Kapitel 9). Als Anfang 1942 das Finanzamt von Leeuwarden eine Betriebsprüfung in dem vom ältesten Sohn Heinrich geführten Geschäft “Huis der Techniek” durchführte, trat akute Lebensgefahr für die Familie ein. Das vor Jahren illegal in die Niederlande transferierte Geld tauchte in den Geschäftsbüchern auf. Doch wieder einmal hatte die Familie Glück und traf auf einen Humanisten: Als Jakob de Jonge sich dem Finanzbeamten Krijn van

den Helm offenbarte und von dem in den Konzentrationslagern Erlittenen berichtete, setzte sich die Kette der Hilfe fort. Helm ließ die Zahlen verschwinden und legte überdies den Schlüssel seiner Wohnung auf den Tisch. Für Jakob de Jonge, seine Frau und seine beiden Söhne war klar: underduiken. Nun begann eine Odyssee durch viele illegale Quartiere. Tochter Ruth arbeitete inzwischen, als Hebamme oder Krankenschwester getarnt, im niederländischen Untergrund. Der nun über 70 Jahre alte Jakob de Jonge fabrizierte mit Frau und den Söhnen in der Illegalität Spielzeuge und Haushaltsgegenstände, die verkauft wurden, um den illegalen Widerstand zu finanzieren. Mit einem alten Auto der de Jonges wurde vielen Verfolgten zur Flucht verholfen. Vielfach drohte Verrat. Krijn van den Helm wurde am 25. August 1944 von einem Agenten des SD erschossen.

Nach dem Krieg sorgte sich Jakob de Jonge um die deutsch-niederländischen Beziehungen. In einem Brief an einen ehemaligen Mithäftling brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, "daß die Deutschen jetzt das Kriegführen satt haben werden". Der Autor kann sich an dieser Stelle nicht versagen, aufmerksam zu machen, daß er sich damit getäuscht haben sollte, wie das Jahr 1999 gezeigt hat.

Das vorliegende Buch ist mehr als eine Biografie. Es ist ein Quellenfundus für Historiker, sollte aber auch gerade jungen Menschen an die Hand gegeben werden, weil sich diese gelebte Geschichte spannend liest. Dem Autor ist erstaunlicherweise ein Spagat zwischen Sachbuch und biographischem Roman gelungen, wenn auch der Lesefluß von all zu vielem Daten- und Faktennachweis zuweilen gestört wird.

Sigrid Pfeiffer

Kurt Pätzold: Stalingrad und kein Zurück. Wahn und Wirklichkeit, Militzke Verlag, Leipzig 2002, 206 S., 2 Kt., 2 Register.

Pünktlich zum 60. Jahrestag der Stalingrader Schlacht legt der durch zahlreiche Publikationen zur deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 bekannte Berliner Historiker Kurt Pätzold ein neues Buch zu diesem bedeutenden Ereignis des Zweiten Weltkrieges vor. Er stützt sich dabei auf die wichtigsten Veröffentlichungen der inzwischen nahezu unübersehbaren Stalingradliteratur, vor allem auf die bis in letzter Zeit in Deutschland erschienenen mit Quellencharakter.

In 18 unterschiedlich umfangreichen Kapiteln stellt der Vf. die Vorgeschichte, den Verlauf und die Ergebnisse des Feldzuges der Wehrmacht gegen die Sowjetunion vom März 1942 bis März 1943 dar, der in der erbitterten Schlacht um Stalingrad kulminierte.

Dabei schildert er, ohne die in speziell militärgeschichtlichen Werken detailliert dargestellten militärischen Vorgänge zu wiederholen, in großen Zügen das militärische Geschehen vorwiegend von deutscher Seite aus: von den Gründen für diesen zweiten Versuch, die Sowjetunion zu besiegen, über die Planung mit der OKW-Weisung Nr. 41 und die monatelangen Kampfhandlungen bis zur Einschließung und Vernichtung der deutschen 6. Armee durch die Rote Armee. Doch sein Hauptanliegen ist die Darstellung des historischen Umfelds, nicht zuletzt der Beweggründe der Handelnden auf den verschiedenen Ebenen, vom Obersten Befehlshaber der Wehrmacht bis zum einfachen Soldaten.

Dazu nutzt er die unterschiedlichsten gedruckten vorliegenden Quellen: die Reden

und Proklamationen Hitlers wie dessen interne Tischreden, die tagtäglich veröffentlichten Berichte und die geheimen Tagesberichte des OKW, die SD-Berichte über die Stimmung der deutschen Bevölkerung, ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmte Tagebücher hoher Nazifunktionäre und Beamte ebenso wie Feldpostbriefe von Offizieren und Soldaten, auch die inzwischen erschienenen umfangreichen Dokumentenveröffentlichungen. Dadurch kommt er zu für den Historiker nicht immer neuen, aber für den historisch Interessierten überaus interessanten Ergebnissen und bemerkenswerten Fest- und Fragestellungen.

So weist der Vf. anhand militärischer Planungsdokumente und in privaten Tagebüchern notierten Überlegungen nach, daß es, ähnlich wie 1941, auch 1942 bei der Offensive der Wehrmacht am Südabschnitt der deutsch-sowjetischen Front nicht nur um das militärische Ziel, die Rote Armee weitestgehend zu vernichten, sondern auch und besonders um die Eroberung und Ausbeutung landwirtschaftlich reicher Gebiete und der Erdölquellen im Süden der Sowjetunion ging. Selbstverständlich war dabei die Beteiligung deutscher Großunternehmen als „Paten“ der enteigneten sowjetischen Betriebe. Folgerichtig kommt er, in Auseinandersetzung mit bisheriger Literatur zu diesem Thema, zur Schlußfolgerung: „Das macht zugleich die Kennzeichnung des gesamten Krieges gegen die UdSSR als ‚rassenideologischer Vernichtungskrieg‘ fragwürdig, läßt diese doch die realen imperialistischen Ziele der Eroberer ganz beiseite und verstellt so auch den Blick auf die Kontinuität, die der Zweite zum Ersten Weltkrieg aufweist“ (S.30).

Beeindruckend ist, wie der Vf. das Zusammenspiel zwischen dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht und den militärischen Fachleuten zu beschreiben versteht. Den abenteuerlichen Eroberungs- und Vernichtungswahn Hitlers setzten diese in präzise Operationspläne und in weitreichende militärische Handlungen um, dabei die eigenen Kräfte und Möglichkeiten weit über-, die des Gegners stark unterschätzend. Erst im Herbst 1942, als die deutschen Linien am Südabschnitt der deutsch-sowjetischen Front bereits weit überdehnt waren, der Widerstand der Roten Armee aber nicht nachließ, schlugen die Frontkommandeure vor, die im Winter nicht zu haltende Front zurückzunehmen. Darauf wurden einige wenige abgelöst. Alle anderen, auch der Oberbefehlshaber der 6. Armee, beugten sich wider besseren Wissens immer wieder den Durchhaltebefehlen aus dem Führerhauptquartier. Selbst den Untergang seiner ganzen Armee im Kessel von Stalingrad vor Augen, konnte sich General, zuletzt Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, nicht zu einem eigenverantwortlichen Handeln durchringen, das Zehntausenden das Leben gerettet hätte – nicht einmal zu einem Zeitpunkt, als Weiterkämpfen militärisch nicht nur aussichts-, sondern auch völlig sinnlos geworden war. Daher überlebten von den weit über 200 000 Menschen, die eingeschlossen worden waren und nicht ausgeflogen wurden, schließlich nur wenige Tausende. Mit dem schrecklichen Tod zehntausender deutscher Soldaten und Offiziere weit weg von den deutschen Grenzen wurde und wird offensichtlich, was dieser von Nazi-Deutschland entfesselte Krieg war: ein Verbrechen nicht nur an den überfallenen und ausgeplünderten Völkern Europas, sondern auch und besonders am deutschen Volk.

Abgewogen sucht der Vf. die Verantwortung für die Katastrophe der Wehrmacht in der Stalingrader Schlacht zu werten: Sie treffe „in erster Linie die Befehlshaber und Kommandierenden ... (doch) auch das Handeln und Unterlassen der Befohlenen und Kommandierten bildet ein eigenes geschichtliches Konto“ (S. 82). So sehr zu hoffen ist, daß Militärs aller Armeen die Lehren von Stalingrad beherzigen, sind doch gewisse Zweifel angebracht. Nicht von ungefähr verweist der Vf. darauf, daß 1963 der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr die Auffassung äußerte: „Kampf in aussichtsloser Lage bis zum Letzten“ sei „eine Forderung an den Soldaten, die zu allen Zeiten und auch in Zukunft gilt“ (S. 159).

Durch fast alle Kapitel seines Buches zieht sich das Bemühen des Vf.s, mittels der verfügbaren Quellen die Haltung der deutschen Bevölkerung zu erfassen und zugleich die Propagandaanstrengungen der Nazimachthaber darzustellen, die Stimmung der Deutschen in einem ihnen günstigen Sinne zu beeinflussen. Diese Teile des Buches gehören, da mit besonderem Einfühlungsvermögen geschrieben, wohl zu den gelungensten.

Der Autor zeigt anschaulich, wie die propagandistisch lange verschleierte, schließlich aber nicht mehr zu leugnende Niederlage bei Stalingrad in Deutschland zu einer tiefen Vertrauenskrise führte. Der Mythos von der Unbesiegbarkeit der Wehrmacht, den die Niederlage vor Moskau im Winter 1941/42 bereits stark angekratzt hatte, war endgültig dahin. Daran änderten auch raffinierte Propagandamaßnahmen nichts, wie die Reden von Göring und Goebbels im Januar/Februar 1943, die der Vf. scharfsinnig zu analysieren versteht. Die Propaganda mußte umgestellt werden. Ihre bisherige

These, der Krieg sei bereits gewonnen, nur noch nicht beendet, wurde ersetzt durch die Formel, bei Kriegsende werde es nur Überlebende und Vernichtete geben. Damit sollte dem deutschen Volk suggeriert werden, es habe keine andere Wahl als mit dem ‚Führer‘ durchzuhalten oder unterzugehen. Dieser Grundtenor bestimmte, immer wieder mit Hoffnungen auf den Endsieg verbunden, in verschiedenen Varianten die Nazi-propaganda bis zum bitteren Ende im Mai 1945.

Auch auf das internationale Echo des Sieges der Roten Armee in der Stalingrader Schlacht, auf die Auswirkungen bei den Alliierten in der Antihitlerkoalition, den Widerstand in den von der Wehrmacht besetzten Ländern und die Haltung des neutralen Auslands geht der Vf. ein, um den historischen Platz dieser Schlacht zu bestimmen. Er kommt zu dem Schluß, „daß ihr unter allen Kämpfen, die insgesamt eine drohende Zukunft unter der Geißel des Hakenkreuzes verhinderten, eine besondere Stellung zukommt“ (S. 156f.). Zugleich wirft er heute, nach dem Ende der Sowjetunion im Jahre 1991, die allerdings nicht beantwortete Frage nach der Langzeitwirkung dieser Schlacht wie überhaupt des Krieges von 1941 bis 1945 auf den sowjetischen Staat und seine Bürger auf.

Im Schlußkapitel nimmt der Autor, wie schon im Vorwort, noch einmal ausdrücklich Stellung zur Darstellung der Stalingrader Schlacht wie des „Ostkrieges“ insgesamt in der BRD-Literatur: „Der Kalte Krieg gab die willkommene Gelegenheit, diesen zu rechtfertigen, wenn schon nicht von Anfang an, so doch mindestens seit der Wende von Stalingrad.(...) Die Apologie war im Grundsätzlichen komplett.“ (S. 160) Das habe es möglich gemacht, sich auf Fragen nach der

Zweckmäßigkeit einzelner militärischer Entscheidungen zu beschränken und die Verantwortung auch für die Katastrophe der 6. Armee vor allem Hitler anzulasten. Obwohl eine solche pauschale Wertung nicht für alle Veröffentlichungen zutrifft, schon gar nicht für die in den letzten Jahren erschienenen, so kennzeichnet sie doch zu Recht eine lange bestehende Tendenz, nicht nur der Memoiren verschiedener Militärs. Nur Paulus und einige andere Generale und Offiziere aus dem Stalingrader Kessel rangen sich, in einem qualvollen Prozeß der Selbstprüfung, zu einer anderen, selbstkritischen Haltung durch. Sie stellten sich der alles entscheidenden Frage „Was hatten wir eigentlich in Stalingrad zu suchen?“ der Frage nach dem Sinn des Krieges Nazideutschlands und des Todes Hunderttausender Soldaten. Der Vf. zollt diesen deutschen Militärs allen Respekt, nicht ohne den Hinweis auf die heutige Zeit, „da nahezu Ereignisse jeden Tages die Frage neu aufdrängen, was Soldaten und Offiziere wo eigentlich zu suchen haben.“ (S.161) Mit solchen Anregungen zum Nachdenken über die Gegenwart geht das Buch von Kurt Pätzold über das eigentlich nur historische Thema, die Schlacht an Wolga und Don und die mit ihr erzwungene Wende im Zweiten Weltkrieg, hinaus. Doch zusammen mit der durchweg flüssig geschriebenen Darstellung der geschichtlichen Vorgänge macht gerade das den besonderen Wert des Buches aus. *Werner Stang*

Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath (Hrsg.): Die Parteien und Massenorganisationen der DDR. Ein Handbuch, Karl Dietz Verlag, Berlin 2002, 1488 S.

Las der unbefangene Beobachter Statistiken der DDR und entsprechende Erfolgsmeldungen in der einstigen sozialistischen Presse, so konnte er sich ob der großen Zustimmung der Bürger zu ihrem Staat und ihrer Führungspartei freuen oder wundern. Nicht nur die regelmäßigen Wahlvoten knapp unter der 100-Prozent-Grenze, auch die Mitgliedschaften in den Parteien und Massenorganisationen zeugten von einem gewaltigen politischen Engagement und scheinbar gewaltiger Loyalität zu Partei und Regierung. 2,8 Millionen Mitglieder in den Blockparteien, fast 10 Millionen Gewerkschafter, jeweils rund 1,5 Millionen Menschen im DFD, dem Demokratischen Frauenbund, in den freiwilligen Feuerwehren oder im Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter schienen neben vielen anderen Organisationsformen kein Bedürfnis der DDR-Bürger nach gesellschaftlicher Betätigung und der führenden SED nach der lenkenden Hand in allen gesellschaftlichen Belangen offen zu lassen.

38 Autoren aus Ost und West haben es in akribischer Kleinarbeit und jenseits vereinfachter totalitarismustheoretischer Konzepte ermöglicht, einen Blick hinter die Kulissen des politischen Systems der DDR zu werfen. Schnell wird deutlich, daß es sich keineswegs auf eine bloße Inszenierung der SED reduzieren läßt. Auch wenn die Autoren berechtigt die Kontrolle und Einflußnahme durch die SED hervorheben, zeigt eine etwas genauere Lektüre, daß jede der vielen anderen analysierten Organisationen und Blockparteien immer auch ein sehr diffiziles Eigenleben hatte. Sie verlangten ihren Mitgliedern auch, aber nicht nur, die Loyalität zu ihrem Staat ab, dienten jedoch ebenso zur Verwirklichung ihrer jeweils spezifischen Interessen. Die historische Ent-

wicklung lief schließlich auf eine gewisse Auflösung der zunächst bestimmenden stalinistischen Strukturen und ihrer Theoreme, gar auf eine ungewollte Liberalisierung hin - auch in der SED des Herbstes 1989.

Selbstverwirklichung erfolgte nicht nur in Nischen, sondern auch unmittelbar im Einsatz für gesellschaftliche Veränderungen, der teilweise in Übereinstimmung mit der großen Linie der SED, oft aber auch in gewisser Konkurrenz mit dieser erfolgte. So warf im Kulturbund seit 1980 die Gesellschaft für Natur und Umwelt einen zunehmend kritischen Blick auf die offizielle Umwelt- und vor allem Wirtschaftspolitik und hinterfragte zugleich die Demokratieregeln dieser Gesellschaft.

Der Band führt das von einem Teil der Akteure bereits vor einigen Jahren bearbeitete "SED-Handbuch" weiter und ist ähnlich angelegt. Die insgesamt neun Abschnitte (politisches System; Parteien; Massenorganisationen in der Volkskammer; mitgliederstarke gesellschaftliche Organisationen; weitere Organisationen; neue politische Vereinigungen 1989/90; Leitungsgremien und ca. 1.000 Biographien von Führungskadern; 51 ausgewählte Dokumente; Archivübersicht) geben zunächst einen historischen Gesamtüberblick über die Entwicklung des SED-dominierten politischen Systems der DDR, es gibt Einzeldarstellungen zu den einzelnen Blockparteien und wichtigen anderen politischen und Massenorganisationen. Der Leser erlebt dabei im Detail durchaus Überraschungen, so in Beiträgen von Siegfried Heimann zur Sozialdemokratie. Ausführlich erwähnt sei das aufschlußreiche Fazit von Thomas Koch zur Sozialisation in der DDR im Vergleich zur alten Bundesrepublik: "1. der Sozialismus als Idee und Sozialisten als ihre Träger waren in der DDR

und im heutigen Ostdeutschland weitgehend entdämonisiert (...); 2. legen die Strukturen, Verhältnisse und Sozialisationsagenturen in der alten Bundesrepublik das falsche Bewußtsein nahe, daß der einzelne sich Mißerfolge in erster Linie sich selbst zuzurechnen habe, so hat die Sozialisation in der DDR ebenso unzulässig dahingehend gewirkt, eigene Mißerfolge vornehmlich den gesellschaftlichen Verhältnissen anzulasten, mithin den Eigenanteil geringer zu veranschlagen; 3. die Sozialisationsagenturen der DDR haben in spezifischer (und so nicht intendierter) Weise zur Ausbildung eines Grundrechtsverständnisses beigetragen, das auf die Einheit sozialer plus liberaler Grundrechte abhebt (...); 4. die meisten Ostdeutschen haben einen 'sozialdemokratischen Wertehaushalt', wenn auch nicht im parteipolitischen Sinne. Sie sind 'unbewußte Sozialisten' geworden und geblieben (...); 5. verschiedene Ideologeme des Marxismus-Leninismus und Versatzstücke der Ideologieproduktion sind in die jeweiligen Anschauungen von der Welt vieler Menschen eingegangen, freilich in unverwandelter, modifizierter Form." (S.137/138)

Die einzelnen Artikel gestatten einen Zugang zu Forschungsstand, Hauptentwicklungsetappen, Akteuren und Zielen wie auch zum Ende der Organisationen 1989/90. Immer wieder ist die - angesichts des Buchumfangs notwendige - Kürze der Artikel zu beklagen. Leider konnten sich die Herausgeber nicht darauf verständigen, diesen Band als 2. Teil zum SED-Handbuch zu verstehen. Sonst hätte auf einige Doppelungen verzichtet werden können. Positiv ist wiederum der Versuch, den drastischen Wandel der politischen Landschaft im Herbst 1989 einzufangen. Auch hier wäre ein mehr wünschenswert, aber das wäre die

Frage nach einem neu zu gliedernden Gesamtwerk und Herausgebern und Autoren gegenüber ungerecht. Die konkreten materiellen Bedingungen des Entstehens auch dieses Buches zeugen von der Fähigkeit gerade ostdeutscher Wissenschaftler, mit minimalem institutionellem Rückhalt und mangelnder Finanzausstattung Beachtliches zu leisten. Gestaltung und Ausstattung des Buches sind gut, entschädigen aber nur wenig für die zweijährige Verzögerung bei der Drucklegung dieses Standardwerkes.

Stefan Bollinger

Christopher Görlich: Die 68er in Berlin. Schauplätze und Ereignisse, Reiseziele einer Region Nr. 4, Kai Homilius Verlag, Berlin 2002, 368 S.

Alfred Hrdlicka schuf 1971 ein lebensgroßes Bronzerelief, das einen am Boden liegenden Demonstranten und zwei auf ihn einprügelnde Polizisten zeigt. Er gab der Plastik den Titel "Der Tod eines Demonstranten". Der Wiener Künstler wollte mit diesem Werk an den Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 im Hofe des Hauses Krumme Straße 66 in Berlin (West) erinnern. Jedoch gab es viele Jahre keine Chance, diese Plastik am Ort des Geschehens aufzustellen. Erst am 15. Dezember 1990 wurde ein Zweitguß des Reliefs vor der Deutschen Oper an der Bismarckstraße auf Initiative von Alt-68ern, Mitgliedern der evangelischen Kirche und den Fraktionen der SPD und der Alternativen Liste (AL) in der Charlottenburger Bezirksversammlung enthüllt. Der CDU-Abgeordnete Heinrich Lummer erklärte, daß die Einweihung der Plastik ein "Akt der Unverschämtheit" sei, der die Bundesrepu-

blik in den Schmutz ziehe. Bald konnte beobachtet werden, daß Passanten achtlos an dem Relief vorbeistürmten, gewissermaßen von der U-Bahn in den Supermarkt. Offenbar war nur noch wenigen Bürgern bewußt, was Ende der 60er Jahre an diesem Ort wirklich geschehen war. Hier Abhilfe zu schaffen, ist die Absicht des Buches von Görlich.

Der Vf. geht davon aus, daß Mahnmale dann nichts nutzen, wenn die Geschichte, an die sie erinnern sollen, nicht erzählt wird. Im Unterschied zu bisherigen Darstellungen der Geschichte der Studentenbewegung, die historisch-chronologisch angelegt sind, folgt der Vf. nicht der Chronologie. Er führt den Leser wie bei einem Stadtrundgang zu den historischen Schauplätzen der Studentenbewegung in Berlin (West). Den Beginn der Studentenbewegung datiert der Vf. auf die Kuby-Krippendorf-Affäre im Jahre 1965, die von einigen Studenten der Freien Universität im Mai eine Woche lang zum Anlaß genommen wurde, vor der Residenz des Rektors, dem Haus Ihnestrasse 24, auf Pappschildern und Plakaten zu fordern: "Wir wollen eine freie Universität." Der konservative Rektor Herbert Lüers hatte dem linken Schriftsteller Erich Kuby verboten, an einer für den 7. Mai im Auditorium maximum im Henry-Ford-Bau geplanten Diskussion zum Thema "Restauration oder Neubeginn - die Bundesrepublik zwanzig Jahre danach" teilzunehmen. Kuby hatte sich zuvor erlaubt festzustellen, daß in dem Namen "Freie Universität" ein "äußerstes Maß an Unfreiheit" zum Ausdruck komme, da sich die Universität nur im Gegensatz zur Humboldt-Universität als "frei" bezeichne. Bis zu 3000 Studenten demonstrierten in Dahlem. Protestformen, wie sie in den USA entstanden waren, wurden

übernommen: Vorlesungsstreiks und *Picketing-line*. Die Studenten erreichten, daß Kuby ab Herbst 1965 an der Freien Universität sprechen konnte.

Der Henry-Ford-Bau kam 1965 gleich noch einmal in den Brennpunkt von Auseinandersetzungen. Der SDS plante eine Ausstellung mit 20 Stellwänden zum Thema "Vietnam", die der nachfolgende Rektor Hans-Joachim Lieber aus "baupolizeilichen" Gründen verbot. Proteste folgten.

Der Henry-Ford-Bau wird vom Vf. als der wichtigste Ort der Studentenbewegung angesehen, weil dort große Räume zur Verfügung standen, in denen die Gremien der Universität tagen konnten. Die Baugeschichte des Henry-Ford-Baus wird gestreift und auch der finanzielle Hintergrund aufgezeigt. Nach dem Berlin-Besuch von Henry Ford II, dem Enkel des "großen Ford", bewilligte dieser 1 309500 Dollar, die ausschließlich für Bauvorhaben der FU zu verwenden waren. Ausführlich beleuchtet der Vf. das erste "Sit-in" am 22. Juni 1966, zu dem sich 3000 Studenten, erstmals auch Burschenschaftler, im Henry-Ford-Bau gegen die Zwangsexmatrikulationen versammelt hatten. Als weitere Aktionsform kam schließlich das "Teach -in" hinzu, bei dem wenige Referenten die Teilnehmer über anstehende Probleme informieren. Mit zunehmender Radikalisierung der Studentenbewegung weiteten sich die Aktionsräume auf andere Orte aus, die vom Vf. ähnlich ausführlich dargestellt werden, wie beim Henry-Ford-Bau: die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, das Otto-Suhr-Institut, die Rostlaube und schließlich in die Stadt hinein. Die erste Kritische Universität, die das offizielle Lehrangebot der Universität ergänzen sollte, nahm am 1. November 1967 ihre Arbeit auf, doch ließ das Interesse daran

rasch nach. Mit wachsender Eskalation des Krieges der USA gegen Vietnam rückten das Amerika-Haus und der Steinplatz ins Zentrum des Protestes. Der Schahbesuch am 2. Juni 1967 machte die Deutsche Oper zum Schlüsselbauwerk eines "Schlachtplans" der Polizei mit "Leberwursttaktik", dem "Füchse jagen" und dem Kommando "Knüppel frei!" sowie dem Tod von Benno Ohnesorg. Eine Skizze dieser Auseinandersetzung erleichtert das Verstehen der Vorgänge vom 2. Juni. Weitere Aktionsorte sind das Kriminalgericht Moabit mit Fritz Teufel und Rainer Langhans auf der Anklagebank, die Schlacht am Tegeler Weg, die die Wendung "Gewalt erzeugt Gegengewalt" zum geflügelten Wort machte, und die Gegend um das Haus Kurfürstendamm 140, Ort des SDS-Büros und des Attentats auf Rudi Dutschke. Biographische Notizen zu Akteuren und eine Zeittafel runden die Darstellung ab, die ein überwiegend zutreffendes Bild des studentischen Aufbruchs in der zweiten Hälfte der 60er Jahre vermittelt. Allerdings hat der Vf. ostdeutsche Untersuchungen wie z. B. die von Roland Bach und Horst Kapson nicht zur Kenntnis genommen. Ihm entging so die Tatsache, daß auch Studenten der Humboldt-Universität und eine Abordnung des Zentralrates der FDJ an der Beerdigung Benno Ohnesorgs in Hannover teilnahmen. Eine Stunde nach der Beerdigung sahen sich die Teilnehmer aus der DDR noch einmal das Grab an. Sie stellten dabei fest, daß die Schleife des Kranzes der FDJ abgeschnitten worden war. Da der Protest der Studenten sich wesentlich am Krieg der USA gegen Vietnam entwickelte, geht der Vf. zurecht auf diesen Krieg ein. Allerdings wird nicht verdeutlicht, daß der behauptete Angriff nordvietnamesischer Torpedoboote auf den US-Zerstö-

rer Maddox am 2. August 1964 in der Bucht von Tonking eine Erfindung des US-Auslandsgeheimdienstes CIA war, was erst Jahre später im US-Kongreß zugegeben wurde. Gelegentlich weicht die Schreibweise von Namen der Akteure (z.B. Bahnam Nirumand - S. 139) von der ansonsten üblichen (Bahman Nirumand) ab, was bei einer zu wünschenden zweiten Auflage ebenso wie die ärgerlichen Schreibfehler korrigiert werden sollte.

Siegfried Prokop

Annotationen

Fragmente zu internationalen demokratischen Aktivitäten um 1848 (M. Bakunin, F. Engels, F. Mellinet u. a.), hrsg. und bearb. von Helmut Elsner, Jacques Grand-jonc, Elisabeth Neu und Hans Pelger, Schriften aus dem Karl- Marx- Haus Trier, 48, Trier 2000, 444 S.

Der Band präsentiert Spezialforschungen zu internationalen demokratischen Aktivitäten in den vierziger Jahren des 19. Jh., insbesondere im Umfeld der Association Democratique von 1847/ 48. Eingeleitet wird er mit einer Übersicht „Daten zur Überwachung und Verfolgung von deutschen Oppositionellen durch die französische Regierung“ für die Jahre 1845 bis Februar 1848. Den Hauptteil bilden drei kommentierte Dokumentationen. Die erste Dokumentation beleuchtet Hintergründe und Auswirkungen der Ausweisung von Friedrich Engels aus Frankreich am 29. Januar 1848. Die Ausweisung Michail Bakunins aus Frankreich war bereits am 18. Dezember 1847 erfolgt wegen seines Auftretens auf der Pariser Gedenkveranstaltung zum 17. Jahres-

tag des Beginns der polnischen Erhebung 1830. Bakunins am 29. November 1847 gehaltene Rede zur polnisch- russischen demokratischen Allianz wird in der zweiten ausführlich kommentierten Dokumentation publiziert und mit Reden auf derselben Pariser Gedenkfeier sowie mit anderen Reden auf entsprechenden Veranstaltungen in Brüssel und London verglichen. Die dritte Dokumentation hat die Verfolgung prominenter Mitglieder der Association Democratique durch die belgische Regierung nach der Pariser Februarrevolution 1848 zum Gegenstand. Die Berichte in der Neuen Rheinischen Zeitung über den Prozeß in Antwerpen im August 1848, in dem 17 Todesurteile gefällt wurden - später erfolgte ihre Umwandlung in Festungshaft -, werden erstmals überzeugend Engels zugeschrieben. Der Band schließt an ähnliche frühere Dokumentationen an wie die von Bert Andreas: Marx' Verhaftung und Ausweisung, Brüssel Februar/ März 1848 (1978) oder von Andreas, Grandjone, Pelger: Karl Marx' Ausweisung aus Paris und die Niederlassung von Marx und Friedrich Engels in Brüssel im Frühjahr 1845 (1990). Wie diese und andere in der Reihe erschienenen Titel zeugt auch der neue Band von hoher Fachkompetenz und wissenschaftlicher Solidität seiner Bearbeiter.

Helmut Bleiber

Clemens Vollnhals (Hrsg.): Sachsen in der NS-Zeit, Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig 2002, 287 S., Abb.

In dem vorliegenden Sammelband fügt Vollnhals fünfzehn Einzelbeiträge meist jüngerer Historiker, die ihre Forschungen vorwiegend für die Universität Leipzig sowie das Hannah-Arendt-Institut für Totalitaris-

musforschung an der TU Dresden betreiben, zu einer vielschichtigen Überblicksdarstellung über die Verhältnisse und Entwicklung Sachsens in den Jahren 1933 bis 1945 zusammen. Obwohl sich die landesgeschichtliche Forschung seit den achtziger Jahren bedeutend verbessert hat, existieren auch weiterhin Lücken. Der Band will das Interesse an landeskundlicher Literatur mit neuen Sichten bedienen und wendet sich an ein breites Publikum.

Das inhaltliche Spektrum der Beiträge ist weit gefächert. Der Aufstieg der NSDAP in Sachsen und das Verhältnis zwischen NSDAP und innerer Verwaltung im Freistaat wird gleichermaßen wie die wirtschaftliche Entwicklung, die soziale Lage der Bevölkerung oder die Sozial- und Gesundheitspolitik dargestellt. Platz finden Beiträge zur faschistischen Kommunal-, Kultur- und Wissenschaftspolitik. Eingegangen wird auch auf das Verhältnis der Kirchen Sachsens zum NS-Staat. Bei der Beschreibung des faschistischen Terrorapparats wird besonders auf das Zusammenspiel von Gestapo, Polizei, NS-Organisationen und Denunzianten eingegangen. Bei der Darstellung der Ausschaltung, Verfolgung und des Widerstandes der politischen Gegner des faschistischen Regimes wird versucht, an Hand weniger Beispiele den einzelnen Trägern des Widerstands gerecht zu werden, doch wird durch diese Verknappung nur ein schemenhaftes Bild vermittelt, das in einigen Aussagen aktuellen Tendenzen entgegenkommt. Ausführlicher werden die Etappen der Judenverfolgung in Sachsen vom Boykott über die Entrechtung bis zur Deportation und Vernichtung beschrieben. Geschildert wird auch, wie sich das Kriegsende und der Zusammenbruch des faschistischen Regimes in Sachsen vollzog. Der

Band schließt mit einem Überblick über Gedenkstätten und historische Orte für die Zeit 1933-1945. Zur Erleichterung der Leser enthält das Buch einen Anmerkungsapparat, ein Abkürzungsverzeichnis, ein Verzeichnis ausgewählter Literatur, einen Abbildungsnachweis, ein Personenregister sowie Kurzbiographien der Autoren.

Jürgen Stroech

Friedrich Pospiech: Unbelehrbar auf der Wahrheit beharrende ... Paula und Hans Rueß. Zwei Leben im Widerstand gegen Krieg und Faschismus, Geleitwort Alfred Hausser, Pahl-Rugenstein Verl. Nachf., Bonn 2002, 264 S. Abb.

Diese Schrift dient dem Erinnern an Paula Rueß (geb. Kopp, gesch. Nuding) und ihren Ehemann und Mitstreiter Hans Rueß anlässlich deren 100. Geburtstag; Paula am 3.5.2002 und Hans am 31.1.2001. Beider Leben war schwer, und sie haben es im Kampf gegen Krieg und Faschismus nicht geschont. Auch wenn sie schon seit langem gleichen Idealen folgten, gleiche gesellschaftliche Ziele anstrebten, in Faschismus und Krieg die gleichen Feinde bekämpften, so begann ihr gemeinsames Leben doch erst 1947. Aber auch dieses gemeinsame Leben war geformt von ihren sozialistischen Idealen, denen sie bis zum Tode die Treue hielten, war geprägt vom Kampf für Völkerfrieden und soziale Gerechtigkeit. In den biographischen Berichten über Hans und Paula Rueß wird ebenso wie in den beigelegten Erinnerungen von Weggefährten beider sowie in Dokumenten ein Ausschnitt aus dem Kampf überzeugter Kommunisten gegen Krieg und Faschismus, für die Verbesserung der Lebensbedingungen der

Werktätigen sowie ein Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erlebbar, das in der gegenwärtigen offiziellen Geschichtsschreibung in Deutschland gerne übergangen wird. Um so wichtiger ist es, daß dieses Büchlein recht viel gelesen wird.

Jürgen Stroech

NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser,

das „JahrBuch“ ist mit dem vorliegenden Heft in sein zweites Erscheinungsjahr eingetreten. Wie zuletzt mitgeteilt, wird es drei Hefte im Jahr (Januar, Mai, September) mit einem Gesamtjahresumfang von mindestens 660 Seiten geben. Wir danken allen, die uns als Autorinnen und Autoren, Abonentinnen und Abonnenten unterstützt haben und, so hoffen wir, weiter unterstützen werden.

Der in Heft 2003/III angekündigte Themenschwerpunkt - der 30. Januar 1933 und seine Folgen für Deutschland und Europa - ist auf eine starke Resonanz gestoßen, so daß nicht alle dazu eingesandten Beiträge in das vorliegende Heft aufgenommen werden konnten. Wir werden die Publikation zu diesem Thema in den nächsten Heften fortsetzen. Aus Platzgründen sahen wir uns außerdem genötigt, den für dieses Heft angekündigten Teil II des Beitrags von Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner in das nächste Heft zu verschieben, und bitten die darauf wartenden Leserinnen und Leser um Entschuldigung und Geduld.

Die Redaktion ist sehr an Beiträgen zur Geschichte der internationalen Arbeiter-

bewegung, dabei besonders zur Gewerkschaftsbewegung, zu Arbeiteralltag und Arbeiterkultur, zur Geschichte des Sozialismus und des sozialen und politischen Protestes interessiert.

Achtung! Eine Berichtigung:

Im Heft 2002/III muß es auf S. 140, 13. Zeile von oben, statt 1910 richtig 1906 heißen. Der Brief August Bebels an Friedrich Westmeyer datiert vom 8. Oktober 1906. Wir bitten um Entschuldigung. Redaktionsschluß für das Heft 2003/II wird am 28. Februar 2003 sein. Wir bitten die Autorinnen und Autoren darum, den vorgesehenen Umfang der Beiträge (bis zu 36 000 Zeichen für Beiträge, bis zu 6000 Zeichen für Rezensionen) möglichst nicht zu überschreiten und uns stets die **letzte Fassung** des Manuskripts zuzusenden.

Unseren neuen Leserinnen und Lesern teilen wir mit, daß das „JahrBuch“ über die Redaktion bestellt werden kann. Ein Einzelheft kostet 10 Euro zuzüglich Porto; ein Jahresabonnement (3 Hefte) 25 Euro für Inland, 35 Euro für Ausland, jeweils incl. Porto, zu zahlen auf das Konto-Nr. 57 44 56 10 10 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00.

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Dr. Rolf Apel, Strausberg
 Prof. Dr. Günter Benser, Berlin
 Prof. Dr. Helmut Bleiber, Mitglied der
 Leibniz-Sozietät, Berlin
 Dr. sc. Stefan Bollinger, Freie Universi-
 tät, Berlin
 Dr. Hans Coppi, Berlin
 Martin Creutzburg, Berlin
 Prof. Dr. Kurt Finker, Potsdam
 Prof. Dr. Gerhart Hass, Rangsdorf
 Prof. Dr. Paul Heider, Dresden
 Hans G. Helms, Köln
 Dr. Sybille Hinze, Berlin
 Dorothea Körner, Institut für vergleichen-
 de Staat-Kirche-Forschung, Berlin
 Prof. Dr. Günter Krause, Berlin
 Prof. Dr. Harald Lange, Berlin
 Dr. sc. Herbert Mayer, Berlin
 Dr. Martin Moll, Karl-Franzens-Univer-
 sität, Graz
 Prof. Dr. Heinz Niemann, Bergfelde
 Dr. Dmitrij Owetschkin, Ruhr-Universi-
 tät, Bochum
 Dr. Sigrid Pfeiffer, Rosa-Luxemburg-Stif-
 tung, Berlin
 Dr. sc. Ulla Plener, Mitglied der Leibniz-
 Sozietät, Berlin
 Prof. Dr. Siegfried Prokop, Berlin
 Prof. Dr. Werner Röhr, Berlin
 MA Mirjam Sachse, Universität Kassel
 Dr. Bärbel Schindler-Saefkow, Projektlei-
 terin „Gedenkbuch Ravensbrück“, Berlin
 Dr. Volkmar Schöneburg, Potsdam, Mit-
 glied der Leibniz-Sozietät
 Dr. Werner Stang, Güterfelde
 Dr. Jürgen Stroech, Berlin
 Prof. Dr. Christa Uhlig, Universität Pa-
 derborn, Mitglied der Leibniz-Sozietät
 Dr. sc. Detlef Ziegls, Leipzig

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber: Förderverein für Forschungen
 zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion: Helga Brangsch, Dr. Wolfgang
 Heyn, Dr. Herbert Mayer (Verantw. Redak-
 teur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi,
 Dr. Carola Tischler (Heftverantwortliche).
 Postadresse der Redaktion:
 Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin.
 e-mail-Adresse: mayer.berlin.pb@t-
 online.de

Erscheint in der NDZ GmbH,
 Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: Joanna Boegendorff
 Realisiert in den Typowerkstätten des
 Gambattista-Bodoni-Museums e. V.

Redaktionsschluß 20. Dezember 2002



Ernst Busch Almanach

edition
bodoni

Kalender-Almanach
zum 103. Geburtstag
des großen Sängers und Schauspielers
mit vielen Photographien.
Redaktionell brillant betreut
durch Joseph Johne und Roger Reinsch //
ISBN 3-929390-38-8
in versch. Formaten // 24 Blatt, teils
transparent // Spiralheftung mit Ösen //
DIN A3 16,00 Euro // DIN A4 8,00 Euro



Der Staat unterscheidet die seiner Gewalt unterstehenden Personen in In- und Ausländer. Während er die Inländer in der Regel dazu ermuntert, ihre Anzahl zu erhöhen, ist seine Position Ausländern gegenüber davon grundsätzlich unterschieden. Ob, wieviele und gegebenenfalls welche Ausländer in der BRD erwünscht sind, hängt von der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Großwetterlage in der BRD ab.

Auch Flüchtlinge sind zunächst mal – Ausländer. Die Flüchtlingspolitik der Repräsentanten der BRD richtet sich daher nicht einfach nach der objektiven Asylbedürftigkeit der Flüchtlinge, sondern in die Flüchtlingspolitik geht die jeweils aktuelle Position der Staatsvertreter gegenüber ausländischen Nicht-Flüchtlings mit ein.

edition
bodoni

linienstraße 65
10119 berlin
info@bodonimuseum.com

Diese Broschüre beleuchtet die Entwicklung der Ausländer- und Flüchtlingspolitik in der BRD. // 72 Seiten // 15,00 Euro
beziehbar direkt über den Verlag